

**Das letzte Kapitel des deutschen Zionismus**  
**Organisation, Ideologie und Realpolitik in der neu-alten Heimat *Erez Israel***  
**1932 – 1948**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)  
vorgelegt am Historischen Institut der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam

von Richter, Enrico Christian

Potsdam 2021

Tag der Disputation: 21.02.2022

Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert.

Dies gilt nicht für Zitate und Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden.

Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Betreuer: Prof. Dr. Brechenmacher

Gutachter: Prof. Dr. Brechenmacher

Gutachter: PD Dr. Christian Dietrich

Online veröffentlicht auf dem

Publikationsserver der Universität Potsdam:

<https://doi.org/10.25932/publishup-61575>

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-615756>

## Inhalt

---

Inhalt .....	3	
Einleitung .....	6	
<b>Teil 1: Der lange Weg der deutschen <i>Alijah</i> zur politischen Emanzipation 1932-1942</b>		
<b>Kapitel I: Die <i>Hitachduth Olej Germania</i> formiert sich (1932-1935) .....</b>		<b>17</b>
Die Begründung der <i>HOG</i> .....	17	
Die Arbeit der <i>Hitachduth</i> auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet .....	23	
Das Aufziehen der Krise.....	34	
Die „deutsche Frage“ und der XIX. Zionistenkongress.....	38	
Partei Gründungen bürgerlicher deutscher Zionisten in den 1930er Jahren: <i>Kidmah</i> .....	50	
Die <i>Hitachduth</i> betritt die politische Arena des <i>Jischuw</i> .....	57	
Der Kampf um die Politisierung der <i>HOG</i> .....	68	
<b>Kapitel II: Die Krisenjahre (1936-1939) .....</b>		<b>79</b>
Die <i>Hitachduth</i> in den Jahren 1936-1937.....	79	
Partei Gründungen bürgerlicher deutscher Zionisten in den 1930er Jahren:		
<i>Achduth Haam</i> .....	89	
Die österreichische Katastrophe .....	99	
Die <i>Hitachduth</i> und die Reichspogromnacht .....	108	
<b>Kapitel III: Die <i>HOGOIA</i> im Krieg bis zur Gründung der <i>Alija Chadascha</i> (1939-1942) .....</b>		<b>120</b>
Die ersten politischen Partizipationsversuche der <i>HOGOIA</i> auf nationaler Ebene .....	120	
Die Frage des Kriegsbeitrages des <i>Jischuw</i> .....	133	
Die divergierenden Feindkonzeptionen im <i>Jischuw</i> .....	141	
Das Notstandsprogramm der <i>HOGOIA</i> .....	151	

Der Sprachenkampf.....	162
Militanz und Wahlen .....	183
<b>Teil 2: Der Kampf um <i>Alijah</i> und Judenstaat</b>	
<b>Kapitel IV: Die staatstheoretischen Konzeptionen deutscher Zionisten .....</b>	<b>194</b>
Einleitung .....	194
Die radikale Wende – der Partitionsvorschlag.....	198
Die Neuauflage der Endzieldebatte – das <i>Biltmore-Programm</i> .....	208
Die staatstheoretischen Präferenzen der Aktivisten der AC.....	216
Der Weg zum Deadlock: Von der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission zum Bevin-Plan.....	224
Der Entscheidungskampf in der <i>Alija Chadascha</i> .....	235
<b>Kapitel V: Die deutschen Zionisten und die <i>Alijah</i>-Frage .....</b>	<b>242</b>
Einleitung .....	242
Die deutsche Katastrophe als Wachstumsmotor des <i>Jischuw</i> : Die <i>Alijah</i> -Politik der deutschen Zionisten 1933-1935.....	244
Die Zäsur 1935 – organisierte Massenauswanderung als Reaktion auf die deutsche Katastrophe .....	249
Der Novemberpogrom und die Errettung des deutschen Judentums.....	259
Die Standortbestimmung zur <i>Alijah</i> -Frage in der AC während der Kriegszeit.....	267
<i>Alijah</i> unter allen Umständen? .....	270
Das Scheitern der <i>Alijah</i> -Konzepte und die radikale Wende .....	280
<b>Kapitel VI: Die Reaktionen der <i>Alija Chadascha</i> auf die Schoah .....</b>	<b>286</b>
<b>Kapitel VII: Aufstieg und Niedergang der <i>Alija Chadascha</i> (1942-1948) .....</b>	<b>306</b>
Eine Partei wider Willen – das Konzept der Überparteilichkeit.....	306
Die <i>Alija Chadascha</i> auf dem realpolitischen Parkett.....	314

Opposition an allen Fronten.....	318
Die <i>Alija Chadascha</i> und der (Bürger-)Krieg.....	323
Die <i>Alija Chadascha</i> dankt ab.....	328
<b>Resümee und Ausblick .....</b>	<b>336</b>
<b>Kurzbiographien deutschsprachiger Zionisten .....</b>	<b>350</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>378</b>
<b>Glossar .....</b>	<b>380</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>410</b>
<b>Namensregister .....</b>	<b>441</b>

## Einleitung

---

„Entgegen aller Theorien, die gerade wir früher mit Heftigkeit vertraten, lässt die Realität unseres Aufbaus nichts anderes zu als die Anerkennung, dass die diversen Landsmannschaften soziologische Einheiten darstellen. Erez Israel ist Kibbuz Galuioth [(Ver-)Sammlung der Exile, E.R.], und das Geschlecht, das den Judenstaat errichten wird, muss einheitlich im Wollen, aber kann nicht einheitlich in seiner geistigen Struktur sein. Über alle Parteien (inclusive der extremen) hinweg werden Juden aus Deutschland nicht nur von den ‚anderen‘ als Einheit empfunden; wir selber empfinden uns so.“<sup>1</sup> Diese Zeilen schrieb der deutsche Zionist und Publizist Gerhard Holdheim\*<sup>2</sup> am Vorabend des II. Weltkrieges. Sie beinhalteten das schmerzliche Eingeständnis, dass zwischen zionistischer Theorie und der Realität in *Erez Israel*<sup>3</sup> eine tiefe Kluft bestand. Einer ausgesprochenen Melting-Pot-Ideologie folgend sollte laut der Theorie auf die Sammlung der weltweit zerstreuten Judenheiten in der alten Heimat die Fusion der Exile, hebräisch *Misug Galujoth* genannt, folgen. Neueinwanderer sollten bei ihrer Ankunft in Palästina die mitgebrachte Herkunftskultur ablegen und sich an die neu entstehende Kultur im zionistischen Aufbauwerk assimilieren, um so eine kulturelle und nationale Einheit zu schaffen – ein neues hebräisches Geschlecht. Die deutsche *Alijah* wurde allerdings diesem allzu mechanisch gedachten Transformationsprozess nicht gerecht. Nach der NS-Machtübernahme im Jahre 1933 immigrierten bis in die erste Kriegszeit hinein jährlich Tausende Juden aus Deutschland nach Palästina. Trotz durchaus beachtlicher Erfolge bei ihrer ökonomischen Integration blieben sie in den ersten Jahren eine klar erkennbare Minoritätengruppe im Gefüge der dortigen jüdischen Gemeinschaft, *Jischuw* genannt, da ihre Absorption auf kulturellem und politischem Terrain fast vollständig misslang. In der Forschung kursieren recht unterschiedliche Schätzungen über die numerische Stärke der *Alijah* aus Deutschland; sie variieren je nach Zählweise von knapp 40.00 bis etwa 60.000

---

<sup>1</sup> Gerhard Holdheim, Die deutsche Alijah. Ihre Physiognomie – ihre Reaktionen – ihr Zionismus, unveröffentlicht 1938, in: LBI Jerusalem, JER 628, S. 48-49 [f. Holdheim, deutsche Alijah]; im Folgenden werden alle Hervorhebungen in direkten Zitaten dem Original entsprechend wiedergegeben. Die im Englischen nicht gebräuchlichen Umlaute und das Eszett werden dagegen korrigiert; dasselbe geschieht folgend mit allen Eigennamen. Offensichtliche Fehler werden des Weiteren stillschweigend verbessert.

<sup>2</sup> Für alle mit einem Sternchen gekennzeichneten Personen findet sich im Anhang eine kurze biographische Skizze.

<sup>3</sup> Im Folgenden werden die Termini Erez Israel und Palästina ohne die damals übliche ideologische Wertung wertneutral Verwendung finden; ebenso wird im Folgenden mit den Begriffen Diaspora, Exil, Galuth, Golah und Golus verfahren; des Weiteren werden alle kursiv hervorgehobene Begriffe im beigefügten Glossar erläutert.

Neueinwanderern für die Zeitspanne von 1933 bis 1945. Da etwa 50.000 Juden mit oder ohne entsprechende Staatsbürgerschaft aus Deutschland legal in Palästina einwanderten und wohl mindestens 10.000 auf den verschiedensten Wegen – aus britischer Perspektive – illegal das Land betraten, kann wohl aber von mindestens 60.000 Einwanderern ausgegangen werden.<sup>4</sup> Damit stellten sie mit mehr als zehn Prozent der damaligen jüdischen Gesamtbevölkerung eine beachtliche Gruppe und gleichzeitig einen potenziellen Unruheherd dar, denn die Spannungen und Abgrenzungstendenzen zwischen den Neuen und den vor allem aus Osteuropa stammenden Alteingesessenen verstärkten sich in den ersten Kriegstagen noch.

Wäre die Integration der deutschen Zionisten in die Parteienlandschaft des *Jischuw* und allgemeiner die der deutschen *Alijah* zumindest teilweise gelungen, hätte die Geschichte des deutschen Zionismus hier ihr Ende gefunden. Zwar bedeutete das Verbot der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD)* im Zuge der Reichspogromnacht im November 1938 zugleich das organisatorische Ende des Zionismus in Deutschland. Von seinem historischen geographischen Kontext entgrenzt, hatte er aber schon in *Erez Israel* neue Wurzeln geschlagen. Bereits Anfang 1932 gründeten einige bereits in Palästina ansässige deutsche Zionisten die *Hitachduth Olej Germania (HOG)* als explizit unpolitische landsmannschaftliche Vereinigung, die sich einzig der ersten Unterstützung der neu eintreffenden – im Hebräischen *Olim* genannten – Einwanderer aus Deutschland verschrieben hatte. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sie sich zu einer stattlichen Selbsthilfeorganisation, die ein weit verzweigtes Netz an kulturellen und ökonomischen Integrationsinstrumentarien ihr Eigen nannte und Tausenden deutschen Juden mit Rat und Tat zur Seite stand. Wohl auch in Ermangelung anderer politischer Betätigungsfelder fand sich fast die gesamte ehemalige Führungsschicht der *ZVfD* im Rahmen der *Hitachduth* wieder zusammen. Sie definierte sich ihrem Selbstverständnis nach als deutsche Zionisten – mit einem spezifischen Erfahrungshorizont und Wertemaßstab, eigenem ideologischen Rüstzeug und eigener Weltsicht. Demgemäß sah sich die *HOG* in der Tradition und Nachfolge der *ZVfD*, deren Weg sie in Palästina fortsetzen wollte. Diese Selbstwahrnehmung entsprach exakt der Fremdwahrnehmung seitens des

---

<sup>4</sup> Siehe zu den verschiedenen Zahlenangaben: Yoav Gelber, The Historical Role of the Central European Immigrants to Israel, in: LBI Year-Book XXXVIII (1993), S. 323-339, hier: 326 [f. Gelber, Historical Role]; Eva Beling, Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel. Eine soziologische Untersuchung der Einwanderung aus Deutschland zwischen 1933 und 1945, Frankfurt a.M. 1967, S.29-33 [f. Beling, Eingliederung]; Dan Horowitz/Moshe Lissak, Origins of the Israeli Polity. Palestine under the Mandate, Chicago/London 1978, Appendix 3 [S.234-235] [f. Horowitz/Lissak, Israeli Polity] u. die folgenden Ausführungen dieser Arbeit.

*Jischuw*, der die Neuen als eine monolithische Einheit wahrnahm und ihnen gelinde gesagt äußerst reserviert gegenüberstand.

Mitte der 1930er Jahre begann eine zunächst nur graduelle Neuausrichtung der *HOG*. Entgegen dem zionistischen Dogma des *Misug Galujoth*, das gerade in der politischen Sphäre eine Verschmelzung der Landsmannschaften einforderte, versuchte sie nun – letztlich erfolglos – ihre ersten zaghaften Schritte auf dem politischen Parkett des Nationalheimes zu beschreiten. Äußeren Anlass dazu gab die sich rapide verschlechternde Lage der Juden in Deutschland. Die *Hitachduth* betrachtete sich fortan als Sachwalter der Interessen der deutschen Juden in *Erez Israel* wie auch in Deutschland. Immer mehr rückte nun die Errettung der noch im *NS*-Staat verharrenden Juden ins Zentrum ihrer Bestrebungen – ein Unterfangen, das ohne jeglichen politischen Einfluss im *Jischuw* und Weltzionismus allerdings wenig Zählbares einbrachte. Mit Kriegsbeginn verstärkten sich die Politisierungstendenzen in den Reihen der sich nun selbst als überparteiliche politische Organisation klassifizierenden *Hitachduth*. Die Unzufriedenheit über die gesellschaftliche Lage im *Jischuw* und die Politik der zionistischen Führungsinstanzen trugen erheblich dazu bei. Den letzten Ausschlag zu einer kollektiv vollzogenen politischen Emanzipation durch die Umwandlung der *Hitachduth* in eine politische Partei namens *Alija Chadascha (AC)* im Herbst 1942 gab allerdings der sich immer weiter zuspitzende Konflikt zwischen dem *Jischuw* und der deutschen *Alijah*. Er erreichte Dimensionen, die ein grundsätzliches Scheitern der Akkulturation der deutschen *Alijah* im Bereich des Möglichen erscheinen ließ. Nun begann ein fast kometenhafter Aufstieg der weiterhin landsmannschaftlich geprägten *Alija Chadascha*, auf dem dann in den ersten Nachkriegsjahren ein ebenso rapider Zerfall folgte. Ihr stetig wachsender Mitgliederbestand stellte bei Kriegsende den fast aller Parteien des *Jischuw* in den Schatten und bei den 1944 durchgeführten Wahlen zur parlamentarischen Vertretung des *Jischuw*, der *Assefath Haniwcharim*, errang sie auf Anhieb das zweitbeste Ergebnis. Ab 1946 verlor sie aber zunehmend ihre integrative Kraft und in ihrer Führung offenbarten sich unüberbrückbare ideologische Differenzen. Wenige Monate nach der Gründung Israels im Mai 1948 löste sich die *AC* dann sang- und klanglos auf und die Geschichte des deutschen Zionismus als politische Bewegung kam nun wirklich an ihr Ende.

Die wissenschaftliche Forschung hat zur Geschichte des *Jischuw* und damit verbundener Teilaspekte wie beispielsweise die Politik der britischen Mandatsmacht, die Reaktionen der zionistischen Führung auf die Schoah oder aber die illegale Einwanderung von Juden während



der Mandatszeit eine wahre Fülle von Abhandlungen vorgelegt. Aus Platzgründen wird hier auf ein ausführliches Referieren der Forschung verzichtet und auf den Fußnotenapparat dieser Arbeit verwiesen, der ausgiebig die wesentlichen Forschungsarbeiten wiedergibt. Auch die Historie des deutschen Zionismus in seiner ursprünglichen Wirkungsstätte Deutschland wurde von ihren Anfängen im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zu ihrem Ende im Jahre 1938 von der wissenschaftlichen Forschung breit und detailliert bearbeitet. Neben Selbstzeugnissen, autobiographisch gefärbten Darstellungen,<sup>5</sup> (postum) publizierten Tagebüchern und Briefwechseln der ehemaligen Aktivisten selbst,<sup>6</sup> erschienen im Laufe der Jahre einige grundlegende periodisierte Monographien<sup>7</sup> und eine Vielzahl von Einzelaspekte beleuchtenden Monographien und Aufsätzen.<sup>8</sup> Die Geschichte der deutschen *Alijah* traf ebenso auf beachtliches Forschungsinteresse. Den Grundstein legten wiederum die ehemaligen Protagonisten selbst.<sup>9</sup> Es folgten Forschungsarbeiten, die schwerpunktmäßig die Integrationsproblematik aufgriffen, aber auch politische Fragen wurden abgehandelt. Im Jahre 1990 legte dann Yoav Gelber eine voluminöse Gesamtstudie zur deutschen *Alijah* vor.<sup>10</sup>

---

<sup>5</sup> Siehe u.a.: Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962 [f. Blumenfeld, *Judenfrage*]; Robert Weltsch, *Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick*, Königstein/Ts. 1981; Richard Lichtheim, *Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus*, Stuttgart 1970; Sammy Gronemann, *Erinnerungen*, Berlin/Wien 2002.

<sup>6</sup> Siehe u.a.: Arthur Ruppin, *Tagebücher, Briefe, Erinnerungen*. Herausgegeben von Schlomo Krolik, Königstein/Ts. 1985 [f. Ruppin, *Tagebücher*]; Martin Buber, *Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten*, Band I: 1897-1918, Heidelberg 1972; Schmuël Hugo Bergman, *Tagebücher & Briefe. Band 1. 1901-1948*, Königstein/Ts. 1985 [f. Bergman, *Tagebücher*]; Ernst A. Simon, *Sechzig Jahre gegen den Strom. Briefe von 1917-1984*, Tübingen 1998 [f. Simon, *Sechzig Jahre*].

<sup>7</sup> Siehe dazu: Hagit Lavsky, *Before Catastrophe. The distinctive Path of German Zionism*, Detroit/Jerusalem <sup>2</sup>1998 [f. Lavsky, *Before Catastrophe*]; Carsten Teichert, *Chasak! Chasak! Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938*, Köln 2000 [f. Teichert, *Chasak*]; Yehuda Eloni, *Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*, Gerlingen 1987 [f. Eloni, *Zionismus in Deutschland*]; Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany 1897-1933. The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1977 [f. Poppel, *Zionism*].

<sup>8</sup> Siehe u.a.: Jörg Hackeschmidt, *Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation*, Hamburg 1997 [f. Hackeschmidt, *Blumenfeld*]; Barbara Schäfer, *Berliner Zionistenkreise. Eine vereinsgeschichtliche Studie*, Berlin 2003; Alex Bein, *Arthur Ruppin: The Man and his Work*, in: *LBI Year-Book*, Vol. XVII (1972), S.117-141; Joseph Walk, *The Torah va-Avodah Movement*, in: *LBI Year-Book*, Vol. VI (1961), S.236-256.

<sup>9</sup> Siehe u.a.: Margarete Turnowsky-Pinner, *Die zweite Generation mitteleuropäischer Siedler in Israel*, Tübingen 1962 [f. Turnowsky-Pinner, *Die zweite Generation*]; Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel-Aviv 1962; Werner Feilchenfeld u.a., *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Tübingen 1972 [f. Feilchenfeld, *Haavara-Transfer*]; Siegmund Kaznelson, *Deutsche Juden im Palästina-Aufbau*, in: ders. (Hg.), *Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk*, Berlin <sup>2</sup>1959, S.989-1002.

<sup>10</sup> Siehe u.a.: Yoav Gelber, *Neue Heimat. Die jüdische Einwanderung Zentraleuropas und ihre Integration 1933-1948* [Hebr.], Jerusalem 1990 [f. Gelber, *Neue Heimat*]; Miriam Getter, *Die separate politische Organisation der deutsch-jüdischen Einwanderer* [Hebr.], in: *HaZiyonut* 7 (1981), S.240-291 [f. Getter, *Organisation*]; Eva Beling, *Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel*, Frankfurt a.M. 1967; Schlomo Erel, *Neue Wurzeln. 50 Jahre Immigration deutsch-sprachiger Juden in Israel*, Gerlingen 1983 [f. Erel, *Wurzeln*];

Weitere Arbeiten zu Teilaspekten wie der Neuaufbau des religiösen Lebens der deutschen *Alijah* in Palästina, die sprachliche (Nicht-)Anpassung der deutschsprachigen Neueinwanderer an das Hebräische oder aber ihre kulturellen Konflikte mit den Alteingesessenen des *Jischuw* wurden in den darauf folgenden Jahren veröffentlicht.<sup>11</sup> Nun beschäftigte sich die Forschung auch intensiver mit einer weiteren deutschsprachigen Einwanderergruppe – der österreichischen *Alijah*.<sup>12</sup> Das wissenschaftliche Interesse an der Thematik nahm gerade im deutschen Sprachraum in den letzten beiden Jahrzehnten sogar noch zu. Eine Vielzahl von Beiträgen zur Geschichte der *Jeckes*, wie die deutschsprachigen Einwanderer etwas abschätzig im *Jischuw* auch genannt wurden, kam – insbesondere – in Sammelbänden zur Veröffentlichung. Nicht wenige dieser Beiträge strichen nun die – bisher selten gewürdigten – Leistungen der deutschen *Alijah* beim Aufbau des jüdischen Gemeinwesens heraus.<sup>13</sup>

Eine Gesamtschau über das Wirken des deutschen Zionismus im Land all seiner Sehnsüchte in den Jahren 1932 bis 1948 fehlt allerdings bis heute. Mit Ausnahme der erwähnten, allerdings nur in Hebräisch vorliegenden Studie von Gelber, der in zwei Kapiteln seines Werkes auch den politischen Weg der deutschen *Alijah* vor allem in Form einer organisationsgeschichtlichen Abhandlung darstellt, tangiert der wissenschaftliche Kanon diese Frage eher am Rande. Diese Leerstelle soll diese Arbeit ausfüllen und so einen Kreis schließen und die wissenschaftliche Aufarbeitung der mehr als 50-jährigen Geschichte des deutschen Zionismus zum Abschluss

---

Agnes Viest, *Identität und Integration. Dargestellt am Beispiel mitteleuropäischer Einwanderer in Israel*, Frankfurt a.M. u.a. 1977.

<sup>11</sup> Siehe dazu: Christian Kraft, *Aschkenas in Jerusalem. Die religiösen Institutionen der Einwanderer aus Deutschland im Jerusalemer Stadtviertel Rechavia (1933-2004) – Transfer und Transformation*, Göttingen/Bristol 2014 [f. Kraft, *Aschkenas*]; Anne Betten/Miryan Du-nour (Hg.), *Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel*, Tübingen 2000; Eva Edelmann-Ohler/Andreas Kilcher, *Deutsche Sprachkultur in Palästina/Israel. Geschichte und Bibliographie*, Berlin/Boston 2017 [f. Edelmann-Ohler/Kilcher, *Deutsche Sprachkultur*]; Rakefet Sela-Sheffy, *Integration through Distinction: German-Jewish Immigrants, the legal Profession and Patterns of bourgeois Culture in British-ruled Jewish Palestine*, in: *Journal of Historical Sociology*, Vol. 19, No. 1 (2006), S.34-59 [f. Sela-Sheffy, *Integration*]; Na’ama Sheffi, *Rejecting the Other’s Culture – Hebrew and German in Israel 1933-1965*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXVII* (1998), S.301-319 [f. Sheffi, *Rejecting*].

<sup>12</sup> Siehe dazu: Evelyn Adunka, *Exil in der Heimat. Über die Österreicher in Israel*, Wien u.a. 2002 [f. Adunka, *Exil*]; Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), *Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft*, Wien u.a. 1992; Sabine Falch/Moshe Zimmermann (Hg.), *Israel – Österreich. Von den Anfängen bis zum Eichmann-Prozess 1961*, Wien u.a. 2005; Victoria Kumar, *Land der Verheißung – Ort der Zuflucht. Jüdische Emigration und nationalsozialistische Vertreibung aus Österreich nach Palästina 1920 bis 1945*, Wien u.a. 2016 [f. Kumar, *Land*].

<sup>13</sup> Siehe dazu: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005; Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), *Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus*, Berlin 2006; Yotam Hotam/Joachim Jacob (Hg.), *Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration*, Göttingen 2004; Joachim Schlör, *Endlich im Gelobten Land. Deutsche Juden unterwegs in eine neue Heimat*, Berlin 2003 [f. Schlör, *Land*]; Gisela Dachs (Hg.) *Die Jeckes. Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts*, Frankfurt a.M. 2005.

bringen. Im ersten Teil der Darstellung wird in chronologischer Folge die 1932 beginnende letztmalige Sammlung und Neuformierung des deutschen Zionismus in seiner neuen Heimat dargestellt. Wenn man so will, die formativen Jahre im personellen, organisatorischen und ideologisch-politischen Sinne, die schließlich mit der – in der Rückschau – fast zwangsläufig erscheinenden Begründung der *Alija Chadascha* ihren Abschluss fanden. Im zweiten Teil werden neben der Darstellung des Aufstiegs und Falls der AC die Positionen der deutschen Zionisten zu den existenziellen Fragen des *Jischuw* in der im Fokus stehenden Zeitperiode dargestellt. Im Einzelnen handelt es sich erstens um die Einwanderungsfrage, die untrennbar verbunden war mit der in der zionistischen Theorie unabdingbaren Forderung nach der Erlangung einer jüdischen Majorität in Palästina; zweitens um die Frage der staatlichen Ausgestaltung des zukünftigen jüdischen Gemeinwesens und drittens um die der adäquaten Reaktion auf die Vernichtung des europäischen Judentums. In diese jeweils in separaten Kapiteln behandelten Themenkomplexe wird die Frage nach dem anzustrebenden Verhältnis zur britischen Mandatsmacht mit einfließen. Hieran mussten die deutschen Zionisten ihr mitgebrachtes geistig-ideologisches Rüstzeug einem Praxistest unterziehen und nach realpolitischen Antworten suchen. Diese Untersuchung wird somit zum einen den Kampf der deutschen *Alijah* um gesellschaftliche Anerkennung im *Jischuw* nachzeichnen und zum anderen eine geistig-ideologische Verortung des deutschen Zionismus in seiner letzten Phase vollziehen und Tendenzen der ideologischen Neuausrichtung offenlegen. Darüber hinaus können in der Wissenschaft vorhandene Allgemeinplätze wie die fast allseits anerkannte These vom Scheitern der deutschen Zionisten in der neuen Heimat einer Überprüfung unterzogen werden.<sup>14</sup>

Sowohl die Bodenfrage als auch die so genannte „Araberfrage“ werden dagegen in dieser Arbeit aus gutem Grunde nicht gesondert in eigenen Kapiteln bearbeitet. Erstere hatte unzweifelhaft eine herausragende Bedeutung in der zionistischen Vorstellungswelt. Die Erlösung des Bodens, wie es so schön in der zionistischen Rhetorik hieß, die materielle und physische Inbesitznahme des Bodens in *Erez Israel* wurde als Grundbedingung für die geistige

---

<sup>14</sup> Siehe zur These des Scheiterns: Joav Gelber, Deutsche Juden im politischen Leben des jüdischen Palästina 1933-1948. Siegfried Moses – Gedenkrede, Jerusalem, 4.5.1986, in: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts 76 (1987), S.51-72, hier: 68-69; ders., Neue Heimat, S.603; Joachim Schlör, „Alija Chadascha und öffentliche Meinung“. Das Mitteilungsblatt des Irgun Olei Merkaz Europa (Tel Aviv) als historische Quelle, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte VIII (1997), S.70-97, hier: S.86; Erel, Wurzeln, S.270-271; Evyatar Friesel, Zur „Janus-Lage“ des deutschen Judentums und zu seinem fehlenden Einfluss auf die innere Entwicklung Israels, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.315-329, passim.

und körperliche Gesundheit des durch 2000-jähriges *Galuth*-Dasein degenerierten jüdischen Volkes angesehen. Und auch aus realpolitischer Sicht besaß sie hohen Stellenwert, da damit jüdische Ansprüche auf Palästina untermauert und auch zukünftige territoriale Grenzbeziehungen für das jüdische Gemeinwesen beeinflusst werden konnten. In dieser Hinsicht herrschte zwischen den verschiedenen politischen Strömungen der zionistischen Bewegung weitestgehend Konsens. In der hier im Fokus stehenden Zeit schritt der private und nationale Landerwerb auch stetig und geräuschlos voran. Sogar der arabische Aufstand der Jahre 1936 bis 1939 und die 1940 vom Mandatar in Kraft gesetzten „Land Transfer Regulations“, die ein Landerwerbsverbot für Juden in großen Teilen Palästinas beinhalteten, änderten daran reichlich wenig. Einzig die finanziellen Möglichkeiten begrenzten wirklich den Kauf an Boden auf jüdischer Seite. Auch die deutschen Zionisten unterstützten wohl nahezu einhellig den Kurs der zionistischen Zentralinstanzen in der Bodenfrage. Außer ihren regelmäßig wiederkehrenden Deklarationen über die Bedeutung der Erlösung des Bodens für den jüdischen Renaissance-Gedanken findet sich daher wenig zu dieser Frage.

Da der Palästina-Konflikt gekennzeichnet war durch den Kampf zweier Völker um das selbe Fleckchen Land, scheint es auf den ersten Blick verfehlt, der „Araberfrage“ in dieser Arbeit keinen breiten Raum einzuräumen. Aber spätestens Ende der 1930er Jahre glaubte in der zionistischen Führungsriege wohl niemand mehr, dass eine Verständigung mit der arabischen Bevölkerung in absehbarer Zeit im Bereich des Möglichen liege. Fortan hatte jene Frage in ihren politischen Überlegungen allein auf sicherheitspolitischer Ebene noch Relevanz und ein Ausgleich mit dem arabischen Kontrahenten wurde bis auf Weiteres vertagt. Auch die deutschen Zionisten, denen in der Forschung oft eine betont verständigungsbereite Attitude zugeschrieben wird, gingen zu dieser Zeit nicht mehr von der Möglichkeit eines arabisch-jüdischen Ausgleichs in absehbarer Zeit aus. Zwar proklamierten die *Hitachduth* und dann die *AC* in steter Wiederkehr den Verständigungsgedanken. Aber auf realpolitischer Ebene wurden keinerlei Schritte in diese Richtung unternommen und auch in den verschiedenen von deutschen Zionisten vertretenen Konzeptionen zu den Fragen der *Alijah* und der staatlichen Zukunft spielte der Gedanke nur noch indirekt eine Rolle.

Vorauszuschicken wäre noch, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung in erster Linie ein Abbild des Meinungsspektrums, der politischen Konzepte, ideologischen Prägungen und grundsätzlichen Überzeugungen der Führungselite des deutschen Zionismus widerspiegeln werden, die nicht auf die gesamte deutsche *Alijah* übertragen werden können. Bereits in

Deutschland zeigte sich ein ungeheurer „Unterschied zwischen der zum Teil hyperintellektuellen, jedenfalls hoch-intellektuellen Ausrichtung und Vorbereitung der Führer“ und dem Bildungsniveau des einfachen Mitgliedes der *ZVfD*, der eine tiefe „Kluft zwischen Führerschaft und Masse im deutschen Zionismus“<sup>15</sup> schuf, wie Ernst Simon\* konstatierte. Die Masse der deutschen *Alijah* wird daher wohl eine wesentlich konservativere Einstellung zu den politischen Fragen der Zeit vertreten haben. Ebenso werden die Ergebnisse keine (seriösen) Rückschlüsse auf andere ehemals im deutschsprachigen Raum beheimatete zionistische Bewegungen geben können. Zwar schloss sich die *HOG* im Jahre 1938 mit der österreichischen landsmannschaftlichen Organisation zusammen und auch mit den tschechoslowakischen und ungarischen landsmannschaftlichen Vereinigungen kooperierte sie. Aber nur die gemeinsame Sprache und die kollektiv erfahrenen Integrationsprobleme konnten keine Basis für eine wirkmächtige Phalanx bilden – weder auf Führungsebene, noch zwischen den Einwanderergruppen selbst. Sowohl der (erweiterte) Führungskreis der *Hitachduth* als auch der der *AC* setzte sich daher in prädominierter Weise aus Zionisten aus Deutschland zusammen. Persönlichkeiten anderer Landsmannschaften bildeten in ihm eine bescheidene Minderheit.

Ein Wort noch zu den verwendeten Quellen, der angewandten Methodik und zur Quellenkritik. Die Grundlage dieser Untersuchung stellt zum einen ein Periodikum namens *Mitteilungsblatt (MB)* dar, das der deutsch-zionistischen Führung als offizielles Sprachrohr in Palästina diente. Darüber hinaus werden noch eine Reihe anderer Periodika wie die *Jüdische Rundschau (JR)*, die *Jüdische Welt-Rundschau (JWR)* und die in Palästina erschienenen deutschsprachigen Nachrichtenblätter hinzugezogen. Zum anderen werden Archivalien weitreichend genutzt und hier insbesondere der sehr umfangreiche Fundus des Jerusalemer Zionistischen Zentralarchivs zur deutschen *Alijah*. Vor allem zur Kontextualisierung der Quellen findet dann noch wissenschaftliche Sekundärliteratur Verwendung.

Das methodische Vorgehen zur Analyse des *MB* ist auf zwei Ebenen angesiedelt. Die genutzte deskriptive Methode beinhaltet eine textimmanente Analyse des gesamten Textkorpus' des Blattes aus den Jahren 1932 bis 1948 auf qualitativer und quantitativer Basis, wobei nur kaum ein Dutzend Ausgaben nicht zur Verfügung standen. Durch ein eigens entwickeltes Schlagwort- und Kategorie-System können quantitative Aussagen über die vollzogenen

---

<sup>15</sup> Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: Ernst Simon Collection 1958-1988, LBI Archiv NY, AR 108 [f.ESC], S.8, 6.

inhaltlichen Schwerpunktsetzungen im Erscheinungsverlauf getroffen, in Beziehung zueinander gesetzt und Diskursverläufe illustriert werden. Naturgemäß liegt das Hauptaugenmerk auf der qualitativen Inhaltsanalyse des Blattes. Alle Beiträge – hier also auch außerredaktionelle – werden dabei herangezogen und ausgewertet. Neben Autor, Titel, Schlagwörter und Kategorie(n) umfasst die Analyse bei jedem Beitrag eine zumindest kurze inhaltliche Zusammenfassung. Weiterhin werden Teilaspekte der diskurshistorischen Methode Anwendung finden, die in der Presseforschung zunehmend an Bedeutung gewinnt.<sup>16</sup> Über die rein textbasierende Auswertung hinaus fordert jene gebieterisch eine historische Kontextualisierung der – im Fall dieser Arbeit – politischen Artikel, Meinungsbekundungen und Proklamationen aus den herangezogenen Presseorganen.

Presseerzeugnisse als Quellenbasis für die wissenschaftliche Forschung werfen eine ganze Reihe von Problemen auf. Der quantitative Umfang eines über Jahre erschienenen Presseorgans, seine Subjektivität und Vieldeutigkeit müssen in Betracht gezogen werden. Auch stellen Neutralität, Überparteilichkeit und Unabhängigkeit, alles geforderte Verhaltensnormen im modernen Journalismus, wohl mit der Realität konfrontiert nur wohlfeile Postulate dar. Ein Abbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit zeichnen Presseerzeugnisse jedenfalls nicht nach. Dies galt umso mehr für die zeitgenössische Presselandschaft des *Jischuw*. Fast gänzlich lagen Tagespresse und Wochenschriften fest in Parteienhand, die ihre Klientel mobilisieren, politisch beeinflussen und anleiten sowie politische Widersacher bekämpfen wollte. Auch das *Mitteilungsblatt* bildete dabei keine Ausnahme. Zwar schrieb sich das Blatt in den ersten Jahren strikte politische Neutralität auf die Fahnen, aber spätestens mit Beginn des Krieges wandelte es sich zu einem Ort der politischen Meinungs- und Richtungskämpfe innerhalb der *Hitachduth/Alija Chadascha* und zu einem Kampforgan gegen politische Gegner. Diese eigentlich aus quellenkritischer Perspektive hoch problematische Dimension gereicht dieser Untersuchung allerdings zum Vorteil. Nicht nur nutzte die *Hitachduth/AC* das Blatt, um ihre politischen Konzepte der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren, sondern auch die verschiedenen in ihr vereinten politischen Richtungen verwandten es – auch in Ermangelung

---

<sup>16</sup> Siehe dazu: Markus Winkler, *Jüdische Identitäten im kommunikativen Raum. Presse, Sprache und Theater in Czernowitz bis 1923*, Bremen 2007, S.35-36; Susanne Marten-Finnis, *Die jüdische Presse in der osteuropäischen Diaspora: Eine Typologie*, in: dies./Markus Bauer (Hg.), *Die jüdische Presse. Forschungsmethoden – Erfahrungen – Ergebnisse*, Bremen 2007, S.75-86, hier: 76-77; Ruth Wodak u.a., *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt a.M. 1998, S.41-47.

anderer Kanäle zur Politikformulierung – bereitwillig als Artikulations- und Agitationsinstrument. Aus der Fülle an geäußerten Meinungen und Stellungnahmen wird sich daher ein Mosaikbild ergeben, das die Vielschichtigkeit des deutschen Zionismus offenlegt, zugleich aber seine grundlegende geistig-ideologische Verortung ermöglicht.

Eine große Herausforderung aus quellenkritischer Perspektive stellt allerdings die Zensur in all ihren Facetten für diese Untersuchung dar. Zuvorderst zu nennen wäre die rigide gehandhabte Pressezensur der britischen Mandatsmacht, die erst wenige Tage vor der Staatgründung Israels ihr Ende fand. Ganze Themenbereiche wurden dadurch aus den Spalten der Presseorgane verbannt oder nur noch in kryptischer Form von ihnen aufgegriffen. Hinzu kam die in der Presselandschaft des *Jischuw* verbreitete Tendenz zur Selbstzensur. Nicht nur sollte aus propagandistischen Erwägungen das zionistische Aufbauwerk allein im positiven Glanz erscheinen, sondern auch seinen politischen Gegnern keine (zusätzliche) Angriffsfläche geboten werden. Schließlich versuchte die Redaktion des *Mitteilungsblattes* selbst, ihr nicht genehme politische Meinungsäußerungen aus den eigenen Reihen so weit wie möglich zu unterbinden. Das führte nicht selten zu der sonderlichen Situation, dass die Aktivisten nur durch das Anrufen der höchsten Gremien der *Hitachduth* beziehungsweise der *Alija Chadascha* ihre Meinungsbekundungen in den Spalten des *MB* unterbringen konnten. Umschifft werden können diese Klippen jedoch durch die Fülle an vorliegenden Archivalien wie interne Protokolle, Schriftverkehr und nicht offiziösen Stellungnahmen führender deutsch-zionistischer Persönlichkeiten.

**Teil 1:**

**Der lange Weg der deutschen *Aljah* zur politischen Emanzipation 1932-1942**

---



## Kapitel I: Die *Hitachduth Olej Germania* formiert sich (1932-1935)

---

### Die Begründung der *HOG*

Am 4. März 1932 trat die *Hitachduth Olej Germania* erstmals an die Öffentlichkeit. Die *JR* berichtete über die Gründung der Vereinigung in Tel Aviv, die sich zum Ziel gesetzt hatte, vor allem für mittelständische Einwanderungskandidaten nach *Erez Israel* eine umfassende Wirtschafts- und Berufsberatung durchzuführen. Die offiziell Anfang des Jahres 1932 gegründete *HOG* hatte sich zuvor schon von der Führung der *ZVfD* versichern lassen, dass gegen ihre Aktivitäten im Rahmen einer landsmannschaftlichen Struktur keine Bedenken bestünden.<sup>17</sup> Insbesondere die zunehmende Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Situation der Juden in Deutschland bewog einen kleinen Kreis deutscher Zionisten, der meist schon Jahre in Palästina ansässig war, zu diesem Schritt. Sie erhielten nun regelmäßig Anfragen von Zionisten aus Deutschland und Österreich, die eine Auswanderung nach Palästina ins Auge fassten. Darüber hinaus spielten noch die Erfahrungen mit der vierten *Alijah* aus den Jahren 1924 bis 1931, der so genannten *Grabski-Alijah*, eine Rolle. Jene eher bürgerliche Einwanderungswelle vollzog sich relativ unorganisiert mit (vermeintlich) weitreichenden negativen Folgen für das zionistische Aufbauwerk. Auch zeigte sich dabei, dass die zionistischen Instanzen in Palästina eine individuelle Beratung und Betreuung (klein-)bürgerlicher Einwandererschichten nicht realisieren konnten.<sup>18</sup> Mit einem äußerst bescheidenen Budget von anfangs fünf palästinensische Pfund (*LP*) bauten unter der Führung von Theodor Zlocisti\* und Ernst Lewy\* die Aktivisten der ersten Stunde – unter ihnen Ludwig Pinner\*, Felix Danziger\*, Hans Kaufmann\* und Felix Rosenblüth\* – die *Hitachduth* auf. Es wurden die ersten *Snifim* in Jerusalem und Haifa gegründet. In Tel Aviv selbst erhöhte sich die Mitgliederzahl von 30 Personen im Februar 1932 auf 250 Anfang 1933. Auch die sachliche Arbeit wurde intensiviert und ausgebaut. Neben dem Berufs- und Wirtschaftsinformationsdienst wurden Beziehungen zum deutschen Konsulat in Palästina, zu den dortigen zionistischen Institutionen und zur britischen Mandatsverwaltung geknüpft. Die *HOG* begann

---

<sup>17</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an Ludwig Pinner v. 21.3.1932, in: Ludwig Pinner Collection, LBI Archiv NY, AR 4708 [f. LPC]; Berufs- und Wirtschaftsberatung, *JR* v. 4.3.1932, S.88.

<sup>18</sup> ebd.; Robert Weltsch an Hans Kohn v. 1.3.1932, in: Hans Kohn – Robert Weltsch Correspondence 1920-1962, LBI Archiv NY, AR 6908 [f. KWC], Box 1, Folder 1; Kurzer Arbeitsbericht, MB, Anfang September 1932 [Nr. 1], S.1-2; Ernst Lewy, Die ersten Jahre der *Hitachduth Olej Germania* 1932-1936, MB v. 16.5.1952, S.5-6; zur negativen Wahrnehmung der *Grabski-Alijah* siehe: Anat Helman, East or West? Tel Aviv in the 1920s and 1930s, in: Ezra Mendelsohn (Hg.), *People of the City. Jews and the urban Challenge*, New York u.a. 1999, S. 68-79, hier: 71 [f. Helman, East or West].

nun auch mit der Unterstützung von bereits eingewanderten *Olim* und etablierte hebräische Sprachkurse und eine Arbeitsvermittlung.<sup>19</sup>

Das wichtigste Prinzip, auf dem die *HOG* aufgebaut werden sollte, war das der gegenseitigen Selbsthilfe. Diese sollte sich auf den Bereich der Beratungstätigkeit begrenzen, exekutive Tätigkeiten dagegen den offiziellen zionistischen Instanzen vorbehalten bleiben. Auch sollte die *HOG* nur dort agieren, wo diese Instanzen bisher keine Tätigkeit entfaltet hatten. Ihre Aufgabe war daher nur, „die Arbeit der bestehenden Institutionen zu ergänzen und zu verbessern.“ Die Einheit innerhalb der *Hitachduth* sollte durch strikte Neutralität in politischen, religiösen und kulturellen Fragen gewahrt werden. Daher war sie, wie Lewy\* betonte: „de facto zionistisch, jedoch statutenmäßig unpolitisch.“<sup>20</sup> Mitglied in der *HOG* konnten Parteigänger vom rechten bis hin zum linken politischen Rand, vom areligiösen bis hin zum (ultra-)orthodoxen Einwanderer aus Deutschland werden; auch Nichtzionisten und sogar den dezidiert antizionistisch eingestellten Anhängern der *Agudath Israel* stand sie offen. In der Führungsebene wurde dieser Pluralismus anfänglich auch weitgehend umgesetzt. Die verschiedenen Unterstützungsangebote der *HOG* konnten von allen deutschen *Olim* wahrgenommen werden. Trotz dieser defensiven Strategien „mussten die von allen Seiten sich türmenden Widerstände überwunden“<sup>21</sup> werden. Zum einen beruhten diese auf der grundsätzlichen Kritik an der landsmannschaftlichen Struktur der *HOG*, die dem zionistischen Dogma des *Misug Galujoth* (scheinbar) zuwiderlief. Dieser Schmelztiegelideologie nach sollte nach der Sammlung der zerstreuten Juden in ihrer neu-alten Heimat durch eine kulturelle Renaissance die nationale Einheit des (neuen) hebräischen Volkes geschmiedet werden.<sup>22</sup> Konfliktpotenzial barg auch die Frage der Stellung der *HOG* zur *ZVfD*. Während letztere die *HOG* in der Anfangszeit nur als ihr Ausführungsorgan betrachtete, gewissermaßen als

---

<sup>19</sup> Siehe dazu: Kurzer Arbeitsbericht, MB, Anfang September 1932 [Nr. 1], S.1-2; Ernst Lewy, Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olei Germania*, Tel Aviv für das Jahr 1932, MB, Mitte März 1933, S.1-2; Hebräische Kurse, ebd., S.3; Stenographische Aufzeichnungen über die Generalversammlung der *Hitachduth Olei Germania* im Jascha-Heifetz-Saal, Dienstag, den 3. März 36 [f. Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936], in: ZZA, J18/2, S.43.

<sup>20</sup> Ernst Lewy, Thesen über die organisatorische Zusammenarbeit und Kompetenz-Abgrenzung zwischen der Deutschen Abteilung der *Sochnuth* und der *HOG* v. 1. Oktober 1933, in: ZZA, S7/26/2, S.1 u. 4; weiterhin: Berufs- und Wirtschaftsberatung, JR v. 4.3.1932, S.88; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.6-7.

<sup>21</sup> Ernst Lewy, Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olei Germania*, Tel Aviv für das Jahr 1932, MB, Mitte März 1933, S.1-2, hier: 1; Protokoll der Sitzung des Merkas der *HOG* vom 29. November 1934, in: ZZA, S7/117; zur Partei *Agudath Israel* siehe: Gary S. Schiff, *Tradition and Politics. The religious Parties of Israel*, Detroit 1977, S.66-76, passim [f. Schiff, *Tradition*].

<sup>22</sup> Siehe dazu: Erel, *Wurzeln*, S.154; Schalom Ben-Chorin, *Fremd im eigenen Land?*, in: ders., *Germania Hebraica*, Gerlingen 1982, S.55-71, hier: 67; Gustav Krojanker, *Unsere Aufgabe*, MB, Mitte März 1933, S.1.

Zweigstelle, definierten die Aktivisten in Palästina sie als eigenständig agierendes Organ. Anfangs alimentierte die *Meineckestraße* – wenn auch unregelmäßig – die *HOG* noch mit kleinen Beträgen. Die politische Entscheidungskompetenz sollte ausschließlich in Berlin liegen. Kurt Blumenfeld\*, bis 1933 noch Präsident der *Zionistischen Vereinigung*, drohte der *HOG*-Führung Anfang 1933 sogar mit dem Abbruch der Beziehungen, wenn sie sich nicht unterordne.<sup>23</sup> Auch ließ die Zusammenarbeit der beiden Organisationen jenseits technischer Fragen mehr als zu wünschen übrig, wie beide Seiten Ende 1934 unumwunden zugaben. Dies erstaunt umso mehr, da zu diesem Zeitpunkt schon fast die gesamte Führungsriege der *ZVfD* in *Erez Israel* eingewandert war und viele sich sogleich tatkräftig in der *HOG* engagierten. So betonte der Landesvorstand der *Hitachduth*, *Merkas* genannt, Ende 1934 in einem Schreiben an die *ZVfD*, „dass die Herstellung einer organischen Verbindung zwischen beiden Organisationen außerordentlich wichtig erscheint,“ zumal ja „die H.O.G. sozusagen die legitime Fortsetzung der Z.V.f.D. in Palästina ist“.<sup>24</sup> Der beiderseitige Wunsch nach intensiver Kooperation und Aussprache erfüllte sich aber auch in den folgenden Jahren nur bedingt. Mit der *NS*-Machtübernahme begann auch für die *Hitachduth* eine neue Zeitrechnung. Zu Tausenden flohen nun deutsche Juden vor den antijüdischen Maßnahmen und gewalttätigen Exzessen des *NS*-Staates nach Palästina. Bis August 1933 trafen bereits mindestens 5000 Flüchtlinge in *Erez Israel* ein. Der *Jischuw* empfing die Neuankömmlinge mit einer Welle aus Solidarität und Unterstützung. Es wurde das *Vereinigte Komitee zur Ansiedlung deutscher Juden in Erez Israel*, kurz *Waad Meuchad*, begründet, das Ende Mai 1933 eine Spendenaktion zugunsten der Neueinwanderer initiierte. Diese spontane Einwanderungswelle hatte im Gegensatz zur folgenden, wesentlich planvoller gestalteten *Alijah* einige Spezifika: Die Mehrzahl der *Olim* traf mittellos ein und war auf die gänzlich andere wirtschaftliche Situation in Palästina nicht vorbereitet; weder hatte sie eine *Hachscharah*-Vorbereitung noch anderweitig eine Berufsumschichtung vollzogen. Viele der Neueinwanderer reisten mit Touristenvisa ein und verblieben nach Ablauf der Visa illegal im Land. Bereitetete schon die erste Linderung der Not der Neueinwanderer dem *Jischuw* ernste Schwierigkeiten, so stellte ihre tatsächliche sozioökonomische Einordnung ihn vor fast unüberwindliche Probleme. Die *Jewish*

---

<sup>23</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an Ludwig Pinner v. 25.01.1933, in: LPC; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes [d. *ZVfD*] v. 8.1.1933 in Berlin, Logenhaus, in: ZZA, Z4/30163, S.29; Protokoll der Budget-Kommissionssitzung beim *Merkas* der *HOG* vom 17. Mai 1934, in: ZZA, S7/26/2.

<sup>24</sup> *Merkas* der H.O.G. an die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* v. 11.12.1934, in: ZZA, A 222/10 I, S.1; weiterhin dazu: Benno Cohn, *Zionistische Vereinigung für Deutschland* an *Hitachduth Olej Germania* v. 22.11.1934, in: ebd.

*Agency (JA)* finanzierte aus ihrem schmalen Budget nur eine erste, sehr geringe Unterstützung.<sup>25</sup> Einzig die *Histadruth* und die *Kibbuz*-Verbände unterhielten ein weitreichendes Repertoire an kulturellen, sozialen und ökonomischen Integrationsinstrumentarien. Jedoch stand dies vor allen Dingen jugendlichen Einwanderern offen, die sich dem *Chaluz*-Ideal verschrieben hatten. Die *Chaluzim* oder auf Deutsch Pioniere wurden schon in Deutschland oder angrenzenden Nachbarstaaten meist landwirtschaftlich ausgebildet und je nach distinkter Weltanschauung der jeweiligen *Kibbuz*-Blöcke politisch angeleitet. Diese Idealisten sahen – zumindest in der Theorie – die Verwirklichung der zionistischen Idee als ihre unmittelbare Aufgabe an. Ihre individuellen Bedürfnisse sollten sie gegenüber dem Postulat der Erlösung des jüdischen Volkes gänzlich zurückstellen, wie es damals im zionistischen Sprachgebrauch hieß. Etwas weniger pathetisch ausgedrückt meinte dies die (absolute) Vorrangstellung des Gemeinwohls des jüdischen Volkes vor den persönlichen Interessen des Einzelnen. Allerdings befanden sich bis Mitte 1936 unter den mehr als 35.000 jüdischen Einwanderern aus Deutschland nur ungefähr 6.000 *Chaluzim*.<sup>26</sup> Somit entsprach die übergroße Mehrheit nicht diesem Idealbild. Zwar war die deutsche *Alijah* wie alle anderen ethnischen Einwanderergruppen in sich sozial, religiös, politisch und ökonomisch heterogen. Ohne jedoch allzu weitgehend zu verallgemeinern, kann ein wesentlicher Teil davon im soziologischen Sinne als mittelständisch und bürgerlich klassifiziert werden. Die *Hitachduth* baute nun eine bisher nicht vorhandene Infrastruktur zur Betreuung und Unterstützung dieser *Olim* auf, wobei sie schnell an ihre personellen, strukturellen und finanziellen Grenzen stieß. Sie übernahm neue Aufgabengebiete wie den Empfang der *Olim* und deren Registrierung, die Wohnungsbeschaffung und den Aufbau einer Darlehenskasse. In Kooperation mit der *Histadruth* wurden in den ersten Monaten Hunderte *Olim* als Arbeiter in

---

<sup>25</sup> Siehe dazu: An den hebräischen Jischuw im Land [Hebr.], *Dawar* v. 26.05.1933, S.5; [Martin] Rosenblüth an A.[rthur] Hantke v. 15.6.1933, in: ZZA, A358/74; *Alijah* 1934, ZVfD-Blätter v. 1. Juli 1934 [Nr.1], S.5-6; Memorandum an die Delegierten des 18. Zionisten Kongresses überreicht von der *Hitachduth* Olej Germania, Tel Aviv, undatiert [ca. Juli-August 1933], in: ZZA, S7/26/2.

<sup>26</sup> Zum Pionier-Ideal, zur *Chaluz*-Bewegung in Deutschland u. d. *Kibbuz*-Bewegung: Jehuda Reinharz, Hashomer Hazair in Germany (II). Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938, in: LBI Year-Book, Vol. XXXII (1987), S.183-229 [f. Reinharz, Hashomer Hazair]; [Hechaluz Deutschland Hg.], *Werk und Werden. Eine chaluzische Sammelchrift*, Berlin 1934; Henry Near, *The Kibbutz Movement – a History. Origins and Growth 1909-1939*, Bd. I, Oxford 1992; Shmuel N. Eisenstadt, *Die israelische Gesellschaft*, Stuttgart 1973, S.35-37 [f. Eisenstadt, Gesellschaft]; Omar Kamil, *Arabische Juden in Israel. Geschichte und Ideologie von Ben Gurion bis Ovadia Yosef*, Würzburg 2008, S.94-97 [f. Kamil, Arabische Juden]; zur *Histadruth* siehe: Alija Chadascha Owedeth (Hg.), *Die Histadruth. Wirtschaftliche und soziale Probleme in der Kriegszeit*, Tel Aviv 1944 [f. ACO, Die *Histadruth*].

den landwirtschaftlichen Kolonien untergebracht. Das Arbeitspensum in den Bereichen Arbeitsvermittlung und Wirtschaftsberatung vervielfachte sich. Beriet die *HOG* in Tel Aviv 1932 bis Anfang 1933 noch durchschnittlich bis zu 80 Arbeitssuchende monatlich, waren es nun etwa 600. Ein besonders drängendes Problem war die erste Versorgung der mittellosen Illegalen. Sie erhielten in den von der *Agency* zur ersten Unterbringung der Neueinwanderer betriebenen Heimen kein Quartier. Die *Hitachduth* errichtete für sie Zeltlager und führte unter ihren Mitgliedern eine Spendensammlung zur Beschaffung der dringendsten Einrichtungsgegenstände durch. Unterstützung erhielt sie bei den ersten Notmaßnahmen von der palästinensischen Sektion der *Women's International Zionist Organization*, kurz: *WIZO*, der *Irijah* Tel Aviv und den landsmannschaftlichen Vereinigungen der polnischen und österreichischen Einwanderer.<sup>27</sup> Durch die plötzlich einsetzende Masseneinwanderung und das Fehlen eines für diese *Alijah* adäquaten institutionellen Aufnahmerahmens wurde die *Hitachduth* aber „gezwungen, in die Lücke zu springen und – wider unserem Willen – mit einem unzulänglichen Apparat, diese außerordentlich verzweigte, nicht nur beratende, sondern auch ausführende Arbeit zu leisten.“<sup>28</sup>

Die Führung der *HOG* beabsichtigte aber so schnell wie möglich wieder ins zweite Glied zurückzutreten. An die Adresse des im Spätsommer 1933 in Prag tagenden 18. Zionistenkongresses richtete sie daher eine eindeutige Forderung: Die gesamte Arbeit für die deutschen Einwanderer müsse in einer zu begründenden Abteilung innerhalb der *Sochnuth* konzentriert werden. Weiterhin forderte sie die Errichtung moderner Wohlfahrtsstrukturen in *Erez Israel*, den Aufbau besonderer Strukturen für die Aufnahme einer *Jugend-Alijah*, die Erhöhung des Einwanderungs- und Ansiedlungs-Etats der *Sochnuth* und die Heranziehung von Geldern, die in der *Golah* zur Unterstützung des deutschen Judentums gesammelt wurden. Tatsächlich befasste sich der Kongress ausführlich mit der Situation des deutschen Judentums und fasste eine ganze Reihe entsprechender Beschlüsse; der wichtigste war die Schaffung einer neuen Abteilung innerhalb der *Agency*, die die Rahmenbedingungen für eine große Einwanderung

---

<sup>27</sup> Siehe dazu: Ernst Lewy an Leo Kaufmann v. 20.4.1933, in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der [Vorstands-]Sitzung [der *HOG*] vom 13.4.1933 im Hause Ney, in: ebd.; Protokoll der Vorstandssitzung [der *HOG*] vom 20.4.1933 im Hause von Herrn Erich Ney, ebd.; Memorandum an die Delegierten des 18. Zionisten Kongresses überreicht von der *Hitachduth* Olei Germania, Tel Aviv, undatiert [ca. Juli-August 1933], in: ZZA, S7/26/2; Ernst Lewy, Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olei Germania, Tel Aviv für das Jahr 1932, MB, Mitte März 1933, S.1-2; Bericht der *HOG*, MB, Mitte September 1933, S.1-2; Kurt Tuchler, Bemerkungen zum wirtschaftlichen Schicksal der deutschen *Alijah*, MB v. 2.6.1957, S.18.

<sup>28</sup> Ernst Lewy, Thesen über die organisatorische Zusammenarbeit und Kompetenz-Abgrenzung zwischen der Deutschen Abteilung der *Sochnuth* und der *HOG* v. 1.10.1933, in: ZZA, S7/26/2, S.1.

aus Deutschland schaffen sollte – die *Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina* oder kurz: *Deutsche Abteilung (DA)*.<sup>29</sup> Unter der Schirmherrschaft von Chaim Weizmann im Herbst 1933 gegründet, hatte sie neben einer Londoner Niederlassung einen Sitz in Jerusalem. Letzterer stand unter der Leitung von Arthur Ruppin\*, die Geschäftsführung lag in den Händen von Georg Landauer\*. Zwar war die *DA* offiziell bei der *JA* angesiedelt, aber de facto hatte sie einen autonomen Status, wenn auch die personellen Überschneidungen mit der *Agency* eine direkte Verbindung schufen. Die von Martin Rosenblüth\* geführte Londoner Niederlassung hatte vor allem zwei Aufgabenfelder – das Akquirieren von Geldern und die Verteilung von Einwanderungszertifikaten an deutsch-jüdische Flüchtlinge, die sich schon außerhalb Deutschlands befanden. Geldquellen zur ihrer Budgetsicherung waren in den ersten Jahren verschiedene Sammlungen zugunsten der deutschen Juden in der Diaspora. Nach der Begründung des *Council for German Jewry* Anfang 1936 trug jener die Hauptlast der Finanzierung. Bis zum Beginn des II. Weltkrieges 1939 verausgabte die *DA* fast eine Million Pfund für die Ansiedlung deutscher Juden in *Erez Israel* und nochmals eine halbe Million für die Finanzierung der *Jugend-Alijah*.<sup>30</sup>

In den im Herbst 1933 zwischen der *HOG* und der Jerusalemer *DA* begonnenen Verhandlungen über die gegenseitige Aufgabenabgrenzung waren sich eigentlich beide Partner einig, dass die ad hoc von der *HOG* übernommenen Aufgaben für eine private Organisation ihrer Art nicht tragbar seien. Die negativen Erfahrungen mit dem *Waad Meuchad* vor Augen, forderte die *HOG* von der *DA*, einen eigenen Ausführungsapparat aufzubauen. Sie sollte nicht etwa nur Befehls-, Kontroll- und Geldverteilungsfunktionen ausüben, sondern in engem, persönlichen Kontakt mit den Neueinwanderern stehen. Wichtig war ihr einerseits, selbst wieder nur beratende Funktionen auszuüben. Andererseits wollte sie über den zu gründenden Beirat der *DA* bei grundlegenden Entscheidungen Mitspracherecht haben und dadurch als wirklicher

---

<sup>29</sup> Siehe: Memorandum an die Delegierten des 18. Zionisten Kongresses überreicht von der Hitachduth Olej Germania, Tel Aviv, undatiert [ca. Juli-August 1933], in: ZZA, S7/26/2; Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVIII. Zionistenkongresses und der dritten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Prag 21. August bis 4. September 1933, Wien 1934, S.533, 544-548 [f. Protokoll XVIII. Zionistenkongress].

<sup>30</sup> Siehe dazu: ebd., S. 558; Aus der Arbeit der Deutschen Abteilung, MB, Februar (I) 1937, S.3-5; Arthur Ruppin, Die "Deutsche Abteilung", MB v. 8.11.1940, S.2; Martin Rosenblüth an S.[alomon] Adler-Rudel v. 1.2.1938, in: ZZA, S7/507; The Jewish Agency for Palestine. Central Bureau for the Settlement of German Jews (Hg.), Report to the XXth Zionist Congress and to the Council of the Jewish Agency in Zurich, Jerusalem 1937, S.3-16; [f. Report to the XXth Zionist Congress]; Yoav Gelber, The Reactions of the Zionist Movement and the Yishuv to the Nazi's Rise to Power, in: Yad Vashem Studies XVIII (1987), S.41-101, hier: 68 [f. Gelber, Reaction]; zur Person Weizmann siehe: Norman Rose, Chaim Weizmann. A Biography, London 1986.

Interessensvertreter der deutschen *Alijah* fungieren.<sup>31</sup> In den sich über Monate hinziehenden Verhandlungen konnte sich die *Hitachduth* nicht durchsetzen. Für die *DA* war die *HOG* ihr Ausführungsorgan und sie subventionierte sie dafür; eine wirkliche Mitbestimmungsgar Kontrollfunktion stand sie ihr nicht zu, sodass sich das Verhältnis zwischen beiden Organisationen in den folgenden zwei Jahren nach und nach verschlechterte.<sup>32</sup>

### **Die Arbeit der *Hitachduth* auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet**

Die spontane Flüchtlingseinwanderung der ersten Monate des Jahres 1933 wandelte sich sukzessive zu einer gelenkten *Alijah*. In den ersten drei Jahren trafen jährlich mehr als 10.000 deutsche *Olim* ein. Viele der nun Ankommenden wanderten über so genannte *Kapitalisten-Zertifikate* ein und brachten beträchtliches Kapital ins Land. Die Hauptarbeitsfelder der *Hitachduth* auf dem Gebiet der Integration der deutschen *Alijah* waren nun: landwirtschaftliche Ansiedlung, Kultur- und Sozialarbeit, Arbeitsvermittlung, Berufsumschichtung und Kreditwesen. Welche Dimensionen allein die Beratungstätigkeit der *HOG* annahm, verdeutlichen die Besucherzahlen ihrer Auskunftsstellen. Seit ihrem Bestehen bis Ende 1935 führte sie weit über 100.000 Beratungen durch; nicht ohne Stolz berichtete daher ihr *MB*: Es „gibt keine Institution in Palästina, die nationalen Organisationen eingeschlossen, die auch nur vergleichbare Ziffern aufweisen könnte.“<sup>33</sup>

Für die landwirtschaftliche Ansiedlung deutscher *Olim* schuf die *HOG* eine spezielle Landwirtschaftliche Abteilung unter Führung von Pinner\*. Die *DA* übernahm dann die Kontrolle über die Abteilung, sie verblieb aber weiterhin im Rahmen der *HOG*. Wie schon kurz ausgeführt, unterstützte die *HOG* auf vielfache Weise die Ansiedlung von jungen Arbeitern in kollektiv organisierten Siedlungstypen – den *Kibbuzim* und *Kwuzoth*. Die *DA* wiederum alimentierte die Siedlungen für die Aufnahme dieser Arbeiter. Den zentralen Schwerpunkt setzte die *Hitachduth* aber im Bereich der Mittelstandssiedlungen. Dies lag nahe, da ein

---

<sup>31</sup> Siehe: Ernst Lewy, Thesen über die organisatorische Zusammenarbeit und Kompetenz-Abgrenzung zwischen der Deutschen Abteilung der Sochnuth und der HOG v. 1. Oktober 1933, in: ZZA, S7/26/2; Georg Landauer an Centralburo for the Settlement of German Jews, z. Hd. v. Herrn Dr. Martin Rosenblüth v. 6.11.1933, in: ebd.; Abgrenzung der Arbeitsgebiete zwischen der Zentralstelle der Jewish Agency für die Ansiedlung deutscher Juden und der Hitachduth Olej Germania v. 6.11.1933, in: ebd.

<sup>32</sup> Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 28.3.1935, in: ZZA, S7/117, S.1; weiterhin dazu: Arthur Rupp in Siegfried Moses v. 16.4.1934, in: ZZA, A222/10/I; Protokoll der Merkas-Sitzung der HOG v. 17.4.1934, in: ZZA, S7/26/2.

<sup>33</sup> Die HOG. im Jahre 1936, MB, Dezember (II) 1935, S.3-4, hier: 3; weiterhin: Die Ziele der „Deutschen Abteilung“, ebd., S.5-7; Arbeitsbericht des Merkas der H.O.G. für die Jahre 1934-1935, MB, Februar (II) 1936, S.3-9.

wesentlicher Teil der deutschen *Olim*, der sich ein neues Leben im landwirtschaftlichen Bereich aufbauen wollte, zur bürgerlichen Mittelschicht gehörte – somit eher individualistisch ausgerichtet war, über eigene Kapitalien verfügte und sich meist schon im mittleren Alter von 30 bis 40 Jahren befand. Aber weder gab es für diesen Siedlungstyp nationale oder private Kolonisations- und Finanzinstitutionen, noch ein *Hachscharah*-System zur Ausbildung zukünftiger Siedler. Auch traf der Gedanke eines bürgerlichen, (meist) auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebauten Siedlungstyps innerhalb des *Jischuw* vielfach auf Bedenken und Ablehnung. Nur langsam überwand die *HOG* die Schwierigkeiten und baute bis 1935 erste Strukturen auf. Auch die *Deutsche Abteilung* hatte daran wesentlichen Anteil. Sie finanzierte die ersten *Hachscharah*-Strukturen, vergab landwirtschaftliche Kredite und erwarb Boden. Mit der Begründung einer Siedlungsgesellschaft für Mittelstandssiedlung, der *Rural and Suburban Settlement Company (RASSCO)*, legte sie den Grundstein für ein umfassendes mittelständisches Kolonisationswerk, das die *HOG* dann im folgenden Jahrzehnt mit aufbaute.<sup>34</sup>

Der Bereich der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge lag den Aktivisten der *HOG* besonders am Herzen. Von Beginn an kämpften sie für eine durch die öffentlichen zionistischen Stellen getragene Sozialfürsorge für Neueinwanderer und Alteingesessene. Bis Anfang der 1930er Jahre existierte in *Erez Israel* keine zeitgemäße Wohlfahrtspflege. Dies resultierte neben legislativen Versäumnissen seitens der Mandatsmacht und knappen Ressourcen der zionistischen Zentralinstanzen aus der Sozialstruktur der bisherigen, im Großen und Ganzen selektiven Einwanderung. Wohlhabende konnten zwar uneingeschränkt einwandern, alle anderen aber nur mit von der Mandatsmacht zur Verfügung gestellten Einwanderungszertifikaten. Diese waren an bestimmte Auswahlkriterien gebunden. Jung, ledig, asketisch und arbeitsfähig waren die Attribute für die so genannten *Arbeiter*-Zertifikate, mit einem Wort: eine *Chaluz*-Einwanderung. Darüber hinaus stieß der Wohlfahrtsgedanke, ob nun Wohltätigkeit im traditionellen Sinn oder moderne Sozialfürsorge, in weiten Teilen des *Jischuw* auf Unverständnis und wurde als unproduktive Philanthropie abgetan. Er erinnerte an die *Galuth* und entsprach nicht dem zionistischen Zukunftsbild eines neuen Hebräers, der

---

<sup>34</sup> ebd., S.3-5; Report to the XXth Zionist Congress, S.24-30; Schlomo Krolik, Zur gegenwärtigen Lage der Mittelstandssiedlungen, der *Hachscharah* u. der Hilfswirtschaften [Teil I], MB, Mai (I) 1936, S.6-13; Teil II in: MB, Mai (II) 1936, S.7-10; Teil III in: MB, Juni (I) 1936, S.7-9; ders., Zwei Jahre Ansiedlung deutscher Juden in Palästina, MB, August (II) 1935, S.6-23; Ludwig Pinner, Die Siedlungen der V. Alijah, MB v. 2.6.1957, S.29-30; Turnowsky-Pinner, Die zweite Generation, passim.



körperlich gesund und stark, schöpferisch und autark war. Erst unter dem Druck der Verhältnisse, nach Kriegsbeginn beispielsweise war die Zahl der Hilfsbedürftigen auf weit mehr als 60.000 angestiegen, wurden die zionistischen Instanzen zu graduellem Umdenken gezwungen. Die fünfte *Alijah* trug aber erstmals den Charakter einer Massen-*Alijah*. Sie verkörperte in wesentlich größerem Maße einen soziologischen Querschnitt des Diasporajudentums und somit wanderten auch vermehrt Menschen ein, die sich nicht oder nur schwer wirtschaftlich einordnen ließen. Gleichzeitig verringerten sich die Möglichkeiten der Weiter- oder Rückwanderung in den 1930er Jahren rapide.<sup>35</sup>

Die *HOG* begann sogleich Anfang 1933 mit dem Aufbau erster Fürsorgeinstrumente. Bewusst entschied sie sich dabei, jene nicht in ihrem Rahmen zu etablieren. Zum einen sah sie dies als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, die nur in den Händen der zionistischen Instanzen liegen dürfe. Zum anderen machte sie sich auch Sorgen, dass eine auf landsmannschaftlichen Prinzipien aufgebaute Sozialfürsorge auf berechnete Verbitterung innerhalb des restlichen *Jischuw* stoße. Nach zähen Verhandlungen mit dem *Waad Leumi*, bei denen Henrietta Szold eine resolute Verbündete war, wurde die soziale Abteilung des *Waad Leumi* unter Szolds Führung gegründet. Aus der Perspektive der Aktivisten der *HOG* war es ein Glücksfall, dass durch die personellen „Kräfte und Geldmittel, die der deutschen *Alijah* zur Verfügung standen, eine einmalige Gelegenheit gegeben war, diese Arbeit im Maßstabe des *Jischuw* wirklich in Gang zu bringen.“<sup>36</sup> Die *HOG* stellte geschulte Sozialarbeiter und teils auch ihre Büros dafür bereit. Vor allem aber stellte die *Deutsche Abteilung* die eigentlich nur für die deutsche *Alijah* zweckgebundenen Mittel zur Verfügung, die den Auf- und Ausbau allgemeiner Fürsorgeämter erst ermöglichten. Die Gelder wurden jedoch nicht nur zum Aufbau der Infrastruktur samt Personal genutzt, sondern kamen vielfach durch „kreative Buchführung“ auch Sozialfällen anderer Landsmannschaften direkt zugute. Dadurch wurden auch die lokalen jüdischen Selbstverwaltungsinstitutionen wie die *Kehilloth* und Gemeindeverwaltungen zum Ausbau

---

<sup>35</sup> Zum Bild des neuen Hebräers siehe Kap. VI; weiterhin: Ernst Levy, Probleme der Sozialpolitik, MB v. 18.2.1940, S.2; Walter Preuss, Sozialfürsorge, MB, Dezember (I) 1936, S.17-19, Die Selbstverwaltung des jüdischen *Jischuw*, MB, März (II) 1937, S.4-5; Eisenstadt, Gesellschaft, S.212-215; Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XIX. Zionistenkongresses und der vierten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Luzern 20. August bis 6. September 1935, Wien 1937, S.509-512 [f. Protokoll XIX. Zionistenkongress].

<sup>36</sup> Arbeitsbericht des Merkas der H.O.G. für die Jahre 1934-1935, MB, Februar (II) 1936, S.3-9, hier: 7; weiterhin dazu: [HOG], Tipul b'Allijah. Vorschläge zur Reorganisation v. 25.10.1935, in: ZZA, S7/230; Auftakt zur neuen Arbeit, MB, Dezember (II) 1936, S.3-4; Kredit und Hilfe, MB, Mitte Dezember 1933, S.3; zur Person Szold und ihrem sozialen Engagement siehe: Michael Brown, The Israeli-American Connection. Its Roots in the Yishuv, 1914-1945, Detroit 1996, S.133-160.

ihrer Fürsorgeleistungen motiviert. Zweifellos war trotzdem die soziale Versorgung der deutschen *Alijah* im Vergleich zur jüdischen Gesamtbevölkerung wesentlich weitreichender, was teils zu scharfer Kritik innerhalb des *Jischuw* führte.<sup>37</sup>

Im Jahr 1935 gab es nicht nur aus diesem Grund erste Diskussionen innerhalb der *HOG*-Führung, die Initiative für eine grundlegende Neuausrichtung der Sozialfürsorge im *Jischuw*-Maßstab zu ergreifen. Es sollte eine wirklich umfassende Betreuung der Neueinwanderer mittels eines speziellen Einwanderer-Fürsorgeamtes geschaffen und das Neben- und auch Gegeneinander der verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen und Organisationen durch Zentralisierung beseitigt werden. Zu diesem Zeitpunkt war die *JA* für die Fürsorge neu Eigewanderter im ersten Jahr nach ihrer Ankunft zuständig, der *Waad Leumi* für die *Alteingesessenen*. Die *Histadruth* wiederum betreute ihre Klientel innerhalb eines eigenen Fürsorgenetzes. Die Tel Aviver Stadtverwaltung ordnete sich vor allem aufgrund politischer Differenzen mit dem *Waad Leumi* nicht seiner Führung unter und die landsmannschaftlichen *Hitachdujoth* und anderen privaten Organisationen arbeiteten schließlich auf ihren speziellen Gebieten.<sup>38</sup> Mit der Willensbekundung des XIX. Zionistenkongresses in Luzern, der grundlegende Beschlüsse zur Einwandererfürsorge, sozialer Arbeit und deren Budgetierungspflicht fasste, sahen viele innerhalb der *HOG*-Führung den theoretischen Kampf für beendet an.<sup>39</sup> Optimistisch trat sie an den *Waad Leumi*, die *Deutsche Abteilung* und *Sochnuth* heran, um die praktischen Schritte zur Realisierung zu diskutieren. Eine der wenigen pessimistischen Stimmen innerhalb der *Hitachduth* meldete sich aber schon vor den Kongressbeschlüssen kritisch zu Wort und prophezeite, „dass die Zeit für derartige Institutionen noch nicht reif sei. Der Plan wird auf große Schwierigkeiten bei dem Einwanderungsdepartement der Jewish Agency und bei den sonstigen nationalen Instanzen stoßen.“<sup>40</sup> Sie sollte Recht behalten.

---

<sup>37</sup> Siehe dazu: Kredit und Hilfe, MB, Mitte Dezember 1933, S.3; u.o., Sorge für die Neu-Einwanderer, MB, August (II) 1939, S.3-4; Frieda Weinreich, Soziale Fürsorge für Einwanderer aus Deutschland im Vergleich mit Leistungen für Einwanderer aus anderen Ländern, MB, Oktober (II) 1937, S.10-11.

<sup>38</sup> Siehe: Protokoll der Vorstands-Sitzung der HOG, Haifa v. 28.7.1935, in: ZZA, S7/119; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 1.8.1935, in: ZZA, S7/117; [HOG], Tipul b'Allijah. Vorschläge zur Reorganisation v. 25.10.1935, in: ZZA, S7/230; Massenversammlung der HOG zur sozialen Lage in Tel Aviv, MB, Februar (II) 1938, S.11-14.

<sup>39</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 3.10.1935, in: ZZA, S7/233; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 17.10.1935, in: ZZA, A222/10/I; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.512-513.

<sup>40</sup> Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 1.8.1935, in: ZZA, S7/117, S.2-3; siehe weiterhin: Ernst Lewy an Deutsche Abteilung der Jewish Agency z. Hd. von Herrn Dr. Landauer v. 25.10.1935, in: ZZA, S7/230; Ernst Lewy an Henrietta Szold v. 24.10.1935, in: ebd.

Die deutschen *Olim* standen auch in Bezug auf ihre wirtschaftliche Integration vor großen Herausforderungen. Im Vergleich zu Deutschland war Palästina in allen Wirtschaftsbelangen weitaus weniger entwickelt. Außerdem fanden sie durch das Mandatssystem und die zionistischen Aufbaustrategien bedingte Besonderheiten im wirtschaftlichen Sektor vor. Hinzu kam auch noch das Sprachenproblem. Letztlich musste sich die Mehrzahl der Ankommenden beruflich neu orientieren. Ein Schwerpunkt der Arbeit der *HOG* lag daher im Bereich der Arbeitsvermittlung, der wie eigentlich alle sozialen, ökonomischen und politischen Sphären in *Erez Israel* stark fragmentiert war. Die *Histadruth* war der bei weitem größte Faktor auf diesem Gebiet, jedoch deckte sie akademische, kaufmännische und selbständige Berufsfelder nicht mit ab.<sup>41</sup> Gezwungenermaßen übernahm Anfang 1933 die *HOG* – in ihren Augen temporär – die Beratung und Vermittlung dieser Berufszweige und gründete eine besondere Abteilung für Arbeits- und Berufsberatung unter der Führung von Walter Preuss\*. Mit der Begründung der *DA* sollte diese Interimslösung wieder beendet werden. Trotz Verhandlungen schuf sie aber keinerlei Abhilfe, sodass die *HOG* auf dem ihr eigentlich fremden Gebiet weiterhin tätig sein musste.<sup>42</sup> Erste Prämisse dabei war, keine separate Konkurrenzunternehmung zur *Histadruth* zu schaffen und jeden Konflikt mit der mächtigen Gewerkschaft zu vermeiden. Sie beschränkte sich auf die Vermittlung der von der *Histadruth* nur unvollkommen oder überhaupt nicht vermittelten Berufsfelder, übernahm ihr Lohn- und Arbeitszeitniveau, förderte den Eintritt ihrer Mitglieder in die Gewerkschaft und agierte sogar bei der heiklen Thematik der Benachteiligung deutsch-jüdischer Arbeiter durch die *Histadruth*-Arbeitsämter betont defensiv. Durch diese Zurückhaltung schaffte es die *HOG*, von der *Histadruth* zumindest toleriert zu werden, und beide Organisationen kooperierten teils auch miteinander.<sup>43</sup> Die *HOG*-Abteilung für Arbeit und Berufsberatung baute bis 1936 ihre Tätigkeitsfelder weiter aus.

---

<sup>41</sup> Siehe dazu: Wilhelm A. Doroth-Duesterwald, Bemerkungen zur wirtschaftlichen Struktur, Mentalität und Wirtschaftspolitik zur Ankunftszeit der fünften Alijah, unveröffentlicht, 1972, in: LBI Jerusalem, JER 628; Aus den Erfahrungen unserer täglichen Arbeit, MB, September 1935, S.20-22; Frieda Weinreich, Aufgaben und Ergebnisse der Arbeitsvermittlung der H.O.G., MB, Juni (II) 1937, S.6-8; Fritz Naphtali, Arbeiter-Bewegung, JR v. 13.12.1935, S.18.

<sup>42</sup> Siehe dazu: Protokoll der [Vorstands-]Sitzung [der HOG] vom 13.4.1933 im Hause Ney, in: ZZA, S7/26/2; Abgrenzung der Arbeitsgebiete zwischen der Zentralstelle der Jewish Agency für die Ansiedlung deutscher Juden und der Hitachduth Olej Germania v. 6.11.1933, in: ebd.; Bericht der HOG, MB, Mitte Februar 1934, S.1-2.

<sup>43</sup> Siehe dazu: Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.37, 41-42; Frieda Weinreich, Aufgaben und Ergebnisse der Arbeitsvermittlung der H.O.G., MB, Juni (II) 1937, S.6-8; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 21.6.1934, in: ZZA, S7/26/2; Holdheim, deutsche Alijah, S.100-101; Fritz Naphtali, Arbeiter-Bewegung, JR v. 13.12.1935, S.18; Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania zur Sitzung des Landesvorstandes am 23. Mai 1936, in: ZZA, J18/104, S.15, 19.

Sie betreute nun auch Personen, die nicht voll arbeitsfähig oder schwer vermittelbar waren. Neu hinzu kamen die Bereiche Lehrlingsausbildung und handwerkliche Berufsumschichtung. Erstere war zum damaligen Zeitpunkt im *Jischuw* erst in den Anfängen institutionalisiert. Letztere wurde von der *Histadruth* zumindest für deutsche *Olim* trotz theoretischer Bereitschaft meist nicht realisiert. In beiden Bereichen ging die *HOG* neue Wege. Sie erzielte in der Anfangszeit aber nur sehr unbefriedigende Ergebnisse, da weder finanzielle Ressourcen noch ein grundsätzliches Problembewusstsein in den dafür zuständigen Kreisen des *Jischuw* vorhanden waren. Trotz aller Unvollkommenheit der Arbeit erreichte die *Hitachduth* doch Beachtliches. Allein der *Snif* Tel Aviv verzeichnete von März 1933 bis Juni 1935 fast 20.000 Beratungsgespräche, Jerusalem 8.000 und Haifa 15.000 und Tausende Arbeitssuchende wurden durch ihre Hilfe vermittelt.<sup>44</sup>

Einen weiteren Baustein zur wirtschaftlichen Unterstützung der deutschen *Alijah* schuf die *HOG* mit der Gründung eines zentralen Kreditinstituts auf genossenschaftlicher Basis namens *Kupath Milweh Leolej Germania* im Jahre 1934. Mitte der 1930er Jahren existierten in Palästina zwar bereits 75 Banken und über 100 Kreditgenossenschaften, von einem entwickelten Kreditmarkt konnte jedoch noch nicht gesprochen werden. Der gesamte Einlagenbestand der Institute belief sich auf nur 17 Millionen *LP*. Zugleich wurden als Kreditsicherheiten in erster Linie Sachwerte anerkannt und die Vergabe von mittel- oder langfristigen (Klein-)Krediten war eine Seltenheit. Gerade mittelständische Neueinwanderer, die sich eine bescheidene selbstständige Existenz aufbauen wollten, stellte die Erlangung von Kleinkrediten vor nahezu unlösbare Probleme. Pläne der *HOG* zur Schaffung einer Darlehnskasse bestanden schon Anfang 1933. Ende des Jahres wurde sie offiziell bei der Mandatsverwaltung registriert, wirklich begonnen hatte ihre Tätigkeit aber erst mit dem Bezug des Büros in der Tel Aviver Herzlstraße Mitte Oktober 1934.<sup>45</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt prüfte und vermittelte die Kreditberatungsstelle der *HOG* konstruktive Kleinkredite mithilfe einiger Kreditinstitute des *Jischuw*. Mögliche Kreditausfälle für jene waren abgesichert durch

---

<sup>44</sup> Siehe dazu: ebd., S.14-18; Mosche Brachmann, Arbeit und Berufsberatung, MB, August (I) 1935, S.24-28; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olej Germania* für die Zeit von Januar 1934-Dezember 1935, Gruppe Jerusalem, in: ZZA, S7/230; Aus der Tätigkeit der *Hitachduth Olej Germania* 1936, in: ZZA, S7/376, S.36-41. Arbeitsbericht des Merkas der H.O.G. für die Jahre 1934-1935, MB, Februar (II) 1936, S.3-9.

<sup>45</sup> Siehe dazu: Wilhelm A. Doroth-Duesterwald, Bemerkungen zur wirtschaftlichen Struktur, Mentalität und Wirtschaftspolitik zur Ankunftszeit der fünften *Alijah*, unveröffentlicht, 1972, in: LBI Jerusalem, JER 628, S.11; Fritz A. Strauss, Der Stand der Darlehenskassen-Aktion, MB, August (II) 1934, S.2-4; Tätigkeits-Bericht der *Kupath Milwe l'Olej Germania, Coop. Soc. Lrd.*, Tel Aviv per 30.11.1934, MB, Januar (II) 1935, S.13-16; Werner Senator, Bisherige und künftige Wege der Kreditgewährung an deutsche Einwanderer, MB, Juli 1934, unpg.

die *American Joint Reconstruction Foundation* und die *Deutsche Abteilung*. Ende 1933 trafen die *Hitachduth* und die *DA* eine Abmachung: Die *DA* stellt 1.000 *LP* als Einlage für die zu gründende Darlehnskasse bereit, wenn die *HOG* selbst mindestens 1.000 *LP* Gründungskapital emittierte.<sup>46</sup> Die *HOG*-Führung diskutierte mehrere Wege der Kapitalbeschaffung; letztlich entschied sie sich für das solidarische Selbsthilfeprinzip – eine Anteilszeichnung unter den deutschen Einwanderern auf rein freiwilliger Basis. Auch in Bezug auf die grundsätzliche Konzeption der *Kupath Milweh* gab es Differenzen, insbesondere hinsichtlich der geplanten vollständigen Unabhängigkeit der Kasse von der *HOG* und ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung. Abraham Landsberg\* hinterfragte beispielsweise in einer Landesvorstandssitzung vom 19. August 1934, „ob die völlige Verselbstständigung der Darlehnskasse und ihre Führung nach überwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu einer Entwicklung führen könne, die ihren ursprünglichen Zweck, nämlich einer erleichterten Darlehensgewährung (Langfristigkeit) illusorisch macht“.<sup>47</sup> Letztlich fiel die Entscheidung für eine unabhängige Darlehnskasse; das entsprach auch den – schon erwähnten – damaligen Prämissen der *Hitachduth*, exekutive Funktionen (wenn möglich) nicht zu übernehmen. Mit mehr als 300 Genossenschaftsmitgliedern begann die Tätigkeit und nach wenigen Wochen übertraf der Kapitalbedarf für die eingereichten Kreditanträge die Kapitaleinlagen der Kasse um ein Vielfaches. Über die sehr bescheidenen Anfänge hinaus entwickelte sich die *Kupath Milweh* in den folgenden Jahren zu einer nicht unbedeutenden, finanziell konsolidierten Kooperationskasse.<sup>48</sup>

Auf kulturellem Gebiet erlegte sich die *Hitachduth* in der Anfangszeit weitestgehende Zurückhaltung auf. Das Neutralitätsgebot befand sich in ihrer Satzung unter Artikel 1 an herausgehobener Stelle: „Der Verein befasst sich nicht mit parteipolitischen, religiösen und öffentlich-kulturellen Fragen.“<sup>49</sup> Einzig das zionistische Dogma der Hebräisierungspflicht als

---

<sup>46</sup> Siehe dazu: ebd.; Kreditberatungsstelle der Deutschen Abteilung der J.-A. und der HOG, undatiert [Ende 1933], in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der Vorstandssitzung [d. HOG] v. 4.1.1934, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der HOG v. 4.5.1934, in: ebd.

<sup>47</sup> Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 19.8.1934, in: ZZA, S7/26/2, S.1; siehe weiterhin: Protokoll der Sitzung des Merkas der HOG v. 4.5.1934, in: ebd.; Protokoll der Vorstandssitzung [d. HOG] v. 16.11.1933, in: ebd.; Fritz H. Strauss, Die Kupath Milweh l'Olej Germania, MB, Juli 1934, unpg.

<sup>48</sup> Siehe dazu: ebd.; Kreditangelegenheiten. Darlehnskasse, MB, November (II) 1934, S.3-4; Tätigkeits-Bericht der Kupath Milwe l'Olej Germania, Coop. Soc. Lrd., Tel Aviv per 30.11.1934, MB, Januar (II) 1935, S.13-16; Hitachduth Olej Germania we Olej Austria (Hg.), Der Weg der deutschen Alijah. Rechenschaft. Leistung. Verantwortung, Tel Aviv 1939, S.26 [f. HOG, Rechenschaft 1939]; Zehn Jahre Kupath Milwe Haoleh, MB v. 14.9.1945, S.6.

<sup>49</sup> Satzungen [d. HOG], undatiert [1932], in: ZZA, S7/26/2.

postuliertes Kernelement des Nation-Building-Prozesses war nicht davon tangiert. Der zionistischen Theorie nach sollte der Neueinwanderer seine als negativ kategorisierte *Galuth*-Identität ablegen und durch die Verschmelzung mit den anderen Einwanderergruppen eine neue nationale Identität annehmen. Mit diesem Prozess würde dann ein neuer Hebräer und eine neue hebräische Nation mit einer homogenen Nationalkultur entstehen. Die hebräische Sprache wurde dabei als das konstitutive Element für diesen Prozess angesehen. In der Realität zeigte sich jedoch, dass Ideologie weder einen allzu mechanisch gedachten Identitätswechsel oktroyieren, noch die multilinguale Realität einer Gemeinschaft negieren kann, die auf eine kontinuierliche (Massen-)Einwanderung aus aller Herren Länder angewiesen war.<sup>50</sup> Die HOG ließ in der Anfangszeit keinen Zweifel daran, dass sie diese Ideologie buchstabengetreu verwirklichen wollte. Mangels zureichender Lehrstrukturen im Land richtete sie schon 1933 eine Vielzahl hebräischer Sprachkurse ein. In den folgenden zwei Jahren baute sie – teils in Kooperation mit der *Histadruth* und anderen Institutionen – ihr Sprachkurssystem weiter aus und öffnete es auch Mitgliedern anderer Landsmannschaften. Laut Nachum Lewin lernten allein in Tel Aviv Anfang 1935 von insgesamt etwa 8.000 deutschen *Olim* circa 3.000 in organisierten Sprachkursen, hinzu kamen noch die durch privat finanzierte Lehrer Lernenden; im restlichen Land waren wohl annähernd ähnliche Ergebnisse erzielt worden.<sup>51</sup> In ihren eigenen Reihen versuchte die *Hitachduth* die Nutzung des Deutschen in der Öffentlichkeit weitestgehend zu unterbinden. Weder unterstützte sie die Schaffung einer deutschsprachigen zionistischen Wochenschrift durch ihre Aktivisten Hans Kaufmann\* und Fritz Löwenstein\*, noch wollte sie die Verantwortung für eine Benefizveranstaltung zugunsten der verarmten Else Lasker-Schüler tragen, in der die Schriftstellerin eigene Gedichte

---

<sup>50</sup> Siehe dazu Kap. III und: Zohar Shavit, "Can it be that our dormant Language has been wholly revived?": Vision, Propaganda, and linguistic Reality in the Yishuv under the British Mandate, in: *Israel Studies*, Vol. 22, No. 1 (2017), S. 101-138 [f. Shavit, Vision]; Itamar Even-Zohar, Language Conflict and national Identity: a semiotic Approach, in: Joseph Alpher (Hg.), *Nationalism and Modernity. A Mediterranean Perspective*, New York u.a. 1986, S.126-135; ders., The Emergence of a native Hebrew Culture in Palestine: 1882-1948, in: *Studies in Zionism*, Vol. 4, No. 1 (1981), S.167-184 [f. Even-Zohar, Emergence Hebrew Culture]; umfassend zur Erwachsenenbildung in den Reihen der deutschen Alijah in den 1930er u. 1940er Jahren: Michael Volkmann, *Neuorientierung in Palästina. Erwachsenenbildung deutschsprachiger jüdischer Einwanderer 1933 bis 1948*, Köln u.a. 1994 [f. Volkmann, Neuorientierung].

<sup>51</sup> Siehe dazu: Bericht des Merkas der H.O.G., MB, November (II) 1934, S.1-5; Auszug aus dem Bericht des Waad ham'uchad zum 1. Dezember 1933, Internes Rundschreiben für die Mitglieder der HOG, [MB], Schewat [17.1.-15.2.] 1934, S.4-6; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.11-14; Mosche Brachmann, Die Einwanderung aus Deutschland, 30.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Ein Prozess gegen den deutschen Einwanderer, MB, Mai (II) 1935, S.3-4; Nahum Lewin, Arbeit und Aufgaben der zentralen Kultur-Kommission, MB, November (II) 1935, S.15; zur Person Lewin siehe: H.[ans] T.[ramer], Nachum Levin, MB v. 25.12.1959, S.12.

in Deutsch vortragen wollte. Auch stellte ihr Landesvorstand im November 1934 nochmals seinen Standpunkt klar, dass das *MB* nicht den Charakter einer Zeitung haben dürfe. Wie im Bereich der Sozialfürsorge kämpfte die *HOG* auch im Kulturbereich für die Schaffung einer speziellen Abteilung innerhalb des *Waad Leumi*, die das hebräische Unterrichtswerk zentral für den gesamten *Jischuw* tragen sollte; schließlich mit Erfolg. Die Kulturabteilung des *Waad Leumi* wurde begründet, in die dann auch das Unterrichtswerk der *HOG* überführt werden sollte.<sup>52</sup>

Ab 1934 entwickelte sich die kulturelle Arbeit zu einer der zentralen Aufgaben der *HOG*. Im September 1934 gründete sie die zentrale Kulturkommission des *Merkas* unter der Führung von Jakob Sandbank und Nachum Lewin; die *Snifim* selbst hatten ebenso separate Dezernate für Kulturarbeit. Neben hebräischen Grundlagenkursen wurden nun auch weiterführende Angebote geschaffen: hebräische Sprachzirkel entstanden und hebräische Vortragszyklen wurden gehalten, die dann mit der Gründung des Tel Aviver Hebräischen Seminars in der Art des Lehrhauskonzeptes für Erwachsenenbildung institutionalisiert wurden. Auch entfaltete die *HOG* unter der deutschen *Alijah* nun eine wesentlich intensivere Propagandatätigkeit für das Erlernen des Hebräischen, die mit der Abhaltung der ersten hebräischen Landestagung der deutschen Einwanderer am 22. und 23. März 1935 in Tel Aviv ihren ersten Höhepunkt fand. Sie war nicht nur als ein Signal an die deutsche *Alijah* und als Selbstvergewisserung gedacht, sondern auch als Zeichen an den restlichen *Jischuw*.<sup>53</sup> Jener nahm bisher die Anstrengungen der deutschen *Olim* bei der Erlernung des Hebräischen, aber auch deren Schwierigkeiten gar nicht wahr. Aus der Perspektive einiger *HOG*-Aktivisten konterkarierte er durch sein Verhalten sogar ihre Bemühungen: „Alle Kreise im Jischuw werben um die deutsche Einwanderung materiell und politisch. [...] Ohne Ausnahme bedienen sich alle neben der

---

<sup>52</sup> Siehe: Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 5.7.1934, in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der Vorstandssitzung der H.O.G. v. 13.5.1934, in: ebd.; Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Merkas der H.O.G. und des Vorstandes des Snif Tel Aviv v. 5.11.1934, in: ZZA, S7/117; Zum Wiedererscheinen des „Mitteilungsblattes“, MB, Mitte September 1933, S.1; Curt Wormann, Kulturelle Probleme und Aufgaben der Juden aus Deutschland in Israel seit 1933, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962, S.280-329, hier: 290 [f. Wormann, Kulturelle Probleme]; Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania zur Sitzung des Landesvorstandes am 23. Mai 1936, in: ZZA, J18/104.

<sup>53</sup> ebd.; Lernt Hebräisch!, MB, Oktober (II) 1934, S.1; HOG Haifa an Deutsche Abteilung der Jewish Agency, undatiert [Oktober 1934], in: ZZA, S7/119; Eröffnung des hebräischen Seminars in Tel Aviv, MB, Mai (I) 1935, S.7-8; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S11-14; Gerda Luft, Kulturelle Sorgen, JR v. 26.2.1935, S.1; zur Person Sandbank siehe: Volkmann, Neuorientierung, S.255-292.

hebräischen auch der deutschen Sprache.“<sup>54</sup> Letztere schien sich zur vierten Landessprache zu entwickeln. In den Straßen der Städte war Deutsch omnipräsent, geschäftlich wurde nun oft zweisprachig geworben; die erste deutsch-hebräische Zeitung erschien im Land und Tausende Exemplare deutschsprachiger Zeitungen aus dem Ausland waren an Kiosken erhältlich; Stück für Stück etablierte sich eine deutschsprachige Nischenkultur. Für die *HOG* waren das eindeutige Zeichen, dass sich in Kreisen der Neueinwanderer eine Immigrantatmosphäre herauskristallisiert habe und viele sich nicht nun zur Nationalsprache, sondern auch gegenüber den Problemen des Landes indifferent verhielten.<sup>55</sup> So entwickelte sich bis ins Jahr 1935 hinein eine überaus paradoxe Situation. „Noch nie haben Einwanderer mit solcher Energie und mit solcher Hingabe Hebräisch gelernt wie die Deutschen,“<sup>56</sup> konstatierte Lewin. Gleichzeitig forderten immer mehr Aktivisten der *HOG*, einen offenen Kampf gegen das Überhandnehmen der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit aufzunehmen. Das Fass zum Überlaufen brachte die Herausgabe einer deutschsprachigen Tageszeitung für den palästinensischen Markt – des „Orient-Express“. Zuerst versuchte die *HOG* die Herausgeber zum Einstellen der Zeitung zu überreden, dann die hebräische Presse zur Intervention zu motivieren. Schließlich griff sie selbst ein und rief zum Boykott des Blattes auf. Dabei betonte die *HOG*, dass sie bisher in der Sprachenfrage bis an die äußerste Grenze der Toleranz gegangen sei. Sie selbst nutze die deutsche Sprache nur als Überbrückungsinstrument bis zur vollständigen Hebräisierung der neuen *Olim*; die ideelle und rationale Bedeutung des Hebräischen, das einzig den „mehr oder minder assimilierten Juden aus aller Herren Länder wieder den Zusammenhang mit ihrem Volkstum und seiner Vergangenheit“<sup>57</sup> zurückgeben kann, dürfe aber von niemanden in Zweifel gezogen werden. Hier zeigte sich offen das Dilemma, in das die *HOG* zunehmend geriet. Einerseits wollte sie die deutsche Sprache zumindest aus der öffentlichen Sphäre weitestgehend verbannen. Andererseits musste sie Deutsch zur Aufnahme und Aufrechterhaltung des Kontakts und zur Mobilisierung nutzen, solange die deutsche *Alijah* nicht annähernd hebräisiert war. Sie vollzog

---

<sup>54</sup> Mosche Brachmann, Die Einwanderung aus Deutschland, 30.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I, S.1-2; weiterhin dazu: Max Mayer, Zur Situation der Hebräisch-Lernenden im Lande, MB, März (I) 1935, S.4-6.

<sup>55</sup> Siehe dazu: ebd.; *HOG* Haifa an Deutsche Abteilung der Jewish Agency, undatiert [Oktober 1934], in: ZZA, S7/119; Der Verlauf der ersten hebräischen Landestagung, MB, April (I) 1935, S.3-4; Ein Prozess gegen den deutschen Einwanderer, MB, Mai (II) 1935, S.3-4; zur deutschsprachigen (Sub-)Kultur siehe: Schlör, Land, S.137-142.

<sup>56</sup> Ein Prozess gegen den deutschen Einwanderer, MB, Mai (II) 1935, S.3-4, hier: 3.

<sup>57</sup> Bericht des Merkass der Hitachduth Olej Germania, MB, Juli (I) 1935, S.4-7, hier: 6; siehe weiterhin: Protokoll der Vorstandssitzung der H.O.G. Haifa v. 17.6.1935, in: ZZA, S7/119; Protokoll der Vorstandssitzung [d. *HOG* Jerusalem] v. 15.5.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 15.7.1935, in: ebd.



daher einen graduellen Wandel in der Sprachenfrage, der sich in den folgenden Jahren weiter fortsetzte. Wie schon erwähnt, rückte neben der Hebräisierung der Kulturarbeit im Laufe des Jahres 1934 immer mehr ins Zentrum ihrer Tätigkeit. Verstanden wurde darunter zum einen die Vermittlung der zionistischen Gedankenwelt, also die Zionisierung der deutschen *Alijah*; zum anderen eine Aufklärungsarbeit über die wirklichen kulturellen, ökonomischen und politischen Verhältnisse in Lande. Zu diesem Zweck wurden nun auch deutschsprachige Vorträge veranstaltet, Broschüren veröffentlicht und das *Mitteilungsblatt* Stück für Stück inhaltlich und quantitativ ausgebaut. Im Jahre 1935 hatte das Blatt eine Auflage von circa 3.500 Stück, gut ein Jahr später bereits eine von 5.000, was für den kleinen palästinensischen Zeitungsmarkt mehr als beachtlich war.<sup>58</sup> Sogar die *JR* wurde nun für diese Aufklärungskampagnen herangezogen. In diesem Zusammenhang setzte sich auch der Gedanke durch, dass die *HOG* in Deutschland selbst die Kulturarbeit mitgestalten und intensivieren müsse. Aber allein die zeitweise Delegation von zehn, zionistisch geschulten Hebräischlehrern nach Deutschland traf auf finanzielle und logistische Probleme und möglicherweise auch auf (insgeheime) Bedenken der zionistischen Entscheidungsträger vor Ort.<sup>59</sup> Obwohl die *HOG* ihre Arbeit im Bereich der kulturellen und geistigen Einordnung der deutschen *Alijah* schrittweise intensivierte, zog ihre Propagandakommission im Januar 1936 ein ernüchterndes Fazit. Trotz intensiver Hebräisierung der Arbeit „ist der Kreis derjenigen, die wirklich die Sprache beherrschen, noch immer gering. Zionistisch kann man von einem Erziehungserfolg bisher überhaupt nicht sprechen.“<sup>60</sup> Letzteres galt sowohl für die ideologische Beeinflussung von Nichtzionisten als auch für einen großen Teil alter Zionisten, dem der Übergang von der Theorie zur Verwirklichung (noch) nicht gelungen war.

---

<sup>58</sup> Siehe dazu: Protokoll der Vorstandssitzung der HOG [Tel Aviv] v. 23.1.1934, in: ZZA, S7/26/2; Die Kulturarbeit der HOG., MB, August (I) 1935, S.28-30; Nahum Lewin, Arbeit und Aufgaben der zentralen Kultur-Kommission, MB, November (II) 1935, S.15; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.3-10, 56; Die HOG. im Jahre 1936, MB, Dezember (II) 1935, S.3-4; An unsere Inseraten, MB, April (I) 1935, S.8; [Hitachduth Olej Germania (Hg.)], Die deutsche Alijah in Palästina. Bericht der Hitachduth Olej Germania für die Jahre 1936/1937, Tel Aviv 1937, S.9 [f. HOG, deutsche Alijah]; Notiz der HOG, MB, Juli 1934, S.1.

<sup>59</sup> Siehe: ebd.; Gerda Luft an Kurt Blumenfeld v. 23.7.1935, in: ZZA, A222/10/I; Gerda Luft an Robert Weltsch v. 23.7.1935, in: ebd.; HOG an Exekutive der Jewish Agency v. 19.11.1935 nebst Anlage, in: ebd.; HOG an Geschäftsführenden Ausschuss der ZVfD v. 3.11.1936, in: ZZA, S7/379; Max Kreutzberger an Zionistische Vereinigung für Deutschland v. 30.12.1936, in: ZZA, S7/376.

<sup>60</sup> Programm für die Organisations- und Propagandaarbeit der Hitachduth Olej Germania, undatiert [Januar 1936], in: ZZA, A222/10/I, S.2.

## Das Aufziehen der Krise

Mit dem rasanten Ausbau der praktischen Arbeit der *HOG* konnte ihr organisatorischer Aufbau bei Weitem nicht mithalten. Bis Frühjahr 1934 stellte der Vorstand des *Snif* Tel Aviv in Personalunion auch die Leitung der *Hitachduth*. Erst dann erhielten die *Snifim* in ihr auch formal Sitze. Ein wirklicher Landesverband wurde formalrechtlich gar erst mit der Verabschiedung der neuen Statuten im März 1936 begründet, zuvor existierte statutenmäßig nur die Ortsgruppe Tel Aviv.<sup>61</sup> Auch die Schaffung von Regularien zur Vereinheitlichung der Arbeitsmethoden, Kompetenz- und Aufgabenabgrenzung und Budgetaufteilung zwischen den *Snifim* und dem *Merkas* zog sich bis ins Jahr 1934. Demnach befasste sich der *Merkas* mit allen bedeutenden Fragen zur deutsche *Alijah* und führte alle Verhandlungen mit anderen Institutionen; die einzelnen *Snifim*, mittlerweile gab es weitere Gründungen in Rechowoth, Petach Tikwah und Rischon Lezion, besaßen dagegen weitgehende Autonomie in lokalen Fragen. Zwar waren die Arbeitsgebiete nun formal abgegrenzt, gänzlich konfliktfrei gestaltete sich die Zusammenarbeit im Weiteren trotzdem nicht.<sup>62</sup> Mit der permanenten Erhöhung des Arbeitspensums der *Hitachduth* musste auch ihr Mitarbeiterstab und die Infrastruktur angepasst werden. Zu Beginn ihrer Tätigkeit arbeiteten die Aktivisten ausschließlich ehrenamtlich. Ab dem Jahr 1933 stellte sie Beamte für die Ressortleitungen ein und auch die *Snifim* beschäftigten bezahlte Mitarbeiter; neue Büros wurden eröffnet und das Inventar aufgestockt. Die Überlastung des *HOG*-Apparates besserte sich trotz Personalaufstockungen auch im Jahr 1934 nicht. Aus Arbeitsüberlastung trat der stellvertretende Vorsitzende Ernst Lewy\* von seiner zweiten Funktion als geschäftsführender Vorsitzender der *HOG* zurück. Die Folge war eine ernste strukturelle Krise der Organisation. „Sowohl aus Selbsterhaltungstrieb, als auch im Interesse der Organisation selbst ist es notwendig, den augenblicklichen anormalen Zustand zu beseitigen,“<sup>63</sup> so Lewy\* in seinem Rücktrittsschreiben vom 24. März

---

<sup>61</sup> Siehe: Bericht der HOG, MB, Mitte Dezember 1933, S.1-4; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, passim; Bericht, MB, April 1934, S.2; Protokoll der Merkas-Sitzung der HOG v. 17.4.1934, in: ZZA, S7/26/2.

<sup>62</sup> Siehe: ebd.; Ortsgruppe Petach Tikwah der Hitachduth Olej Germania, MB, Nachtrag zur Ausgabe v. Dezember 1933, S.2; Bericht der HOG, MB, Mitte Februar 1934, S.1-2; Protokoll der Budget-Kommissionssitzung beim Merkas der HOG v. 17.5.1934, in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der Merkas-Sitzung der HOG v. 17.5.1934, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der HOG v. 4.5.1934, in: ebd.; Alfred Berger an Julius Rosenfeld v. 25.11.1934, in: ZZA, S7/117.

<sup>63</sup> Ernst Lewy an den Merkas der Hitachduth Olej Germania v. 24.3.1935, in: ZZA, S7/117, S.1; weiterhin dazu: Protokoll der Sitzung des Merkas der HOG v. 29.11.1934, in: ebd.; HOG Haifa, Einnahmen und Ausgaben v. 1.1. bis 30.6. 1935, in: ZZA, S7/119.

1935. Die Krise zog sich über Monate hin und wurde mit der Interimslösung einer geschäftsführenden Dreierkommission unter Lewy\*, Herbert Foerder\* und Meinhold Nussbaum\* fürs Erste beigelegt. Weiterhin verpflichtete die *HOG* im Oktober mit Max Kreuzberger\* einen Generalsekretär, der die Führung der laufenden Geschäfte übernahm. Das eigentliche Grundproblem war damit aber nicht gelöst: Ein „verschwindend kleiner Kreis alter Zionisten leistet auf allen Gebieten die Arbeit. [...] Jeder Einzelne überlastet mit mehr Aufgaben, als er bewältigen kann, ohne irgendwelche organisierte Gefolgschaft aus den Kreisen der deutschen Olim.“<sup>64</sup>

Zwar nahmen viele Tausende *Olim* die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Hilfsangebote der *HOG* gerne in Anspruch und gewiss gab sie nicht wenigen bei ihren ersten Schritten in der neuen Heimat Halt. Aber der Kreis wirklich aktiver Mitglieder verblieb außerordentlich klein, ja sogar der geringe Mitgliedsbetrag wurde nur von relativ wenigen beglichen. Die *HOG* versuchte schon Anfang 1934, durch Reorganisationsmaßnahmen und Mitgliederwerbung den organisatorischen Aufbau voranzutreiben. Interessierte Mitglieder sollten zu Aktivgruppen zusammengefasst werden, um dem Landesvorstand unterstützend zur Seite zu stehen; das *MB* wurde nur noch an Beitrag zahlende Mitglieder zugestellt. Auch begann die *HOG* in den so genannten Kolonien, den landwirtschaftlichen Ansiedlungen, erste organisatorische Schritte zur Erfassung der deutschen *Olim*. Gleichzeitig wurden ständig Adressen neuer Einwanderer ermittelt und ein Angestellter zur Mitgliederwerbung beschäftigt. Ziel dabei war nicht nur die Schaffung einer wirklichen Mitgliederorganisation, sondern auch die Budgetsicherung. Die *Hitachduth* hatte weiterhin Aufgabengebiete, die durch eigene Einnahmen finanziert werden mussten. Dazu zählten unter anderem die allgemeine und juristische Beratung, Arbeitsvermittlung und die Herausgabe des *Mitteilungsblattes*.<sup>65</sup> Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen deutscher Juden in *Erez Israel* wurde ebenfalls intensiviert. Hier wären vor allen Dingen der palästinensische Ableger des *Kartells Jüdischer Verbindungen (KJV)*, die *Zionistische Akademische Gesellschaft*,

---

<sup>64</sup> Programm für die Organisations- und Propagandaarbeit der *Hitachduth Olej Germania*, undatiert [Januar 1936], in: ZZA, A222/10/I, S.1; weiterhin dazu: Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 28.3.1935, in: ZZA, S7/117; [Ernst] Lewy an den Merkas der H.O.G. v. 17.6.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 27.6.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 17.10.1935, in: ZZA, S7/233; Gelber, *Neue Heimat*, S.492.

<sup>65</sup> Siehe dazu: E.L., *Die Organisierung der deutschen Alijah in den Kolonien*, MB, November (II) 1935, S.4-6; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olej Germania* für die Zeit von Januar 1934-Dezember 1935, Gruppe Jerusalem, in: ZZA, S7/230; Bericht der *HOG*, Mitte Februar 1934, S.1-5; An die Leser des *Mitteilungsblattes*, MB September 1935, S.10; Protokoll der Vorstandssitzung der H.O.G. Tel Aviv v. 27.5.1934, in: ZZA, S7/26/2.

die „Bialik-Loge“, die deutschsprachige Sektion des *Makkabi* und die religiös-nationale Vereinigung *Ichud* zu nennen. Gemeinsame Beratungen über die Probleme der deutschen *Alijah* wurden durchgeführt, auf kulturellem und sozialem Gebiet kooperiert und sogar in neutral-politischen Fragen zusammengearbeitet. Trotzdem kam die *Hitachduth* der eigentlichen Intention ihrer Gründer, die Aktivierung und Zusammenfassung des deutschen *Jischuw* im Rahmen einer Selbsthilfeorganisation, kaum näher.<sup>66</sup>

Sicher hatten viele Neueinwanderer ganz andere Sorgen und naturgemäß stand die ökonomische Einordnung bei allen an erster Stelle. Das Desinteresse resultierte aber auch aus der engen Verflechtung der *Hitachduth* mit der *DA*. Die deutsche *Alijah* sah die *Hitachduth* weniger als ihre eigene Selbsthilfeorganisation an, sondern mehr als eine offizielle Behörde, die Unterstützung bot. Gleich der Tätigkeits- und Kompetenzabgrenzung zwischen *HOG* und *Waad Meuchad* im Jahre 1933 war sie wiederum de facto nur eine nachgeordnete Ausführungsbehörde – nun aber von der *Deutschen Abteilung*. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit hatte sich sogar noch vergrößert, da sich die auf Kosten der *DA* durchgeführten Arbeiten mit der steten Vergrößerung der deutschen Einwanderung an Umfang noch potenzierten. Eine Folge davon war die extreme Abhängigkeit der *HOG* von Subventionen der *DA*. Neben der *DA* erhielt sie ab 1936 von der *Haawarah* und dem *Keren Hajessod (KH)* noch Gelder, wobei ihr Etat zu circa 70 bis 80 Prozent durch Subventionen gedeckt wurde.<sup>67</sup> Eine andere Folge davon war, wie der Landesvorstand im Sommer 1934 konstatierte, „dass die H.O.G. nicht den Einfluss besitzt, der ihr auf Grund ihrer Arbeitsleistung zukomme.“<sup>68</sup> Die Leistungen verbuchte die *Deutsche Abteilung* in der Öffentlichkeit vor allem auf ihr Konto, die *HOG* war dabei eher eine Randnotiz. Vermeidliche oder wirkliche Missstände lasteten die deutschen Einwanderer aber schon im Jahre 1933 vielfach der *HOG* an, obwohl jene gar nicht in ihrem Kompetenzbereich lagen – eine Situation, die sich auch in den folgenden Jahren nicht wesentlich änderte. Die Dynamik dieser Konstellation wurde auch dem Landesvorstand immer bewusster. Insbesondere der weiter oben erwähnte, nahezu kompetenzlose Beirat trug dazu bei, dass sich „die H.O.G. nach außen hin für alle Maßnahmen

---

<sup>66</sup> Siehe dazu: ebd.; HOG an Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 28.5.1934, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung der HOG v. 17.4.1934, in: ebd.; HOG Haifa an HOG Tel Aviv u. Jerusalem v. 9.5.1935, in: ZZA, S7/119; Kulturarbeit der HOG, MB, August (I) 1935, S.28-30; zur Bialik-Loge siehe: [Bialik-Loge (Hg.)], 20 Jahre Bialik-Loge 1936-1956, Tel Aviv 1956.

<sup>67</sup> Siehe dazu: Werner Senator an HOG v. 31.1.1936, in: ZZA, S7/230; [Bilanzen d.] Snifim Jerusalem, Haifa, Tel Aviv für das Jahr 1935, in: ZZA, S7/166; Bilanz der HOG des Jahres 1936, geprüft von Baully & Millner v. 19.1.1937, in: ZZA, S7/376.

<sup>68</sup> Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 7.6.[1934], in: ZZA, S7/26/2.

der Deutschen Abteilung mitverantwortlich zeichnet, auch wenn die H.O.G. in manchen Angelegenheiten keineswegs immer mit den Ansichten der Deutschen Abteilung übereinstimmt,<sup>69</sup> wie Lewy\* im April 1935 noch ausgesprochen diplomatisch formulierte. Daher konnte die *HOG* nach mehr als dreijähriger Tätigkeit zwar befriedigt feststellen, dass sie von allen jüdischen und nichtjüdischen Institutionen als legitimer Vertreter der deutschen Einwanderer anerkannt wurde. Gleichzeitig war ihre Existenzberechtigung aber innerhalb der deutschen *Alijah* selbst noch immer nicht unbestritten.<sup>70</sup>

Ende 1934 kam innerhalb der Führung der *HOG* von Neuem die Forderung auf, die Mitgliederwerbung – nun in wesentlich stärkerem Maße – zu forcieren. Damit verbunden war eine grundlegende Aussprache über eine Reorganisation der *Hitachduth*, da führende Köpfe der Jerusalemer *JA* die Auflösung der *DA* erwogen. Bis zu diesem Zeitpunkt finanzierte sich die *DA* weitestgehend unabhängig vom Etat der *JA* aus separaten Geldsammlungen für die deutschen Juden in der *Golah*; sie erhöhte also den Finanzspielraum der *Sochnuth* ohne deren Zutun beträchtlich. Aber die Chancen für eine neuerliche weltweite Geldsammlung standen nicht sonderlich gut. Die *DA* hätte in Zukunft also auch aus den allgemeinen zionistischen Sammlungen in der *Golah* finanziert werden müssen und so den Etat der *Sochnuth* belastet. In den Reihen der *HOG* wurde mit der baldigen Abwicklung des Londoner Sitzes der *DA* gerechnet, die Existenz der Jerusalemer Dependance war dagegen zumindest bis Frühjahr 1936 finanziell gesichert.<sup>71</sup> Der Budgetentwurf der *Hitachduth* für die Jahre 1935 und 1936 trug dieser Entwicklung schon Rechnung. Die darin noch eingeplanten Subventionierungen seitens der *DA* sollten bis Ende 1936 sukzessive auslaufen. Bis dahin sollte die *HOG* so umgestaltet sein, dass sie finanziell völlig unabhängig sei. Einschneidende Maßnahmen im Arbeitsumfang sollten vorgenommen und ihre hauptsächlichen Arbeitsgebiete wie Arbeitsvermittlung, Berufsumschichtung und landwirtschaftliche Beratung in die bestehenden zionistischen Institutionen überführt werden. Ihre künftigen Aufgaben sah sie in der Interessenswahrung und zionistischen Erziehung der deutschen *Alijah*; ersteres könne nach der institutionellen Entflechtung von der *DA* sogar viel wirkungsvoller realisiert werden.

---

<sup>69</sup> Ernst Lewy an Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 3.4.1935, in: ZZA, S7/117; weiterhin: Wir bitten unsere Mitglieder, MB, Mitte September 1933, S.3; Holdheim, deutsche Alijah, S.24-25; Report to the XXth Zionist Congress, passim.

<sup>70</sup> Siehe dazu: E.L., Die Organisierung der deutschen Alijah in den Kolonien, MB, November (II) 1935, S.4-6.

<sup>71</sup> Siehe dazu: Protokoll der Vorstandssitzung [d. HOG Haifa] v. 11.11.1934, in: ZZA, S7/119; Martin Rosenblüth an Max Kreutzberger v. 31.12.1935, in: ZZA, A358/74; Georg Landauer an [Siegfried] Moses v. 21.7.1935, in: ZZA, A222/10/l.

Grundvoraussetzung all dieser Pläne, die dann von einer eigens dafür ins Leben gerufenen Kommission ausgearbeitet wurden und im Juni 1935 vorlagen, war der Aufbau einer breit aufgestellten Mitgliederorganisation, die das dann wesentlich kleinere Budget selbst decken müsste. Letztlich entsprach dieser Plan dem grundsätzlichen Selbstverständnis der *HOG*, das sie anfänglich und dann im Herbst 1933 vergeblich versuchte, zu verwirklichen. Noch stand aber der XIX. Zionistenkongress im Spätsommer 1935 an, der die Abwicklung der *DA* noch verhindern konnte.<sup>72</sup> Entscheidend verschärft wurde die Krise der *Hitachduth* noch durch die Situation der deutschen Juden.

### **Die „deutsche Frage“ und der XIX. Zionistenkongress**

Ende 1934 verschlechterte sich die Lage der Juden in Deutschland rapide. Eine antijüdische Terrorwelle, begleitet von verstärkter antisemitischer Propaganda und legislativen Maßnahmen setzte von Neuem ein, an deren Ende die Verkündung der so genannten „Nürnberger Gesetze“ stand.<sup>73</sup> Dem dadurch hervorgerufenen Auswanderungsdruck konnte *Erez Israel* aber immer weniger Rechnung tragen. Die im Jahr 1933 begründete *Haawarah* befand sich schon Ende 1934 in einer substanziellen Krise. Grund dafür waren äußerst begrenzte Absatzmöglichkeiten für deutsche Waren in Palästina bei gleichzeitigem ständigen Anwachsen der zu transferierenden Geldsumme in Deutschland. Hinzu kam der zunehmende Unwille der Deutschen Reichsbank, das Vorzeigegeld von 1000 Pfund für *AI-Zertifikate* bereitzustellen und die weltweit agierende jüdische Boykottbewegung gegen den Kauf deutscher Waren, die auch in *Erez Israel* sehr aktiv war. Neben der moralischen Dimension nutzten insbesondere (rechts-)bürgerliche Kreise den Boykott auch als politische Waffe gegen die von der Linken dominierten *Agency* und den Arbeiterzionismus im Allgemeinen. Aber auch in linken zionistischen Kreisen stieß er auf – wenn auch nicht so lautstark geäußerte – Ablehnung. Richard Lichtheim\* fasste die Stimmungslage Anfang 1936 prägnant zusammen: „Die Dinge liegen so, dass selbstverständlich die überwiegende Mehrheit aller deutschen

---

<sup>72</sup> Siehe dazu: HOG an Deutsche Abteilung der Jewish Agency z.H. v. Herrn Georg Landauer v. 29.4.1935, in: ZZA, S7/116; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 28.3.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 27. Juni 1935, in: ebd.

<sup>73</sup> Siehe zur NS-Judenpolitik 1935: Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S.70-115 [f. Longerich, Politik]; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933-1945. II Bde., Bd. I: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, Bonn 2006, S.129-189; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt a.M. 1988, S.65-88, passim.

Juden für den Transfer ist und dass in der ganzen übrigen jüdischen Welt eine außerordentlich große Abneigung gegen den Transfer besteht aus ebenso naheliegenden Gründen.“<sup>74</sup> Die *HOG* selbst blieb in der ersten Zeit ihrer Neutralitätslinie treu und äußerte sich in der politisch hochbrisanten *Haawarah*-Frage nicht öffentlich. Erst ab April 1935 informierte das *MB* seine Leser regelmäßig über Transferangelegenheiten. Intern behandelte die Führung die Thematik sogar schon vor dem offiziellen Beginn der *Haawarah*-Tätigkeit im November 1933 und in den darauffolgenden Monaten wurde sie bei fast allen Vorstandssitzungen bearbeitet. Im Mai 1934 beschloss die *Hitachduth* sogar eine aktive Förderung des Transfers und darüber hinaus ein Eingreifen in der Boykottfrage, da die immer vehementere Boykottpropaganda den Transfer ernsthaft zum Erliegen bringen könnte. Von Ende 1934 bis zum Frühling 1935 spitzte sich die Transfersituation nochmals rapide zu. 800-1.000 Familien warteten auf ihre *Alijah* mittels *AI-Zertifikaten*. Die Reichsbank stellte monatlich aber nur noch Devisen für höchstens 15 Familien bereit. Gleichzeitig erhöhte sich monatlich die Zahl neuer Anwärter um mehr als 100. Die *Haawarah* wiederum war nicht in der Lage, Vorzeigegelder in nennenswertem Rahmen bereitzustellen. Daraufhin gab es im Frühjahr 1935 sogar Überlegungen im Landesvorstand der *HOG*, ob der Transfer in Zukunft überhaupt noch als brauchbares Instrument anzusehen sei: Da Einwanderer „praktisch das benötigte Vorzeigegeld zurzeit weder in Bardevisen [v. der Reichsbank] erhalten noch transferieren können, kommt die augenblickliche Situation einer Auswanderungssperre für AI-Auswanderer aus Deutschland gleich.“<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.24; siehe weiterhin: Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 29.11.1934, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Merkas-Sitzung der H.O.G. v. 31.1.1935, in: ebd.; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olej Germania für die Zeit von Januar 1935-Dezember 1935, Gruppe Jerusalem, in: ZZA, S7/230; Bericht des Merkas der HOG., MB, Februar (I) 1935, S.6-8; zur Boykottbewegung siehe: Tom Segev, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbeck bei Hamburg 1995, S.34-44 [f. Segev, *siebte Million*]; Jehuda Reinharz/Yaakov Shavit, *The Road to September 1939. Polish Jews, Zionists, and the Yishuv on the Eve of World War II*, Waltham (Massachusetts) 2018, S.120-126 [f. Reinharz/Shavit, *Road to September*]; Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933-1940*, München 2000, S.169-190 [f. Weiss, *Deutsche und polnische Juden*].

<sup>75</sup> Protokoll über die Sitzung des Merkas der HOG v. 11.4.1935, in: ZZA, S7/117; weiterhin dazu: Protokoll der Merkasitzung [d. HOG] v. 2.5.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkas-Sitzung der HOG v. 17.5.1934, in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der Sitzung des Merkas der HOG v. 4.5.1934, in: ebd.; Bericht des Merkas der HOG., MB, April (I) 1935, S.5-8; Merkas der HOG an Zionistische Vereinigung für Deutschland z.H. v. Herrn Benno Cohn v. 11.12.1934, in: ZZA, A222/10/I; Memorandum des Merkas der *Hitachduth* Olej Germania, Tel Aviv an die Delegierten des Zionisten Kongresses. Entwurf, Juli 1935, in: ebd.; L.[udwig] Pinner an Georg Landauer v. 22.7.1933, in: ZZA, S7/26/2.

1933 und 1934 spielte die *Haawarah* für die Bereitstellung der Vorzeigegelder zur Zertifikats-erlangung fast gar keine, für den darüberhinausgehenden Kapitaltransfer eine untergeordnete Rolle. Wohl etwas zu hohen Schätzungen zufolge brachten die circa 4.600 so genannten „Kapitalisten“ aus Deutschland bis Sommer 1934 schon Kapital von bis zu 8,5 Millionen LP ins Land; davon hatte die *Haawarah* wohl nicht einmal 500.000 LP transferiert. Bis August 1935 erhöhte sich dann die transferierte Summe auf insgesamt 1,66 Millionen Pfund, wobei hierin inbegriffen noch die in Deutschland gesammelten Spendengelder des *KH* und *Keren Kajemeth Leisrael (KKL)* sowie Renten-, Schul- und Touristikgelder waren. Bis dahin kam ein wesentlicher Teil der Kapitalsumme durch die von der Reichsbank bereitgestellten Vorzeigegelder zustande. Der Auswanderer musste in Deutschland für sein obligatorisches Vorzeigegeld von 1000 LP einen nach festgesetztem Wechselkurs berechneten Betrag bei der Reichsbank in Reichsmark vorfinanzieren. Nach der Auswanderung erhielt er in *Erez Israel* von der Deutschen Templerbank dann das Vorzeigegeld in Pfund. Eine weitere Möglichkeit des Transfers bot die privatwirtschaftlich orientierte palästinensische Pflanzungsgesellschaft *Hanoteah*. Sie gehörte zur Vereinigung *Bne Benjamin*, eine Organisation alteingesessener bürgerlicher Landwirte. Jene Gesellschaft schloss schon vor Begründung der *Haawarah* im Mai 1933 mit der deutschen Regierung ein erstes Warentransferabkommen. Schließlich sollte auch die *Chuzpe* wirtschaftlich gut vernetzter deutscher Juden nicht unterschätzt werden, die zumindest in der ersten Zeit der *NS*-Herrschaft durchaus Mittel und Wege fanden, die deutschen Devisenbestimmungen zu umschiffen.<sup>76</sup>

In dieser kritischen Lage diskutierte die *HOG* ab Ende 1934 darüber, ob sie nun auch offiziell Verantwortung für die *Haawarah* übernehmen sollte; auch zuvor hatte sie natürlich Einfluss auf sie. *Zlocisti\** hatte beispielsweise den Vorsitz in ihrem Aufsichtsrat inne, aber eben nicht als offizieller Vertreter der *HOG*. Im Januar 1935 erklärte sich der *Merkas* der *HOG* im Prinzip bereit, Mitverantwortung in der neu aufzustellenden Leitung der *Haawarah* zu übernehmen.

---

<sup>76</sup> Siehe: ebd.; Die Arbeit der „Deutschen Abteilung“, *JWR* v. 11.8.1939, S.7-10; Einige statistische Angaben über die deutsche *Alijah*, *MB*, August (I) 1934, S.1-2; Transfer und Investierung, *MB*, September 1935, S.4; Max Tischler, Palästina-Informationen, *ZVfD-Blätter* v. 15.10.1934 [Nr.7], S.11-15; Die *Alijah* nach Palästina bis Mai 1934, *MB*, August (II) 1934, S.1; Georg Landauer an *HOG* v. 22.8.1933, in: *ZZA*, A222/10/I; Segev, siebte Million, S.32-34; Feilchenfeld, *Haavara-Transfer*, S.23-27, 45-46, 75, 96-97; Palästina-Amt Berlin an [Werner] Senator v. 3.6.1935 nebst Notiz für Herrn [Elieser] Kaplan, in: ebd.; Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002, S.79-85, 107 [f. Kieffer, *Judenverfolgung*]; Frank Bajohr, „*Arisierung*“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg <sup>2</sup>1998, S.156-158; Protokoll der Sitzung des *Merkas* der *HOG* v. 22.11.1934, in: *ZZA*, S7/117.



Jedoch verlangte er, dass ihr Board of Directors paritätisch zusammengesetzt werde – mit der *Anglo-Palestine Bank (APB)*, der *Jewish Agency* und der *HOG*. Auserkoren wurden als ihre Vertreter Pinner\* und Fritz Naphtali\*. Die *Agency* war jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, aus der Deckung zu treten und offiziell Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen trat die *ZVfD* ins Board ein, wobei ihre Vertreter – Landauer\* respektive Werner Senator\* und Erich Cohn\* – eigentlich nur als Strohmänner für die *JA* fungierten; das wiederum führte zu Verstimmungen bei der Führung der *Zionistischen Vereinigung* in Berlin.<sup>77</sup> Natürlich hatte die *Agency* zuvor und auch nun trotzdem den entscheidenden Einfluss auf die Arbeit der *Haawarah*. Zum einen über ihr Finanzinstrument, der *APB*, das bis zur ersten Reorganisation im Frühjahr 1935 das entscheidende Wort führte. Zum anderen war die *JA* inoffiziell trotzdem bei Boardsitzungen der *Haawarah* präsent. Letztlich entschied sie auch über fast alle Transfers und Kapitalinvestitionen der *Haawarah* und ihres deutschen Pendant, der *Paltreu*, mit. Die Transferenten erhielten nämlich nur einen Teil der Summe in bar, den Rest in Obligationen, die durch das Fehlen von jedweden Alternativen für den Transferenten faktisch immer mehr den Charakter von Zwangsanleihen annahmen.<sup>78</sup> Und wenn trotzdem einzelne Entscheidungen nicht im Sinne der *Sochnuth* fielen, dann gab es Mittel und Wege, dies zu ändern. Beispielsweise boykottierte Landauer\* die Board-Sitzungen, nachdem sein Vorschlag über ein weitreichendes Transfergeschäft nicht wie von ihm gewünscht realisiert werden sollte; gleichzeitig sah er die dann ohne ihn gefassten Beschlüsse als illegitim an. Mit Erfolg.<sup>79</sup> Die *JA* arbeitete sogar mit Druck und Drohungen, um ihre Interessen durchzusetzen; diese waren vor allem der Transfer der in Deutschland gesammelten Spendengelder der zentralen zionistischen Fonds und – durch die Ausgabe der Obligationen – der Auf- und Ausbau des (landwirtschaftlichen) Arbeitersektors und dessen institutionellen Infrastruktur: vom *KKL* über die *Histadruth*-Gesellschaft *NIR* bis zur zentralen Vermarktungs- und Konsumgenossenschaft

---

<sup>77</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 10.1.1935, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 28.2.1935, in: ebd.; Werner Senator, Notiz f. Herrn Siegfried Moses u. Herrn Franz Meyer v. 12.6.1935, in: ZZA, S7/176; Protokoll über Vorschläge der in der Merkassitzung [d. HOG] v. 17.1.1935 ernannten Fünfer-Kommission, in: ebd.; [Palestine Royal Commission (Hg.)], Bericht über Palästina. Erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Majestät von Staatssekretär für die Kolonien dem britischen Parlament vorgelegt im Juli 1937, Berlin 1937, S.322 [f. Bericht über Palästina].

<sup>78</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 3.10.1935, in: ZZA, S7/233; Dr. Gundersheimer, Der gegenwärtige Stand des Transfer-Verfahrens, MB, August (I) 1934, S.4-5; Erich Cohn an Haavara Ltd v. 10.6.1935, in: ZZA, S7/176; Dr. E.F. Ascher an Elieser Kaplan v. 8.6.1935, in: ebd.; Feilchenfeld, Haavara-Transfer, S.42.

<sup>79</sup> Siehe dazu: ebd., S.57-60; Georg Landauer an Siegfried Moses v. 10.6.1935, in: ebd.; Georg Landauer an Haavara Ltd. v. 18.6.1935, in: ebd.; [Heinrich] Margulies an Georg Landauer v. 23.6.1935, in: ebd.

der *Histadruth* namens Tnuwah – alle profitierten vom Transfer. Die *Haawarah* war durchaus bereit, der *Sochnuth* ihre Wünsche auch auf Kosten des allgemeinen Transfers, also der Einzahler in Deutschland, zu erfüllen. Ihre grundsätzliche Richtlinie war, dass „die Interessen der Allgemeinheit, wie sie in der zionistischen Bewegung verkörpert seien, den Interessen des Einzelnen vorranginge.“ Aber sie betonte auch, wann immer die Interessen der *Sochnuth* und die der immerhin 2.000 Einzahler-Familien im Jahre 1935 in Einklang zu bringen seien, müsse dieser Weg beschritten werden. Die Drohung der *JA* mit Verlusten von Transfergeschäften in Palästina wie auch den Vorwurf der Illoyalität wies die *Haawarah* entschieden zurück, „wenn sie in voller Berücksichtigung der Autorität der Jewish Agency als oberstes nationales Organ sich in Kenntnis der Transferpraxis erlaubt, Vorschläge zu machen, die den Interessen der *Sochnuth* voll und ganz gerecht werden, ohne die Interessen“<sup>80</sup> der Transferenten zu verletzen. Offensichtlich wird aus dem Gesagten, dass die Interessen der *ZVfD*, der *HOG* und der *Sochnuth* in der *Haawarah*-Frage oft nicht deckungsgleich, ja teils sogar entgegengesetzt waren. Dies galt ebenso für die anderen direkt oder indirekt Beteiligten wie die palästinensischen Wirtschaftsverbände, Banken, privaten und (halb-)öffentlichen TransfERNutzer und nicht zuletzt für die Transferenten selbst.

Die Sorge der *HOG* ging aber über den de facto Zusammenbruch der Kapitalisten-*Alijah* weit hinaus. Schon im Jahr 1933 hoffte sie vergebens, dass die *Agency* eine hohe Quote der für mittellose Arbeiter bestimmten *C-Zertifikate* an das Berliner *Palästina-Amt* vergibt. 1935 verringerte sich die Zuteilung dieser Zertifikate prozentual zur Gesamtzahl nochmals. Gleichzeitig wurde die Zusammensetzung der für Deutschland bestimmten *C-Zertifikate* in den Augen der Verantwortlichen immer ungünstiger, da der Anteil der so genannten *Flüchtlingszertifikate* an ihnen auf über 45 Prozent stieg.<sup>81</sup> Die Auswahl der Empfänger und die Verteilung dieser Zertifikate lag in der Obhut der Londoner *DA* und des Berliner *Palästina-Amtes*. Die *HOG* und die Jerusalemer *DA* kritisierten permanent die im damaligen Sprachjargon auch als „Selektion“ bezeichnete Auswahl. Nach ihrer Meinung entsprach sie oft nicht den Kriterien für

---

<sup>80</sup> Entwurf einer Aktennotiz über die stattgefunden Besprechung mit Dr. Georg Landauer von der deutschen Abteilung der Jewish Agency und Herrn Dr. Liwni von der Haavara v. 20.6.1935, in: ZZA, S7/176; [Georg] Landauer an [Arthur] Hantke v. 19.6.1935, in: ebd.; Aktennotiz über die Besprechung mit der Herren Dr. Landauer, Baharal und Reiser von der Sochnuth mit Herrn Liwni v. 23.6.1935, in: ebd.; Georg Landauer an Haavarah Ltd. v. 19.6.1935, in: ebd.; Werner Feilchenfeld, Die Lehren des Haavara-Transfers, MB v. 8.11.1940, S.7-8; NIR-Transfer und NIR-Kredite, MB, Juli (II) 1936, S.6-7; zur Organisation NIR siehe: Die Entwicklung von NIR, MB, No. 9 [Februar I] 1939, S.12-16; zur Tnuwah: ACO, Die Histadruth, S.61-64.

<sup>81</sup> Siehe: Bericht der HOG, MB, Mitte Dezember 1934, S.1-4; Alijah-Fragen, MB, Dezember (I) 1934, S.3-4; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 2.5.1935, in: ZZA, S7/117; Sinkt unser Anteil?, MB, Januar (I) 1936, S.7-8.

*C-Zertifikats*-Empfänger: jung, gesund und arbeitsfähig – somit nicht den Bedürfnissen des zionistischen Aufbauwerkes. Deshalb würden sich überdurchschnittlich viele nicht einordnen lassen und Sozialfälle werden. Es gab mehrfach mündliche und schriftliche Aussprachen mit Vertretern des Berliner *Palästina-Amt*s. Zugleich fanden aber auch erste grundsätzliche Diskussionen innerhalb der *HOG*-Führung statt, ob das Ausleseprinzip in Anbetracht der Situation in der *Galuth* noch zweckmäßig sei.<sup>82</sup>

Die Probleme beim Transfer und der Zertifikatszuteilung zwangen die *HOG*-Führung zum Handeln, da die deutschen Juden im Anbetracht der sich radikalisierenden *NS*-Verfolgungspolitik vor allem eines benötigten: Auswanderungsmöglichkeiten. Aus der Perspektive der *HOG* hatten die Entwicklung in Deutschland weder die jüdische Öffentlichkeit in und außerhalb Palästinas, noch die zionistischen Instanzen und hier insbesondere die *Sochnuth* hinreichend erkannt. Die deutsche „Judenfrage“ unterschied sich ihrer Meinung nach grundsätzlich von der in allen anderen Ländern, da erstmalig eine Regierung eines Staates sämtliche, ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel zur Durchsetzung ihres radikal judenfeindlichen Programms einsetzte. Ihr Ziel war die Vertreibung der gesamten jüdischen Gemeinschaft. Auf der Agenda der *HOG* stand nun das erneute Aufrollen der deutschen „Judenfrage“ und ihre Platzierung ins Zentrum des politischen Geschehens – auf dem Zionistenkongress in Luzern im August und September 1935. Vorrangiges Ziel der Aktivisten war, Entscheidungen herbeizuführen, die eine maximale Zahl deutscher Juden zur Auswanderung nach Palästina bringen würden.<sup>83</sup> Die Frage, ob die *HOG* überhaupt legitimiert sei, so weitreichende politische Aktivitäten in der deutschen „Judenfrage“ zu ergreifen, ergab sich für die Mehrheit der Protagonisten aus der besonderen Situation heraus. Da die *Jewish Agency* keine Schritte unternahme und die *ZVfD* keine volle Handlungsfreiheit mehr besitze, „ist die H.O.G. als die offizielle, größte und zionistisch aktivste Organisation der deutschen Juden in Palästina legitimiert und sogar verpflichtet, sich dieser von Parteienpolitik gänzlich entfernten entscheidenden Aufgabe zu unterziehen.“<sup>84</sup> Einzig Landauer\* sprach ihr die

---

<sup>82</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 13.6.1935, in: ebd.; Protokoll der Vorstands- und Beiratssitzung [d. HOG Jerusalem] v. 17.3.1935, in: ebd.; Merkas der HOG an Zionistische Vereinigung für Deutschland z.H. v. Herrn Benno Cohn v. 11.12.1934, in: ZZA, A222/10/I; Aus der Arbeit der Deutschen Abteilung, MB, Februar (I) 1937, S.3-5; Segev, siebte Million, S.62-65.

<sup>83</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. HOG] v. 16.5.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der außerordentlichen Merkasitzung [d. HOG] v. 1.6.1935, in: ebd.; Memorandum of the Central Bureau of the Hitachduth Olej Germania submitted to the Delegates of the World Zionist Organisation, Luzern undatiert [versandt am 1.8.1935], in: ZZA, J18/2.

<sup>84</sup> Protokoll der außerordentlichen Merkasitzung [d. HOG] v. 1.6.1935, in: ZZA, S7/117, S.3.

Berechtigung für die politische Aktion ab, da sie sich als nachgeordneter Apparat der *DA* auf die sachliche Arbeit beschränken solle. Offenkundig zeigt sich hier ein Wandel des Selbstverständnisses der *Hitachduth*, der sich aus der Erkenntnis heraus vollzog, dass die Interessen der deutschen *Olim* nur von ihnen selbst hinreichend vertreten werden konnten. In diese Richtung zielten auch die nun erhobenen Forderungen nach größerem Einfluss auf die Verteilung der Zertifikate, in der *DA* und den Parteien. Auch zeigte sich hier erstmals ansatzweise eine Ausweitung des Repräsentationsanspruchs der *Hitachduth* auf die noch in Deutschland sich befindenden Juden. Die *ZVfD* war zunehmend isoliert und sie wurde in der zionistischen Welt nicht mehr als eigenständig handelnder Faktor wahrgenommen. Sogar die beabsichtigte Teilnahme der Zionisten aus Deutschland am Kongress stieß auf viele Bedenken. Trotzdem nahmen schließlich 34 Delegierte aus Deutschland als Einheitsliste am Kongress teil. Das Dilemma, in dem sich jene befanden, verdeutlichte die Abstimmung über einen Resolutionsantrag, in dem die systematische Entrechtung der deutschen Juden durch den NS-Staat angeprangert wurde. Als Einzige stimmten die Delegierten aus Deutschland geschlossen gegen den Antrag. Genau diese Situation wollte die *HOG* schon vor dem Kongress ausschließen. Sie bat das Londoner Organisationsdepartment der *World Zionist Organization* (*WZO*) dafür Sorge zu tragen, dass die deutsche „Judenfrage“ in den öffentlichen Debatten ohne direkte Angriffe gegen die NS-Politik behandelt wird.<sup>85</sup>

Im Vorfeld des Kongresses begann die *Hitachduth* mit ihrer Kampagne. In der Zertifikatsfrage protestierte sie bei der *Agency* wegen der geringen Quote für Deutschland. Auch sollte die *ZVfD* überzeugt werden, ebenfalls zu intervenieren. Rosenblüth\* schlug sogar vor, einmal die gesamte Halbjahreszuteilung an Zertifikaten nach Deutschland zu geben; schließlich einigte man sich darauf, eine große Anzahl an Zertifikaten für Deutschland zu fordern, auch, um damit die Bedeutung der von den damaligen Protagonisten so benannten „deutschen Frage“ nochmals herauszustellen. Um zukünftig ein Mitspracherecht bei der Verteilung der von Großbritannien (*GB*) bewilligten Zertifikate zu erhalten, verlangte sie, in den zentralen Entscheidungsgremien der *JA*, des *Waad Leumi* und der *Histadruth* zumindest als

---

<sup>85</sup> Siehe dazu: ebd.; Zionistische Vereinigung für Deutschland an The Zionist Organisation, Central Office London v. 25.7.1935, in: ZZA, Z4/30162; Kurt Blumenfeld an Benno Cohn v. 20.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Martin Rosenblüth an Kurt Blumenfeld v. 18.7.1935, in: ZZA, A222/47; Franz Meyer (*ZVfD*) an Exekutive der Zionistischen Organisation in London v. 5.8.1935, in: ZZA, Z4/30166; Einheitsliste in Deutschland, *JR* v. 12.7.1935, S.4; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.26, 624-625; Merkmal der H.O.G. an Organisations-Department der Zionistischen Weltorganisation, London v. 16.6.1935, in: ZZA, S7/116.

Sachverständige mitwirken zu dürfen.<sup>86</sup> Auch in der Transferfrage entwickelte die *HOG* verschiedene neue Ansätze, um das Verfahren beschleunigen und vergrößern zu können, beziehungsweise die Problematik des Vorzeigegeldes zu lösen. Diese Vorschläge wurden dann mit der Jerusalemer *Agency* diskutiert und zur Londoner Exekutive gesandt. Die *HOG*-Verantwortlichen gingen aber noch weiter; bereits im Herbst 1934 hatten sie die *JA* aufgefordert, der Ausweitung des Transfers auf die direkten Nachbarländer nicht im Wege zu stehen. Nun erwogen sie sogar seine weltweite Ausdehnung und erhofften sich eine grundsätzliche Neupositionierung der zionistischen Bewegung zur Boykottfrage.<sup>87</sup> Zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Einwanderung von „Kapitalisten“ schlugen sie direkte Konsultationen mit der deutschen Regierung vor und baten die *JA*, die britische Regierung zu einer Intervention in Deutschland zu bewegen. Nun stellte die *HOG* auch Überlegungen zu einem Auswanderungsplan an und forderte die *Agency* auf, einen großzügigen Emigrationsplan zu entwerfen und auf dem Kongress zur Disposition zu stellen. Bis Mitte Juli 1935 hatten die Verhandlungen mit der *Sochnuth* über ihre konkreten wirtschaftlichen und politischen Vorschläge wenig Substanzielles gebracht. Um ihren Vorschlägen und Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, versuchte sie nun auch die öffentliche Meinung im *Jischuw* durch Pressekonferenzen und Versammlungen zu mobilisieren. Weiterhin trat die *HOG* in Verhandlungen mit den politischen Parteien des *Jischuw*. Sie warb dabei einerseits für ihre eben benannten Vorschläge und Forderungen. Andererseits setzte sie sich für die Aufstellung deutscher Zionisten auf aussichtreichen Listenplätzen für die Kongresswahlen ein. Es gab sogar Versuche, deutsche Zionisten aus Palästina in Deutschland als Kandidaten für den Kongress aufzustellen.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 9.5.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Politischen Kommission [d. *HOG*] v. 16.5.1935, in: ebd.

<sup>87</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 11.10.1934, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 4.7.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 9.5.1935, in: ebd.; Memorandum of the Central Bureau of the Hitachduth Olej Germania submitted to the Delegates of the World Zionist Organisation, Luzern undatiert [versandt am 1.8.1935], in: ZZA, J18/2; Merkas der H.O.G. an Organisations-Department der Zionistischen Weltorganisation, London v. 16.6.1935 nebst Anlage: Fritz Naphtali, Bemerkungen zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten von Unterhandlungen mit der deutschen Regierung zur Erleichterung der Einwanderung mit LP. 1000 nach Erez Israel, in: ZZA, S7/116.

<sup>88</sup> Siehe dazu: ebd.; Memorandum of the Central Bureau of the Hitachduth Olej Germania submitted to the Delegates of the World Zionist Organisation, Luzern undatiert [versandt am 1.8.1935], in: ZZA, J18/2; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 4.7.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 9.5.1935, in: ebd.; Protokoll der Politischen Kommission [d. *HOG*] v. 16.5.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 15.7.1935, in: ebd.; Besprechung der politischen Kommission [d. *HOG*] v.22.7.1935, in: ZZA, A222/10/I; Kurt Blumenfeld an Benno Cohn v. 28.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I.

Für den deutschen Zionismus waren die Ergebnisse des vom 20. August bis 6. September 1935 in Luzern tagenden XIX. Zionistenkongresses eine herbe Niederlage. Die „deutsche Frage“ behandelte er nur am Rande. Einzig die Transfer- und Boykottfrage diskutierte der Kongress vor allem hinter verschlossenen Türen in der Transferkommission rege. Aber auch in der öffentlichen Debatte kritisierten Delegierte von links bis rechts den Transfer scharf. Letztlich drehte sich die Auseinandersetzung darum, ob dem Aufbau von *Erez Israels* alles andere unterzuordnen sei, also auch die Bedürfnisse der Diaspora. Die *Hitachduth* versuchte in Kooperation mit der *Haawarah* sogar noch während des Kongresses mittels eines eigenen Büros vor Ort die Stimmung positiv zu beeinflussen – vergeblich. Der mit großer Mehrheit gefasste Kompromiss auf dem Kongress sah vor, die *Haawarah* unter direkte Kontrolle der *Agency* zu stellen. Der Transfer blieb weiterhin auf Palästina beschränkt, es sei denn, eine ausgesprochene Notlage trete ein. Schließlich stand er neben der Transferierung der zionistischen Fondsgelder nun nur noch Personen offen, die auch sofort nach Palästina auswandern wollten.<sup>89</sup> In Anbetracht des tatsächlichen Einflusses der *JA* auf den Transfer sanktionierte der Kongress eigentlich nur den damaligen Ist-Zustand. Mit dem Ausschluss reiner Kapitalinvestitionen musste sich von nun ab die *Haawarah* auf die Aufbringung des Vorzeigegeldes konzentrieren, was letztlich in Anbetracht der Haltung der Reichsbank sowieso unumgänglich war. Wirklich entscheidend war jedoch die Begrenzung des Transfers auf Palästina. Die *Haawarah* hatte bereits begonnen, ihren Aktionsradius auf die Nachbarstaaten Palästinas auszuweiten. Dies wollte sie zwar auch weiterhin so handhaben, da aus ihrer Sicht ein Emergency-Fall vorlag. Der damalige Präsident der *ZVfD*, Siegfried Moses\*, hatte aber just in jenem Moment eine Transferegenehmigung für alle Länder außerhalb Palästinas/Near East bei den *NS*-Instanzen erwirkt, in dem der Kongress dies kategorisch ausschloss. Aber um einen umfassenden Auswanderungsplan für das deutsche Judentum aufzustellen, musste auf die ein oder andere Art ein Transfer in großem Umfang durchgeführt werden. Denn ohne die Rettung – zumindest eines Teiles – des Vermögens der Auswanderer konnte weder in Palästina noch anderswo eine große Zahl von ihnen neu angesiedelt werden.<sup>90</sup>

---

<sup>89</sup> Siehe dazu: Nach der ersten Woche, JR v. 30.8.1935, S.1-2; [Herbert] Foerder, Die Hitachduth Olej Germania vor neuen Aufgaben, MB, November (I) 1935, S.1-2; Holdheim, deutsche Alijah, S.22; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 1.8.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.233-235, 308, 347, 368-369, 638-639; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 3.10.1935, in: ZZA, S7/233.

<sup>90</sup> Siehe dazu: ebd.; Heinrich Margulies, Bemerkungen zur Near-East-Arbeit v. 15.6.1935, in: ZZA, S7/176; Walter Preuss, Die Probleme der deutschen Alijah auf dem Luzerner Kongress, MB, Oktober 1935, S.13-16; Feilchenfeld, Haavara-Transfer, S.54-55, 60-61.

Auch den Wunsch nach einer hohen Zertifikatsquote für Deutschland konnten die deutschen Zionisten nicht durchsetzen. Jitzchak Grünbaum, der Leiter der *Alijah*-Abteilung der *Sochnuth*, gab intern nur die Zusage, dass sich die Zuteilung weiterhin im Rahmen der letzten zwei Jahre bewegen werde. Die gehegten politischen Ambitionen erfüllten sich ebenso wenig. Dabei gingen die deutsch-zionistischen Kreise in Anbetracht der Bedeutung der deutschen Einwanderung mehr oder weniger fest davon aus, einen Sitz in der Exekutive der *JA* zu erringen. Sogar die Zusammenarbeit zwischen den Delegierten aus Deutschland und den deutschen Zionisten aus Palästina gestaltete sich schwierig.<sup>91</sup> Einige Forderungen der *Hitachduth* gingen auch in Erfüllung – wenn auch teils nur auf dem Papier. Die Mittelstandskolonisation wurde auf dem Kongress offiziell anerkannt. Die Leistungen der *Deutschen Abteilung* wurden honoriert und deren Fortbestand zugesagt und die soziale Fürsorge unter den (Neu-)Einwanderern als wichtige zionistische Aufgabe deklariert. Trotzdem hatte in den Augen der meisten *HOG*-Aktivisten der Kongress vor der deutschen „Judenfrage“ kapituliert. Weder habe er die Richtigkeit der zionistischen Theorie anhand der Situation in Deutschland propagandistisch ausgenutzt, noch habe er „irgend einen Beitrag zu einer konstruktiven Lösung des Problems der deutschen Juden geliefert.“<sup>92</sup> In den Spalten des *Mitteilungsblattes* solch eine geharnischte Kritik an der zionistischen Bewegung zu finden, war neu. Aber es blieb nicht nur bei einer Anklage: „Dennoch wäre nichts verderblicher als die Resignation und Passivität weiter zu dulden, die sich in weiten Kreisen der deutschen Juden, der zionistischen Bewegung und des Weltjudentums bezüglich dieser Frage auszubreiten drohen. Es bedarf neuer und großer Anstrengungen, und diese können nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die deutschen Juden und insbesondere die deutschen Zionisten innerhalb und außerhalb Deutschlands wie ein Mann ihre Forderungen gegenüber der Weltjudenheit anmelden.“<sup>93</sup> Um diesen Forderungen wenigstens innerhalb der zionistischen Bewegung Gehör zu verschaffen, benötigte die *HOG* aber mehr als starke Worte.

---

<sup>91</sup> Siehe dazu: [Elias] Auerbach an Hitachduth Olej Germania Haifa v. 10.12.1935, in: ZZA, A222/10/I; Nachlese und Kritik, JR v. 10.9.1935, S.1-2; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 3.10.1935, in: ZZA, S7/233; Holdheim, deutsche Alijah, S.21; zu Jitzchak Grünbaum siehe: Fred Skolnik u.a. (Hg.), Encyclopaedia Judaica. Second Edition, XXII Bde., New York u.a. 2007, hier: Vol. 8, S.106-107 [f. EJ, Vol.].

<sup>92</sup> [Herbert] Foerder, Die Hitachduth Olej Germania vor neuen Aufgaben, MB, November (I) 1935, S.3-4, hier: 3; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 3.10.1935, in: ZZA, S7/233; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.388-391; 509-513; 521-522; 690.

<sup>93</sup> Ernst Lewy, Grundprobleme der deutschen Alijah, MB, November (I) 1935, S.4-5, hier: 4.

Nach dem Kongress intensivierte die *HOG* ihre Bestrebungen. Sie führte Verhandlungen mit der *Sochnuth*, die in der Besprechung mit dem Präsidenten der *WZO*, Chaim Weizmann, am 18. Dezember 1935 in Rechowoth gipfelten. Die wesentlichen Forderungen der *Hitachduth* lauteten: Mobilisierung der jüdischen Welt und Übernahme der Führungsposition seitens der *JA* in der Frage der Errettung des deutschen Judentums; intensive Kooperation mit den nichtzionistischen Hilfsorganisationen wie das *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* und die *Jewish Colonization Association*; Erhöhung der Zertifikatszuteilung durch den Mandatar; die Ausweitung des Warentransfers über Palästina hinaus; Bündelung der Verhandlungen über einen Auswanderungsplan in London. Aus dem Kreis der *HOG* wurden von Senator\* und Pinner\* selbst Vorschläge für einen umfassenden Auswanderungsplan entworfen und nach London übermittelt.<sup>94</sup> Zwar gab es auch andere Stimmen in der *HOG*, aber letztlich liefen die Überlegungen zur Finanzierung des Auswanderungsplanes auf die Erweiterung des Transfers im Weltmaßstab hinaus. In dieser Frage war die öffentliche Meinung innerhalb der jüdischen Welt aber fast einhellig ablehnend. Sogar in Palästina selbst waren die Widerstände gegen den Transfer trotz des Kongressbeschlusses weiterhin groß.<sup>95</sup> Verhandlungen über einen umfassenden Auswanderungsplan fanden dann ab Herbst 1935 in London, Genf und Berlin statt – allerdings nicht auf Initiative der *Sochnuth*. Letztlich scheiterten aber alle Versuche.<sup>96</sup>

Auch ihre anderen ambitionierten Ideen konnte die *HOG* nicht verwirklichen. Die von ihr ins Auge gefasste internationale jüdische Konferenz, die Anfang 1936 in Palästina stattfinden sollte, um die Zusammenarbeit der zionistischen Seite mit den nichtzionistischen Hilfsorganisationen in der deutschen „Judenfrage“ zu vertiefen und die jüdische Weltöffentlichkeit aufzurütteln, fand weder in Palästina noch anderswo statt. Und selbst deutsche Zionisten wie Martin Rosenblüth\* und Nachum Goldmann\*, die sich an den Schnittstellen der politischen Entscheidungszentren in London beziehungsweise Genf befanden, standen der Initiative der

---

<sup>94</sup> Siehe dazu: Besprechung der politischen und der Transferkommission [d. *HOG*] v. 4.11.1935 in Jerusalem, ZZA, A222/10/I; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 12.12.1935, in: ZZA, S7/233; Max Kreutzberger an die Exekutive der Jewish Agency Jerusalem v. 19.11.1935 nebst Anlage, in: ZZA, J18/2; Exposee für die Besprechung vom 18. Dezember in Rechowoth, in: ebd.; [Ergebnisse] über die Besprechung mit Prof. Weizmann in Rechowoth am 18.XII.35, ausgefertigt am 23.12.1935, in: ebd.

<sup>95</sup> Siehe dazu: W. Pinner an Nachum Goldmann v. 10. Januar 1936, in: ZZA, A222/10/I; unsigned [wohl Werner Feilchenfeld] an Siegfried Moses v. 9.1.1936, in: ZZA, A222/51; Die Schande des Transfer, *Die Neue Welt* v. 17.12.1935, S.1; Plakate wegen Haavarah, *Die Neue Welt* v. 10.12.1935, S.4; Felix Rosenblüth, *Die Aufgabe – Ein Wort zu den Wahlen*, MB, Dezember (I) 1935, S.6-8; Aktennotiz über die Besprechung mit der Herren Dr. Landauer, Baharal und Reiser von der *Sochnuth* mit Herrn Liwni v. 23.6.1935, in: ZZA, S7/176.

<sup>96</sup> Siehe dazu: Kap. V.



*HOG* mit großer Skepsis gegenüber. Neben der Einberufung einer Konferenz im Namen der *JA* sahen beide auch den Ausbau des Transfers entgegen dem Kongressbeschluss als völlig illusorisch an. Überhaupt wies Martin Rosenblüth\* die Vorstellung zurück, die *JA* könnte außer in ihrer eigenen Domäne des Palästinaaufbaus die Führung in der deutschen „Judenfrage“ übernehmen: „Aus hundert Gründen können und werden weder die englischen, noch die amerikanischen, noch die französischen Juden [...] jemals daran denken, der Jewish Agency in der deutschen Judenfrage die Führung zu überlassen oder auch nur ein Initiativrecht.“ Um überhaupt eine Kooperation bewerkstelligen zu können, musste in dieser Frage behutsam und vorsichtig vorgegangen werden, „weil wir mit Recht oder Unrecht verdächtigt werden, dass es uns in der ganzen Sache weniger um die Rettung der deutschen Juden als um den Aufbau Palästinas geht.“<sup>97</sup> Überdies hinterfragte er die von der *HOG* immer wieder kolportierte Aussage, dass sich das Weltjudentum am Schicksal der deutschen Juden seit einiger Zeit desinteressiert zeigte. Für ihn war das gezeigte Interesse sogar erstaunlich im Vergleich zum Desinteresse der jüdischen Öffentlichkeit an der katastrophale Lage der Judenheiten in Osteuropa.<sup>98</sup>

Im Kampf um zusätzliche Zertifikate für die deutschen Juden erreichte die *HOG* auch wenig Zählbares. Erwähnenswert wären einzig die so genannten Mills- und Samuel-Zertifikate. Erstere waren 500 *Kapitalisten-Zertifikate*, die aufgrund einer Abmachung zwischen dem Leiter des Einwanderungsdepartments der britischen Palästina-Regierung, Eric Mills, der Reichsbank und (indirekt) der *Haawarah* Anfang 1936 ausgegeben wurden. Dabei durften die 500 „Kapitalisten“ nach Palästina einwandern, ohne tatsächlich schon im Besitz des gesamten Vorzeigegeldes zu sein. Die *Haawarah* bürgte dabei de facto für die spätere Zahlung der Reichsbank. Letztere waren zusätzliche 1.500 Zertifikate für deutsche *Chaluzim*, die der *Council for German Jewry* mittels Finanzgarantien von 150.000 Pfund für die Integration der *Olim* ermöglichte. Dazu kamen noch 1.000 zusätzliche Zertifikate für *Hachscharah*-Kandidaten in *Erez Israel*, die ebenfalls der *Council* finanziell absicherte.<sup>99</sup> Grundsätzlich muss festgehalten

---

<sup>97</sup> Martin Rosenblüth an Max Kreutzberger v. 31.12.1935, in: ZZA, A358/74, S.3 u. 4; siehe weiterhin: Exposee für die Besprechung vom 18. Dezember in Rechowoth, in: ZZA, J18/2; [Nachum] Goldmann an W.[erner] Senator v. 30.12.1935, in: ZZA, A222/10/I.

<sup>98</sup> Siehe: Martin Rosenblüth an Max Kreutzberger v. 31.12.1935, in: ZZA, A358/74; Übersetzung des Protokolls der Jerusalemer H.O.G.-Versammlung vom 22. Dezember 1935, in: ZZA, J18/2; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.17.

<sup>99</sup> Siehe dazu: Besprechung mit Mr. Mills in der Angelegenheit der Tausend-Pfund-Emigration v. 27.6.1935, in: ZZA, S7/176; Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania zur Sitzung des Landesvorstandes am 23. Mai

werden, dass die deutschen Juden bei der Zertifikatsvergabe durch den britischen Mandatar und die zionistischen Instanzen sowieso schon begünstigt wurden, wobei die *HOG* selbst trotz ihrer Interventionen wohl nur einen sehr bescheidenen Anteil daran hatte. Die deutschen Juden konkurrierten insbesondere um die limitierten *C-Zertifikate* mit den polnischen Juden.<sup>100</sup> Die zionistische Führungsriege benachteiligte letztere bei der Vergabe aber nicht aus Sympathie für die deutschen Juden. Im Gegenteil stand sie den deutschen *Olim* eher reserviert bis ablehnend gegenüber und viele sahen darin vor allem eine unzionistische, philanthropische Rettungsaktion. Aber sogar Menahem Ussischkin, der der deutschen *Alijah* äußerst kritisch begegnete, sah in ihrer Einwanderung einen entscheidenden positiven Effekt: Sie brachte dringend benötigtes Kapital ins Land, das wiederum die Grundlagen für den weiteren Aufbau des Nationalheims und die Einwanderung unbemittelter (osteuropäischer) Juden schuf. Die wirtschaftliche Hochkonjunkturphase in Palästina ab 1932/1933 wurde entscheidend durch die deutsch-jüdische Kapitalzufuhr stimuliert. Und auch in der ab Ende 1935 einsetzenden wirtschaftlichen Krise führte die weitere Kapitalzufuhr im Kontext der deutschen Einwanderung noch zu einer gewissen Abmilderung der Depression; fast die Hälfte aller Einwanderer mit *AI-Zertifikaten* stammte in den Jahren 1933 bis 1940 aus Deutschland und gerade in der Depressionsphase machten deutsche *Olim* einen wesentlichen Teil der Gesamteinwanderung aus, da die Ausgabe von *Arbeiter-Zertifikaten* vom Mandatar radikal verringert wurde.<sup>101</sup>

### **Partei Gründungen bürgerlicher deutscher Zionisten in den 1930er Jahren: *Kidmah***

Im Gegensatz zur *HOG*, die in den 1930er Jahren stets um politische Neutralität bemüht sein musste, konnte *Kidmah*, die erste Partei Gründung von Aktivisten der deutschen *Alijah*, zu allen relevanten politischen Fragen Stellung nehmen. Offiziell gegründet wurde „Kidmah – Kreis Allgemeiner Zionisten“ unter der Führung von Blumenfeld\* Anfang Oktober 1934 in

---

1936, in: ZZA, J18/104, S.12; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.29-33; Report to the XXth Zionist Congress, S.19; Franz Meyer, Vorschau auf 1937, JR v. 5.1.1937, S.1-2.

<sup>100</sup> Siehe dazu: ebd.; Siegfried Moses, Aufgabe, Leistung und Bewährung der zionistischen Bewegung in Deutschland, JR v. 4.2.1936, S.2-4; Ernst Kahn, Rekorderinwanderung aus Deutschland, JR v. 8.1.1937, S.15; Yfaat Weiss, Zweierlei Mass, in: Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts (1998), S.100-112, hier: 106-107, passim; Aviva Halamish, A new Look at Immigration of Jews from Yemen to Mandatory Palestine, in: Israel Studies, Vol. 11, No. 1 (2006), S.59-78, hier: 68 [f. Halamish, A new Look]; Reinharz/Shavit, Road to September, S.12.

<sup>101</sup> Siehe dazu: ebd., S. 114-116, 344; Segev, siebte Million, S.65-66, 139-140; Kurt Blumenfeld an Chaim Weizmann v. 14.8.1933, in: ZZA, A222/24; Feilchenfeld, Haavara-Transfer, S.76-79, 91-97; zur Person Ussischkin siehe: Joseph Klausner, Menahem Ussishkin. His Life and Work, London (1944).

Jerusalem, obschon jener Kreis schon Monate zuvor aktiv war. Ziel war der Eintritt in den Landesverband der palästinensischen *Allgemeinen Zionisten*, um das dortige progressive Element zu stärken oder gar die (rechts-)bürgerlichen Kreise unter Führung von Jehoschua Supraski im Verband zu majorisieren. Bis dahin bestehende Bedenken vieler deutsch-bürgerlicher Zionisten gegen den Beitritt verringerten sich durch die Beschlüsse der Krakauer Konferenz im August 1934. Auf jener Konferenz beschlossen die beiden Lager der *Allgemeinen Zionisten*, die progressiven *Allgemeinen A* und (rechts-)bürgerlichen *Allgemeinen B*, die innere Spaltung zu überwinden, die beiden Gruppen aufzulösen und sich in einem gemeinsamen „Weltverband der Allgemeinen Zionisten“ zu sammeln. Auch die wichtigsten politischen (Streit-)Fragen, die Stellung zur *Awodah Iwrith*, zur *Histadruth* und zum *Mischtar Zioni* schienen fürs Erste geregelt zu sein.<sup>102</sup> *Kidmah* sollte nach dem Willen ihrer Führung kollektiv in den palästinensischen Verband eintreten. Dagegen erhob sich Widerstand und der Vorsitzende des palästinensischen Verbandes der *Allgemeinen*, Benzion Mossinson, verlangte – wohl trotz vorhergehender Zusage – nun Einzeleintritte der *Kidmah*-Mitglieder und ihre Auflösung nach der für den November 1934 anberaumten Landeskonzferenz des Verbandes. Blumenfeld\* vermutete hinter dieser Wendung, dass Mossinson „der Gruppe der Allgemeinen Zionisten Palästinas nach Möglichkeit ihren bisherigen Charakter erhalten w[ill] und in unserem Eintritt eine Art Überfremdung“<sup>103</sup> erblickt. Schließlich traten die *Kidmah*-Anhänger nicht in den Landesverband ein. Die verbliebenen Progressiven, *Midkadmim* genannt, die unter der Führung des Chefredakteurs des *Haarez*, Mosche Glückson, standen, erlitten ohne das Gros der deutschen Zionisten eine herbe Niederlage auf der Landeskonzferenz. Die Eroberung des Landesverbandes misslang, die Blumenfeld\* auch aus einem anderen Grund anstrebte. Durch die Zusammenfassung der *Allgemeinen Zionisten* unter der Führung der Progressiven sollte (von Neuem) in Palästina und in der *Galuth* eine politische Hausmacht für Chaim Weizmann geschaffen werden, um seine Rückkehr auf den Posten des Präsidenten der

---

<sup>102</sup> Siehe dazu: Blumenfeld spricht in Jerusalem, JR v. 10.8.1934, S.4; Die Einigung der Allgemeinen Zionisten, JR v. 31.8.1934, S.3; Eine neue zionistische Gruppe, JR v. 12.10.1934, S.2; Siegfried Moses an Kurt Blumenfeld v. 30.8.1934, in: ZZA, A222/51; Kurt Blumenfeld an Siegfried Moses v. 9.9.1934, in: ebd.; zur Person Supraski: EJ, Vol. 19, S.316; zu den Allgemeinen Zionisten siehe: Sasson Sofer, *Zionism and the Foundation of Israeli Diplomacy*, Cambridge 1998, S.271-287 [f. Sofer, *Diplomacy*].

<sup>103</sup> Kurt Blumenfeld an [Benzion] Mossinson v. 7.11.1934, in: ZZA, A222/5-10/I, S.1; weiterhin: Gustav Krojanker an Kurt Blumenfeld v. 14.10.1934, in: ebd.; unsigniert [möglicherweise Lazar Ettingen] an Martin Rosenblüth v. 24.9.1934, in: ebd.; [Benzion Mossinson] an Kurt Blumenfeld v. 8.11.1934, in: ebd.; [Kurt] Bl[umenfeld] an A.[rthur] Hantke v. 30.9.1934, in: ebd.; zur Person Mossinson siehe: EJ, Vol. 14, S.567.

WZO auf dem nächsten Kongress durchzusetzen.<sup>104</sup> Nun versuchte Blumenfeld\*, die eher progressiven Landesverbände der *Allgemeinen Zionisten* – insbesondere jene in den Vereinigten Staaten, England, Deutschland und der Tschechoslowakei – zu einem diesbezüglichen Bündnis zu motivieren, um dann bei der nächsten Welt-Konferenz der *Allgemeinen Zionisten* die Führung übernehmen zu können oder einen eigenen neuen Weltverband zu gründen. Gleichzeitig wollte er *Kidmah* zur stärksten Gruppe innerhalb des Lagers der *Allgemeinen Zionisten* in Palästina aufbauen.<sup>105</sup> Ihre führenden Persönlichkeiten, neben Blumenfeld\* wären vor allem Rosenblüth\*, Gustav Krojanker\* und Pinner\* zu nennen, bemühten sich um die Mobilisierung des bürgerlichen Spektrums deutscher Zionisten und hofften, innerhalb kurzer Zeit unter dem *Kidmah*-Banner eine hohe dreistellige Zahl an Mitgliedern zu vereinen. Auch wollten sie dem Vorwurf einer landsmannschaftlichen Gruppierung begegnen und versuchten Unterstützer im restlichen *Jischuw* zu mobilisieren – mit sehr mäßigem Erfolg. Zumindest konnten sie Szold, Helene Kagan, den Bruder von Chaim Weizmann, Chilik Weizmann und ein paar andere gewinnen.<sup>106</sup>

Dem Ruf Blumenfelds\* nach Sammlung folgten aber nicht einmal alle bürgerlichen deutschen Zionisten. Interessanterweise waren die Gründe dafür nicht inhaltlicher Natur. Die Konflikte entzündeten sich an der Person Blumenfeld\*, dem ein autoritärer Führungsstil vorgeworfen wurde und an einigen taktischen Fragen. Darüber hinaus standen die jeweiligen Kreise der deutschen *Allgemeinen* in den drei großen Städten Tel Aviv, Haifa und Jerusalem in gewisser Konkurrenz zueinander. Dieses konfliktreiche Spannungsverhältnis hielt auch in den folgenden Jahren an, die Gräben vertieften sich teils noch, die eine wirkliche Einigung des deutsch-zionistischen Lagers der *Allgemeinen* verhinderten.<sup>107</sup>

Programmatisch positionierte sich *Kidmah* in der politischen Mitte des Parteienspektrums zwischen dem Arbeiterzionismus und den Rechtskreisen. Unzweifelhaft existierten aber

---

<sup>104</sup> Siehe dazu: Verwirrung bei den Allgemeinen Zionisten, JR v. 11.12.1934, S.5; [Kurt Blumenfeld] an Chajim Weizmann v. 19.7.1934, in: ZZA, A222/44; Kurt Blumenfeld an Chaim Weizmann v. 6.2.1935, in: ebd.; zur Person Glückson siehe: EJ, Vol. 7, S.646.

<sup>105</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an [Benzion] Mossinsohn v. 12.11.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; [Kurt Blumenfeld] an English Zionist Federation v. 2.12.1934, in: ebd.; [Kurt Blumenfeld] an Franz Meyer und Benno Cohn v. 13.12.1934, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an [Louis] Lipsky v. 17.12.1934, in: ebd.

<sup>106</sup> Siehe dazu: ebd.; Gustav Krojanker, Schreiben an Bundesbrüder des KJV v. 5.10.1934, in: ebd.; Mosche Brachmann, Die Einwanderung aus Deutschland, 30.12.1934, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 26.11.1934, in: ZZA, A222/98; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 15.11.1934, abgedr. in: Kurt Blumenfeld, Im Kampf und den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten, Stuttgart 1976, S.135-137.

<sup>107</sup> Siehe dazu: Gustav Krojanker an Kurt Blumenfeld v. 14.10.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; [Gustav Krojanker] an [Alfred] Landsberg v. 16.10.1934, in: ebd.; [Alfred] Landsberg an Gustav Krojanker v. 15.10.1934, in: ebd.

wesentliche Anknüpfungspunkte zur Arbeiterschaft. *Kidmah* betonte ebenso die Bedeutung des nationalen Kapitals für den Aufbau des Landes, die Forderung nach Stärkung der zentralen zionistischen Fonds und der jüdischen Selbstverwaltungsorgane, wie sie sich auch für die Durchsetzung des Prinzips der *Awodah Iwrith* auf gesamtwirtschaftlicher Ebene aussprach. Auch in der Gewerkschaftsfrage plädierte sie für die *Histadruth* als – allerdings entpolitisierte – Einheitsgewerkschaft und kritisierte die Neugründung einer (Konkurrenz-)Gewerkschaft rechts-bürgerlicher Kreise in *Erez Israel*. Sogar in Bezug auf den Vorrang des landwirtschaftlichen Sektors gab es Überschneidungen. *Kidmah* forderte beispielsweise, dass zumindest 40 Prozent aller Neueinwanderer sich auf dem Lande niederlassen sollten. Nicht unbedingt konform mit dem Arbeiterzionismus ging die Forderung nach einer nationalen Einheitsschule und das außenpolitische Konzept von *Kidmah*. Sie sprach sich für ein möglichst enges Bündnis mit *GB* aus und plädierte für einen Richtungswechsel in der arabischen Frage, um über kurz oder lang zu einen Modus Vivendi mit der arabischen Seite zu gelangen.<sup>108</sup> In Bezug auf die zionistische Theorie und Praxis traten die *Kidmah*-Aktivisten einerseits für eine grundlegende Reform der *WZO* ein – des Kongress-Wahlrechtes, des Aufgabenkreises des Kongresses und des *Aktions-Komitees*. Und sie sprachen sich für die Abschwächung des – ihrer Meinung nach – ausufernden Parteieneinflusses auf die *WZO* selbst und allgemeiner, auf die Entwicklung des jüdischen Palästinas aus. Grundlage dafür sollte die absolute Disziplin des Einzelnen wie der Parteien gegenüber den gewählten zionistischen Körperschaften sein. Denn nur eine starke Leitung könne den Aufbau des Nationalheims zentral und planmäßig realisieren und die dortigen anarchistischen Zustände in Wirtschaft und Politik beenden. Andererseits wollte *Kidmah* den Zionismus von gewissen ideologischen Einflüssen befreien. Sie sprach sich gegen die politische Vertretung klassenmäßiger oder wirtschaftlicher Sonderinteressen aus, die die Einheit des Volkes zerstören würden – ein Seitenhieb sowohl nach links wie rechts. Weiterhin forderte sie einen von chauvinistischen Elementen geläuterten Nationalismus innerhalb der Bewegung: „Als Volk unterschieden von anderen Völkern soll unser Volk sein Streben nach nationaler Selbstbehauptung und nach notwendiger

---

<sup>108</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an [Benzion] Mossinsohn v. 7.11.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Aufzeichnungen über die Besprechungen der Exekutive mit dem Weltverband Allgemeiner Zionisten, London, 13.-17. Oktober 1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Ein Reform-Programm, JR v. 30.11.1934, S.9; Eine neue zionistische Gruppe, JR v. 12.10.1934, S.2; Für Reform an Geist und Glieder, JR v. 12.4.1935, S.5.

Machtentfaltung mit dem Streben nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit verbinden.“<sup>109</sup> Der Ruf nach der Einheit des Volkes und der zionistischen Bewegung schloss allerdings nicht die revisionistische Bewegung mit ein. Jene stand laut des *Kidmah*-Programmes als Götze der Macht und menschlicher Triebe bei gleichzeitiger Ignorierung der ethischen Ideale des Judentums in unvereinbarem Gegensatz zur zionistischen Idee. Daher lehnte *Kidmah* auch das Ende 1934 zwischen David Ben-Gurion und Vladimir Jabotinsky ausgehandelte Friedensabkommen zur Beilegung der innerzionistischen Arbeitskonflikte in *Erez Israel* rundweg ab. Dies taten dann aber auch die *Mapai* und *Histadruth*.<sup>110</sup>

Die erste Möglichkeit zum Kräfteressen bot sich *Kidmah* im Zuge des XIX. Zionistenkongresses im Sommer 1935. Sie veranstaltete ihre erste Landeskonferenz Ende Februar – Anfang März 1935, für die sie Chaim Weizmann als Galionsfigur gewinnen konnte. Verhandlungen mit den *Midkadmim* um Glückson und der „Vereinigung der nationalen Landwirte“ folgten, um einen gemeinsamen progressiven Block zu den Kongresswahlen aufzustellen. Zeitgleich versuchte Blumenfeld\*, den deutschen Landesverband der *Allgemeinen Zionisten* auf seine Seite zu ziehen. Er schickte sogar den Sekretär von *Kidmah*, Mendel Karger, nach Deutschland, um dadurch mehr Einfluss auf die Geschicke der dortigen *Allgemeinen* nehmen zu können. Denn für Blumenfeld\* war klar, dass „die in Krakau getroffenen Vereinbarungen durchaus künstlicher Natur“ waren und „dass die allgemeinen Zionisten [A und B] in manchen Fragen zusammengehen können, dass es aber auch Angelegenheiten gibt, in denen eine Meinungsverschiedenheit besteht.“<sup>111</sup> Blumenfelds\* Prognose bestätigte sich. Die Folgekonferenz in Krakau im Juni 1935 scheiterte, da die dort vertretenen Positionen teils unvereinbar waren und keine Gruppe sich der anderen unterordnen wollte. Die progressiven

---

<sup>109</sup> Programm von „Kidmah“, ZVfD-Blätter, Mai 1935 [Nr.18], S.8-9, hier: 9; siehe weiterhin: Für Reform an Geist und Glieder, JR v. 12.4.1935, S.5; Kidmah, Kauf den Schekel [Flugblatt], undatiert [Juni-Juli 1935], in: ZZA, A155/30.

<sup>110</sup> Siehe dazu: Innerzionistische Diskussion. Zum Londoner Abkommen, ZVfD-Blätter v. 15.1.1935 [Nr.12-13], S.16-22; Londoner Streik-Abkommen abgelehnt, JR v. 29.3.1935, S.5; Ben Gurion in der Minderheit, JR v. 22.3.1935, S.5; Programm von „Kidmah“, ZVfD-Blätter, Mai 1935 [Nr.18], S.8-9; Ein Reform-Programm, JR v. 30.11.1934, S.9; zur Person Jabotinsky bzw. Ben-Gurion siehe: Shlomo Avineri, Profile des Zionismus. Die geistigen Ursprünge des Staates Israel. 17 Portraits, Gütersloh 1998, S.187-213 [f. Avineri, Profile] bzw. Michael Bar-Zohar, David Ben Gurion. 40 Jahre Israel. Die Biographie des Staatsgründers, Bergisch Gladbach 1988; zur Mapai siehe: Sofer, Diplomacy, 96-145, passim; zur revisionistischen Bewegung siehe: Yaacov Shavit, Jabotinsky and the Revisionist Movement 1925-1948, London/Totowa 1988.

<sup>111</sup> [Kurt Blumenfeld] an English Zionist Federation v. 2.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I, S.1-2; siehe weiterhin: Weizmann spricht in Tel-Awiw, JR v. 5. März 1935, S.5; Über die Konferenz von „Kidmah“ [Hebr.], Dawar v. 24.3.1935, S.3; Kurt Blumenfeld an Siegfried Moses v. 14.3.1935, in: ZZA, A222/51; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 14.3.1935, in: ZZA, A222/98; Max Tischler, Palästina-Informationen, ZVfD-Blätter v. 15.10.1934 [Nr.7], S.14-15; Ein Ruf zur Sammlung, JR v. 19.10.1934, S.6.

*Allgemeinen* sammelten sich nun in der neu gegründeten „Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten“, die eine Weltwahlliste für den Kongress unter Listenführung von Weizmann aufstellte; in Palästina gehörten ihr neben *Kidmah*, die *Midkadmim* und *Ikarim Leumiim* an und auch mit der Gruppierung um Jitzchak Grünbaum wurde eine Einigung erzielt. Sie erreichte in der Delegiertenwahl zum Kongress in *Erez Israel* weit über 6.000 Stimmen, die Liste der *Allgemeinen Zionisten B* dagegen nur etwas mehr als 4.000. Im Vergleich aber zum Arbeiterblock, der fast 60.000 Stimmen erhielt, zeigte sich die Schwäche der bürgerlichen Mitte in Palästina überdeutlich. Aus Sicht von *Kidmah* kehrte nach vierjähriger Abstinenz zumindest Weizmann wieder auf den Posten des Präsidenten der *WZO* zurück.<sup>112</sup> Von der Eroberung der Führungsposition im bürgerlichen Lager des *Jischuw* war *Kidmah* allerdings meilenweit entfernt und nach dem Kongress wurde es ruhig um sie. Dies war nicht ungewöhnlich für bürgerliche Gruppierungen in *Erez Israel*; sie ähnelten mit Ausnahme der straff organisierten *Revisionisten* eher Honoratiorenparteien denn modernen zentralistischen Massenparteien des 20. Jahrhunderts. Politisch und finanziell getragen wurden sie von einem kleinen Kreis gutsituierter Aktivisten, im Falle von *Kidmah* übernahm wohl Salman Schocken\* einen wesentlichen Teil der anlaufenden Kosten für die Wahlkämpfe 1935 und 1937. Hinzu kam noch die extreme Zersplitterung des bürgerlichen Lagers in Palästina, die den Aufbau einer großen Mitgliederorganisation mit einem schlagkräftigen Parteiapparat verhinderte. Bei den vier Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* bis zur Staatsgründung 1948 nahmen insgesamt 33 Gruppen aus dem bürgerlichen Lager teil, die sich vorzugsweise nach berufsständisch-wirtschaftlichen und lokalpolitischen Gesichtspunkten konstituierten. Gegen die straff organisierten Linken und die *Revisionisten* war die bürgerliche Mitte daher wesentlich im Nachteil.<sup>113</sup>

Kurz vor den Delegiertenwahlen zum 20. Zionistenkongress im August 1937 begann *Kidmah* nochmals politisch aktiv zu werden. Wiederum führte sie ihren Wahlkampf gemeinsam mit den *Midkadmim*. Im letzten Moment scheiterte eine Übereinkunft mit der Gruppe um

---

<sup>112</sup> Siehe dazu: Progressiver Allgemeiner Zionismus, JR v. 21.6.1935, S.2; Vor dem Kongress, JR v. 28.6.1935, S.2; Dr. Chaim Weizmann Listenführer der „Weltvereinigung Allgemeiner Zionisten“, JR v. 5.7.1935, S.2; Die neue Leitung, JR v. 6.9.1935, S.1; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 14.3.1935, in: ZZA, A222/98; Disunion among General Zionists, Palestine Post v. 7.7.1935, S.5; Die Ergebnisse der Wahlen zum Kongress im Land [Hebr.], Haarez v. 26.7.1935, S.1.

<sup>113</sup> Siehe dazu: [unsigniert] an S.[alman] Schocken v. 9.7.1937, in: ZZA, J18/48; Aufstellung der Spenden und Zeichner für den Wahlfonds [v. *Kidmah*], undatiert [ca. Juni 1937], in: ebd.; Michael Wolffsohn, Politik in Israel. Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Opladen 1983, S.63-67 [f. Wolffsohn, Politik in Israel]; allgemein zum bürgerlichen Parteienspektrum: Sofer, Diplomacy, S.271-296.

Grünbaum, sodass zwei separate Listen der *Allgemeinen Zionisten A* zur Wahl am 7. Juli 1937 antraten. Die Liste „Kidmah-Midkadmim“ erhielt über 4.000 Stimmen und errang fünf Mandate, Grünbaums Liste über 3.000 Stimmen und vier Mandate. Programmatisch änderte sich seit dem letzten Wahlkampf 1935 wenig; erwähnenswert wäre eine etwas stärkere Distanz zum Arbeiterzionismus und eine offensivere Betonung ihrer Stellung als Vertreterin der deutschen *Alijah*. Die alles entscheidende Frage, welche Möglichkeiten die Zukunft für das zionistische Projekt bieten werde, konnte *Kidmah* wie die anderen Parteien zu diesem Zeitpunkt aber nicht beantworten. Der Bericht der Königlichen Untersuchungskommission unter Earl Peel wurde nämlich erst am Tag der Wahl veröffentlicht.<sup>114</sup> Schon während des Wahlkampfes kam es innerhalb der *Kidmah*-Führung zu Konflikten. Nach dem Kongress fand eine Palastrevolte gegen Blumenfeld\* statt und er zog sich nun (notgedrungen) aus der Führung von *Kidmah* zurück.<sup>115</sup>

Blumenfeld\*, der ohne Zweifel mit reichlich politischem Ehrgeiz und Ego ausgestattet war, hatte von seiner Strahlkraft als unangefochtener Führer des deutschen Zionismus viel eingebüßt. Es gelang ihm nicht einmal mehr, seine frühere Hausmacht, die *Allgemeinen Zionisten A*, unter seiner Führung neu zu einigen. In Palästina selbst standen wichtige Persönlichkeiten wie Landsberg\* und Kaufmann\* in Opposition zu ihm und auch in Deutschland folgten sie ihm nicht mehr bedingungslos. Der überwiegende Teil der bürgerlichen Zionisten in *Erez Israel* zeigte sich zudem an *Kidmah* uninteressiert.<sup>116</sup> Gleiches galt für sein theoretisches Rüstzeug. Seine Theorie des post-assimilatorischen Zionismus, die die persönliche „Judenfrage“ ins Zentrum stellte, die programmatische Forderung nach Absonderung von der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft erhob und schließlich die Aufforderung an alle deutschen Zionisten, die Rückkehr nach *Erez Israel* in die eigene persönliche Lebensplanung aufzunehmen – all dies war unter den spezifischen Bedingungen

---

<sup>114</sup> Siehe dazu: Robert Weltsch an Kurt Blumenfeld v. 13. Juli 1937, in: ZZA, A222/97; [unsigniert] an S.[alman] Schocken v. 9.7.1937, in: ZZA, J18/48; Kongress-Wähler! Entwurf - Die Kongresswahlgruppe Allgemeine Zionisten Kidmah-Midkadmim (Liste ٥), in: ZZA, J18/48; Martin Rosenblüth an Kurt Blumenfeld v. 24.6.1937, in: ZZA, A222/47; Martin Rosenblüth an Kurt Blumenfeld v. 28.6.1937, in: ebd.; Die Zukunft Palästinas, JR v. 9.7.1937, S.1-7; Labour receives half of Zionist Votes, Palestine Post v. 9.7.1937, S.3.

<sup>115</sup> Siehe dazu: [Kurt Blumenfeld] an Ludwig Pinner v. 13.7.1937, in: ZZA, A222/64; [Kurt Blumenfeld] an Siegfried Moses v. 12.11.1937, in: ZZA, A222/51; [Kurt Blumenfeld] an Benno Cohn v. 9.12.1937, in: ZZA, A222/25.

<sup>116</sup> Siehe dazu: ebd.; Kurt Blumenfeld an Martin Rosenblüth v. 13.10.1935, in: ZZA, A222/47; Gustav Krojanker an Kurt Blumenfeld v. 14.10.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Kurt Blumenfeld an Benno Cohn v. 27.12.1934, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an Benno Cohn v. 28.12.1934, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 14.3.1935, in: ZZA, A222/98; Holdheim, deutsche Alijah, S.21-22, 29.



in Deutschland vor 1933 vor allem für jüdische Akademiker anziehend. Aber für das Leben in der neuen hebräischen Heimat oder gar für das im NS-Staat, der die Dissimilation, Segregation und Auswanderung der Juden durch rigorose Repression erzwang, konnte jene Theorie keine Antworten mehr geben.<sup>117</sup> Seine politische Karriere war damit faktisch beendet. Er widmete sich nun seiner Tätigkeit als Mitglied des palästinensischen *Keren Hajessod*-Direktoriums und engagierte sich für die *HOG*. Im Jahre 1939 ging er dann als *KH*-Propagandist in die Vereinigten Staaten und auch nach seiner Rückkehr kurz nach Kriegsende betätigte er sich nur noch aus gewisser Distanz als Kritiker und Mahner der *Alija Chadascha*. „Eignung für Palästina, und die Fähigkeit für Vertretung der zionistischen Idee in der *Golah* fallen häufig nicht zusammen“<sup>118</sup> – so die Quintessenz von Blumenfelds\* Kritik an seinem von *Erez Israel* enttäuschten alten Weggefährten William Unna. Vielleicht traf diese Erkenntnis zum Teil auch auf ihn selbst zu.

### **Die *Hitachduth* betritt die politische Arena des *Jischuw***

Nach dem Kongress mehrten sich auch Stimmen in der *HOG*, die ihre Politisierung für unumgänglich hielten, wenn sie die Interessen der deutschen Juden in *Erez Israel* und der *Golah* adäquat vertreten wollte. Bisher hatte die *HOG* hauptsächlich drei Ansätze verfolgt, um die Interessen der deutschen *Alijah* bei politischen Entscheidungsprozessen zu wahren: eine Infiltrationsstrategie, also das Hineingehen deutscher Zionisten in die Parteien des *Jischuw*, eine Kooperationsstrategie mit den wichtigsten Trägern des nationalen Aufbaus und die Sammlung und politische Aktion deutscher Zionisten innerhalb des *Kartells Jüdischer Verbindungen*. Dem Konzept des *Misug Galujoth* verpflichtet, war es – zumindest in der Theorie – für die deutschen Zionisten selbstverständlich, sich gerade in der politischen Sphäre mit den anderen Landsmannschaften zu vereinigen. Hilfreich dabei hätte eigentlich sein müssen, dass das in *Erez Israel* vorhandene Parteienspektrum im Großen und Ganzen das der Zionistenkongresse abbildete und somit auch in Deutschland und allgemein in der Diaspora existierte.<sup>119</sup> Aller Theorie zum Trotz gelang dies in den ersten Jahren nicht einmal in Ansätzen, obwohl die Zahl der eingewanderten deutsch-zionistischen Veteranen, *Watikim* genannt, in

---

<sup>117</sup> Siehe dazu: ebd., S.5-7; Hans Tramer, Kurt Blumenfeld. Seine Lehre und seine Leistung, in: Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage*, Stuttgart 1962, S.9-23; Teichert, Chasak, S.43-53; Eloni, *Zionismus in Deutschland*, S.250-279; Hackeschmidt, Blumenfeld, S.19-43.

<sup>118</sup> Kurt Blumenfeld an W.[illiam] Unna v. 18.1.1937, in: ZZA, A222/130.

<sup>119</sup> Siehe allg. zum Parteiensystem in *Erez Israel*: Wolffsohn, *Politik in Israel*, S.29-83, passim; Horowitz/Lissak, *Israeli Polity*, passim; J. C. Hurewitz, *The Struggle for Palestine*, New York 1968, S.38-50 [f. Hurewitz, *Struggle*].

die Tausende ging. Verständlicherweise konzentrierten sich die meisten Neueinwanderer zuallererst auf ihre wirtschaftliche Integration. Auch gelang nur wenigen sehr schnell eine sprachliche Anpassung, die aber Grundvoraussetzung für ein aktives Mitwirken über eine reine Parteimitgliedschaft hinaus war. Da die Einwanderungszahlen deutscher Zionisten vor 1933 nur verhältnismäßig gering waren, fanden die nun Eintreffenden auch keine politischen Netzwerke alteingesessener deutscher Zionisten vor, an denen sie sich orientieren beziehungsweise anschließen konnten. Auch innere, geistig-emotionale Konflikte, Holdheim\* nannte dies den Angst- Schuld- und Fremdheitskomplex, scheinen einer schnellen politischen Integration der Zionisten im Wege gestanden zu haben.<sup>120</sup> Ein Fremdheitsgefühl, das sich auf viele Facetten des palästinensischen Lebens bezog, nahm natürlich die gesamte deutsche *Alijah* wahr; und nichts wäre verwunderlicher, wenn sie dieses Gefühl nicht verspürt hätte. Schließlich war sie in ein Land immigriert, das so grundverschieden zu ihrem Herkunftsland war. Aber für einen Zionisten, der vielleicht schon seit Jahrzehnten – wenigstens mit Worten – *Erez Israel* als seine wahre Heimat deklarierte, war dies schwer zu verkraften. Auch die Selbst- und vor allem Fremdwahrnehmung einer eigenen bloßen Flüchtlingsexistenz, eines „Hitler-Zionisten“, wie es damals spöttisch hieß, den erst die Ausgrenzung und Verfolgung zur *Alijah* zwang, hinterließ gerade bei altgedienten Zionisten ihre Spuren. Denn *Erez Israel* sollte in der Theorie alles, nur kein Nachtasyl sein – auch wenn faktisch allen Einwanderungswellen bis dato der Impuls der antijüdischen Verfolgung in den Herkunftsländern zugrunde lag.<sup>121</sup> Das Aufeinanderprallen unterschiedlicher politischer Kulturen hatte sicherlich auch einen Anteil am Scheitern der ersten politischen Integrationsversuche. Die politische Kultur des *Jischuw* war (mit-)geprägt durch die Erfahrungshorizonte der osteuropäischen Juden in ihren Ursprungsländern. Jene und die Voraussetzungen in *Erez Israel* selbst schufen ein Parteiensystem, das äußerst fragmentiert und von scharfen ideologischen Grabenkämpfen geprägt war. Auch hatten die Parteien die Tendenz, ihren Einfluss- und Machtbereich auf alle Bereiche der Gesellschaft auszuweiten. Zum einen sicherte dies einen Vorteil im Kampf um die Verteilung der knappen Ressourcen; zum anderen konnte dadurch wenigstens in Ansätzen das größte Manko des politischen Systems nivelliert werden: das Fehlen einer staatlichen

---

<sup>120</sup> Siehe dazu: Alfred Landsberg an die Zionistische Vereinigung für Deutschland v. 16.4.1934, in: ZZA, A222/10/I; Walter Preuss, Die Einwanderung aus Deutschland in den Jahren 1920-1932, MB v. 16.5.1952, S.4; Holdheim, deutsche Alijah, S.15.

<sup>121</sup> Siehe dazu: ebd., S.6-15; Erel, Wurzeln, S.152-153; Avigdor Hameiri, Der „Jecke“ und der Jischuw, MB v. 19.1.1940, S.2; M.[osche] Brachmann, Einwanderung aus Deutschland, ZVfD-Blätter, Mai 1935 [Nr.18], S.10-11.

Zwangsgewalt. Gleichzeitig zeichnete sie aber auch ein gewisses Maß an Flexibilität und Pragmatismus aus, was letztlich für eine Gesellschaft im Werden unabdingbar war. Denn das zionistische Aufbauwerk benötigte Protektion und Hilfe – insbesondere natürlich vom britischen Mandatar und von der weltweiten jüdischen Gemeinschaft. Aus der idealisierten, sehr theoretischen Sicht der deutschen *Watikim* war die Diskrepanz zwischen zionistischer Idee und Praxis in der neu-alten Heimstätte frappierend. Sie waren enttäuscht „über die anarchischen Verhältnisse in der Bewegung im Jischuw, über den Mangel an Führung, die Hintertreibung dringlichster (im wahren Wortsinn) allgemeinzionistischer Aufgaben durch Parteiinteressen.“<sup>122</sup> Diese Wahrnehmung stärkte nicht unbedingt ihre Bereitschaft zum Engagement in den etablierten Parteien. Entscheidend für das Scheitern der ersten Partizipationsversuche war schließlich noch der Unwille der *Jischuw*-Parteien, zumindest einzelnen deutschen Zionisten Aufstiegschancen einzuräumen. Dadurch wurde die deutsche *Alijah* in den ersten Jahren weder in den zentralen zionistischen Körperschaften, noch in den lokalen städtischen und kommunalen Selbstverwaltungsorganen und den Parteien in irgendeiner relevanten Form repräsentiert. Die *Mapai* war in ihren zentralen Gremien fast „deutschrein“, wie Holdheim\* noch im Jahr 1938 feststellte. Beitrag zahlen, Gehorchen und Dienen waren die Direktiven, die der straff organisierte Parteiapparat der *Mapai* von seinen deutschsprachigen Mitgliedern einzig verlangte. Die Versuche deutscher Zionisten, innerhalb der Reihen der palästinensischen *Allgemeinen Zionisten* Fuß zu fassen, endeten – wie dargestellt – auch ergebnislos.<sup>123</sup> Die strikte Neutralitätsformel der *HOG* ermöglichte ihr im Prinzip mit allen politischen Strömungen des *Jischuw* zusammenzuarbeiten. Gleichfalls konnte sie so innerhalb ihrer Reihen alle Strömungen aufnehmen und jenen entsprechenden Einfluss gewähren. Damit verbunden war die Hoffnung, dass die parteipolitisch gebundenen Zionisten wiederum innerhalb ihrer Parteien die Interessensvertretung der deutschen *Alijah*

---

<sup>122</sup> Holdheim, deutsche Alijah, S.42; siehe weiterhin: M.[osche] Brachmann, Einwanderung aus Deutschland, ZVfD-Blätter, Mai 1935 [Nr.18], S.10-11; ders., Die Einwanderung aus Deutschland, 30.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Ezra Mendelsohn, Jewish Politics in Interwar Poland: an Overview, in: Yisrael Gutman (u.a. Hg.), The Jews of Poland between two World Wars, Hanover (u.a.) 1989, S.9-19; Scott Ury, The Generation of 1905 and the Politics of Despair: Alienation, Friendship, Community, in: Stefani Hoffman/Ezra Mendelsohn (Hg.), The Revolution of 1905 and Russia's Jews, Philadelphia 2008, S.96-110; Anita Shapira, „Black Night – White Snow“: Attitudes of the Palestinian Labor Movement the the Russian Revolution, 1917-1929, in: Anita Shapira/Jehuda Reinharz (Hg.), Essential Papers on Zionism, New York (u.a.) 1996, S.509-543.

<sup>123</sup> Siehe dazu: Dr. E.L., Die Organisierung der deutschen Alijah in den Kolonien, MB, November (II) 1935, S.4-6; Holdheim, deutsche Alijah, S.15-17, 21-22, 31; Getter, Organisierung, S.241-243; Protokoll der Vorstandssitzung [d. HOG Haifa] v. 22.4.1935, in: ZZA, S7/119; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.52, 56; Gelber, Neue Heimat, S.490-492.

übernahmen. Um ein ausgewogenes Verhältnis der politischen Strömungen innerhalb der Führungszirkel der *HOG* zu gewährleisten, kooptierte sie von Zeit zu Zeit auch Parteiaktivisten in die Gremien.<sup>124</sup>

Die Kooperationsstrategie galt ihr in den Interaktionen mit den wichtigsten Institutionen, dem *Waad Leumi*, der *Sochnuth* und der *Histadruth* als Mittel der Wahl. Wie schon dargestellt wurde, kooperierte sie mit letzterer auf vielfache Weise. Leitlinie der *HOG* war grundsätzlich, alle infrage kommenden deutschen *Olim* in die *Histadruth* einzugliedern. Damit verbunden war die – sich allerdings nicht erfüllende – Hoffnung, dass ihre *Olim* innerhalb des *Histadruth*-Apparates auch Posten erlangen würden.<sup>125</sup> Die Zusammenarbeit mit dem *Waad Leumi* im kulturellen und sozialen Bereich wurde weiter oben auch schon dargestellt. Auch in diesem Fall waren natürlich mit dem finanziellen und personellen Engagement der *HOG* Erwartungen verbunden. Wirkliche Mitspracherechte erhielt sie aber nicht, sodass sie in den folgenden Jahren die Unterstützung der Sozial- und Kultur-Abteilung des *Waad Leumi* zur Disposition stellte, um Partizipationsmöglichkeiten vehementer einfordern zu können.<sup>126</sup>

Auch in der *Sochnuth* und insbesondere deren *Deutschen Abteilung* versuchte die *HOG* durch die Kooperationsstrategie Einfluss zu gewinnen. Oberflächlich betrachtet war die deutsche *Alijah* durch Ruppin\* und Werner Senator\* gut vertreten, da beide Mitglieder der *Agency* waren und Schlüsselpositionen in der *DA* innehatten. Dazu kam mit Landauer\* als Generalsekretär der Jerusalemer *DA* eine weitere deutsch-zionistische Persönlichkeit mit Einfluss. Ungeachtet dessen hatte die *Hitachduth* keinen realen Einfluss auf wichtige Entscheidungen wie die Prioritätensetzung bei den Arbeitsgebieten oder gar die Verteilung der für die deutschen Juden gesammelten Spendengelder – letzteres wurde schon früh eingefordert. Auch war der Beirat der *DA* nicht konzipiert worden, um der *HOG* tatsächlich Mitbestimmungsrechte einzuräumen; teils wurde der Landesvorstand der *HOG* nicht einmal

---

<sup>124</sup> Siehe dazu: ebd., S.482; Protokoll der Vorstandssitzung [d. *HOG* Tel Aviv] v. 18.1.1934, in: ZZA, S7/26/2; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 31.1.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Vorstandssitzung [d. *HOG* Haifa] v. 22.4.1935, in: ZZA, S7/119; Aus der Tätigkeit der *Hitachduth* Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.52, 56; Kurt Blumenfeld, Wahl in Tel Aviv, undatiert [Oktober 1935], in: ZZA, A222/98.

<sup>125</sup> Siehe dazu: David Tanne an Georg Landauer v. 11.2.1934, in: ZZA, S7/28/2; Tätigkeitsbericht von Moshe Brachmann v. 3.2.1936, in: ZZA, S7/230; Bericht über die Kulturarbeit der H.O.G. Jerusalem für das 1. Winterquartal 1935, in: ebd.; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olej Germania zur Sitzung des Landesvorstandes am 23. Mai 1936, in: ZZA, J18/104, S.19.

<sup>126</sup> Siehe dazu: ebd., S.3, 6; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 4.3.1937, in: ZZA, S7/379; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 21.1.1937, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 16.2.1937, in: ebd.

über Beschlüsse informiert.<sup>127</sup> Ruppin\*, der sich selbst eher über den Parteien stehend sah, aber wie Senator\* dem Arbeiterzionismus wohlwollend gegenüberstand, bezweifelte die Kompetenz der deutschen Zionisten. Landauer\* war – zu diesem Zeitpunkt vor allem – *Mapai*-Mann und somit der Politik der *Sochnuth* verpflichtet. Nicht zufällig kam er immer wieder bezüglich der *Haawarah*- und *HOG*-Ausrichtung in Konflikt mit Lewy\* und Zlocisti\*, die dem (rechts)-bürgerlichen Lager zuneigten.<sup>128</sup> Das soll nicht heißen, dass die drei Persönlichkeiten sich nicht für die Belange der deutschen *Alijah* einsetzten. Jedoch war der Fokus der von der *Mapai* dominierten *Sochnuth* auf Stärkung und Machtausbau des nationalen Sektors im Allgemeinen und des Arbeitersektors in der Landwirtschaft im Besonderen ausgerichtet. Vor allem dafür sollten die Spendengelder und der *Haawarah*-Transfer nutzbar gemacht werden. Dass jene Zielsetzung nicht immer deckungsgleich mit den Bedürfnissen einer hauptsächlich bürgerlichen deutschen *Alijah* war, ist evident. Somit wird auch verständlich, dass Ruppin\* und besonders Landauer\* sich gegen weitergehende Mitbestimmungsrechte der *HOG* aussprachen, um die ihr zugedachte Funktion als Ausführungsorgan ihrer Politik aufrecht erhalten zu können.

Die im Jahre 1933 noch von der *HOG*-Führung gehegte Hoffnung, dass das *KJV* sich zum Sammelbecken der deutschen Zionisten entwickle und die politische Initiative zur Führung und Erziehung der deutschen *Alijah* übernehme, zerschlug sich ebenfalls in den darauffolgenden Monaten. Bereits im Mai 1924 hatten in *Erez Israel* schon ansässige Bundesbrüder einen Landesverband des *Kartells* gegründet. Er führte mit seinen kaum 100 *KJVern* in den folgenden Jahren aber nur ein Schattendasein und war kaum mehr als ein geselliger Zusammenschluss. Nach der *NS*-Machtübernahme erhöhte sich die Zahl der eingewanderten *KJVer* rapide. Anfang 1934 befanden sich von den insgesamt gut 2.000 Mitgliedern des *Kartells* schon fast 600 in *Erez Israel*, Anfang 1937 waren es etwa 1.000.<sup>129</sup>

---

<sup>127</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an Chaim Weizmann v. 14.8.1933, in: ZZA, A222/24; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 1.8.1935, in: ZZA, S7/117; Ernst Lewy an Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 3.4.1935, in: ebd.; Arthur Ruppin an Siegfried Moses v. 16.4.1934, in: ZZA, A222/10/I.

<sup>128</sup> Siehe dazu: ebd.; Martin Rosenblüth an Kurt Blumenfeld v. 18.7.1935, in: ZZA, A222/47; Kurt Blumenfeld an Siegfried Moses v. 14.9.1934, in: ZZA, A222/51; [Siegmond] Hoofien an Georg Landauer v. 19.7.1934, in: ZZA, A222/10/I; Georg Landauer an Theodor Zlocisti v. 1.8.1934, in: ebd.; Georg Landauer an Hitachduth Olej Germania v. 12.7.1935, in: ZZA, S7/117.

<sup>129</sup> Siehe: Ernst Lewy, Thesen über die organisatorische Zusammenarbeit und Kompetenz-Abgrenzung zwischen der Deutschen Abteilung der *Sochnuth* und der *HOG* v. 1. Oktober 1933, in: ZZA, S7/26/2; Vom Leben des K.J.V. in Palästina, *JW*, Jg. 2, H 1 (Januar 1934), S.10-15; Gründung des Landesverbandes *Erez Israel* des K.J.V., in: *JSt*, Jg. 21, H 6/7 (Juni/Juli 1924), S.159-161; Liste der Bundesbrüder in Palästina, in: *JSt*, Jg.26, Sonderheft (März 1929), S.44-46; Heinz Herrmann, Brief an die Herausgeber, ebd., S.26-29; Vom Neubeginn unserer Arbeit, *JW*,

Daraufhin konstituierte sich im September und Oktober 1933 der Landesverband in Tel Aviv von Neuem. Eine schnelle Konsolidierung des *Kartells* trat aber nicht ein. Es fehlte an allem – an finanziellen Mitteln, einem Verwaltungsapparat und einer funktionierenden Organisation. Nicht einmal die Erfassung und Vernetzung der einzelnen *KJVer* konnte befriedigend gelöst werden. Hinzu kamen die besonderen Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Einordnung für die Akademiker; allein 25 Prozent der *KJVer* waren Juristen, 30 Prozent Ärzte. Erstere fanden so gut wie keine Arbeitsmöglichkeiten in ihrem Beruf. Unter den Ärzten fand etwa ein Drittel eine Anstellung, verdiente damit aber durchschnittlich weniger als ein gelernter Arbeiter. Die übergroße Mehrheit der *KJVer* befand sich in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen und viele lebten von ihren Ersparnissen. Die soziale Differenzierung unter den Bundesbrüdern nahm beträchtlich zu. Wenig sprach da für ein politisches Engagement im alten Kreis des *Kartells*.<sup>130</sup>

Der entscheidende Faktor aber, der die Ambitionen des *Kartells* zunichtemachte, lag auf politischem Gebiet. Zwar waren sich die Protagonisten schnell einig, dass das *Kartell* hüben wie drüben weiterhin seine Existenzberechtigung habe, über sein grundsätzliches Selbstverständnis brach aber ein erbitterter Kampf aus.<sup>131</sup> Bisher war der zentrale Leitgedanke des studentischen Bundes, dass die allgemeinzionistische Idee, der Dienst am Volk und Aufbau *Erez Israels* über alle ideologische und parteipolitischen Differenzen der einzelnen Bundesbrüder hinweg das einigende Band darstelle. Auf den am 15. September und 14. Oktober 1933 in Tel Aviv abgehaltenen Tagungen nahmen die etwa 200 anwesenden *KJVer* aber einen Antrag an, der die Kampf- und Erziehungsmethoden der zu Jabotinskys „Weltunion der Zionisten-Revisionisten“ zugehörenden palästinensischen *Revisionisten* verurteilte und die zu ihr gehörenden Bundesbrüder zum Austritt aus der Weltunion aufforderte. Begründung fand dieser Schritt in der Politik der *Revisionisten*. Sie hätten mit Hetze, Verleumdung und Gewalt gegen die *WZO* agiert und sich deren Zerstörung auf die Fahnen geschrieben.<sup>132</sup> Der Beschluss betraf eigentlich nur vier oder fünf *KJVer*, die gleichzeitig in der Weltunion aktiv

---

Jg. 2, H 2 (März 1934), S.57-58; Walter Fischer, Berufsgliederung und Berufsumschichtung der *KJVer* in Palästina, JW, Jg. 5, H 1/2 (Januar/Februar 1937), S.30-34.

<sup>130</sup> Siehe dazu: ebd.; Bericht des alten Präsidiums des Landesverbandes Erez Israel, JW, Jg. 2, H 5 (November 1934), S.163-168; Jakob Rosenberg, Zur Zukunft des K.J.V., JW, Jg. 3, H 4 (Juni 1935), S.99-103; Aron Isserlin an das Präsidium des K.J.V. Berlin v. 21.6.1937, in: ZZA, A155/25.

<sup>131</sup> Siehe dazu: Bericht des Präsidiums über den Stand des Kartells, JW, Jg. 1, H 1 (September 1933), S.3-6; Konrad Jacoby, Die Zukunft unserer Arbeit, ebd., S.7-10; Vom Leben des K.J.V. in Palästina, JW, Jg. 2, H 1 (Januar 1934), S.10-15.

<sup>132</sup> Siehe dazu: ebd.; Ein Brief von Felix Rosenblüth an Walter Steinitz, JW, Jg. 2, H 5 (November 1934), S.145-157; Konrad Jacoby, Die Zukunft unserer Arbeit, ebd., S.7-10.

waren. Der sich in den folgenden Monaten formierende Widerstand gegen den Beschluss ging aber weit über die eigentlich Betroffenen hinaus. *KJVer* in Palästina wie in Deutschland sahen in ihm einen Frontalangriff gegen die Tradition der politischen Neutralität des *Kartells*, und für viele hatte das Manöver einzig und allein den Zweck, das *KJV* in eine politische Gruppierung der *Allgemeinen Zionisten* zu verwandeln. Und sie machten Blumenfeld\* als die treibende Kraft dafür aus, der aus dem *Kartell* einen Vortrupp für seine eigenen politischen Ambitionen mit *Kidmah* machen wollte. Ganz unberechtigt waren die Vorwürfe sicher nicht; Aktivisten von *Kidmah* hatten die führenden Positionen im palästinensischen *KJV* inne, und Krojanker\* als einer der Aktivposten bei *Kidmah* wie im *KJV* gestand offen ein, dass eine Politisierung des *Kartells* beabsichtigt und die politische Heimat der meisten *KJVer* schließlich die Gedankenwelt der *Allgemeinen* sei.<sup>133</sup>

Anfang August 1934 kam es zur entscheidenden Kraftprobe auf dem ersten Kartelltag des Landesverbandes *Erez Israel*. 28 Delegierte gehörten der Liste „Felix Rosenblüth“ an, die sich für die Aufrechterhaltung des so genannten „Revisionistenbeschlusses“ aussprach. Die Liste „Theodor Zlocisti“, die 16 Delegierte stellte, forderte dagegen seine Aufhebung und die Rückkehr zur politischen Neutralität. Entgegen der Tradition des *Kartells*, Meinungsverschiedenheiten im Diskurs beizulegen, standen sich hier zwei Lager gegenüber, die keine Kompromisslösung anstrebten. Der Beschluss aus dem Jahre 1933 wurde mit der Mehrheit der 28 Delegierten der Liste „Rosenblüth“ bestätigt; 75 *KJVer* erklärten daraufhin ihren Austritt aus dem palästinensischen Landesverband.<sup>134</sup> Das Schisma bedeutete weit mehr, als die eigentlichen Austrittszahlen auf den ersten Blick aussagten. Hinter der Liste „Theodor Zlocisti“ stand wohl eine Wählerschaft von fast 40 Prozent. Und auch in Deutschland stellte der Beschluss das *Kartell* vor eine Zerreißprobe. Zwar hielt sich das Berliner *Kartell*-Präsidium relativ bedeckt und erklärte nur, dass hier für seine Implementierung keine Notwendigkeit bestehe. Aber eine Mehrheit der noch dort weilenden *KJVer* lehnte ihn wohl ab.<sup>135</sup> Unter den Gegnern des Beschlusses befand sich nur eine kleine Zahl organisierter

---

<sup>133</sup> Siehe dazu: Walter Groß, Partei oder Bund, JW, Jg. 2, H 1, S.32-33; Protokoll der *KJV*-Tagung vom 17/28. November 1934 in Berlin, JW, Jg. 3, H 1/2 (Januar 1935), S.14-41; Brief von Max Hecker an das Palästina-Präsidium, ebd., S.42-47; Heinrich Strauß, Offener Brief an das Palästina-Präsidium, JW, Jg. 3, H 4 (Juni 1935), S.103-105; Antwort von Bbr. Gustav Krojanker an Max Hecker, ebd., S.47-51; Wahlaufuf der Liste Theodor Zlocisti, JW, Jg. 2, H 5 (November 1934), S.136-137; Kurt Tuchler, Der Sieg in Palästina, ebd., S.130-135.

<sup>134</sup> Siehe dazu: ebd.; Aus einem Artikel von Fritz Löwenstein, ebd., S.143-145; Kartelltagsbericht des Palästina-Präsidiums, ebd., S. 137-141; Wahlaufuf der Liste Theodor Zlocisti, ebd., S.136-137; Wahlaufuf der Liste Felix Rosenblüth, ebd., S.135-136.

<sup>135</sup> Siehe dazu: Kurt Tuchler, Vom 14. Kartelltag, JW, Jg. 2, H 2 (März 1934), S.55-57; Bericht über den 14. Kartelltag, ebd., S.43-55; Zum Revisionistenbeschluss, JW, Jg. 3, H 5/6 (Juli/August 1935), S.140-144.

*Revisionisten*, einige linke Aktivisten und „unpolitische“ Anhänger des traditionellen Neutralitätspostulats des *Kartells*. Das Gros war dem (rechts-)bürgerlichen Lager zuzuordnen, in dem sich allerdings auch Sympathisanten des *Revisionismus* befanden. Schon in den 1920er Jahren stand es in Deutschland in Opposition zur Weltanschauung der links-bürgerlichen, dem Arbeiterzionismus wohlgesonnenen Kräfte, die sich im sogenannten „Linken Zentrum“ sammelten und die offizielle Linie der *ZVfD* wesentlich prägten. Eine (ideologische) Eroberung des *Kartells* durch diese Kräfte, das war wohl allen Beteiligten vorher klar, würden sie nicht kampflos hinnehmen. Nicht zufällig hatte Danziger\* als Exponent (rechts-)bürgerlicher deutsch-zionistischer Kreise in Palästina schon vor dem Schisma Ende 1933 die *Zionistisch Akademische Gesellschaft* als Konkurrenzunternehmen zum *KJV* gegründet. Die vollzogene Spaltung lähmte das *Kartell* auch in den folgenden Jahren und es kam über einzelne Anfänge politischer Aktivitäten nicht hinaus. Ein Bund jedenfalls, wie Rosenblüth\* es noch im September 1933 postulierte, der „als ein wirklicher Faktor in das zionistische Geschehen hier im Lande und darüber hinaus eingreifen will“, wurde er nicht mehr.<sup>136</sup>

Die von der *HOG* bis ins Jahr 1935 verfolgten Strategien zur Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten zeigten wenig Erfolge. Für ein endgültiges Urteil über die Infiltrationsstrategie war die Zeit von knapp drei Jahren sicher zu kurz. Es deutete sich aber schon an, dass das Eindringen in die Parteien des *Jischuw* ein äußerst steiniger Weg sein würde. Dass sich das *Kartell* zum Sammelbecken der deutschen Zionisten entwickeln würde, erfüllte sich ebenso wenig und auch *Kidmah* scheiterte beim Versuch der Zusammenfassung der bürgerlichen deutschen Zionisten. Die Kooperationsstrategie entsprach zwar dem Wertekanon des deutschen Zionismus, der allgemeinzionistische Fragen den Vorrang vor engen parteipolitischen Erwägungen gab. Im *Jischuw* mit seiner alles dominierenden Parteienlandschaft, in dem Ressourcen ein entscheidendes Mittel im Kampf um politischen Einfluss darstellten und Loyalität zur zionistischen Führung ihren Preis hatte, erwies sie sich als nahezu wirkungslos. Einzig in der Führung des *Keren Hajessod* konnten sich deutsche Zionisten – separat in der so genannten „Deutschen Gruppe“ organisiert – bis 1935 nachhaltig

---

<sup>136</sup> Vom Leben des K.J.V. in Palästina, JW, Jg. 2, H 1 (Januar 1934), S.10-15, hier: 11; siehe weiterhin: Aron Isserlin an das Präsidium des K.J.V. Berlin v. 21.6.1937, in: ZZA, A155/25; Zum Revisionistenbeschluss, JW, Jg. 3, H 5/6 (Juli/August 1935), S.140-144; Jakob Rosenberg, Zur Zukunft des K.J.V., JW, Jg. 3, H 4 (Juni 1935), S.99-103; Aus dem Antwortschreiben von Georg Loewenberg an Walter Blumenthal vom 6. September 1934, JW, Jg. 3, H 5 (November 1934), S.160-161; Aus dem Rundschreiben des überwiegenden Teiles der Ausgeschiedenen an alle KJV.er in Erez Israel, ebd., S.158-159; Aus einem Briefe des Palästina-Präsidiums vom 30. August 1934, in: ebd., S.142-143.



Einfluss sichern; sie hatten aber auch mit der äußerst spendenfreudigen deutschen *Alijah* schlagkräftige Argumente auf ihrer Seite.<sup>137</sup>

In dieser Situation rückten Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen des *Jischuw* erstmals in das Blickfeld der *Hitachduth*, obwohl eine Beteiligung eigentlich ihrem politischen Neutralitätsgebot widersprach. Erstmals betrat ihre Haifaer *Snif*, wenn auch nicht unter eigenem Namen, im Frühjahr 1935 dieses Terrain. Es fanden Wahlen zu einer lokalen Körperschaft, dem Waad Hadar Hacarmel statt, die im Haifaer Stadtteil Hadar Hacarmel die Wasserversorgung, Straßenreinigung und andere kommunale Arbeiten durchführte. Zwar informierte die *HOG* Haifa nur über die Wahl und rief ihre Mitglieder ohne Wahlempfehlung zur Beteiligung auf. Jedoch gründete sich gleichzeitig das Wahlkomitee „Olej Germania“, in dem führende Persönlichkeiten des *Snif* Haifa wie Moritz Bileski\*, David Tanne\* und Hugo Schachtel\* den Ton angaben.<sup>138</sup> Zwei Tendenzen lassen sich schon bei der ersten Wahlaktion der *HOG* ablesen, die sich im weiteren Verlauf ihrer Aktivitäten in diesem Bereich wiederfinden werden. Sie selbst verortete sich im politisch progressiven Teil des *Jischuw* und deutsche Zionisten kandidierten auch im gegnerischen Lager. Das Komitee Olej Germania schloss sich der Progressiven Liste an, die sich aus dem Arbeiterlager, zwei Gruppen fortschrittlicher Hausbesitzer und Mieter und dem *Hapoel Hamisrachi* zusammensetzte; diese Liste gewann die Wahlen gegen eine rechts-bürgerliche Liste, auf der auch der bekannte deutsche *Misrachist* Aron Barth\* kandidierte.<sup>139</sup>

Auch mit den anstehenden Stadtratswahlen in Tel Aviv befasste sich die *HOG* ab Ende 1934. In dieser frühen Phase der Wahlvorbereitung sah die *HOG*-Führung noch keinen Anlass, eigenständig als Faktor aufzutreten. Die Bedeutung dieser Wahl ging weit über den lokalen Bezug hinaus. In der rasant wachsenden, ersten jüdischen Großstadt wohnte mehr als ein Drittel der jüdischen Gesamtbevölkerung Palästinas. Das Budget der Stadt von mehr als

---

<sup>137</sup> Siehe: Gerhard Holdheim an Kurt Blumenfeld v. 12.12.1934, in: ZZA, A222/5-10/I; Holdheim, deutsche Alijah, S.17-21; Horowitz/Lissak, Israeli Polity, S.69-72, 167-185; E.H., 7 Jahre Keren-Hajessod-Arbeit, MB v. 8.11.1940, S.12.

<sup>138</sup> Siehe dazu: Wahlaufuf des Wahlcomité Deutscher Einwanderer für den Waad Hadar Hakamel v. 13.5.1935, in: ZZA, S7/119; *HOG* Haifa, Informationsveranstaltung über: „Der Waad Hadar Hacarmel und seine Tätigkeit“, undatiert [März 1935], in: ebd.; Protokoll der Vorstandssitzung [d. *HOG* Haifa] v. 10.3.1935, in: ebd.; David Tanne (*HOG* Haifa) an Jewish Agency, Deutsche Abteilung Jerusalem u. *Hitachduth* Olej Germania Tel Aviv v. 14.5.1935, in: ebd.

<sup>139</sup> Siehe dazu: ebd.; Wahlaufuf des Wahlcomité Deutscher Einwanderer für den Waad Hadar Hakamel v. 12.5.1935, in: ebd.; *Hitachduth* Olej Germania, Haifa an Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 17.5.1935 nebst Anlage Flugblatt des Wahlkomitees Deutscher Einwanderer, in: ZZA, A222/10/I; zum *Hapoel Hamisrachi* siehe: Schiff, Tradition, S.42-54, passim.

400.000 LP überstieg das der Jerusalemer *Agency*; politisch war Tel Aviv in rechts-bürgerlicher Hand.<sup>140</sup> Sowohl die *Mapai* als auch die Progressiven der *Allgemeinen* wollten die Macht des damaligen Vizebürgermeister Israel Rokach, der die Amtsgeschäfte für den erkrankten Bürgermeister Meir Dizengoff führte, brechen. Die *Mapai* benötigte für einen Machtwechsel in Tel Aviv aber starke (bürgerlichen) Bündnispartner, da der Arbeiterblock allein nicht die nötigen Stimmen erhalten würde. Innerhalb der verschiedenen progressiven Gruppen der *Allgemeinen Zionisten* gab es intensive Verhandlungen, um Listenkopplungen einzugehen. Mit ihnen konnten die Wählerstimmen, die nicht zu einem weiteren Mandat ausreichten, dem Listenpartner überlassen werden.<sup>141</sup> Deutsche Zionisten aus dem Lager der *Allgemeinen* planten ebenso eine eigene Liste; ob dies nun im Rahmen von *Kidmah*, einer Neugründung namens „Olim Midkadmim“, wie es Blumenfeld\* vorschwebte oder aber sogar mittels einer eigenen *HOG*-Liste geschehen sollte, war bis kurz vor der Wahl nicht klar. Viel hing von der Kandidatenaufstellung und den Listenbündnissen der anderen an der Wahl teilnehmenden Gruppierungen ab.<sup>142</sup> Am 14. November 1935 beschloss der Landesvorstand der *Hitachduth* einstimmig, mit eigener Liste bei den Stadtratswahlen anzutreten. Trotz großer Bedenken führender Persönlichkeiten wie Rosenblüth\*, Nussbaum\* und Landsberg\* gelangte die *HOG* zu diesem Schritt, da kein deutscher Zionist auf einem aussichtsreichen Listenplatz bei den anderen Wahllisten stand. Insbesondere die Neutralitätsfrage diskutierte das Gremium an diesem Tag konträr. Er beschloss zur Wahrung der Neutralität, alle bedeutenden politischen Strömungen innerhalb der deutschen *Alijah* zur Mitwirkung bei den Wahlen aufzufordern. Nochmals gab es eine Wendung, da Bürgermeister Dizengoff der *HOG* anbot, Landsberg\* auf seiner Liste an dritter Stelle aufzustellen. Den Gegenvorschlag der *Hitachduth*, dass Rosenblüth\* der zweite Platz auf der Dizengoff-Liste eingeräumt werde und gleichzeitig sie

---

<sup>140</sup> Siehe dazu: Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Merkas der H.O.G. und des Vorstandes des Snif Tel Aviv v. 5.11.1934, in: ZZA, S7/117; Bericht der HOG Tel Aviv, MB, Januar (I) 1935, S.9-11; Felix Rosenblüth, Die Aufgabe – Ein Wort zu den Wahlen, MB, Dezember (I) 1935, S.6-8; Wolffsohn, Politik in Israel, S.164; zu Tel Aviv siehe: Anita Shapira, Tel Aviv, a White City on the Sands, in: PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien e.V. (2009), H 15, S.11-21.

<sup>141</sup> Zu Rokach u. Dizengoff siehe: EJ, Vol. 17, S.371 bzw. Vol. 5, S.721-722; siehe weiterhin: Wie wird der Tel Aviver Gemeinderat gewählt, MB, Dezember (I) 1935, S.8-10; Hans Kaufmann an Benno Cohn v. 13.?.1935 [wohl 13.5.1935], in: ZZA, A155/30; Kurt Blumenfeld an [Louis] Lipsky v. 17.12.1934, in: ZZA, A222/ 5-10/I; Kurt Blumenfeld an Martin Rosenblüth v. 22.1.1935, in: ZZA, A222/48.

<sup>142</sup> Siehe dazu: ebd.; Hans Kaufmann an Benno Cohn v. 13.?.1935 [wohl 13.5.1935], in: ZZA, A155/30; Alfred Landsberg an die Mitglieder des Merkas der Hitachduth Olej Germania v. 1.12.1935, in: ZZA, A222/10/I.

auf eine eigene Liste verzichte, nahm Dizengoff zwar an.<sup>143</sup> Aber auch dieser Plan zerschlug sich wenige Tage vor der Wahl. Die *HOG* trat schließlich gemeinsam mit der österreichischen landmannschaftlichen Selbsthilfeorganisation, der *Hitachduth Olej Austria (HOA)*, unter dem Listennamen „Olej Germania – Olej Austria“ zu den Wahlen am 15. Dezember 1935 an; weiterhin schloss sich die *WIZO* der Liste an. Von insgesamt 25 Wahllisten erreichte sie mit 659 Stimmen den neunten Platz und ihr Spitzenkandidat Rosenblüth\* erhielt ein Mandat. Da die Linken sechs und die Rechten sieben Mandate errangen, hatte Rosenblüths\* Stimme nicht unbedeutende Relevanz.<sup>144</sup>

Die Wahl in Tel Aviv fand unter besonderen Vorzeichen statt; sogar die Kreise der *HOG*, die ihrer Politisierung skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, unterstützten ihre Teilnahme. Einzig ihre (rechts-)bürgerlichen Kreise opponierten gegen ihre Wahlbeteiligung, die unter dem Slogan stand: „Wir werden in Palästina nicht zu Reaktionären werden.“<sup>145</sup> Das einigende Band war neben der Nichtberücksichtigung deutscher Zionisten auf aussichtsreichen Listenplätzen der *Jischuw*-Parteien die Kritik an den Verhältnissen in Tel Aviv selbst und der Person Rokach. Rosenblüth\* charakterisierte ihn als Feind der *WZO*, des *Waad Leumi* und der zionistischen Zentralfonds – ein typischer „Halb-Revisionist“ sei er. „Sein politischer Horizont kennt keine Judenfrage im Galuth, sondern ist eng auf Tel Aviv begrenzt.“<sup>146</sup> Ihre Kritik entzündete sich auch an den ausgemachten Unzulänglichkeiten der von Rokach geführten Stadtverwaltung: In der Wohnungs-, Sozial- und Kulturpolitik habe sie völlig versagt.<sup>147</sup> Offen sprach die *HOG* auch erstmals öffentlich die Zurückstellung und Benachteiligung der deutschen *Alijah* in Tel Aviv an. Schon der Versuch der Stadtverwaltung, (nicht nur) deutschsprachige Einwanderer mit allerlei Tricks von den Wahlurnen fernzuhalten, ließ die *HOG* aktiv werden. Hinzu kamen die faktische Benachteiligung der deutschen *Alijah* in der

---

<sup>143</sup> Siehe dazu: ebd.; Felix Rosenblüth, Betr. Wahlen Irijah v. 12.11.1935, in: ZZA, A222/10/I; Protokoll der Sitzung des Merkas der H.O.G. v. 14.11.1935, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 28.11.1935, in: ZZA, S7/233; Felix Rosenblüth, Die Aufgabe – Ein Wort zu den Wahlen, MB, Dezember (I) 1935, S.6-8.

<sup>144</sup> In anderen Berichten wurden 660 erzielte Stimmen f. die HOG-Liste genannt. Siehe dazu: Aufruf!, MB, Dezember (I) 1935, S.1-2; Ergebnisse der Tel Aviver Stadtratswahlen [Abend-Zugabe; Hebr.], Haarez v. 18.12.1935, S.5; HOG.-Kandidat gewählt, MB, Dezember (II) 1935, S.3; Das Wahlergebnis, JR v. 20.12.1935, S.23.  
<sup>145</sup> Felix Rosenblüths Programm, JR v. 6.12.1935, S.15; siehe weiterhin: Protokoll der Merkas-Sitzung [d. HOG] v. 26.12.1935, in: ZZA, A222/10/I.

<sup>146</sup> Referat des Herrn Felix Rosenblüth in der Präsidial-Sitzung v. 29.10.1936 über die Bürgermeisterwahl in Tel Aviv, in: ZZA, S7/376, S.4; siehe weiterhin: Kurt Blumenfeld, Der neue Weg, JR v. 6.12.1935, S.15; Felix Rosenblüths Programm, ebd.

<sup>147</sup> Siehe dazu: Ing. J. Ornstein, Tel Aviv, die Stadt der Einwanderung, MB, Dezember (I) 1935, S.11-12; Nachum Lewin, Um was es bei den Irijah-Wahlen geht, ebd., S.12-14; Leo Kaufmann, Siedlungs- Und Wohnungspolitik, ebd., S.14-17; Walter Preuss, Sozialfürsorge, ebd., S.17-19.

Sozialfürsorge, Gleichgültigkeit und Unverständnis der Verwaltung für ihre Belange und ihre Nichtberücksichtigung bei der Stellenvergabe in der Verwaltung; kurz zusammengefasst: „Man will weder das Neue noch die Neuen.“<sup>148</sup> Die Wahl konnte durchaus als Erfolg für die *HOG* angesehen werden; zwar wohnten zu diesem Zeitpunkt schon weit über 10.000 deutsche Juden in Tel Aviv. Wahlberechtigt waren aber nur etwa 900, von denen sich über 600 für die *HOG*-Liste entschieden.

### **Der Kampf um die Politisierung der *HOG***

Der Urnengang beendete nicht die Diskussionen um die politischen Ambitionen der *Hitachduth*. Ganz im Gegenteil verstärkten sich nun die Kämpfe innerhalb der Organisation. Einerseits ging es dabei um die Reichweite der Politisierung, andererseits um den Führungsanspruch in der *HOG*. Der Kreis deutscher Zionisten, der jedwede politischen Aktivitäten ablehnte, um die Einheit der Selbsthilfeorganisation nicht zu gefährden, verringerte sich zusehends. Dass die *HOG* berechtigt und verpflichtet sei, sich für die Belange der noch im NS-Staat verbliebenden Juden einzusetzen, war nun ebenso weitgehend Konsens, wie dass sie die deutsche *Alijah* – parteipolitisch neutral – zionistisch erziehen solle. Über die Berechtigung einer landsmannschaftlich geprägten politischen Organisation gingen die Meinungen aber schon weit auseinander. Während Blumenfeld\* einen landsmannschaftlichen parteipolitischen Zusammenschluss guthieß, da der gesamte *Jischuw* landsmannschaftlich strukturiert sei, lehnten Rosenblüth\* und viele andere dies (noch) grundsätzlich ab.<sup>149</sup> Vereinfacht gesagt standen sich drei Gruppen gegenüber, die jeweils andere Positionen vertraten und Ziele verfolgten.

Eine Gruppe um Blumenfeld\*, die ihr Zentrum in Jerusalem hatte, propagierte das weitreichendste Politisierungskonzept. Zu ihr zählten vor allem Herbert Foerder\*, Krojanker\*, Alfred Berger\* und mit Abstrichen auch Rosenblüth\*. Blumenfeld\* sah nach dem als

---

<sup>148</sup> Kurt Blumenfeld, Der neue Weg, JR v. 6.12.1935, S.15; siehe weiterhin: Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 2.5.1935, in: ZZA, S7/117; Wie wird der Tel Aviver Gemeinderat gewählt, MB, Dezember (I) 1935, S.8-10; Aufruf!, ebd., S.1-2; Walter Preuss, Sozialfürsorge, ebd., S.17-19; H.[einz] Gerling, Nach den Wahlen, MB, Januar (I) 1936, S.8-10.

<sup>149</sup> Siehe dazu: Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, passim; W.[illi] Schön/[Berthold] Steinberg, An den Vorstand der [HOG] Snif Tel Aviv v. 17.5.1936, in: ZZA, S7/230; Ernst Lewy, An den Merkas der *Hitachduth* Olej Germania Tel Aviv v. 9.12.1935, in: ZZA, A222/10/I; [Frieda] Sternberg, Abschrift eines Briefes der *Hitachduth* Olej Germania, Haifa v. 19.11.1935, in: ebd.; Felix Rosenblüth, Die Aufgabe – Ein Wort zu den Wahlen, MB, Dezember (I) 1935, S.6-8; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 25.11.1935, in: ZZA, A222/98.

persönliche Niederlage empfundenen Ausgang des Luzerner Kongresses die *Hitachduth* als das geeignetste Instrument an, um politische Forderungen zugunsten der deutschen Juden durchzusetzen – faktisch eine „Art neue ZVfD, ein Sammelpunkt sämtlicher Gruppen, die erkannt haben, dass sie in ihren Parteien versinken und zu dauernder Einflusslosigkeit verurteilt sind.“<sup>150</sup> Eine wirkliche Wiederbelebung der alten Koalition der *ZVfD* aus Teilen der *Allgemeinen*, des *Mizrachi* und des Arbeiterzionismus im neuen Rahmen der *HOG* war unter den politischen Verhältnissen in *Erez Israel* aber illusorisch.

Die zweite Gruppe im Machtkampf scharrte sich um Landauer\* und war dem Arbeiterzionismus verpflichtet. Von Anfang an engagierten sich mit Fritz Löwenstein\* und Walter Preuss\* Exponenten der Linken in der *HOG*-Führung. Landauer\* und Naphtali\* verstärkten diesen Trend und auch Gerda Luft\* sympathisierte mit dem Arbeiterzionismus. Wie die meisten parteigebundenen Aktivisten der *Hitachduth* lehnten sie eine politische Organisierung auf landmannschaftlicher Basis aus ideologischen Gründen ab – es sei denn, parteitaktische Erwägungen sprachen für eine politische Mobilisierung der deutschen *Alijah*. Denn die *Histadruth* und im Besonderen die *Mapai* versuchten ab Ende 1933, Einfluss auf die Geschicke der *HOG* zu nehmen. Wie die Wahl in Tel Aviv zeigte, sollte die *HOG* im Machtkampf der Linken gegen das rechts-bürgerliche Lager zu ihren Gunsten instrumentalisiert werden; Holdheim\* betonte sogar, dass ohne die Billigung und sogar Förderung der *Mapai*-Führung die *HOG* niemals eine eigene Liste zur Wahl in Tel Aviv aufgestellt hätte. Landauer\* lag die Ausweitung seines Einflusses aber auch aus einem anderen Grund sehr am Herzen. Mit einer willfährigen *Hitachduth* ließ sich die politische Linie der *DA* und somit die der *Sochnuth* wesentlich besser verwirklichen. Insbesondere der überwiegend von der *DA* finanzierte Beamtenapparat der *HOG*, der wohl nicht zufällig größtenteils aus linken Aktivisten bestand, ermöglichte Landauers\* stetigen Ausbau an Einfluss auf die Geschicke der *HOG*. Die entscheidende Wendung, das sollte erst in den folgenden Jahren offenbar werden, vollzog Landauer\* aber durch die Inauguration seines „trojanischen Pferdes“ Max Kreutzberger\* ins Zentrum der Macht der *HOG*. Kreutzberger\* selbst sah es Ende 1936 als sein Verdienst an, dass die Konflikte zwischen der *DA* und der *HOG* beendet seien und prophezeite

---

<sup>150</sup> ebd.; siehe weiterhin: Holdheim, deutsche *Alijah*, S.28-29; Dr. [Frieda] Sternberg, Abschrift eines Briefes der *Hitachduth* Olej Germania, Haifa v. 19.11.1935, in: A222/10/I; Protokoll der Vorstands-Sitzung der *HOG*, Haifa v. 28.7.1935, in: ZZA, S7/119; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, passim; Gelber, *Neue Heimat*, S.494-495; Protokoll über die Aussprache betr. *Irijah*- u. *Kehilla*fragen in den Sitzungen des Präsidiums [d. *HOG*] v. 6. u. 20.1.1938, in: ZZA, S7/507.

selbstbewusst, „dass, solange ich in der HOG arbeiten werde, nichts geschehen wird, was in Gegensatz zur Auffassung der Deutschen Abteilung, Jerusalem, steht.“<sup>151</sup> Er behielt recht.

Die dritte Gruppe wurde von Ernst Lewy\* geführt, dessen Hausmacht ein wesentlicher Teil des Tel Aviver *Snif* war. Sie stand der Politisierung der *HOG* äußerst kritisch gegenüber. In Anbetracht der Integrationsschwierigkeiten der deutschen *Alijah* und vor allem der Lage der Juden in Deutschland sah aber selbst sie gewisse politische Aktivitäten für unumgänglich an. Für Lewy\* stand die Einheit der Selbsthilfeorganisation an erster Stelle, die durch eine parteipolitisch gefärbte Politisierung zerstört werden könnte. Ein Wiederaufleben der alten *ZVfD*-Koalition im neuen Gewand der *HOG* lehnte er daher kategorisch ab und fand dafür auch die Unterstützung (rechts-)bürgerlicher Kreise der *Hitachduth*.<sup>152</sup>

Sofort nach Amtsantritt als Generalsekretär begann Kreuzberger\* im Spätherst 1935, die Gesamtleitung der *Hitachduth* an sich zu reißen und Lewy\* mit allerlei Mitteln hinauszudrängen. Kreuzberger\* war erst wenige Wochen zuvor eingewandert und so schlussfolgerte Lewy\*, dass er dazu veranlasst worden sei, ihn als größten Schutzwall gegen eine umfassende Politisierung auszuschalten. Zwei Motive unterstellte er den wahren Urhebern des Komplotts: „Den großen Gedanken der gegenseitigen Hilfe und der Kooperation unter den Einwanderern, den Gedanken der konstruktiven zionistischen Arbeit über alle Parteiparolen verfälscht man heute durch die bewusste Umwandlung der *Hitachduth* Olej Germania in einen administrativen Apparat und durch den Beginn des Missbrauches der H.O.G. als Vorgespann für gewisse politische Richtungen.“<sup>153</sup> Lewy\* zog Anfang Dezember 1935 deshalb sogar seinen Rückzug aus der Geschäftsführung und dem Landesvorstand in Betracht. Ob tatsächlich, wie Lewy\* vermutete, Landauer\* und Blumenfeld\* ein Bündnis zu seiner Ausschaltung geschmiedet hatten, sei dahingestellt. Unzweifelhaft wollten aber beide aus unterschiedlichen Motiven seine Machtposition untergraben. Letztlich entschied Lewy\* sich für die Auseinandersetzung mit ihnen, um einen *Modus Vivendi* zu finden, der die Unabhängigkeit und politische Neutralität der *HOG* so weit wie möglich bewahrte, somit auch die Einheit der Organisation aufrechterhielt. Gleichzeitig kämpfte er für eine ausgewogene

---

<sup>151</sup> Max Kreuzberger an Martin Rosenblüth v. 2.12.1936, in: ZZA, S7/367; siehe weiterhin: Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.44; Holdheim, deutsche *Alijah*, S.28; Gelber, Neue Heimat, S.496-497; zum *Misrachi* siehe: Schiff, Tradition, S.37-42, 46-54.

<sup>152</sup> Siehe: Gelber, Neue Heimat, S.494-495; Holdheim, deutsche *Alijah*, S.26; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, passim; Ernst Lewy, An den Merkas der *Hitachduth* Olej Germania Tel Aviv v. 9.12.1935, in: ZZA, A222/10/I.

<sup>153</sup> ebd., S.3-4.

Gewichtung der Aufgabengebiete der *HOG*, sodass die praktische Integrationsarbeit nicht hinter den politischen Aufgaben zurückfiel. Für letzteres benötigte die *HOG* aber einen propagandistisch geschulten, in zionistischen Kreisen anerkannten Protagonisten wie Blumenfeld\* – selbst Lewy\* gestand dies ein. Die erste Gelegenheit dazu bot die Neubesetzung der Führungspositionen der *HOG*, da wie schon erwähnt das Provisorium der geschäftsführenden Dreierkommission als dauerhafte Lösung ausschied. Der eigentliche Vorschlag, der im *Merkas* Mitte Januar 1936 diskutiert wurde, sah ein neu zu gründendes geschäftsführendes Präsidium unter dem Vorsitzenden Blumenfeld\* vor. Lewy\* hätte dabei wesentlich an Einfluss verloren; schließlich einigten sich die Protagonisten auf einen Kompromiss: Blumenfeld\* wurde Vorsitzender des Präsidiums, Lewy\* sein Stellvertreter und Berger\*, Foerder\*, Pinner\*, Preuss\* und Siegmund Ginsburg\* Präsidiumsmitglieder. Blumenfeld\* sollte für die propagandistische und politische Sphäre verantwortlich sein, Lewy\* für die praktische.<sup>154</sup>

Die zweite Auseinandersetzung um den Charakter der *HOG* entzündete sich an der Neugestaltung ihrer Statuten. Die Neufassung war eigentlich schon im Frühjahr 1934 geplant worden, um dem schnellen Wachstum der Organisation Rechnung tragen zu können. In ihr sollte der zionistische Charakter der Organisation festgeschrieben werden. Dass Führungspositionen in der *HOG* nur an Persönlichkeiten vergeben wurden, die Mitglieder der *WZO* waren und die zionistischen Pflichten erfüllten, sprich: Beiträge zu den zentralen Fonds leisteten, war auch zu diesem Zeitpunkt schon ungeschriebenes Gesetz. Nichtzionisten oder gar Antizionisten aber die eigenen Hilfsangebote zu verwehren, lehnte die *HOG* ab.<sup>155</sup> Im Spätherbst 1935 lag ein Vorschlag für die Neufassung auf dem Tisch. Das aktive Wahlrecht stand demgemäß nur Mitgliedern zu, die als Zeichen der Zugehörigkeit zur *Zionistischen Organisation* den *Schekel* erwarben. Das passive Wahlrecht war an die Erfüllung aller zionistischen Pflichten gekoppelt. Unterstützung fand dieser Vorschlag bei dem Kreis um Landauer\*, aber auch bei bürgerlichen Zionisten wie Rosenblüth\* und Blumenfeld\*. Gewisse Opposition innerhalb des Führungszirkels gab es nur gegen die Bestimmung, das aktive Wahlrecht der Mitglieder an das zionistische Bekenntnis zu koppeln. Die Mehrheit plädierte

---

<sup>154</sup> Siehe dazu: ebd.; Ernst Lewy an Deutsche Abteilung der Jewish Agency z. Hd. v. Herrn Dr. Landauer v. 25.10.1935, in: ZZA, S7/230; Protokoll der Sitzung des Merkass der HOG v. 16.1.1936, in: ZZA, S7/233; Neukonstituierung des Merkass der HOG, MB, Januar (II) 1936, S. 3; Gelber, Neue Heimat, S.495-496; 498-499.

<sup>155</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkass-Sitzung der HOG v. 17.4.1934, ZZA, S7/26/2; Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 7.6.1934, in: ebd.; Protokoll der Vorstandssitzung [der Snif Tel Aviv] v. 16.1.1934, in: ebd.

aber für die radikale Fassung: Nichtzionisten und organisierte *Revisionisten* sollten weder wahlberechtigt sein, noch für Ämter kandidieren können. Es drohte nun das gleiche Szenario, wie drei Jahre zuvor beim *Kartell* – eine Spaltung der *Hitachduth* durch den Ausschluss der *Revisionisten*. Aber erstmals organisierte sich innerhalb der *HOG* eine Opposition von unten, die gegen dieses „Dreikassenwahlrecht“, wie Lichtheim\* es nannte, Sturm lief und ihrerseits ihre Anhänger mobilisierte.<sup>156</sup> Sie setzte sich aus rechts-bürgerlichen und religiösen Kreisen zusammen, die schon in Deutschland vor der *NS*-Machtübernahme in Opposition zum Führungskreis der *ZVfD* standen.

Die ideologischen Grabenkämpfe innerhalb des zionistischen Lagers in Deutschland verringerten sich erstaunlicherweise auch nach 1933 nicht, teils verschärften sie sich sogar. Dies traf insbesondere auf die Auseinandersetzungen zwischen der *ZVfD* und der revisionistischen *Staatszionistischen Organisation* zu; aber auch auf die zwischen der *ZVfD* und den so genannten Gemeindepolitikern, die sich ab den 1920er Jahren in der *Jüdischen Volkspartei* organisierten und teils auch auf den *Makkabi*. Diese Konflikte transferierten die deutschen *Olim* dann nach *Erez Israel*.<sup>157</sup> Organisatorisch fanden diese Kreise nach ihrer *Alijah* unter anderem in der *Zionistischen Akademischen Gesellschaft* oder in der Tel Aviver national-religiösen Vereinigung *Ichud* unter der Führung von Max Kollenscher\* und Heinrich Löwe\* eine neue Heimat. Letztere verband sich im Jahre 1938 mit dem dortigen Synagogenverein „Schiwath Zion“ zu *Ichud Schiwath Zion*. Konservative und orthodoxe deutsch-jüdische Religionsvereinigungen entstanden auch in Jerusalem und Haifa und ihre Klientel war ebenso wenig mit dem *Mainstream* der *Meineckestraße* politisch verbunden. Zwar kooperierte der *Ichud* mit der *HOG*, aber schon bei den Stadtratswahlen in Tel Aviv sah er sich vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen; auch der Spitzenkandidat Rosenblüth\* war dem *Ichud* parteipolitisch zu gefärbt.<sup>158</sup>

---

<sup>156</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 12.12.1935, in: ZZA, S7/233; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 27.2.1936, in: ebd.; Protokoll der Merkassitzung [d. *HOG*] v. 26.12.1935, in: ZZA, A222/10/I; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.21.

<sup>157</sup> Siehe dazu: Georg Josephthal an Waad Hapoel der Histadruth v. 10.02.1936, in: Robert Weltsch Collection 1770-1997, LBI Archiv New York, AR 7185 [f. RWC], Box 9, Folder 4; Michael Brenner, The Jüdische Volkspartei, in: LBI Year-Book XXXV (1990), S.219-242; Francis R. Nicosia, Revisionist Zionism in Germany (I), in: LBI Year-Book XXXI (1986), S.209-240; ders., Revisionist Zionism in Germany (II), in: LBI Year-Book XXXII (1987), S.231-267; Lavsky, Before Catastrophe, S.66-84, passim.

<sup>158</sup> Siehe dazu: Holdheim, deutsche Alijah, S.27, 30, 72-76; Bericht des Merkass der *HOG*, MB, Februar (I) 1935, S.6-8; *Ichud*, ebd., S.9-10; Religiöses Leben, MB v. 8.11.1940, S.9-10; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.30-31; Kraft, Aschkenas, passim; Ruth Bondy, Der Dornenweg deutscher Zionisten in die Politik. Felix Rosenblüth in Tel Aviv, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte VIII (1998), S.297-314, hier: 300 [f. Bondy, Dornenweg].



Die Berichte über die Generalversammlungen der *Snifim* im *MB*, in denen die neuen Statuten und die Politisierung der *HOG* zur Diskussion gestellt wurden, zeigen vor allem die Linie der *HOG*-Führung auf. Dass der Gegenwind wesentlich stärker war, als im *MB* suggeriert, offenbarte die sang- und klanglose Streichung der Kopplung des aktiven Wahlrechts an die *Schekel*-Zahlung aus dem Statutenentwurf. Lewy\* forderte nun sogar das völlige Fallenlassen der Wahlrechtsparagrafen.<sup>159</sup> Am 3. März 1936 fand die entscheidende Generalversammlung der *HOG* Tel Aviv statt, in der die neuen Statuten verabschiedet werden sollten. Sie wurde zu einer ernsten Zerreißprobe der *Hitachduth* und endete in Tumulten. Inhaltlich fand eine grundsätzliche Debatte über die Ausrichtung der Organisation statt: Die Delegierten diskutierten die *Haawarah*-Frage, die Form und Qualität der Politisierung der *HOG*, die Gefahr der Umwandlung der Selbsthilfeorganisation in einen bürokratischen Beamtenapparat und natürlich den verbliebenen Wahlrechtsparagrafen. Die Aufgabe der *HOG*, für die Errettung des deutschen Judentums einzutreten, wurde in der Versammlung nicht infrage gestellt. Aber über den dafür einzuschlagenden Weg gab es keine Einigkeit. Befürworter des Wahlrechtsparagrafen wiesen Anschuldigungen weit von sich, dass die *HOG* in ein parteipolitisches Instrument umgewandelt werden solle und dass Blumenfeld\* deshalb die Führung übernehme. Nur im Rahmen der *Zionistischen Organisation* könne diese Arbeit effektiv geleistet werden, so ihr Argument; gerade durch die Zionisierung der *HOG* und ihrer Mitglieder werde sie an Stärke gewinnen. Die Gegner dagegen betonten, dass eine wirkliche Vertretung der Interessen des deutschen Judentums nur durch eine geeinte, alle politischen Strömungen vereinende Organisation geleistet werden könne. Der Widerstand der Opposition richtete sich auch nicht gegen den Tendenzparagrafen im Entwurf, der die *HOG* als eine zionistische Vereinigung auswies. Einzig den verbliebenen Wahlrechtsparagrafen bekämpfte sie leidenschaftlich. Sein Ansinnen richtete sich offensichtlich nur gegen *Revisionisten*, was auch seine Befürworter offen eingestanden. Schließlich verfehlte der Paragraph bei der Abstimmung knapp die Zweidrittelmehrheit; der Tendenzparagraf wurde dagegen angenommen: „Die HITACHDUTH OLEJ GERMANIA steht auf dem Boden des Zionismus.

---

<sup>159</sup> Siehe dazu: Generalversammlung der Ortsgruppe Jerusalem, MB, Februar (I) 1936, S.9-10; Generalversammlung der Ortsgruppe Haifa, ebd., S.10-11; Die Generalversammlung der Snif Tel Aviv, MB, Februar (I u. II) 1936, S.6-9; Protokoll der Vorstands- u. Beiratssitzung [d. Snif Jerusalem] v. 4.2.1936, in: ZZA, S7/230; Protokoll der Merkas-Sitzung [d. HOG] v. 27.2.1936, in: ZZA, S7/233.

Innerhalb der zionistischen Organisation ist die H.O.G. neutral. Sie befasst sich nicht mit parteipolitischen und religiösen Fragen.“<sup>160</sup>

Der Landesvorstand versuchte, das Abstimmungsergebnis in seinem Sinne zu interpretieren – als eine vollständige Bestätigung seiner Politik. Gleichzeitig zwang er Lewy\* zum Rücktritt vom Amt des Vizevorsitzenden, da Lewy\* vor und während der Generalversammlung gegen die Wahlrechtsrestriktionen Stellung bezogen hatte. Von nun an sollte, genauer gesagt musste er sich ausschließlich auf die sachliche Tätigkeit beschränken. Aber von einer umfassenden Niederlage für ihn und die (rechts-)bürgerlichen Kreise kann auch keine Rede sein. Letztere errangen nach turbulenten Szenen während der Tel Aviver Generalversammlung Mandate für den Vorstand des *Snif* und waren auch im *Merkas* vertreten. Vor allen Dingen wurde die Einheit der *HOG* gewahrt. Nicht nur konnten Anhänger des *Revisionismus* weiterhin in ihr verbleiben, sondern auch Tausende nichtzionistische deutsche *Olim* in *Erez Israel* sie weiterhin als ihre Vertretung ansehen.<sup>161</sup> Ob nun Blumenfeld\* und sein Kreis Getreuer die *HOG* wirklich in eine gewöhnliche Partei umwandeln wollten, kann mit Bestimmtheit nicht gesagt werden. Zumindest wäre die Annahme der beiden Wahlrechtsparagrafen ein erster Schritt dazu gewesen. Unzweifelhaft wollte er die *HOG* aber für seine politischen Ambitionen einspannen und dies verkündete er in privaten Briefen auch noch in späterer Zeit. Jene Aussagen scheinen aber auch strategischer Natur gewesen zu sein, um seinen politischen Einfluss zu betonen respektive überzubetonen. Zumindest hat die *HOG* niemals *Kidmah* und ihre im Jahre 1938 begründete Nachfolgerin *Achduth Haam* irgendwelche Unterstützung zuteil werden lassen. Nach der turbulenten Generalversammlung bot Blumenfeld\* sogar an, auf das Amt des Vorsitzenden zu verzichten, und beteuerte auf der Landesvorstandssitzung im Juni 1936: „Die *HOG* kann nicht dazu da sein, eine Partei zu ersetzen, sondern sie hat sich mit der deutschen *Alijah* zu beschäftigen, die zu ihrem größten Teil außerhalb der Parteien steht.“<sup>162</sup> Der Landesvorstand bestätigte Blumenfeld\* als Vorsitzenden, denn die *HOG* benötigte einen Mann an der Spitze, der innerhalb der deutschen *Alijah* und vor allem der zionistischen Welt über genügend Renommee verfügte, um die Rettung des deutschen Judentums aus den

---

<sup>160</sup> Satzungen der *Hitachduth Olej Germania*, undatiert [wohl 1936], in: ZZA, A155/9; siehe weiterhin: Getter, *Organisation*, S.245-247; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, passim.

<sup>161</sup> Siehe dazu: ebd., S.51-52; Protokoll der Merkassitzung der *HOG* v. 5.3.1936, in: ZZA, S7/233; Protokoll der Präsidial-Sitzung [d. *HOG*] v. 2.7.1936, in: ebd.; Die Tagung des Landesvorstandes der *HOG*, MB, Juni (I) 1936, S.1-3.

<sup>162</sup> ebd., S.2; siehe weiterhin: Kurt Blumenfeld an S.[alli] Hirsch v. 7.5.1937, in: ZZA, A222/130; Kurt Blumenfeld an L.[avy] Bakstansky v. 10.12.1937, in: ZZA, A222/128; Gelber, *Neue Heimat*, S.500-501.

Händen Hitlers voranzutreiben; deshalb unterstützte sogar Lewy\* seine Wahl, dem zweifelsfrei keine parteipolitischen Aspirationen unterstellt werden konnten.<sup>163</sup>

Nach vier Jahren intensiver Arbeit erschien die Intention der Gründer der *HOG*, sie nach dem Vorbild der *Histadruth* zu entwickeln, gar nicht mehr so abwegig, wie sie sicherlich im Jahre 1932 noch klang – wenn auch nun en miniature. Auf organisatorischem Gebiet konnte sie erste wirkliche Erfolge verzeichnen. Die feste Eingliederung ihrer Basis in ihre Organisationsstrukturen wurde sowohl in den *Moschawoth* als auch in den großen *Snifim* vorangetrieben. Im Frühjahr 1936 vermeldete die *HOG*, dass ihr Ausbau zu einer Mitgliederorganisation voranschreite und nun 3.300 organisierte Mitglieder in 14 *Snifim* zusammengefasst seien. Ende 1936 bestanden dann bereits 16 Ortsgruppen mit einer Gesamtmitgliederzahl von knapp 4.000. Für palästinensische Verhältnisse war die *HOG* nun eine Massenorganisation. Gut zwei Jahre später verkündete Kreuzberger\* bei einem Mitgliederbestand von nun 5.000 sogar, „dass wir neben der Histadrut die stärkste Organisation im Lande sind“<sup>164</sup> – und zwar zahlenmäßig und auch hinsichtlich der vielfältigen Aktivitäten. Auf dem Feld der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Berufsausbildung war die *HOG* ebenso aktiv wie die *Histadruth*. Gleiches galt auf dem weit gefächerten Gebiet der landwirtschaftlichen Kolonisation, das von der Ansiedlung bis hin zur *Hachscharah*-Ausbildung reichte. Auch im sozialen und kulturellen Bereich waren beide Organisationen weitreichend aktiv. Auf institutioneller Ebene nahm sich die *Hitachduth* auch oft die Gewerkschaft zum Vorbild. Die – offiziell zwar – von der *DA* gegründete mittelständische Siedlungsgesellschaft *RASSCO* war letztlich auch ein Kind der *HOG*, das sich an der *Histadruth*-Organisation *NIR* orientierte. Die *Kupath Milweh* hatte als Vorbild die gewerkschaftliche Darlehenskasse „*Kupath Milweh Schel Haowdim*“; auch die im Jahr 1938 von der *HOG* gegründete *Kupath Eser* war nach dem Bilde der Hilfskasse „*Mischan*“ der *Histadruth* geformt, die wie dann die *Kupath Eser* Kleinkredite ohne Bürgschaft an Hilfesuchende ausgab. In den folgenden Jahren sollte die *HOG* noch weitere Institutionen

---

<sup>163</sup> Siehe dazu: ebd., S.501; Die Tagung des Landesvorstandes der *HOG*, MB, Juni (I) 1936, S.1-3.

<sup>164</sup> [Protokoll d.] Landestagung der *Hitachduth Olej Germania We Olej Austria* vom 7. und 8. Juli [19]39 in Tel Aviv [f. Protokoll d. Landestagung der *HOGO*A 1939], in: ZZA, A158/7, S.6; siehe weiterhin: Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.6; E.L., Die Organisierung der deutschen Alijah in den Kolonien, MB, November (II) 1935, S.4-6; Die „Zionisierung“ der *Olej Germania*, MB, Januar (II) 1936, S.9-11; Bezirksgruppen der *HOG*-Tel Aviv gegründet, MB, Februar (I) 1936, S.12; Arbeitsbericht des Ressorts für Organisations- und Kulturarbeit [d. *HOG*] per 31. März 1936, in: ZZA, S7/230; Aus der Tätigkeit der *Hitachduth Olej Germania* 1936, in: ZZA, S7/376, S.1-2; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olej Germania* zur Sitzung des Landesvorstandes am 23. Mai 1936, in: ZZA, J18/104, S.4.

gründen, die sich am Arbeitersektor orientierten.<sup>165</sup> Auch auf dem politischen Feld gab es gewisse Gemeinsamkeiten. „Die Histadruth ist unparteiisch und demokratisch. [...] Die Histadruth beteiligt sich nicht an politischen Wahlen“<sup>166</sup> – so Ben-Gurions Charakterisierung aus dem Jahre 1934. Theoretisch mochte dies stimmen, aber in der Praxis wurde die *Histadruth* durch die linken Parteien beherrscht und von ihnen zur Durchsetzung ihrer politischen Aspirationen mobilisiert. Auch an lokalen Wahlen nahm sie direkt und indirekt teil. Die *HOG* erklärte sich qua Definition ebenso als überparteilich. Faktisch wurde sie allerdings Zeit ihres Bestehens von linken und progressiv-bürgerlichen Kreisen dominiert; sowohl die religiösen wie (rechts-)bürgerlichen Kreise waren in ihrer Führung unterrepräsentiert, auch wenn allein letztere – nach eigener Darstellung – eine erhebliche Minderheit von 25 Prozent in den Reihen der deutschen *Alijah* darstellten.<sup>167</sup> Mit der Teilnahme an den *Irijah*-Wahlen in Tel Aviv betrat auch die *Hitachduth* die (lokal-)politische Arena des *Jischuw*, die sie trotz jahrelanger, scharfer innerer Auseinandersetzungen nicht mehr verlassen sollte. Fürs Erste fanden Befürworter und Gegner der Politisierung einen tragfähigen Kompromiss und wendeten eine mögliche Spaltung ab. Das Ergebnis war eine sehr eigentümliche Auffassung von der *Hitachduth* als Selbsthilfeorganisation, die gewisse, für die gesamte deutsche *Alijah* relevante politische Themen aufgreifen sollte. Dabei würde sie nach innen weiterhin politisch neutral bleiben und nach außen nur überparteiliche Positionen einnehmen – eine Illusion, wie sich schnell herausstellen sollte.

Eine weitere Gemeinsamkeit beider Organisationen waren ihre Aktivitäten in der *Galuth*. Die *Histadruth* sandte ihre Emissäre, *Schlichim* genannt, in die Zentren jüdischen Lebens in der Diaspora, um politische Erziehungsarbeit und die Auswanderung der dortigen *Chaluzim* zu organisieren.<sup>168</sup> Auch von der *HOG* gingen führende Mitglieder wie Landauer\*, Blumenfeld\* und Senator\* temporär nach Deutschland zurück, hier aber, um dem zunehmenden Mangel an geeignetem Führungspersonal innerhalb der *ZVfD* zu begegnen. Die *ZVfD* drängte (vergebens) sogar darauf, dass zumindest einer der beiden Erstgenannten sich ständig in

---

<sup>165</sup>Zu Mischan siehe: M.[argrete] Turnowsky-Pinner, Soziale Fürsorge, JR v. 14.10.1938, S.14; Hans Rubin, Mischan, MB, Juni (I) 1937, S.12; zur Kupath Eser: Ernst Lewy, Bemerkungen über die Notwendigkeit einer Hilfskasse (Kupath Eser), in: ZZA, S7/507.

<sup>166</sup> Aufzeichnungen über die Besprechungen der Exekutive mit dem Weltverband Allgemeiner Zionisten, London, 13.-17. Oktober 1934, in: ZZA, A222/5-10/I, S.6.

<sup>167</sup> Siehe dazu: ebd., passim; W.[illi] Schön/Steinberg, An den Vorstand der [HOG] Snif Tel Aviv v. 17.5.1936, in: ZZA, S7/230; Oskar Wolfsberg an Max Kreutzberger v. 4.12.1938, in: ZZA, S7/712; Protokoll d. Landestagung HOGO 1939, in: ZZA, A158/7; Benno Cohn, Notiz an die Herren Dr. Landauer und Dr. Kreutzberger v. 27.2.1942, in: ZZA, S7/2008; ACO, Die Histadruth, S.24.

<sup>168</sup> Siehe dazu: Erel, Wurzeln, S.162-171; Teichert, Chasak, S.134-141; Reinharz, Hashomer Hazair, passim.

Deutschland aufhalten sollte. Ihre Personalsituation nahm schon 1935 so katastrophale Züge an, dass Siegfried Moses\* seine geplante Auswanderung und den Rücktritt vom Vorsitz der *Zionistischen Vereinigung* immer wieder aufschob. Wichtige Ämter sollten nun sogar an Aktivisten vergeben werden, die zumindest ein kurzfristiges weiteres Ausharren in Deutschland zusicherten: „Langfristige Bindungen kann und wird niemand heute von einem Zionisten verlangen“<sup>169</sup> – so Moses\* Ende 1935. Die *HOG* war nun in wichtige Entscheidungsprozesse der *ZVfD* involviert und suchte nach Wegen, sie zu unterstützen. Diese Entwicklungen verdeutlichten einen grundsätzlichen Wandel in den Beziehungen der beiden Organisationen, der im Jahr 1936 seinen vorläufigen Abschluss fand. Nun sahen die deutschen Zionisten in Palästina die *ZVfD* nicht mehr als souveräne Institution, die die Geschicke der deutschen Juden frei gestalten konnte. Die *Hitachduth* zog daraus die Konsequenz und betrachtete sich fortan auch als legitime Vertreterin der noch in Deutschland verbliebenen Juden.<sup>170</sup> Und sie nahm für die Errettung der deutschen Juden die gesamte deutsche *Alijah* in die Verantwortung: Der „jüdische Mensch, der Kreis der Menschen, der sich gerettet hat aus einer Katastrophe, ist verpflichtet, seine Kräfte physisch und psychisch zur Verfügung zu stellen, dieser Gruppe von Menschen [...] alle Hilfestellungen zu geben, die möglich sind.“<sup>171</sup> Zweifellos war die deutsche „Judenfrage“ der zentrale Faktor für die beginnende Politisierung der *HOG*, auch wenn andere Beweggründe wie die politische Partizipationsfrage und Ängste vor dem Scheitern der umfassenden Integration der deutschen *Olim* im *Jischuw* bedeutsam waren. Der in der wissenschaftlichen Forschung oft betonte Palästina-Zentrismus des deutschen Zionismus, die ausschließliche Fokussierung auf das jüdische Aufbauwerk in *Erez Israel*, kann zumindest für den hier relevanten Zeitraum nicht mehr umfänglich bestätigt werden. Im Gegenteil wandte sich nun der Blick der *HOG*-Aktivisten zunehmend in die entgegengesetzte Richtung.<sup>172</sup> Aber in dem Augenblick, als die *Hitachduth* sich anschickte, ihren – wenn auch möglicherweise nur –

---

<sup>169</sup> Siegfried Moses an Bruno Kirschner/Walter Erhard v. 3.10.1935, in: ZZA, A222/51, S.2; siehe weiterhin: Siegfried Moses an Geschäftsführung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland v. 29.12.1936, in: ebd.; Siegfried Moses an Kurt Blumenfeld v. 1.12.1935, in: ebd.; Protokoll der Präsidiums-Sitzung [d. HOG] v. 10.9.1936, in: ZZA, S7/233; Landesvorstand der ZVfD, JR v. 27.7.1937, S.2; Siegfried Moses an Kurt Blumenfeld vom 2.12.1935, in: ZZA, A222/51.

<sup>170</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Präsidiums-Sitzung [d. HOG] v. 10.9.1936, in: ZZA, S7/233; Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. HOG] v. 16.5.1935, in: ZZA, S7/117; Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 13.11.1935, in: ZZA, A222/10/l; Die HOG. gibt Rechenschaft, MB, Februar (I) 1936, S.9-11.

<sup>171</sup> Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.11.

<sup>172</sup> Siehe dazu die Aufsätze von Avraham Barkai, Guy Miron und Hagit Lavsky in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat*, Frankfurt a.M. 2005; Teichert, Chasak, S.52; Jehuda Reinharz (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933*, Tübingen 1981, S.XXXI-XXXIII [f. Reinharz, Dokumente].

bescheidenden Beitrag für die Rettung deutscher Juden zu leisten, schlossen sich die Tore *Erez Israels* für jüdische Einwanderer immer mehr. Der italienische Angriff auf Abessinien im Herbst 1935 und die dadurch erzeugte politische Unruhe im Mittelmeerraum lösten in Palästina eine Wirtschaftskrise aus. Der im Frühjahr 1936 beginnende arabische Aufstand gegen das jüdische Aufbauwerk und die britische Herrschaft verschärfte die Situation in Palästina noch. Nun befand sich der *Jischuw* in einem Überlebenskampf und die deutsche „Judenfrage“ verschwand fast vollständig von der Agenda.<sup>173</sup>

---

<sup>173</sup> Siehe dazu: Aus dem Bericht der Exekutive, JR v. 10.8.1937, S.8; Walter Preuss, Zwei Berichte, JR v. 23.10.1936, S.13; KR., Wie es kam..., MB, September (I) 1936, S.3-6; D. Horowitz, Entwicklung der Palästina-Wirtschaft, ebd., S.10-14.

## Kapitel II: Die Krisenjahre (1936-1939)

---

### Die *Hitachduth* in den Jahren 1936-1937

Am Sonntag dem 19. April 1936 brachen gewalttätige antijüdische Unruhen in Jaffa aus, bei denen mehrere Juden ermordet wurden. Innerhalb von Wochen erfassten sie große Teile Palästinas. Arabische Führer riefen zu einem landesweiten Generalstreik auf. Die Beendigung der Unruhen machten sie von der Erfüllung dreier Forderungen abhängig: Einstellung der jüdischen Einwanderung, Verbot des Erwerbs arabischer Ländereien durch Juden und Gewährung der politischen Unabhängigkeit. In den ersten Monaten reagierte der britische Mandatar auf den Aufstand mit einer Appeasement-Strategie. Durch Verhandlungen und Konzessionen wollte er die Lage beruhigen und dann sollte eine in Aussicht gestellte Königliche Kommission eine Untersuchung durchführen und grundlegende Lösungsvorschläge unterbreiten. Aber erst ein politischer Richtungswechsel des britischen Kabinetts, der weitreichende Truppenverlegungen nach Palästina, die Ausrufung des Kriegsrechtes und eine rigorose militärische Niederschlagung des Aufstandes vorsah, beendete die erste Phase des arabischen Aufstandes im Herbst 1936. Er forderte nicht weniger als 300 Todesopfer. Trotz aller Verluste an Menschenleben und Besitz konnte der arabische Aufstand in den ersten Monaten den *Jischuw* aber nicht in seinen Grundfesten erschüttern. Nun folgte eine Interimsphase mit relativer Ruhe im Land, in der die Kommission ihre Untersuchung durchführte. Mit der Veröffentlichung ihres Berichtes im Juli 1937, der eine Teilung des Landes und die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates vorsah, begann die zweite Phase des Aufstandes.<sup>174</sup>

Die *Hitachduth* sah sich durch den arabischen Aufstand vor neue Herausforderungen gestellt. Sie leistete spontane Hilfe bei der Betreuung Tausender jüdischer Flüchtlinge, die vor den Gewalttätigkeiten vor allem in Tel Aviv Zuflucht suchten. Ihre bisher durchgeführten Tätigkeiten auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichen Gebiet hielt sie weiterhin im vollen

---

<sup>174</sup> Siehe: Blutige Unruhen in Jaffa, JR v. 21.4.1936, S.1-2; Beginn des Steuerstreiks, JR v. 19.5.1936, S.3-4; [Gerda Luft], Bürgerlicher Ungehorsam, ebd., S.9-10; Die Palästina-Ereignisse, JR v. 22.5.1936, S.2; Militärische Expedition nach Palästina, JR v. 11.9.1936, S.1-2; Michael J. Cohen, Britain's Moment in Palestine. Retrospect and Perspectives 1917-48, London/New York 2014, S.248-261 [f. Cohen, Britain's Moment]; Yehoshua Porath, The Palestinian Arab National Movement. From Riots to Rebellion, Volume Two 1929 – 1939, London/Totowa 1977, S.162-216 [f. Porath, Movement]; Nicholas Bethell, Das Palästina-Dreieck. Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat 1935 – 1948, Berlin u.a. 1979, S.24 [f. Bethell, Palästina-Dreieck]; Yigal Eyal, The Arab Revolt, 1936-1939: A turning Point in the Struggle over Palestine in: Mordechai Bar-On (Hg.), A never-ending Conflict, London/Westport 2004, S.17-42.

Umfang aufrecht. Nun musste sie allerdings den Ausbau der Arbeitsvermittlung, des Lehrlingswesens und der Sozialfürsorge forcieren. Die eingetretene ökonomische Krise traf nämlich die zuletzt Gekommenen, also auch die Klientel der *HOG* am stärksten. Neuen Boden betrat die *HOG* auf dem Gebiet der Einbürgerungs-Hilfe und Propaganda. Neben der idealen Bedeutung der Annahme der palästinensischen Staatsbürgerschaft als Bekenntnis zur neuen Heimat hatte sie nun auch mögliche praktische Bedeutung für die zukünftige staatliche Ausgestaltung Palästinas; bis Ende 1936 hatte jedoch nicht einmal die Hälfte der schätzungsweise 300.000 damals antragsberechtigten Juden jene angenommen. In Kooperation mit der *Histadruth* richtete sie daher Einbürgerungsabteilungen zur Unterstützung der Antragssteller ein.<sup>175</sup> Auch ihre Infrastruktur baute die *HOG* in der Folgezeit weiter aus: sie schuf Einwandererheime für die Neuankömmlinge, ein Altenheim, Kinderbetreuungsstätten und initiierte ihr erstes, durch den Kriegsbeginn aber gestopptes soziales Wohnungsbauprojekt.<sup>176</sup>

In der Einwanderungsfrage sah sich die *HOG* wie der gesamte *Jischuw* vor große Probleme gestellt. Ängste bestanden nun auf jüdischer Seite, dass *GB* wie bei Unruhen vorangegangener Tage mit einer Einwanderungssperre reagieren werde. Tatsächlich gab es solche Überlegungen bei den britischen Behörden. Letztlich entschieden sie sich dagegen, gaben jedoch im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren weit weniger Zertifikate aus. Wurden in der Halbjahres-Schedule bis einschließlich September 1936 noch insgesamt 4.500 *C-Zertifikate* ausgegeben, verringerten sie sich in der nächsten auf lediglich 1.800. Insgesamt wanderten im Jahre 1936 noch knapp 30.000 Juden ein. Im Vergleich zum Rekordjahr 1935, im dem etwa 62.000 Juden legal einwanderten, eine drastische Minderung.<sup>177</sup> Im Jahre 1937 verringerte sich die Zertifikatszuteilung an die *Agency* nochmals. Hier nahm die britische Regierung einen

---

<sup>175</sup> Siehe dazu: Auftakt zu neuer Arbeit, MB, Dezember (II) 1936, S.3-4; Hilfsaktion für die Jaffaer Flüchtlinge, MB, April (II) 1936, S.9; Marg.[rete] Turnowsky-Pinner, Soziale Arbeit, JR v. 4.6.1937, S.11; Frieda Weinreich, Aufgaben u. Ergebnisse der Arbeitsvermittlung der H.O.G, MB, Juni (II) 1937, S.6-8; Einbürgerung in Palästina, MB, März (II) 1937, S.8-9; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.46; HOG, deutsche Alijah, passim; HOG, Rechenschaft 1939, S.28.

<sup>176</sup> Siehe dazu: ebd., S.23; Albert Bear, Das Einwandererheim der HOG, JR v. 15.5.1936, S.15; Flora Chajes, Das Tageskinderheim für Einwandererkinder aus Deutschland, MB, Januar 1937, S.16-17; Wohnheim für ältere Leute, MB, No. 8 [Januar] 1939, S.12; Gartenstädtische Siedlung – billige 2-Familien-Häuser für neue Olim, ebd.; Hilde Löwenstein an die Vorstands- und Beiratsmitglieder der H.O.G. Jerusalem v. 11.5.1936, in: ZZA, S7/230; Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania w'Olej Austria, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096.

<sup>177</sup> Siehe dazu: K.[urt] L.[öwenstein], Zertifikats-Schedule und Untersuchungskommission, JR v. 22.5.1936, S.1-2; Die neuen Zertifikate, JR v. 10.11.1936, S.1; Die Verteilung der neuen Zertifikate, JR v. 17.11.1936, S.6; Ernst Kahn, Rekorderinwanderung aus Deutschland, JR v. 8.1.1937, S.15; Cohen, Britain's Moment, S.255-259; Bericht über Palästina, S.317.



Vorschlag der Königlichen Kommission aus ihrem Abschlussbericht auf und führte ein neues Kriterium zur Bemessung der Einwanderungshöchstgrenze ein. Seit den 1920er Jahren war (theoretisch) nur die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes für die Berechnung relevant, nun sollten psychologische und politische Erwägungen ebenso berücksichtigt werden – ein Fiasko für das zionistische Aufbauwerk.<sup>178</sup> Die im Herbst 1935 von der *Hitachduth* geschmiedeten Pläne, jährlich 12.-15.000 deutsche Juden in Palästina aufzunehmen, waren nun unausführbar. Einzig die Samuel-Zertifikate und die Erhöhung des Transfervolumens der *Haawarah*, die nun das Vorzeigegeld für *AI-Zertifikate* bereitstellte, sicherten in beiden Jahren zusammen noch eine *Alijah* von 12.400 deutschen *Olim*. Im Vergleich zur Gesamteinwanderung von nur noch gut 40.000 Seelen noch eine relativ hohe Einwandererzahl.<sup>179</sup> In der Führung der *Hitachduth* bestanden nun sogar – nicht ganz unbegründete – Ängste, dass sich im Angesicht der gewalttätigen Unruhen, einer Wirtschaftskrise und verringerter Einwanderungsmöglichkeiten das deutsche Judentum von Palästina abwende und andere Auswanderungsziele ins Blickfeld rückten. Ähnliche Sorgen gab es in Bezug auf das polnische Judentum. Die *HOG* versuchte daher sowohl in Palästina selbst, als auch in Deutschland beruhigend einzuwirken und zugleich Zuversicht zu verbreiten.<sup>180</sup> Auch gab es über die Weiterwanderung palästinensischer Juden viele Gerüchte und Diskussionen. Die *Haawarah* traf sogar Vorkehrungen, dass mögliche Weiterwanderer nicht noch ihr gesamtes, via Transfer erhaltenes Geld mitnehmen konnten. Letztlich lagen die tatsächlichen jährlichen Auswanderungszahlen nur im oberen dreistelligen Bereich und damit nicht wesentlich höher als in den Prosperitätsjahren 1933 bis 1935.<sup>181</sup>

In der politischen Sphäre ging die *Hitachduth* einen weiteren Schritt in Richtung vollständiger politischer Partizipation. Ohne eine grundsätzliche Entscheidung zur Beteiligung an den

---

<sup>178</sup> Siehe dazu: ebd., S.337-341, 348; Die Einwanderung von April bis September, JR v. 18.3.1938, S.1-2; Das „politische Maximum“, JR v. 26.10.1937, S.5; Jewish Agency lehnt Zertifikate ab, JR v. 21.5.1937, S.1; Der endgültige Text, JR v. 16.11.1937, S.6.

<sup>179</sup> Siehe dazu: Palästina-Einwanderung 1936, JR v. 7.5.1937, S.1; Aktuelle Fragen des Haavara-Transfers, MB, Oktober (II) 1937, S.5-7; Feilchenfeld, Haavara-Transfer, S.75, 90; Die Tätigkeit des Einwanderungs-Departments des Jewish Agency in der Zeit Aug.-Dez. 1937, MB, März (II) 1938, S.9-10; Wir fordern unsere Eltern an, JR v. 4.10.1938, S.6; Max Kreuzberger an die Exekutive der Jewish Agency Jerusalem v. 19.11.1935 nebst Anlage, in: ZZA, J18/2.

<sup>180</sup> Siehe dazu: Gustav Krojanker an Ludwig Pinner v. 14.6.1936, in: ZZA, A358/56; Tagung des Landesvorstandes der HOG, MB, Mai (II) 1936, S.10; Aufruf aus Erez Israel, JR v. 21.7.1936, S.1; Benno Cohn an Hitachduth Olej Germania v. 22.10.1937, in: ZZA, S7/507; Reinhartz/Shavit, Road to September, S.21-22.

<sup>181</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.6.1938, in: ZZA, S7/507; Erich Cohn, Abschied von einem Auswanderer, MB, März (II) 1938, S.6-8; Gustav Krojanker, Über den „Abschied von einem Auswanderer“, MB, Mai (I) 1938, S.9-10; Gib es eine nennenswerte Abwanderung, JR v. 23.8.1938, S.5.

anberaumten *Kehilloth*-Wahlen in Jerusalem und Tel Aviv und den landesweiten Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* zu fällen, bereitete sie sich auf ihre Mitwirkung vor. Zwar führten die Aktivisten auf zentraler und lokaler Führungsebene weiterhin Diskussionen über die Legitimität der Wahlteilnahme, setzten zugleich aber schon erste Sondierungsgespräche mit anderen Parteien an. Schließlich einigte sich Anfang 1938 das Präsidium zumindest für Wahlen zu lokalen Vertretungskörperschaften auf eine allgemeingültige Übergangslösung: Der jeweilige *Snif* sollte eine Mitgliederversammlung einberufen, die eine Entscheidung pro oder contra Beteiligung fällt; bei einem positiven Votum sollte eine gemeinsame Liste mit anderen progressiven Gruppen aufgestellt werden. Jener Beschluss musste dann vom Präsidium der HOG bestätigt werden.<sup>182</sup> Eine Entscheidung über die Mitwirkung an den anstehenden Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* konnte durch deren Verschiebung im Frühjahr 1937 noch umgangen werden. Erst im Juli 1939 sanktionierte die Landestagung der *Hitachduth* grundsätzlich die Beteiligung an Wahlen: „Die Landestagung der Hitachduth Olej Germania we Olej Austria betrachtet als das Ziel ihrer Arbeit die Eingliederung aller Olim aus den mitteleuropäischen Ländern in das gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben des Jischuw, ihre Erziehung zum zionistischen und staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstsein. [...] Ihr Ziel erreicht die HOGOIA durch Ausnutzung der gegebenen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Möglichkeiten. Zu diesen Möglichkeiten rechnet die HOGOIA auch ihre Beteiligung an den Wahlen zu den zentralen und regionalen Selbstverwaltungskörperschaften des Jischuw.“<sup>183</sup> Faktisch erfüllte die *Hitachduth* nun zwei sich ausschließende Aufgaben, die einer in gesellschaftlichen, religiösen und politischen Fragen neutralen Selbsthilfeorganisation und die einer politischen Formation – ein Faktum, das zwangsläufig zu inneren Konflikten führen musste. Sie entzündeten sich auf drei Ebenen, wie sich schon in den Jahren 1936 bis 1938 überdeutlich zeigte: Die Illusion der Überparteilichkeit, die Problematik der doppelten Loyalität und die Bündnisfähigkeit.

---

<sup>182</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkassitzung der HOG v. 5.3.1936, in: ZZA, S7/233; Rundschreiben des Merkas der HOG an die Ortsgruppenvorstände und Mitarbeiter, undatiert [Mai 1936], in: ZZA, S7/230; Protokolle der Sitzungen des Präsidiums [d. HOG] v. 21.1.1937, v. 4.3.1937, v. 18.3.1937 und v. 8.4.1937, in: ZZA, S7/379; Protokoll der Sitzungen des Präsidiums [d. HOG] v. 9.2.1938 v. 2.6.1938, in: ZZA, S7/507; An alle Einwanderer aus Deutschland, MB, März (I) 1937, S.3.

<sup>183</sup> Beschluss der Landestagung der HOGOIA in Tel Aviv v. 8. Juli 1939, in: ZZA, S25/10828; Resolutionsvorschläge für die Landeskonferenz der HOGOIA, undatiert [September-Oktober 1942], in: ZZA, A155/9; Protokoll d. Landestagung HOGOIA 1939, in: ZZA, A158/7; Neuwahlen zur *Assefath Haniwcharim*, JR v. 14.10.1938, S.12; Protokoll des Geschäftsführenden Präsidiums [d. HOGOIA] v. 9.5.1940, in: ZZA, S7/921.

Ein Grundprinzip Rosenblüths\* als Vertreter der *HOG* in der *Irijah* Tel Avivs war, in umkämpften parteipolitischen Fragen eine neutrale Position einzunehmen. Nach dem Tod des Tel Aviver Bürgermeisters Dizengoff im September 1936 wurde dieses Prinzip bei der anstehenden Wahl des neuen Bürgermeisters auf die erste Probe gestellt. Die vorangegangenen Stadtratswahlen im Dezember 1935 hatten in einem extrem konfrontativen Klima zwischen dem linken Arbeiterblock und den (rechts-)bürgerlichen Zentrumsblock unter Rokachs Führung stattgefunden. Dies änderte sich auch nach der Wahl nur kurzzeitig während der ersten Phase der Unruhen, in der gewissermaßen Burgfrieden herrschte. Allerlei Ränkespiele fanden vor der am 20. Oktober 1936 angesetzten Neuwahl im Stadtrat statt, bei der dann der dem bürgerlichen Lager zuzuordnende Mosche Chelouche mit Unterstützung des Arbeiterblocks über den Kandidaten Rokach obsiegte; dabei gab Rosenblüths\* Stimme den Ausschlag.<sup>184</sup> Die bürgerlichen Kreise um Rokach reagierten mit Rücktrittsforderungen an Chelouche und kaum mehr als eine Woche später ernannte der *High Commissioner* Rokach anstatt Chelouche zum Bürgermeister, was nach dem Munizipalitätengesetz auch sein Recht war. Nun reagierten die linken und links-bürgerlichen Kreise mit Rücktrittsforderungen, da die Ernennung gegen den Mehrheitsbeschluss des Stadtrates ein scharfer Eingriff in die jüdische Autonomie gewesen sei. Wie Rosenblüth\* selbst darstellte, begann sofort nach seiner Stimmenabgabe von (rechts-)bürgerlicher Seite eine äußerst scharfe Hetze gegen ihn, die sich auch gegen die *HOG* und die *Alijah* aus Deutschland im Allgemeinen richtete.<sup>185</sup> Das rechtsgerichtete Blatt *Haboker* diffamierte ihn als rigorosen Antizionisten, der erst durch Hitler bekehrt worden sei, obwohl Rosenblüth\* seit gut 20 Jahren im deutschen wie auch Weltzionismus eine herausgehobene Stellung einnahm. Auch von Mitgliedern der *HOG* gab es scharfe Kritik an Rosenblüths\* (parteiischem) Abstimmungsverhalten. Egal wie er letztlich abgestimmt hätte, Kritik und Protest wäre in den Reihen der *HOG* aufgekommen – entweder von (rechts-)bürgerlicher oder linker Seite. Überparteilichkeit war in einem äußerst kompetitiven Parteiensystem wie dem des *Jischuw* sogar auf kommunaler Ebene nicht

---

<sup>184</sup> Siehe dazu: Meir Dizengoff, JR v. 25.12.1936, S.1; Die Arbeit des Tel-Awiwer Stadtrats, JR v. 7.1.1936, S.9; Der neue Stadtrat, JR v. 31.1.1936, S.15; Der neue Bürgermeister, JR v. 23.10.1936, S.1; Referat des Herrn Felix Rosenblüth in der Präsidial-Sitzung v. 29.10.1936 über die Bürgermeisterwahl in Tel Aviv, in: ZZA, S7/376; Zum Bürgermeisterkandidat Chelouche siehe: Rachel Neiman, Golda and the other Tel Aviv Mayors that weren't, ISRAEL21c Magazine v. 8.10.2018, unter: <https://www.israel21c.org/golda-and-the-other-tel-aviv-mayors-that-werent/> [aufgerufen am 31.5.2019].

<sup>185</sup> Referat des Herrn Felix Rosenblüth in der Präsidial-Sitzung v. 29.10.1936 über die Bürgermeisterwahl in Tel Aviv, in: ZZA, S7/376; Kampfansage der Bürgerlichen in Tel-Awiw, JR v. 23.10.1936, S.11; Nach Rokachs Ernennung, JR v. 6.11.1936, S.11.

(immer) realisierbar. Rosenblüth\* selbst stellte daher im Zuge der Wahllaffäre auch etwas desillusioniert fest: „Es ist, wie es scheint, nicht ganz einfach, Vertreter der HOG in der Iriah zu sein.“<sup>186</sup>

Das Problem der doppelten Loyalität zeigte sich erstmals bei den Jerusalemer *Kehillah*-Wahlen in seiner ganzen Dimension. Bereits Anfang 1936 begann der Jerusalemer *Snif* der HOG die Arbeit des dortigen *Waad Hakehillah* in der Öffentlichkeit kritisch zu hinterfragen und Neuwahlen zu fordern. Neben der Forderung nach öffentlicher Kontrolle des Waad kritisierte er vor allem seine Ineffektivität im Allgemeinen und die bei der Steuereinzahlung im Besonderen. Wohl nicht ohne Einfluss für die Ansetzung des schon drei Jahre überfälligen Neuwahltermins im Februar 1938 war der 1937 einsetzende Steuerstreik deutscher Einwanderer. Nach einer Schätzung von Harry Epstein\* zahlten sie 50 Prozent der Gemeindesteuern, obwohl sie nur fünf Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung Jerusalems ausmachten.<sup>187</sup> Ende November 1937 beschloss der Vorstand der Jerusalemer HOG mit knapper Mehrheit die Teilnahme an den Wahlen; Anfang Dezember bestätigte das Präsidium den Beschluss. Die HOG ging unter gemeinsamer Listenführung von Szold und Blumenfeld\* ein Wahlbündnis mit der WIZO ein. Die Liste erhielt fast zehn Prozent der Stimmen und errang drei Mandate, obwohl laut der HOG wiederum eine ganze Zahl deutscher Juden unberechtigtweise von der Wahl ausgeschlossen waren.<sup>188</sup>

Kurz vor den Wahlen verteilte die *Mapai* ein Flugblatt, in dem die HOG-Liste scharf angegriffen wurde. Neben dem Absprechen der Kompetenz der HOG-Kandidaten für die Gemeindefarbeit wurde ihr darin vorgeworfen, unter der Maske der Unparteilichkeit die politischen Positionen der Gruppe Blumenfeld\* zu vertreten. Auch wurde betont, dass selbst ein Teil der führenden Mitglieder der HOG die Liste bekämpfe, Blumenfelds\* Kandidatur nur eine Scheinkandidatur sei und die WIZO die HOG bei der Listenplatzverteilung übervorteilt habe. Der Verfasser des Flugblattes war Fritz Löwenstein\*, *Mapai*-Aktivist und gleichzeitig Mitglied des Vorstandes des *Snif* Jerusalem und des Präsidiums der HOG. Zwar hatte er sich gegen die Wahlbeteiligung der

---

<sup>186</sup> Erwiderung von Felix Rosenblüth, MB, Januar 1937, S.14; siehe weiterhin: Dr. Felix Danziger, ebd., S.13-14: Kampfmethoden, MB, Februar (I) 1937, S.5-6.

<sup>187</sup> Siehe dazu: Heinz Gerling, Die Wahlen zum Waad Hakehillah Jerusalem, MB, Februar (I) 1938, S.12-13; Harry Epstein, Wahlen zur Kehillah Jerusalem, MB, November (I) 1937, S.10-11; ders., Gemeinde-Arbeit, MB v. 15.11.1940, S.6; HOG, Wizo, Progressiver Block/10% der Stimmen zur Kehillah Jerusalem, MB, Februar (II) 1938, S.9-10.

<sup>188</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.12.1937, in: ZZA, S7/507; Wahlergebnisse für die Kehillah Jerusalem [Hebr.], Dawar v. 10.2.1938, S.1; Protokoll der Kommissions-Sitzung vom 20. April 1939 zur Klärung des Verhaltens von Herrn Dr. Fritz Loewenstein gelegentlich der Kehilla-Wahlen in Jerusalem im Februar 1938 [f. Protokoll Kommissions-Sitzung], in: ZZA, S7/712.

*HOG* ausgesprochen und kandidierte auf der *Mapai*-Liste. Er wirkte aber bei der Vorbereitung und Durchführung des *HOG*-Wahlkampfes trotzdem sehr aktiv mit. Pikanterweise war er auch derjenige, der die (Schein-)Kandidatur von Blumenfeld\* vorgeschlagen hatte. Blumenfeld\*, der sich zu diesem Zeitpunkt in Wien aufhielt, trat nach der Wahl, wie zu erwarten war, zurück. Durch diesen Rücktritt hatte die *HOG* tatsächlich keinen ihrer eigenen Kandidaten durchgebracht, da hinter Szold, Jizchak Samunow und eine weitere *WIZO*-Aktivistin auf den Listenplätzen folgten. Löwenstein\* selbst wurde über die *Mapai*-Liste in den *Waad Hakehillah* gewählt.<sup>189</sup> Die *Hitachduth* setzte eine Kommission zur Untersuchung des Falles ein. Blumenfeld\* forderte den Rücktritt Löwensteins\* von allen Ämtern. Er argumentierte, dass Löwenstein\* zwar als *HOG*-Mitglied in politischen Fragen völlig frei sei, er aber in seiner Doppelstellung als *Mapai*- und *HOG*-Aktivist den Interessen der *Hitachduth* geschadet habe, da er als Vorstandsmitglied an Wahlentscheidungen des *Snif* mitwirkt habe. Zweifellos war das Verhalten von Fritz Löwenstein\* illoyal, insbesondere die Nutzung von Interna des *Snif* zu Wahlkampfzwecken der *Mapai*. Aber er selbst führte gewichtige Argumente zu seiner Verteidigung an und lehnte seinen Rücktritt ab. Seiner Meinung nach verbiete die Satzung der *HOG* ihr das Engagement im politischen Bereich: „Tatsächlich aber mache sie Politik. In Wirklichkeit gäbe es einen offiziellen politischen Kurs der *HOG* und für alle Mitglieder der *HOG*, die Parteien angehören, ergeben sich daraus Konfliktsituationen, die eindeutig nicht zu lösen sind.“<sup>190</sup> Das Problem der doppelten Loyalität sollte auch in den folgenden Jahren die *Hitachduth* begleiten.

Der *Snif* Tel Aviv beschloss ebenso im Dezember 1937, eine Initiative zur Bildung einer progressiven Wahlliste mit „nicht-deutschen“ Gruppen für die angesetzten *Kehillah*-Wahlen zu ergreifen. Das Präsidium bestätigte den Beschluss und der *Snif* führte separat mit dem *Ichud* und den *Zionim Klaliim* Verhandlungen über ein Zusammengehen. Letztere wollten sich aber noch mit den Hausbesitzern, der *WIZO* und der polnischen Einwandererorganisation verbinden, was ein Zusammengehen für die *HOG* Tel Aviv nahezu unmöglich machte. Der *Ichud* verblieb daher als einziger möglicher Partner. Er bestand aber – wenig verwunderlich –

---

<sup>189</sup> Siehe dazu: ebd.; Flugblatt der *Mapai* zu den *Kehillah*-Wahlen im Februar 1938, in: ebd.; Von der *Kehillah* Jerusalem, JR v. 24.5.1938, S.6; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 7.4.1938, in: ZZA, S7/507; Max Kreuzberger an Kurt Blumenfeld v. 4.1.1938, in: ebd.

<sup>190</sup> Siehe: Kurt Blumenfeld an das Präsidium der *Hitachduth* Olej Germania v. 1.11.1938, in: ZZA, A222/127; [Fritz] Löwenstein an das Präsidium der *HOG* v. 3.5.1939, in: ZZA, S7/712; Bericht der vom Präsidium der *H.O.G* eingesetzten Kommission zur Untersuchung des Verhaltens von Herrn Fr. Fritz Loewenstein anlässlich der Wahlen zur *Kehillah*, Jerusalem, im Frühjahr 1938 v. 26.4.1939, in: ebd.; Protokoll Kommissions-Sitzung, in: ebd.

auf einen religiösen Listenführer, nämlich den *Misrachisten* Lazarus Barth\*. Das Meinungsbild im Präsidium der *Hitachduth* war überaus vielfältig: Von der Ablehnung jedweden politischen Auftretens der *HOG* bis hin zum alleinigen Auftreten ohne Bündnispartner. Naphtali\* schloss das Zusammengehen mit *Misrachisten* grundsätzlich aus und Salli Hirsch\* befürwortete nur Bündnisse mit progressiven Gruppen. Der Vorstandsvorsitzende des *Snif* Jerusalem, Julius Rosenfeld\*, wiederum sprach sich für Kooperationsgespräche mit der *WIZO* aus. Der *Ichud* war allerdings alles andere als progressiv und hinter ihm standen wohl mehrere Tausend Einwanderer. Letztlich beschloss das *HOG*-Präsidium, weitere Verhandlungen mit ihm zu führen und als Kompromisskandidaten den allseits anerkannten Professor Julius Moses\* vorzuschlagen. Falls dies scheitere, sollte ein bisher ausgeschlossener selbstständiger Wahlkampf geführt werden – ein weiterer kleiner Schritt zur politischen Partei. Es kam aber nicht zu einem möglichen Kräfterennen zweier deutsch-jüdischer Gruppierungen, da die Wahl abgesagt wurde.<sup>191</sup>

Offensichtlich gab es aus der Perspektive der *Hitachduth* schon zu diesem Zeitpunkt, wo sie sich selbst als überparteilich charakterisierte, nur eine sehr begrenzte Zahl an möglichen Kooperationspartnern. Zwar stand die Option mit dem eher (rechts-)bürgerlich eingestellten *Ichud* im Raum, sie hatte aber nur geringe Realisierungschancen. Eine Kooperation mit den „nicht-deutschen“ (rechts-)bürgerlichen *Jischuw*-Gruppen schloss die *HOG* durch ihr Beharren auf eine progressive Ausrichtung potenzieller Bündnispartner aus. Auch die bürgerlichen religiösen Parteien schieden dadurch aus. Blieben theoretisch nur noch die *Mapai*, der allerdings numerisch kaum ins Gewicht fallende progressive Teil der *Allgemeinen* und sich selbst als unpolitisch deklarierende Organisationen wie *WIZO* und *Makkabi* als Optionen. Aus der Perspektive der Rechtsgruppen des *Jischuw* war die *Hitachduth* ein Anhängsel der *Mapai* und somit ein ausgesprochener Gegner. Die *Mapai* wiederum schrieb die *HOG* dem bürgerlichen Lager zu. Ein natürlicher Bündnispartner war sie in ihren Augen nicht, auch wenn viele (bürgerliche) *HOG*-Aktivisten schon vor ihrer *Alijah* und dann auch in *Erez Israel* eine gewisse Affinität zur Linken zeigten. Generell nahm die *Mapai* in den ersten Jahren gegenüber der *HOG* eher eine opportunistische Position ein. Während sie bei den Tel Aviver Stadtratswahlen die *Hitachduth* zur Teilnahme noch ermutigte, bekämpfte sie sie wenig später

---

<sup>191</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.6.1938, in: ZZA, S7/507; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 8.9.1938, in: ebd.; Manfred Geis, Allija aus Deutschland im palästinensischen Gemeindeleben, JR v. 17.6.1938, S.12; [Gerda Luft], Stadtrat und Kehilla in Tel Awiw, JR v. 4.11.1938, S.11.

bei den *Kehillah*-Wahlen in Jerusalem. Falls die Möglichkeit bestehe, sollten ihre Genossen dort aber trotzdem auch auf sicheren Listenplätzen der von ihr bekämpften *HOG*-Liste kandidieren. Die kleine Gruppe der progressiven Allgemeinen hatte auch Berührungspunkte zur *Hitachduth*, vor allem aber war sie mit sich selbst und ihrem weiter rechtsstehenden Pendant, den *Allgemeinen Zionisten B* beschäftigt. Einzig die *WIZO* zeigte sich offen für die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, aber dies sollte sich in den folgenden Jahren auch noch ändern.<sup>192</sup>

Dem zweiten politischen Aufgabengebiet der *Hitachduth*, der Zionisierung der deutschen *Alijah*, wurde nun in Anbetracht der Wirtschaftslage und des arabischen Aufstandes oberste Priorität eingeräumt. Schwierigkeiten zeigten sich aber schon in der für April und Mai 1936 geplanten großen Propagandaaktion der *HOG* namens Monat der Zionistischen Organisation. Die unruhige Lage im Land zwang sie zur Absage aller geplanten Veranstaltungen, nur eine Sondernummer des *MB* erschien. Es blieb auch in den folgenden Monaten das wichtigste Instrument der *HOG*, um Nichtzionisten und Abseitsstehende zionistisch zu schulen, oder wie Rosenblüth\* es einmal nannte: „unsere Alijah mit zionistischem Geist zu erfüllen.“<sup>193</sup> Ohnehin scheint – aus der Retrospektive – der Anspruch der führenden Köpfe der *HOG* auf diesem Arbeitsfeld etwas überspannt gewesen zu sein. Aus Immigranten sollten ja nicht nur Bürger *Erez Israels* werden, die ihr neues Heimatland und die zionistische Theorie kennen. Sie sollten Teil einer Freiheitsbewegung werden, die eigenen individuellen Interessen denen des Volkes und des Aufbauwerkes unterordnen und Verantwortung für den Aufbau der neuen Heimat bereitwillig auf sich nehmen. Gerade die Gruppe der Nichtzionisten setzte sich aus Menschen im mittleren und vorgeschrittenen Alter zusammen, die schon in Deutschland im Berufsleben standen und oft familiär gebunden waren. Dass jene sich – dem *Chaluz*-Ideal nicht unähnlich – politisch-geistig so weitreichend neu definierten, war wohl nur in Ausnahmefällen zu erwarten. Was im Laufe der Jahre zunehmend entstand, war eine emotionale Bindung der deutschen *Alijah* zu *Erez Israel* und seinen (jüdischen) Bewohnern, die vielleicht mit Heimat-

---

<sup>192</sup> Siehe dazu: Referat des Herrn Felix Rosenblüth in der Präsidial-Sitzung v. 29.10.1936 über die Bürgermeisterwahl in Tel Aviv, in: ZZA, S7/376; Dr. Felix Danziger, MB, Januar 1936, S.13-14; Protokoll Kommissions-Sitzung, in: ZZA, S7/712.

<sup>193</sup> Felix Rosenblüth an Erich Cohn v. 28.7.1942, in: ZZA, A339/66; siehe weiterhin: Rundschreiben des Merkas der HOG an die Ortsgruppenvorstände und Mitarbeiter, undatiert [Mai 1936], in: ZZA, S7/230; Arbeitsbericht des Ressorts für Organisations- und Kulturarbeit [d. HOG] per 31. März 1936, in: ebd.; Rundschreiben an die Vorstands- und Beiratsmitglieder der HOG. Jerusalem v. 20.3.1936, in: ebd.; Protokoll der Sitzung der Kulturkommission [des Snif Jerusalem] v. 16.7.1936, in: ebd.; Tätigkeitsbericht der HOG-Jerusalem für die Zeit 1. Jan. bis 30. Juni 1936, in: ebd.; MB, Sondernummer zum Monat der Zionistischen Organisation, April (I) 1936; Frieda Weinreich, Die Arbeitsvermittlung der HOG in Tel-Aviv, MB, Dezember (I) 1936, S.7-8.

und Nationalgefühl am treffendsten benannt wäre. In diesem Sinne konstatierte Holdheim\* im Jahre 1938, „dass die deutsche Alijah (mindestens ebenso wie die nichtdeutsche) ihre Bürgerpflichten erfüllt.“ Dabei hat auch die städtische nichtzionistische *Alijah* „ein gutes inneres Verhältnis zum Lande bekommen und ist bestimmt nicht schlechter als entsprechende Alijoth aus anderen Ländern.“<sup>194</sup> Einen Teil dieser Leistung vollbrachte die *HOG* und insbesondere ihr *Mitteilungsblatt*. Es gab den Neueinwanderern erste Orientierung, informierte die (noch) nicht oder wenig hebräisch sprechenden Einwanderer grob über das Geschehen im Lande und schuf so eine – wenn auch begrenzte – (Ver-)Bindung zwischen der *Hitachduth* und dem Gros der deutschen *Alijah*. Verständlicherweise versuchte die *HOG* daher, das *MB* sowohl quantitativ als auch qualitativ auszubauen und in ihm nun zunehmend politische Themen aufzugreifen.<sup>195</sup> Fragen wie die Durchsetzung von *Tozereth Haarez* und *Awodah Iwrith* in *Erez Israel* wurden thematisiert und staatstheoretische Meinungsäußerungen exponierter Vertreter des deutschen Zionismus abgedruckt.<sup>196</sup> Auch den Lesern wurde nun eine Tribüne zum Diskurs gegeben und sehr konträre Meinungsäußerungen zu Themen wie die Bedeutung der Speisegesetze für *Erez Israel* oder der Mangel an einer funktionierenden öffentlichen Meinung im *Jischuw* abgebildet.<sup>197</sup> Darüber hinaus veröffentlichte die *HOG* nun auch Broschüren zu (politischen) Themen wie der *Haawarah*, den arabischen Unruhen und dem Erziehungswesen in *Erez Israel*.<sup>198</sup> Die Redaktion des *MB* blieb aber weiterhin ihrer überparteilichen Linie treu und erlegte sich gerade in dem damals alles überlagernden Thema der möglichen Partition Palästinas Zurückhaltung auf. Im Gegensatz dazu verfolgten einige deutsche Zionisten einen entgegengesetzten Ansatz, die mit der

---

<sup>194</sup> Holdheim, deutsche Alijah, S.60, 88; siehe weiterhin: ebd., S.57-89; Programm für die Organisations- und Propagandaarbeit der Hitachduth Olej Germania, undatiert [Januar 1936], in: ZZA, A222/10/I; Stenographische Aufzeichnungen v. 3.3.1936, in: ZZA, J18/2, S.16-17, Protokoll d. Landestagung HOGO 1939, in: ZZA, A158/7.

<sup>195</sup> Siehe dazu: Holdheim, deutsche Alijah, S.89-90; [Erich] Kraemer, Bericht für die Monate Februar und März 1936, in: ZZA, S7/230; [Max] Kreuzberger an Gustav Schocken v. 14.12.1937, in: ZZA, A222/128; Aus der Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania 1936, in: ZZA, S7/376, S.2-4; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 9.2.1938, in: ZZA, S7/507.

<sup>196</sup> Zur Thematisierung von *Awodah Iwrith* beispielsweise: I.[saiah] Klinow, Zur Lage, MB, Mai (II) 1936, S.4-7; Georg Goetz, Kibbuz auf Vorposten, MB, November (I) 1936, S.10-12; zur *Tozereth Haarez* Propaganda beispielsweise die beiden diesbezüglichen Sondernummern des MB im Juli (II) und August (II) 1935; zur staatstheoretischen Aussagen siehe die mehrfachen Wortmeldungen von Salli Hirsch\*, Richard Lichtheim\* und Martin Rosenblüth\* ab September 1936 bis Januar 1937 in einzelnen Ausgaben des MB.

<sup>197</sup> Siehe zum Speisegesetz-Diskurs einzelne Ausgaben ab November (II) 1936 bis März (II) 1937; zum Thema öffentliche Meinung die Beiträge unter dem Schlagwort „Missverständene nationale Disziplin“ ab März (II) 1937 bis Juni (II) 1937.

<sup>198</sup> Siehe dazu: Hitachduth Olej Germania (Hg.), Unruhen in Palästina, Tel Aviv (1936); Gustav Krojanker, Haawarah. Ein Prüfstein für die zionistische Bewegung [Hebr.], Tel Aviv 1936; Hitachduth Olej Germania u.a. (Hg.), Chinuch. Führer durch das hebräische Schul- und Erziehungswesen in Palästina, Tel Aviv 1937.



Gründung von *Achduth Haam* den zionistischen Entscheidungsprozess zugunsten der Teilung beeinflussen wollten.

### **Partei Gründungen bürgerlicher deutscher Zionisten in den 1930er Jahren: *Achduth Haam***

Das Jahr 1937 schien in den Augen vieler deutscher Zionisten das Entscheidungsjahr für das Schicksal des jüdischen Nationalheims zu werden. Die Königliche Kommission empfahl die Teilung Palästinas und die Begründung eines jüdischen Staates. Kurz nach Verkündung des Untersuchungsberichtes brach der nun gut vorbereitete arabische Aufstand von Neuem aus. Nun jedoch erfasste er das gesamte Land und bis zum Sommer 1938 kontrollierten die Aufständischen wesentliche Teile Palästinas und die zivile Verwaltung kam zum Erliegen. Erst im folgenden Herbst konnte das britische Militär wieder die Oberhand gewinnen. Anfang 1939 schlug es den organisierten Aufstand endgültig nieder. Verbunden mit den Entwicklungen in Europa, der Herausforderung des britischen Imperiums durch Japan im Fernen Osten und den italienischen Expansionsgelüsten im Mittelmeerraum verblasste der im ersten Augenblick gezeigte Enthusiasmus der britischen Regierung für den Teilungsgedanken. Die Appeasement-Politik, die auch die Befriedung des Middle East beinhaltete, wurde nun mehr und mehr ihre Direktive.<sup>199</sup>

Die Gründung von *Achduth Haam* war eine direkte Reaktion auf diese Entwicklungen. Vorbereitungen dazu begannen ab Herbst 1937. Ihre Aktivisten sahen es „gerade `in diesen Zeiten´, da wir vor Entscheidungen gestellt sind, deren Tragweite sich auf Jahrzehnte, wenn nicht auf Jahrhunderte belaufen wird“<sup>200</sup>, als ihre zionistische Pflicht an, aktiv in die zionistische Politik einzugreifen. Der Führungskreis der bis Juni 1938 noch unter dem Namen *Miflagah Chadaschah* firmierenden Gruppe änderte sich im Vergleich zu *Kidmah* nur partiell. Rosenblüth\*, Krojanker\*, Pinner\* und Schocken\* engagierten sich wiederum in vorderster Reihe; nur Blumenfeld\* trat zurück ins zweite Glied. Zur Führungsriege hinzu stießen noch Bileski\*, Siegfried Moses\*, Elias Auerbach\*, Ginsburg\* als Generalsekretär und Kurt Tuchler\*.<sup>201</sup> Ähnlich wie bei *Kidmah* sah auch sie große Potenziale für eine bürgerliche

---

<sup>199</sup> Siehe dazu: Porath, *Movement*, S.233-241; Cohen, *Britain's Moment*, S.262-265; 268-277; 287-292; Kleine Palästina-Nachrichten, JWR v. 7.7.1939, S.9.

<sup>200</sup> Unsigniert [Siegfried Moses], Die in der Begründung befindlichen Partei, undatiert [ca. Februar 1938], in: ZZA, A376/33; zu *Achduth Haam* weiterhin: Bondy, *Dornenweg*, S.306-307.

<sup>201</sup> Siehe dazu: *Miflagah Chadaschah* [Lewinthal] an Kurt Blumenfeld v. 20.4.1938, in: ZZA, A222/128; [Bernhard] Balanov an Kurt Blumenfeld v. 15.7.1938, in: ebd.; Protokoll der Präsidiums-Sitzung [d. *Achduth Haam*] v. 13. Juni 1938, in: ZZA, A376/33.

Mittelpartei. Tatsächlich waren diese Hoffnungen nicht völlig aus der Luft gegriffen. Nicht nur die deutschen Juden waren zum Großteil nicht durch die Parteien des *Jischuw* erfasst. Die *Allgemeinen Zionisten* hatten nicht mehr als ein paar Hundert Mitglieder im Land, obwohl ein wesentlicher Teil des *Jischuw* der sozialistischen Ideenwelt fernstand. Das linke Spektrum dagegen war zwar straff organisiert; allein die *Histadruth* hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 82.000 und inklusive der Familien sogar über 100.000 Mitglieder. Aber viele der Mitglieder, die im Zuge der Masseneinwanderung ab 1933 in die Gewerkschaft eintraten, taten dies aus elementarer ökonomischer Notwendigkeit und nicht aus politischer Überzeugung. Daher war nur eine Minderheit der *Histadruth*-Mitglieder auch in den Links-Parteien aktiv. Noch im Jahre 1944 waren circa zwei Drittel der *Histadruth*-Mitglieder, in Zahlen fast 100.000, parteilos. *Achduth Haam* zielte auf die Masse der Arbeiter ab, die nur „rein praktisch gebunden sind“ und auf „ein wachsendes noch ungegliedertes Bürgertum, das sich zwar immer mehr zu regen beginnt und keinen politischen Ort seiner Regsamkeit findet.“<sup>202</sup>

Der Faktor Zeit spielte bei der Konstituierung der neuen Partei eine entscheidende Rolle. Um noch in der Frage der Partition Einfluss ausüben zu können, musste schnell eine große Parteibasis und ein straff organisierter Parteiapparat geschaffen und ein zugkräftiges Programm formuliert werden. Wie bei *Kidmah* sollte eine landsmannschaftliche Färbung – zumindest der Führungsreihen – der neuen Partei und somit eine Isolation vom übrigen *Jischuw* vermieden werden; mit Ausnahme des *Haarez*-Redakteurs Mosche Medzini blieb das Werben im restlichen *Jischuw* zunächst aber ohne Erfolg.<sup>203</sup> Auch unter den deutschen Juden war das Interesse nicht wirklich groß. Zwar führte *Achduth Haam* Listen mit Interessenten, deren Zahl weit über 1.500 lag. Die Ziffer wirklich aktiver Mitglieder ging aber in den ersten Monaten nicht über 100 hinaus und auch in den folgenden erhöhte sie sich nur auf etwa 300. Noch dazu lehnten Teile der deutschen bürgerlichen Zionisten, die bei den *Allgemeinen Zionisten* organisiert waren, die Mitwirkung bei *Achduth Haam* ab, teils bekämpften sie sie

---

<sup>202</sup> Die Parteien und unsere Wirklichkeit, Achduth Haam, Juli 1938, S.1-4, hier: 3; weiterhin dazu: Fritz Simon, Berichte der Jewish Agency und der Regierung, MB, August (I) 1939, S.11-13; Alija Chadascha Owedeth, MB v. 28.7.1944, S.4; Martin Seligmann, [Exposé:] Propaganda v. 25.11.1938, in: ZZA, J18/38; Wolffsohn, Politik in Israel, S.66; Manuela Maschke, Die israelische Arbeiterorganisation Histadrut. Vom Staat im Staate zur unabhängigen Gewerkschaft, Frankfurt a.M. 2003, S.267; G. Muenzner, Jewish Labour Economy in Palestine. The economic Activities of the General Federation of Jewish Labour (Histadruth Ha'owdim), Jerusalem/Tel Aviv 1943, S.1; ACO, Die Histadruth, S.27.

<sup>203</sup> Siehe dazu: Protokoll der Präsidiums-Sitzung [d. Achduth Haam] v. 13. Juni 1938, in: ZZA, A376/33; Protokoll der Präsidiumssitzung [d. Achduth Haam] v. 30.5.1938, in: ebd.; [Siegfried] Moses an Salmann Schocken v. 14.11.1937, in: ZZA, A222/51; [Bernhard] Balanov an Kurt Blumenfeld v. 15.7.1938, in: ZZA, A222/128.

auch offen.<sup>204</sup> Auch der organisatorische Aufbau der Partei kam nur in Ansätzen voran. Weder konnten die Protagonisten bis in den Herbst 1938 hinein feste, miteinander vernetzte Mitgliederkreise in den großen Städten etablieren, noch die notwendige Zahl an besoldeten Mitarbeitern für die tägliche Kleinarbeit gewinnen. Es mangelte an finanziellen Ressourcen für den schnellen Aufbau der Partei. Hinzu kam die Doppelbelastung der Aktivisten selbst, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit in der Freizeit die Geschicke der Partei gestalteten. Nach einem Jahr politischer Arbeit fasste Eli Rothschild\* das Ergebnis der Bemühungen unzweideutig zusammen: „In unserer bisherigen Arbeit haben wir es über die organisatorische Qualität eines beliebigen unpol.[itischen] Vereins nicht hinausgebracht.“<sup>205</sup>

Im Spätherbst 1938 wurde ein neuer Anlauf genommen, um endlich, wie Moses\* forderte, zur formalen Konstituierung der Partei zu gelangen, Mitglieder akquirieren und finanzielle Ressourcen gewinnen zu können. Der Organisationsapparat sollte professionalisiert, die Aufgaben der Führungsebene neu verteilt und die Zusammenarbeit der *Snifim* nun tatsächlich realisiert werden – kurzum, *Achduth Haam* sollte sich zu einer richtigen Partei entwickeln.<sup>206</sup> Wiederum brachten die Bemühungen nicht den erhofften Erfolg. Die finanzielle Lage der Partei verschlechterte sich weiter, Gehälter konnten teils nicht mehr finanziert werden und bis kurz vor den palästinensischen Kongresswahlen zum 21. Zionistenkongress im Sommer 1939 verringerten sich die Aktivitäten wieder beträchtlich. Hugo Schachtel\* stellte daher zur Entwicklung der *Snif* Haifa resigniert fest, dass es zu mehr als gelegentlichen gemeinsamen Diskussionen wohl nicht kommen werde: „Die meisten haben den Kopf mit persönlichen Zaroath [Nöten, E.R.] und Daagoth [Sorgen, E.R.] so voll, dass sie nicht genügend Bewegungsfreiheit und freien Kopf für öffentliche Dinge haben.“<sup>207</sup>

---

<sup>204</sup> Siehe dazu: ebd.; Mitgliederzahl [v. Achduth Haam], undatiert [Ende 1938, Anfang 1939], in: ZZA, J18/49; Aktennotiz v. 16.7.1939, in: ebd.; [Eli Rothschild] an S.[igmar] Ginsburg v. 16.2.1939, in: ZZA, J18/38; unsigniert, An die Miflagah Chadaschah, zu Händen v. Dr. H. Foerder v. 10.4.1938, in: ZZA, A222/128; [Siegfried Moses], Die in der Begründung befindlichen Partei, undatiert [ca. Februar 1938], in: ZZA, A376/33; [Miflagah Chadaschah], Geschätzte Beitragssummen für bisherige und voraussichtliche Mitglieder, undatiert [Frühling 1938], in: ebd.

<sup>205</sup> E.[li] Rothschild, Exposé: Organisation Achduth Haam v. 20.11.1938, in: ZZA, J18/38, S.1; weiterhin dazu: Eli Rothschild, Organisation von Achduth Haam. Exposé v. 8.12.1938, in: ebd.; [Eli Rothschild] an Fritz Simon v. 15.10.1938, in: ebd.; [Eli Rothschild] an G.[ustav] Krojanker v. 26.12.1938, in: ebd.; Protokoll der Präsidiums-Sitzung [d. Achduth Haam] v. 13. Juni 1938, in: ZZA, A376/33; [Kurt Blumenfeld] an Benno Cohn v. 9.12.1937, in: ZZA, A222/25.

<sup>206</sup> Siehe dazu: [Siegfried] Moses an G.[ustav] Krojanker/M.[oritz] Bileski v. 3.11.1938, in: ZZA, S7/699; Martin Seligmann, Dreimonatsplan v. 11.12.1938, in: ZZA, J18/38; Eli Rothschild, Organisation von Achduth Haam. Exposé v. 8.12.1938, in: ebd.; Martin Seligmann an [Eli] Rothschild v. 5.3.1939, in: ebd.; Martin Seligmann, [Exposé:] Propaganda v. 25.11.1938, in: ebd.

<sup>207</sup> Hillel Schachtel an [Eli] Rothschild v. 11.5.1939, in: ZZA, J18/38; siehe weiterhin: Martin Seligmann, Bericht Nr. 1 [d. Snif Haifa] v. 5.3.1939, in: ebd.; Gustav Krojanker an [Siegfried] Moses v. 18.5.1939, in: ZZA, A376/65.

Der programmatischen Ausrichtung von *Achduth Haam* widmeten die Aktivisten von Anfang an ihre Aufmerksamkeit. In ihrem gleichnamigen Parteiblatt stellten sie ihr vorläufiges Parteiprogramm in der Juli-Ausgabe 1938 erstmals der Öffentlichkeit vor. Es beinhaltete teils radikale, ja revolutionäre Forderungen, wenngleich die Aktivisten immer die betont realpolitische, rationale Ausrichtung ihrer Partei unterstrichen. Dem ganzen Inhalt nach war es in die Zukunft weisend und zwar auf die Errichtung des Judenstaates.<sup>208</sup> Zentrale ideologische Parteidoktrin war der liberale Freiheitsbegriff des 19. Jahrhunderts, der im Gegensatz zu seinem ökonomischen Pendant Ewigkeitsanspruch habe. Begrenzt werde er nur durch das allgemeine Interesse des nationalen Gemeinwohls. Nur die freiheitliche Demokratie könne sozialen Fortschritt für alle Gruppen des Volkes sicherstellen, während Sozialismus wie Faschismus zwangsläufig in die Diktatur münden würden.<sup>209</sup> Im außenpolitischen Bereich bejahte *Achduth Haam* den Teilungsgedanken, wenn der zukünftige Judenstaat existenzfähig sei und eine große Einwanderung sichere. Weiterhin zentral in den außenpolitischen Überlegungen der Partei war der Gedanke der Zusammenarbeit mit Großbritannien und der arabischen Welt.<sup>210</sup>

Die wirtschaftstheoretischen Überlegungen zeichneten eine Mischung aus staatsinterventionistischen und privatwirtschaftlichen Elementen aus. Die ökonomische Sphäre sollte zentral gesteuert werden. Nur so könne die übergeordnete Aufgabe der permanenten Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Landes für neue Einwanderer und die Gesundung der zuweilen anarchischen Wirtschaftsverhältnisse bewerkstelligt werden. Unter die (staatliche) Ordnungspolitik fiel auch die Harmonisierung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital und die zwischen kollektiven und privatwirtschaftlichen Unternehmensformen: „In Erez-Israel ist kein Platz für Ausbeutung von Arbeitern, aber auch kein Platz für einen Klassenkampf gegen den meist schwer um seine Existenz ringenden Unternehmer“<sup>211</sup> – so Punkt 31 des Programms. Die vielen, teils gewaltsamen Arbeitskonflikte sollten fortan durch

---

<sup>208</sup> Siehe dazu: Die Parteien und unsere Wirklichkeit, Achduth Haam, Juli 1938, S.1-4; M.[owitz] Bileski, Für den Teilungsplan, ebd., S.4-9; Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, ebd., S.21-25.

<sup>209</sup> Siehe dazu: ebd.; Die Parteien und unsere Wirklichkeit, ebd., S. 1-4; Gustav Krojanker an [Eli] Rothschild v. 15.9.1938, in: ZZA, J18/38; [Miflagah Chadaschah], „Fragen, die vor der nächsten Sitzung erörtert sein sollen“, v. 3.5.1938, in: ZZA, A376/33.

<sup>210</sup> Siehe dazu; M.[owitz] Bileski, Für den Teilungsplan, Achduth Haam, Juli 1938, S.4-9; Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, ebd., S.21-25 und Kap. IV.

<sup>211</sup> Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, Achduth Haam, Juli 1938, S.21-25, hier: 24; siehe weiterhin: Miflagah Hadaschah, Entwurf zu einem Wirtschaftsprogramm, undatiert [Mai-Juni 1938], in: ZZA, A376/33; Notizen während der Diskussion des Wirtschaftsprogramms v. 24.5.1938, in: ebd.

unparteiische Schiedsstellen und Arbeitsgerichte geschlichtet und gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen dem privatwirtschaftlichen und dem nationalen Wirtschaftssektor geschaffen werden. Vor allem die Doppelstellung der Gewerkschaft als Arbeitgeber und Interessensvertreter der Arbeitnehmer, die zu Wettbewerbsverzerrung und Protektionismus der eigenen *Histadruth*-Unternehmen führe, war *Achduth Haam* ein Dorn im Auge.<sup>212</sup> Im Bereich der Bodenpolitik vertrat sie den Grundsatz des Volkseigentums an Boden. Der vom *KKL* im landwirtschaftlichen Bereich schon praktizierte Grundsatz sollte auch auf den städtischen Bereich ausgeweitet werden, um die Spekulation mit Wohnraum und Boden zu unterbinden.<sup>213</sup>

Innenpolitisch radikal war die Forderung nach Zurückdrängung der Parteien auf ihre Kernfunktionen der Politikformulierung und Vermittlung und der Entpolitisierung weiter Teile der gesellschaftlichen Sphäre: „Wir bekämpfen die ausschließliche Gestaltung des öffentlichen Lebens durch die Herrschaft der Parteien“<sup>214</sup> – so der Tenor. Der alles dominierende Parteienschlüssel bei der Ämterbesetzung aller Körperschaften und Gremien müsse zugunsten sachlicher und fachlicher Kriterien relativiert und die „staatlichen“ Sphären der Verwaltung, Einwanderung und Einwanderungsvorbereitung dem Parteeinfluss entzogen werden. Auch im Bereich der Erziehung forderte sie gravierende Änderungen. Das bisher aus drei ideologischen Richtungen zusammengesetzte Schulnetz – *Misrachi*, *Histadruth* und *Allgemeine Zionisten* – wollte sie durch eine überparteiische Einheitsschule ersetzen. In die gleiche Richtung zielte die Forderung nach Verbot der Begründung oder Angliederung von Jugendorganisationen durch beziehungsweise an die Parteien, um der Indoktrination von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre ein Ende zu setzen.<sup>215</sup> Im Verhältnis von Staat und Religion plädierte *Achduth Haam* für eine möglichst weitgehende Trennung beider Sphären. Nur Krojanker\* wendete sich gegen diesen Programmpunkt: „Denn wenn das jüdische Volk, das bis vor kurzem noch ganz auf seiner Religion gestanden hat [...], bei Errichtung seines Staates eine so grundlegende Änderung vornimmt, wie das bei uns in Punkt 25 geschehen ist

---

<sup>212</sup> Siehe dazu: Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, Achduth Haam, Juli 1938, S.21-25; E.[rich] Kraemer, Bemerkungen zum Wirtschaftsprogramm, ebd., S.16-20; Mittelständische Siedlung, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.9-12; M. Budeni, Histadruth-Kooperationen und Privat-Industrie, ebd., S.12-14.

<sup>213</sup> Siehe dazu: Elias Auerbach, Probleme der Bodenpolitik, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.5-9; Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, Achduth Haam, Juli 1938, S.21-25.

<sup>214</sup> ebd., S.22.

<sup>215</sup> Siehe dazu: ebd.; Felix Rosenblüth, Der Schulkonflikt, ebd., S.10-16; E.[lieser] Rieger, Die zionistische Jugendbewegung, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.15-17.

– so ist das eine Revolution, mag sie auch noch so sehr in den Gemütern weiter Kreise vorbereitet sein.“<sup>216</sup>

Gegen den *Revisionismus* bezog *Achduth Haam* von Anfang an klar Stellung. Nach verheerenden Anschlägen auf arabische Märkte in Jerusalem und Haifa im Sommer 1938, denen dutzende arabische Palästinenser zum Opfer fielen, verortete ihr Presseorgan im Gegensatz zu anderen die Täter eindeutig im revisionistischen Lager. Dabei kritisierte es den jüdischen Gegenterror auf moralischer Ebene und gleichfalls aus realpolitischem Kalkül heraus. Der Terror gefährde die Einheit des *Jischuw*, stärke den Zusammenhalt der arabischen Palästinenser und unterminiere das jüdische Recht auf Selbstverteidigung. Vor allem stärke er die an sich politisch bedeutungslosen *Revisionisten*. Gleichzeitig kritisierte das Blatt die jüdische Öffentlichkeit des *Jischuw*, da viele, insbesondere aus dem bürgerlichen Milieu die Taten billigten oder gar guthießen.<sup>217</sup> Exemplarisch für die unterschiedliche Sicht osteuropäischer und deutscher *Esrachim* auf den *Revisionismus* war ein Disput zwischen Medzini und Krojanker\*. Ersterer sah im *Revisionismus* eine Reaktion auf den Totalitätsanspruch der Arbeiterschaft. Erst durch ihn hätten sich die bürgerlichen Kreise bedroht gefühlt und mit der revisionistischen Bewegung sympathisiert, denn beide verbinde der Hass auf die Linke. Medzini war alles andere als ein Unterstützer des *Revisionismus*, er gehörte dem linksbürgerlichen Lager an. Trotzdem erblickte er im Kampf gegen die Herrschaft der Arbeiterschaft die Hauptaufgabe, als dessen Nebenprodukt sich auch die Schwächung und Isolierung des *Revisionismus* ergebe. Krojanker\* sah darin eine Bagatellisierung des terroristischen *Revisionismus*, der nicht als Folgeerscheinung der Arbeiterherrschaft, sondern gleich den faschistischen Bewegungen in Europa als eine Verzerrung des nationalen Gedankens anzusehen sei. Gleichwohl sah auch er aus einer bürgerlich-zionistischen Grundposition heraus den Kampf gegen den linken Herrschaftsanspruch für gerechtfertigt an: Jene „diktiert uns nach links den Kampf gegen das Übergewicht einer Partei, nach rechts den Kampf gegen einen geistverlassenen schreierischen Übernationalismus.“<sup>218</sup>

---

<sup>216</sup> Gustav Krojanker an [Elias] Auerbach v. 22.6.1938, in: ZZA, A376/33; siehe weiterhin: Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, Achduth Haam, Juli 1938, S.21-25; [Programm-] Vorschlag Dr. E.[lias] Auerbach – Haifa, undatiert [Juni 1938], in: ZZA, A376/33.

<sup>217</sup> Siehe dazu: G[erda] L[uft], Geld und Menschen aufs Land, JR v. 2.8.1938, S.5; Das Gebot der Stunde, Achduth Haam, Juli 1938, unpg.; K., Die innere Front, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.1-4; Der revisionistische Terror, ebd., S.24-26; Ten Arabs killed in Old City, Jerusalem, Palestine Post v. 17.7.1938, S.1; Das Attentat in Haifa; JR v. 29.7.1938, S.10.

<sup>218</sup> Briefwechsel über den Kampf gegen den Revisionismus, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.17-21, hier: 21; weiterhin: Der revisionistische Terror, ebd., S.24-26.

Massentauglich, wie es die Aktivisten von *Achduth Haam* erstrebten, war das Programm auf keinen Fall. Darüber hinaus waren die radikalen Forderungen nach einem weitreichenden Wandel der politischen Kultur des *Jischuw* für eine sich in Gründung befindende Partei wohl mehr als vermessen. Sogar einige ihrer Aktivisten hegten darum Zweifel: „Es ist schon ein unerhörtes Unternehmen, Grundsätze zu vertreten, die außer der obligatorischen ‚vaterländischen‘ Gesinnung, der Opferfreudigkeit, der Bereitschaft, von der eigenen ‚Rasse‘ viel u. von allen anderen Zeitgenossen recht wenig zu halten, noch zusätzlichen kühlen Verstand, faires Kämpfen und Gesinnungskultur verlangen. [...] Was wir unsere Aufgabe nennen, ist Politik in so weitem Sinne, dass es schwer ist, Grenzen zu nennen.“<sup>219</sup>

Letztlich war das Programm auch auf Sand gebaut. Die britische Regierung zweifelte schon kurz nach der Veröffentlichung des Teilungsvorschlages an dessen Realisierbarkeit. Im eigenen Parlament löste er wenig Enthusiasmus aus. Auch in den verschiedenen Ministerien gab es unterschiedliche Meinungen dazu. Die distanzierte Haltung der zionistischen Bewegung und vor allem die grundsätzliche Ablehnung des Plans seitens der arabischen Staaten taten ihr Übriges. Letztere drohten nun unverhohlen mit ihrer Annäherung an die Achsenmächte – ein Schreckensszenario für die geostrategischen Interessen Großbritanniens in Middle East. Im April 1938 schickte die britische Regierung eine weitere Untersuchungskommission unter der Führung von Charles Woodhead nach Palästina. Anfang November wurde ihr Untersuchungsbericht veröffentlicht. Letztlich lief er auf die Feststellung hinaus, dass eine Partition nicht praktikabel sei. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich dann auch die britische Regierung. Sie berief nun eine Konferenz zur Lösung der Palästina-Frage ein, an der neben ihr selbst die jüdische Seite, die arabischen Palästinenser und Vertreter der arabischen Nachbarstaaten teilnahmen. Schon im Voraus kommunizierte sie, dass, falls kein Übereinkommen zwischen den Konfliktparteien erzielt werde, sie eine Lösung oktroyiere. Wie zu erwarten war, scheiterte die vom britischen Kolonialminister Malcolm Macdonald einberufene Konferenz, die im Februar und März 1939 in London stattfand und unter dem Namen Londoner- oder Round-Table-Konferenz in die Geschichte einging. Wie angekündigt, veröffentlichte die britische Regierung dann am 17. Mai 1939 das so genannte MacDonald-Weißbuch. Quintessenz des Weißbuches war die Perpetuierung des Minderheitenstatus‘ der Juden in Palästina und ihre Unterwerfung unter arabische Herrschaft – was nicht weniger als das Ende aller zionistischen Träume bedeutet hätte. Insgesamt sollten in den folgenden fünf Jahren

---

<sup>219</sup> [Eli Rothschild] an [Gustav] Krojanker v. 18.9.1938, in: ZZA, J18/38.

weitere 75.000 Juden in Palästina einwandern dürfen, danach eine weitere Einwanderung von der – mit Sicherheit nicht zu erlangenden – Zustimmung der palästinensischen Araber abhängig gemacht werden. 25.000 Zertifikate waren dabei ausschließlich für jüdische Flüchtlinge reserviert, der Rest im Rahmen des regulären Zertifikatssystems. Weiterhin sollten Bodentransaktionen von arabischer in jüdische Hände streng reglementiert und in den folgenden zehn Jahren die Grundlagen für einen zu gründenden palästinensischen Staat gelegt werden.<sup>220</sup>

*Achduth Haam* reagierte auf den in zionistischen Kreisen schon erwarteten britischen Rücktritt vom Teilungsplan betont pragmatisch. Da nun weder die von ihr favorisierte Partition, noch ein binationales, paritätisch ausgerichtetes Gemeinwesen in greifbarer Nähe erschien, setzte sie auf einen kantonalen Ansatz mit autonomen jüdischen und arabischen Bezirken in Palästina. Jener sollte als Basis für eine – zumindest zweitweise – Verständigung mit GB und der arabischen Seite bei den Londoner Verhandlungen dienen. Sie forderte daher von der zionistischen Führung, während der Verhandlungen keine Protest- und Verweigerungshaltung einzunehmen und einzig auf die Erfüllung des Mandats zu pochen, sondern an einer an der weltpolitischen Wirklichkeit ausgerichteten Lösung mitzuwirken.<sup>221</sup> Letztlich mussten sich die Aktivisten von *Achduth Haam* aber eingestehen, dass auch eine aktivere jüdische Politik das Ergebnis der Verhandlungen nicht beeinflusst hätte. Relativ einhellig reagierte dann *Achduth Haam* auf das MacDonald-Weißbuch. An sich existierte innerhalb der Partei ein rechter und linker Flügel und der eher konzessionsbereite Kurs von Parteiführern wie Moses\*, Auerbach\* und Krojanker\* war innerhalb ihrer Reihen nicht unbedingt mehrheitsfähig. Dessen ungeachtet sah *Achduth Haam* wie die gesamte zionistische Bewegung die neue britische Palästina-Politik als Verrat am Zionismus an, dem nur mit Kampf und Widerstand begegnet werden könne. Freilich, so betonte Rosenblüth\*, „müssen die Mittel des Kampfes sorgfältig abgewogen werden und es muss klar sein, dass für den Augenblick weder ein offener Kampf

---

<sup>220</sup> Siehe dazu: Christopher Sykes, Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates, München 1967, S.190-220 [f. Sykes, Kreuzwege]; Monty Noam Penkower, Palestine in Turmoil. The Struggle for Sovereignty, 1933 – 1939. Volume II: Retreat from the Mandate, 1937-1939, New York/Brighton 2014, S.411-667 [f. Penkower, Palestine in Turmoil]; Porath, Movement, S.274-294; Against Partition: British Statement of Policy, November 1938, abgedr. in: Walter Laqueur (Hg.), The Israel-Arab Reader. A documentary History of the Middle East Conflict, London 1969, S.62-63 [f. Laqueur, Israel-Arab Reader]; The White Paper of 1939, abgedr. in: ebd., S.64-75.

<sup>221</sup> Siehe dazu: Achduth Haam an die Exekutive der Jewish Agency v. 28.12.1938, in: ZZA, J18/38; Siegfried Moses, Welche Grundtendenz können jetzt Verhandlungen mit der englischen Regierung haben?, 31.10.1938, in: RWC, Box 1, Folder 40; Siegfried Moses an M.[oritz] Bileski/G.[ustav] Krojanker v. 3.11.1938, in: ZZA, S7/699; Siegfried Moses an [Chaim] Weizmann v. 21.10.1938, in: ebd. und Kap. IV.



noch ein Terror aus dem Hinterhalt für die Durchsetzung unserer Ziele geeignet sein kann.“<sup>222</sup> Somit erteilte *Achduth Haam* in einem Atemzug den von Ben-Gurion zumindest erwogenen Rebellionsplänen ebenso eine Absage wie auch den – allzu fantastischen – Invasionsplänen der *Revisionisten* und deren wieder in *Erez Israel* aufflammenden Terroranschlägen.<sup>223</sup> Dagegen sah *Achduth Haam* die illegale Einwanderung, hebräisch *Alijah Beth (AB)* oder *Haapalah* genannt, als das wesentliche Mittel im Kampf gegen das Weißbuch. Auch das im *Jischuw* populäre, letztlich aber unrealistische Konzept der Non-Cooperation mit der Mandatsmacht fand anfangs Fürsprecher bei ihr; jedoch setzten die deutschen Zionisten dem Kampf gegen England in Palästina schon vor Beginn des II. Weltkrieges Grenzen, da Großbritannien auch Bundesgenosse an der Anti-Hitler-Front war.<sup>224</sup>

Während des Wahlkampfes zu den Kongresswahlen in Palästina, die die palästinensischen Delegierten zum 21. Zionistenkongress in Genf im August 1939 bestimmten, trat *Achduth Haam* wieder vermehrt an die Öffentlichkeit. Eine *Schekel*-Aktion wurde durchgeführt, Tausende hebräisch- und deutschsprachige Wahlkampfzeitungen gedruckt, Plakate und Informationsflyer verteilt, Wahlwerbung in hebräisch- und deutschsprachigen palästinensischen Zeitungen inseriert und Wahlkampfveranstaltungen an vielen Orten abgehalten.<sup>225</sup> Programmatisch lag der Fokus auf der Außenpolitik; das Konzept der Bezirksautonomie und der Kampf gegen das Weißbuch in planmäßigen, von der zionistischen Führung autorisierten Aktionen sollten die Antwort auf die zionistische Krise in *Erez Israel* geben. Ansonsten

---

<sup>222</sup> Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49, S.6; Siegfried Moses, [Bericht über die Londoner Verhandlungen] v. 7.3.1939, in: ebd.; [Bernhard] Balanov an Kurt Blumenfeld v. 15.7.1938, in: ZZA, A222/128; Gustav Krojanker an [Siegfried] Moses v. 18.5.1939, in: ZZA, A376/65; Wo stehen wir?, Achduth Haam, Juli 1939 [Sonderausgabe zum Kongress], unpg.

<sup>223</sup> Siehe zu den verschiedenen Plänen und Terroraktionen: Reinharz/Shavit, Road to September, S.152-153, 206-214, 220-221, passim; Monty Noam Penkower, Decision on Palestine deferred. America, Britain and Wartime Diplomacy 1939 – 1945, London/Portland 2002, S.4-6, 8-11 [f. Penkower, Decision]; Yehuda Bauer, From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine 1939-1945, Philadelphia 1970, S.47-51 [f. Bauer, Resistance].

<sup>224</sup> Siehe dazu: ebd., S.65-66; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49; Achdut Haam, Stichworte f. Leitartikel, v. 3.3.1939, in: ebd.; unsigniert, Stichworte für den Wahlkampf, undatiert [Juni-Juli 1939], in: ebd.; M.[oritz] Bileski, Zur Kritik des Weißbuches, Achduth Haam, Juli 1939 [Sondernummer zum Kongress], unpg.

<sup>225</sup> Siehe dazu: Achdut Haam, Zur Schekel-Aktion, Juni 1939, in: ZZA, J18/49; Aktionsprogramm für den Wahlkampf der „Achdut Haam“, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ebd.; unsigniert, [Achduth Haam] Aktennotiz v. 16.7.1939, in: ebd.; Korrigierter Kostenvoranschlag für Propaganda [f. Achduth Haam], undatiert [Juni-Juli 1939], in: ebd.; Aktennotiz: Verteilung der Wahlzeitungen in Tel Aviv v. 23.7.1939, in: ebd.; Besprechung Dr. Hurwitz/Melnik über evtl. propagandistische Maßnahmen in der letzten Woche vor den Wahlen v. 22.7.1939, in: ebd.

orientierte sich das Wahlkampfprogramm am schon erläuterten Parteiprogramm. Einzig die Kritik an den zionistischen Führungsinstanzen nahm nun an Schärfe zu. Insbesondere nach der Veröffentlichung des Weißbuches hätten diese den *Jischuw* ohne Führung und Weisung gelassen.<sup>226</sup>

Bei den am 30. Juli 1939 durchgeführten Wahlen erlebte *Achduth Haam* ein Fiasko. In ihrer Hochburg in Tel Aviv erreichte sie kaum mehr als 500 Stimmen. Dass sie beim „nicht-deutschen“ *Jischuw* nicht reüssieren würde, war vorhersehbar. Dass aber auch die deutschen Zionisten des bürgerlichen Spektrums ihr die Unterstützung versagten, hatten die Protagonisten der Partei trotz mäßigem Interesse an ihren Wahlkampfveranstaltungen so nicht erwartet. Zwar diagnostizierten sie eine gewisse Enttäuschung bei vielen deutscher Zionisten über den Mangel an politischen Partizipationsmöglichkeiten, hofften aber, „die Wahlfeindschaft, die bei einem großen Teil uns nahestehender Menschen bestand, zu überwinden.“<sup>227</sup> Schließlich war in ihren Augen *Achduth Haam* die einzige Partei, die die Interessen der deutschen Juden in Palästina vertreten und die die Tradition des deutschen Zionismus im neuen Rahmen aufrechterhalten werde. Wohl mag die Verbitterung vieler deutscher Zionisten im gewissen Umfang zu Desinteresse und Gleichgültigkeit geführt haben. Seinen Anteil am schlechten Abschneiden hatte aber auch das außenpolitische Programm; es war zum Wahlzeitpunkt durch das MacDonald-Weißbuch schon überholt, und alles andere als ein Judenstaat war wohl auch unter deutschen Juden zum damaligen Zeitpunkt nicht sonderlich populär. Hinzu kam die Auseinandersetzung um eine Listenverbindung mit den *Allgemeinen Zionisten A*, die wiederum die Zerrissenheit der bürgerlichen Mitte offenbarte und nicht unbedingt wählermobilisierend wirkte.<sup>228</sup> Kurt Löwenstein\* berichtete im Nachgang der Wahlen von einer gewisse Depression, „die in weiten politisch interessierten Kreisen der deutschen Alijah infolge des geringen Erfolges der ACHDUTH HAAM bei den Kongresswahlen entstanden war.“<sup>229</sup> Die Partei erholte sich von diesem Rückschlag nicht mehr. Anfang 1940

---

<sup>226</sup> Siehe dazu: 10 Forderungen an den Kongress, Achduth Haam, Juli 1939 [Sonderausgabe zum Kongress], unpg.; Eine neue Partei „Achduth Haam“, Tamzit Itonejnu v. 21.7.1939, unpg.; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49; Stichworte für den Wahlkampf, undatiert [Juni-Juli 1939], in: ebd.

<sup>227</sup> Sekretär Rosenberg [d. Snif Jerusalem] an Zentrale [d. Achduth Haam] Tel Aviv v. 1.8.1939, in: ebd., S.1; Felix Rosenblüth an Bundesbrüder [d. KJV] v. 26.7.1939, in: ebd.; Labour Majority in Congress Polls, Palestine Post v. 1.8.1939, S.1; Election Count completed in T.A., Palestine Post v. 2.8.1939, S.1.

<sup>228</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth an Bundesbrüder [d. KJV] v. 26.7.1939, in: ZZA, J18/49; Stichworte für den Wahlkampf, undatiert [Juni-Juli 1939], in: ebd.; Aktennotiz: Betr. Landeswahlkommission v. 14.7.1939, in: ebd.; Fred Estreicher an Friedrich Rubensohn v. 4.7.1939, in: ebd.

<sup>229</sup> Kurt Löwenstein an Salli Hirsch v. 27.8.1939, in: ZZA, A158/8.

gab es zwar Versuche, sie wieder zu aktivieren. Die Arbeit der *Snifim* wurde wiederbelebt und einige öffentliche Veranstaltungen abgehalten. Im Februar 1941 nahm sie noch an den Wahlen zum Waad Hadar Hacarmel teil, danach schiefen die Aktivitäten gänzlich ein.<sup>230</sup>

## Die österreichische Katastrophe

Mit dem so genannten „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland Anfang März 1938 brach für die etwa 200.000 Juden in Österreich die Hölle auf Erden herein. Pogromartige Ausschreitungen, Massenverhaftungen, Terror und Erniedrigungen sowie Deportationen ins Konzentrationslager Dachau zeichneten die ersten Wochen der radikalisierten NS-Judenpolitik aus; außerdem übertrug die NS-Führung die antijüdische Sondergesetzgebung des „Altreichs“ binnen Wochen auf Österreich und die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft begann. Innerhalb weniger Monate war das österreichische Judentum jeglicher wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit beraubt. Im Bereich der Auswanderungspolitik suchten die NS-Instanzen nach neuen Wegen und gingen nun zum System der gezielten Vertreibung über. Tausende Juden wurden in den Monaten nach dem „Anschluss“ über die grünen Grenzen in die Nachbarländer abgeschoben. Mit der Begründung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ im beschlagnahmten Rothschild-Palais in der Wiener Prinz-Eugen-Straße im August 1938 wurde das bürokratische Auswanderungsverfahren zentralisiert und koordiniert; sämtliche für eine Auswanderung benötigten Formalitäten wurden nun in dieser Zentralstelle innerhalb weniger Tage erledigt, mit inbegriffen die Ausplünderung der Auswanderer. Bis Mai 1939 erreichten die NS-Instanzen so die Vertreibung von circa 100.000 österreichischen Juden. So bilanzierte der SD im November 1938: „Im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden, wird vorgeschlagen, [...] die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichgebiet zu erwägen“<sup>231</sup> – was Anfang 1939 auch in die Tat umgesetzt wurde.

---

<sup>230</sup> Siehe dazu: [Martin] Seligmann an M.[owitz] Bileski v. 26.1.1940, in: ZZA, J18/49; Martin Seligmann an M.[owitz] Bileski/[Fred] Estreicher v. 14.2.1940, in: ebd.; Fred Estreicher an M.[artin] Seligmann v. 24.1.1940, in: ebd.; Bürger des Hadar Hacarmel! Olim aus Mitteleuropa!, MB v. 14.2.1941, S.5; Notizen der Woche, MB v. 24.2.1941, S.2.

<sup>231</sup> Bericht über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, verfasst von [Herbert] Hagen, November 1938, abgedr. in: Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938, München 1995, S.193-194; siehe weiterhin: Gabriele Anderl, Emigration und Vertreibung, in: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien u.a. 1992, S.167-337, hier: 178-181 [f. Anderl, Emigration]; Longerich, Politik, S.162-165, 187-189; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933-1945. II Bde., Bd. I: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, Bonn 2006, S.262-269; Kumar, Land, S.128-130.

In *Erez Israel* informierte die dortige Presse vom ersten Tag an die Öffentlichkeit ausführlich über die Judenverfolgung in Österreich.<sup>232</sup> Die schon erwähnte *Hitachduth Olej Austria* reorganisierte sich wenige Tage nach dem „Anschluss“ und begann Vorbereitungen zur Unterstützung der nun in großer Zahl zu erwartenden österreichischen Neueinwanderer zu treffen. Bis zu diesem Zeitpunkt fungierte die bereits in den 1920er Jahre gegründete Organisation eher als gesellschaftlich-kultureller Sammelpunkt für die an Zahl relativ kleine österreichische *Alijah*.<sup>233</sup> Die *HOA* begann, Kontakte zu den relevanten Institutionen zu knüpfen. Sie wendete sich in den ersten Wochen an die für Einwanderungsfragen zuständige Einwanderungsabteilung der *Sochnuth*, an den *Council*, die *DA* und Miss Szold als Leiterin der *Jugend-Alijah*, um organisatorische und finanzielle Unterstützung zu erlangen.<sup>234</sup> Sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse in Österreich reagierten auch die *DA* und der *Council*. Erstere entwarf erste Konzepte zur Über- und Ansiedlung österreichischer Juden, letzterer startete eine weitere Geldsammlung, nun zugunsten des österreichischen Judentums. Auch die *HOG* räumte der so genannten „österreichischen Frage“ hohe Priorität ein. Erstmals erörterte sie jene im autoritativen Kreis am 17. März 1938. Das Präsidium der *HOG* beschloss an jenem Tage, in Verbindung mit der *HOA* zu treten, um eine Koordinationskommission zur Zusammenarbeit zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt existierte nur eine lose Verbindung zwischen beiden Organisationen. Wie schon erwähnt, beriet die *HOG* auch österreichische Juden und zur Stadtratswahl in Tel Aviv im Jahre 1935 traten beide Organisationen gemeinsam an. Aber den Wunsch der *HOA*, die gesamte mit der Integration der österreichischen *Olim* zusammenhängende Arbeit zu übernehmen, beschied die *HOG* im Mai 1934 noch abschlägig; stattdessen bot sie ihr Unterstützung beim Aufbau eigener Strukturen an.

---

<sup>232</sup> Siehe beispielhaft: Pogrom raging in Vienna for past four Days, *Palestine Post* v. 17.3.1938, S.1; Nürnberger Gesetze in Österreich [Hebr.], *Dawar* v. 18.3.1938, S.1; Österreichische Juden in der Nazi-Hölle [Hebr.], *Hazofeh* v. 21.3.1938, S.1; Jewish Destitution grows in Austria, *Palestine Post* v. 20.3.1938, S.1.

<sup>233</sup> Siehe: Maximilian Steinherz, *Alte Olej Austria – Neue Olej Austria*, *Nachrichten der Hitachduth Olej Austria*, September 1938, S.4-5; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 17.3.1938, in: ZZA, S7/507; [Egon M.] Zweig an A.[rthur] Ruppin v. 11.5.1938, in: ZZA, S7/513; Dieter J. Hecht, *Juden aus Österreich in Israel – Die Hitachdut Olej Austria*, in: Sabine Falch/Moshe Zimmermann (Hg.), *Israel Österreich. Von den Anfängen bis zum Eichmann-Prozess 1961*, Wien u.a. 2005, S.15-45, hier: 17, 20-21 [f. Hecht, *Hitachdut*]; Doron Niederland, *Die Immigration*, in: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), *Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft*, Wien u.a. 1992, S.339-444, hier: 342 [f. Niederland, *Immigration*].

<sup>234</sup> Siehe dazu: [Egon M.] Zweig an *Sochnuth Jehudith*, *Machleketh Haalijah* v. 25.3.1938, in: ZZA, S7/513; E.[gon] M. Zweig an *The Council for German Jewry* v. 15.3.1938, in: ebd.; Gedächtnisprotokoll der Vorsprache der Landesleitung der *Hitachduth Olei Austria* bei Herrn Dr. Werner Senator vom 30.3.1938, ausgefertigt am 31.3.1938, in: ebd.

Nun begannen die Verhandlungen über eine Kooperation von Neuem. Wie jene schlussendlich aussehen würde, war unklar. Klar dagegen war, dass es innerhalb der österreichischen Kreise auch Stimmen für die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der *HOA* gab.<sup>235</sup> Die Verhandlungsführer der *HOA* forderten die Schaffung eines österreichischen Pendantes der *DA*. Die Zusammenarbeit mit der *HOG* wollten sie dahingehend gestalten, dass die *HOA* als österreichische Sektion kollektiv der *Hitachduth* beitrete und erst einmal weiterhin selbstständig unter einem gemeinsamen Dach agiere. In den Gremien der *HOG* wollte sie ein Drittel der Sitze zugestanden bekommen; gleiches galt für die der *HOG* nahestehenden Organisationen wie *RASSCO*, *Haawarah* und *Kupath Milweh*. Neben dem Willen zur Hilfe hatte die Jerusalemer *DA* ein handfestes eigenes Interesse, auch die zentrale Betreuung der österreichischen *Alijah* zu übernehmen. Eine von der *HOA* geforderte separate österreichische Abteilung hätte in einem Augenblick Konkurrenz um Gelder und Ressourcen bedeutet, in dem sie durch die Verringerung des Spendenaufkommens in der *Golah* sowieso zum Schrumpfen verurteilt war. Und auch die *Sochnuth* hatte an einer von ihrem Budget abhängigen österreichischen Abteilung wohl wenig Interesse. Sie beschloss daher ohne Konsultation der *HOA* Anfang April 1938, der *DA* auch die Betreuung der österreichischen *Alijah* zu übertragen.<sup>236</sup>

Dagegen zogen sich die Kooperationsverhandlungen zwischen den beiden landsmannschaftlichen Organisationen über Monate hin. Die *HOG*-Führung präferierte eine Fusion mit der *HOA* unter Gewährung gewissen Einflusses in ihren Gremien. Gleichzeitig beharrte sie auf den individuellen Eintritt – zumindest eines wesentlichen Teils – der Mitglieder der *HOA*. Den eigenen Mitgliederstand gab die *HOA* zur Verbesserung ihrer Verhandlungsposition wohl weit übertrieben mit gut 1.000 an. Ein Teil der *HOG*-Führung hegte auch Bedenken gegen eine weitere Selbstständigkeit der *HOA*. Er befürchtete dadurch eine weitere Zersplitterung der Geldsammlungen in der *Galuth* und damit einhergehend wohl auch eine Minderung des eigenen Etats. Daher erreichte die *HOA* in zähen Verhandlungen

---

<sup>235</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 17.3.1938, in: ZZA, S7/507; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 18.5.1938, in: ebd.; Protokoll der Merkas-Sitzung der *HOG* v. 17.5.1934, in: ZZA, S7/26/2; Aus einem Bericht von S.[alomon] Adler-Rudel, undatiert [Ende März-Anfang April 1938], in: ZZA, S7/513.

<sup>236</sup> Siehe dazu: ebd.; Anderl, *Emigration*, S.207-209; [HOA] an Sochnuth Jehudith, Betr. Einordnung der österr. *Alijah* v. 8.4.1938, in: ZZA, A130/138; Gedächtnisprotokoll über die heutige Unterredung Drs. W.[erner] Senator mit den Vertretern der *HOA* v. 4.4.1938, in: ZZA, S7/513; Gedächtnisprotokoll der Vorsprache der Landesleitung der *Hitachduth Olei Austria* bei Herrn Dr. Werner Senator vom 30.3.1938, ausgefertigt am 31.3.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 18.5.1938, in: ZZA, S7/507.

weitreichende Zugeständnisse, bis schließlich Ende Juni 1938 eine vorläufige Vereinbarung zur Fusion ausgehandelt war.<sup>237</sup> Entscheidend für diese Konzessionsbereitschaft war allerdings auch die Tatsache, dass die *HOG* de facto die soziale und wirtschaftliche Betreuung der österreichischen *Alijah* seit dem „Anschluss“ bereits mit übernommen hatte und endlich „nach Abschluss der Verhandlungen die Behandlung der `österreichischen Frage´ selbst ganz in den Vordergrund rücken“<sup>238</sup> wollte – wie Nussbaum\* betonte.

Die Bedenken der *HOA*-Führung gegen eine Fusion speisten sich aus mehreren Quellen. Sie machte einen Widerstreit der Interessen zwischen den beiden Landsmannschaften in den Bereichen der Zertifikatzuteilung und Erringung von (Spenden-)Geldern sowie von Posten im (halb-)öffentlichen Sektor aus. So forderte die *HOA* die Entlassung deutscher *Olim* aus der *DA*, um jene Stellen mit noch nicht wirtschaftlich integrierten österreichischen Neueinwanderern zu besetzen. Neben der Versorgung verdienter zionistischer *Olim* war dies aus der Angst begründet, von der in allen Belangen überlegenen *HOG* übervorteilt zu werden. Daher auch die Forderung der *HOA*, bei der erwarteten Ausweitung des *Haawarah*-Transfers auf Österreich eine strikte monetäre und verwaltungstechnische Trennung zwischen „Altreich“ und Österreich durchzuführen – aus Angst, die *Haawarah* nutze österreichische Gelder zur Subventionierung des deutschen Transferverfahrens.<sup>239</sup> So wird auch verständlich, warum die *HOA* bei den Verhandlungen für die Besetzung von Ämtern schließlich einen Schlüssel von eins (österreichische *Alijah*) zu zwei (deutsche *Alijah*) einforderte. Die Gesamteinwanderung österreichischer Juden betrug bis zum „Anschluss“ wohl kaum mehr als 5.000 Seelen, dagegen etwa das Zehnfache bei den deutschen Juden. Die jeweiligen Bevölkerungszahlen allein hätten diesen Vertretungsschlüssel jedenfalls nicht gerechtfertigt.<sup>240</sup> Wesentlich für die Bedenken

---

<sup>237</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 2.6.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 16.6.1938, in: ebd.; E.[gon] M. Zweig, Beschlüsse der Landesleitung der H.O.A. vom 1. Juni 1938 betr. die Beziehungen zur H.O.G. ausgefertigt am 2.6.1938, in: ZZA, S7/513; [Egon M.] Zweig an A.[rthur] Ruppin v. 11.5.1938, in: ebd.; Zusammenstellung der Punkte, über die das Präsidium der Landesleitung mit der *HOG*. noch verhandeln möge!, 19.6.1938, in: ZZA, A130/138; Vereinbarung über die Fusion von *HOG* und *HOA* v. 19.6.1938, in: ebd.

<sup>238</sup> Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOG*] v. 18.5.1938, in: ZZA, S7/507, S.5; siehe weiterhin: Hitachduth Olej Germania, [Snif] Jerusalem, Bürobericht Nr. 1 v. 25.5.1938, in: ebd.; F.[ieda] Weinreich, Notiz betreffend Olej Austria v. 28.6.1938, in: ZZA, S7/513; Hitachduth Olej Germania, [Snif] Jerusalem an G.[eorg] Landauer v. 12.8.1938, in: ebd.; D.[avid] Tanne, Bericht über die Tätigkeit der *HOG* Haifa für österreichische Einwanderer in der Zeit vom 16. Juni – Übernahme der Fürsorgetätigkeit für österreichische *Olim* – bis 31.7.1938, ausgefertigt am 11.8.1938, in: ebd.

<sup>239</sup> Gedächtnisprotokoll über die heutige Unterredung Drs. W.[erner] Senator mit den Vertretern der *HOA* v. 4.4.1938, in: ZZA, S7/513; [Egon M.] Zweig an Sochnuth Jehudith, Machleketh Haalijah v. 25.3.1938, in: ebd.; [HOA] an Sochnuth Jehudith, Betr. Einordnung der österr. *Alijah* v. 8.4.1938, in: ZZA, A130/138.

<sup>240</sup> Siehe dazu: Zusammenstellung der Punkte, über die das Präsidium der Landesleitung mit der *HOG*. noch verhandeln möge!, 19.6.1938, in: ZZA, A130/138; Erel, Wurzeln, S.51-53; Feilchenfeld, Haavara-Transfer, S.90;

waren auch die kulturellen, politischen und sogar sprachlichen Divergenzen zwischen den beiden Landsmannschaften. Ein Präsidiumsmitglied der *HOA*, Egon M. Zweig, der bei den Vereinigungsverhandlungen eine tragende Rolle einnahm, gestand rückblickend ein: Für den Fortbestand der *HOA* „schien die Stimme des Herzens zu sprechen, die liebe Gewohnheit des Verkehrs mit Landsleuten, die Rücksicht auf die `österreichische Mentalität` der gegenwärtigen neuen Olim“.<sup>241</sup>

Augenscheinlich bahnte sich keine Liebeshochzeit an; für viele Aktivisten sprachen allerdings rationale Argumente für ein Zusammengehen: Die *HOA* hatte damals ein Budget von ein paar Palästina-Pfund und keinen Zugang zu Finanzquellen. Ihr kleiner und in der *Olim*-Fürsorge unerfahrener Apparat besaß keinerlei formelle oder informelle Kanäle zu jüdischen und nichtjüdischen Institutionen in der *Galuth* und *Erez Israel*. Vieles sprach somit für eine Fusion mit der seit Jahren erfolgreich auf diesem Terrain agierenden *HOG*. So beschloss die Landesleitung der *HOA* am 1. Juni 1938, die Verhandlungen zum Abschluss zu führen und am folgenden 18. Juni segnete die einberufene Landestagung der *HOA* mit dreizehn zu zwei Stimmen die Fusion ab. Nun mussten noch die Generalversammlungen der drei *HOA-Snifim* in Haifa, Jerusalem und Tel Aviv innerhalb von zehn Tagen die Auflösung der *HOA* beschließen. Insgesamt 240 Mitglieder beteiligten sich an den drei Versammlungen, von denen 171 für die Fusion stimmten. In Tel Aviv allerdings obsiegten die Fusionsgegner knapp mit 62 zu 57 Stimmen.<sup>242</sup> Natürlich gab es nun über die Legitimität einer Fusion trotz Zustimmung von mehr als zwei Drittel der Mitglieder zwei Meinungen. Die Tel Aviver *Snif* beschloss den Fortbestand der *HOA* und sah sich selbst als einzig legitime Vertreterin der österreichischen *Alijah*. Die *HOG* vollzog mit den fusionsbereiten Teilen der *HOA* den Zusammenschluss, der durch die

---

Leo Goldhammer-Sahavi, Die österreichische Alijah und ihre Eingliederung, in: Alija Chadascha (Hg.), 10 Jahre neue Alijah, Tel Aviv [1943], S.58.

<sup>241</sup> E.[gon] M. Zweig, Wie es zur Fusion der Einwanderungsverbände Deutschland und Österreich kam, MB, August 1938, S.6-7, hier: 6; siehe weiterhin: Georg Landauer an Martin Rosenblüth v. 5.8.1938, in: ZZA, S25/10 828; Anne Betten, „Vielleicht sind wir wirklich die einzigen Erben der Weimarer Kultur“, in: dies./Miryan Dounour (Hg.), Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel, Tübingen 2000, S.157-181, hier: 174-175; Anderl, Emigration, S.188-192; Hecht, Hitachdut, S.15; Jehuda Reinharz, Jewish Nationalism and Jewish Identity in Central Europe, in: LBI Year-Book XXXVII (1992), S. 147-167.

<sup>242</sup> Siehe dazu: E.[gon] M. Zweig, Wie es zur Fusion der Einwanderungsverbände Deutschland und Österreich kam, MB, August 1938, S.6-7; Protokoll des IV. außerordentlichen Delegiertentages der H.O.A. vom 18.6.1938, in: ZZA, A130/138; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 7.7.1938, in: ZZA, S7/507; J.[osef] Mahrer, O. Gelles, Dr. Schor, Paul Hoffmann, An die Mitglieder der Hitachduth Oleh Austria, in: ZZA, S7/513; E.[gon] M. Zweig, Beschlüsse der Landesleitung der H.O.A. vom 1. Juni 1938 betr. die Beziehungen zur H.O.G, ausgefertigt am 2.6.1938, in: ebd.; Georg Landauer, Hitachdut Oleh Austria. Abstimmungen in den Ortsgruppen über Anschluss an HOG. v. 6.7.1938, in: ebd.; [David Zwi] Pinkas/Anitta Müller-Cohen an die Leitung der Hitachduth Oleh Germania v. 27.6.1938, in: ebd.

Namensänderung in *Hitachduth Olej Germania we Olej Austria (HOGO)* seinen Abschluss fand. Auch sie sah sich nun als einzig berechtigte Instanz zur Vertretung der österreichischen Einwanderer an, was ihr die *Sochnuth* auch bestätigte.<sup>243</sup>

Allein aus den erwähnten Animositäten zwischen deutschen und österreichischen Juden war diese Entwicklung nicht erklärbar. Auch wenn die (Rest-)HOA immer wieder betonte, dass für die Entscheidung zur Fortsetzung ihrer Selbstständigkeit rein sachliche Gründe ausschlaggebend waren, ist die politische Dimension mehr als offensichtlich. Die Vereinigungsgegner führten einen propagandistischen Feldzug gegen die Fusion und die HOG. Der *Hitachduth* und ihr nahestehenden Organisationen wurde dabei unterstellt, die österreichischen *Olim* unterjochen und sich an ihnen finanziell bereichern zu wollen. Die Angriffe richteten sich auch gegen die *Deutsche Abteilung* und damit die gesamte *Sochnuth*. Offensichtlich wurden die Fusionsverhandlungen der beiden landsmannschaftlichen Selbsthilfeorganisationen vom politischen Hauptkonflikt im *Jischuw* überlagert und wohl auch zum Scheitern gebracht – dem Kampf zwischen den (rechts-)bürgerlichen und linken Lagern um die politische Vorherrschaft und Deutungshoheit. Zu diesem Zweck, wie ein an späteren Verhandlungen Beteiligter feststellte, wurde von rechtsgerichteten Teilen der HOA „in den Kreisen der Olim künstlich die Auffassung gezüchtet, als ob es einen notwendigen Gegensatz zwischen deutschen Olim und den österreichischen gäbe.“<sup>244</sup> Vermutlich verstärkte sich das Misstrauen gegen die Fusion noch durch die wahrgenommene (Nicht-)Reaktion des jüdischen Palästinas auf die österreichische Katastrophe, die Unzufriedenheit und Verbitterung unter österreichischen Einwanderern hervorrief: „Wir selber – der Jischuw dieses Landes, die Zionistische

---

<sup>243</sup> Siehe dazu: ebd.; *Hitachduth Olej Austria*, [Snif] Tel Aviv an Haavara v. 4.8.1938, in: ebd.; [Melka] Schlam, Akten-Notiz über die Besprechung des Präsidiums der HOG und der Österr. Kommission mit der Deutschen Abteilung am 25. Juli 1938, in: ebd.; *Hitachduth Olej Germania* an Georg Landauer v. 17.7.1938, in: ebd.; Georg Landauer an *Hitachduth Olej Austria* v. 25.9.1938, in: ebd.; *Hitachduth Olej Germania*, [Aufruf] Olim aus Österreich!, Juli 1938, in: ebd.; Eine Erwiderung, Nachrichten der *Hitachduth Olej Austria*, September 1938, S.5-6; E.[gon] M. Zweig, Wie es zur Fusion der Einwanderungsverbände Deutschland und Österreich kam, MB, August 1938, S.6-7; Vereinigung der *Hitachduth Olej Austria* mit der *Hitachduth Olej Germania*, MB, Juli (II) 1938, S.4; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 8.9.1938, in: ZZA, S7/507.

<sup>244</sup> unsigniert an Herrn Supravsky [wahrscheinlich: Jehoschua Supraski], undatiert [ wohl Ende 1938 bis Mitte 1939], in: ZZA, S7/723; siehe weiterhin: Zur Wiener Tragödie, Nachrichten der *Hitachduth Olej Austria*, Oktober 1938, S.7-8; D.[avid] Tanne an [Georg] Landauer v. 17.8.1938, in: ZZA, S7/513; J.[osef] Mahrer, O. Gelles, Dr. Schor, Paul Hoffmann, An die Mitglieder der *Hitachduth Oleh Austria*, in: ebd.; Die Frage der österreichischen Juden. „Anschluss“ auch in Erez Israel? [Hebr.], *Haboker* v. 11.4.1938, S.2; Entscheidende Niederlage für die Mapai in der *Hitachduth Olej Austria* [Hebr.], *Hajarden* v. 24.6.1938, S.2; Beriefe an den Herausgeber: Werden wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen? [Hebr.], *Haboker* v. 12.5.1938, S.5.



Organisation und ihre berufenen Vertreter – sind von einer lähmenden Stumpfheit befallen<sup>245</sup> – diagnostizierte Krojanker\* und bestätigte diesen Eindruck.

Sicherlich war der *Jischuw* durch den arabischen Aufstand und die Wirtschaftskrise vor allem auf sich selbst fokussiert; auch traf die ankommende österreichische *Alijah* auch auf Ablehnung und Vorbehalte. Aber in der vermeintlichen Nicht-Reaktion offenbarte sich gleichfalls seine politische Ohnmacht und die der weltweiten zionistischen Bewegung. Weder konnten sie auf die Ereignisse in Österreich irgendeinen Einfluss nehmen, noch dem Mandatar auch nur kleine Zugeständnisse in der Zertifikatsfrage abringen.<sup>246</sup> Schon nach wenigen Wochen entwarf die *DA* Pläne zur Ansiedlung österreichischer Juden in Palästina. Landauer\* wollte 20.000 mittellose junge Juden aus Österreich und Deutschland in Arbeitslagern in *Erez Israel* unterbringen, in denen sie neben täglicher Arbeit eine paramilitärische Ausbildung erhalten sollten – neben der Zustimmung der britischen Regierung hätte das Projekt allein für die ersten sechs Monate geschätzte 600.000 *LP* benötigt.<sup>247</sup> Die *Sochnuth* ihrerseits befasste sich – wenn auch nicht allzu intensiv – ab Frühjahr 1938 mit der österreichischen Katastrophe. Und neben der *RASSCO* entwickelte die auf mittelständische Kolonisation spezialisierte Landwirtschaftliche Abteilung der *HOG* ein Sofortprogramm zur Ansiedlung von über 4.000 österreichischen Juden – Kostenpunkt: 812.500 *LP*. Davon sollten allein 500.000 durch Eigenkapital mittels Warentransfer von den Siedlern erbracht werden, der Rest durch Spendengelder des *Council*.

Die *NS*-Instanzen dachten aber gar nicht daran, den *Haawarah*-Transfer auf Österreich auszuweiten; ihre Absicht war nun die Vertreibung mittelloser Juden ohne Aufwendung von Waren oder Devisen des Reichs.<sup>248</sup> Der Ende März 1938 gestartete österreichische Appeal des

---

<sup>245</sup> Gustav Krojanker, Zertifikate für Wien!, MB, Juli (I) 1938, S.7-8, hier: 7.

<sup>246</sup> Siehe dazu: Karl Schwager, Bemerkungen zur *Alijah* aus Österreich, MB, Oktober (I) 1938, S.9-10; Walter Deutsch, Zum Problem der österreichischen *Alijah*, MB, Nr.5 (1938), S.17; Probleme der Masseneinwanderung, JR. v. 16.9.1938, S.10; Adunka, Exil, S.11-22; Niederland, Immigration, S.341-348, 351-353.

<sup>247</sup> Siehe dazu: Copy of Letter from Dr. Georg Landauer, to the Central Bureau London, Trieste, May 8<sup>th</sup>, 1938, in: Georg Landauer Collection 1656-1975, LBI Archiv New York, AR 6007 [f. GLC], Box 5, Folder 30; Georg Landauer an [Chaim] Weizmann v. 9.5.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 18.5.1938, in: ZZA, S7/507; Aus einem Bericht von S.[alomon] Adler-Rudel, undatiert [Ende März-Anfang April 1938], in: ZZA, S7/513.

<sup>248</sup> Siehe: Niederland, Immigration, S.348-351; A.[rthur] Ruppin an die Exekutive der Jewish Agency v. 23.7.1938, abgedr. in: Francis R. Nicosia (Hg.), Archives of the Holocaust. An international Collection of selected Documents. Vol. 3, Central Zionist Archives, Jerusalem, 1933-1939, New York/London 1990, S.315-316 [f. Nicosia, Archives of the Holocaust]; Schlomo Krolik, Landwirtschaftliche Ansiedlung für die *Alijah* aus Österreich, MB, August 1938, S.11-15; Georg Landauer, Zweiter Bericht betreffend Wien v. 09.05.1938, in: GLC, Box 5, Folder 30; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.8.1938, in: ZZA, S7/507; Die Arbeit der „Deutschen Abteilung“, JWR v. 11.8.1939, S.7-10; Arie Joseph Kochavi, The Executive of the Jewish Agency

*Council* brachte bis August 1938 nur 159.000 Pfund auf, von denen etwa 50.000 bereits zur Linderung der jüdischen Not direkt in Österreich verwandt wurden. Nur 19.500 Pfund flossen unmittelbar nach Palästina und die *DA* hatte zu diesem Zeitpunkt keinerlei Mittel mehr zur weiteren Unterstützung der österreichischen *Olim* zur Verfügung. Aus dem stets unterfinanzierten Budget der *Sochnuth* waren ebenfalls keine nennenswerten Unterstützungsgelder zu erwarten. Die *HOG* plante daher eine eigene Sammlung namens *Pidjon Schwujej Austria* zugunsten österreichischer Kinder und Jugendlicher, aber angesichts der Dimensionen der benötigten Gelder war jene letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. An Plänen zur Errettung österreichischer Juden fehlte es also nicht, wohl aber an Kapital zu deren Finanzierung.<sup>249</sup> Das gleiche Bild zeigte sich beim Versuch, zusätzliche Zertifikate für Österreich vom Mandatar zu erlangen, die jener aber nicht bewilligte; einzig die Umwandlung von 600 nicht ausgenutzten *AI-Zertifikaten* ließ er sich abringen. Die Sommer-Schedule 1938 war vor der österreichischen Katastrophe festgelegt worden und umfasste insgesamt weniger als 7.500 Zertifikate, da von jenen noch eine Quote für illegale Einwanderer abgezogen wurde. Viele Institutionen und Organisationen unternahmen größte Anstrengungen, in diesem Schedule den Anteil an Zertifikaten für Österreich zu erhöhen, sodass schließlich weit mehr als 1.000 Zertifikate für Österreich bereitgestellt wurden.<sup>250</sup> Im Angesicht der Not und des Auswanderungsdrucks war diese Quote aber nichts weniger als eine wirkliche Hilfe, sodass die *Alijah Beth* ab Sommer 1938 nicht nur für österreichische Juden mehr und mehr zu einer, wenn auch gefahrvollen letzten Rettungschance wurde. Nicht zum letzten Mal zeigte sich die Macht- und Hilflosigkeit des Zionismus im Reigen der Weltmächte, der trotz seines

---

and the Distress of German and Austrian Jewry (1938-1939), in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *Dapim. Studies on the Shoah*, New York u.a. 1991, S.131-163, hier: 133-136 [f. Kochavi, The Executive].

<sup>249</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 8.9.1938, in: ZZA, S7/507; Aus einem Bericht von S.[alomon] Adler-Rudel, undatiert [Ende März-Anfang April 1938], in: ZZA, S7/513; Georg Landauer an Martin Rosenblüth v. 5.8.1938, in: ZZA, S25/10 828; M.[artin] Rosenblüth an Hitachduth Olej Austria v. 8.12.1938, in: ZZA, S7/723; Die Kultusgemeinde in Wien berichtet, MB, Oktober (I) 1938, S.8-9; Aktion für die österreichischen Olim, MB, August 1938, S.1; Interview mit den Leiter der Deutschen Abteilung der Jewish Agency Dr. Georg Landauer, Jerusalem, MB, August 1938, S.4-5; *Rettet das Kind!*, ebd., S.5-6.

<sup>250</sup> Siehe dazu: ebd.; Hugo Bergmann, *Wien und die Hebräische Universität*, ebd., S.7-8; *Jugend-Alijah aus Österreich*, ebd., S.8-9; Gedächtnisprotokoll über die heutige Unterredung Drs. W.[erner] Senator mit den Vertretern der HOA v. 4.4.1938, in: ZZA, S7/513; *Hitachduth Olej Austria to his Excellency The High Commissioner*, June 15th, 1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.8.1938, in: ZZA, S7/507; *Die Einwanderung April bis September*, JR v. 18.3.1938, S.1; *Niederland, Immigration*, S.355-357; *The Jewish Agency for Palestine* (Hg.), *Political Report of the Executive of the Jewish Agency*, submitted to the Twenty-First Zionist Congress and the sixth Session of the Council of the Jewish Agency at Geneve August, 1939, Jerusalem 1939, S.52-54 [f. *Political Report of the Executive 1939*].

ideologischen Dogmas der aktivistischen Tat den Juden der *Galuth* nicht viel mehr als ein wenig Hoffnung bieten konnte.<sup>251</sup>

Die selbstständig gebliebene Tel Aviver *Snif* der *HOA* beeilte sich nun, unter der Führung der *Misrachisten* Anitta Müller-Cohen und David Zwi Pinkas eine landesweit aufgebaute Organisation zu errichten; neue *Snifim* wurden gegründet und Mitglieder geworben. Politisch orientierte sich die *HOA* nach rechts und erhoffte sich vor allem von Rokach und der Stadt Tel Aviv Unterstützung. Daher hatte der für die Fusion eingetretene *HOA*-Aktivist Franz Eisenberg wohl nicht ganz Unrecht mit der Feststellung, „dass die frühere Olej Austria ein rein revisionistischer Verein geworden ist“.<sup>252</sup> Zumindest wurde sie die Heimat vor allem rechtsbürgerlicher österreichischer Kreise. Gleichzeitig entwickelte sich ein regelrechter Kleinkrieg zwischen der *HOA* auf der einen Seite und der *HOG* und *DA* auf der anderen, in dem beide Seiten nicht immer die Grenzen der Fairness einhielten. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich zum einen an den Verteilungsmodalitäten der Hilfsgelder für die *HOA* und die *HOGOIA*,<sup>253</sup> zum anderen an Forderungen der *HOA*, weitreichenden Einfluss und entsprechende Posten in der *Haawarah* und der *Kupath Milweh* zu erhalten.<sup>254</sup> Darüber hinaus forderte die *HOA*, die Betreuung der österreichischen *Alijah* sukzessive in ihren Strukturen zu bündeln, wohingegen die *HOGOIA* ihren Vertretungsanspruch für die gesamte österreichische *Alijah* betonte. Die *HOA* drohte zur Durchsetzung ihrer Forderungen immer wieder mit der Schaffung neuer Parallelinstitutionen oder der Durchführung separater Geldsammlungen –

---

<sup>251</sup> Siehe: Anderl, *Emigration*, S. 256-272; Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944*, New York u.a. 1990, S.12-17 [f. Ofer, *Illegal Immigration*]; Jürgen Rohwer, *Jüdische Flüchtlingschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944*, in: Ursula Büttner (Hg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn*, Hamburg 1986, S.197-248, hier: 201-207.

<sup>252</sup> Franz Eisenberg an das Präsidium der Hitachduth Olej Germania v. 23.8.1938, in: ZZA, S7/513; Anitta Müller-Cohen an Georg Landauer v. 18.7.1938, in: ebd.; [Max] Kreutzberger, Notiz zur Vorlage für das Präsidium v. 27.6.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717; Hans Zeuger, *Die Provinz-Organisation der Hitachduth Olej Austria*, *Nachrichten der Hitachduth Olej Austria*, Oktober 1938, S.11-13; *Werbet Mitglieder*, ebd., unpg.; zur Person Müller-Cohen: Adunka, *Exil*, S.64-69, zu Pinkas: EJ, Vol. 16, S.169.

<sup>253</sup> Siehe u.a. dazu: Georg Landauer an Martin Rosenblüth v. 5.8.1938, in: ZZA, S25/10 828; Hitachduth Olej Austria an Georg Landauer v. 27.11.1938, in: ZZA, S7/723; Anitta Müller-Cohen an Georg Landauer v. 22.12.1938, in: ebd.; Gedächtnisprotokoll über die Sitzung in der Lischka l'Esra Sozialit des Waad Leumi und den Vertretern der Hitachduth Olej Austria, [Snif] Tel Aviv v. 20.7.1938, in: ebd.; Georg Landauer an Anitta Müller-Cohen v. 7.9.1938, in: ZZA, S7/513; D.[avid] Tanne an Georg Landauer v. 4.9.1938, in: ebd.

<sup>254</sup> Siehe beispielsweise: Berthold Steinberg an Georg Landauer v. 4.11.1938, in: ZZA, S7/723; Oskar Grünbaum an Georg Landauer v. 27.9.1938, in: ebd.; Georg Landauer an Berthold Steinberg v. 16.11.1938, in: ebd.; Georg Landauer an Max Kreutzberger v. 11.12.1938, in: ZZA, S7/513; [Leo] David, Notiz für Herrn [Werner] Senator v. 27.7.1938, in: ebd.; Leopold Plaschkes, *Um die Juden aus Österreich*, MB v. 10.4.1942, S.6.

eine Strategie, die im politischen Kampf des *Jischuw* nicht unüblich war.<sup>255</sup> Hinzu kamen ideologische und persönliche Animositäten wie beispielsweise zwischen Landauer\* und Müller-Cohen, wobei die offen oder zwischen den Zeilen von der *HOA* immer wieder kolportierte Unterstellung, die *DA* habe österreichische Gelder unterschlagen, das Verhältnis wohl noch wesentlich verschlechterte.<sup>256</sup>

Es wäre fehl am Platze, die Konflikte hier detailliert darzustellen oder gar Schuld abzuwägen. Letztlich gingen jene Zwigigkeiten zulasten hilfsbedürftiger österreichischer und auch deutscher Neueinwanderer. Die Aufrechterhaltung respektive der Aufbau kostenintensiver Doppelstrukturen zeugten ebenso davon, wie ständige Auseinandersetzungen in Sachbereichen, in denen beide Organisationen eigentlich zusammenarbeiteten.<sup>257</sup> Weitere Einigungsversuche scheiterten und die beiden Organisationen blieben Konkurrenten um den Vertretungsanspruch der österreichischen *Alijah*. Die *HOGOIA* respektive der *Irgun/die Alija Chadascha* führten zwar keine nach Herkunftsland separierten Mitgliederlisten; viel mehr als 1.000 Österreicher zählten aber wohl nicht zu ihren Mitgliedern. Die *HOA* hatte in der Kriegszeit womöglich an die 4.000 Mitglieder und damit den Wettbewerb um die Herzen der österreichischen Einwanderer eindeutig gewonnen.<sup>258</sup>

### **Die Hitachduth und die Reichspogromnacht**

Der Novemberpogrom vom 9. zum 10. November 1938 markierte einen entscheidenden Wendepunkt im Leben der Juden in Deutschland. Er stellte zugleich ein kollektiv empfundenes

---

<sup>255</sup> Siehe dazu: Berthold Steinberg an Georg Landauer v. 4.11.1938, in: ZZA, S7/723; Georg Landauer an Martin Rosenblüth v. 5.8.1938, in: ZZA, S25/10 828; Georg Landauer an Martin Rosenblüth v. 16.9.1938, in: ZZA, S7/513; Anitta Müller-Cohen, Vorschlag für die Zusammenarbeit der Lischka le Esra Sozialith des Waad Leumi mit der Fürsorgestelle der Hitachduth Olej Austria v. 30.9.1938, in: ebd.; [Max] Kreutzberger, Notiz [an] Elieser Kaplan v. 6.3.1939, in: ZZA, S7/723.

<sup>256</sup> Siehe beispielsweise: Hitachduth Olej Austria an [Arthur] Ruppin v. 14.12.1938, in: ZZA, S7/723; Hitachduth Olej Austria an [Arthur] Ruppin v. 29.11.1938, in: ebd.; Georg Landauer an Anitta Müller-Cohen v. 12.12.1938, in: ebd.; Hitachduth Olej Austria, Selbsthilfe v. 1.5.1943, in: ZZA, J18/88.

<sup>257</sup> Siehe beispielsweise: Melka Schlam an Kurt Blumenfeld v. 12.8.1938, in: ZZA, S7/507; Georg Landauer an Hitachduth Olej Austria v. 25.9.1938, in: ZZA, S7/513; Hitachduth Olej Germania We Olej Austria, An unsere Mitglieder und Freunde v. 25.8.1938, in: ebd.; Ernst Mechner an Hitachduth Olej Austria v. 25.12.1938, in: ZZA, S7/723; Hitachduth Olej Austria an Hitachduth Olej Germania v. 5.11.1938, in: ebd.; D.[avid] Z. Pinkas an Georg Landauer v. 21.10.1938, in: ebd.; Max Kreutzberger an Hitachduth Olej Austria v. 18.10.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 11.10.1938, in: S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 29.12.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 21.11.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA], Datum unleserlich [Ende 1939], in: ZZA, S7/924.

<sup>258</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 28.12.1939, in: ZZA, S7/924; Hitachduth Olej Austria, Selbsthilfe v. 1.5.1943, in: ZZA, J18/88; Leopold Plaschkes, Um die Juden aus Österreich, MB v. 10.4.1942, S.6; Merkas [Sitzung d.] A.Ch. v. 27.8.1944, in: ZZA, J18/50.

traumatisches Erlebnis dar und den Beginn ihrer vollständigen Segregation, Entrechtung und Pauperisierung – eine Entwicklung, die schließlich in die ab Herbst 1941 beginnenden Deportationen in die Vernichtungslager im Osten gipfelte. Tausende jüdische Geschäfte wurden während des Pogroms zerstört, Hunderte Synagogen entweiht, demoliert und/oder niedergebrannt und etwa 30.000 Juden in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Mehrere Hundert Juden wurden während des Pogroms ermordet oder starben an den Folgen von Misshandlungen in den Konzentrationslagern.<sup>259</sup> Sämtlichen zionistischen Gruppen und Institutionen wurde im Zuge des Pogroms die Weiterarbeit untersagt und ihre Auflösung von den NS-Instanzen befohlen. Neben der *Haawarah* durften einzig für die Auswanderung relevanten Einrichtungen wie die *Jugend-Alijah*, *Hachscharah* und die *KH-* und *KKL-Fonds* im Rahmen des im Frühjahr 1939 neu gegliederten *Palästina-Amtes* ihre Arbeit wiederaufnehmen. Das Amt selbst wurde in die Strukturen der als Nachfolgeorganisation der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland (RV)* um den Jahreswechsel 1938/1939 geschaffenen *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* integriert. Die als Zwangsverband konstituierte *Reichsvereinigung* hatte neben der Auswanderungsförderung die soziale Fürsorge für die noch in Deutschland verbliebenden Juden und die Aufrechterhaltung des jüdischen Schulnetzes sicherzustellen.<sup>260</sup> Auch die gesamte jüdische Presse im „Altreich“ musste ihr Erscheinen einstellen. Stattdessen wurde unter der Ägide des NS-Propagandaministeriums das *Jüdische Nachrichtenblatt* als einziges

---

<sup>259</sup> Siehe dazu: Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*, Hamburg 2007, S.301-351; Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, Frankfurt a.M. 1988; Uwe Neumärker u.a. (Hg.), „Es brennt!“ *Antijüdischer Terror im November 1938*, Berlin 2008; Enrico Richter, *Das letzte Kapitel des deutschen Zionismus. Ideologie, Programmatik und Selbstverständnis anhand seines Publikationsorgans Jüdische Welt-Rundschau (1939-1940)*, Potsdam 2013 (unveröffentlichte Magisterarbeit) S.4 [f. Richter, *Das letzte Kapitel*].

<sup>260</sup> Siehe dazu: [Max] Kreutzberger an Franz Meyer v. 19.12.1938, in: ZZA, S7/712; Franz Meyer an Georg Landauer/Werner Senator/Max Kreutzberger/Herbert Foerder/Council for German Jewry v. 26.11.1938, in: ebd.; [Gerhard] Wallbach, *Organisatorische Strukturen des Palästina-Amtes*, Berlin v. 17.4.1939, in: ZZA, A376/118; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 30.11.1938, in: ZZA, S7/717; W.[erner] Feilchenfeld, *Vertraulicher Bericht über das Ergebnis der Berliner Besprechungen v. 2. bis 9. Juli 1939*, in: RWC, Box 2, Folder 26; Benno Cohn an Georg Landauer v. 6.12.1938, abgedr. in: Susanne Heim u.a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*. Bd. 2: *Deutsches Reich 1938 – August 1939*, München 2009, S.554-556; Eriq Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1994, S.59-115 [f. Hildesheimer, *Selbstverwaltung*]; Gudrun Maierhof, *Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933-1943*, Frankfurt a.M. 2002, S.143-151, 157-176.

„jüdisches“ Periodikum geschaffen.<sup>261</sup> Nach dem Pogrom suchte die gesamte Judenheit aus dem NS-Machtbereich verzweifelt nach irgendeiner Auswanderungsmöglichkeit, egal wohin. Fast alle potenziellen Aufnahmestaaten reagierten jedoch mit noch restriktiveren Einwanderungsbedingungen oder verschlossen ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge ganz.<sup>262</sup> Trotz der von deutschen Zionisten schon Mitte 1938 geäußerten Vermutung, dass die zionistische Arbeit in Deutschland dem Ende entgegengehe, zeigte sich die Führung der HOGOA von der Dimension des antijüdischen NS-Terrors geschockt und ohnmächtig. Auf der Suche nach Reaktionsmöglichkeiten formulierte sie zwei Schwerpunkte: praktische Hilfe und politische Aktionen.<sup>263</sup> Als Sofortmaßnahme sollten zwei bis drei *Schlichim* nach Deutschland gesandt werden. Die Idee dazu kam aus Deutschland selbst, da die dortige zionistische Führungsriege durch ihre exponierte Stellung einer ständigen lebensbedrohlichen Gefahr ausgesetzt war. Sie zog sogar in Betracht, Nichtjuden an die Spitze der jüdischen respektive zionistischen Organisationen zu stellen. Im Gegenzug versuchte die HOGOA, die Führungsspitze der verbotenen ZVfD aus Sicherheitsgründen schnellstmöglich zur *Alijah* zu bewegen.<sup>264</sup> Den Hauptkampf führte die HOGOA um die Erteilung zusätzlicher Zertifikate. Der *Waad Leumi* nahm die bereits im Juni 1938 von der *Hitachduth* begonnene Aktion auf, die unter der Parole „Rettet das Kind“ die Aufnahme von österreichischen jüdischen Kindern durch Patenschaften propagierte – nun aber in größerem Maßstab. 5.000 jüdische Kinder aus Deutschland und Österreich, die *Sochnuth* und der *Waad Leumi* proklamierten dann sogar 10.000, sollten vom *Jischuw* aufgenommen werden. Die *Hitachduth* sollte die Aktion im

---

<sup>261</sup> Siehe dazu: ebd., S.152-157; Das Ende der jüdischen Presse Deutschlands, MB, Nr.6 (1938), S.9-10; E[rnst] G. Loewenthal, Das Ende der jüdischen Presse, MB v. 18.10.1963, S.30; Clemens Maier, Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938-1943 – Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung, in: Michael Nagel/Eleonore Lappin (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Bd. II, Bremen 2008, S.163-178; Katrin Diehl, Die jüdische Presse im Dritten Reich. Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung, Tübingen 1997, S.233-263 [f. Diehl, Presse]; Herbert Freeden, Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987, S.170-184 [f. Freeden, jüdische Presse].

<sup>262</sup> Siehe: Juliane Wetzels, Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München <sup>4</sup>1996, S.412-498; Herbert A. Strauss, Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: LBI Year-Book XXVI (1981), S.343-409 [f. Strauss, Emigration]; Hagit Lavsky, The Creation of the German-Jewish Diaspora. Interwar German-Jewish Immigration to Palestine, the USA, and England, Berlin u.a. 2018, S.56-66 [f. Lavsky, Creation].

<sup>263</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an Arthur Hantke v. 23.6.1938, in: ZZA, A222/25; In dieser Stunde, MB, November 1938, S.1-2; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 21.11.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll d. Landestagung HOGOA 1939, in: ZZA, A158/7.

<sup>264</sup> Siehe dazu: ebd.; [Siegmond Hoofien] an [Martin] Rosenblüth v. 27.11.1938, in: ZZA, S7/712; Beschluss-Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. HOGOA] v. 15.12.1938, in: ebd.; Georg Landauer an [Max] Kreuzberger v. 17.3.1938, in: ZZA, A376/118.

Wesentlichen dann durchführen.<sup>265</sup> Der schon erwähnte *Pidjon-Drive* war dabei als zusätzliches Finanzierungsinstrument der Kinderrettungsaktion auserkoren worden. Die *HOGOA* wandte sich nun an den *Waad Leumi*, die zuvor von ihm noch abgelehnte Trägerschaft des Drive zu übernehmen, was offiziell Anfang Februar 1939 geschah.<sup>266</sup> Unter dem Slogan „Öffnet die Tore des Landes“ führte die *HOGOA* eine weitere, groß angelegte Aktion zur Ermittlung derjenigen deutschen *Olim* durch, die nahe Verwandte aus Deutschland anfordern wollten. Innerhalb von wenigen Tagen wurden so etwa 15.000 *Alijah*-Gesuche für Verwandte in Deutschland durch die Büros der *Hitachduth* registriert. Eines nur fehlte zur Realisierung der Kinder- und Verwandtenrettung: Zertifikate.<sup>267</sup> Neben der Mobilisierung des *Jischuw* versuchte die *Hitachduth* Druck aufzubauen, um die britische Seite zu Zugeständnissen zu bewegen. Sie wandte sich schriftlich an Premierminister Chamberlain und den *High Commissioner* von Palästina. Ihre Delegationen sprachen beim Leiter des Einwanderungsdepartments, bei einigen District Commissioners und Leitern der lokalen Einwanderungsämter vor. Pressekonferenzen, Versammlungen und Demonstrationen führte sie durch. Ja sogar dem britischen König ließ sie eine Petition zukommen.<sup>268</sup> Die Briten ließen sich dadurch aber nicht beeindrucken und blieben bei ihrer Strategie der Isolation der Palästina-problematik von weltweiten Entwicklungen. Mit allen Mitteln versuchten sie nun, Palästina von der jüdischen Flüchtlingsfrage zu separieren. Dafür war die britische Regierung sogar bereit, deutsche Juden nach dem Pogrom in wesentlich größerem Umfang ins britische Mutterland einwandern zu lassen.<sup>269</sup> Forderungen der *Sochnuth* nach 100.000 zusätzlichen

---

<sup>265</sup> Siehe dazu: *Rettet das Kind!*, MB, August 1938, S.5-6; 5000 Kinder nach Palästina, MB, November 1938, S.3; Für die Zulassung von 10000 Kindern, MB, Nr.6 (1938), S.5; Aus der Chronik, MB, Nr.7 (1939), S.9; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 2.8.1938, in: ZZA, S7/507; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 30.11.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 15.12.1938, in: ebd.

<sup>266</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 29.12.1938, in: ebd.; Georg Landauer an *Hitachduth Olej Austria* v. 25.9.1938, in: ZZA, S7/513; *Unsere Hilfsaktion*, MB, Nr. 6 (1938), S.10; *Das palästinensische Hilfswerk für die deutschen Juden*, MB v. 17.3.1939, S.5.

<sup>267</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 29.12.1938, in: ZZA, S7/717; *Palestine Settlers ask for 12.000 Parent Certificates*, *Palestine Post* v. 29.12.1938, S.2; „Öffnet die Tore des Landes“, MB, Nr. 7 (1939), S.5.

<sup>268</sup> Siehe dazu: ebd.; *German Relief Delegation*, *Palestine Post* v. 29.12.1938, S.2; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 29.12.1938, in: ZZA, S7/717; *Beschluss-Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. HOGOA] v. 15.12.1938*, in: ebd.; *Association German Jewish Settlers an Prime Minister Neville Chamberlain*, undatiert [Ende Dezember 1938], in: ebd.; *Association of Jewish Settlers from Germany an High Commissioner for Palestine and Transjordan* v. 22.12.1938, in: ebd.

<sup>269</sup> Siehe dazu: *Jewish Central Information Office, The Position of Jewish Refugees in England*, January 1945, in: ZZA, J18/17; Gabriel Sheffer, *Bilanz der strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens in Palästina und im Nahen Osten*, in: Linda Schatkowski Schilcher/Claus Scharf (Hg.), *Der Nahe Osten in der Zwischenkriegszeit. Die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Ideologie*, Stuttgart 1989, S.29-51, hier: S.40-41; Martin Gilbert, *British Government Policy towards Jewish Refugees (November 1937–*

Zertifikaten oder die nach 10.000 für die Einwanderung von Kindern blieben daher unbeantwortet. Sie ließ sich in den Verhandlungen mit der JA nicht einmal kleinste Zugeständnisse abringen. Einzig die seit dem „Anschluss“ von der JA schon sehr hoch angesetzten Zertifikats-Quoten für österreichische und deutsche Juden, die nach dem Pogrom nochmals erhöht wurden, führten zur legalen Einwanderung von etwa 6.000 Juden beider Länder in der Oktober-März Schedule 1938/1939 – bei einer Gesamtzahl von 10.500 Zertifikaten, und so auch auf Kosten der Einwanderungsmöglichkeiten anderer Landsmannschaften.<sup>270</sup>

Auch im Bereich der Absorption der Neueinwanderer ging die HOGOA neue Wege. Ihre Landwirtschaftliche Abteilung entwickelte nun Ansiedlungspläne für die nahezu mittellos eintreffenden Einwanderer. Statt so genannter Vollwirtschaften mit einem Mindestkapitaleinsatz von 1.000 LP pro Siedlungsanwärter traten nun verschiedene Modelle von kostenärmeren Hilfwirtschaften in den Vordergrund. Auch wurde der Vorschlag der zionistischen Führung aus Deutschland aufgegriffen, provisorische Unterbringungsmöglichkeiten in Lagern zu schaffen. Aber selbst die Verwirklichung dieser kapitalärmeren Planungen stand vor schier unüberwindbaren Hürden. Von der *Sochnuth* waren wie immer keine zusätzlichen Gelder zu erwarten. Die *Hitachduth* selbst war ebenso nicht in der Lage, aus ihrem – seit 1938 defizitären – Budget auch nur kleinste Siedlungsunternehmungen zu finanzieren.<sup>271</sup> Aus der *Golah* war dieses Mal auch nur mit wenig Unterstützung zu rechnen; das *Joint* stellte nur kleine Beträge zur Verfügung und der *Council* war in Anbetracht der Fülle seiner Aufgaben finanziell und logistisch überfordert. Zwar initiierte er eine neue Spendensammlung mit dem ambitionierten Ziel von einer Million Pfund. Demgegenüber standen aber umfangreiche Verpflichtungen: die Unterstützung der *Reichsvereinigung*, der Jüdischen Gemeinde in Wien, der Übersee- und Palästinawanderung und der *Hachscharah* deutsch-jüdischer Jugendlicher im Ausland. Hinzu kamen nun noch die

---

September 1939), in: Yad Vashem Studies XIII (1979), S.127-167 [f. Gilbert, British Government Policy]; Wolfgang Benz, *Emigration als Rettung und Trauma*, in: ders. u.a. (Hg.), *Die Kindertransporte 1938/1939. Rettung und Integration*, Frankfurt a.M. 2003, S.9-16; *Political Report of the Executive 1939*, S.54-55.

<sup>270</sup> Siehe dazu: ebd., S.53-55; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 30.11.1938, in: ebd.; „Öffnet die Tore des Landes“, MB, Nr. 7 (1939), S.5; 1000 Zertifikate für April, JWR v. 21.4.1939, S.4; *Political Report of the Executive 1939*, S.54-55.

<sup>271</sup> Siehe dazu: Sch.[lomo] Krolik, *Vorschläge zur Einordnung der kommenden Alijah in landwirtschaftlichen und vorstädtischen Siedlungen und zur provisorischen Unterbringung in Übergangslagern auf dem Lande und in der Nähe der Stadt* v. 26.1.1939, in: ZZA, S7/712; [Max] Kreutzberger an Franz Meyer v. 19.12.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. HOGOA] v. 4.5.1939, in: ZZA, S7/717.



Alimentierung der Transporte jüdischer Kinder nach England und deren Unterbringung sowie die dortige allgemeine jüdische Flüchtlingshilfe und die Errichtung und Unterhaltung von Übergangslagern, wie des Kitchener-Camps nahe Sandwich in der Grafschaft Kent. In ihm sollten etwa 3.500 deutsche und österreichische Juden temporär untergebracht werden, bis sich für sie die Möglichkeit der Weiterwanderung ergab.<sup>272</sup> Die DA erhielt daher vom *Council* nur noch geringe Summen, sodass sich die HOGOA-Pläne zur Errichtung von Übergangslagern nur in sehr kleinem Umfang realisieren ließen; jenes Konzept übernahm später die *Histadruth* und *Sochnuth* in wesentlich größerem Umfang.<sup>273</sup>

Als zweite Reaktion auf den Novemberpogrom erörterte die HOGOA-Führung politische Aktionen. Schon in den ersten Diskussionen im erweiterten Kreis kam es aber zu Meinungsverschiedenheiten. Drei Meinungsbilder standen sich gegenüber. Die erste Gruppe, die insbesondere aus erst kürzlich in Palästina eingetroffenen oder aber noch in Deutschland befindlichen Zionisten bestand, sprach sich gegen jede Form politischer Aktivitäten aus, da dadurch Juden in Deutschland gefährdet werden könnten. Diese Sicht leitete im Allgemeinen bisher auch den Umgang der HOG mit dem NS-Staat.<sup>274</sup> Die zweite Gruppe, der vorrangig Aktivisten des linken Flügels der *Hitachduth* angehörten, forderte dagegen eine grundlegende Revision der bisherigen Strategie. Nach ihrer Meinung müsse der Zionismus seine Aufgabengebiete nun erweitern und aktiv den Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus aufnehmen. *Erez Israel* solle ein Zentrum dieses Kampfes werden und die deutschen Juden im *Jischuw* dabei voranschreiten. Die dritte Gruppe lehnte den antifaschistischen Kampf als explizit zionistische Aufgabe ab, fand sich aber bereit, den insbesondere – in der *Galuth* – zu führenden Kampf zu unterstützen. Sie wollte vor allen Dingen durch positive zionistische Arbeit, sprich den Aufbau der Heimstätte, eine Antwort auf den Nationalsozialismus geben.<sup>275</sup>

---

<sup>272</sup> Siehe dazu: Die Arbeit der „Deutschen Abteilung“, JWR v. 11.8.1939, S.7-10; Pessachfeier im Richborough Camp, JWR v. 19.5.1939, S.5; Martin Rosenblüth an E.[lieser] Kaplan v. 2.12.1938, in: ZZA, S7/712; Wolfgang Benz, u.a. (Hg.), *Die Kindertransporte 1938/1939. Rettung und Integration*, Frankfurt a.M. 2003; Georg Landauer an Arthur Rupp v. 12.1.1939, in: ZZA, J18/88.

<sup>273</sup> Siehe dazu: ebd.; *Hitachduth Olej Germania W'Olej Austria* [Snif] Haifa, Ergänzungen zu dem Jahresbericht der HOGOA (1938) v. 10.7.1939, in: ZZA, S7/922; [Schlomo] Krolik an [Max] Kreutzberger v. 22.7.1940, in: ebd.; Arbeitslager Haifa, MB, Mai (II) 1939, S.5; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth Olej Germania w'Olej Austria*, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096; Die Arbeit der „Deutschen Abteilung“, JWR v. 11.8.1939, S.7-10.

<sup>274</sup> Siehe dazu: Melka Schlam an Kurt Blumenfeld v. 12.8.1938, in: ZZA, S7/507; A.[rthur] Rau an Robert Weltsch v. 15.12.1938, in: ZZA, A376/65; Telegramm an [Siegfried] Moses v. 19.12.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 29.12.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 21.11.1938, in: ebd.

<sup>275</sup> ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 30.11.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 29.12.1938, in: ebd.

Dieser grundsätzliche theoretische Konflikt wirkte lähmend auf die Suche nach realisierbaren politischen Aktionen. Die Politische Kommission der *HOGOA* sammelte eine Reihe von Vorschlägen wie einen weltweit zu begehenden Gedenktag, Bittgottesdienste, Fastentage, die Redaktion eines Schwarzbuches und die Schaffung eines Institutes zur Erforschung der „Judenfrage“.<sup>276</sup> Als erste Sofortmaßnahme beschloss die *HOGOA* die Umgestaltung des *MB*; das Blatt sollte nun offener und kritischer über die Geschehnisse in Deutschland berichten. Auch wurden 5.000 Exemplare der Zeitung als kurzzeitiger Ersatz für die verbotene *JR* in die *Golah* versandt und der ehemalige Chefredakteur der *JR*, Robert Weltsch\*, übernahm die Redaktion.<sup>277</sup> Entgegen der – wohl wider besseren Wissens – von Weltsch\* geäußerten Prognose, die *NS*-Instanzen würden sich nicht für die publizistischen Aktivitäten deutscher Zionisten in *Erez Israel* interessieren, taten sie es doch. Sie beschäftigen sich sehr wohl mit der von ihnen nicht autorisierten Ausreise von Weltsch\* nach Palästina Mitte September 1938, mit der auch auf Palästina rückwirkenden wirtschaftlichen Abwicklung der *JR* und mit dem *Mitteilungsblatt*. Sofort nach der Neuausrichtung des Blattes intervenierte das deutsche Generalkonsulat in Palästina bezüglich dessen Berichterstattung über Deutschland. Es drohte ernste Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der *HOGOA* an, wovon sich die *Hitachduth* aber nicht beeindrucken ließ.<sup>278</sup>

Ein weiteres Projekt war die Herausgabe einer neuen deutschsprachigen Zeitung, die den Wegfall der *JR* kompensieren sollte. Schon mehrfach zuvor hatte sich die *HOG* mit diesem Thema befasst, beispielsweise nachdem die *JR* im Jahre 1935 in Deutschland zwischenzeitlich verboten worden war. Innerhalb der *HOGOA*-Führung und anderer deutsch-zionistischer Kreise in *Erez Israel* bestand weitgehend Konsens, dass das Projekt realisiert werden müsse. Die weltweite deutsch-jüdische Diaspora sollte nicht ohne zionistische Beeinflussung bleiben und sie sollte mit *Erez Israel* zumindest durch dieses Medium verbunden werden. Einzig die Zionisten in Deutschland hatten starke Bedenken, sodass von einer kritischen

---

<sup>276</sup> Siehe dazu: ebd.; Robert Weltsch an H.O.G. Tel Aviv, Betr. Politische Kommission v. 11.12.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 30.11.1938, in: ebd.; David S. Tschertok an die Politische Kommission der HOG Tel Aviv, unleserlich [Ende Dezember 1938], in: ZZA, S7/712; Alfred Berger/Walter Turnowsky, Antrag [an die Politische Kommission], undatiert [Ende November 1938], in: ebd.

<sup>277</sup> Siehe: Beschluss-Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission der HOG/HOA v. 22.11.1938, in: ZZA, S7/712; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 29.12.1938, in: ebd.

<sup>278</sup> Siehe dazu: ebd.; [Robert] Weltsch an Martin Rosenblüth v. 20.12.1938, in: ZZA, A376/65; R.[obert] Weltsch an [Siegfried] Moses v. 26.10.1938, in: ebd.; R.[obert] Weltsch an [Siegfried] Moses v. 7.10.1938, in: ebd.; Alfons Löwenthal an Siegfried Moses v. 30.6.1938, in: ebd.; Beschluss-Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. *HOGOA*] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/712.

Berichterstattung über den NS in den ersten Ausgaben der unter dem Namen *Jüdische Welt-Rundschau* herausgegebenen Zeitung abgesehen wurde.<sup>279</sup> Nach dem Erscheinen der ersten Nummer Anfang März 1939 an dem symbolträchtigen Ort Jerusalem ging aber ein Aufschrei der Entrüstung durch den *Jischuw*. Es gab die verschiedensten Aktivitäten und Proteste bis hin zu militanten Aktionen zur Verteidigung des Hebräischen. In Dimension und Vehemenz erinnerten die Auseinandersetzungen ein wenig an den so genannten „Sprachenkampf“<sup>280</sup> von 1913, bei dem es um die Verdrängung der deutschen Sprache und Durchsetzung des Hebräischen in den Bildungsinstitutionen des *Jischuw* ging. Der Konflikt um die *JWR* war der Auftakt der öffentlichen Auseinandersetzungen um die deutsche Sprache im Nationalheim. Jenes Kapitel wird im Folgenden noch näher betrachtet werden. Nur so viel soll schon vorausgeschickt werden: Die Affäre um die *JWR* schloss die Reihen der deutschen Zionisten sogar über vorhandene politische Gräben hinweg.<sup>281</sup>

In den fortwährenden Diskussionen der *HOGOA*-Führung um praktische und politische Aktionen kam nach den ersten Wochen zunehmend Unzufriedenheit auf; zum einen betraf sie die Unzulänglichkeit der eigenen Aktivitäten, zum anderen die kargen Reaktionen des *Jischuw*. Naphtali\* kritisierte beispielsweise: „Die bisher erfolgten politischen Aktionen sind unzureichend. Die Reaktion der palästinensischen Zeitungen auf die Ereignisse in Deutschland ist ganz unerträglich und die deutsche Alijah hat ihre Aufgabe, diese Reaktion entscheidend zu beeinflussen, nicht erfüllt.“<sup>282</sup> Den politischen Aktionen der *HOGOA* fehle es an Aktualität, an Durchschlagskraft und in Anbetracht der Monstrosität der Ereignisse in Deutschland an Singularität – so der allgemeine Tenor. Die geringe Beteiligung des *Jischuw* an der Kinderrettungsaktion und dem *Pidjon-Drive* tat ihr Übriges. Die Hoffnungen auf eine Vielzahl von Adoptionen bestätigten sich nämlich nicht; Mitte Dezember 1938 lagen erst etwa 5.000

---

<sup>279</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkassitzung [d. HOG] v. 1.8.1935, in: ZZA, S7/117; Werner Feilchenfeld an Siegfried Moses v. 6.1.1939, in: A376/65; A.[rthur] Rau an Robert Weltsch v. 15.12.1938, in: ebd.; R.[obert] W.[eltsch]/Unterschrift unleserlich an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda v. 27.7.1938, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 21.11.1938, in: ZZA, S7/717; Georg Landauer an Robert Weltsch v. 17.3.1939, in: ZZA, A376/65.

<sup>280</sup> Siehe zum Sprachenkampf 1913: Adolf Böhm, Die zionistische Bewegung. Bd. I: Die zionistische Bewegung bis zum Ende des Weltkrieges, Tel Aviv <sup>2</sup>1935, S.470-476 [f. Böhm, Bewegung]; Elias Auerbach, Pionier der Verwirklichung, Stuttgart 1969, S.324-27, 347-49; Eloni, Zionismus in Deutschland, S.313-356.

<sup>281</sup> Siehe dazu Kap. III und: Hans G. Burger, Die Auseinandersetzung um die „Jüdische Welt-Rundschau“ – Robert Weltsch zum 80. Geburtstag gewidmet, in: Emuna – Horizonte, Jg. 6, H.5 (1971), S.317-334 [f. Burger, Auseinandersetzung]; Thomas von der Osten-Sacken, Aufstieg und Fall einer zionistischen Zeitung: Die Jüdische Weltrundschau, unter:

<http://www.jewish-life.de/keshet/weltrundschau.htm> (aufgerufen am 24.01.2012), passim; Richter, Das letzte Kapitel, passim.

<sup>282</sup> Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717, S.5.

Absichtserklärungen zur Aufnahme von Kindern vor, der übergroße Teil davon von direkten Verwandten oder deutschsprachigen *Olim*. Offenkundig hatte trotz aller zionistischen Rhetorik weiterhin familiäre und landsmannschaftliche Solidarität das stärkste Mobilisierungspotenzial. Darüber hinaus musste sich die Führung der *Hitachduth* eingestehen, dass ihr eigener Apparat im Angesicht der Vielzahl von Aufgaben überfordert sei. Gerade ihr Engagement auf politischem Felde wurde nun für wenig aussichtsreich gehalten und so konzentrierte sie sich wieder auf die Initiierung direkter Hilfsmaßnahmen für die Juden in Deutschland und Österreich und für die eintreffenden neuen *Olim*.<sup>283</sup>

Angesichts der geringen Zahl zur Verfügung stehender Zertifikate griff die *Hitachduth* auf zwei Provisorien zurück, um überhaupt direkte Hilfe in Deutschland leisten zu können. Durch ihre Initiative wurden über 3.000 konsularisch bestätigte Bescheinigungen nach Deutschland übermittelt, in denen eine baldige Übersiedlung der Empfänger nach Palästina bestätigt wurde. Aufgrund jener wurde eine Vielzahl der im Zuge des Pogroms in den Konzentrationslagern internierten Juden wieder entlassen. Ebenso erreichte sie mit Unterstützung des englischen „German Jewish Aid Committee“ die Anerkennung ihrer Bescheinigungen über die Möglichkeit späterer Weiterwanderung nach Palästina seitens des britischen Home-Office. Diese Bescheinigungen ermöglichten in Verbindung mit einer finanziellen Unterhaltsgarantie den temporären Aufenthalt von Juden aus Deutschland beziehungsweise Österreich in Großbritannien. In Palästina selbst ging die *HOGOIA* dazu über, neben der bisherigen Beratung in Zertifikatsangelegenheiten nun die Zertifikatsanträge selbst zu bearbeiten. Auch setzte sie sich für die in Palästina nur mit einem Touristenvisum ankommenden Juden ein. Schließlich befasste sich die *HOGOIA* weiter mit der Errettung von Kindern und Jugendlichen. Sie schuf ein Schüler- und Studentenwerk, das Studien- und Ausbildungsplätze in Kooperation mit dem Technion und der Ludwig-Tietz-Handwerkerschule bereitstellte. Gleichzeitig beschaffte sie die dafür benötigten Zertifikate, organisierte die Finanzierung, gründete einen Stipendienfonds und ein Internat.<sup>284</sup> Auch ihre Vorbereitungen für die erhoffte Kindererrettung gingen weiter; im Sommer stellte der Mandatar dafür dann tatsächlich 500 Zertifikate im Rahmen der 25.000 Flüchtlingszertifikate des MacDonald-

---

<sup>283</sup> Siehe dazu: ebd.; David S. Tschertok an die Politische Kommission der HOG Tel Aviv, unleserlich [Ende Dezember 1938], in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOIA] v. 29.12.1938, in: ebd.

<sup>284</sup> Siehe dazu: ebd.; HOG, Rechenschaft 1939, S.25, 27-28; Ludwig Tietz-Handwerkerschule, JWR v. 15.12.1939, S.6; zum Technion siehe: Yossi Ben-Artzi, Technion, in: Dan Diner (Hg.), Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Stuttgart 2011–2017, unter: [http://dx-1doi-1org-100004ea00039.erf.sbb.spk-berlin.de/10.1163/2468-2845\\_ejgk\\_COM\\_0910](http://dx-1doi-1org-100004ea00039.erf.sbb.spk-berlin.de/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0910) [aufgerufen am 10.9.2019].

Weißbuches zur Verfügung; im Oktober 1939 trafen die ersten Kinder in *Erez Israel* ein. Der Beginn des Weltkrieges veränderte die Lage aber vollständig. Nun durften deutsche Juden, die sich im befeindeten Deutschland oder den von ihm besetzten Gebieten befanden, nicht mehr in Palästina einwandern. Einzig den Juden, die vor Kriegsbeginn schon ein Zertifikat erhalten hatten, gestattete der Mandatar noch die Einreise. Die Arbeit der *HOGOA* konzentrierte sich daher nun neben der nur in Ausnahmefällen erfolgreichen Erlangung weiterer Zertifikate auf die Ausnutzung der in der Vorkriegszeit ausgegebenen Zertifikate. Gleichzeitig unterstützte sie erstmals aktiv Auswanderungsbemühungen deutscher Juden in andere Länder, insbesondere nach Übersee.<sup>285</sup>

Auch auf dem Gebiet der Fürsorge und ersten Einordnung der ankommenden *Olim* erhöhte sich das Arbeitspensum der *Hitachduth* im Jahre 1939 beträchtlich. Mit der Durchsetzung der NS-Judenpolitik in der Freien Stadt Danzig im Zuge des Novemberpogroms, der Zerschlagung der so genannten „Rest-Tschechei“ und der Besetzung des Memellandes im März 1939 kamen weitere jüdische Gemeinschaften unter direkte NS-Herrschaft.<sup>286</sup> Die *DA* übernahm auch für sie die Verantwortung und die *HOGOA* ging mit den landsmannschaftlichen Zusammenschlüssen der Danziger und Tschechen in *Erez Israel*, dem Irgun Olej Danzig und der *Hitachduth* Olej Czechoslovakia eine Büro- und Arbeitsgemeinschaft ein. Dadurch vergrößerte sich auch die Zahl Hilfesuchender signifikant, die die Angebote der *HOGOA* nutzten. Vor allen Dingen erhöhten aber die zu Tausenden eintreffenden illegalen Einwanderer, im Hebräischen *Maapilim* genannt, das Arbeitspensum der *HOGOA*.<sup>287</sup> Schätzungen zufolge erreichten von 1938 bis Kriegsbeginn mehr als 17.000 Illegale Palästina, ein Großteil davon aus Mitteleuropa. Dabei betrieb die britische Regierung einen rigorosen Kurs gegen die illegale Einwanderung

---

<sup>285</sup> Siehe dazu: Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olej Germania w'Olej Austria, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096; Zertifikate für Flüchtlingskinder aus Polen, YH v. 30.10.1939, unpg.; Ronald W. Zweig, *Britain and Palestine during the Second World War*, Woodbridge u.a. 1986, S.57-59 [f. Zweig, Britain].

<sup>286</sup> Siehe dazu: Eliyahu Stern, *The Jews of Danzig under Nazi Rule – Struggle, Rescue and Destruction*, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *Dapim. Studies on the Shoah*, New York u.a. 1991, S.89-129; Livia Rothkirchen, *The Protectorate Government and the "Jewish Question", 1939-1941*, in: *Yad Vashem Studies XXVII* (1999), S.331-362, hier: 334-345; Peter Heumos, *Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938-1945*, München 1989.

<sup>287</sup> Siehe dazu: Die Arbeit der „Deutschen Abteilung“, JWR v. 11.8.1939, S.7-10; Zur Frage des Merkas Olim, MB, Mai (I) 1939, S.3; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 4.5.1939, in: ZZA, S7/717; Statistik über die Frequenz der Wirtschaftsberatung in der Zeit vom Februar – August 1939, undatiert [20.9.1939], in: ZZA, S53/1934; *Hitachduth* Olej Germania W'Olej Austria [Snif] Haifa, Ergänzungen zu dem Jahresbericht der *HOGOA* (1938) v. 10.7.1939, in: ZZA, S7/922; Frieda Weinreich, *Zur Unterbringung der Neueinwanderer*, MB, Nr. 10 (1939), S.4-5; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olej Germania w'Olej Austria, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096.

und entwickelte dafür ein ganzes Arsenal an Waffen: Von drakonischen Strafen für *Maapilim* und ihren Helfern und dem Einsatz der Marine zur Aufbringung der Flüchtlingsschiffe bis hin zur Internierung und späterhin Deportation der *Maapilim*. Während in Österreich die *Alijah Beth* vor allem von Privatpersonen und den *Revisionisten* organisiert wurde, war im „Altreich“ der unter der Autorität der *Haganah* stehende *Mossad Lealijah Beth* federführend. In beiden Fällen wurde die *AB* unter Tolerierung oder direkter Unterstützung seitens der *Gestapo* organisiert. Nur der *Mossad* versuchte zu diesem Zeitpunkt noch, Auswahlkriterien bei der Zusammenstellung der Kandidaten der Transporte aufrechtzuerhalten.<sup>288</sup>

Der größte Teil der Illegalen erreichte Palästina aber ohne jede „Selektion“. Kennzeichen dieser auch als *Flüchtlingsalijah* bezeichneten mittellosen Einwanderung waren: ein höheres Durchschnittsalter, eine ungünstige Berufsstruktur, keine kulturelle und berufliche Vorbereitung und meist nur geringe zionistische Prägung.<sup>289</sup> Die *Hitachduth* bemühte sich um die erste Unterbringung Hunderter Neuankömmlinge und versuchte Tausende Arbeitssuchende zu unterstützen. Da die Sozialabteilungen des *Waad Leumi* und der *Kehilloth* heillos überfordert waren, den Andrang der Hilfesuchenden zu bewältigen, begann die *HOGOA* nun, eigene Strukturen zur Sozialfürsorge auf- und auszubauen. Und für die mit Beginn des Krieges von der britischen Palästina-Verwaltung in einem Lager in der Nähe von Haifa internierten mitteleuropäischen *Maapilim* richtete sie einen Verbindungsdienst zu ihrer Betreuung ein. Ohne Übertreibung stellten die vielfältigen Hilfsmaßnahmen für die Illegalen ein Ruhmesblatt in der Geschichte der *Hitachduth* dar. Schon vor Kriegsbeginn warnte sie jedoch die zionistische Führung eindringlich, dass die vor allem von den landsmannschaftlichen Einwandererorganisationen getragene Hilfsarbeit vor dem Zusammenbruch stehe und der *Jischuw* einer Katastrophe entgegentreibe. Und sie appellierte an ihn und die nationalen Instanzen, Verantwortung für die *Flüchtlingsalijah* zu übernehmen.<sup>290</sup> Aber alle Appelle verhallten ungehört. Mit Beginn des Krieges herrschten im

---

<sup>288</sup> Siehe dazu: Kurt J. Ball-Kaduri, *Illegale Judenauswanderung aus Deutschland nach Palästina 1939/40 – Planung, Durchführung und internationale Zusammenhänge*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte IV* (1975), S.386-421 [f. Ball-Kaduri, *Judenauswanderung*]; Ofer, *Illegal Immigration*, S.14, 69-77, 89-93, 130-142; Zweig, *Britain*, S.44-88; Interview Pino Ginzberg 1985, abgedr. in: Francis R. Nicosia (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des Zionismus 1933 – 1941*, Tübingen 2018, S.548-564 [f. Nicosia, *Dokumente*]; Interview Ehud Avriel, undatiert [nach dem II. WK], abgedr. in: ebd., S.544-547 u. Kap. V.

<sup>289</sup> Siehe dazu: Frieda Weinreich, *Zur Unterbringung der Neueinwanderer*, MB, Nr. 10 (1939), S.4-5; *Palästina nimmt Flüchtlinge auf*, JWR v. 7.7.1939, S. 1; Ernst Levy, *Was soll werden?*, MB, August (I) 1939, S.11.

<sup>290</sup> Siehe dazu: ebd.; *Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania w'Olej Austria*, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096; [Max] Kreuzberger, *Notiz an die Herren Dr. Arthur Ruppin/Dr. Georg Landauer v.*

*Jischuw* nahezu chaotische Zustände. Erst jene Situation, verbunden mit der Frage des aktiven Kampfes gegen den *NS* und den sich ausweitenden Konflikten zwischen der neuen *Alijah* und dem restlichen *Jischuw* ließen die inneren Widerstände gegen eine vollständige Politisierung der *HOGOA* fast vollständig verstummen.

---

25.9.1939, in: ZZA, S53/1934; Georg Landauer an Arthur Ruppin v. 17.3.1939, in: ZZA, A376/118; u.o., Sorge für die Neu-Einwanderer, MB, August (II) 1939, S.3-4; Die weiteren Beschlüsse, MB, Juli (II) 1939, S.6.

### Kapitel III: Die *HOGOA* im Krieg bis zur Gründung der *Alija Chadascha* (1939-1942)

---

#### Die ersten politischen Partizipationsversuche der *HOGOA* auf nationaler Ebene

Entgegen der Erwartungen blieb Palästina bis zum Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 von direkten Kriegshandlungen verschont. Der europäische Kriegsschauplatz war weit entfernt und der *Jischuw* fand nach den ersten Wochen der Erregung schnell wieder zu seinem alten Vorkriegslebensrhythmus zurück. Die zionistische Führung musste in Anbetracht des Krieges ihre Stellung zum kriegsführenden Mandatar, das Maß ihrer Beteiligung an den britischen Kriegsanstrengungen und die weitere Ausgestaltung ihres Kampfes gegen das Weißbuch definieren. Sie befand sich in einem offenkundigen Dilemma, das sich in der in weiten Teilen des *Jischuw* akzeptierten Losung Ben-Gurions manifestierte: „We should assist the [British] army as though there were no White Paper, and we should fight against the White Paper as though there were no war.“<sup>291</sup> Die Parole hatte einiges an propagandistischem Wert, aber zumindest in den ersten Kriegsjahren keine wirkliche realpolitische Relevanz. Denn der *Jischuw* war mehr denn je politisch, ökonomisch und vor allem militärisch von Großbritannien abhängig. Letztlich blieb ihm trotz aller starken Worte nichts anderes übrig, als eine Kooperationsstrategie zu ergreifen; Ende August 1939 bot die *Agency* daher der britischen Regierung im Kriegsfall militärische Hilfe an.<sup>292</sup>

Schon in den ersten Kriegsmonaten zeigte sich dann diese Abhängigkeit überdeutlich. Das jüdische Aufbauwerk geriet in eine schwere ökonomische, soziale und politische Krise. Ökonomische Rückwirkungen des Krieges trafen den *Jischuw* sofort und mit unerwarteter Härte. Die exportabhängige Zitrusfrucht-Wirtschaft geriet in eine schwere Krise, ebenso die Bauwirtschaft. Tausende Arbeiter verloren ihre Anstellung. Nach der offiziellen Statistik der *JA* lagen die Arbeitslosenzahlen im zweiten Halbjahr 1939 bei 16. bis 20.000; dies scheint jedoch nur die Spitze des Eisberges gewesen zu sein, da der Tel Aviver Bürgermeister Rokach allein

---

<sup>291</sup> Minutes of a meeting of the Mapai centre, September 12, 1939, Labour Party Archives, S.3, zit. nach: Yoav Gelber, *Zionist Policy and the fate of European Jewry (1939-1942)*, in: *Yad Vashem Studies XIII (1979)*, S.169-210, hier: 171 [f. Gelber, Policy]; siehe weiterhin: *Im Zeichen des Krieges*, MB, Oktober 1939, S.1-2; *Palestine Jewry's Stand*, *Palestine Post* v. 4.9.1939, S.1; *Die Lage in Palästina*, MB v. 8.12.1939, S.3-4.

<sup>292</sup> Siehe dazu: Bauer, *Resistance*, S.72-79; Anita Shapira, *Land and Power. The Zionist Resort to Force 1881-1948*, Stanford <sup>2</sup>1999, S.279-280 [f. Shapira, Land]; Chaim Weizmann to Prime Minister Neville Chamberlain, 29.8.1939, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 29: The Jewish Military Effort 1939-1944*, New York/London 1987, S.1-2 [f. TROI, Vol. 29].



für seine Stadt die Zahl auf 15.000 bezifferte. Vermehrte Arbeitskämpfe, ein Bankensturm, Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln, eine Teuerung und eine sich abzeichnende Krise des jüdischen Schulwerkes verschärften die Lage noch.<sup>293</sup> Damit einhergehend erreichte die soziale Krise im Herbst 1939 ungeahnte Dimensionen. Wohl weit mehr als 50.000 Menschen hungerten und Tausende Neueinwanderer waren obdachlos. Allein in Tel Aviv war fast ein Drittel der 17.000 Schulkinder unterernährt und die ersten Hungertoten waren zu verzeichnen. Die Sozialinstitutionen des *Jischuw* versorgten notdürftig circa 30.000 Personen, wobei es nach Schätzungen von Henriette Szold tatsächlich etwa 80.000 Unterstützungsbedürftige gab. Der seit Kriegsbeginn als Präsident des *Waad Leumi* amtierende Pinchas Rutenberg prophezeite bei weiterer Inaktivität der zionistischen Instanzen den Zusammenbruch des *Jischuw* und bezeichnete die Situation als nationale Schande.<sup>294</sup>

Auf der politischen Bühne zeichnete sich schon nach der Veröffentlichung des MacDonald-Weißbuches Ungemach für die nationalen Instanzen ab. Aus dem Lager der *Esrachim* kamen Forderungen nach einer Umstrukturierung der *Sochnuth* und des *Waad Leumi*. Bisher nicht in den beiden Institutionen vertretene Gruppen sollten berücksichtigt und eine überparteiliche Notstandskommission zur Führung des Kampfes gegen das Weißbuch gebildet werden. Rutenberg als parteiunabhängige, allseits geachtete Persönlichkeit trat dann an die Spitze des *Waad Leumi*, um eine nicht nach dem Parteienschlüssel gebildete, kleine und aktionsfähige Exekutivgewalt zu bilden. Weiterhin stand auf seiner Agenda die Beilegung der notorischen Arbeitskonflikte, die Kompetenz- und Machterweiterung des *Waad Leumi* und die Bekämpfung der sozialen Not. Zu diesem Zweck beschloss der *Waad Leumi* Ende September 1939 eine zentrale, alle Kreise des *Jischuw* erfassende Steueraktion, *Mass Cherum* beziehungsweise Notstandssteuer genannt. Rutenbergs Programm war äußerst ambitioniert: Nicht nur hätten die Parteien um der Einheit willen einen gewissen Macht- und Einflussverlust

---

<sup>293</sup> Siehe: ACO, Die Histadruth, S.14, 20-21, 25-26; D. Gurewich/A. Gertz (Hg.), Statistical Handbook of Jewish Palestine 1947, Jerusalem 1947, S.237, 266-267, 309 [f. Gurevich/Gertz, Handbook]; Henry Near, The Kibbutz Movement – a History. Crisis and Achievement 1939-1995, Volume II, London/Portland 1997, S.60; Der Keren Hajessod, YH v. 2.10.1939, unpg.; Über die Lage in Tel Aviv, YH v. 29.10.1939, unpg.; Palästinensischer Bilderbogen, BNN v. 13.10.1939, unpg.; Statistik über Streiks und Aussperrungen, BNN v. 27.11.1939, unpg.; Wochenschau von Dr. Alfred Kupferberg, BNN v. 20.10.1939, unpg.; Das YH Tagebuch, YH v. 29.9.1939, S.12; Das YH Tagebuch, YH v. 17.11.1939, S.20; Sykes, Kreuzwege, S.221.

<sup>294</sup> Siehe dazu: Das Gebot der Stunde, BNN v. 1.11.1939, unpg.; Das YH Tagebuch, YH v. 22.9.1939, S.19; Die Zahl der unterernährten Kinder in den Tel Aviver Schulen, YH v. 23.11.1939, unpg.; Die Festsetzung der Skala für die Notsteuer, YH v. 3.10.1939, unpg.; Der Keren Hajessod, YH v. 2.10.1939, unpg.; zur Person Rutenberg siehe: EJ, Vol. 17, S.591-592.

hinnehmen, sondern auch der politisch, religiös, ethnisch und sozial fragmentierte *Jischuw* als geeinte Nation agieren müssen.<sup>295</sup>

Die politische Agenda des neuen Präsidenten des *Waad Leumi*: Zentralisierung und Stärkung der Zentralgewalten; Hemmung des Parteieneinflusses und nationale Einheitsbestrebungen lag ganz auf der politischen Linie der *Hitachduth*. Schon vor Kriegsbeginn trat das *KJV* mit dem Konzept des *Mischtar Zioni* an die Öffentlichkeit. Die Verfasser bezeichneten es zusammenfassend „als ein notwendiges Übergangsstadium von der heutigen zionistischen Organisation, einem auf völlige Freiwilligkeit beruhenden bloßen Verein, aus dem man beliebig ein – und austreten kann und dessen Disziplin man folgen oder auch nicht folgen kann zum Judenstaat mit voller Gewalt in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung.“<sup>296</sup> Nach dem Konzept sollte die Herrschaft der zionistischen Idee und Organisation alle Lebensbereiche des *Jischuw* erfassen, der Einzelne sich der Gesamtheit unterordnen und gegenüber den nationalen Instanzen auch bei eigener Gegnerschaft absolute Disziplin wahren. Die zionistische „Regierung“ sollte mittels eines Rechtssystems, das auch Zwangsmittel beinhaltete, den weiteren Aufbau bis zur tatsächlichen Staatsgründung leiten und lenken. Dieses Konzept speiste sich wesentlich aus den Traditionen des deutschen Zionismus, dessen Grundhaltung von Gemeinsinn, Verantwortung und (zionistische) Disziplin geprägt war. Schon *Achduth Haam* übernahm die Forderung nach *Mischtar Zioni* in ihr Programm und auch die Politik der *HOGOA* und später der *Alija Chadascha* ließ sich davon leiten.<sup>297</sup> Das Konzept hatte nur einen Haken. Es konnte nur zur Geltung kommen, wenn es vom Großteil des *Jischuw* anerkannt und befolgt würde. Falls aber die Parteien und andere Organisationen weiterhin die alles entscheidenden Instanzen blieben, musste die *Hitachduth* notgedrungen auch um Einfluss und Ämter zur Interessensicherung ihrer Klientel kämpfen.

Rutenberg versuchte in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft fieberhaft, eine kleine schlagkräftige Exekutive von drei bis vier Personen zu bilden. Insbesondere die Initiierung der zentralen Steueraktion zur Bekämpfung der sozialen Not gebot Eile. Aber jede Gruppierung

---

<sup>295</sup> Siehe dazu: Das YH Tagebuch, YH v. 22.9.1939, S.19; Eine Delegation Jerusalemer Persönlichkeiten, YH v. 29.5.1939, unpg.; Die Bemühungen um die Schaffung eines Notstandsausschusses, YH v. 4.6.1939, unpg.; Die Pläne, YH v. 7.6.1939, unpg.; Das YH Tagebuch, YH v. 29.9.1939, S.12; Notizen der Woche, MB v. 6.9.1940, S.2; Rutenberg appelliert an den Jischuw, YH v. 7.11.1940, unpg.; Die Frage der Erweiterung in der Leitung der Jewish Agency, YH v. 31.12.1939, unpg.

<sup>296</sup> Entwurf eines Memorandums des K.J.V. an die Sochnuth, Anfang September 1938, in: ZZA, A155/25, S.4.

<sup>297</sup> Siehe dazu: *Mischtar Zioni*. Vorschläge des K.J.V. zur Einführung einer zionistischen Rechtsordnung in Erez-Israel, 1939, in: ebd.; 10 Forderungen an den Kongress, Achduth Haam, Juli 1939 [Sondernummer zum Kongress], unpg.; Ernst Lewy, Schicksalsstunde, MB v. 23.10.1940, S.1-2; Hans Kaufmann, Erziehung zur Selbstverwaltung, MB v. 5.9.1941, S.3; Felix Rosenblüth, HOGOA und Politik, MB v. 23.10.1942, S.1-2.

kämpfte um möglichst viel Einfluss und Sitze in der neuen Exekutive. Die nicht im *Waad Leumi* vertretenen Gruppen – unter anderem die Gemeindeverwaltungen, die *Agudath Israel*, der Bauernverband und die *Revisionisten* stellten ihrerseits Bedingungen und drohten mit dem Scheitern der Verhandlungen. Letztlich konnte sich Rutenberg nicht durchsetzen. Im Gegenteil, die am 17. Oktober 1939 gebildete engere Exekutive des *Waad Leumi* umfasste 18 Delegierte, die größtenteils nach dem Parteienproporz ausgewählt waren.<sup>298</sup> Erstmals war mit Landauer\* auch die *Hitachduth* in diesem Gremium vertreten. Bereits in den letzten Vorkriegswochen forderten einige ihrer Aktivisten Partizipationsmöglichkeiten für die deutschsprachigen *Alijoth*, die trotz ihrer Zahl von wohl mehr als 90.000 Personen keinerlei Repräsentanz im *Waad Leumi* besaß. Hier zeigte sich nun erstmals der Zwiespalt, in dem sich die *Hitachduth* von nun an befand: Einerseits trat sie für eine parteiungebundene, kleine arbeitsfähige Führung in der Notzeit ein, andererseits wurde sie selbst Teil der von ihr kritisierten ungezügelter Parteienherrschaft. Ihr Eintritt blieb daher in den eigenen Reihen nicht ohne Widerspruch.<sup>299</sup> Dies war aber erst die erste Etappe der politischen Zwickigkeiten um die Neugestaltung der Leitung des *Waad Leumi*, die sich weitere zehn Monate hinzogen. In den folgenden Monaten versuchte Rutenberg ein ums andere Mal aus der schließlich auf 20 Delegierte angewachsenen Leitung eine engere aus fünf bis sechs Persönlichkeiten zu formen. Er verhandelte mit den diversen politischen Gruppen, appellierte an sie und drohte auch mit seiner Demission. Mal verweigerte sich der Bauernverband, mal die *Revisionisten*, die *Allgemeinen Zionisten B* oder aber die Vertreter der Gemeinde- und Stadträte. Auch der Arbeiterblock suchte seine bisherige dominante Stellung natürlich zu sichern.<sup>300</sup> Ende August 1940 trat Rutenberg dann desillusioniert von seinem Amt zurück. Die politischen Gruppierungen schoben sich gegenseitig die Verantwortung für das Scheitern von Rutenbergs Mission zu. Er selbst, schwer erkrankt, ließ in einem einige Wochen später veröffentlichten Statement

---

<sup>298</sup> Siehe dazu: Die Festsetzung der Skala für die Notstandssteuer, YH v. 3.10.1939, unpg.; Eine Sitzung des *Waad Leumi*, YH v. 17.10.1939, unpg.; Die neue Leitung des *Waad Leumi*, YH v. 18.10.1939, unpg.; Organisationsfragen, MB v. 8.12.1939, S.4.

<sup>299</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGO] v. 22.6.1939, in: ZZA, S7/717; Georg Landauer im *Waad Leumi*, MB, Oktober 1939, S.1; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGO], Datum unleserlich [November – Anfang Dezember 1939], in: ZZA, S7/924; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGO] v. 14.12.1939, in: ebd; Das deutsche Judentum, MB v. 13.3.1942, S.1-2; Gelber, Historical Role, S.326.

<sup>300</sup> Siehe dazu: Vor wichtigen Veränderungen im *Waad Leumi*?, YH v. 17.1.1940, unpg.; Das YH Tagebuch, YH v. 29.3.1940, S.13; Wegen des Eintritts von Vertretern des Bauernverbandes, YH v. 10.6.1940, unpg.; Die Schaffung einer repräsentativen Vertretung, YH v. 26.6.1940, unpg.; Der *Waad Leumi*, YH v. 17.7.1940, unpg.; Die Leitung des *Waad Leumi*, MB v. 19.7.1940, S.1; Der Präsident des *Waad Leumi*, YH v. 18.7.1940, unpg.; Rutenberg bleibt Präsident des *Waad Leumi*, YH v. 23.8.1940, unpg.; ; Palästina-Rundschau, YH v. 23.10.1940, unpg.

aber keinerlei Zweifel aufkommen, wenn er als Schuldige ausmache – die politischen Gruppen und den *Jischuw* als Ganzes: „Die Vernichtung Europas, die heldenhafte Verteidigung Englands und der Zusammenbruch des europäischen Judentums haben unser Leben hier nicht beeinflusst [...] Wir erleben die gleichen Zänkereien um parteimäßige oder parteilose Nichtigkeiten, die gleichen fruchtlosen Sitzungen, die gleichen Reden [...] Es gibt im Jischuw nicht die elementarste Disziplin und keine Ordnung. Die erste Sorge ist das Geld. [...] Die spezifischen Parteiinteressen irgendwelcher Parteien sind heute wertlos. Die Histadruth kann und muss das Erforderliche zur Einigung des Jischuw tun. Die anderen Parteien haben die gleiche Pflicht. Trotz unvermeidlicher großer Opfer wird das unsere Rettung sein; anderenfalls sind wir verloren.“<sup>301</sup>

Die noch im August 1940 neu gebildete engere Leitung des *Waad Leumi* war weiterhin nach dem Parteienschlüssel konzipiert und umfasste elf Delegierte; wiederum war auch Landauer\* vertreten. Dieses Mal war die Opposition innerhalb der *HOGOA* gegen Landauers\* Entsendung aber wesentlich größer. Kritisiert wurde einerseits, dass Landauer\* nach Verhandlungen der *HOGOA* mit der *Mapai* von letzterer als Delegierter nominiert wurde. Zwar teilte die *HOGOA* und Landauer\* selbst im *MB* mit, dass er trotz seiner *Mapai*-Mitgliedschaft diese Stellung als Vertreter der deutschen und österreichischen *Alijah* einnehme. Aber das Problem der doppelten Loyalität war offenkundig. Andererseits konterkarierte die *HOGOA* damit wiederum ihre eigene Forderung nach einer kleinen, nicht parteipolitisch zusammengesetzten Leitung. In der Sitzung des *HOGOA*-Präsidiums am 3. August wurde diese groteske Situation offenkundig. Das Präsidium bestätigte zugleich Rosenblüths\* und Foeders\* Anträge. Ersterer beinhaltete die Zustimmung zur Entsendung Landauers\* in die neu geschaffene Elfer-Leitung; letzterer die Aufnahme erneuter Verhandlungen mit Rutenberg über die Bildung einer kleinen, arbeitsfähigen Leitung. Senator\* monierte im Nachhinein mit vollem Recht: „Die HOG wird meiner Meinung nach [...nun] sich selbst dem Vorwurf aussetzen, dass sie ihre politischen Prinzipien und ihr politisches Programm aufgibt, wenn sie `vertreten sein kann.‘“<sup>302</sup>

---

<sup>301</sup> Rutenberg appelliert an den Jischuw, YH v. 7.11.1940, unpg.; siehe weiterhin dazu: Präsident Rutenberg, Hayoman v. 22.8.1940, unpg.; Rutenberg's Rücktritt, YH v. 27.8.1940, unpg.; Rutenbergs Rücktritt, MB v. 6.9.1940, S.12; Der Rücktritt Gutenbergs als Präsident, YH v. 29.8.1940, unpg.

<sup>302</sup> D.[avid] W.[erner] Senator an das Präsidium der HOG v. 14.8.1940, in: ZZA, S7/921; siehe weiterhin: Beschluss-Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 3.8.1940, in: ebd.; Beschluss-Protokoll des Geschäftsführenden Präsidiums [d. HOGOA] v. 1.8.1940, in: ZZA, S7/924; Rutenberg bleibt Präsident des *Waad Leumi*, YH v. 23.8.1940, unpg.; Dr. Georg Landauer im *Waad Leumi*, MB v. 6.9.1940, S.7; Jehuda Riemer, Fritz Perez Naphtali. Sozialdemokrat und Zionist, Gerlingen 1991, S.221 [f. Riemer, Naphtali].

Rutenbergs Plan einer nationalen Steueraktion zur Bekämpfung der sozialen Krise ereilte dasselbe Schicksal wie das der nationalen Einheitsregierung. Bis Kriegsbeginn finanzierte sich der *Jischuw* wesentlich aus Geldern der Diaspora – durch Spenden und die Einwanderung bemittelter *Olim*. Diese Geldquellen versiegten in der ersten Kriegszeit fast vollständig. Die *Sochnuth* musste nun Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Industrieförderung und soziale Hilfe zur Verfügung stellen. Erstmals gab auch die britische Palästina-Regierung eher bescheidene Beträge zur Linderung der Not und investierte größere Summen in den Infrastrukturausbau.<sup>303</sup> Soziale Unterstützung, *Sijua* genannt und konstruktive Unterstützungsmaßnahmen sollte aber vor allem der *Mass Cherum* finanzieren. Seine Initiatoren erhofften sich Einnahmen von bis zu einer Million Pfund. Doch mehrmals wurde der Beginn des Drives aufgeschoben und schließlich ab Dezember 1939 erst einmal nur in den drei großen Städten durchgeführt. Es gab von Beginn an scharfe Konflikte um den Verteilungsmodus, um Ämter in den Organisationskomitees des Drives und den prozentualen Anteil der verschiedenen Gruppierungen an den zu verteilenden Geldern.<sup>304</sup> Hinzu kam noch die Konkurrenz mit den nationalen Fonds und dem *Kofer Hajischuw* um die begehrten Spender. Letzterer war im Jahre 1938 im Zuge des arabischen Aufstandes begründet worden, um die Finanzierung der Verteidigungsmaßnahmen des *Jischuw* sicherzustellen. Neben diesen nationalen Sammlungen gab es noch eine Vielzahl anderer „privater“ Geldsammlungen von Organisationen.<sup>305</sup> Rutenberg verhandelte mit den verschiedenen Organisationen über die Beendigung dieser Sammlungen. Insbesondere ging es um die Separatsammlung des von den *Allgemeinen Zionisten* und dem *Misrachi* getragenen Fonds namens Mifdeh Esrachi. Dessen Protagonisten wollten ihre Sonderaktion aber nur beenden, wenn im Gegenzug auch die *Histadruth* ihre begonnene Sondersammlung stoppte. Es kam zu keiner Einigung und trotzdem – auf dem Papier – alle bedeutenden politischen Gruppierungen die Aktion des *Mass Cherum*

---

<sup>303</sup> Siehe dazu: Eine Sitzung des Waad Leumi, YH v. 17.10.1939, unpg.; Über die Tätigkeit der Jewish Agency, YH v. 2.4.1940, unpg.; Das YH Tagebuch, YH v. 23.2.1940, S.19; Die Regierung greift ein, MB v. 12.1.1940, S.3; Ernst Levy, Probleme der Sozialpolitik, MB v. 18.2.1940, S.2; Im Zeichen der Selbsthilfe, MB v. 22.11.1940, S.1-2; Kaplans Bericht, MB v. 6.9.1940, S.2.

<sup>304</sup> Siehe dazu: ebd.; Das YH Tagebuch, YH v. 3.11.1939, S.19; Kurt Ball, Mass Cherum und seine Krisen, MB v. 9.8.1940, S.2; In der ersten Woche der Notstandssteuercampagne, YH v. 3.12.1939, unpg.; Bemerkungen der Woche, MB v. 1.3.1940, S.2-3; Organisationsfragen, MB v. 8.12.1939, S.4; Gelber, Neue Heimat, S.530-531.

<sup>305</sup> Siehe: Die neue Histadruth-Steuer, MB v. 12.1.1940; S.2; Marcell Färber, Fürsorge und „Einordnung“, YH v. 2.10.1940, unpg.; Georg Landauer, Mein Rücktritt vom Mass Cherum, MB v. 15.8.1941, S.2; Wir alle eine Mauer, MB v. 17.7.1942, S.1-2; Erwin Pollak, Späte Erkenntnis, MB v. 9.5.1941, S.8; allg. zum *Kofer Hajischuw* siehe: „*Kofer Hajischuw*“, JR v. 8.11.1938, S.5; *Kofer Hajischuw* in diesen Tagen, Itonuth Awodah, Nr. 4, Oktober 1939, S.15.

mittragen, blieb sie bis zu Reorganisierung im Sommer 1940 ein Misserfolg. Nur gut 30.000 LP wurden an Barspenden eingenommen, weitere rund 80.000 an Zahlungsverpflichtungen. Gerade die bürgerlichen Kreise beteiligten sich nur in relativ geringem Maße. Dagegen leistete wohl die Mehrheit der *Histadruth*-Mitglieder ihren Beitrag, wobei sie ihre Gewerkschaft dazu auch verpflichtete.<sup>306</sup>

Die *HOGOIA* hatte von Anfang an aus prinzipiellen und praktischen Erwägungen ein gesteigertes Interesse am Gelingen der Notstandssteuer-Aktion. Wesentliche Teile ihrer Klientel litten infolge der Krise große Not und besonders die zuletzt Gekommenen traf sie mit voller Härte. 1939 waren fast 60 Prozent der insgesamt 27.561 Einwanderer aus Mitteleuropa, 1940 immer noch gut 50 Prozent von im Ganzen 8.398 Neueinwanderern. Und die *Hitachduth* war nun erstmals auch auf die allgemeinen Finanzquellen des *Jischuw* angewiesen. Die *DA* war nach Kriegsbeginn wegen ausbleibender Zahlungen des *Council* nicht mehr in der Lage, größere Summen für die Soziale Abteilung des *Waad Leumi* und die Aktivitäten der *HOGOIA* zur Verfügung zu stellen. Die *Haawarah* als ihr weiterer Geldgeber fiel ebenso fast ganz aus. Das am 3. September 1939 in Kraft getretene Handelsverbot mit dem feindlichen Ausland entzog dem Transfer die ökonomische Grundlage, sodass in den folgenden Kriegsmonaten nur die Abwicklung der *Haawarah* übrigblieb.<sup>307</sup> Im Oktober musste – nicht zum letzten Mal – aus Geldmangel das Amt für Sozialhilfe in Tel Aviv kurzzeitig schließen, das die Sozialfälle der mitteleuropäischen *Alijoth* notdürftig versorgte. Sogleich meldeten sich Hunderte not- und hungerleidende Einwanderer bei der Beratungsstelle der *HOGOIA*. In einer Erklärung betonte die *Hitachduth*, dass sie dafür keinerlei Verantwortung trage und legte ihre bisher gehegte Zurückhaltung in der Kritik der zionistischen Instanzen ab: „Alle Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen, insbesondere dem *Waad Leumi*, der *Sochnuth* und der *Irijah* haben keine Lösung gebracht [...] Wir wenden uns mit einem Notschrei an die verantwortlichen

---

<sup>306</sup> Siehe dazu: Vereinheitlichung der Sammelaktionen im *Jischuw*?, YH v. 11.1.1940, unpg.; Unsere Sammlungen, MB v. 19.1.1940, S.4; Fehlschlag der Notstandssteueraktion?, YH v. 2.2.1940, unpg.; Die „bürgerliche“ Opposition, MB v. 1. März 1940, S.2; „Mass Cherum“, YH v. 17.3.1940, unpg.; Jerusalem, YH v. 11.3.1940, unpg.; Reorganisation des *Mass Cherum*, MB v. 14.6.1940, S.5; Der *Jischuw* in den Tagen der Prüfung, MB v. 5. Juli 1940, S.4.

<sup>307</sup> Siehe dazu: Wirtschaftliche Maßnahmen, MB, September (I) 1939, S.2; Herbert Foerder, Die *HOGOIA* in Kriegszeit, MB v. 26.1.1940, S.2-3; The Jewish Agency for Palestine. Central Bureau for the Settlement of German Jews (Hg.), Report to the XXIIInd Zionist Congress in Basel, Jerusalem 1946, S.5, 10; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOIA*] v. 18.1.1940, in: ZZA, S7/924; Tätigkeitsbericht der *Hitachduth* Olej Germania w'Olej Austria, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096; Die Abwicklung des Vorkriegs-Transfers der *Haawarah*, MB v. 12.1.1940, S.6; Bilanz per 1. Dezember 1940, in: ZZA, S7/921; Merkas und Tel Aviv. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit v. 1.1.1940-1.5.1940, in: ebd.

Instanzen und die gesamte Bevölkerung, sofort alles zu tun, um die Weiterführung der Lischkah [Amt, E.R.] zu ermöglichen.“<sup>308</sup> Nach Meinung der *HOGOA* sollte der *Mass Cherum* als das zentrale Finanzinstrument in der Kriegszeit fungieren und alle Mitglieder des *Jischuw* nach Einkommen gestaffelt herangezogen werden. Die Verteilung der Gelder sollte zentral über den *Waad Leumi* erfolgen, die Verausgabung dann über die lokalen Selbstverwaltungsorgane – den Stadt- und Gemeindeverwaltungen und *Kehilloth*. Sehr schnell wurde ihren Aktivisten aber klar, dass die alleinige Auszahlung über die lokalen Selbstverwaltungsinstanzen nicht durchsetzbar war. Die *Histadruth* bestand auf die Verteilung der Gelder für den Arbeitersektor über ihre eigenen Kanäle und auch der Tel Aviver Stadtrat erkor den schon erwähnten Mifdeh Esrachi als Verteilungsinstanz für den bürgerlichen Sektor aus. Zwar gab es innerhalb der *HOGOA* Fürsprecher für den Mifdeh, aber die Kritiker waren weit in der Überzahl. Er hatte bisher nur als Geldaufbringungsinstrument bürgerlicher Kreise gedient und geringe Erfahrung in der Sozialarbeit. Daher versuchte die *Hitachduth* nun, ihre eigenen Strukturen als Verteilungsinstanz für Tel Aviv vom *Waad Leumi* anerkennen zu lassen, um nicht vom Mifdeh abhängig zu sein – letztlich vergeblich.<sup>309</sup>

Im Sommer 1940 beschloss der *Waad Leumi* dann die Umstrukturierung des *Mass Cherum*; dessen relativer Misserfolg und die veränderte Kriegslage zwang das nationale Gremium dazu. Der Fonds sollte nun auch passive Kriegsschutzmaßnahmen finanzieren, Einnahmen von 300.000 LP wurden anvisiert. Gleichzeitig wurde eine neue Leitung aus Vertretern des *Waad Leumi* und den *Irijoth* mit Landauer\* als Direktor eingesetzt. Die Zustimmung der *HOGOA* zur Amtsübernahme Landauers\* war zweifelsohne mit der Hoffnung verbunden, dass nun auch die sozialen Fälle der deutschsprachigen *Alijah* eine ebenbürtige Unterstützung finden würden.<sup>310</sup> Landauer\* entwarf weitreichende Pläne zur Neugestaltung des Fonds, die ganz der politischen Linie der *HOGOA* entsprachen: Neben einer transparenten Budgetierung plante er, die Geldsammlung wie auch deren Verausgabung in den Händen der zentralen Leitung zu legen. Weiterhin sah er die Vereinigung des *Mass Cherum* mit dem *Kofer Hajischuw* vor, um

---

<sup>308</sup> Die *HOGOA* teilt mit, YH v. 9.10.1939, unpg.; Siehe weiterhin dazu: Arbeitsvermittlung der *HOGOA*, MB, Oktober 1939, S.7; Im Zeichen der Selbsthilfe, MB v. 22.11.1940, S.1-2.

<sup>309</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 14.12.1939, in: ZZA, S7/924; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 18.1.1939, in: ebd.; Ernst Levy, Probleme der Sozialpolitik, MB v. 18.2.1940, S.2; *Hitachduth Olej Germania we-Olej Austria an P.[inchas] Rutenberg* v. 22.3.2940, abgedr. in: MB v. 29.3.1940, S.2.

<sup>310</sup> Siehe dazu: Der *Jischuw* in den Tagen der Prüfung, MB v. 5. Juli 1940, S.4; Rutenberg bleibt Präsident des *Waad Leumi*, YH v. 23.8.1940, unpg.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. *HOGOA*], Datum unleserlich [Ende Mai 1940], in: ZZA, S7/921; Tagung der *Assefath Haniwcharim*, MB v. 2.10.1940, S.2.

dem *Waad Leumi* eine zentrale und unabhängige Einnahmewelle für sein Wirken zur Verfügung stellen zu können. Keinen Punkt seines Konzeptes konnte er durchsetzen und er trat desillusioniert im Sommer 1941 von seinem Posten zurück.<sup>311</sup> Auch in der Folgezeit blieb der Fonds Objekt des permanenten Kleinkrieges der verschiedenen politischen Gruppen. Anstatt Symbol eines geeinten *Jischuw* in der Notzeit zu werden, offenbarte er die Unfähigkeit des politischen Establishments zur gemeinsamen Aktion. Ende 1942 wurde die Sammlungsaktion mit dem geringen Gesamtergebnis von knapp 200.000 LP eingestellt.<sup>312</sup> Die Hoffnungen der *Hitachduth*, mittels des *Mass Cherum* einerseits den *Waad Leumi* zu stärken und andererseits die soziale Fürsorgetätigkeit im *Jischuw* und somit auch die für die mitteleuropäische *Alijah* finanziell abzusichern, erfüllten sich nicht. Zwar besserte sich die ökonomische Lage ab Mitte 1940 durch die einsetzende Kriegskonjunktur, sodass in der Folgezeit faktisch Vollbeschäftigung im *Jischuw* herrschte. Einhergehend damit stellten sich aber auch typische Begleiterscheinungen wie Teuerung und Ansätze einer Inflation ein.<sup>313</sup> Wie im restlichen *Jischuw* herrschte daher in Teilen der neuen *Alijah* weiterhin bittere Not. Davon betroffen waren insbesondere aus bürgerlichen Kreisen stammende Rentner, *Watikim*, ehemalige Angestellte der jüdischen Gemeinden und natürlich (noch) nicht eingeordnete *Maapilim*.<sup>314</sup> Die *HOGOA* wandte sich ab dem Jahre 1940 vielfach an den *Waad Leumi*, die *Sochnuth* und die *Irijah* Tel Aviv, um Gelder zur Unterstützung dieser Kreise zu erhalten. Alle Appelle und Bitten blieben aber nahezu ungehört. Die Unzufriedenheit in der deutschsprachigen *Alijah* wuchs und nun geriet auch die Führung der *Hitachduth* in die Kritik: Sie habe auf die soziale Krise in ihren eigenen Reihen unzureichend und zu spät reagiert und ihre bisherige Strategie, den Aufbau der allgemeinen Sozialinstitutionen im *Jischuw* voranzutreiben, anstatt zuallererst die Bedürfnisse ihrer *Alijah* zu befriedigen, habe sich als

---

<sup>311</sup> Siehe: Georg Landauer, Mein Rücktritt vom Mass Cherum, MB v. 15.8.1941, S.2; Die Zusammenlegung, YH v. 25.10.1940, unpg.; Das Programm, MB v. 17.1.1941, S.1; Erwin Pollak, Späte Erkenntnis, MB v. 9.5.1941, S.8.

<sup>312</sup> Siehe dazu: Um die Differenzen zwischen Mass Cherum und Mifdeh Esrachi, YH v. 8.12.1941, unpg.; Neue Krise im Mass Cherum, MB v. 5.12.1941, S.2; „Nach dreieinviertel Jahren“, BNN v. 10.1.1943, unpg.

<sup>313</sup> Siehe dazu: Daphna Sharfman, Palestine in the Second World War. Strategic Plans and political Dilemmas, Chicago u.a. 2015, S.44-50 [f. Sharfman, Palestine]; ACO, Die Histadruth, S.11-32, 47-57; Haben wir eine Inflation, MB v. 9.1.1943, S.4; Die Anti-Inflations-Maßnahmen, MB v. 29.9.1943, S.4; W.[ilhelm] Dusterwald, Der Kampf um die Teuerungs-Zulage, MB v. 6.12.1940, S.3; Gespenstertanz, MB v. 7.11.1941, S.1-2; Walter Preuß, Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 1943, MB v. 20.10.1943, S.4-5.

<sup>314</sup> Siehe dazu: Im Zeichen der Selbsthilfe, MB v. 22.11.1940, S.1-2; Das Gebot der Stunde, MB v. 17.4.1941, S.2-3 u. weitere Artikel dieser Ausgabe; Hitachduth Olej Germania we Olej Austria an Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 15.10.1940, in: ZZA, S7/922; [Frieda] Weinreich an [Max] Kreutzberger v. 26.9.1940, in: ebd.; Beschluss-Protokoll der Merkas-Sitzung v. 30.10.1941, in: ZZA; S7/2008.



Fehler erwiesen.<sup>315</sup> Innerhalb der deutschsprachigen *Alijah* verstärkte sich zu jener Zeit das grundsätzliche Gefühl, dass sie als Gruppe Benachteiligungen erfährt und das nicht nur in Bezug auf die Verteilung der Wohlfahrtsgelder. Dies war nicht allein eine subjektive Wahrnehmung einiger vom Land enttäuschter Einwanderer. Einerseits war sie ein nicht unwesentlicher Zahler aller Fonds und Steuern, andererseits erhielten die Institutionen der *HOGOIA* nur ein Almosen. Der Argumentation Naphtalis\*, dass gewisse Benachteiligungen unwichtig seien und die deutschsprachige *Alijah* ihren Zahlungspflichten unumwunden nachkommen müsse, folgten sicher nicht alle; gleiches hätte er wohl auch seinen Genossen in der *Mapai* in einer vergleichbaren Situation nicht empfohlen.<sup>316</sup> Ernst Lewy\*, der in den ersten Jahren der *HOG* wahrlich kein Befürworter ihrer Politisierung war, forderte daher Anfang 1941 einen vielfach verstärkten Kampf um einen Anteil an den allgemeinen Mitteln des *Jischuw*. Die „Erreichung dieses Ziels ist keine Frage rationeller Begründung unserer Forderungen, keine Frage von Zeitungsartikeln in der hebräischen Presse, sondern eine Frage politischer Macht.“<sup>317</sup>

Aber genau daran fehlte es. Zu diesem Zeitpunkt war in der erweiterten Führungsetage der *Histadruth* kaum eine Handvoll *Olim* aus Mitteleuropa vertreten, obwohl sie etwa 20 Prozent des gesamten Mitgliederbestandes der Gewerkschaft stellten. Auch in ihren zahlreichen zionistischen Institutionen hatten mitteleuropäische Einwanderer äußerst wenig einflussreiche Positionen. Die *Mapai*-Führung setzte sich landsmannschaftlich gesprochen fast ausschließlich aus osteuropäischen Juden zusammen, in der das mitteleuropäische Element eine Quantité négligeable darstellte. Das gleiche Bild zeigte sich im bürgerlichen Sektor. Auf die Leitung des Mifdeh Esrachi in Tel Aviv hatte die *HOGOIA* keinerlei Einfluss. Auch in der Administration der nun schon auf 200.000 Bewohner gewachsenen Metropole stellten mitteleuropäische *Olim* eine verschwindende Minderheit dar. Nicht wesentlich anders sah es

---

<sup>315</sup> Siehe dazu: Rudi Mandel, Ungelöste Probleme, MB v. 4.4.1941, S.1; Fritz Berger, Unsere Stellung zum Mass Cherum, MB v. 5.12.1941, S.5; Ernst Lewy, Die soziale Not und ihre Bekämpfung, MB v. 24.1.1941, S.1; Unsere jüdische Steuerpflicht, MB v. 30.1.1942, S.1; Protokoll des Geschäftsführenden Präsidiums [d. *HOGOIA*] v. 9.5.1940, in: ZZA, S7/921; Beschlussprotokoll der Sitzung der Hanhalah [d. *HOGOIA*] v. 4.9.1941, in: ZZA, S7/924; Beschlussprotokoll der Hanhalahsitzung [d. *HOGOIA*] v. 25.12.1941, in: ZZA, S7/2008; Bericht der Hanhalah [d. *HOGOIA*] an den Landestag in Kfar Schmarjahu 30. Oktober – 1. November 1942. Berichtsperiode 1.1.1941-30.9.1942, in: ZZA, A155/9; Rabb. W.[ilhelm] Lewy, „Ein Dach überm Kopf und ein Stück Brot“, MB v. 17.4.1941, S.4.

<sup>316</sup> Siehe dazu: ebd.; F.[itz] N.[aphtali], Zur neuen Solidaritäts-Aktion, MB v. 30.3.1942, S.6; Zur Klärung, MB v. 31.10.1941, S.1; Brief an Bürgermeister Rokach, MB v. 26.12.1941, S.3; Die Forderungen der mitteleuropäischen *Alijah*, MB v. 27.2.1942, S.1-2.

<sup>317</sup> Ernst Lewy, Die soziale Not und ihre Bekämpfung, MB v. 24.1.1941, S.1; siehe weiterhin dazu: Herbert Foerder, Die *HOGOIA* in Kriegszeit, MB v. 26.1.1940, S.2-3; Unsere Aufgabe, MB v. 20.12.1940, S.1-2; Aufgaben der Notzeit, MB v. 26.7.1940, S.1-2.

in den anderen lokalen Selbstverwaltungsorganen und bürgerlichen Parteien aus. Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften hätten dies unter Umständen abändern können. Einzig in den religiösen Parteien befanden sich auch einige mitteleuropäische Einwanderer in Führungspositionen.<sup>318</sup> Wesentlich erfolgsversprechender wäre aber die Übernahme der Strategie einiger bürgerlicher Kreise des *Jischuw* gewesen. Wie schon erwähnt, drohten jene mit Verweigerung, finanziellen oder organisatorischen Separataktionen und Boykott, um Einfluss, Ämter und Finanzmittel von den nationalen Instanzen zu erhalten. Und diese fast inflationär von ihnen angewandte Strategie hatte nicht nur in Bezug auf den *Mass Cherum* Erfolg. Ihre stetig angeführte Begründung für die eigenen Forderungen lief einerseits auf die generelle sozioökonomische Benachteiligung des Bürgertums und andererseits dessen Unterrepräsentation im politischen System des *Jischuw* hinaus. Zumindest ersterem stimmten bürgerliche Aktivisten der *HOGOIA* – wenn auch verhalten – ebenso zu.<sup>319</sup> Linke Kräfte des *Jischuw* machten aber auch keinen Hehl daraus, dass sie ihre politische, ökonomische und kulturelle Vorherrschaft als Grundbedingung zur Verwirklichung des (wahren) zionistischen Gedankens ansahen, der neben der nationalen eben auch eine sozialistische Komponente beinhaltete.<sup>320</sup>

Intern diskutierte die Führungsriege der *Hitachduth* den Boykottgedanken schon kurz nach Kriegsbeginn, verwarf ihn aber wieder. Einzig ihre Jerusalemer *Snif* hatte noch in der Vorkriegszeit mit dem Gedanken der Steuerverweigerung öffentlich gespielt, um neue Gemeindewahlen zu erzwingen, und allein dieses Gedankenexperiment verfehlte seine Wirkung nicht.<sup>321</sup> Dass die mitteleuropäischen *Olim* ausgezeichnete Beitragszahler der nationalen Fonds wie der anderen Geldsammlungen waren, war im *Jischuw* allseits bekannt. So verwundert es auch nicht, dass sobald innerhalb dieser *Alijoth* und speziell der *HOGOIA* auch nur verklausuliert ein Zahlungsboykott thematisiert wurde, die Alarmglocken bei den

---

<sup>318</sup> Siehe dazu: Vor den Histadruth-Landeswahlen, YH v. 14.11.1941, S.8, 12; Die Forderungen der mitteleuropäischen Alijah, MB v. 27.2.1942, S.1-2; Gustav Krojanker, Die „Abseitsstehenden“, MB v. 2.5.1941, S.4; Har Nechoscheth, Wo „Jeckes“ sind, und wo sie fehlen, YH v. 10.10.1941, S.10; Mitteleuropäische Alijah in den Ämtern des Jischuw, MB v. 19.9.1941, S.4; Die Zurücksetzung mitteleuropäischer Olim, MB v. 17.10.1941, S.2; Tel-Aviver Notizbuch, MB v. 10.4.1941, S.4; Erel, Wurzeln, S.282; Gelber, Neue Heimat, S.546-549.

<sup>319</sup> Siehe dazu: Viel Lärm – um den Waad Leumi, YH v. 23.5.1941, S.14-15; Franz Meyer, Das Geheimnis, MB v. 28.6.1940, S.3; Die Krise des Mass Cherum, MB v. 19.12.1941, S.2; Die Sondersammelaktion des Mifdeh Esrachi, YH v. 17.3.1940, unpg.; Die Exekutive der allgemeinen Organisation des Mittelstandes, YH v. 12.1.1940, S.8; Vor der Spaltung des Jischuw, YH v. 15.5.1940, unpg.; Ein Briefwechsel, MB v. 13.11.1942, S.6.

<sup>320</sup> Siehe dazu: Naivität oder Raffinement?, YH v. 7.1.1941, unpg.; Kamil, Arabische Juden, S.102-110.

<sup>321</sup> Siehe dazu: Harry Epstein, Wahlen zur Kehillah Jerusalem, MB, November (I) 1937, S.10-11; unsigniert [Präsidiumsmitglied d. HOGOIA] an Max Kreutzberger v. 24.10.1939, in: ZZA, S7/921; Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [der Snif Haifa] v.3.3.1941, in: ZZA, S7/922.

Parteiaktivisten sämtlicher Couleur schrillten. Beispielsweise intervenierten gleichzeitig der rechtsbürgerliche Rokach, der *Misrachist* Pinkas und der linke Vizebürgermeister Tel Avivs, Elieser Perlson, diesbezüglich bei Rosenblüth\* Anfang 1942 und dies war kein Einzelfall.<sup>322</sup> Die Führung der *Hitachduth* befand sich in einem ausgesprochenen Dilemma. Ein Steuerboykott lief ihrem eigenen zionistischen Selbstverständnis zuwider. Gerade der Erhalt der Einheit der auf Freiwilligkeit aufgebauten zionistischen Bewegung wie auch der der jüdischen Gemeinschaft in *Erez Israel* erforderte in ihren Augen absolute Disziplin gegenüber den Führungsinstanzen und ihrer Politik. Aber jene Einheit war letztlich im *Jischuw* nur Fiktion. Keine ihrer Forderungen in puncto *Mass Cherum*, ob Zentralisierung und Vereinheitlichung der Sammlungen, Heranziehung aller Kreise oder aber gleichberechtigte Teilhabe der deutschsprachigen *Alijah* an der Verausgabung konnte die *HOGOA* durchsetzen. Sie selbst war aber finanziell nicht einmal in der Lage, nur die dringendsten Sozialfälle notdürftig zu unterstützen. Weder konnte sie so ihrem Anspruch als Interessensvertreterin der deutschsprachigen *Alijah*, noch dem als Institution der gegenseitigen Hilfe gerecht werden. Ein Autoritäts- und Einflussverlust innerhalb ihrer Basis wäre über kurz oder lang die Folge gewesen.<sup>323</sup>

Anfang 1941 entschied sich daher die *HOGOA* für einen Kompromiss. Unter Hinweis auf die Separatsammlungen der *Histadruth*, des Mifdeh Esrachi und einiger Berufsverbände sowie dem Scheitern aller bisherigen Verhandlungen begann sie nun ihrerseits mit einer gesonderten Geldaufbringungsaktion namens Solidaritätswerk. Aber sie machte es ihren Mitgliedern zur Pflicht, weiterhin die Beiträge für die nationalen Sammlungen in vollem Umfang zu leisten. Die aus Kreisen des *Jischuw* aufkommende Kritik an der als isolationistisch und zum Nachteil der nationalen Sammlungen angesehenen Aktion erwies sich als nicht haltbar. Tatsächlich kam die mitteleuropäische *Alijah* im Allgemeinen auch weiterhin all ihren Verpflichtungen nach.<sup>324</sup> Bemerkenswert war, dass das Hilfswerk von einem breiten Konsens der Aktivisten über religiöse, ideologische und parteipolitische Trennlinien hinweg getragen wurde. Dessen ungeachtet gab es aber auch im Kreis ihrer *Alijah* wohl nicht wenige

---

<sup>322</sup> Siehe dazu: Beschluss-Protokoll der Hanhalah [d. HOGOA] v. 20.2.1941, in: ZZA, S7/924; Die Forderungen der mitteleuropäischen *Alijah*, MB v. 27.2.1942, S.1-2; Notiz, MB v. 21.2.1941, S.5; Unsere Stellung zum *Mass Cherum*, MB v. 19.12.1941, S.3; Fritz Berger, Unsere Stellung zum *Mass Cherum*, MB v. 5.12.1941, S.5.

<sup>323</sup> Siehe dazu: Generalversammlung in Tel Aviv, MB v. 6.3.1942, S.4.

<sup>324</sup> Siehe dazu: Beschlussprotokoll der Sitzung des Merkaz [d. HOGOA] v. 6.2.1941, in: ZZA, S7/924, Beschluss-Protokoll der Sitzung der Hanhalah [d. HOGOA] v. 20.2.1941, in: ebd.; Neue Krise im *Mass Cherum*, MB v. 5.12.1941, S.2; Notizen der Woche, MB v. 21.2.1941, S.2; Eine Berichtigung, MB v. 3.10.1941, S.4; Max Meyer, Unser Solidaritätswerk, MB v. 23.5.1941, S.4.

Verweigerer, die sich den Zahlungen für das Hilfswerk und/oder für die anderen Sammlungen entzogen. Die Einnahmen des Solidaritätswerks im ersten Jahr von knapp 7.400 LP waren für eine umfassende konstruktive Hilfe bei Weitem zu gering, zumindest konnten „aber viele Hunderte von Familien vor der Schmach des Hungers gerettet werden.“<sup>325</sup>

Ende 1941 mehrten sich wiederum die Stimmen, die Zahlungen für den *Mass Cherum* zugunsten des Solidaritätswerkes einzustellen. Nach dem Rücktritt Landauers\* gingen zudem weite Teile der HOGOÄ-Führung offen in Opposition zur Leitung des *Mass Cherum*. Jene verstärkte sich noch durch die neue Krise der Notstandssteueraktion und dem Scheitern der Verhandlungen mit dem *Waad Leumi* um Zuschüsse für die HOGOÄ.<sup>326</sup> Wiederum setzten sich die Kräfte durch, die die Gruppeninteressen der deutschsprachigen *Alijah* nicht über das Gemeinwohl stellen wollten. Das eigentlich als einmalige Sonderaktion gedachte Solidaritätswerk wurde zu einem permanenten Finanzinstrument ausgebaut; in den folgenden Jahren stiegen dessen Einnahmen kontinuierlich, sodass es zur Finanzierung der sozialpolitischen Aktivitäten der HOGOÄ und dann des *Irgun Olej Merkaz Europa* einen wesentlichen Beitrag beisteuern konnte.<sup>327</sup> Auch in den folgenden Jahren flammten die Diskussionen um Steuerverweigerung, nun meist aber aus persönlichen Gewissensgründen, in der Führungsriege der HOGOÄ respektive AC noch einige Male auf. Das Kapitel der Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Notstandssteuer zeigte wie das um die Neuformierung des *Waad Leumi*, wie gering der Einfluss der deutschsprachigen *Alijah* auf die Gestaltung der Geschicke des *Jischuw* tatsächlich war. Gleichzeitig offenbarten sich darin aber auch die Grundzüge des Politikverständnisses vieler deutschsprachiger Zionisten. Rosenblüths\* Schlussworte in der Generalversammlung des *Snif* Tel Aviv im Februar 1942 legten beredtes Zeugnis darüber ab: „Dass man Opposition an vielen Dingen des *Jischuw* übt, befreit noch nicht von der Erfüllung der Pflichten. Kritik zu üben, bedeutet nicht Steuerverweigerung. Opposition bedeutet nicht Destruktion. Der deutsche Zionismus wird

---

<sup>325</sup> ebd.; siehe weiterhin: Keiner soll hungern, MB v. 21.3.1941, S.1-2; Beschlussprotokoll der Sitzung des Merkaz [d. HOGOÄ] v. 24.7.1941, in: ZZA, S7/924; Bericht der Hanhalah [d. HOGOÄ] an den Landestag in Kfar Schmarjahu 30. Oktober – 1. November 1942. Berichtsperiode 1.1.1941-30.9.1942, in: ZZA, A155/9; Hilfe in der Not!, MB v. 6.6.1941, S.2; Das „Solidaritätswerk“ berichtet, MB v. 19.9.1941, S.8.

<sup>326</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 12.12.1941, in: ZZA, S7/2008; Beschlussprotokoll der Hanhalahsitzung [d. HOGOÄ] v. 25.12.1941, in: ebd.; Hitachduth Olej Germania we Olej Austria, Jerusalem an Präsidium der HOGOÄ v. 9.12.1941, in: ebd.; Beschlussprotokoll der Sitzung des Merkaz v. 17.9.1941, in: ZZA, S/924; Generalversammlung in Tel Aviv, MB v. 6.3.1942, S.4; Neue Krise im *Mass Cherum*, MB v. 5.12.1941, S.2.

<sup>327</sup> Siehe dazu: ebd.; Beschlussprotokoll der Sitzung der Hanhalah [d. HOGOÄ] v. 22.1.1942, in: ZZA, S7/2008; Beschlussprotokoll der Hanhalahsitzung [d. HOGOÄ] v. 1.1.1942, in: ebd.; 5 Jahre Solidaritätswerk, MB v. 11.1.1946, S.6-7.

seinen Einfluss im Lande verlieren, wenn er seinen besten und größten Traditionen untreu wird.“<sup>328</sup>

### **Die Frage des Kriegsbeitrages des *Jischuw***

Die Frage des Kriegsbeitrages des *Jischuw* war ein weiterer Schritt zur Politisierung der *HOGOA*. Die Strategie der Londoner und Jerusalemer *Agency* basierte in den ersten Kriegsmo-  
naten auf zwei Säulen. Zum einen kämpfte Weizmann in London um die britische Zustimmung zur Aufstellung einer jüdischen Freiwilligenarmee. Geführt von einem Kern palästinensischer Juden sollte sie sich vor allem aus dem Diasporajudentum rekrutieren und zumindest eine Mannschaftstärke von 20.000 erreichen. Ausgebildet und ausgerüstet durch die Briten, hätte jene dann an allen Kriegsschauplätzen eingesetzt werden können. Zum anderen bot die *JA* der britischen Regierung die Aufstellung jüdischer Einheiten in Palästina an, die aber nur zur Verteidigung des Landes herangezogen werden sollten.<sup>329</sup> Die zionistischen Führer, ob nun Weizmann, Ben-Gurion, Goldmann\* oder Jabotinsky – die beiden Letztgenannten offerierten separat Frankreich beziehungsweise ebenfalls England die Aufstellung einer jüdischen Freiwilligenarmee – verfolgten mit ihren Offerten neben der jüdischen Mitwirkung im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland noch andere Ziele. Sie erwarteten für ihren Kriegsbeitrag im Reigen der Alliierten die Anerkennung des jüdischen Volkes als kriegsführende Nation, nach Kriegsende vor allem von Großbritannien gewisses politisches Entgegenkommen und das Recht auf Mitwirkung bei der erwarteten Friedenskonferenz. Weiterhin sollte durch den Aufbau jüdischer Einheiten in Palästina der Grundstein für eine unabhängige jüdische Armee gelegt werden, die – falls notwendig – nach dem Krieg zionistische Ziele gegen arabische und möglicherweise auch britische Widerstände durchsetzen könnte. Kurzum, der jüdische Kriegsbeitrag wurde als der entscheidende Hebel zur Errichtung eines jüdischen Staates angesehen, auch wenn dies nicht immer öffentlich so klar kommuniziert wurde.<sup>330</sup>

---

<sup>328</sup> Generalversammlung in Tel Aviv, MB v. 6.3.1942, S.4; siehe weiterhin dazu: Unsere jüdische Steuerpflicht, MB v. 30.1.1942, S.1; [Protokoll d. Sitzung] der Hanhalah der A.Ch. v. 29.4.1944, in: ZZA, J18/50.

<sup>329</sup> Siehe dazu: Bauer, *Resistance*, S.80-86; Chaim Weizmann to General Edmund Ironside, 1.12.1939, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.28; Penkower, *Decision*, S.33-37.

<sup>330</sup> Siehe dazu: ebd., S.35, 51-54; D.[avid] B.[en]-G.[urion], *Some Notes on the Jewish Military Effort*, July 31<sup>th</sup>, 1940, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S. 90-96; Short Minutes of [Zionist Executive] Meeting held on Thursday, August 29<sup>th</sup>, 1940, AT 77, Great Russell Street, London, abgedr. in: ebd., S.103-104; Short Note of Dr. Weizmann's Interview with the Right Hon. Winston S. Churchill, Admiralty, December 17<sup>th</sup>, 1939, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile*

Die britische Regierung fürchtete genau diese Implikationen und hatte demzufolge keinerlei Ambitionen, eine geschlossene jüdische Kampfeinheit unter der blauweißen Fahne in Palästina oder der Diaspora aufzustellen. Für sie war die Aufrechterhaltung ihrer Weißbuchpolitik der Schlüssel zur Befriedung Palästinas und des arabischen Raums in der Kriegszeit. Gerade Palästina hatte erhebliche Bedeutung in ihren militärstrategischen Überlegungen zur Sicherung ihrer imperialen Interessen in Middle East. Die Bewaffnung jüdischer Einheiten in Palästina werde, so die Befürchtung militärischer und politischer Kreise Großbritanniens, den Argwohn der palästinensischen Araber und der arabischen Anrainerstaaten erregen und als britischer Verrat an der Weißbuchpolitik angesehen. Sogar ein Wiederaufflammen des arabischen Aufstandes wurde nicht ausgeschlossen. Daher entschloss sich die britische Regierung in den ersten Kriegsmonaten nur zur Aufstellung einiger technischer Unterstützungseinheiten und ethnisch gemischter Militäreinheiten in Palästina, das – allerdings nur als unbewaffnete Unterstützungseinheit fungierenden – „Auxiliary Military Pioneer Corps“. Jenes Hilfs-Pioniercorps wurde dann ebenso an die Westfront verlegt, wie die unter reger Beteiligung palästinensischer Juden gebildete „Tschechische Legion“.<sup>331</sup>

Die HOGOA unterstützte in den ersten Wochen den Kurs der nationalen Instanzen unumwunden. Schon Ende 1938 schlug ein HOGOA-Aktivist der *Sochnuth* vor, eine Stammrolle aller waffenfähigen Männer im *Jischuw* anzulegen, um den Briten das militärische Potenzial der Juden vor Augen zu führen. Zufall oder nicht, die *JA* und der *Waad Leumi* führten im September 1939 eine Registrierungsaktion männlicher und weiblicher Freiwilliger für den nationalen Dienst durch; die *Hitachduth* unterstützte propagandistisch und organisatorisch dieses Unterfangen. Innerhalb von nicht einmal zwei Wochen registrierten sich etwa 136.000 Freiwillige für die drei zur Auswahl stehenden Kategorien: Verteidigung des *Jischuw*, Aufrechterhaltung der jüdischen Wirtschaft und Unterstützung der britischen Armee in Palästina, falls es zum Kriegsschauplatz werde.<sup>332</sup> Aber nur Wochen später zeigten sich erste

---

Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 28: Implementing the White Paper 1939-1941, New York/London 1987, S.68; Karl Heinz Maag, Militärische und paramilitärische Konzeptionen im politischen Zionismus 1936 bis 1948 und ihre Verwirklichung, Bonn 1974, S.211 [f. Maag, Konzeptionen]; Bauer, Resistance, S.79; Cohen, Britain's Moment, S.317-318.

<sup>331</sup> Siehe dazu: ebd., S.307-309; 314-315; Cabinet Discussion, 12 February 1940, on Recruitment of Palestinian armed Forces to relieve the local Garrison, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.32-36; Bethell, Palästina-Dreieck, S.79-83; Freiwillige an die Westfront, JWR v. 15.12.1939, S.3; Die jüdische Militäreinheit, JWR v. 13.05.1940, S.5.

<sup>332</sup> Siehe dazu: Palestine Jewry's Stand, Palestine Post v. 4.9.1939, S.1.; Allgemeine Registrierung des Jischuw, MB, September (I) 1939, S.2; Maßnahmen und Pläne der HOGOA, MB, September (I) 1939, S.4; An die Olim aus

Risse in der scheinbar bedingungslosen Gefolgschaft der *HOGOA*. Zwar sprach sich eine große Mehrheit ihrer Führung für den Plan der *Sochnuth* aus, eine „Jüdische Legion“ aufzustellen. Von Anfang an zweifelte sie aber unter den gegebenen Umständen an der Umsetzung des Planes. Daher befürwortete sie im Gegensatz zur *Sochnuth* auch die individuelle Freiwilligenmeldung zum britischen Heer und den Einsatz der Freiwilligen außerhalb Palästinas an der französischen Front. Überdies begann die *Hitachduth* die britischen Rekrutierungsbehörden bei der Auswahl der (deutschsprachigen) Freiwilligen zu beraten, was die leitenden Instanzen des *Jischuw* zu diesem Zeitpunkt noch kategorisch ablehnten.<sup>333</sup> In den ersten Kriegsmonaten hielt sich die *HOGOA* aber noch mit öffentlicher Kritik an der Linie der *Sochnuth* zurück. Die ersten Luftangriffe italienischer Einheiten im Sommer 1940 auf Haifa und Tel Aviv verdeutlichten aber die wirklichen Gefahren für den *Jischuw* und sie trafen ihn völlig unvorbereitet. Erstmals und dann wieder im Frühjahr 1941 und im Sommer 1942 bestand eine akute Invasionsgefahr durch die Achsenmächte, die erst mit dem britischen Sieg in der zweiten Schlacht von El Alamein im Herbst 1942 endgültig gebannt wurde. Nun änderte sich die Lage für alle beteiligten Faktoren gravierend.<sup>334</sup>

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 stand Großbritannien faktisch allein gegen die Achsenmächte und kämpfte mit Beginn der Luftschlacht um England unter ständiger Invasionsangst ums nackte Überleben. Mit der Invasion in Ägypten begann im September der Afrikafeldzug italienischer Streitkräfte, der die britische Vorherrschaft in Middle East und die vitale Lebensader des Empire, den Suezkanal, bedrohte. Schließlich erfolgte die Regierungsumbildung Anfang Mai 1940 mit Winston Churchill als neuem Premier- und Verteidigungsminister, die einige Freunde des Zionismus an die Schalthebel der Macht

---

Deutschland und Österreich, MB, September (I) 1939, S.1; Vermischte Nachrichten, MB v. 8.12.1939, S.5; Ludwig Pinner an M.[osche] Schertok v. 24.10.1938, in: ZZA, S7/699.

<sup>333</sup> Siehe dazu: Alfred Berger an den Vorstand der *Hitachduth Olej Germania w' Olej Austria* v. 5.11.1939, in: ZZA, S7/921; [Hans Jonas], Antrag an das Präsidium der *HOGOA* [über die Teilnahme einer Jüdischen Legion auf dem Europäischen Kriegsschauplatz], ebd.; G.[ustav] Krojanker, Unsere Teilnahme am Krieg [Hebr.], *Haarez* v. 29.11.1939, S.2; Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der *Hanhalah* der *Alija Chadascha* mit der *Maskiruth* der *Mapai* (Februar 1943), Informationsblatt der *Alija Chadascha* v. 4.4.1943 [Beilage], S.1-6; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 18.1.1940, in: ZZA, S7/924; Erich Kraemer, Nur eine Front, MB v. 7.6.1940, S.3; [Hitachduth *Olej Germania we Austria*], Entwurf einer Antwort an Ben-Gurion, undatiert [Mai 1941], in: ZZA, A155/34.

<sup>334</sup> Siehe: Luftschutzvorbereitungen im ganzen Lande, YH v. 30.5.1940, unpg.; Zu dem gestrigen Luftangriff auf Haifa, YH v. 15.7.1940, unpg.; A.[fred] Kupferberg, Der Krieg rückt näher, *Tirgumim* v. 13.9.1940, unpg.; Der Überfall auf Tel-Aviv, MB v. 13.9.1940, S.1; Yoav Gelber, The Defense of Palestine in World War II, in: *Studies in Zionism*, Vol. 8, No. 1 (1987), S.51-81, hier: 51, passim [f. Gelber, Defense]; Bauer, Resistance, S.124-129, 171-173.

brachte.<sup>335</sup> Churchill selbst war einer der wenigen auf britischer Seite, der die Bewaffnung der palästinensischen Juden schon in den ersten Kriegsmonaten befürwortete. Mit der direkten Bedrohung des britischen Mutterlandes forderte er jene vehementer, um die in Palästina stationierten britischen Truppen zur Verteidigung Englands zurückziehen zu können. Einem neu konzipierten Mobilisierungsplan Weizmanns stimmte er daher Anfang September 1940 zu. In der Hauptsache sah dieser Plan die Aufstellung einer jüdischen Division von 10.000 Freiwilligen vor, gebildet aus Juden aus der *Golah* und *Erez Israel* und bestimmt für den Einsatz in Middle East. Zwar billigte auch das Kriegskabinett Anfang Oktober diesen Plan. Gleichzeitig erwachte dagegen in den militärischen und politischen Zirkeln Großbritanniens die Opposition. Mehrmals wurde der Plan aufgeschoben, bis im Oktober 1941 das Kriegskabinett ihn schließlich ganz fallen ließ. Letztlich blieb das zionistische Drängen und Hoffen auf eine groß angelegte militärische Kooperation mit Großbritannien unerfüllt. Trotz der durchgehend prekären Kriegslage bis zum Sieg in El Alamein griff Großbritannien nur äußerst zurückhaltend auf das Wehrpotenzial des *Jischuw* zurück: Im Sommer 1940 durch die Aufstellung zweier Bataillone, die allerdings ethnisch gemischt auf Paritätsbasis gebildet wurden. Hinzu kamen noch einige Unterstützungseinheiten für die Royal Air Force und technisches Personal für den Armeedienst.<sup>336</sup> In den folgenden Monaten erhöhte der Mandatar allmählich die Anforderungszahlen und ließ 1941 auch den Paritätsgedanken fallen, da die palästinensischen Araber nur wenig Enthusiasmus für den britischen Militärdienst zeigten. In der militärisch kritischen Phase des Jahres 1942, in der die Briten sogar ihren – zumindest zeitweisen – Rückzug aus Palästina in Betracht zogen, beschlossen sie dann die Aufstellung des Palästina-Regiments. Nicht nur dieser Beschluss scheint nicht ausschließlich aus militärischen Erwägungen oder gar dem Willen, dem *Jischuw* bei einem deutschen Angriff die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu ermöglichen, gemacht worden zu sein. Denn wesentliche, vielleicht sogar entscheidende Ziele dabei waren die Beruhigung der britischen und vor allem US-

---

<sup>335</sup> Siehe: Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2011<sup>3</sup>, S.69-76 [f. Mallmann/Cüppers, Halbmond]; Bethell, Palästina-Dreieck, S.91.

<sup>336</sup> Siehe dazu: Cabinet Discussion, 12 February 1940, on Recruitment of Palestinian armed Forces to relieve the local Garrison, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.32-36; Prime Minister Winston Churchill to the Chiefs of Staff, 18 May 1940, abgedr. in: ebd., S.37; Winston Churchill to Colonial Secretary Moyne, 1 March 1941, abgedr. in: ebd., S.154; Lord Moyne to Chaim Weizmann, 28 August 1941, abgedr. in: ebd., S.191-192; Cabinet Decision to cancel the Jewish Devison Scheme, 13. October 1941, abgedr. in: ebd., S.199; Cohen, Britain's Moment, S.315-326; Bauer, Resistance, S.87-92, 172-173; Palästinas Bataillone, MB v. 20.9.1940, S.2; Rekrutierung in Palästina, MB v. 5.7.1940, S.2.



amerikanischen Öffentlichkeit und das Konterkarieren der zionistische Propaganda für eine jüdische Armee.<sup>337</sup>

Die britischen „Zugeständnisse“ entsprachen jedoch nicht im Geringsten den zionistischen Vorstellungen. Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg stand für das zionistische Establishment in *Erez Israel* die Sicherung des physischen Überlebens des *Jischuw* im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns. Die Gefahr, die ihm nun drohte, wurde um ein Vielfaches ernster eingeschätzt, als die, die sich für die jüdische Diaspora abzeichnete. In der zionistischen Vorstellungswelt war der *Jischuw* nicht nur eine (kleine) jüdische Gemeinschaft in der neu-alten Heimat, sondern die einzige Hoffnung auf Rettung und Erlösung des gesamten jüdischen Volkes – eine Perspektive, die sich auch nach Bekanntwerden der Schoah nicht wesentlich änderte. Verstärkt wurde diese Sicht bewusst oder unbewusst wohl auch durch die machtpolitische Ohnmacht der zionistischen Führung, in irgendeiner Form Einfluss auf die Entwicklungen außerhalb Palästinas zu nehmen. Dadurch vertiefte sich die Kluft zwischen dem *Galuth*-Judentum und den „neuen“ Hebräern des Aufbauwerkes weiter.<sup>338</sup> Nun hatte die Errichtung einer jüdischen Armee zur Verteidigung des Landes und als zukünftiges Werkzeug zur Durchsetzung des im zionistischen Jargon als Endziel bezeichneten jüdischen Staates nach dem Krieg absolute Priorität. Nur der dafür einzuschlagende Weg, ob im Rahmen des britischen Heeres, oder aber in dem der klandestinen *Haganah*, war hoch umstritten, wie im Folgenden noch dargestellt wird. Ben-Gurion tendierte eher zu ersterem, und bot daher der britischen Seite im Sommer 1941 die Rekrutierung weiterer 20.000 bis 30.000 palästinensischer Juden zur Landesverteidigung an. Im Zuge der Invasionsgefahr 1942 forderte die zionistische Führung mit Hinweis auf das Selbstverteidigungsrecht dann sogar die Bewaffnung des ganzen *Jischuw*.<sup>339</sup>

---

<sup>337</sup> Siehe dazu: Cabinet Memorandum by Secretary of State for War James Grigg and Secretary for the Colonies Oliver Stanley, 1 August 1942, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.222-225; War Office to Commander in Chief, Middle East, 1 October 1942, abgedr. in: ebd., S.230; Commander in Chief, Middle East to War Office, 6 July 1941, abgedr. in: ebd., S.173; Palästinensisches Regiment, MB v. 14.8.1942, S.1; Die neue Truppe, ebd., S.2; Vor der Bildung eines palästinensischen Freiwilligenheeres, YH v. 11.5.1941, unpg.; Die neue Rekrutierungs-Aktion, YH v. 23.2.1941, unpg.

<sup>338</sup> Siehe dazu: Shapira, Land, S.322; Tom Segev, David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis, München 2018, S.295-296, 301-302 [f. Segev, Ben Gurion]; Gelber, Policy, S.196-201; Weißbuch-Politik und Nachkriegs-Probleme, JC v. 2.4.1943, S.7.

<sup>339</sup> Siehe dazu: Interview of David Ben-Gurion and Secretary of State Moyne, 21 August 1941, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.187-190; Chaim Weizmann to Winston Churchill, June 25<sup>th</sup>, 1942, abgedr. in: ebd., S.215; David Ben-Gurion, Outlines of Zionist Policy, 15 October 1941, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 31: The Zionist Political Program 1940-1947, New York/London 1987, S.13-36 [f. TROI, Vol. 31]; Bauer, Resistance, S.172; „Wir alle eine Mauer“, MB v. 17.7.1942, S.1.

Über diese – letztlich nicht erfüllten – zionistischen Forderungen hinaus änderte die *Sochnuth* nun auch ihre Strategie zur Kriegsbeteiligung. Zwar beharrte sie weiterhin öffentlich auf der Forderung nach Anerkennung des jüdischen Volkes als kriegsführende Nation. Gleichzeitig ging sie auf praktischer Ebene zur Kooperation mit den britischen Behörden über. Nach der Zusicherung der Briten, dass palästinensische Rekruten nur für den Dienst in Palästina Verwendung finden, unterstützte die *Sochnuth* fortan auch deren (individuelle) Rekrutierung, hebräisch *Gijus* genannt. Verbunden damit war die Hoffnung, dass durch die massenhafte Rekrutierung palästinensischer Juden der *Jischuw* letztlich ebenso das Ziel einer jüdischen Armee erreichen werde. Sie eröffnete nun ihrerseits im Sommer 1940 Rekrutierungsbüros und trat auch propagandistisch für den Eintritt ins britische Militär ein.<sup>340</sup> Aber die Resonanz auf ihre Appelle blieb im *Jischuw* während der nächsten Jahre immer weit hinter den Erwartungen zurück. Nur in den kurzen Phasen der direkten Bedrohung *Erez Israels*, in denen der Kampf gegen Hitler und die Verteidigung des Landes eine Einheit bildeten, stiegen die Freiwilligenmeldungen erheblich. Insbesondere im Frühsommer 1942, in dem die nationalen Instanzen den umfassenden *Gijus* ausriefen und die *Revisionisten* ihn ebenso unterstützten, meldeten sich einige Tausend freiwillig.<sup>341</sup> Landauer\* fasste das Dilemma der geringen *Gijus*-Zahlen Ende 1940 prägnant zusammen: „Und als von unserer höchsten Behörde vor einigen Monaten proklamiert wurde, sie wolle, dass ein paar tausend Juden sich freiwillig melden sollen, um in diesen Krieg einzuziehen, da konnten unsere Führer durch das Land reisen von Dan bis Beerscheba und bitten und flehen darum, dass die Juden sich doch melden sollten.“<sup>342</sup> Mit Beginn der deutschen Westoffensive vertrat die *HOGOA* in der Öffentlichkeit nun ihre Linie zur Kriegsbeteiligung wesentlich offensiver. Das *MB* zeigte sich über die britischen Offerten zur Rekrutierung trotz ihrer geringen Tragweite äußerst befriedigt. Gleichzeitig

---

<sup>340</sup> Siehe dazu: Zwecks Erleichterung der Rekrutierungs-Campagne, YH v. 10.7.1940, unpg.; Unsere Notgemeinschaft, MB v. 20.9.1940, S.1; Jüdische und arabische Kompanien zur Verteidigung des Landes, YH v. 15.9.1940, unpg.; Bauer, Resistance, S.142-143, 268; Die Mobilisierung der jüdischen Jugend, YH v. 17.9.1940, unpg.; Auf der Jerusalemer Tagung des Engeren A.C., BNN v. 14.9.1942, unpg.

<sup>341</sup> Siehe dazu: Zur Konferenz der Histadruth, MB v. 24.4.1942, S.1-2; Mobilisierung und Einheit, YH v. 19.6.1941, unpg.; Die Rekrutierungsbewegung im Lande, YH v. 7.8.1940, unpg.; Die Forderungen der mitteleuropäischen Alijah, MB v. 27.2.1942, S.1-2; Der Juli-Record, MB v. 7.8.1942, S.1-2; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 7.5.1943, S.5; ders., Notizen zur Zeit, MB v. 30.7.1943, S.4-5; Die jüdische Brigade, MB v. 26.9.1944, S.1; L.L., Nachbemerkenungen, MB v. 1.12.1944, S.1; Bauer, Resistance, S.112; „Recruitment for Palestine Regiment - Palestine Buffs“, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.227-229; Eine Woche, ein Abend, eine Sitzung, BNN v. 8.5.1942, S.2; Total-Mobilisierung des *Jischuw*, BNN v. 11.5.1942, unpg.; Joseph Heller, The Stern Gang. Ideology, Politics and Terror, 1940-1949, London/Portland 1995, S.107 [f. Heller, Stern Gang]; Die *Gijus*-Bewegung im Lande, BNN v. 8.7.1942, unpg.; Segev, Ben Gurion, S.311.

<sup>342</sup> Protokoll der erweiterten Moeza der Hitachduth Olej Germania we Austria Snif Tel Aviv am 31.10.1940, in: ZZA, S7/923, S.3.

begann das Blatt nun die Politik der Jerusalemer *Agency* zu kritisieren. Nicht nur bezeichnete es die Aufrechterhaltung der schon zitierten Parole Ben-Gurions, dass der *Jischuw* sich im Kampf an zwei Fronten befindet, gegen das Weißbuch und gegen Hitler, als reine Blasphemie – es gäbe nur eine Front: gegen Hitler. Es kritisierte die *JA* auch für ihr Beharren auf die Bedingung, nur als Nation am Krieg teilnehmen zu können: „Dass die wiedergeborene jüdische Nation sich in einer solchen Stunde an dem Kampfe gegen ihren Todfeind nicht solle beteiligen können, ist für jeden, der weiß, worum es geht, ein kaum erträglicher Zustand.“<sup>343</sup> Die Linie der *Hitachduth* beruhte dagegen auf drei Grundannahmen: Erstens: Der Nationalsozialismus ist der größte Feind der zivilisierten Menschheit und im Besonderen des jüdischen Volkes. Zweitens: England ist der einzig verbliebene Partner des Zionismus. Drittens: Dessen derzeitige antizionistische Politik wurde durch eine besondere historische Situation der machtpolitischen Schwäche diktiert. Alle Versuche, diese Politik im Krieg zu unterminieren, seien daher zum Scheitern verurteilt. Erst ein Sieg Englands im Ringen mit dem *NS* schaffe eine neue Ausgangslage, in der die Weißbuch-Politik revidiert werden könne – so zumindest die Hoffnung der Aktivisten der *HOGOIA*. Aus dieser Analyse zogen sie im Mai 1940 den programmatischen Schluss: „In dieser Stunde der Gefahr sind alle Kräfte des *Jischuw* und des gesamten jüdischen Volkes für die Sache der Alliierten und ihren Kampf gegen den Hitlerismus einzusetzen. Nur ein Sieg der Alliierten schafft überhaupt die Voraussetzung für die Weiterführung des Palästina-Werkes.“<sup>344</sup> Aber weder der *Jischuw*, noch seine Führung agierten in ihren Augen in der folgenden Zeit entsprechend. Ersterer verfiel nach ihrer Analyse trotz der existenziellen Bedrohung in Fatalismus, Gleichgültigkeit und Untätigkeit, gepaart mit Panik und Hysterie in den Phasen der Invasionsgefahr.<sup>345</sup> Auch die schon erwähnte (graduelle) Neuausrichtung der *Gijus*-Politik der nationalen Instanzen war meilenweit vom dem entfernt, was sich die *Hitachduth* unter einem bedingungslosen Kriegseinsatz des *Jischuw*

---

<sup>343</sup> Erich Kraemer, Nur eine Front, MB v. 7.6.1940, S.3; siehe weiterhin: M.[ax] K.[reutzberger], In dieser Stunde, MB v. 24.5.1940, S.1-2; Rekrutierung in Palästina, MB v. 5.7.1940, S.2; Notizen der Woche, ebd., S.1-2; Unsere Notgemeinschaft, MB v. 20.9.1940, S.1.

<sup>344</sup> Erklärung des Geschäftsführenden Präsidiums der *HOGOIA* zu den Fragen der Stunde v. 24.5.1940, in: ZZA, S7/921; siehe weiterhin: Entwurf [für einen Antrag an das Aktionskomitee, undatiert [Ende März 1940], in: ZZA, A376/118; [Richard Lichtheim], Notizen zum Vortrag „Ursachen und Wirkungen der europäischen Krise“ v. 16.10.1938, in: ZZA, A56/14; F.[elix] Rosenblüth, Hinweise zur politischen Orientierung, März 1942, in: ZZA, A155/9.

<sup>345</sup> Siehe dazu: Die Arbeiterpartei zu den Tagesfragen, MB v. 21.6.1940, S.5; Der Verlauf der Tagung, MB v. 27.12.1940, S.2-3; Übertriebene Spionenfurcht in Tel Aviv, BNN v. 6.9.1940, unpg.; Gegen die Untätigkeit, MB v. 25.4.1941, S.1; Zur Lage, MB v. 17.4.1941, S.7; Gelber, Defense, S.58-62, 64, 77.

an der Seite Englands vorstellte. Daher hielt sie auch weiterhin an ihrer Kritik fest und diese verstummte bis zum Ende des Krieges auch nicht mehr.

Unzweifelhaft trugen die nationalen Instanzen eine erhebliche Mitschuld am relativen Scheitern des *Gijus*. Die unzureichende Unterstützung der Freiwilligen und ihrer Familien trugen dazu bei, wie auch, dass es ihnen nie umfassend gelang, ein gesellschaftliches Klima im *Jischuw* für den Dienst zu schaffen.<sup>346</sup> Im Gegenteil, die jüdische Öffentlichkeit begegnete den Freiwilligen oft gleichgültig, teils sogar herablassend und die Aufforderungen der zionistischen Führung zum *Gijus* wurden von wesentlichen Teilen des *Jischuw* ignoriert. Sie hatte aber auch einen äußerst schweren Stand in dieser Frage. Großbritannien bestand von Anfang an auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und weder der *Waad Leumi* noch die *Sochnuth* besaßen in irgendeiner Form Zwangsmittel. Als sie dann Sanktionen gegen die so genannten Drückeberger erwogen, konterkarierte die Mandatsregierung diese Maßnahmen noch.<sup>347</sup> Auch andere Richtlinien der britischen Instanzen verhinderten höhere Rekrutierungszahlen. Aber ohne den wirklichen Willen der britischen Zentralgewalt, das Wehrpotenzial des *Jischuw* auch abzurufen, war ein umfassender *Gijus* schlicht unmöglich. Letztlich dienten im britischen Heer während der Kriegszeit trotzdem etwa 30.000 palästinensische Juden, die jedoch meist nicht in Kampfseinheiten agierten. Im Sommer 1944 erklärte sich die britische Regierung dann bereit, eine „Jüdische Brigade“ aus palästinensische jüdische Freiwilligen zu bilden, die an den letzten Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges in Europa noch teilnahm.<sup>348</sup> Die ambivalente Haltung der zionistischen Führung in *Erez Israel* zum Dienst im britischen Militär hatte aber noch eine andere Ursache: Ihre Gefahrenanalyse für das Aufbauwerk und Prioritätensetzungen in den militärstrategischen Erwägungen.

---

<sup>346</sup> Siehe dazu: Mobilisierungskonferenz des *Jischuw*, YH v. 26.8.1941, unpg.; Fürsorge für Demobilisierte, MB v. 10.11.1943, S.10; Fürsorge für den Soldaten, MB v. 31.12.1943, S.9; Ernst Lewy, *Gijus*, Soldatenfamilien und entlassene Soldaten, MB v. 28.8.1942, S.3-4; Ben-Gurions Programm, MB v. 14.3.1941, S.1-2; Max Kreutzberger an Felix Rosenblüth v. 21.4.1942, in: ZZA, A339/19; Für den jüdischen Soldaten, MB v. 12.12.1941, S.4-5; Wochenschau, MB v. 12.9.1940, S.1-2.; Segev, Ben Gurion, S.342.

<sup>347</sup> Siehe dazu: H.[anz] L.[ichtwitz], Notizen eines Soldaten, MB v. 12.3.1943, S.3; Uri Ori, Glossen zur Zeit, MB v. 12.11.1943, S.3; Walter Schwarz, Zum Appell der Regierung, MB v. 20.12.1944, S.5; Georg Landauer an Kurt Blumenfeld v. 26.8.1941, in: ZZA, A222/126; M.D., Die Mobilisierungsbewegung geht weiter [Hebr.], *Dawar* v. 25.1.1943, S.1; R.[obert] W.[eltsch], Bei uns im Lande, MB v. 12.7.1940, S.1-2; Das Abzeichen des Palästina-Regiments, MB v. 28.1.1944, S.4; Allgemeiner *Gijus*, MB v. 26.6.1942, S.1-2.

<sup>348</sup> ebd.; Secretary of State for War Grigg to Minister of State Casey, 1 October 1942, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.233; Erich Kraemer, Nur eine Front, MB v. 7.6.1940, S.3; Am Rande des Kriegsgebietes, MB v. 6.6.1941, S.1-2; Bemerkungen zur Sozialarbeit, MB v. 22.8.1947, S.6; zur Jüdischen Brigade siehe: Morris Beckman, *The Jewish Brigade. An Army with two Masters 1944-45*, Cheltenham/Gloucestershire <sup>3</sup>2009.

## Die divergierenden Feindkonzeptionen im *Jischuw*

Die Forderung der *HOGOA* nach einem bedingungslosen Kriegseinsatz an der Seite Englands beinhaltete neben einem umfassenden *Gijus* den Verzicht auf geschlossene jüdische Militäreinheiten unter eigener Fahne und die Bereitschaft, an der Seite Großbritanniens an jedem Kriegsschauplatz der Welt gegen den *NS* zu kämpfen – auch auf die Gefahr hin, dadurch dem *Jischuw* bei einem erneuten arabischen Aufstand und/oder Einfall der Achsenmächte Wehrpotenzial zu entziehen. Die Forderung implizierte somit einen erheblichen Vertrauensvorschuss für den Mandatar: Für die Kriegszeit seinen festen Willen, den *Jischuw* vor jeglichen Angriffen umfassend zu schützen; für die Nachkriegszeit die Bereitschaft, seine antizionistische Weißbuchpolitik zu beenden und wiederum zur Unterstützung des weiteren Aufbaus des jüdischen Nationalheims zurückzukehren. Ein vorbehaltloses Vertrauen zu Großbritannien existierte im *Jischuw* aber nicht einmal in den 1920er und 1930er Jahren. Spätestens nach der Veröffentlichung des MacDonald-Weißbuches sah der politische Mainstream über alle Parteigrenzen hinweg Großbritannien vor allem als einen politischen Gegner. Mehr noch, linke wie rechte Kreise, die der Ideenwelt des Aktivismus anhängen, empfanden *GB* und insbesondere die britische Mandatsverwaltung in Palästina zunehmend als ein feindliches ausländisches Regime.<sup>349</sup> Der Mandatar tat seinerseits in der ersten Kriegszeit einiges, um diese Wahrnehmung noch zu verstärken. Entgegen der Erwartung führender Zionisten hielt er an seiner antizionistischen Linie weiter fest. Ende Februar 1940 wurde ein weiterer Schwerpunkt der Weißbuchpolitik umgesetzt, der auf die territoriale Begrenzung des Nationalheims abzielte. Das offiziell als „Land Transfer Regulations“ titulierte Gesetz, kurz Bodengesetz, erlaubte den uneingeschränkten Erwerb arabischen Grundbesitzes durch Juden nur noch in einem kleinen Teil Palästinas. In den anderen Gebieten war er entweder streng reglementiert oder ganz verboten. Auch landesweite jüdische Proteste mit teils gewalttätigen Demonstrationen, die viele Verletzte und sogar Todesopfer forderten, konnten das Gesetz nicht verhindern.<sup>350</sup>

---

<sup>349</sup> Siehe dazu: Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai (Februar 1943), Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943, [Beilage], S.1-6; Sofer, *Diplomacy*, S.246, 248; zum Begriff Aktivismus siehe Kap. IV.

<sup>350</sup> Siehe dazu: Das Bodengesetz, *JWR* v. 4.3.1940, S.1; Die Demonstrationen in Palästina vor dem Unterhaus, *YH* v. 15.3.1940, S.6; Der Brief der Hanhalah der Sochnuth [Hebr.], *Dawar* v. 28.2.1940, S.1; Penkower, *Decision*, S.44-47; Bauer, *Resistance*, S.41-42, 68-71.

Die Einwanderungspolitik, das Herzstück der Weißbuchpolitik, handhabten die britischen Instanzen nun noch restriktiver. Für den *Jischuw* dagegen war das Grundprinzip des Zionismus, die Rückkehr des jüdischen Volkes in seine alte Heimat, ein unumstößliches Recht. Die Patria- und Struma-Katastrophe im November 1940 beziehungsweise um die Jahreswende 1941/1942 verdeutlichten ihm jedoch wie kein anderes Ereignis, dass die Briten diesen Rechtsanspruch leugneten. Die Patria sank nach einer Explosion an Bord im Hafen von Haifa, bei der mehr als 200 Menschen ums Leben kamen. Das Schiff sollte auf Geheiß der britischen Behörden *Maapilim* von Palästina nach Mauritius deportieren, was die *Haganah* mit einem – allerdings falsch berechneten – Sprengstoffanschlag verhindern wollte. Das Flüchtlingschiff Struma sank mit fast 800 jüdischen Flüchtlingen. Türkische Behörden ließen das seeuntüchtige Schiff aus dem Istanbuler Hafen auf offene See schleppen, da die britischen Behörden die Einreise der Illegalen nach Palästina verwehrten und sie selbst die Aufnahme der Flüchtlinge ebenfalls ablehnten. Beide Katastrophen hatten für das kollektive Gedächtnis des *Jischuw* herausragende Bedeutung: Ihm wurde seine Macht- und Hilflosigkeit dadurch erbarmungslos vor Augen geführt. Gleichzeitig machte er den Mandatar direkt für die Opfer verantwortlich, der die Tore *Erez Israels* vor den wenigen Juden schloss, die aus dem NS-Machtbereich entkommen konnten und sie dadurch in den Tod schickte. Einzig den dritten Grundpfeiler des MacDonald-Weißbuchs, die Vorbereitungen zur Begründung eines unabhängigen palästinensischen Staates, stellte der Mandatar im Krieg zurück.<sup>351</sup>

Im Bereich der inneren Sicherheit brachte England mit seiner fast schon schizophren anmutenden Politik gegenüber der *Haganah* den *Jischuw* auch gegen sich auf. Das Recht auf Selbstverteidigung hatte für ihn fundamentale Bedeutung: Ideologisch bedeutete es das Konterkarieren der attestierten Wehrlosigkeit des *Galuth*-Judentums gegenüber seinen Peinigern durch die Jahrhunderte. Nach den pogromartigen arabischen Ausschreitungen in Palästina im Sommer 1929, bei denen über 100 Juden umkamen, erhielt die Sicherheitsfrage aber auch auf realpolitischer Ebene erhöhte Priorität. Erstmals seit der Mandatsübernahme Großbritannien verbreiteten sich im *Jischuw* Ängste, dass die gesamte jüdische Gemeinschaft

---

<sup>351</sup> Siehe dazu: Bethell, Palästina-Dreieck, S.93-99, 116-123; Bernard Wasserstein, Britain and the Jews of Europa 1939-1945, New York u.a. 1979, S.60-76, 143-157 [f. Wasserstein, Britain]; Shapira, Land, S.288-289; Cohen, Britain's Moment, S.312-313; Nathaniel Katzburg, British Policy on Immigration to Palestine during World War II, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977, S.183-203, hier: 192, passim [f. Katzburg, British Policy].

in *Erez Israel* vor der Gefahr der Vernichtung stehen könnte. Denn die britische Verwaltung verlor für einige Tage die Kontrolle im Land und auch die schlecht ausgebildete und bewaffnete *Haganah* gab kein gutes Bild ab. Von nun ab widmeten sich die zionistischen Instanzen verstärkt den (klandestinen) jüdischen Verteidigungsstrukturen, und das Recht auf Selbstverteidigung wurde innerhalb des *Jischuw* zum kategorischen Imperativ.<sup>352</sup> Genau dieses Recht bestritt Großbritannien aber in den ersten Kriegsmonaten. Während in der Phase des arabischen Aufstandes 1936 bis 1939 eine relativ enge britisch-jüdische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich bestanden hatte, initiierte der Mandatar nun einen konzentrierten Angriff auf die jüdischen Verteidigungsstrukturen, dessen letztes Ziel deren vollständige Zerschlagung war. Ab Mitte 1940 vollzog Großbritannien in Anbetracht der militärischen Lage dann wieder eine Kehrwendung und kooperierte von Neuem in einzelnen Sicherheitsbereichen mit der *Haganah*. Nach der definitiven Niederlage der Achsenmächte in Middle East kehrte die britische Regierung abermals zur Repressionspolitik zurück. Die Voraussetzungen für eine bedingungslose Waffenbrüderschaft zwischen dem *Jischuw* und Großbritannien waren somit denkbar schlecht.<sup>353</sup>

Innerhalb der verschiedenen politischen Strömungen des *Jischuw* existierte nicht einmal der Konsens, dass der NS die größte Gefahr für ihn darstelle. Andere Meinungen sahen die (palästinensischen) Araber, eine wenn auch eher marginale Minderheit gar Großbritannien als größte Bedrohung an. Insbesondere unter der Jugend verbreitete sich auch die Sicht, die zwischen den wahrgenommenen Feinden Deutsche, Araber und Engländer keinen Unterschied mehr machte. Diese unterschiedlichen Gefahreinschätzungen führten auch zu unterschiedlichen Prioritätensetzungen in den militärstrategischen Erwägungen. Einig waren sich große Teile des *Jischuw*, dass palästinensische Juden zuallererst *Erez Israel* zu verteidigen hätten.<sup>354</sup> In welchem Rahmen allerdings, in dem der *Haganah* oder dem der britischen

---

<sup>352</sup> Ebd., S.212-217; Shapira, Land, S.173-186; Yaacov N. Goldstein, From Fighters to Soldiers. How the Israeli Defense Forces began, Brighton/Portland 1998, S.182-187.

<sup>353</sup> Siehe dazu: Cabinet Discussion, 12 February 1940, on Recruitment of Palestinian armed Forces to relieve the local Garrison, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S.32-36; Report by General Evelyn Barker on the Arrest of forty-three Members of the Haganah, 2 November 1939, abgedr. in: ebd., S.7-11; Chaim Weizmann to Foreign Secretary Halifax, 30 November 1939, abgedr. in: ebd., S.24-27; Kundgebung des Waad Leumi zum Ben-Schemen-Urteil, YH v. 24.8.1940, unpg.; Das Urteil gegen die zehn Juden, YH v. 20.2.1940, unpg.; Bauer, Resistance, S.11-13, 99-124, 153-162, passim; Gelber, Defense, S.52.

<sup>354</sup> Siehe dazu: ebd., S.52-53; „Gegen jeden Feind“, MB v. 9.7.1943, S.2; Bauer, Resistance, S.92-96; B.[en]-G.[urion], Some Notes on the Jewish Military Effort, July 31<sup>th</sup>, 1940, abgedr. in: TROI, Vol. 29, S. 90-96; Short Minutes of [Zionist Executive] Meeting held on Wednesday, September 18<sup>th</sup>, 1940, AT 77, Great Russell Street, London, abgedr. in: ebd., S.116-121; Short Minutes of [Zionist Executive] Meeting held on September 16<sup>th</sup>, 1940, AT 77, Great Russell Street, London, abgedr. in: ebd., S.114-115; Heller, Stern Gang, S.77, 83-91.

Armee, war dem Wandel der jeweiligen militärischen Situation angepasst über die gesamte Kriegszeit umstritten. Teile der (rechts-)bürgerlichen Kreise tendierten eher zur britischen Armee. Innerhalb der Linken differierte das Meinungsbild erheblich. Eine Minderheit innerhalb der *Mapai* präferierte ebenso den *Gijus* zum britischen Militär. Die so genannte *Siah B*, der linke Flügel innerhalb der Partei, bestand dagegen gleich dem *Haschomer Hazair* vehement auf der Vorrangstellung der *Haganah*. Sie sahen durch einen umfassenden *Gijus* in die britischen Streitkräfte die Zukunft der *Haganah* gefährdet. Nur sie könne aber den *Jischuw*, die einzige Hoffnung des jüdischen Volkes, in der Zukunft gegen jeden Gegner verteidigen und wenn notwendig, zionistische Ziele auch mit Gewalt durchsetzen. In den militärisch kritischen Phasen lehnten sie den *Gijus* ins britische Heer aber nicht kategorisch ab. Einen Mittelweg zwischen den beiden genannten Positionen nahmen einige *Mapai*-Führer wie Ben-Gurion und Mosche Schertok ein. Für sie hatte die Mobilisierung in beide militärischen Formationen annähernd gleiche Priorität, wobei in den kurzen Phasen der Invasionsgefahr ihr Fokus eindeutig auf dem britischen Heer lag. Diese Sicht beruhte auf der Annahme, dass auch die jüdischen Einheiten im britischen Militär nach dem Krieg ein Grundstein für eine unabhängige jüdische Armee sein würden; eine nicht unberechtigte Annahme, da die *Haganah* bei der Rekrutierung und auch innerhalb der jüdischen Einheiten der britischen Armee insgeheim substanziellen Einfluss ausübte. Die Auseinandersetzungen um die Prioritäten beim *Gijus*, die vor allem in den Reihen der *Mapai* geführt wurden, hatten aber noch eine andere Dimension. Sie waren außerdem Ausdruck eines Machtkampfes der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei um Führungsanspruch und Geltung.<sup>355</sup>

Die Konzeption der *Hitachduth* zum Kriegseinsatz unterschied sich wesentlich von denen anderer politischer Gruppen des *Jischuw*. In den Augen vieler zionistischer Spitzenfunktionäre war sie ein Zeichen unehrenhafter Anbiederung an die Mandatsmacht, antizionistisch und Ausdruck reiner *Galuth*-Psychologie. Ben-Gurion ging noch weiter und sprach den deutschen Zionisten nicht nur ihren Zionismus rundweg ab, sondern sogar ihre Zugehörigkeit zum jüdischen Volk.<sup>356</sup> Spätestens nach dem britischen „Verrat“ an der Tschechoslowakei im Zuge

---

<sup>355</sup> Siehe dazu: Bauer, *Resistance*, S.173-182, 207-223; ders., *Haganah*, S.194, 200; Gelber, *Defense*, passim; Uri Ben-Eliezer, „In Uniform“/Without a Uniform“: Militarism as an Ideology in the Decade preceding Statehood, in: *Studies in Zionism*, Vol. 9, No. 2 (1988), S. 173-196 [f. Ben-Eliezer, „In Uniform“]; zur Person Schertok siehe: Gabriel Sheffer, Moshe Sharett. *Biography of a political Moderate*, Oxford u.a. 1996; zum Haschomer Hazair siehe: Sofer, *Diplomacy*, S.160-178.

<sup>356</sup> Siehe dazu: Zwischenfall in der Assefath Haniwcharim, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943, S.4-5; Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai (Februar 1943), ebd. [Beilage], S.1-6; Yoav Gelber, *Central European Jews from*



des Münchner Abkommens von 1938 misstrauten aber auch deutsche Zionisten Großbritannien.<sup>357</sup> Auch war die Forderung nach einem bedingungslosen Kriegseinsatz nicht gleichbedeutend mit der Akzeptanz der antizionistischen Maßnahmen der Mandatsmacht. Die dagegen einzusetzenden Mittel limitierte allerdings die Kriegslage. Alles, was dem Kriegseinsatz in irgendeiner Weise abträglich sei, sollte laut der *HOG* verworfen werden. Streiks und (militante) Demonstrationen lehnte sie daher ebenso kategorisch ab wie die Aktion der Versenkung der Patria. Die betont unkritische redaktionelle Linie des *MB* bezüglich der Politik der Mandatsmacht erklärt sich zumindest teils aus dieser Einstellung. Teils lag dies aber auch am verantwortlichen Chefredakteur Weltsch\*, der vor allem die politischen Positionen Landauers\* zur Geltung brachte. Jene waren jedoch oft nicht deckungsgleich mit denen der Gesamt-*HOGO*A, sodass Weltsch\* sogar aus den eigenen Reihen zuweilen harsche Kritik bis hin zu Rücktrittsforderungen erhielt.<sup>358</sup>

Die Konzeption der *HOGO*A fußte auf zwei grundlegenden Annahmen. Erstens: Der *NS* strebt die Auslöschung des jüdischen Volkes an. „Der Sieg des britischen Empire ist der mögliche Sieg des Zionismus, seine Vernichtung unser sicherer Untergang.“ Zweitens: „Forderungen kann nur der erheben, der unter Umständen es sich leisten kann, außerhalb des Kampfes zu bleiben [...] Bedingungen kann nur der stellen, der ein erstrebenswertes Angebot zu machen hat.“<sup>359</sup> Im Gegensatz zur Situation im I. *WK* hatte die zionistische Bewegung nun aber keine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Bündnispartnern und besaß fast nichts, was sie als Verhandlungsmasse anbieten konnte. Sogar ihre Offerten auf militärischem Gebiet waren für die Briten militärisch nicht sonderlich bedeutend. Mehr noch, laut der Analyse der *HOGO*A sahen die Alliierten jüdische Unterstützung nun vor allem als Belastung für die eigenen Kriegsanstrengungen an. Aus all dem zog sie die Konsequenz: „So bleibt uns, realpolitisch gesprochen, nur eine Wahl: Bedingungslose Hingabe, unzweideutig und ohne Reserverate,

---

Palestine in the British Forces, in: LBI Year-Book XXXV (1990), S.321-332, hier: 327 [f. Gelber, British Forces]; Ben Gurions Programm, MB v. 14.3.1941, S.1-2; Politische Kernfragen, ebd.

<sup>357</sup> Siehe: Robert Weltsch an Hans Kohn v. 24.08.1938, in: KWC, Box I, Folder 1; Werner Senator an Chaim Weizmann v. 02.10.1938, in: RWC, Box I, Folder 53; [Hugo Schachtel] an [Eli] Rothschild v. 27.3.1939, in: ZZA, J18/38; [Richard Lichtheim], Notizen zum Vortrag „Ursachen und Wirkungen der europäischen Krise“ v. 16.10.1938, in: ZZA, A56/14; Bergman, Tagebücher, S.479; Bethell, Palästina-Dreieck, S.44-45; siehe zum Abkommen selbst: Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002 S.258-259, 274-302.

<sup>358</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGO*A] v. 14.3.1940, in: ZZA, S7/924; Beschluss-Protokoll der Sitzung der Hanhalah [d. *HOGO*A] v. 20.2.1941, in: ebd.; Felix Rosenblüth an [Robert] Weltsch v. 22.3.1942, in: ZZA, S7/2008; Ernst Gotthelf an Hitachduth Olej Germania v. 20.3.1942, in: ebd.

<sup>359</sup> [Hitachduth Olej Germania we Austria], Entwurf einer Antwort an Ben-Gurion, undatiert [Mai 1941], in: ZZA, A155/34, S.2-3 bzw. 4.

Verbundenheit mit diesem Schicksal des britischen Empire auf Tod und Leben.“<sup>360</sup> Einzig am Grundsatz des *Mischtar Zioni* fand diese Forderung zumindest für einen Teil ihrer Führung ihre natürliche Grenze. Exemplarisch zeigte sich dies im Jahr 1943, in dem sich die britisch-zionistischen Beziehungen rapide verschlechterten. In den Augen der zionistischen Führung versuchte der Mandatar mit seinem Ende März 1943 vorgestellten wirtschaftlichen Aufbauprogramm die Weißbuchprinzipien auch über die Kriegszeit hinaus zu zementieren und gleichzeitig ging er wieder offensiv gegen die *Haganah* vor. Die zionistische Seite drohte nun ihrerseits verklausuliert und sogar offen mit Aufstandsaktionen des *Jischuw*, falls die Angriffe auf die *Haganah*, insbesondere die Verhaftungen und die Suche nach ihren illegalen Waffen nicht beendet würden. Die Führung der aus der *HOGOA* hervorgegangenen *AC* stellte sich eindeutig gegen jegliche Aufstandspläne. Rosenblüth\* fügte aber gleichzeitig an: „Ich bin [zwar] gegen einen bewaffneten Aufstand gegen England. Wenn ich aber Befehl bekomme von der Sochnuth es zu tun, werde ich es tun.“<sup>361</sup>

Aus dem zuvor Gesagten wird offensichtlich, dass die *Hitachduth* den *NS* als die größte Bedrohung für den *Jischuw* und die *Golah* ansah. Ob tatsächlich, wie in der Forschung oft hervorgehoben, der zionistische Mainstream ein tiefes Unverständnis gegenüber den tatsächlichen Intentionen des *NS* erkennen ließ, sei hier dahingestellt. Im *Mitteilungsblatt* wurden die Autoren aber nicht müde zu betonen, dass der *Jischuw* das Wesen des Nationalsozialismus und das des Krieges überhaupt noch nicht begriffen habe. Nicht nur das alte Europa stehe vor der Vernichtung, sondern auch die weltweite jüdische Gemeinschaft in ihrer jahrtausendealten Geschichte vor der größten Gefahr. Für die deutschen Juden habe der Krieg schon im Jahre 1933 begonnen und sie würden daher über einen spezifischen Erfahrungshorizont verfügen: direkten Kontakt mit dem Feind.<sup>362</sup> Der *NS* wurde in den Spalten

---

<sup>360</sup> ebd., S.3.

<sup>361</sup> Hanhala [-Sitzung d.] A.Ch. v. 15.5.1943, in: ZZA, J18/50, S.3; siehe weiterhin: Zur politischen Lage, Informationsblatt der Alijah Chadascha v. 14.7.1943, S.1-4; Verlegung einer weiteren Buffs-Kompagnie, ebd., S.5; Felix Rosenblüth an David Ben-Gurion v. 8.7.1943, abgedr. in: ebd., S.8-9; Har Nechoschet, Diskussion um zwei Reden, JC v. 9.4.1943, S.7; Rachlin zu 7, Sirkin zu 10 Jahren verurteilt, JC v. 22.9.1943, unpg.; Ein Anschlag auf den Jischuw – Polizei-Überfall auf Ramat Hakowesch, JC v. 18.11.1943, unpg.; Bauer, Resistance, S.265-272; Gelber, Policy, S.204-208.

<sup>362</sup> Siehe dazu: ebd., S.177-178; Dan Michman, Die Forschung über „Zionismus und Shoa“: Probleme, Kontroversen, Grundbegriffe, in: Barbara Schäfer (Hg.), Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 2000, S.94-128, hier: 115-116 [f. Michman, Forschung]; Dina Porat, The blue and the yellow Stars of David. Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945, London (u.a.) 1990, S.16, 18 [f. Porat, Stars of David]; Anita Shapira, Berl Katznelson. Ein sozialistischer Zionist, Frankfurt a.M. 1988, S.381-382 [f. Shapira, Katznelson]; Franz Meyer, Das Geheimnis, MB v. 28.6.1940, S.3; Tage der Bewährung, MB v. 14.6.1940, S.1-2; Notizen der Woche, MB v. 2.5.1941, S.1-2;

des *MB* als etwas grundsätzlich Neues, gar Revolutionäres interpretiert, dem altgewohnte Politikansätze und Vorstellungswelten nicht im Mindesten gerecht würden. Gleiches galt für die Interpretation des Weltkrieges, der eben nicht ein Krieg zwischen Staaten wie jeder andere sei. Ganz im Gegenteil sei er ein Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei gänzlich entgegengesetzten Denksystemen um die grundlegenden Prinzipien des menschlichen Daseins. Auf der einen Seite der Gedanke der Gleichheit und Einheit der Menschheit, der seinen Ausdruck in der westlichen Kultur und Zivilisation finde. Auf der anderen die nihilistische Konzeption des *NS*, die einzig das Recht des Stärkeren im permanenten Kampf ums Dasein als Maxime anerkenne. Daher sei das jüdische Volk auch nicht zufällig erstes Opfer in diesem Ringen geworden. Denn es verkörpere wie kein zweites den Gedanken menschlicher Gleichheit und Gerechtigkeit, der in den Zehn Geboten versinnbildlicht sei. Der *NS*, dessen letztes Ziel die Weltherrschaft unter rassenideologischen Vorzeichen sei, werde daher nicht eher ruhen, bis seine Gegner vollständig vernichtet sein würden.<sup>363</sup>

Gewiss konnten auch die Aktivisten der *HOGOA* die ganze Dimension der Schoah nicht vorhersehen. Aber sie gingen schon in der ersten Kriegszeit davon aus, dass eine Vielzahl jüdischer Opfer nicht kriegsbedingt, sondern einer bewussten *NS*-Politik der Dezimierung der jüdischen Bevölkerung in den von Deutschland beherrschten Gebieten geschuldet war – durch Hunger, Zwangsarbeit, Terror, Deportationen und Mord.<sup>364</sup> Daher waren auch die Grundsätze der zionistischen Politik unumstößlich festgelegt. Alles hatte sich dem Ziel des Sieges der zivilisierten Welt gegen die Barbarei unterzuordnen. Im Allgemeinen kann zwar vom Meinungsbild der *HOGOA*-Führung aus Mangel an belastbarem Quellenmaterial nicht ohne Weiteres auf das der gesamten deutschen beziehungsweise deutschsprachigen *Alijah* geschlossen werden. In dieser speziellen Frage scheint aber ein weitgehender Konsens vorhanden gewesen zu sein. Aktivisten der *HOGOA* bezifferten im Jahre 1941 die bisherigen Freiwilligenmeldungen deutschsprachiger Juden zur britischen Armee – möglicherweise etwas zu hoch – auf 60 bis 70 Prozent der Gesamtmeldungen im *Jischuw*, die sich am Ende des Jahres

---

R.[obert] W.[eltsch], Unsere öffentliche Meinung, MB v. 4.7.1941, S.3-4; Franz Meyer, Drei Schichten, MB v. 8.11.1940, S.4.

<sup>363</sup> Siehe dazu: Hugo Bergmann, Was können wir Juden tun?, MB v. 6.9.1940, S.3-4; Max Brod, Der Nullpunkt menschlicher Entwicklung, ebd., S.6-7; V – Fern und Nahe – V, MB v. 25.7.1941, S.1-2; Die Schlacht um die Zehn Gebote, MB v. 30.5.1941, S.1-2; E.S., „Einst und Jetzt“, MB v. 3.1.1941, S.3; Der Überfall auf die Sowjetunion, MB v. 27.6.1941, S.1-2; Deutschlands Kriegspläne, MB v. 8.8.1941, S.3-4; Schawuoth-Gedanken, MB v. 21.5.1942, S.1-2.

<sup>364</sup> Siehe dazu: Julius Loewy, Heute und Morgen, JWR v. 13.5.1940, S.1-2; In Wirbel der Wanderungen, MB v. 17.1.1941, S.3-4; Ein Kapitel des Grauens, JWR v. 10.2.1940, S.1; Leiden und Kämpfen, MB v. 5.9.1941, S.1-2; Die Judenhöhle in Europa, MB v. 21.11.1941, S.4-5; Zwei Welten im Kampf, MB v. 17.12.1941, S.1-2.

auf circa 10.000 beliefen; und dies, obwohl sie wegen ihrer ursprünglichen Herkunft von den Militärbehörden in den ersten Jahren sogar benachteiligt wurden. Sicher hatte dieser außergewöhnlich hohe Prozentsatz eine Reihe von Gründen. Aber der Hass auf den NS, Revanchegelüste und die Errettung der im NS-Machtbereich Zurückgebliebenen waren unzweifelhaft wesentliche Faktoren.<sup>365</sup>

Die „Araberfrage“ spielte in den politischen Führungszirkeln des *Jischuw* während der gesamten Kriegszeit nur noch eine sehr untergeordnete Rolle. Der nationale Konflikt der beiden Völker schien unüberbrückbar zu sein und die palästinensischen Araber wurden daher vor allem als Sicherheitsproblem wahrgenommen.<sup>366</sup> Zwar sprach sich die *HOGOA* für eine Verständigung der beiden Bevölkerungsgruppen auf der Basis der gemeinsamen Landesverteidigung aus. Auch propagierte Weltsch\* in den Spalten des *MB* von Zeit zu Zeit den Gedanken der jüdisch-arabischen Verständigung. All dies hatte allerdings nur proklamatorischen Charakter.<sup>367</sup> Intern herrschte auch in Kreisen der *Hitachduth* ein anderes Bild vor. Rosenblüth\* betonte Anfang 1942 die reale Gefahr erneuter arabischer Unruhen, falls sich für die arabische Seite eine strategisch günstige Gelegenheit bieten werde. Sogar Landauer\*, ein Apostel der arabisch-jüdischen Verständigung, entwarf nicht öffentlich im Sommer 1941 ein sehr realistisches Bild der tatsächlichen Situation. Solange Großbritannien siegte, würden sich die Araber weiterhin am Empire orientieren. Das galt für ihn auch in Bezug auf Palästina, auch wenn ständig Gerüchte über subversive arabische Untergrundaktivitäten im Umlauf waren.<sup>368</sup> In der Tat blieb es im arabischen Raum trotz antibritischer Propaganda von arabischen Führern wie dem exilierten Mufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, relativ ruhig. In der Phase britischer Niederlagen im Frühling 1941, als Kyrenaika wieder in die Hände der Achsenmächte fiel und Griechenland geräumt werden musste, zeigte sich aber das Gefahrenpotenzial. Der im April im Irak ausbrechende Aufstand war eine direkte Folge der

---

<sup>365</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an Kurt Blumenfeld v. 26.8.1941, in: ZZA, A222/126; Erich Kwilecki, [Bericht d.] *Hitachduth Olej Germania we Olej Austria, Ramat Gan und Umgebung*, undatiert [ca. Anfang 1942], in: ZZA, S7/2008; Gelber, *British Forces*, S.326-327, passim; ders., *Neue Heimat*, S.473, 527; Für den jüdischen Soldaten, *MB* v. 12.12.1941, S.4-5; *Die kochende Volksseele*, *YH* v. 17.10.1941, S.11; *Die We'ida der Histadruth*, *BNN* v. 22.4.1942, unpg.; *Die Woche*, *MB* v. 10.7.1942, S.3.

<sup>366</sup> Siehe dazu: Shapira, *Land*, S.282-283; Yosef Gorny, *Zionism and the Arabs 1882-1948. A Study of Ideology*, Oxford u.a. 1987, S.280-281 [f. Gorny, *Zionism*]; Shabtai Teveth, *Ben-Gurion and the Palestinian Arabs. From Peace to War*, New York u.a. 1985, S.192-193 [f. Teveth, *Ben-Gurion*].

<sup>367</sup> Siehe dazu: Georg Landauer, *Entwurf eines Programmes (Zweite Fassung)* v. 19.9.1940, in: ZZA, S7/923; Robert Weltsch, *Ein schwerer Schlag*, *MB* v. 1.3.1940 [Beilage], unpg.; ders., *In Zwölfter Stunde*, *MB* v. 28.6.1940, S.1-2; *Bewegtes Mittelmeer*, *MB* v. 10.5.1940, S.1-2.

<sup>368</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth, *Hinweise zur politischen Orientierung*, März 1942, in: ZZA, A155/9; Georg Landauer an Kurt Blumenfeld v. 26.8.1941, in: ZZA, A222/126.

britischen Schwäche. Da Hitler den Middle East jedoch nur als Nebenkriegsschauplatz betrachtete, der Überfall auf die Sowjetunion (SU) dagegen absolute Priorität besaß, war die Unterstützung Deutschlands für die dortigen achsenfreundlichen Kräfte relativ gering. So schlugen die Briten den Aufstand nieder. Das gleiche Szenario wiederholte sich im Sommer 1942, als die britische Niederlage gegen Generalfeldmarschall Erwin Rommels Afrikakorps nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien. Die achsenfreundlichen Kräfte in Ägypten, Palästina und den anderen unter britischer Kontrolle stehenden arabischen Ländern warteten aber wiederum vergebens auf den geeigneten Augenblick. Die Briten behielten erneut die Oberhand und bis Kriegsende blieb es in Middle East fortan ruhig.<sup>369</sup>

Die Stellung der *Hitachduth* zur *Haganah* gründete sich aus ihrer Gefahrenanalyse: Trotz ihrer Forderung nach umfassender militärischer Kooperation mit England sollte auch die *Haganah* gestärkt werden, um möglichen arabischen Angriffen begegnen zu können. Neben der Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht für sie hatte ihr im Folgenden noch darzustellendes Notstandsprogramm die Einigung des fragmentierten zionistischen Sicherheitssektors unter dem alleinigen Befehl der obersten Leitung der *Knesseth Israel* als Ziel.<sup>370</sup> Zur Zeit der Abfassung des Programms im Herbst 1940 existierten nach der Spaltung des *Etzel* drei separate paramilitärische Organisationen im *Jischuw*, die zueinander in einem konfliktreichen Verhältnis standen. Außerdem befand sich die *Haganah* in einer ernsten Krise, die während der Invasionsgefahr im Frühjahr 1941 ihren Höhepunkt erreichte. In der Führungsebene der *Haganah* entflammte ein grundsätzlicher Konflikt zwischen dem linken und bürgerlichen Lager über den Charakter und die Aufgaben der Organisation. Die *Esrachim* verlangten daneben substanziellen Einfluss auf die Geschicke der Organisation und drohten bei Nichterfüllung ihrer Forderungen mit der Begründung einer eigenständigen Selbstschutzorganisation. Landauers\* Ende Oktober 1940 getätigte polemische Äußerung zum Zustand des zionistischen Sicherheitssektors hatte deshalb durchaus einen wahren Kern: „Unsere Haganot sind eher dabei, einen Bürgerkrieg zu führen als unsere Siedlungen zu schützen.“<sup>371</sup> Dieses Zitat verdeutlicht einen weiteren Aspekt der Sicherheitspolitik der *Hitachduth*. Sie sah auch in

---

<sup>369</sup> Siehe dazu: Mallmann/Cüppers, Halbmond, S.75-135, 149-164, 183-218; Gelber, Defense, passim.

<sup>370</sup> Siehe dazu: Das Programm, MB v. 17.1.1941, S.1.

<sup>371</sup> Protokoll der erweiterten Moeza der Hitachduth Olej Germania we Austria Snif Tel Aviv am 31.10.1940, in: ZZA, S7/923, S.9; siehe weiterhin: F.[elix] Rosenblüth, Hinweise zur politischen Orientierung, März 1942, in: ZZA, A155/9; Die Spaltungsversuche, MB v. 23.5.1941, S.2; Vor der Spaltung des Jischuw, YH v. 15.5.1941, unpg.; Viel Lärm um – den Waad Leumi, YH v. 23.5.1941, S.14-15; Einigung im Jischuw zustande gekommen, YH v. 7.6.1941, unpg.; R.[obert] W.[eltsch], Vor den Kämpfen des Sommers, MB v. 7.5.1943, S.1-2; Heller, Stern Gang, S.70-76; Bauer, Resistance, S.129-139; ders, Haganah, S.196.

der Kriegszeit die Aufgabe der *Haganah* (einzig) in der Verteidigung des *Jischuw*. Schon während der arabischen Unruhen 1936 bis 1939 traten *Achduth Haam* und *Hitachduth* resolut für das von den nationalen Instanzen auserufene Konzept der *Hawlagah* ein.<sup>372</sup> Es beinhaltete die passive Verteidigung jüdischen Eigentums und Lebens durch die *Haganah*. Obwohl das Konzept im Laufe der Unruhen mehrmals modifiziert wurde und sie sukzessive zur aktiven Verteidigung bis hin zu Vergeltungsmaßnahmen überging, blieben willkürliche Racheakte gegen palästinensische Araber und terroristische Methoden weiterhin eher die Ausnahme.<sup>373</sup>

Bis in die 1930er Jahre war das zionistische Sicherheitskonzept der defensiv ausgerichteten Selbstverteidigung aus ethischen und/oder taktischen Gründen allgemein Konsens im *Jischuw*. Einzig die *Revisionisten* und insbesondere der *Etzel* propagierten nach dem Credo, dass Judäa nur in Blut und Feuer wieder auferstehen werde, einen anderen Weg: „The fate of the Jewish nation will be decided by Jewish armed force on the soil of the homeland.“<sup>374</sup> Forciert durch die Unruhen wurde der defensive Ethos aber auch außerhalb revisionistischer Kreise zunehmend infrage gestellt. Die *Mapai* diskutierte in der ersten Hälfte der 1930er Jahre im Kontext der Auseinandersetzungen mit dem *Revisionismus* erstmals grundsätzlich über die Legitimität von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Das vom *Irgun Zwai Leumi* abgelehnte *Hawlagah*-Konzept geriet auch innerhalb der *Haganah* selbst und in weiten Kreisen der jüdischen Öffentlichkeit unter Beschuss. Weiterhin führte der im Peel-Bericht in Aussicht gestellte Judenstaat zum Umdenken in zionistischen Sicherheitskreisen, denn eine lokal organisierte, rein defensiv ausgerichtete *Haganah* konnte einen zukünftigen Staat keinesfalls verteidigen. Vor allem setzte die zionistische Führung sie erstmals als Instrument im politischen Kampf ein. Einerseits unterstützte sie nun die *Alijah Beth* und die Begründung neuer, nun vor allen Dingen nach (militär-)strategischen Erwägungen ausgewählter Siedlungspunkte. Andererseits führte sie nach der Veröffentlichung des Weißbuches auf Geheiß der *Sochnuth* Sabotageaktionen gegen britische Infrastrukturbereiche durch und

---

<sup>372</sup> Siehe dazu: Ernste Stunde – klare Linie, MB, Juli (I) 1938, S.1-2; Briefwechsel über den Kampf gegen den Revisionismus, Achduth Haam, September-Oktober 1938, S.17-21; Kurt Blumenfeld an Bernhard Altmann v. 21.5.1936, in: ZZA, A222/25; Das Gebot der Stunde, Achduth Haam, Juli 1938, unpg.; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [ca. Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49.

<sup>373</sup> Siehe dazu: Shapira, Land, S.234-242, 249-253; Maag, Konzeptionen, S.104-137, 161-169; Bauer, Resistance, S.11-14, 57-58.

<sup>374</sup> Heller, Stern Gang, S.31; siehe weiterhin dazu: Shapira, Land, S.90-98, S.109-126, 242-249; Yehuda Bauer, From Cooperation to Resistance. The Haganah 1938-1946, in: Middle Eastern Studies, Vol. 2, No. 2 (1966), S.182-210, hier: 182-183 [f. Bauer, Haganah].

plante sogar Liquidierungsaktionen gegen britische Amtsträger.<sup>375</sup> Zwar stellten die *Haganah* und sogar der *Etzel* mit Beginn des Krieges ihre militanten antibritischen Aktionen ein. Allerdings befürworteten die aktivistischen Flügel der Arbeiterbewegung und der *Haganah* weiterhin eine wesentlich offensivere Sicherheitskonzeption. Die *Hitachduth* verfocht dagegen wie auch Teile des bürgerlichen Lagers den althergebrachten Ansatz. Für sie verkörperte die *Haganah* weiterhin eine Bürgerwehr, eine lokal ausgerichtete Verteidigungskraft, wohingegen die Briten die Verantwortung für die Verteidigung auf Landesebene trugen.<sup>376</sup> Hierin lag auch die Krux im Verhältnis der *HOGOA* zur *Haganah*. Sie befürwortete sie als Verteidigungsorganisation und betonte ebenso das jüdische Recht auf Selbstverteidigung, lehnte aber Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele aus strategischen und/oder prinzipiellen Motiven ab.<sup>377</sup> Um ihre politischen Konzeptionen dem *Jischuw* zu Gehör zu bringen und Einfluss auf die politischen Geschicke des Nationalheims ausüben zu können, betrat dann die *HOGOA* mit der Veröffentlichung ihres Notstandsprogramms im Jahre 1940 einen neuen Weg.

### **Das Notstandsprogramm der *HOGOA***

Ende Mai 1940 veröffentlichte Kreuzberger\* einen programmatischen Artikel mit dem Titel „In dieser Stunde“, mit dem eine Zeitenwende im Engagement der *Hitachduth* auf der politischen Bühne des *Jischuw* eingeleitet wurde. Bisher hatte sie ihre politischen Aktivitäten immer mit der fehlenden Repräsentation der deutschen beziehungsweise deutschsprachigen *Alijah* im politischen System begründet und vor allem auf lokalpolitischer Ebene agiert. Nun erstellte sie in den folgenden Monaten ein Notstandsprogramm für den *Jischuw* in der Kriegszeit, das eine gesamtgesellschaftliche Ausrichtung hatte. Es sollte nicht weniger als seine fiskalische und politische Krise lösen und aus den verschiedenen Volksteilen eine kampf- und opferbereite nationale Einheit formen. Im September lagen aus der Feder Landauers\* die ersten Entwürfe für das Programm vor.<sup>378</sup> Einhergehend mit der Anerkennung der Bedeutung

---

<sup>375</sup> Siehe dazu: Heller, Stern Gang, S.30-55; Anita Shapira, The Debate in Mapai on the Use of Violence, 1932-1935, in: Zionism. An international Journal of social, political and intellectual History, Vol. 2, No. 1 (1981), S.99-124; dies., Land, S.253-257; dies., Katznelson, S.340-342; Bauer, Resistance, S.51-67; Maag, Konzeptionen, S.138-140, 169-188.

<sup>376</sup> Siehe dazu: ebd., S.173, 185-188; Heller, Stern Gang, S.61; Bauer, Haganah, S.182-183, 191, 196.

<sup>377</sup> Siehe dazu: Die Schlussitzung, MB v. 5.11.1943, S.4; Die Stadtkonferenz der Alija Chadascha in T.A., MB v. 29.11.1943, S.4.

<sup>378</sup> Siehe dazu: Beschluss-Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 7.8.1940, in: ZZA, S7/924; M.[ax] K.[reutzberger], In dieser Stunde, MB v. 24.5.1940, S.1-2; G[eorg] L[andauer], Entwurf eines Programmes v.

des Sieges der Alliierten sollten laut Programmentwurf alle politischen Konflikte mit der Mandatsmacht für die Zeit des Krieges zurückgestellt werden und der *Jischuw* als ihr Verbündeter sämtliche Kräfte für den Sieg mobilisieren. Auch mit den palästinensischen Arabern sollte auf Basis des gemeinsamen Freiheitskampfes gegen die Achsenmächte (zumindest) für die Kriegszeit eine Verständigung auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet erzielt werden. Diese Grundannahmen sollten als programmatische Basis für die Kooperation der verschiedenen Parteien und Organisationen des *Jischuw* dienen. Deren Hauptaufgabe lag nun in der Schaffung einer starken Zentralgewalt, die dann die Geschicke des Nationalheimes einzig auf der Basis des Programms mit fester Hand leiten sollte. Dagegen hätte diese de facto Notstandsregierung alles Trennende, also sämtliche weltanschaulichen Streitpunkte und Differenzen, mit denen der *Jischuw* reich gesegnet war, aus ihrer Herrschaftssphäre zu suspendieren. Zur Sicherstellung ihrer Handlungsfähigkeit sollte sie laut Programm mit weitreichender Machtfülle ausgestattet werden. Die Mandatsverwaltung sollte ihr eine Kompetenzerweiterung auf den Gebieten Sicherheit, öffentliche Ordnung und Steuerwesen zugestehen und mittels des *Mass Cherum* ein allgemeines, einheitliches Steuersystem zur Budgetierung der hauptsächlichen Aufgaben der Leitung endlich realisiert werden. Auch wäre die Führung der jüdischen Selbstschutzorganisation, der *Haganah*, in ihre Hände gelegt worden. Um den Führungsanspruch auch in allen Teilen des *Jischuw* durchsetzen zu können, sah das Notstandsprogramm noch die Begründung einer neuen Organisation vor, *Jischuw*-Organisation genannt. Allen *Olim*, die sich dem Programm und dem *Mischtar Zioni* verpflichten, könnten ihr beitreten. Sie sollte straff geführt werden und als verlängerter Arm der Notstandsregierung agieren, faktisch also ihre Politik in der Öffentlichkeit durchsetzen. Zusammenfassend forderte das Programm also neben dem bedingungslosen Kriegseinsatz einen innerjüdischen Burgfrieden zur Schaffung einer autoritativen, entpolitisierten Exekutive. Diese sollte den *Jischuw* zu einer wirklichen Notgemeinschaft zusammenschweißen. Parteien hätten dabei nur noch eine sekundäre Rolle eingenommen und auch die *Sochnuth* hätte Einfluss eingebüßt.<sup>379</sup>

Selbst innerhalb der *Hitachduth* war dieses Programm aber von Anfang an umkämpft. Teils sprachen die Opponenten ihr als (landmannschaftliche) Selbsthilfeorganisation die

---

13.9.1940, in: ZZA, S7/923; B[enno] C[ohn], Entwurf des Statuts der Jischuw-Organisation v. 30.9.1940, in: ebd.; Benno Cohn, Bemerkungen zur Tätigkeit der Jischuw-Organisation, in: ebd.; Georg Landauer, Entwurf eines Programmes (Zweite Fassung) v. 19.9.1940, in: ebd.

<sup>379</sup> Siehe dazu: ebd.; Entwurf eines Programmes, MB v. 2.10.1940, S. 3.



Legitimation ab, eine so weitgehende politische Initiative zu ergreifen. Auch bezweifelten einige, dass sie die innere Stärke habe, das Programm gegen vorhersehbare Widerstände im *Jischuw* durchzusetzen. Für viele war es darüber hinaus zu unkonkret und unattraktiv.<sup>380</sup> Das größte Konfliktpotenzial zeigte sich aber am eigentlichen Herzstück des Notstandsprogramms – der *Jischuw*-Organisation. Selbst unter den Befürwortern des Programms gab es unterschiedliche Ansichten und Unklarheiten über die praktische Ausgestaltung der Organisation. Sollte sie progressiv sein oder allen politischen Richtungen offenstehen, sich aus dem großen Heer der politisch Unorganisierten rekrutieren oder durch bestehende Parteien und Organisationen gebildet werden? In welchem Verhältnis werde sie zur *Assefath Haniwcharim*, *Sochnuth* oder zum *Waad Leumi* stehen und werde sie an Wahlen teilnehmen? All diese Fragen standen im Raum.<sup>381</sup> Verständlicherweise liefen insbesondere die *HOGOA*-Aktivisten gegen diesen Passus Sturm, die noch in anderen Parteien aktiv waren. Der stärkste Widerstand kam dieses Mal von links. Trotz aller öffentlichen Beteuerungen der Befürworter des Programms, dass die Kompetenzen der Parteien nicht angetastet würden, war doch seine Speerspitze offensichtlich gegen sie gerichtet.

Nachdem Naphtali\* bei der Abstimmung des Präsidiums der *HOGOA* über das Programm im September unterlegen war, trat er aus dem Präsidium zurück. Gleichzeitig wurde die Frage von Preuss\* dem *Mapai*-Sekretariat zur Entscheidung vorgelegt. Der erste Akt einer Palastrevolution begann, an dessen Ende im Jahre 1943 der Austritt, nach anderer Lesart der Rauswurf Landauers\* aus der *Mapai* stand. Auf der einen Seite standen unter der Führung von Naphtali\* unter anderem Preuss\*, Georg Josephthal\*, Leni Westphal\*, Georg Pape\* und Georg Lubinski\*; auf der anderen Seite neben Landauer\* beispielsweise Tanne\*, Josef Mahrer\* und mit Abstrichen David S. Tschertok\*.<sup>382</sup> Die Gruppe um Naphtali\* argumentierte vor dem Sekretariat, dass die geplante *Jischuw*-Organisation im Gegensatz zu den nationalen

---

<sup>380</sup> Siehe: Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 22.10.1940, in: ZZA, S7/924; Protokoll der Sitzung der Moaza der *HOGOA* [Snif Haifa] v. 8.10.1940, in: ZZA, S7/922; A.[dolf] Israelski, Der neue Weg der *HOGOA* v. 27.10.1940, in: ZZA, S7/923; Ernst Lewy, Schicksalsstunde, MB v. 23.10.1940, S.1-2; Gelber, Neue Heimat, S.536.

<sup>381</sup> Siehe dazu: Siegfried Moses, Politische Aktion, MB v. 15.11.1940, S.1-2; Georg Landauer an David S. Schertok v. 30.9.1940, in: ZZA, S7/923; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 22.10.1940, in: ZZA, S7/924.

<sup>382</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 25.9.1940, in: ebd.; Notiz von Benno Cohn an [Max] Kreuzberger v. 16.10.1940, in: ZZA, S7/923; Protokoll der erweiterten Moeza der Hitachduth Olej Germania we Austria Snif Tel Aviv am 31.10.1940, in: ebd.; Ernst Lewy, Schicksalsstunde, MB v. 23.10.1940, S.1-2; Die *HOGOA* an den *Jischuw*, MB v. 27.12.1940, S.1-2; Georg Landauer, Brief an die *Mapai*, MB v. 3.9.1943, S.8; Generalversammlung in Haifa, MB v. 10.1.1941, S.6; Riemer, Naphtali, S.273.

Instanzen und den Parteien stehen und ihre Autorität und Machpositionen untergraben werde – somit vor allem gegen die Vormachtstellung der Arbeiterschaft gerichtet sei. Weiterhin sei die Ähnlichkeit des Notstandsprogramms mit anderen damaligen Programmen rechter Gruppen im *Jischuw* auffallend und die Gefahr der Errichtung einer reaktionären Organisation nicht zu unterschätzen. Landauer\* bestritt dies vehement. Überdies betonte er (erstmalig) die progressive Ausrichtung der geplanten Organisation und dass sie sich als vorteilhaft für die Durchsetzung der *Mapai*-Politik erweisen werde. Auch die alten Parteigranden David Remes, Jizchak Lufban und Josef Sprinzak konnten den Konflikt unter den deutschsprachigen *Mapai*-Mitgliedern in den zwei abgehaltenen Sitzungen des Sekretariats nicht gänzlich schlichten. Für sie war der „innerdeutsche“ Konflikt wohl auch eher unbedeutend; wichtiger war ihnen dagegen weiterhin Einfluss auf die *HOGOIA* auszuüben. Einerseits forderten sie daher von der Naphtali\*-Gruppe, ihren angedrohten Rückzug aus den Führungspositionen der *Hitachduth* nicht zu vollziehen. Andererseits ließen sie Landauer\* trotz des offenkundigen Widerspruchs zwischen Notstandsprogramm und *Mapai*-Beschlüssen ersteres weiterhin vertreten. Denn er hatte Prestige und Gewicht bei Tausenden deutschen *Olim*, die alle potenzielle Wähler waren.<sup>383</sup>

Nur einen Tag nach der letzten Sitzung begann am 20. Dezember 1940 die Landeskonzferenz der *Hitachduth* in Jerusalem. Auf ihr sollte das Programm durch die Delegierten verabschiedet und das neue Präsidium gewählt werden. Auch wenn die Konferenz sicher nicht ganz so harmonisch verlief, wie im *MB* dargestellt, so blieb doch ein großes Schisma aus. Hinter verschlossenen Türen einigte sich die Führung schon vor Konferenzbeginn auf einen Kompromiss, sodass das revidierte Programm ohne Gegenstimme angenommen wurde.<sup>384</sup> Die Einheit der *HOGOIA* wurde so zwar gewahrt, die Verwirklichung des Programms aber vertagt. Anstatt – wie ursprünglich geplant – mittels Konferenzbeschluss die Leitung mit der Gründung der Organisation zu beauftragen und die *HOGOIA*-Mitglieder zum Eintritt aufzufordern, hatte die neu gewählte Leitung nun nur noch weitere Vorbereitungen und Verhandlungen mit möglichen gleichgesinnten Organisationen voranzutreiben. Den Mitgliedern empfahl der Beschluss nur noch das Werben für das Programm. Für jegliche definitiven Beschlüsse musste dagegen erneut eine Landeskonzferenz zur Entscheidung einberufen werden. Hinzu kam, dass

---

<sup>383</sup> Siehe dazu: ebd., S.272-284; zu Remes u. Sprinzak siehe: EJ, Vol. 17, S.217 bzw. EJ, Vol. 19, S.152-153.

<sup>384</sup> Siehe dazu: Unsere Parole, MB v. 20.12.1940, S.1-2; Die HOGOIA an den Jischuw, MB v. 27.12.1940, S.1-2; Der Verlauf der Tagung, ebd., S.2-3; Riemer, Naphtali, S.284; Gelber, Neue Heimat, S.540.

die Gegner der *Jischuw*-Organisation auch weiterhin gegen sie opponierten. Um aber den gesamten *Jischuw* für das Programm zu gewinnen, so schlussfolgerte Lewy\* schon im Oktober 1940, „müssen wir erst selbst von der Notwendigkeit und Durchsetzbarkeit des Programms und seines Instrumentes, der `Jischuw-Organisation´, überzeugt, ja mehr: auf das Tiefste durchdrungen sein.“<sup>385</sup> Offensichtlich war dies nicht einmal in den Führungsinstanzen der *Hitachduth* der Fall.

Die *Jischuw*-Presse reagierte auf das Notstandsprogramm fast ausnahmslos ablehnend. Neben politischen Argumenten wurde dabei der *Hitachduth* und wohl implizit der gesamten deutschsprachigen *Alijah* das Recht abgesprochen, sich zu gesamtationalen Fragen einzubringen. Die dafür angeführten Begründungen: landsmannschaftliche Verfasstheit der *HOGOIA*, mangelhafte Verwurzelung der deutschsprachigen *Olim* im Land oder gar grundsätzliche Ablehnung der Denkansätze der Westjuden.<sup>386</sup> Darin offenbarte sich auch das entscheidende Problem des Konzeptes – die Gewinnung von Mitstreitern. Die ersten Informationsveranstaltungen und Kooperationsgespräche zum Notstandsprogramm führte die *HOGOIA* schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1940. Mit Ausnahme von Verhandlungen mit den *Allgemeinen Zionisten A* verblieb sie dabei im deutschsprachigen Milieu des *Jischuw*. Offensichtlich fehlten ihr wohlwollende Ansprechpartner außerhalb dieser Kreise.<sup>387</sup> Nach der Landeskonzferenz beschloss die *HOGOIA*-Leitung zwar, die Propaganda für das Programm nun zuvorderst auf „nicht-deutsche“ Kreise zuzuschneiden. Es blieb dann in den folgenden Wochen jedoch bei einer Pressekonferenz, ein paar Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen. Dabei zeigten gerade die von der *HOGOIA*-Basis organisierten Veranstaltungen in den *Moschawoth*, dass durchaus Interesse vorhanden war. Aber genau diese Basis war zunehmend frustriert über die wahrgenommene Inaktivität ihrer Führung: „Wir müssen doch endlich einmal anfangen [...] Es mehren sich die Stimmen im eigenen Lager, die nicht mehr an die Ernsthaftigkeit und den Willen der Leitung glauben. Wir können die

---

<sup>385</sup> Ernst Lewy, Schicksalsstunde, MB v. 23.10.1940, S.1-2, hier: 1; siehe weiterhin: Der Verlauf der Tagung, MB v. 27.12.1940, S.2-3; Das Programm, MB v. 17.1.1941, S.1; M.[oritz] Bileski, Nach einem Jahre, MB v. 25.7.1941, S.5; Protokoll der Sitzung der Hanhalah [d. HOGOIA] v. 1.1.1941, in: ZZA, S7/924.

<sup>386</sup> Siehe dazu: M.R., *Hitachduth Olej Germania* [Hebr.], *Dawar* v. 20.12.1940, S.1; Zum Programm der HOGOIA, MB v. 10.1.1941, S.2; Um die Einheit des Jischuw, MB v. 3.1.1941, S.1; Die Landestagung der HOGOIA, Telegramm Achronot v. 27.12.1940, unpg.; Das Notstands-Programm, MB v. 24.1.1941, S.2.

<sup>387</sup> Siehe dazu: *Résumé* der Sitzung der Kommission betreffend Organisationsfragen einer Jischuw-Organisation v. 12.12.1940, in: ZZA, S7/923; Felix Rosenblüth, Akten-Notiz über die Besprechung mit den Herren Dr. Kleinbaum und Advokaten Usiel betreffend Notstandsprogramm v. 26.11.1940, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. HOGOIA] v. 22.10.1940, in: ZZA, S7/924; Aus der Tätigkeit der Tel Aviver Ortsgruppe der HOGOIA, MB v. 6.12.1940, S.4.

Sache nicht ohne Elan schmeißen und an ihm fehlt es. Offenbar sind immer noch in unseren eigenen Reihen Widerstände.“<sup>388</sup> In den folgenden Monaten verschwand das Programm dann auch von der Agenda der *Hitachduth*.

Riemer sieht in der *HOGOIA*-Initiative eine Fortsetzung der weltanschaulichen Gedankenwelt des moderat linken bis bürgerlichen Spektrums des deutschen Zionismus. Zweck des Unterfangens sei die Neuaufteilung der politischen Macht im *Jischuw* auf Kosten des Arbeitersektors und zugunsten deutscher Zionisten gewesen. Nun waren aber die auf der Landeskonferenz im Dezember 1940 neu gewählten Führer der *Hitachduth* – Rosenblüth\* übernahm die Präsidentschaft und Landauer\* wurde sein Stellvertreter – keine ahnungslosen Phantasten. Beide kannten das Machtgefüge und die politischen Meinungsbilder der Parteien im *Jischuw*. Sie wussten, dass die Forderung nach bedingungslosem Kriegseinsatz an der Seite Großbritanniens zu diesem Zeitpunkt eine (absolute) Minderheitenposition war, erklärten sie aber trotzdem zum unabdingbaren Grundsatz des Programms. Dass die *Jischuw*-Organisation – wenn überhaupt – vor allem bei parteipolitisch Unorganisierten und in Teilen des bürgerlichen Lagers Anklang finden könnte, übersahen sie mit Sicherheit auch. Aus machtstrategischer Sicht allein machte die *HOGOIA*-Initiative daher wenig Sinn, zumal Landauer\* als gehorsamer Parteisoldat in den Reihen der *Mapai* wesentlich bessere Aufstiegsmöglichkeiten gehabt hätte und mit Abstrichen galt dies sicherlich auch für Rosenblüth\* bei den *Allgemeinen*.<sup>389</sup> Dass die Initiative vor allem im Lichte der weltanschaulichen Tradition des deutschen Zionismus gesehen werden sollte, scheint ebenfalls zweifelhaft zu sein. Gewiss, die *Hitachduth* berief sich auf diese Tradition und tatsächlich arbeiteten innerhalb des organisatorischen Rahmens der *HOGOIA* wie in der *ZVfD* fast alle zionistischen Gruppierungen zusammen. Trotzdem scheinen sich eher der Tradition gegenläufige Tendenzen Bahn gebrochen zu haben, ausgelöst durch die direkten Erfahrungen vieler Protagonisten der *Hitachduth* mit dem *NS*. Sie erlebten seinen (wahren) Charakter, seine Herrschaftstechniken, Strategien und wirklichen Intentionen als Erste am eigenen Leibe und jene Erfahrungen prägten fortan wesentlich ihre Weltsicht mit. Die Forderung nach dem

---

<sup>388</sup> Benno Cohn, Notiz an die Herren RA. F. Rosenblüth, Dr. Landauer, Dr. Krolik – betrifft: Notstandsprogramm v. 1.4.1941, in: ZZA, S7/923; siehe weiterhin: [Benno Cohn], Arbeitsvorschlag für unsere Jischuw-Aktion, undatiert [1.1.1941], in: ebd.; S.[imon] Freudenheim an Benno Cohn v. 7.5.1941, in: ebd.; Protokoll der Sitzung der Hanhalah [d. HOGOIA] v. 1.1.1941, in: ZZA, S7/924; Für das Programm der HOGOIA, MB v. 14.3.1940, S.2; Das Notstands-Programm, MB v. 24.1.1941, S.2.

<sup>389</sup> Siehe dazu: Riemer, Naphtali, S.272-273; Résumé der Sitzung der Kommission betreffend Organisationsfragen einer Jischuw-Organisation v. 12.12.1940, in: ZZA, S7/923; Der Verlauf der Tagung, MB v. 27.12.1940, S.2-3.

bedingungslosen Kampf gegen den *NS* überlagerte alle anderen politischen Erwägungen und das Notstandsprogramm hatte letztlich auch nur das eine Ziel: Den *Jischuw* kampfbereit zu machen und zwar nicht nur für die Heimatfront. Vom Palästina-Zentrismus der 1920er Jahre konnte daher keine Rede mehr sein. Eher nahm die *Hitachduth* nun eine gesamtjüdische und universelle Perspektive ein, während sich die zionistische Führung auf das Schicksal *Erez Israels* konzentrierte – eine Perspektive, die Ben-Gurion schon am Anfang des Krieges treffend zusammenfasste: „In the midst of the great war, upon whose outcome the fate of the world depends, we are fighting a small war which to us is everything.“<sup>390</sup>

Auch die Erfahrungen deutscher Zionisten mit den nichtzionistischen Kräften des deutschen Judentums nach der *NS*-Machtübernahme hinterließen ihre Spuren im Notstandsprogramm. Das Jahr 1933 bedeutete für den deutschen Zionismus auf ideologischem wie organisatorischem Gebiet eine umfassende Zäsur. Er wandelte sich nun von einer elitären zu einer Massenbewegung und schickte sich an, die Führung des deutschen Judentums zu erkämpfen. Dadurch vollzog er auch einen noch Anfang 1933 innerzionistisch äußerst umstrittenen Paradigmenwechsel in seiner Stellung zur so genannten Gegenwartsarbeit in der Diaspora. *Erez Israel* nahm im Denken der Bewegung in den folgenden Jahren zwar weiterhin eine exponierte Stellung ein. Die Bedeutung der Gegenwartsarbeit, deren letztlisches Ziel die Nationalisierung des gesamten deutschen Judentums war, wurde nun aber ebenso unterstrichen: „Die zionistische Bewegung in Deutschland erhebt den Anspruch, das gesamte jüdische Leben in Deutschland entscheidend zu beeinflussen. Die sachliche Führung gebührt dem Zionismus auf allen Lebensgebieten.“<sup>391</sup> Zwangsläufig musste die *ZVfD* nun mit den nichtzionistischen Kräften, insbesondere dem *Central-Verein*, dem *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* und den (alten) Eliten der jüdischen Gemeinden und deren Landesverbänden eine gemeinsame Arbeitsebene finden. Im Rahmen der kurz nach *NS*-Machtübernahme begründeten überparteilichen Spitzenorganisationen, dem *Zentralausschusses für Hilfe und*

---

<sup>390</sup> Minutes of a meeting of the Mapai centre, September 12, 1939, Labour Party Archives, S.36, zit. nach: Gelber, Policy, S.172; siehe weiterhin: M.[ax] Kreutzberger, Zur „Politisierung“ der HOGOA, September 1940, in: ZZA, S7/924.

<sup>391</sup> [Zionistische Vereinigung für Deutschland (Hg.)], Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an den XXV. Delegiertentag in Berlin 2-4. Februar 1936, Berlin 1936, S.43 [f. Bericht, XXV. Delegiertentag]; siehe weiterhin: ebd., S.5-36; S.[elig] Tschertok, Die BZV als Instrument der zionistischen Bewegung, *ZVfD*-Blätter v. 15.2.1935, S.4-6, Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes [d. *ZVfD*] v. 8.1.1933 in Berlin, Logenhaus, in: ZZA, Z4/30163; Auszug aus einem Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland v. 20.4.1933, in: ZZA, Z4/30162; Unsere Linie, *ZVfD*-Blätter, Mai 1935, S.1; Hans Capell, Der Gruppenverband als Träger zionistischer Arbeit, ebd., S.17-18.

*Aufbau* und der *Reichsvertretung*, gelang dieses Unterfangen. Zwar wurde diese Kooperation gerade in den ersten Jahren von scharfen ideologischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen um die Führungshoheit begleitet. Gleichzeitig gelang aber von Anfang an auf der praktischen Ebene eine relativ reibungslose Zusammenarbeit.<sup>392</sup> Daher betonten die damalig Beteiligten nicht erst aus der durch die Shoah geprägten Retrospektive die gemeinsame konstruktive und solidarische Zusammenarbeit.<sup>393</sup> Trotz allen ideologischen Trennlinien konnten so ungleiche Partner in einer existenziellen Krise einen innerjüdischen Burgfrieden schließen. Dabei gelang nicht nur, mit der *RV* eine fast allseits anerkannte autoritative Führung zu installieren und ein überkommenes Machtgefüge nachhaltig zu wandeln, sondern auch gemeinsam eine Politik unter gesamtjüdischer Perspektive zu betreiben – Erkenntnisse, die dann auch im Notstandsprogramm ihren Niederschlag fanden.<sup>394</sup>

Die Entwicklung in Europa in der Zwischenkriegszeit, in der mit Ausnahme einiger Länder in Nord- und Westeuropa das demokratische Herrschaftsmodell überall auf die ein oder andere Weise kollabierte, hatte ebenso einen gewissen Einfluss auf die Ausgestaltung des Programms. Ein Teil der *HOGOA*-Aktivisten hegte deshalb erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des demokratischen Modells, präziser der liberalen (Parteien-)Demokratie, dem an allen Fronten siegreichen Nationalsozialismus entscheidend Widerstand leisten zu können. Gerade bei den noch bis kurz vor Kriegsbeginn in Deutschland ausharrenden führenden Zionisten wie Franz Meyer\*, Benno Cohn\* und Weltsch\*, alle resolute Vertreter des Notstandsprogramms, wurde dies deutlich.<sup>395</sup> Weltsch\* beispielsweise kritisierte die demokratische Welt für die

---

<sup>392</sup> Siehe dazu: Bericht, XXV. Delegiertentag, passim; Teichert, Chasak, S.406-427; Kurt Jakob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933, Frankfurt a.M. 1963, S.124-125, 136-146; S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, Tübingen 1974, S.9-18, passim [f. Adler-Rudel, Selbsthilfe]; Hildesheimer, Selbstverwaltung, S.11-22; Avraham Barkai, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893 – 1938, München 2002, S.301-307, 317, 334-335; Zionistische Vereinigung für Deutschland an die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute v. 8.2.1934, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.197-202; Zionistische Vereinigung für Deutschland an alle Gesinnungsgenossen v. 7.9.1934, abgedr. in: ebd., S.219-221.

<sup>393</sup> Siehe dazu: Siegfried Moses, Aufgabe, Leistung und Bewährung der zionistischen Bewegung in Deutschland, JR v. 4.2.1936, S.2-4; Teichert, Chasak, S.427; Leo Beack, In memory of Two of our Dead, in: LBI Year-Book I (1956), S. 51-56, hier: 54; Robert Weltsch, Vorwort, in: S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, Tübingen 1974, S.VII-XV; Franz Meyer, Drei Schichten, MB v. 8.11.1940, S.4; Siegfried Moses, Otto Hirsch, MB v. 25.7.1941, S.3.

<sup>394</sup> Siehe dazu: ebd.; Unsere Parole, MB v. 20.12.1940, S.1-2; Kurt Ball, Mass Cherum und seine Krisen, MB v. 8.8.1940, S.2; Martin Buber, Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose, JWR v. 10.03.1939, S.5; Julius Guttmann, Das geistige Erbe des deutschen Judentums, III Teile: I.: JWR v. 15.12.1939, S.7; II.: JWR v. 22.12.1939, S.7; III.: JWR v. 29.12.1939, S.?.; Georg Landauer, Drei Generationen, MB v. 19.5.1943, S.1-2.

<sup>395</sup> Siehe dazu: [Martin Rosenblüth] an S.[iegfried] Moses v. 3.10.1938, in: ZZA, S7/699; Erich Cohn an [Robert] Weltsch, Victory Day 1945, in: ZZA, A339/153; David Schlossberg, Gefesselte Demokratie?, MB v. 30.8.1940, S.3; R.[obert] W.[eltsch], In zwölfter Stunde, MB v. 28.6.1940, S.1-2; ders., Bei uns im Lande, MB v. 12.7.1940,

völlige Fehleinschätzung des Phänomens Nationalsozialismus in der Vorkriegszeit. Schon damals habe der NS mit dem Einsatz aller technischen und industriellen Mittel und revolutionärer Propagandamethoden im kommenden Krieg gedroht. Aber die Führer der Demokratien hätten weiter in veralteten Kategorien des I. WK gedacht und dies nur für prahlerisches Gerede gehalten. Meyer\* sah den NS entscheidend im Vorteil, da er die wichtigsten Positionen mit jungen Menschen besetzt habe, die im Gegensatz zu den überalterten Eliten der Demokratien mit dem nun schnelleren Ablauf des Weltgeschehens besser Schritt gehalten hätten. Gemeinsam war ihnen, dass sie der Totalität des NS-Eroberungskrieges, die alles Menschliche, die Wirtschaft und Technik diesem Zwecke unterwarf, mit ähnlichen Mitteln antworten wollten. Denn nur mit der totalen Mobilisierung aller Kräfte könne man dem NS widerstehen – ein Gedanke, der auch im Notstandsprogramm seinen Niederschlag fand. Daher rührte zumindest teilweise auch ihre äußerst kritische Haltung gegenüber dem Parteiwesen des *Jischuw* her, das mit seinen permanenten inneren Kämpfen der dafür notwendigen gesamtgesellschaftlichen Einigung entgegenstand. Wobei anzumerken wäre, dass eine ablehnende Haltung gegenüber dem extrem kompetitiven Parteienwettbewerb fast Allgemeingut innerhalb der deutschen zionistischen Elite war und auch im restlichen *Jischuw* nicht selten ebenso kritisch gesehen wurde.<sup>396</sup>

Die Schlussfolgerungen aus ihren Erkenntnissen bewegten sich für Palästina auf zwei Ebenen. Einerseits sollte die Friedensordnung mit ihren weitgehenden individuellen Freiheiten durch die Proklamation des Kriegszustandes aufgehoben und somit eine größtmögliche Geschlossenheit des jüdischen Kollektivs in *Erez Israel* erreicht werden. Durch die Neugewichtung der Strukturen des politischen Systems des *Jischuw* sollte andererseits seine bisherige Fragmentierung beseitigt werden. Als wegweisendes Beispiel für beide Ebenen dienten die tiefgreifenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in England im Jahre 1940.<sup>397</sup> Die Aktivisten der HOGOA waren sich durchaus bewusst, dass ihr Notstandsprogramm als eine Angleichung an die totalitäre Ideenwelt angesehen werden

---

S.1-2; Ian Kershaw, *Höllensturz. Europa 1914 bis 1949*, München 2016, S.262-279; 319-344, passim; Franz Meyer, *Das Geheimnis*, MB v. 28.6.1940, S.3.

<sup>396</sup> Siehe dazu: ebd.; *Inferno in Westeuropa*, JWR v. 20.05.1940, S.1-2; [Robert Weltsch], *Wankende Welten*, MB v. 21.06.1940, S.1-2; Siegfried Moses, *Politische Aktion*, MB v. 15.11.1940, S.1-2; Jeschajahu (Oskar) Wolfsberg, *Zum Programm der HOGOA*, MB v. 22.11.1940, S.2; Ernst Lewy, *Schicksalsstunde*, MB v. 23.10.1940, S.1-2; M.[osche] Y. Ben-Gavriel, *Liquidation der Parteien*, MB v. 15.10.1940, S.9.

<sup>397</sup> Siehe dazu: ebd.; *Das Epos von London*, MB v. 13.12.1940, S.1; *Unsere Notgemeinschaft*, MB v. 20.9.1940, S.1; Franz Meyer, *Autorität – Demokratie – Organisation*, MB v. 29.11.1940, S.4; *Churchills Regierung*, JWR v. 20.5.1940, S.3.

könne. Sie versuchten sich daher von der Fülle der zu dieser Zeit aus (rechts)-bürgerlichen Kreisen kommenden politischen Reformvorschlägen klar abzugrenzen, die nicht selten durchaus antidemokratische Tendenzen trugen.<sup>398</sup>

Das Notstandsprogramm traf im *Jischuw* letztlich auf keinerlei Resonanz. Was blieb, war eine bessere Vernetzung und eine gewisse numerische Verstärkung der *Hitachduth*. Die im Sommer 1940 auf ihre Initiative begründete „Arbeitsgemeinschaft der westeuropäischen Verbände“, in der 15 Organisationen und Gruppen vereinigt waren, fand sich fortan über ideologische und religiöse Trennlinien hinweg zu gemeinsamem Gedankenaustausch und praktische Aktionen zusammen. Und im Zuge der Verhandlungen zum Notstandsprogramm mit deutschsprachigen Aktivisten der *Makkabi*-Sportbewegung und der Jugendbewegung „Makkabi Hazair“ fanden sich Interessierte aus beiden Bewegungen, die in die *HOGOIA* eintraten; im Gegenzug erhielten beide Gruppen mittels Sitzen in ihrem Landesvorstand Einfluss in der *Hitachduth*. Vor allem blieben die Prämissen des Programms weiterhin Richtlinie der *Hitachduth* während der Kriegszeit. Dieses Beharren beeinflusste das Verhältnis zum restlichen *Jischuw* und dessen Führungsinstanzen nicht minder. Insbesondere die distinkte Haltung der *HOGOIA* zum Kriegseinsatz und einhergehend damit die zu *GB* trafen auf viel Unverständnis und Ablehnung. Dabei muss betont werden, dass sich letztlich die Analysen und Konzepte der *Hitachduth* gar nicht so fundamental von dem (gezwungenermaßen) realpolitisch eingeschlagenen Weg der *Jischuw*-Führung unterschieden. Ben-Gurions aktivistischer Kurs hatte selbst in der *Mapai* einflussreiche Opponenten. Diese so genannten Moderaten wie Sprinzak, Elieser Kaplan, Lufban oder Pinchas Lubianiker neigten fast alle der Gedankenwelt der früheren Arbeiterpartei *Hapoel Hazair* zu; konkret befürworteten sie neben dem evolutionären Aufbau- und den Verständigungsgedanken in der „Araberfrage“ auch eine weitgehende Kooperation mit England. In der *Sochnuth* stieß die Linie Ben-Gurions auch nicht selten auf Widerstand. Nach Verkündung des Bodengesetzes rief er nach einem Klima der Rebellion. Vergebens, die Mehrheit der Jerusalemer *JA* sprach sich dagegen aus und

---

<sup>398</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Präsidiums [d. HOGOIA] v. 22.10.1940, in: ZZA, S7/924; Protokoll der erweiterten Moeza der Hitachduth Olej Germania we Austria Snif Tel Aviv am 31.10.1940, in: ZZA, S7/923; [Erklärung der HOGOIA zu Proklamationen zur Einigung des Jischuw], undatiert [Ende November 1940], in: ebd; Ein Kriegs-Notprogramm, MB v. 1,11,1940, S.3-4; Bildung einer neuen politischen Partei im Jischuw, YH v. 17.11.1940, unpg.; Um die politische Gesundung des Jischuw, YH v. 1.11.1940, unpg.; Um die Organisation des Jischuw, YH v. 6.12.1940, unpg.



er trat – nicht zum letzten Mal – von ihrem Vorsitz zurück.<sup>399</sup> Eine Kooperation mit Großbritannien auf ökonomischem und vor allem militärischem Gebiet war für die Mehrheit der zionistischen Eliten zu diesem Zeitpunkt auch alternativlos. Trotz beachtlicher Fortschritte während der arabischen Unruhen und der folgenden Kriegszeit verblieb die *Haganah* im Status einer Bürgerwehr. Bei einem Angriff der Achsenmächte hätte sie keinesfalls allein bestehen können. Die Briten blieben daher alleiniger Garant für die Sicherheit des zionistischen Aufbauwerkes. Sogar die erwähnten Aufstandsdrohungen im Jahr 1943 hatten mehr Droh- und Propagandapotenzial als tatsächliche Relevanz. Die damals wohl mehr als 30.000 Kämpfer und Kämpferinnen der *Haganah* waren sicherlich hoch motiviert, gleichzeitig aber auch schlecht ausgebildet und bewaffnet. Kaum 10.000 Gewehre standen für sie zur Verfügung, von schweren Waffen ganz zu schweigen.<sup>400</sup>

Die negative Einstellung des zionistischen Mainstreams gegenüber dem Notstandsprogramm musste also auch andere Ursachen haben. Zu nennen wären hier gewisse Ressentiments gegenüber den Neuen und der Ideenwelt des mitteleuropäischen Zionismus. Vor allem aber lehnte er die im Programm implizierten Intentionen rundweg ab. Ben-Gurion und andere zionistischen Führer rückten den Judenstaat in den Focus zionistischen Strebens und alle politischen, ökonomischen und militärischen Erwägungen waren darauf ausgerichtet. Damit wussten sie die Mehrheit des *Jischuw* hinter sich. Die Prioritätensetzung der *HOGOA* bagatellierte genau diesen Focus. Die zionistisch-britischen Konflikte und Planungen zur jüdischen Staatlichkeit sollten für die Kriegszeit zurückgestellt und Ressourcen und Menschen vor allem für den Kriegseinsatz mobilisiert werden.<sup>401</sup> Wenn die *Hitachduth* ihre politischen Vorstellungen zur Wirkung bringen und weiterhin eine adäquate Interessensvertretung der deutschsprachigen *Alijah* gewährleisten wollte, musste sie nun neue Wege beschreiten. All ihre bisherigen Strategien zur Gewinnung politischer Teilhabe waren gescheitert. Schließlich bewies das Kapitel des Notstandsprogramms, dass, solange sie selbst außerhalb des politischen Systems des *Jischuw* positioniert blieb, sie keinen substantziellen Einfluss ausüben konnte. Somit verblieb einzig die Umformung der *HOGOA* in eine politische Partei noch als Option. Aber auch dieser Weg schien wenig erfolgversprechend. Zu groß waren bisher in ihren

---

<sup>399</sup> Siehe dazu: Shapira, Land, S.290-291; dies., Katznelson, S.346-351; Segev, Ben Gurion, S.299-300, 302; Bauer, Resistance, S.74-77; zu den Personen Kaplan u. Lubianiker siehe: EJ, Vol. 11, S.775 bzw. EJ, Vol. 12, S.532-533.

<sup>400</sup> Siehe dazu: Gelber, Defense, S.51-52, passim; Bauer, Haganah, S.200-202; Shapira, Land, S.289-290; Sofer, Diplomacy, S.121-135.

<sup>401</sup> Siehe dazu Kap. IV.

Reihen die Widerstände gegen eine umfassende Politisierung. Darüber hinaus verdeutlichten die internen Auseinandersetzungen um das Notstandsprogramm, dass eine aktive, gesamtgesellschaftliche Fragen betreffende Politik den (fragilen) Konsens zur gemeinsamen Zusammenarbeit unter ihren Aktivisten allzu leicht gefährdete. Wie im Folgenden aufgezeigt wird, beförderten jedoch zwei Entwicklungen die Entscheidung zur Begründung der *Alija Chadascha*: der ab 1939 einsetzende Sprachenkampf zur Durchsetzung des Hebräischen und im Verfolg davon der Wahlerfolg der *HOGOA* bei den Haifaer *Kehillah*-Wahlen im Jahre 1942.

### **Der Sprachenkampf**

Mit Beginn der fünften *Alijah* 1932 entwickelte sich ein äußerst konfliktreiches Verhältnis zwischen der deutschen *Alijah* und dem restlichen *Jischuw*. In der wissenschaftlichen Forschung besteht weitgehend Einigkeit, dass diese Konflikte eine Fortsetzung derer darstellten, die sich zwischen den so genannten Ost- und Westjuden seit der *Haskalah* herausgebildet hatten. Durch die Akkulturation der deutschen Juden an die Mehrheitsgesellschaft im 19. Jahrhundert sei eine tiefe Kluft zum osteuropäischen Judentum entstanden, die ihren Ausdruck in der gegenseitig empfundenen kulturellen Fremdheit und wechselseitiger, oft negativ konnotierter (stereotyper) Zuschreibungen gefunden habe. Darüber hinaus sei das von den deutschen Einwanderern mitgebrachte bürgerlich-europäische Werte- und Kulturrepertoire mit der vom *Jischuw* angestrebten neuen hebräischen Kultur nicht kompatibel gewesen. Es gibt aber auch neuere Forschungsansätze, die die kulturelle Fremdheit als Erklärungsansatz des Konfliktes für überzeichnet halten.<sup>402</sup>

Der *Jecke* als Kollektivbild des deutschen Einwanderers entstand im *Jischuw*, dem allerhand meist negative Eigenschaften zugeschrieben wurden: unflexibel, obrigkeitshörig, kompromissbereit, naiv und humorlos, denklangsam aber auch gewissenhaft, pünktlich und

---

<sup>402</sup> Siehe dazu: Yoav Gelber, Deutsch-jüdische Identität in der "Heimstätte". Deutsche Zionisten in Palästina zwischen Distanz, Eigensinn und Integration, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.263-276 [f. Gelber, Deutsch-jüdische Identität]; Sela-Sheffy, Integration, S.34-59; dies, High Status Immigration Group and Culture Retention: German Jewish Immigrants in British-Ruled Palestine, in: dies./Gideon Toury (Hg.), Culture Contacts and the Making of Culture, Tel Aviv 2011, S.79-100 [f. Sela-Sheffy, High Status Immigration Group]; Malgorzata Maksymiak-Fugmann, „Man muss sich zwingen [...]“. Die Sprachpolitik als Gegenstand einer Pressedebatte im Palästina der dreißiger Jahre, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Band I, Bremen 2008, S.73-84 [f. Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik]; Wormann, Kulturelle Probleme, S.307-311.

verlässlich.<sup>403</sup> Für viele Unzulänglichkeiten im Nationalheim wurden nun die *Jeckes* verantwortlich gemacht: hohe Kartoffel- und Mietpreise, Luxus, Anhebung des Lebensstandards, Einführung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen und vieles mehr.<sup>404</sup> In den zionistischen Führungskreisen herrschte eine überaus ambivalente Einstellung zur deutschen *Alijah*. Ihre finanziellen Ressourcen sollten zwar dem Aufbauwerk nutzbar gemacht werden, vor allem wurde sie aber als eine Gefahr für den weiteren Aufbau wahrgenommen. Sie wurde als kulturlos und entwurzelt angesehen, das elementare Volksgefühl fehle ihr und sie könne sich daher zu einer Gefahr für die hebräische Renaissance-Bewegung im Lande entwickeln. Ähnlich wie den *Misrachim* wurde auch ihr die Fähigkeit als positiv wirkendes aufbauendes Element abgesprochen; sogar die Zerstreung der deutschen *Alijah* in *Erez Israel* und gar numerische Begrenzung wurde erwogen. Kurzum, zur Bannung der Gefahr erwarteten und forderten zionistische Führungskreise ihre vollständige Assimilation an den (osteuropäischen) *Jischuw*. Ob diese negative Einstellung auf den gesamten *Jischuw* übertragen werden kann und ob ebenso zumindest Teilen der deutschen *Alijah* eine starke Abneigung gegen Ostjuden unterstellt werden kann, wie teils die wissenschaftliche Forschung postuliert, kann empirisch letztlich aber nicht belegt werden.<sup>405</sup>

Letzteres galt zumindest für das deutsch-zionistische Establishment in Palästina in den ersten Jahren keinesfalls. Es stellte weder den Führungsanspruch noch die (angenommene) kulturelle Überlegenheit der osteuropäischen Juden infrage und plädierte auch für eine schnelle Assimilation der eintreffenden Neueinwanderer.<sup>406</sup> Dies entsprach auch seinem ideologischen Rüstzeug. Ab Anfang des 20. Jahrhunderts propagierten deutsche Zionisten im Gegensatz zu

---

<sup>403</sup> Siehe dazu: Erel, Wurzeln, S.19-22; Gisela Dachs, Zu diesem Almanach, in: dies. (Hg.) Die Jeckes. Jüdische Almanach des Leo Baeck Instituts, Frankfurt a.M. 2005, S.7-11; Dan Diner, Jeckes – Ursprung und Wandel einer Zuschreibung, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.100-103.

<sup>404</sup> Siehe dazu: Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik, S.78-79; Protokoll der Vorstands- und Beiratssitzung der HOG Jerusalem v. 21.1.1935, in: ZZA, S7/117; Gerhard Münzner, Hoher Lebensstandard?, MB, Oktober 1939, S.3-5.

<sup>405</sup> Siehe dazu: Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.469-471; Erel, Wurzeln, S.150-156; Yfaat Weiss, „Ostjudentum“ als Konzept und „Ostjuden“ als Präsenz im deutschen Zionismus, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.149-165, hier: 150-151 [f. Weiss, „Ostjudentum“]; Hava Wagman Eshkoli, Three Attitudes toward the Holocaust within Mapai, 1933-1945, in: Studies in Zionism, Vol. 14, No. 1 (1993), S.73-94, hier: 77-78 [f. Eshkoli, Three Attitudes]; Gelber, Deutsch-jüdische Identität, S.266-267; Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik, S.83; Beling, Eingliederung, S.44; Segev, Ben Gurion, S.476-480; Kamil, Arabische Juden, S.161-167.

<sup>406</sup> Siehe dazu: Theodor Zlocisti, Selbsthilfe durch Zusammenschluss!, MB, Juli 1934, S.1; Fritz Löwenstein, Emigranten und Olim, MB, November (II) 1934, S.9-11; Frieda Sternberg-Pinner, Armes und reiches Hebräisch, MB, März (I) 1935, S.11-12; Erich Krämer, Entfremdete Brüder, MB v. 5.4.1940, S.1-2; L.[eonard] Peritz, Die „Alija Chadascha“, MB v. 19.6.1942, S.3-4.

gängigen negativen Zuschreibungen für das Ostjudentum ein neues, ebenso stereotypes Bild des Ostjuden als einzig authentischen „Volljuden“ – wie es damals lapidar hieß.<sup>407</sup> Während unter der ersten Generation deutscher Zionisten die Superiorität des Ostjudentums noch umstritten war, übernahm die zweite unter Blumenfelds\* Führung das Ideal- respektive Zerrbild wohl nicht nur zu propagandistischen Zwecken im Kampf gegen die deutsch-jüdischen Jünger der Assimilation, sondern verinnerlichte es als wirkkräftige Realität und eigenen Identitätsentwurf – wobei damit sicherlich nicht automatisch auch die Verherrlichung des empirischen Ostjuden verbunden war. Jene Wahrnehmung des authentischen Ostjuden im Gegensatz zum kulturarmen und innerlich versklavten Westjuden scheint aber auch innerhalb der ostjüdischen Gemeinschaften der *Golah* vorhanden gewesen zu sein.<sup>408</sup>

Im Jahr 1939 konstatierte die Führung der *HOGOA* in salomonischem Ton, dass zwar in den ersten Jahren zwischen der deutschen *Alijah* und dem alteingesessenen *Jischuw* negative Spannungen vorhanden gewesen seien. Unverständnis, Unterschätzung und Unduldsamkeit hätten auf beide Seiten geherrscht. Aber „im Laufe der Jahre haben sich diese Spannungen sehr gemildert.“<sup>409</sup> Es gab verschiedene Gründe, warum die *HOGOA* zu einer so eklatanten Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage kam, wie die folgenden Jahre zeigen sollten. Tatsächlich gelang wesentlichen Teilen der deutschen *Alijah* trotz der ihr zugeschriebenen Inflexibilität erstaunlich schnell, wirtschaftlich Fuß zu fassen. Dabei integrierte sie sich weniger in die vorgefundene Wirtschaft, sondern baute neue Wirtschaftsbereiche auf; und sie schaffte dies größtenteils ohne die Unterstützung der zionistischen Führung und des *Jischuw* aus

---

<sup>407</sup> Siehe: Ulrich Sieg, *Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Entwürfe*, Berlin 2001, S.195-217; Sander L. Gilman, *Jüdisches Selbsthass. Antisemitismus und die verdorbene Sprache der Juden*, Frankfurt a.M. 1993, S.190-210; Armin A. Wallas, *Mythos Osten. Die Suche nach den orientalischen Grundlagen jüdischer Identität zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: Eva Behring u.a. (Hg.), *Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas*, Stuttgart 1999, S.117-137.

<sup>408</sup> Siehe dazu: Blumenfeld, *Judenfrage*, S.38, 45-47; 122-123; Maksymiak-Fugmann, *Sprachpolitik*, S.73-76; Weiss, „Ostjudentum“, S.152, 164-165; Anne-Christin Saß, *Vom Mizrek-Yid zur Jüdischen Welt. Die Publikationsorgane des „Verbandes der Ostjuden“ als Dokumente ostjüdischen Selbstverständnisses im Berlin der Weimarer Republik*, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hg.), *Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen*, Band I, Bremen 2008, S.273-290, hier: 278-279, 282-284 [f. Saß, Mizrek-Yid]; Angelika Montel, *Herzls Maitresse. Zur Gründung der „Welt“*, in: Joanna Nittenberg (Hg.), *Wandlungen und Brüche. Von Herzls „Welt“ zur „Illustrierten Neuen Welt“ 1897-1997*, Wien 1997, S.19-66, hier: 27-28, 44-49; Katrin Steffen, *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939*, Göttingen 2004, S.314-315 [f. Steffen, Jüdische Polonität]; *Ost- und Westjuden in Palästina*, MB v. 5.5.1944, S.1; Maarabi [Kurt Blumenfeld], *Deutscher Zionismus*, JR v. 2.9.1910, S.414-415.

<sup>409</sup> HOG, *Rechenschaft 1939*, S.14.

eigener Kraft.<sup>410</sup> Auch erfüllte sie die zionistischen Dogmen nach beruflicher Normalisierung und Produktivierung des jüdischen Volkes. Ein sehr hoher Anteil der deutschen *Alijah* musste sich – gezwungenermaßen – neuen Berufsfeldern zuwenden. Nach einer Zählung der gesamten Arbeiterschaft durch die *Histadruth* im Jahr 1937 ging verglichen mit den anderen Landsmannschaften ein wesentlich höherer Prozentsatz der eingewanderten Juden aus Deutschland in den Kreis der Arbeiterschaft über; fast 75 Prozent dieser Arbeiter hatten zumindest einen Gymnasialabschluss, wobei auch andere Landsmannschaften wie die russische mit gut 57 Prozent ein sehr hohes Bildungsniveau aufwiesen.<sup>411</sup> Mehr noch, nach damaligen Schätzungen ging etwa 30 Prozent der *Alijah* aus Deutschland in die Landwirtschaft. Die Zahlen für den restlichen *Jischuw* lagen weit darunter. Entgegen aller Erwartungen zeigte die deutsche *Alijah* doch die Fähigkeit, als aufbauendes Element in der Landwirtschaft zu wirken. Sie schuf nicht nur die schon erwähnten Mittelstandssiedlungen, sondern gründete auch *Kibbuzim*. Auch ihre Mitgliederzahl in den Kollektivsiedlungen war gemessen an ihrer Gesamtzahl weitaus höher als die des restlichen *Jischuw*, wobei die dazu kursierenden Zahlen differieren.<sup>412</sup>

Daraus aber zu schließen, die deutsche *Alijah* war mit besonders großem zionistischen Idealismus beseelt gewesen, wäre natürlich verfehlt. Sicher hatten die möglicherweise mehr als 5.000 deutsch-jüdischen *Chaluzim* in den Kollektivsiedlungen zionistische Beweggründe und auch die Siedler in den Mittelstandssiedlungen waren von diesen nicht unberührt. Aber auch die institutionellen Rahmenbedingungen und politischen Zielsetzungen der *HOG*, *ZVfD*, *DA* und anderer Institutionen hatten entscheidenden Anteil daran. Alles zielte darauf ab, die größtmögliche Zahl deutscher *Olim* auf dem Land zu verwurzeln. Die Zertifikatsvergabe war

---

<sup>410</sup> Siehe dazu: Das Gebot der Stunde, MB v. 17.4.1941, S.2-3; Kundgebung der HOGO, MB v. 7.3.1941, S.2; Ludwig Pinner, Die Siedlungen der V. Alijah, MB v. 2.6.1957, S.29-30; Erel, Wurzeln, S.15-19; Sela-Sheffy, High Status Immigration Group, S.82; Nachum Gross, Entrepreneure: Einwanderer aus Mitteleuropa in der Wirtschaft Palästinas, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.132-136; Die Zurücksetzung mitteleuropäischer Olim, MB v. 17.10.1941, S.2; Der Anteil der deutschen Olim an der Gründertätigkeit in der Industrie, MB, November (I) 1934, S.1-2.

<sup>411</sup> Siehe dazu: Erel, Wurzeln, S.60-63; Turnowsky-Pinner, Die zweite Generation, S.5; Aus den Erfahrungen unserer täglichen Arbeit, MB, September 1935, S.20-22; Walter Preuss, Bildungsstufen der Einwanderer aus Deutschland, MB, Januar (I) 1938, S.14; ders., Die Arbeitereinwanderung aus Deutschland, MB, Dezember (I) 1937, S.5-6.

<sup>412</sup> ebd.; Ruth Gay, Danke schön, Herr Doktor: German Jews in Palestine, in: The American Scholar, Vol. 58, No. 4 (1989), S.567-577, hier: 575 [f. Gay, German Jews]; Erel, Wurzeln, S.184-189; Fritz Simon, Die Berichte der Jewish Agency und der Regierung, MB, Juli (II) 1939, S.7-8; L.[udwig] Pinner, Die Leistung der Haavara für die jüdische Landwirtschaft, MB, Juni (I) 1938, S.5-7; Schlomoh Krolik, Die landwirtschaftliche Kolonisation der Einwanderer aus Mitteleuropa, MB v. 5.5.1961, S.10-12.

darauf ausgerichtet, ebenso die *Jugend-Alijah* und *Hachscharah*, die *Haawarah* bevorzugte landwirtschaftliche Siedlerkandidaten, die *DA* nutzte die gesammelten Spendengelder in der *Golah* vor allem für den Aufbau der Landwirtschaft und die *HOG* sah es als ihre Hauptaufgabe an, die Neueinwanderer in den landwirtschaftlichen Sektor zu lenken. Erst alle diese Faktoren „führten einen unverhältnismäßig großen Teil dieser *Alijah* zur landwirtschaftlichen Ansiedlung, selbst wenn man die nicht wenigen in Abzug bringt, bei denen der erste ‚Landtausch‘ sehr bald verging.“<sup>413</sup> Trotz dieses Zuflusses an Kräften verblieb der *Jischuw* eine vor allem urban ausgerichtete Gemeinschaft. Wohl auf keinem Gebiet war zionistisches Sinnen und Proklamieren so weit entfernt von der Realität. Die Forderung nach der Erlösung des Bodens, dem Übergang des jüdischen Volkes zu manueller Arbeit auf der eigenen Scholle, hatte schon in den 1920er Jahren wenig Anziehungskraft. Obwohl der *Jischuw* sich in einem vorindustriellen Stadium befand, lebten und arbeiteten nur gut 20 Prozent im ländlichen Bereich – ein Trend, der sich in den folgenden Jahren noch verstärken sollte. Und die *Chaluzim*, die das Idealbild des zukünftigen neuen Hebräers verkörpern sollten, waren unter den Arbeitern auf dem Lande auch nur eine kleine Minderheit.<sup>414</sup>

Neben den Erfolgen der ökonomischen Integration der deutschen *Alijah* verleitete ein weiterer Grund die *HOGOA* zu der Fehleinschätzung, dass die Spannungen zwischen den Alteingesessenen und der neuen *Alijah* im Abklingen seien – das Fehlen eines öffentlichen Diskurses über die kulturellen Integrationsprobleme und die Rolle der deutschen *Alijah* im *Jischuw*. Der *Hitachduth* war die Problematik zwar durchaus bekannt. Wohl in der Hoffnung, dass sich die Lage nach einer gewissen Zeit entspanne, verfolgte sie in den ersten Jahren aber eine defensive Strategie der Konfliktvermeidung und vermied eine öffentliche Thematisierung dieser Frage. Exemplarisch hierfür kann die kurze Episode der Rubrik „Sprechsaal“ im *MB* angeführt werden. Sie wurde zur freien Aussprache der Leser in der Septemhernummer 1934 eingeführt und sogleich entspann sich in ihr ein Diskurs über die Spannungen zwischen dem

---

<sup>413</sup> ebd., S.10; siehe weiterhin: Die Lage in den Kolonien, *MB*, August (II) 1934, S.2; L.[udwig]Pinner, Die Leistung der Haavara für die jüdische Landwirtschaft, *MB*, Juni (I) 1938, S.5-7; Bericht, XXV. Delegiertentag, S.204-214, 238-250; Report to the XXth Zionist Congress, passim.; *Hitachduth* Olej Germania Haifa an die Deutsche Abteilung der Jewish Agency v. 8.10.1934, in: ZZA, S7/119; Erel, Wurzeln, S.203-205; Alexander Adler, Zur Frage der Zertifikatsverteilung, *ZVfD-Blätter* v. 1.9.1934 [Nr.5], S.20-21.

<sup>414</sup> Siehe dazu: Sela-Sheffy, High Status Immigration Group, S.83-84; Gay, German Jews, S.568; Yoav Gelber, The Shaping of the “New Jew” in Eretz Israel, in: Yisrael Gutmann (Hg.), Major changes within the Jewish people in the wake of the Holocaust. Proceedings of the Ninth Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1996, S. 443-461, hier: 450-454 [f. Gelber, The Shaping of the “New Jew”]; Helman, East or West, S.69; Walter Preuss, Die Lage am Arbeitsmarkt im Jahre 1943, *MB* v. 20.10.1943, S.4-5; Fritz Simon, Die Berichte der Jewish Agency und der Regierung, *MB*, Juli (II) 1939, S.7-8.

*Jischuw* und den Neueinwanderern. Nachdem in der zweiten Oktobernummer des Blattes auch kritische Zusendungen über das Verhalten des *Jischuw* veröffentlicht wurden, protestierte der HOG-Vorstand der *Snif* Jerusalem einhellig und weigerte sich, diese Nummer zur Auslieferung an die Abonnenten zu übergeben. Es folgten als Erwiderung noch zwei – apologetische – Einsendungen über das instinktlose Verhalten von Teilen der neuen *Alijah* gegenüber dem *Jischuw*, danach verschwand die Rubrik wieder aus dem Blatt.<sup>415</sup> Die zionistischen Führungsinstanzen wiederum beschäftigten sich zu dieser Zeit trotz des symbolträchtigen Charakters der Frage einer neuen hebräischen Kultur in praxi relativ wenig mit dieser Thematik. So begann erst Ende der 1930er Jahre eine öffentliche Aussprache, die vor allem in der Presse geführt wurde. Vordergründig kreiste sie um die Frage der Durchsetzung des Hebräischen in allen gesellschaftlichen Bereichen oder negativ ausgedrückt: dem Zurückdrängen der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Tatsächlich war der so genannte Sprachenkampf aber ebenso Ausdruck einer viel komplexeren Auseinandersetzung, die um die Rolle und den Platz der mitteleuropäischen *Alijah* im Gefüge des *Jischuw* kreiste.<sup>416</sup> Unzweifelhaft war die Wiederbelebung und Modernisierung des Hebräischen eine herausragende Leistung der zionistischen Bewegung. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelte es sich zu einer Sprache, die alle linguistischen Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft in *Erez Israel* befriedigte.<sup>417</sup> Ob auch die Hebräisierung und kulturelle Integration der deutschen *Alijah* eine Erfolgsgeschichte war, ist in der Forschung umstritten; die Sichten oszillieren zwischen relativem Scheitern und Erfolg. Jedenfalls schätzte die deutsch-zionistische Führung die Hebräisierung der eigenen *Alijah* – auch bedingt durch die ab Ende der 1930er Jahre eingetroffene *Flüchtlingsalijah* – in der Mitte des Krieges als ungenügend ein.<sup>418</sup> Die wissenschaftliche Forschung gibt ein ganzes Bündel an Erklärungsversuchen, warum das Erlernen des Hebräischen gerade der deutschsprachigen *Alijah* so schwer fiel – unter anderem eine ungünstige Altersschichtung, monoglotte Erziehung, nur selten schon im Herkunftsland angeeignete Vorkenntnisse im Hebräischen sowie die starke

---

<sup>415</sup> Siehe dazu: Protokoll der Vorstandssitzung der H.O.G. Jerusalem v. 28.10.1934, in: ZZA, S/117; Hillel Hugo Schachtel, „Parteipolitik“?, MB v. 13.9.1940, S.3 u. die Nummern des MB v. September bis November 1934.

<sup>416</sup> Siehe dazu: Adam Rubin, „Turning Goyim into Jews“: Alijah and the Politics of cultural Anxiety in the Zionist Movement, 1933-1939, in: Jewish Quarterly Review, Vol. 101, No. 1 (2011), S.71-96 [f. Rubin, Alijah and the Politics]; Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik, S.82-83.

<sup>417</sup> Siehe dazu: Eisenstadt, Gesellschaft, S.51-53; Shavit, Vision, S.132-133.

<sup>418</sup> Siehe dazu: Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik, S.81; Ari Rath, Die Jeckes in Politik und Medien, Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.306-310, hier: 310; Felix Rosenblüth, Die andere Seite, MB v. 10.7.1942, S.1-2; Georg Landauer, Alija Chadascha und ihre Kritiker, MB v. 3.9.1943, S.2-3.

Divergenz zwischen dem Deutschen und Hebräischen.<sup>419</sup> Vor allem werden die Bewahrungstendenzen der mitgebrachten kulturellen Identitäten innerhalb der deutschen *Alijah* durch die Forschung hervorgehoben, deren offensichtlichster Ausdruck die weitere (ausschließliche) Nutzung der deutschen Sprache sei. Dabei habe sie für viele als Mittel zur Abgrenzung vom restlichen *Jischuw* und zur Betonung ihrer kulturellen Überlegenheit gedient. Letztlich symbolisiere der Sprachenkampf daher einen Kampf um die kulturelle Hegemonie zwischen den Alteingesessenen und den Neuen.<sup>420</sup> Nicht selten wird als repräsentative Quelle für das Festhalten an der deutschen Kultur und Herkunftsidentität ein Streitgespräch zwischen einem Ende der 1930er Jahre eingewanderten jungen jüdischen Literaten aus Österreich namens Tristan Leander und altgedienten deutschen Zionisten in den Spalten der *JWR* und des *MB* angeführt.<sup>421</sup> Sicherlich ist der Diskurs, der sich um die Begriffe Nation – Heimat – (National-)Kultur und Sprache drehte, ein interessantes Zeitzeugnis, das die Identitätsprobleme Leanders aufzeigte. Aber dieses hoch intellektuelle Streitgespräch, in dem Leanders Aussagen teils wie eine Vorwegnahme der These der Imagination von Nationen und Gemeinschaften von Anderson und Hobsbawm wirken, kann wohl schwerlich als repräsentativ für die deutschsprachige *Alijah* angesehen werden. Laut Sela-Sheffy gehörten nur etwa zehn Prozent der *Olim* aus Deutschland der Schicht des hochgebildeten urbanen Akademikers/Intellektuellen an.<sup>422</sup>

---

<sup>419</sup> Siehe dazu: Wormann, Kulturelle Probleme, S.992-296; Miryam Du-Nour, Sprachbewahrung und Sprachwandel unter den deutschsprachigen Palästina-Emigranten der 30er Jahre, in: dies./ Anne Betten (Hg.), Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel, Tübingen 2000, S.182-216, hier: 184-199 [f. Du-Nour, Sprachbewahrung]; Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: ESC, S.11-12; Erel, Wurzeln, S.35-36.

<sup>420</sup> Siehe dazu: Segev, siebte Million, S.73-74; Sela-Sheffy, High Status Immigration Group, S.84-88; Shavit, Vision, S.119-120; Helman, East or West, S.70; Gelber, Deutsch-jüdische Identität, S.268-271; Yotam Hotam, Emigrierte Erinnerung. Zu Sprache, Identität und Konversion deutsch-jüdischer Emigranten, in: ders./Joachim Jacob (Hg.), Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004, S.173-195, hier: 180-192.

<sup>421</sup> Siehe dazu: ebd., S.188; Gelber, Deutsch-jüdische Identität, S.270-271; Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik, S.79-80.

<sup>422</sup> Siehe dazu: Sela-Sheffy, High Status Immigration Group, S.81; Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M./Wien 1992 [f. Hobsbawm, Nationen]; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt a.M./New York 1988; zum Diskurs selbst siehe: Tristan Leander, Bekenntnisse eines Ex-Assimilanten, *JWR* v. 28.07.1939, S.6; ders., Die Antwort des „Ex-Assimilanten“, *MB* v. 29.12.1939, S.2-3; Jan Kroker, An einen „Ex-Assimilanten“, *JWR* v. 18.8.1939, S.4; Albert Baer, Kleiner Brief an den „Ex-Assimilanten“, ebd.; Alexander Zak, Die „Ex-Assimilanten“, *JWR* v. 15.12.1939, S.6; Fritz Hitschmann, Ziel und Mittel, *JWR* v. 4.3.1940, S.7; Richard Markel, Die Antwort eines Zionisten, *MB* v. 19.1.1940, S.3.



Eine fundierte Aussage, wie viele deutschsprachige Einwanderer tatsächlich gleichgültig oder gar abschätzig der hebräischen Sprache und Kultur gegenüberstanden, ist aus Mangel an belastbarem empirischen Material schlechterdings nicht möglich. Auch das *Mitteilungsblatt* gibt darüber nur ansatzweise Auskunft, da die Redaktion schon allein aus taktischen Gründen sicherlich nicht in ausgewogener Weise die gesamte Bandbreite an (kritischen) Meinungen wiedergab. Fest steht, dass die *HOGOIA* die Hebräisierung und kulturelle Integration der deutschen und österreichischen *Alijah* anstrebte. Auch die redaktionelle Linie des *MB* und sogar die der deutschsprachigen Nachrichtenblätter zielte in diese Richtung.<sup>423</sup> Gleichzeitig warb sie im *Jischuw* aber auch um Verständnis, dass eine vollständige Hebräisierung der älteren Jahrgänge bei einer von allen befürworteten Masseneinwanderung nicht realisierbar sei. Sie bemängelte die völlig unzulängliche geistige und materielle Unterstützung des *Jischuw* und dessen Führungsinstanzen. Vor allem forderte sie die Schaffung einer wirklichen hebräischen Atmosphäre in ihm, die im Geiste der Brüderlichkeit die Neueinwanderer in die hebräische Sphäre hineinführe, anstatt nur mittels propagandistischer Phrasen und Druck bis hin zu Repression und physischer Gewalt die Isolation und Absonderung der nicht hebräisch Sprechenden noch zu forcieren.<sup>424</sup> Das diesbezüglich geäußerte Meinungsspektrum aus den Reihen der deutschsprachigen *Alijah* war dagegen wesentlich breitgefächerter. Es reichte von der Forderung nach rabiater Durchsetzung des Hebräischen und der Isolierung der noch nicht hebräisch Sprechenden bis hin zum Appell nach Akzeptanz des Deutschen in der öffentlichen Sphäre.<sup>425</sup>

Auch über die neu entstehende hebräische Kultur und Kunst gab es innerhalb der deutschsprachigen *Alijah* Gesprächsbedarf. Ihre Inhalte waren vielen jenseits der sprachlichen Frage fremd und im *MB* gab es Anfang der 1940er Jahre – allerdings nicht unwidersprochen gebliebene – Stimmen, die in Anbetracht der Qualität der vorgefundenen Kultur an ihrer

---

<sup>423</sup> Siehe: Die weiteren Beschlüsse, *MB*, Juli (II) 1939, S.6; Weitere Resolutionen, *MB* v. 27.12.1940, S.2; Lernt die Sprache des Landes, *MB* v. 19.3.1943, S.4; Offener Brief an mich selbst, *YH* v. 8. 11.1940, unpg.; Tel Aviv – oder Chelm?, *YH* v. 1.11.1940, unpg.; Die Landestagung und die hebräische Sprache, *MB* v. 13.11.1942, S.4-5.

<sup>424</sup> Siehe dazu: ebd.; Zur Frage der Hebräisierung, *MB* v. 30.1.1941, S.5; Zur Debatte über das Hebräische, *MB* v. 7.3.1941, S.2; Kundgebung der *HOGOIA*, ebd.; Weise Selbstbeschränkung, *MB* v. 14.6.1940, S.6; M.[ax] K.[reutzberger], Drei Bemerkungen, *MB* v. 6.12.1940, S.4-5; Josef Bundheim, „Die Gefahr der Fremdsprachen“, *MB* v. 3.7.1942, S.4; Nochmals die Sprachenfrage, *MB* v. 10.1.1941, S.4.

<sup>425</sup> Siehe dazu: Max Jacobsohn, Zur Frage der fremdsprachigen Presse [Hebr.], *Haarec* v. 9.3.1941, S.2; Ein Symptom, *MB* v. 3.5.1940, S.4; I. Schachtel, Die deutschen Olim u. die lokale Selbstverwaltung, *MB*, März (II) 1938, S.15; Edgar Marx, Zum Kapitel hebräische Sprache, *MB* v. 15.3.1940, S.5; Ernst Alexander-Katz, Mendele als Erzieher, *MB* v. 14.2.1941, S.3; Julius Simon, Haltet zusammen!, *MB* v. 8.3.1940, S.4.

Herkunftskultur weiter festhalten wollten.<sup>426</sup> Und auch Ausdrücke von kulturellem Überlegenheitsdenkens fanden sich in den Spalten des *MB*. Aber das Festhalten an Teilen der mitgebrachten Kultur und Werte war kein Alleinstellungsmerkmal für die deutschen beziehungsweise deutschsprachigen *Alijah*: „the fact that the home-county repertoire is maintained by immigrants is almost trivial.“<sup>427</sup> Und alle Neueinwanderer fanden kein festes kulturelles Koordinatensystem vor, sondern eine hebräische Kultur im Werden, die durch jede neue Einwanderungswelle neu justiert wurde. Das zionistische Postulat der *Schlilath Hagolah* ging einher mit der grundsätzlichen Ablehnung der Herkunftskultur und hier insbesondere der ostjüdischen Shtetl-Kultur. Kulturelle Alternativen mussten gesucht werden, wobei natürlich bewusst oder unbewusst ein beachtlicher Teil der mitgebrachten Herkunftskultur weiterhin den *Jischuw* prägte. Da die orientalische Kultur und damit einhergehend die der *Misrachim* auch als nicht erstrebenswert angesehen wurde, blieb letztlich neben dem selektiven Rückgriff auf die Zeit der jüdischen Staatlichkeit in der Antike nur die Übernahme von kulturellen Versatzstücken der nichtjüdischen Welt – aus der russischen, der westlichen und gerade auch aus der deutschen.<sup>428</sup> Ab dem 19. Jahrhundert gewann deutsche beziehungsweise deutsch-jüdische Kultur in den jüdischen Gemeinden Europas und auch im *Jischuw* zunehmend an Anziehungskraft. Auch nach der NS-Machtübernahme änderte sich dies in *Erez Israel* nicht grundlegend, wobei die mit dem NS assoziierten kulturellen Elemente aber grundsätzlich abgelehnt wurden. Während Hunderte Schriften in den 1930er und 1940er Jahren in *Erez Israel* für die deutschsprachige *Alijah* in Deutsch veröffentlicht wurden, wurden gleichzeitig fast ebenso viele deutschsprachige Werke ins Hebräische übersetzt.

Hier offenbart sich eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der deutschen Kultur im *Jischuw*, die laut Sheffi zu Beginn der deutschsprachigen Masseneinwanderung als

---

<sup>426</sup> Siehe dazu: Wilhelm Düsterwald, Gedanken zum hebräischen Kinuss, *MB*, April (I) 1935, S.4-5; Curt Wormann, Das palästinensische Theater, *MB*, Oktober 1936, S.10-13; H. Rubin, Das Theater und die deutschen Einwanderer, *MB*, August (II) 1937, S18; Franz Eisenberg, Zum Thema „deutsche Sprache“, *MB* v. 16.2.1940, S.5; Hans Ambor, Nochmals die Sprachenfrage, *MB* v. 1.3.1940, S.5; Shimon, Um die hebräische Sprache, *MB* v. 8.3.1940, S.5; Edgar Marx, Zum Kapitel hebräische Sprache, *MB* v. 15.3.1940, S.5.

<sup>427</sup> Sela-Sheffy, High Status Immigration Group, S.84; siehe weiterhin: W. Majerczik, „Entfremdete Brüder“, *MB* v. 3.5.1940, S.3; ders., Zur Diskussion über die „Jäckes“, *MB* v. 24.10.1941, S.6; Kurt Löwenstein, Unsere Selbstbewertung, *MB* v. 30.8.1940, S.4; Hillel Hugo Schachtel, „Parteipolitik“?, *MB* v. 13.9.1940, S.3; Julius Simon, Führer und Geführte, *MB* v. 10.10.1941, S.5.

<sup>428</sup> Siehe: Helman, East or West, S.69-73; Even-Zohar, Emergence Hebrew Culture, passim; Kamil, Arabische Juden, S.92-93, 98-99, 118-121, 151-155, passim; Ziva Galili, The Soviet Experience of Zionism: Importing Soviet political Culture to Palestine, in: *The Journal of Israeli History*, Vol. 24, No. 1 (2005), S.1-33; Ernst Simon, Die Bibel im neuen Palästina, *MB*, August (II) 1937, S.3-5; Leset täglich die Bibel, *MB*, Nr. 7 (1939), S.11.

„a culture that Yishuv intellectuals saw as one of the most admirable in the Western world“<sup>429</sup> angesehen wurde und der Forderung nach umfassender Assimilation der Neueinwanderer. Wie schon erwähnt, befürwortete auch die deutsch-zionistische Führung in den ersten Jahren die Forderung nach einer Kollektivassimilation an den *Jischuw* und es fand auch kein öffentlicher Diskurs dazu statt. Jener setzte dann Ende der 1930er Jahre innerhalb der deutschen *Alijah* ein – dessen Quintessenz war, dass auch sie Fähigkeiten, Werte und kulturelle Beiträge besitze, die erhaltenswert seien und die in das zu schaffende jüdische Gemeinwesen mit einfließen sollten.<sup>430</sup> Auch ihre Führung ließ nun die bedingungslose Assimilationsforderung fallen. Rosenblüth\* wehrte sich gegen die Gleichsetzung des osteuropäischen Judentums mit dem jüdischen Volk und dessen Kategorisierung als Normaltypus, an dem sich alle Neueinwanderer zu assimilieren hätten. Für ihn sei diese (oberflächliche) Assimilation eine Verfälschung des Wesens und des Wertes des Individuums, wie er in einem Streitgespräch mit Ben-Gurion Anfang 1943 klarstellte: „Es würde daraus kein Segen erwachsen, wenn ich den künstlichen Versuch machen würde, wie Ben-Gurion zu sein; es würde mir nicht gelingen. [...] Ich kann dem jüdischen Volk und dem Lande nur Felix Rosenblüth geben“<sup>431</sup>, aus dem dann vielleicht einmal Pinchas Rosenblüth\* wird. Seine Worte verdeutlichen, dass er eine umfassende Assimilation der ersten Generation der deutschen *Alijah* an den (osteuropäischen) *Jischuw* weder für möglich, noch für erstrebenswert hielt. Der zionistischen Forderung von der Auslöschung der *Galuth*-Identität nach der *Alijah*, herbeigeführt durch die Übernahme der hebräischen Sprache, der Hebräisierung des Namens und soziokultureller Neuorientierung wurde aber nicht nur die deutschsprachige *Alijah* nicht gerecht. Auch die anderen Landsmannschaften hielten – kaum verwunderlich – weiter an mitgebrachten Gewohnheiten, kulturellen Prägungen und ihrer Muttersprache fest. In den 1930er Jahren hatte sich Hebräisch wohl endgültig im *Jischuw* durchgesetzt. Ob nun infolge

---

<sup>429</sup> Na'ama Sheffi, *Rejecting*, S. 307; siehe weiterhin dazu: ebd., *passim*; dies., *Vom Deutschen ins Hebräische. Übersetzungen aus dem Deutschen im jüdischen Palästina 1882-1948*, Göttingen/Oakville 2011; Edelmann-Ohler/Kilcher, *Deutsche Sprachkultur*, S.101-147, *passim*.

<sup>430</sup> Siehe dazu: Martin Buber, *Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose*, JWR v. 10.03.1939, S.5; Julius Guttmann, *Das geistige Erbe des deutschen Judentums*, III Teile: I.: JWR v. 15.12.1939, S.7; II.: JWR v. 22.12.1939, S.7; III.: JWR v. 29.12.1939, S.?.; Alfons Gundermann, *Eine neue Aufgabe der Alijah aus Deutschland*, MB, August (II) 1937, S.16-17; H.[einz] Gerling, „Der Jecke und der Jischuw“, MB v. 26.1.1940, S.3; Erich Krämer, *Entfremdete Brüder*, MB v. 5.4.1940, S.1-2; Nachwort zu einer Debatte, MB v. 10.4.1941, S.1.

<sup>431</sup> Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai (Februar 1943), Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943 [Beilage], S.1-6, hier: 1; siehe weiterhin dazu: *Die Forderungen der mitteleuropäischen Alijah*, MB v. 27.2.1942, S.1-2; Hans Tramer, *Kulturelle Einordnung*, MB v. 4.4.1941, S.2; Georg Landauer, *Alija Chadascha und ihre Kritiker*, MB v. 3.9.1943, S.1-2.

des resoluten Kampfes gegen alle Fremdsprachen oder doch vielmehr durch die in den 1920er Jahren vollzogene Institutionalisierung, das heißt, die Anerkennung als offizielle Landessprache und vor allem das – meist hebräisch ausgerichtete – autonome jüdische Schulwerk, das zumindest die Hebräisierung der zweiten Generation sicherstellte, sei dahingestellt.<sup>432</sup> Die während der Mandatszeit durchgeführten Umfragen, Erhebungen und Zensus zur Hebräisierungsrate im *Jischuw* bildeten aber eher das zionistische Wunschdenken als die sprachliche Realität ab. Beispielhaft soll hier nur die schon erwähnte *Histadruth*-Zählung aus dem Jahre 1937 erwähnt werden, in der fast 70 Prozent der höchstens vier Jahre im Lande weilenden deutschsprachigen Arbeiterschaft angaben, auf Hebräisch kommunizieren zu können; nur gut 13 Prozent konnten kein Hebräisch; bei den russischen Juden lag laut der Zählung die Hebräisierungsrate gar bei fast 100 Prozent. Ende der 1930er, Anfang der 1940er Jahre wurde öffentlich die Zahl von gut 100.000 nicht Hebräisch beherrschender Einwanderer kolportiert. Schoschana Persitz, Pädagogin und Vorsitzende des nationalen „Instituts für Sprache und Kultur“ schätzte dagegen in einem internen Memorandum aus dem Jahr 1943, dass etwa 300.000, also etwa die Hälfte der jüdischen Gesamtbevölkerung, das Hebräische nicht wirklich in Wort und Schrift beherrschten. Auch wenn diese Schätzung möglicherweise zu hoch war, sprach doch ein substanzieller Teil des *Jischuw* ungenügend oder gar nicht Hebräisch. Und sogar die, die bereits Hebräisch sprachen, nutzten vor allem in der privaten, aber auch in der öffentlichen Sphäre weiterhin auch andere Sprachen. Multilingualität war also das Schicksal des auf (Massen-)Einwanderung angewiesenen *Jischuw* und auch nach der Staatsgründung änderte sich daran nichts.<sup>433</sup> Zwar steht außer Zweifel, dass die deutschsprachige *Alijah* besondere Schwierigkeiten bei ihrer Hebräisierung und eine hohe Anhänglichkeit an ihre mitgebrachte Kultur hatte. Sie

---

<sup>432</sup> Siehe: Helman, *National Ideology*, S.381-382; Zohar Shavit, *Tel-Aviv Language Police*, in: Maoz Azaryahu/S. Ilan Troen (Hg.), *Tel-Aviv, the First Century. Visions, Designs, Actualities*, Bloomington 2012, S.191-211, hier: 192-193 [f. Shavit, *Language Police*]; Hobsbawm, *Nationen*, S.134-135; Schalom Ben-Chorin, *Sprache als Heimat*, in: ders., *Germania Hebraica*, Gerlingen 1982, S.33-49, hier: 37 [f. Ben-Chorin, *Sprache als Heimat*]; Du-Nour, *Sprachbewahrung*, S.210-215; Gideon Toury/Jacob Toury, *Namensänderungen deutschsprachiger Einwanderer in Palästina bis 1942*, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (1991), S.185-212, hier: 185-187; Margarete Turnowsky-Pinner, *Das palästinensische Schulwesen*, JR v. 24.1.1936, S.14-15; R. Bachi, *A statistical Analysis of the Revival of Hebrew in Israel*, in: *Scripta Hierosolymitana. Publications of the Hebrew University, Jerusalem*, Vol. 3 (1956), S.179-247, hier: 187.

<sup>433</sup> Siehe dazu: ebd., *passim*; *Die Arbeitereinwanderung aus Deutschland*, MB, Dezember (I) 1937, S.5-6; Rubin, *Alijah and the Politics*, S.88, *passim*; Shavit, *Vision*, S.111, *passim*; Helman, *National Ideology*, S.364, *passim*; Shavit, *Language Police*, *passim*; *Der Kongress für die Hebräisierung des Jischuw*, YH v. 1.11.1940, unpg.; Erel, *Wurzeln*, S.34-35; zur Person Persitz siehe: EJ, Vol., Vol. 15, S.792.

unterschied sich dadurch aber nicht substantiell von den anderen *Alijoth*, sodass es auch andere Gründe für den Ende der 1930er Jahre mit solcher Vehemenz ausbrechenden Kampf gegen die deutsche Sprache geben musste. Zu nennen wäre, dass das Deutsche als die Sprache Hitlers und – durch den Kriegsbeginn verstärkt – als die des Feindes des jüdischen Volkes galt.<sup>434</sup> Weiterhin die Binsenweisheit im *Jischuw*, dass die zuletzt Gekommenen immer auf Argwohn und Widerstand der Alteingesessenen trafen.<sup>435</sup> Auch wurde die Sprachenfrage als Mittel im Kampf gegen die unliebsame ökonomische Konkurrenz der Neuen instrumentalisiert. Besonders deutlich wurde dies bei einem der führenden Protagonisten des Kampfes gegen die deutsche Sprache, der hebräischen Presse.<sup>436</sup> Der damalige Zeitungsmarkt im jüdischen Palästina war äußerst hart umkämpft und hier insbesondere das Inseratengeschäft. Es existierten am Vorabend des II. Weltkrieges fünf – meist parteigebundene – hebräische Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von kaum mehr als 40.000 Exemplaren. Hinzu kam noch eine ganze Reihe von Wochenschriften.<sup>437</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die hektographierten deutschsprachigen Nachrichtenblätter, die Mitte der 1930er Jahre als mikroskopisch kleine Privatunternehmungen begannen, mit einer täglichen Gesamtauflage von wohl weit mehr als 10.000 Exemplaren zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten entwickelt. Insgesamt erschienen sechs dieser Blätter täglich morgens und nachmittags. Hinzu kam eine Vielzahl importierter deutschsprachiger Presseorgane.<sup>438</sup>

---

<sup>434</sup> Siehe dazu: Erel, Wurzeln, S.224; Das YH Tagebuch, YH v. 21.6.1940, S.12; Weise Selbstbeschränkung, MB v. 14.6.1940, S.6; Michael Dak, Israelis aus Not: Über die unsanfte Landung im Lande der Verheißung, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.125-131, hier: 127; Ben-Chorin, *Sprache als Heimat*, S.37; Hebräische Woche, MB v. 2.2.1940, S.2.

<sup>435</sup> Siehe dazu: Verantwortung! Die deutschen Olim im Kampfe des Jischuw, MB, Juli (I) 1939, S.1-3; Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: ESC, S.16-17.

<sup>436</sup> Siehe dazu: C.[eskel] Z.[wi] Klötzel, Das „Antijeckentum“, MB v. 3.10.1941, S.6; Hillel Hugo Schachtel, „Parteipolitik“?, MB v. 13.9.1940, S.3; Tel-Avivikus, Die Angriffe gegen Dr. Markus, MB v. 29.11.1940, S.5; Der Sündenbock, YH v. 10.10.1941, S.11; Das Mitteilungsblatt, MB [undatiert, zweite Aprilhälfte 1939], S.1-2.

<sup>437</sup> Siehe dazu: Yosef Gorny, *The Jewish Press and the Holocaust, 1939-1945. Palestine, Britain, the United States, and the Soviet Union*, New York u.a. 2012, S.3 [f. Gorny, *Jewish Press*]; Manfred Geis, *Die hebräische Presse auf der Anklagebank*, JWR v. 20.03.1939, S.6; Robert Weltsch, *Palästinas Zeitungswelt*, Aufbau v. 18.10.1940, S.17; Burger, *Auseinandersetzung*, S.328; Ilana Nowatzky-Bendet, *Nazi Germany's War Threat as depicted by the Hebrew Press in Palestine 1933-1939*, in: Michael Nagel/Eleonore Lappin (Hg.), *Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen*, Bd. II, Bremen 2008, S.179-189; David Witzthum, *Deutsche Presse in hebräischer Sprache: Drei Wenden und ihre Bedeutung*, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.287-294, hier: 287-288.

<sup>438</sup> Siehe dazu: ebd., S.288; James Yaakov Rosenthal, *Fünzig Jahre deutsche Presse in Israel*, MB v. 17.9.1982, S.8-10; Annette Haller, *Germania Judaica. Die Geschichte einer Erwerbung*, in: Jeanette Krymalowski (Hg.) *Hier und Jetzt. Bilder und Texte vom jüdischen Leben in Köln*, Köln 1999, unpaginiert; *Der Sündenbock*, YH v. 10.10.1941, S.11; Wormann, *Kulturelle Probleme*, S.305-306.

Das Fass zum Überlaufen brachte nun die Herausgabe der *JWR*. Wie schon erwähnt, sollte nach dem Verbot der *JR* die *JWR* als Ersatzorgan die Verbindung unter den deutschlesenden Juden der Diaspora aufrechterhalten und sie mit *Erez Israel* verbinden; das Blatt sollte als ihr Willensbildungs- und Erziehungsorgan dienen und den Zusammenhalt und die Selbstbehauptungskräfte unter ihnen stärken – so der weitreichende Konsens innerhalb des deutsch-zionistischen Establishments.<sup>439</sup> Das finanzielle Fundament des auf privatwirtschaftlicher Ebene angesiedelten Projektes sollte nach dem Willen der Herausgeber allerdings in *Erez Israel* gelegt werden. Das *MB* sollte als Lokalausgabe der *JWR* umgestaltet werden. Entgegen der Abmachungen mit der *Sochnuth*, die das Projekt stillschweigend dulden wollte, wurde die erste Nummer vom 10. März 1939 nicht nur teils in *Erez Israel* gedruckt, sondern kam dort auch in den freien Verkauf. Diese offensichtlich im Alleingang vom damaligen Chefredakteur des Blattes, Robert Weltsch\*, entschiedene Umgehung der Abmachungen traf sogar auf deutsch-zionistischer Seite auf entschiedene Kritik.<sup>440</sup> Das Potenzial der als Wochenausgabe konzipierten *JWR* forderte die hebräische Presse dann zum Kampf heraus; das *MB* hatte etwa 6.000 Abonnenten, die *JR* vor ihrem Verbot allein in Palästina 6.-7.000 und für die Diaspora wurde von Weltsch\* mit einer Abonnentenzahl von 5.-10.000 gerechnet – zum Vergleich, die auflagenstärkste hebräische Tageszeitung *Dawar* hatte täglich etwa 15.000 Leser, gefolgt vom *Haarez* mit circa 11.000.<sup>441</sup>

Die hebräische Presse protestierte zwar einhellig gegen die Herausgabe der *JWR*, aber insbesondere die bürgerlichen hebräischen Presseorgane und allen voran der *Haarez* taten sich bei den folgenden Auseinandersetzungen hervor. Ihr offensichtliches Ziel war, der *JWR* die ökonomische Grundlage zu entziehen; sie gingen daher neben der Mobilisierung der Öffentlichkeit vor allem gegen die Inserenten der *JWR* und gegen das Blatt vertreibende Kioskbetreiber und Zeitungsverkäufer mit Boykottandrohungen vor.<sup>442</sup> Derselbe *Haarez*, der nun für die Ehre und Durchsetzung des Hebräischen kämpfte, wollte aber gut ein Jahr zuvor

---

<sup>439</sup> Siehe dazu: Burger, Auseinandersetzung, S.323-324; An unsere Leser, *JWR* v. 10.03.1939, S.1; Palästina und Diaspora, *JWR* v. 20.03.1939, S.3; „Erklärung des Freundeskreises der *JWR*“, undatiert [Ende März bis Ende April 1939], in: ZZA, A376/65; Richter, Das letzte Kapitel, S.30-32.

<sup>440</sup> Siehe dazu: ebd., S.26-30, 33-35; Burger, Auseinandersetzung, S.322-324.

<sup>441</sup> ebd., S.321 u. Fn. 10; Gorny, Jewish Press, S.3; Robert Weltsch an Rudolf Levy v. 20.02.1939, in: RWC, Box 2, Folder 26; Robert Weltsch an Reinhold Herz v. 21.05.1939, in: ebd.; Joachim Prinz an Robert Weltsch v. 7.1. u. 13.1.1939, in: ebd., Folder 27; Robert Weltsch an Joachim Prinz v. 2.2.1939, in: ebd.

<sup>442</sup> Siehe dazu: Felix Schnebalg an Salmann Schocken v. 12.3.1939, in: ZZA, A376/65; I.[saiah] Klinow an Salmann Schocken v. 12.3.1939, in: ebd.; Felix Schnebalg an Salmann Schocken v. 19.3.1939, in: ebd.; „Erklärung des Freundeskreises der *JWR*“, undatiert [Ende März bis Ende April 1939], in: ebd.; Burger, Auseinandersetzung, S.324-325, 328-329.

die Herausgabe des *MB* übernehmen, es zu einer Wochenschrift ausbauen und inhaltlich erweitern. Er gab auch das Periodikum des Synagogenvereins *Ichud Schiwath Zion* in deutscher Sprache heraus und hatte wohl kurzzeitig sogar die Herausgabe der *JWR* erwogen; und er zeigte auch lebhaftes Interesse, nach der erhofften Einstellung des deutschsprachigen Nachrichtenblattes *Blumenthal's Neuste Nachrichten (BNN)* dessen Geschäft und vor allem dessen Abonnenten und Inserenten zu übernehmen. Auch wenn sicher kulturpolitische Erwägungen eine Rolle spielten, war doch Blumenfelds\* Resümee über den Kampf gegen die *JWR*, das fast alle führenden Aktivisten der *HOGOIA* so unterschrieben, überaus treffend: „In dem Kampf, den die hebräische Presse führt, wird der Schwerpunkt auf die Frage der Inserate gelegt. Man sagt Hebräisch und meint Geschäft.“<sup>443</sup> Die hebräische Presse trug den Sieg davon; die *HOGOIA* unterwarf sich den Anweisungen der zionistischen Führungsinstanzen, die faktisch dem Projekt die ökonomische Basis entzogen. Die *JWR* musste fortan in Paris gedruckt, versandt und vom *MB* wieder separiert werden. Ab Dezember 1939 durfte das Blatt dann zwar in Jerusalem gedruckt werden, da die Herausgabe in Paris kriegsbedingt unmöglich wurde, aber in *Erez Israel* selbst nicht vertrieben werden. Ohne den palästinensischen Zeitungsmarkt konnte sich das defizitäre Blatt aber nicht halten und das Erscheinen wurde im August 1940 endgültig eingestellt.<sup>444</sup>

Die hebräische Presse traf im Frühjahr 1939 allerdings untereinander die Vereinbarung, nun den Kampf gegen alle deutschsprachige Presseerzeugnisse mit langem Atem aufzunehmen. Mit dem von ihr im Sommer 1939 begründeten Gremium namens *Waad Haziburi Lehaganath Halaschon Haiwrith*, dem außer den hebräischen Presseorganen unter anderem noch der Lehrer- und der Schriftstellerverband angehörten, kämpfte sie in den folgenden Jahren für das Verbot der deutschsprachigen Nachrichtenblätter.<sup>445</sup> Doch dies war leichter gesagt als getan. Die zionistischen Instanzen besaßen dafür nicht die Exekutivgewalt und die britische Verwaltung hatte mit Kriegsbeginn gesteigertes Interesse am Erscheinen der

---

<sup>443</sup> [Kurt Blumenfeld] an Prof. Dr. [Siegfried] Rosenbaum v. 27.4.1939, in: ZZA, A222/127; Siehe weiterhin: Robert Weltsch an [Siegfried] Moses v. 11.12.1938, in: ZZA, A376/65; „Erklärung des Freundeskreises der *JWR*“, undatiert [Ende März bis Ende April 1939], in: ebd.; [Max] Kreuzberger an Gustav Schocken v. 14.12.1937, in: ZZA, A222/128; Unser „wahres Gesicht“, *YH* v. 21.2.1941, unpg.; Burger, Auseinandersetzung, S.328.

<sup>444</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOIA*] v. 4.5.1939, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOIA*] v. 18.1.1940, in: ZZA, S7/924; Richter, Das letzte Kapitel, S.35-37.

<sup>445</sup> Siehe dazu: Gedruckte deutschsprachige Zeitung im Lande?, *YH* v. 3.1.1940, unpg.; Felix Schnebalg an Salmann Schocken v. 12.3.1939, in: ZZA, A376/65; Felix Schnebalg an Salmann Schocken v. 19.3.1939, in: ebd.; Der Kampf der hebräischen Presse, *YH* v. 31.3.1939, unpg.; Um die Herrschaft der hebräischen Sprache, *YH* v. 23.10.1940, unpg.; „Haarez“ und der Sprachenkampf, *YH* v. 7.2.1941, unpg.

Nachrichtenblätter, um so auch die Information der deutschsprachigen Einwanderer gewährleisten zu können.<sup>446</sup>

Schließlich machten der *Waad Leumi* und die *Sochnuth* die Liquidierung der Nachrichtenblätter Ende 1940 zur Chefsache. Im Zuge eines Kongresses für die Hebräisierung des *Jischuw* begründeten sie ein prominent besetztes Komitee zur Durchsetzung der hebräischen Sprache namens Moazah Lehaschlatath Hasafah Haiwrith. Auf deren Wunsch fungierte nun die *HOGOA* als Vermittlerin zwischen dem Komitee und den Herausgebern der Nachrichtenblätter.<sup>447</sup> In den sich nun etappenweise über fast drei Jahre hinziehenden Verhandlungen gab es verschiedene Lösungsansätze. Die Blätter selbst boten ihre Umgestaltung zu zweisprachigen Periodika mit einem Hebräisch-Anteil von 40 beziehungsweise 50 Prozent an und gleichzeitig den Verzicht auf jegliche Stellungnahmen zu innenpolitischen Fragen. Ein zweiter Ansatz war, den Konzentrationsprozess der Nachrichtenblätter, der kriegsbedingt schon eingesetzt hatte, zu vollenden und nur noch ein, dann zweisprachiges Tagesblatt im *Jischuw* zuzulassen. Dem Komitee gemäß sollte die *HOGOA* die Herausgabe dann übernehmen.<sup>448</sup> Hier trat die schwierige Situation der *Hitachduth* offen zutage. Mit der eigenen Herausgabe eines Tagesblattes waren unüberschaubare finanzielle Risiken verbunden und vor allem wäre die *Hitachduth* dann noch mehr ins Zentrum des Konfliktes gerückt. In ihrer Führung gab es darüber hinaus unterschiedliche Auffassungen über die einzuschlagende Schärfe im Kampf gegen die Nachrichtenblätter. Der Minimalkonsens in ihren Reihen lautete nur, die deutschsprachige Presse als notwendiges Übel für eine gewisse Übergangszeit anzuerkennen; denn die vielen nicht oder nur wenig Hebräisch Sprechenden ohne Information und Führung zu lassen, sei keine Option.<sup>449</sup>

---

<sup>446</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an die *HOGOA*, undatiert [14.6.1942], in: ZZA, S7/2008; Die deutsch-hebräische Tageszeitung, MB v. 9.2.1940, S.2; James Yaakov Rosenthal, Fünfzig Jahre deutsche Presse in Israel, MB v. 17.9.1982, S.8-10.

<sup>447</sup> Siehe dazu: Der Kongress für die Hebräisierung des *Jischuw*, YH v. 1.11.1940, unpg.; M.[ax] K.[reutzberger], Drei Bemerkungen, MB v. 6.12.1940, S.4-5; Die Sorge um das Hebräische, MB v. 14.2.1941, S.3-4; Durchsetzung des Hebräischen, MB v. 14.1.1942, S.2; Beschlussprotokoll der Sitzung des Merkas [d. *HOGOA*] v. 6.2.1941, in: ZZA, S7/924.

<sup>448</sup> Siehe dazu: Nochmals die Sprachenfrage, MB v. 10.12.1941, S.4; James Yaakov Rosenthal, Fünfzig Jahre deutsche Presse in Israel, MB v. 17.9.1982, S.8-10; Georg Landauer an *Hitachduth Olej Germania* v. 10.3.1941, in: ZZA, S7/921; M.[ax] Kreutzberger, Notiz über die Besprechung mit den deutschen Nachrichtenblättern am 28. Mai 1941, ausgefertigt am 4.6.1941, in: ZZA, S7/922; Beschlussprotokoll der Sitzung der Hanhalah [d. *HOGOA*] v. 7.5.1941, in: ebd.; [Protokoll d.] Hanhalah [-Sitzung d.] A.Ch. v. 15.4.1943, in: ZZA, J18/50; Nessiuth [-Sitzung d.] Alija Chadascha v. 18.3.1943, in: ebd.; Max Kreutzberger an die Herren F. Rosenblüth und Dr. S. Moses v. 2.5.1943, in: ZZA, J18/119; G.[eorg] Landauer an M.[ax] Kreutzberger v. 1.7.1941, in: ZZA, S7/921.

<sup>449</sup> Siehe dazu: ebd.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 28.12.1939, in: ZZA, S7/924; Beschlussprotokoll der Sitzung des Merkas [d. *HOGOA*] v. 6.2.1941, ebd.; Beschlussprotokoll der Sitzung der Hanhalah [d. *HOGOA*] v. 10.7.1941, in: ebd.; Kundgebung der *HOGOA*, MB v. 7.3.1941, S.2.



Ja sogar die radikalsten hebräischen Sprachfanatiker erkannten insgeheim wohl dieses Dilemma. Wenn es um die Wählergunst oder Spendengelder der deutschsprachigen *Alijah* ging, nutzten nämlich alle politischen Gruppierungen von rechts bis links die deutsche Sprache für ihre Zwecke; *Mapai* und *Cheruth* warben sogar noch in den 1950er Jahren auf Deutsch um Wähler.<sup>450</sup> Letztlich scheiterte das Unterfangen der Herausgabe eines Tagblattes; zwar übernahm die *HOGOIA* das wegen Boykott- und Terroraktionen eingestellte Nachrichtenblatt „Press-Echo“ im Sommer 1943 und integrierte es ins *MB*. Aber die *Jedioth Chadaschoth* verweigerte letztlich die Übernahme und verblieb – bis zu Wiederaussehen der *Yedioth Hayom* im Jahre 1944 – die einzige deutschsprachige Tageszeitung in *Erez Israel*.<sup>451</sup> Der Sturm um die Nachrichtenblätter legte sich in den folgenden Jahren; ob dies nun an deren Redaktionspolitik lag, in innenpolitischen Fragen äußerst vorsichtig und politisch neutral zu berichten und keinesfalls in den Ruf eines Unterstützers der *Alija Chadascha* zu kommen; oder aber eher der Einsicht der zionistischen Führung geschuldet war, dass sie einen Kampf gegen Windmühlen führe, bleibt dahingestellt. Jedenfalls verzeichnete der palästinensische Zeitungsmarkt in den ersten Nachkriegsjahren eine Anzahl neuer Nachrichtenblätter – nun allerdings in französischer, polnischer, jiddischer und ungarischer Sprache.<sup>452</sup>

Der Sprachenkampf hatte mit seiner politischen Dimension noch einen weiteren Aspekt aufzuweisen. Schon bei den Auseinandersetzungen um die Herausgabe der *JWR* wurde offensichtlich, dass die Gegner auch die erwartete politische Ausrichtung des Blattes und allgemeiner, die der *HOGOIA* und des deutschen Zionismus bekämpften.<sup>453</sup> In der dann Anfang der 1940er Jahre hitzig geführten Diskussion um die deutsche/deutschsprachige *Alijah* fußten die Vorwürfe ihrer Kritiker letztlich immer auf dem Argument ihrer nationalen

---

<sup>450</sup> Siehe dazu: Selbstemanzipation der neuen *Alijah*, *MB* v. 19.6.1942, S.1-2; Georg Landauer, *Alija Chadascha* und ihre Kritiker, *MB* v. 3.9.1943, S.2-3; Wahlen in *Bne Brak*, *MB* v. 3.9.1943, S.11; Uns fällt auf..., *MB* v. 23.6.1944, S.3; Inlandsnachrichten, *MB* v. 15.6.1945, S.4; Die Revisionisten entdecken die „Jeckes“, *MB* v. 25.10.1946, S.10; Neima Barzel, *The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945-1952*, in: *LBI Year-Book XXXIX (1994)*, S.271-301, hier: 288.

<sup>451</sup> Siehe: Zur Einstellung des *Press-Echo*, undatiert [August 1943], in: *ZZA*, J18/119; Vertrag zwischen *Bitaton Ltd.* und den Herren *Michaelis, Perl* und *Bauer*, undatiert [August-September 1943], in: ebd.; Protokoll der Sitzung in Jerusalem am 29.8.1943 bzgl. Erweiterung des Mitteilungsblattes, in: ebd.; [Protokoll d.] *Hanhalah* [-Sitzung d.] *Alija Chadascha* v. 8.9.1943, in: *ZZA*, J18/50.

<sup>452</sup> Siehe dazu: Fremdsprachige Presse, *MB* v. 29.10.1948, S.10.

<sup>453</sup> Siehe dazu: Die Öffentlichkeit wird den Verstoß der deutschen Zeitung von *Robert Weltsch* bekämpfen [Hebr.], *Haboker* v. 13.3.1939, S.1, 6; „Jüdische Welt-Rundschau“ [Hebr.], *Haboker* v. 14.3.1939, S.3; Das *YH* Tagebuch, *YH* v. 12.5.1939, unpg.; *M.[osche] Glückson*, Aus der Reihe unserer inneren Fragen [Hebr.], *Haarez* v. 20.3.1939, S.2; *Burger*, Auseinandersetzung, S.329-330; *I.[saiah] Klinow* an *Salmann Schocken* v. 12.3.1939, in: *ZZA*, A376/65.

Unzuverlässigkeit, die natürlich ihre politische Teilhabe ausschloss. Der Journalist Schalom Ben-Chorin beschrieb die Situation daher im September 1940 mit drastischen Worten: „Wir haben im Jischuw einen ausgewachsenen Antisemitismus – Tozereth-Haarez. [...] Während wir `Jekkes´ gewissermaßen die Juden des Jischuw sind (`Land- und Artfremde´ hieß das in einer nicht unvergessenen Terminologie) sind die Jemeniten die Neger des Jischuw.“<sup>454</sup> Die deutschen beziehungsweise deutschsprachigen Einwanderer seien als Assimilanten, Antizionisten und Flüchtlinge ins Land gekommen, einzig von Hitler getrieben, ohne jegliche nationale und zionistische Gesinnung und bar jeder Jüdischkeit. Und sogar die wenigen Zionisten unter ihnen trügen die zionistische Idee nicht im Herzen, sondern bedienten sich ihr aus materiellen Erwägungen – so einige Vorwürfe, die in der hebäischen Presse kolportiert wurden.<sup>455</sup> Aus diesem Kontext resultierten auch die Unterstellungen, die deutschsprachige *Alijah* warte nur auf den Augenblick, wieder in ihre alte Heimat zurückkehren zu können und komme daher auch der nationalen Pflicht der Annahme der palästinensischen Staatsbürgerschaft nicht nach.<sup>456</sup> Und wo sie zu Einfluss und Posten gekommen sei, wie an der Jerusalemer Universität, stelle das volksfremde und antinational eingestellte „deutsche Element“, wie es damals die Kritiker nannten, eine Gefahr für die nationale Entwicklung des *Jischuw* dar.<sup>457</sup> Hinzu kam der Vorwurf der landsmannschaftlichen Absonderung der deutschsprachigen *Alijah* vom restlichen *Jischuw*. Zwar fehlte es nicht an Stimmen aus dem osteuropäischen *Jischuw*, die ihr zur Seite standen und sie gegen die Angriffe verteidigten.<sup>458</sup> Aber fest steht ebenso, dass zumindest ein Teil der politischen Elite des *Jischuw* diese Vorwürfe auch transportierte und trefflich zwischen „Wir“ und „Sie“ unterschied.<sup>459</sup>

---

<sup>454</sup> Schalom Ben-Chorin, *Jischuw-„Risches“*, YH v. 27.9.1940, umpg.

<sup>455</sup> Siehe dazu: I.L. Baruch, *Über diejenigen, die uns entfremdet sind* [Hebr.], Haboker v. 9.2.1940, S.3-4; Awiwi, *Zionismus im Herzen und Zionismus als Beruf* [Hebr.], Haboker v. 20.2.1941, S.2; G.[ustav] Krojanker, *Ich klage an* [Hebr.], Haarez v. 16.3.1941, S.2; H. Rosenblum, *Zwischen zwei Bergen* [Hebr.], Haboker v. 25.4.1943, S.2; Zioni, *An die Aktivisten des deutschen Judentums in Erez Israel* [Hebr.], Hamaschkif v. 4.11.1943, S.2.

<sup>456</sup> Siehe dazu: ebd.; *Kundgebung der HOGOA*, MB v. 7.3.1941, S.2; *Die Hetze gegen den „Jäcken“*, MB v. 3.9.1943, S.9; *Geschmacklose Polemik*, MB v. 20.8.1943, S.8.

<sup>457</sup> Siehe dazu: H. Rosenblum, *Nebel auf dem Skopus* [Hebr.], Haboker v. 11.10.1940, S.2, 6; *Pressestimmen zur Landestagung der Alija Chadascha*, JC v. 5.10.1943, S.10; *Das „deutsche Element“ der Universität*, MB v. 8.8.1941, S.2; *Um die Meinungsfreiheit*, MB v. 26.12.1941, S.2; *Für innere Freiheit*, MB v. 13.2.1942, S.1.

<sup>458</sup> Siehe dazu: Avigdor Hameiri, *Der „Jecke“ und der Jischuw*, MB v. 19.1.1940, S.2; A.[scher] Beilin, *Unsere Jecken* [Hebr.], Dawar v. 12.9.1941, S.2-3; Leon Roth, *Zu diesen Wahlen*, MB v. 21.7.1944, S.1; *Ein Vorschlag zur Güte*, YH v. 28.3.1941, S.16.

<sup>459</sup> Siehe dazu: Ben Gurions Programm, MB v. 14.3.1941, S.1; Jewish Agency und Neue Alijah, BNN v. 18.9.1942, S.10; *Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai* (Februar 1943), *Informationsblatt der Alija Chadascha* v. 4.4.1943 [Beilage], S.1-6; Hans Kaufmann, *Amiel contra Herzl*, MB v. 18.12.1942, S.3; Rabbi Meir Berlin über den Sprachenkampf in Palästina, *Informationsblatt der Alijah Chadascha* v. 14.7.1943, S.5-6; Weiss, *„Ostjudentum“*, S.150-151.

Sicherlich lag den Vorwürfen und Unterstellungen ein Quäntchen Wahrheit zu Grunde. Gerade unter den im Zuge der *Flüchtlingsalijah* zuletzt eingetroffenen Einwanderern aus Mitteleuropa herrschten große Unzufriedenheit und Absonderungstendenzen. Das traf aber auch auf zuletzt Gekommene anderer Landsmannschaften zu.<sup>460</sup> Die nackten Zahlen über die Weiterwanderungsrate und Naturalisation deutscher Juden bestätigten allerdings die Vorwürfe nicht. Im Gegenteil wies die Statistik über die Einbürgerungen der zwischen 1934 und 1940 ins Land gekommenen *Olim* für die deutsche *Alijah* mit über 70 Prozent die bei weitem höchste Rate aller *Alijoth* auf.<sup>461</sup> Dass die *HOGOA* sich landsmannschaftlich organisierte und allgemeiner, dass unter den deutschsprachigen Einwanderern entgegen der zionistischen Homogenitätsforderung jeweils landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühle existierten, steht auch außer Frage. Aber das landsmannschaftliche Prinzip war trotz aller Ideologie allgemein ein Strukturmerkmal im *Jischuw*. Wie sollte es nach 2000jährigem Diasporadasein, in dem trotz des Gefühls der ideellen Einheit zwischen den weltweit zerstreuten jüdischen Gemeinschaften die *Kehillah* und regionale Kontexte die entscheidenden Fixpunkte jüdischen Daseins darstellten, auch anders sein. Und die Realität der ersten Einwanderergeneration in *Erez Israel* stellte sich so dar, wie Zuckermann treffend ausführte, „dass es zwischen einem Juden, der etwa irakischer Händler in Bagdad und einem Juden, der polnischer Fuhrmann im *stetl* in Osteuropa war und einem Juden, der ein Schuster in einem kleinen Dörfchen in Jemen war, kaum Beziehungen gegeben hat – weder kulturelle, noch ökonomische, noch politische, noch in den Mentalitäten.“<sup>462</sup>

Die Unterstellung, die deutsche *Alijah* setzte sich vor allem aus Assimilanten und Antizionisten zusammen, scheint auch weit an der Realität vorbeigegangen zu sein. Generell geht die Forschung von einem sehr geringen Anteil von Zionisten unter den Juden in der Weimarer Republik aus; die prozentualen Angaben differieren zwischen drei und fünf Prozent, nur

---

<sup>460</sup> Siehe dazu: Sünden gegen Einwanderer, MB v. 28.2.1941, S.2; Festung Nazi-Deutschland im Sturmangriff von Ost und West, MB v. 1.9.1944, S.1-2; Verlorene Zertifikate?, MB v. 20.7.1945, S.4; Steffen, Jüdische Polonität, S.372-373; Franz Meyer, Drei Schichten, MB v. 8.11.1940, S.4.

<sup>461</sup> Siehe dazu: Notizen der Woche, MB v. 14. Juli 1944, S.1-2; Einwanderung und Auswanderung, MB v. 27.6.1941, S.3.

<sup>462</sup> Mosche Zuckermann, Der Staat Israel und seine Nachbarn, in: Alte Synagoge (Hg.), Status: Quo? 50 Jahre Staat Israel, S.35-47, hier: 37-38; siehe weiterhin: Hecht, Hitachdut, S.33; Porat, Stars of David, S.65; Jacob Katz, Tradition und Krise. Der Weg der jüdischen Gesellschaft in die Moderne, München 2002, S.83-135; F.[itz] Tauber, Doppelte Loyalität, MB v. 3.9.1943, S.10; h.g., Endlich Wahlen in Jerusalem, MB v. 15.12.1944, S.7; Sonja Gottgetreu, Zum Thema „Jäcke“, MB v. 10.10.1941, S.4; Gred Sallis-Freudenthal, Frauenfragen aus der Kleinstadt, MB v. 7.3.1941, S.3; Gay, German Jews, S.571-572; Anat Helman, Hues of Adjustment: „Landsmanschaftn“ in Inter-War New York and Tel Aviv, in: Jewish History, Vol. 20, No. 1 (2006), S.41-67.

Jehuda Bauer beziffert ihren Anteil auf 20 Prozent.<sup>463</sup> Für die erstgenannten Schätzungen wurden wohl als Kriterium die Zahl der *Schekel*-Zahler in Deutschland herangezogen.<sup>464</sup> Nun entsprach deren Zahl weder dem tatsächlichen Mitgliederbestand der *ZVfD*, noch berücksichtigte diese Rechnung die Tausenden Juden in Deutschland, die außerhalb des *WZO*-Rahmens in anderen nationaljüdisch oder zionistisch gesinnten Organisationen organisiert waren.<sup>465</sup> Vielmehr kann der einfache Rückschluss von den *Schekel*-Ergebnissen auf den Grad der Zionisierung einer jüdischen Gemeinschaft zu Fehlinterpretationen führen. In den Kongressperioden 1934/1935 und 1936/1937 wurden in Deutschland beispielsweise insgesamt je 100.863 beziehungsweise 91.602 *Schekel* vertrieben. Prozentual auf die damalige jüdische Gesamtbevölkerung gesehen, könnte man nämlich sonst zum Schluss kommen, dass in der zu diesem Zeitpunkt schon stark überalterten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, aus der bereits etwa 40.000 Juden allein nach *Erez Israel* immigriert waren, das wahre Herz der zionistischen Bewegung schlug und nicht in Polen oder gar *Erez Israel*.<sup>466</sup>

Über die Zahl der Zionisten innerhalb der verschiedenen *Alijoth* vor der Staatsgründung Israels existieren keine gesicherten Statistiken. Mehrheitlich geht die wissenschaftliche Forschung allerdings davon aus, dass unter den Einwanderern aus Deutschland Zionisten eine (kleine) Minderheit darstellten. Interessanterweise tendierte – allerdings nur in den Anfangsjahren – auch die *HOG* zu dieser Sicht.<sup>467</sup> Wenigstens annäherungsweise kann aber die Zahl der zionistisch beeinflussten *Olim* für die Zeit zwischen 1932 und Ende 1938 ermittelt werden. Deutschland erhielt laut Halamish in dieser Zeitspanne insgesamt 11.232 *C-Zertifikate*, deren Erhalt in aller Regel mit der Zugehörigkeit zum *Hechaluz* und/oder zu einer Kongresspartei verbunden war. Hinzu kamen etwa 3.000 Mitglieder der *Jugend-Alijah*, die auch zionistisch

---

<sup>463</sup> Siehe dazu: Hagit Lavsky, Die Besonderheit des deutschen Zionismus, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jekkes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.72-76, hier: 74; Yehuda Bauer, *Jüdische Reaktionen auf den Holocaust*, Berlin 2012, S.9 [f. Bauer, Reaktionen]; Feilchenfeld, *Haavara-Transfer*, S.109; Teichert, *Chasak*, S.57-58.

<sup>464</sup> Siehe dazu: ebd., S.57; Poppel, *Zionism*, Table 3 [S.176-177]; Lavsky, *Before Catastrophe*, S.33-34; Erel, *Wurzeln*, S.13.

<sup>465</sup> Siehe dazu: Daniel Wildmann, *Der veränderbare Körper. Jüdische Turner, Männlichkeit und das Wiedergewinnen von Geschichte in Deutschland um 1900*, London/Tübingen 2009, S.25-26; Saß, *Mizrekch-Yid*, S.288; Bericht, XXV. Delegiertentag, 61-62, passim; Jutta Hetkamp, *Die jüdische Jugendbewegung in Deutschland von 1913-1933*, Münster/Hamburg 1994, S.67-68; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.19.

<sup>466</sup> Siehe dazu: ebd., S.21; Zum Ergebnis der Schekelaktion, JR v. 30.7.1937, S.2; 460 Delegierte, JR v. 13.8.1935, S.2; *Labour receives half of Zionist Votes*, *Palestine Post* v. 9.7.1937, S.3; Michael Traub, *Die jüdische Auswanderung aus Deutschland*, JR v. 21.8.1936, S.3; Report to the XXth Zionist Congress, S.17.

<sup>467</sup> Siehe dazu: Gelber, *Deutsch-jüdische Identität*, S.265; Segev, *siebte Million*, S.51; Alijah Chadaschah als politischer Faktor, MB v. 13.11.1942, S.1-2; Fritz Löwenstein, *Emigranten und Olim*, MB, November (II) 1934, S.9-11.

geschult wurden. Allein bis Ende 1935 wanderten weiterhin mehr als 7.000 *Watikim* der *ZVfD* mit ihren Familien wohl größtenteils mittels *AI-Zertifikaten* ein. Für die über *D-Zertifikate* eingewanderten Eltern und nahen Verwandten von bereits in Palästina ansässigen Juden aus Deutschland kann zwar keine Aussage getroffen werden, aber auch unter ihnen befanden sich mit Sicherheit dem zionistischen Gedanken nahestehende Einwanderer. Schließlich entschieden sich sogar die mittels *AI-Zertifikate* einwandernden Nichtzionisten in den ersten zwei bis drei Jahren bewusst und aus freien Stücken für Palästina als Neuanfang, da ihnen zu diesem Zeitpunkt auch noch andere Einwanderungsländer offenstanden. Wohl wäre daher Simons\* Einschätzung wenigstens bis zum Beginn der *Flüchtlingsalijah* 1938 zuzustimmen: „unter den Auswanderern aus Deutschland waren zum mindesten in der ersten Zeit die Zionisten in der Mehrheit.“<sup>468</sup> Trotzdem waren natürlich die deutschen *Olim* Flüchtlinge. Erst die *NS-Verfolgungspolitik* gab für Zionisten wie Nichtzionisten den (entscheidenden) Anstoß zur *Alijah*. Darin unterschied sie sich aber nicht von den vorangegangenen Einwanderungswellen. Ob nun die erste *Alijah*, die nach einer Pogromwelle in den Jahren 1881-1882 im zaristischen Russland einsetzte, oder die zweite und dritte, die ebenfalls durch Pogrome und Verfolgung motiviert waren. Sogar unter der bis heute mythologisierten zweiten *Alijah* waren Idealisten wohl in der Minderheit, die auch die Ersten waren, die das Land enttäuscht wieder verließen. Das gleiche Bild zeigte sich auch bei der idealistisch motivierten *Alijah* deutscher *Chaluzim* in den 1920er Jahren. Von geschätzten knapp 1.000 *Olim* kehrten bis zu 45 Prozent wieder nach Deutschland zurück.<sup>469</sup>

Zweifellos gestaltete sich die Integration der aus Mitteleuropa stammenden Juden in den *Jischuw* als besonders schwierig, und sie hatten Anfang der 1940er Jahre noch nicht recht ihren Platz in ihm gefunden. Gleichwohl entsteht der Eindruck, als ob ihre Kritiker mit zweierlei Maß maßen. Erstaunlich war dabei, mit welcher Vehemenz die Diskussion über mehrere Jahre

---

<sup>468</sup> Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: ESC, S.8; siehe weiterhin: Halamish, A new Look, S.63-64, Table I [S.73]; Das Werk der Jugend-Alija, JR v. 6.9.1938, S.6; Gerhard Holdheim, Mitteleuropäischer Jischuw und Zionismus, MB v. 7.1.1944, S.3; Bericht, XXV. Delegiertentag, S.62; David Jünger, Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933-1938, Göttingen/Bristol 2016, S.59 [f. Jünger, Jahre der Ungewissheit].

<sup>469</sup> Siehe dazu: Deutsches Chaluziuth, JSt, Jg. 27, H 4/5 (1930), S.4-5; Gur Alroey, The Jewish Emigration from Palestine in early Twentieth Century, in: Journal of Jewish Studies, Vol. 2, H 2 (2003), S.111-131 [f. Alroey, Emigration]; Shulamit Volkov, The „Kristallnacht“ in Context. A View from Palestine, in: LBI Year-Book XXXV (1990), S.279-295, hier: 282-283 [f. Volkov, „Kristallnacht“]; Simon Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart. Band X, Berlin 1929, S.119-172, 368-405, 525-530; Stephan Lehnstaedt, Der vergessene Sieg. Der polnisch-sowjetische Krieg 1919-1921 und die Entstehung des modernen Osteuropas, München 2020, S.97-113.

andauerte; schließlich befand sich der *Jischuw* im Krieg und gerade in den ersten drei Kriegsjahren in einer umfassenden Krise. Wohl nicht ganz zufällig brach der Sturm in dem Augenblick los, als die neue *Alijah* und die *HOGOA* im Besonderen sich anschickte, politische Partizipationsrechte einzufordern; und spätestens mit Veröffentlichung des Notstandsprogramms der *HOGOA* wurde jedem klar, dass sie politisch neue Wege im *Jischuw* beschreiten wollte. Nur selten sprachen die Kritiker zwar so offen wie der Autor Zioni im *Hamaschkif* im November 1943 aus, dass sich die deutschen Juden aus den politischen Angelegenheiten des *Jischuw* und des jüdischen Volkes herauszuhalten hätten.<sup>470</sup> Aber die ganze Debatte erweckte doch den Eindruck, als ob die hebräische Presse die Zulassung der Neuen zum *Jischuw* und Erteilung ihrer Bürgerrechte abwog. Sogar seit Jahrzehnten aktive deutsche Zionisten wie Krojanker\* sahen in der Debatte zunehmend den Ausdruck einer rein triebhaften „Abneigung, die in weiten Kreisen des *Jischuw* gegen die Einwanderer aus Deutschland besteht (eine Abneigung, die natürlich gar nichts mit ihrem mangelhaften Hebräisch zu tun hat, sondern sich dieses Mangels nur als einer gern gehandhabten Waffe bedient).“<sup>471</sup> Die Auseinandersetzungen stärkten daher das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl unter wesentlichen Teilen der deutschen Juden. Dieses Zugehörigkeitsgefühl traf sicherlich in weit geringerem Maße auf die anderen (teils) deutschsprachigen Einwanderer aus Mitteleuropa zu. Umgekehrt galt dies wohl auch für den osteuropäisch geprägten *Jischuw*, der knapp 60 Prozent des gesamten *Jischuw* ausmachte, für den – gewollt oder ungewollt – die deutschen/deutschsprachigen Juden zumindest partiell nun als negative Integrationsfiguren dienten.<sup>472</sup> Vor allem der Fanatismus und die Drohungen mit Gewalt im Sprachenkampf, die bei nicht wenigen deutschen Juden Assoziationen an NS-Erfahrungen weckten, verstärkten die schon vorhandenen Segregationstendenzen unter ihnen. Und wie im Folgenden aufgezeigt wird, blieb es nicht nur bei Gewaltandrohungen.<sup>473</sup>

---

<sup>470</sup> Siehe: Zioni, An die Aktivisten des deutschen Judentums in Erez Israel [Hebr.], *Hamaschkif* v. 4.11.1943, S.2.

<sup>471</sup> Gustav Krojanker, Der „Überhebräer“, MB v. 14.3.1941, S.6.

<sup>472</sup> Siehe dazu: Sofer, *Diplomacy*, S.16.

<sup>473</sup> Siehe dazu: Gustav Krojanker, Der „Überhebräer“, MB v. 14.3.1941, S.6; Unsere hebräischen Probleme, MB v. 7.2.1941, S.3; Zur Debatte über das Hebräische, MB v. 7.3.1941, S.2; Weise Selbstbeschränkung, MB v. 14.6.1940, S.6; Alexander Zak, Kampf um Hebräisch, MB v. 24.1.1941, S.2.

## Militanz und Wahlen

Anfang der 1940er Jahre war im *Jischuw* die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von Interessen und Zielen keine absolute Seltenheit. Insbesondere in den Reihen linker und rechter politischen Gruppierungen trat sie gelegentlich auf.<sup>474</sup> Zu Gewaltandrohungen und tatsächlichen Taten kam es auch bei der Durchsetzung der (freiwilligen) Zahlungen an den *Kofer Hajischuw* und anderen Fonds und gegen so genannte Drückeberger beim *Gijus*.<sup>475</sup> *Etsel* und die *Stern-Gang* griffen zu ihrer Finanzierung auf Banküberfälle und Schutzgelderpressungen zurück. Dabei wurde auch gegen besonders renitente Zahlungsverweigerer schon einmal „Überzeugungsarbeit“ mittels Bombenanschlägen geleistet.<sup>476</sup> Die letztgenannte paramilitärische Untergrundorganisation ließ Anfang 1942 auch den bewaffneten antibritischen Kampf wieder aufleben. Bis zu ihrer (vorläufigen) Zerschlagung einige Monate später durch britische Polizeikräfte fanden mehrere Menschen bei ihren Terroraktionen den Tod.<sup>477</sup> Außerhalb der politischen Sphäre trat Gewalt ebenso auf, ob nun durch religiöse Eiferer oder aber durch „Tugendwächter“, die interkulturellen sexuellen Beziehungen den Kampf ansagten.<sup>478</sup>

Bereits kurz nach Beginn der Masseneinwanderung aus Deutschland kam es vereinzelt zu militanten Aktionen gegen die deutsche *Alijah*. Ausdruck davon waren Drohungen, Boykottaufrufe bis hin zu offener Gewalt gegen sie oder ihr Eigentum.<sup>479</sup> Doch seinen Höhepunkt erreichte dieser Konflikt erst während des Krieges. Die gewalttätigen Aktionen

---

<sup>474</sup> Siehe: Überfall auf den Sekretär der Jewish Agency, YH v. 8.1.1941, unpg.; Überfall auf einen Beamten der Sochnuth, YH v. 12.8.1941, unpg.; Zu einem Zwischenfall, YH v. 25.1.1940, unpg.; Heller, Stern Gang, S.97-98.

<sup>475</sup> Siehe dazu: Die Leitung der Notstand-Steuer bedauert Gewalt-Androhungen, YH v. 8.1.1941, unpg.; Schwere Strafen, YH v. 21.2.1940, unpg.; Stimmungsbild aus einer Moschawah, Herzliah v. 23.7.1941, in: ZZA, S7/921; Waad Leumi gegen Terror-Anwendung bei der Mobilisierungsaktion, YH v. 15.10.1941, unpg.; Terrorisierung von Drückebergern ungesetzlich, BNN v. 25.1.1943, unpg.

<sup>476</sup> Siehe dazu: Raubüberfall auf eine Filiale der Anglo-Palestinebank in Tel Aviv, YH v. 17.9.1940, unpg.; Erich Kwilecki an [Georg] Landauer v. 26.7.1941, in: ZZA, S7/921; Aktennotiz v. 8.8.1941, in: ebd.; Unsere Gangster, BNN v. 16.1.1942, unpg.; Bomben-Explosion in Pet.-Tikwah, YH v. 14.7.1941, unpg.; Protest d. Petach-Tikwaer Stadtverwaltung gegen Terrorakte, YH v. 12.8.1941, unpg.

<sup>477</sup> Siehe dazu: Die Razzia gegen die Stern-Gruppe, BNN v. 29.1.1942, unpg.; Der Tel Aviver Bankraub und Doppelmord, BNN v. 26.1.1942, unpg.; Bomben-Explosion in Tel Aviv, BNN v. 21.1.1942, unpg.; Düstere Nachlese oder düsterer Auftakt, BNN v. 8.5.1942, S. ?; Arie Perliger/Leonard Weinberg, Jewish Self-Defence and Terrorist Groups prior to the Establishment of the State of Israel. Roots and Traditions, in: Totalitarian Movements and Political Religions, Vol. 4, No. 3 (2003), S. 91–118, hier: 108-109; Heller, Stern Gang, S.96-100.

<sup>478</sup> Siehe dazu: Zwei Organisationen zur Wahrung der Schabbatruhe, JC v. 14.3.1943, unpg.; Der Ausschuss für Wahrung der jüdischen Frauenehre, BNN v. 14.5.1942, unpg.; Notizen der Woche, MB v. 10.9.1943, S.1-2; Waad Leumi gegen Terror, MB v. 24.9.1943, S.2; Kraft, Aschkenas, S.144.

<sup>479</sup> Siehe dazu: Protokoll der Vorstandssitzung der H.O.G. Jerusalem v. 16.[?].1935 [Ende 1935], in: ZZA, S7/117; Gred Sallis-Freudenthal, Der Weg der Verwurzelung, MB v. 21.8.1942, S.4-5; Gedruckte deutschsprachige Zeitung im Lande?, YH v. 3.1.1940, unpg.; H.[einz] Gerling, Nach den Wahlen, MB, Januar (I) 1936, S.8-10; Edelmann-Ohler/Kilcher, Deutsche Sprachkultur, S.68-69.

geschahen meist im Verfolg erregter Debatten um die Hebräisierung des *Jischuw*, die begleitet wurden von scharfen Angriffen der hebräischen Presse gegen die unliebsame Konkurrenz der Nachrichtenblätter. Für das Jahr 1940 waren drei Brandanschläge auf die Redaktionsräume dieser Blätter zu verzeichnen. Anfang 1941 erfolgte ein Brandanschlag auf das Büro des Nachrichtenblattes „Tamzit Itonejnu“. Einige Wochen später misslangen Brandstiftungsversuche in der Redaktion und der Druckerei der allerdings hebräischen Wochenschrift „Baayoth Hayom“. Das Blatt setzte sich für eine jüdisch-arabische Verständigung und binationale Lösung für Palästina ein und stand der „Liga für jüdisch-arabische Annäherung und Zusammenarbeit“ nahe. Gleichzeitig wurden ebenso gescheiterte Brandanschläge auf das private Wohnumfeld des Herausgebers dieser Wochenschrift, Salli Hirsch\*, und weitere dem Blatt verbundene und in der „Liga“ aktive mitteleuropäische Zionisten – namentlich Martin Buber\*, Ernst Simon\* und Hugo Bergmann\* – verübt. Nur wenige Monate später wurden Aktivisten der „Liga“ wiederum Ziel von Anschlägen.<sup>480</sup> Neben direkten Angriffen auf die Nachrichtenblätter richtete sich der militante Kampf während der Kriegsjahre auch gegen ihre Inserenten und Druckereien und gegen Kaffeehäuser und Zeitungskioske, die die Blätter auslegten beziehungsweise veräußerten. Die Mittel des Kampfes waren hier ebenso Drohungen, Sachbeschädigungen bis hin zu Brandstiftungen.<sup>481</sup>

Das Jahr 1942 markierte den Höhepunkt der militanten Angriffe, obschon sich im folgenden Jahr die Lage nur bedingt beruhigte. Neben Brandanschlägen auf das Nachrichtenblatt „Press-Echo“ und das Tel Aviver Büro der *Alijah Chadascha* wurde im Jahr 1943 auf die Druckerei der unter Mitarbeit Arnold Zweigs von Wolfgang Yourgrau in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitschrift *Orient* ein Bombenanschlag verübt.<sup>482</sup> Ende Januar 1942 wurde Ernst Simon\* während seiner Vorlesung an der Jerusalemer Universität aus politischen Motiven tätlich angegriffen. Voraus ging diesem Vorfall eine wochenlange Hetze gegen den für eine arabisch-

---

<sup>480</sup> Siehe dazu: Brand im Jerusalemer Büro der „Yedioth Hayom“, YH v. 30.4.1940, unpg.; Tel-Aviv, YH v. 31.3.1940, unpg.; Verwilderung der politischen Sitten im Jischuw, YH v. 10.1.1941, unpg.; Merkwürdige Kampfmethoden, YH v. 11.2.1941, unpg.; Notizen der Woche, MB v. 21.2.1941, S.2; Sturm um einen Idealisten, YH v. 12.9.1941, S.13, 16; zur „Liga“ und Baayoth Hayom siehe: Susan Lee Hattis, *The bi-national Idea in Palestine during Mandatory Times*, Haifa 1970, S.212-230, passim [f. Hattis, bi-national Idea].

<sup>481</sup> Siehe dazu: Benno Cohn, Notiz an F. Rosenblüth, Dr. Landauer, Dr. Nussbaum, Dr. Foerder, Dr. Kreutzberger, Otto May v. 24.2.1941, in: ZZA, S7/922; Drohbrieft, Terror, MB v. 18.6.1943, S.5; Zur Einstellung des Press-Echo, undatiert [Juni 1943], in: ZZA, J18/119; „Eine Nacht der Brände in Tel Aviv“, JC v. 2.5.1943, unpg.; Wolfgang Yourgrau, Nach einer Bombe, *Orient* v. 7.4.1943, S.1-15.

<sup>482</sup> Siehe dazu: ebd.; Brandstiftung im Jerusalemer Büro des Press-Echo, JC v. 14.6.1943, unpg.; Brandstiftung im Büro der Alija Chadascha, MB v. 10.9.1943, S.3; [Protokoll d.] Hanhalah [-Sitzung d.] A.Ch. v. 8.9.1943, in: ZZA, J18/50; Deborah Vietor-Engländer, Arnold Zweig in Palästina, in: *Études Germaniques*, Vol. 63, No. 4 (2008), S.909-921, hier: S.919.



jüdische Verständigung eintretenden Aktivisten. Ein Überfall auf eine Veranstaltung der „V-Liga für Hilfe an Sowjetrußland“ im Tel Aviver Kino Esther folgte am 30. Mai 1942, bei der der Hauptredner Arnold Zweig sein Referat überwiegend in deutscher Sprache hielt. Ein Trupp bewaffneter Aktivisten der revisionistischen Jugendorganisation Betar, der möglicherweise noch von Mitgliedern anderer Jugendorganisationen unterstützt wurde, stürmte das Kino. Zweig und andere Besucher wurden angegriffen und teils verletzt und es entwickelte sich eine regelrechte Saalschlacht.<sup>483</sup> Kaum zwei Wochen später detonierte eine Bombe in der Druckerei, die das deutschsprachige Nachrichtenblatt *Blumenthal's Neuste Nachrichten* produzierte. Auf ein Büro dieses Blattes und auf die Druckerei der Zeitschrift *Orient* wurden Ende Juni weitere Brandanschläge verübt.<sup>484</sup>

Gewaltanwendung in innerjüdischen Auseinandersetzungen stieß wohl bei einem übergroßen Teil der neuen *Alijah* auf absolute Ablehnung. Vor allem wurde die Militanz gegen die deutschsprachigen Nachrichtenblätter und politisch missliebige Personen von ihr zunehmend als Angriff gegen die gesamte *Alijah* gewertet.<sup>485</sup> In der Tat wurden unter dem Deckmantel des Sprachenkampfes auch andere Kämpfe ausgefochten. Die erwähnten Bombenanschläge auf die Druckereien gingen auf das Konto der *Haganah*. Hauptmotiv hierfür war die als unangebracht wahrgenommene politische Berichterstattung der Blätter. Auch der Überfall auf das Kino Esther hatte vorrangig andere Beweggründe. Den scharf antikommunistisch eingestellten *Revisionisten* war diese Unterstützungsveranstaltung für die Rote Armee ein Dorn im Auge. Weiterhin war Zweig mit seiner dezidiert antinationalistischen Einstellung für viele im *Jischuw* eine *Persona non grata*.<sup>486</sup> Auch die Führung der *HOGOA* musste sich nun offen eingestehen, dass den militanten Aktionen auch andere Motive und Affekte gegen die neue *Alijah* zugrunde lagen.<sup>487</sup> Für weitere Verbitterung innerhalb der mitteleuropäischen

---

<sup>483</sup> Siehe dazu: ebd.; Terroristischer Zwischenfall, MB v. 6.2.1942, S.2; Arnold Zweig spricht [Anzeige], MB v. 29.5.1942, S.8; Benno Cohn, Notiz an Felix Rosenblüth v. 31.5.1942, in: ZZA, S7/2008; Der Überfall auf das Kino Esther, MB v. 5.6.1942, S.2-3; Der Tel-Aviver Stadtrat über die Zwischenfälle bei der „V“-Liga-Versammlung, BNN v.2.6.1942, unpg.; Walter Zadek, Dizengoffplatz – 30. Mai 1942, Orient v. 5.6.1942, S.12-14; Arnold Zweig, Cinema Ester Pantomime, Orient v. 26.6.1942, S.1-4.

<sup>484</sup> Siehe dazu: Feuer in einer Haifaer Druckerei, BNN v. 29.6.1942, unpg.; [Notiz] Wie uns mitgeteilt wird, MB v. 3.7.1942, S.6; Selbstemanzipation der neuen Alijah, MB v. 19.6.1942, S.1-2.

<sup>485</sup> Siehe dazu: ebd.; R.[obert] W.[eltsch], Sinn für Proportionen, MB v. 12.6.1942, S.1-2; Die Bombe, ebd., S.2; Felix Rosenblüth, Die andere Seite, MB v. 10.7.1942, S.1-2; Gelber, Neue Heimat, S.553.

<sup>486</sup> Siehe dazu: Angela Huß-Michel, Literarische und politische Zeitschriften des Exils 1933-1945, Stuttgart 1987, S.78-81; Bauer, Resistance, S.140; Benno Cohn, Notiz an Felix Rosenblüth v. 31.5.1942, in: ZZA, S7/2008; F.[elix] Rosenblüth an die HOGOA, undatiert [14.6.1942], in: ebd.

<sup>487</sup> Siehe dazu: ebd.; Tel-Aviver Irijah brandmarkt die Brandstiftungen, JC v. 13.5.1943, unpg.; Der Tel-Aviver Stadtrat über die Zwischenfälle bei der „V“-Liga-Versammlung, BNN v.2.6.1942, unpg.

*Alijah* sorgten die Reaktionen der politischen Eliten, der Öffentlichkeit und der hebräischen Presse auf die Vorkommnisse. Bis zu dem Bombenanschlag auf die Druckerei des Nachrichtenblattes *BNN* waren die diesbezüglichen öffentlichen Deklarationen zionistischer Instanzen gegen die Anschläge oft verknüpft mit Schuldzuweisungen an die Opfer. Neben der Täter-Opfer-Umkehr begrüßten oder relativierten beispielsweise auch einige Tel Aviver Stadtratsmitglieder öffentlich den Überfall der Jugendlichen auf die Veranstaltung im Kino Esther. Rosenblüth\* stellte daher unumwunden fest, die Öffentlichkeit fasse die Stellungnahmen der Tel Aviver *Irijah* nur als eine pro forma Verurteilung der Attentäter auf. Tatsächlich, so bilanzierte Nachum Lewin, begrüße die Öffentlichkeit mit Ausnahme ihres deutschsprachigen Teils das Bombenattentat auf die *BNN*-Druckerei sogar instinktiv. Er fügte aber auch an, dass der leidenschaftliche Elan zur Hebräisierung bei den deutschsprachigen *Olim* in den letzten Jahren stark nachgelassen habe.<sup>488</sup>

In diesem aufgeheizten Klima fanden am 23. Juni 1942 die Wahlen zur Haifaer Gemeindevertretung statt. Das *MB* forderte die deutschsprachige *Alijah* auf, sich trotz aller internen Differenzen als legitimer Teil des Gesamt-*Jischuw* unter der Parole des Kampfes für ihre Gleichberechtigung zu sammeln. An den Urnen sollte sie nun die Antwort auf Diskriminierung und Zurückstellung geben. Auch die Tel Aviver *Snif* der *HOGOIA* proklamierte als Reaktion auf die Anschläge: „Juden aus Mitteleuropa! Lasst euch nicht beirren in eurem Bemühen, in eurem Geiste am Aufbau unseres Landes mitzuwirken. Schließt eure Reihen, helft uns, den *Jischuw* im Geiste echter zionistischer Gesinnung zu erneuern!“<sup>489</sup> Die letzten Wahlen zum *Waad Hakehillah* in Haifa datierten auf das Jahr 1931. Seither hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten mit mehr als 44.000 nahezu versechsfacht, wobei circa 25 Prozent davon Neueinwanderer aus Mitteleuropa waren. Da der Gemeinderat in seiner Zusammensetzung infolgedessen alles andere als repräsentativ war, forderte die *HOGOIA*-Ortsgruppe Haifa schon seit Jahren Neuwahlen.<sup>490</sup> Ende März 1942 beschloss sie, sich an den nun angesetzten Wahlen

---

<sup>488</sup> Siehe dazu: R.[obert] W.[eltsch], Sinn für Proportionen, *MB* v. 12.6.1942, S.1-2; Der Überfall auf das Kino Esther, *MB* v. 5.6.1942, S.2-3; Leiden der Volkswerdung, ebd., S.1-2; Selbstemanzipation der neuen *Alijah*, *MB* v. 19.6.1942, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth, An die Mitglieder der von der Hanhalah in der Sitzung vom 25.6.1942 eingesetzten Sprachkommission, in: *ZZA*, A155/9; F.[elix] Rosenblüth an die *HOGOIA*, undatiert [14.6.1942], in: *ZZA*, S7/2008; *HOGOIA* Tel Aviv fordert Neuwahlen zur *Irija*, *MB* v. 19.6.1942, S.4.

<sup>489</sup> ebd.; siehe weiterhin: Haifa Community polls tomorrow, *Palestine Post* v. 22.6.1942, S.3; Selbstemanzipation der neuen *Alijah*, *MB* v. 19.6.1942, S.1-2.

<sup>490</sup> Siehe dazu: Elias Auerbach, Die Wahlen zur *Kehillah* in Haifa, *MB* v. 30.3.1942, S.5; *HOGOIA* Haifa fordert Neuwahlen zum *Waad Hakehillah*, *MB* v. 10.4.1941, S.5; Nach dem Wahlkampf, *MB* v. 3.7.1942, S.6; Die *Kehillawahlen* in Haifa, *MB* v. 17.4.1942, S.6; Einladung an alle Mitglieder der *HOGOIA* in Haifa zur Generalversammlung v. 2.10.1941, in: *ZZA*, S7/2006.

zum Gemeinderat zu beteiligen. Dieses Mal trat sie jedoch nicht unter eigenem, sondern unter dem neuen Namen *Alija Chadascha* an. Wenige Tage zuvor fiel die Entscheidung, in den folgenden sechs Monaten Neuwahlen zur *Assefath Haniwcharim* durchzuführen. Die lokalen Wahlen in Haifa wurden dadurch für die *HOGOIA* zu einem letzten Test vor ihrer möglichen Beteiligung an den landesweiten Wahlen. Schon Monate zuvor begann die Führung der *HOGOIA* eine Neufassung ihrer Statuten und eine Namensänderung zu diskutieren, beides wichtige Voraussetzungen zur Umformung der landsmannschaftlich geprägten *HOGOIA* in eine politische Partei.<sup>491</sup> Dass gerade die *Snif* Haifa, die als Hochburg der Politisierungsgegner der *Hitachduth* galt, neue Wege bei ihrer Wahlbeteiligung beging, war ein Zeichen, dass die Front der Nein-Sager zur Politisierung weiter bröckelte. Das Auftreten als *Alija Chadascha* ermöglichte nun auch die Partizipation von Aktivisten und Wählern außerhalb der deutschen und österreichischen Landsmannschaften. Auf den Plätzen ihrer Wahlliste standen Kandidaten aus der deutschen, österreichischen, tschechoslowakischen und ungarischen *Alijah*.<sup>492</sup> Die Erfahrungen aus vorangegangenen Wahlteilnahmen der *Hitachduth* ließ die Haifaer *Snif* respektive die Landesleitung weitere Strategieänderungen durchführen. Die so genannte Bindestrich-Politik, das heißt die Kooperation mit anderen Organisationen auf einer gemeinsamen Liste, zog sie nicht mehr in Erwägung. Weiterhin hatte sich in früheren Wahlen von Nachteil gezeigt, dass sich nicht alle Strömungen der deutschsprachigen *Alijah* in den Kandidatenlisten wiederfanden. Aus der österreichischen *Alijah* konnte, wenn überhaupt, nur der progressiv-bürgerliche Teil gewonnen werden. Auch die religiösen Strömungen der deutschen *Alijah* sahen sich durch die *HOGOIA* nicht oder nur unzureichend vertreten. Nun sollten möglichst weite Kreise erfasst werden. Erstmals wurde auch das *Mitteilungsblatt* intensiv für die Wahlkampagne genutzt. Aufschlussreich war auch die Reaktion anderer Parteien, wenn die *Hitachduth* sich an Wahlen beteiligte. Sie stellten dann ihrerseits Kandidaten aus der deutschsprachigen *Alijah* auf und zwar auf aussichtreichen Listenplätzen. Somit konnte die *HOGOIA* allein durch ihre Wahlteilnahme indirekt die Repräsentation ihrer beiden *Alijoth* im politischen Gefüge des *Jischuw* stärken. Zumindest für Teile der *HOGOIA*-

---

<sup>491</sup> Siehe dazu: David Tanne, Nach dem Wahlkampf, MB v. 3.7.1942, S.6; Nach der *Assefath Niwcharim*, MB v. 20.3.1942, S.2; Neues Statut der *HOGOIA*, MB v. 5.6.1942, S.8; Beschlussprotokoll der Sitzung der *Hanhalah* [d. *HOGOIA*] v. 22.1.1942, in: ZZA, S7/2008; Entwurf einer neuen Satzung der *HOGOIA*, dem Landesvorstand vorgelegt durch *Hanhalah* und *Merkas* v. 19.5.1942, in: ebd.; Benno Cohn, Notiz an Dr. Kreutzberger v. 27.4.1942, in: ebd.; Benno Cohn, Beschlüsse der Sitzung des *Merkas* [d. *HOGOIA*] v. 5.2.1942, in: ZZA, A155/9.

<sup>492</sup> Siehe dazu: M.[ax] Kreutzberger, Zusammenfassung meines Referates v. 5.3.1942, Tel Aviv v. 19.3.1942, in: ebd.; Späte Einsicht, MB v. 21.5.1942, S.4; Die *Kehillah*-Wahlen in Haifa im Zeichen der Liste: „*Alijah Chadascha*“, MB v. 24.4.1942, S.6; Eröffnung des Wahlkampfes, MB v. 8.5.1942, S.4.

Führung beinhaltete der Wahlauftritt im neuen Gewand auch eine grundsätzliche Neuausrichtung der *Hitachduth*. Weltsch\* fasste jene in einem privaten Schreiben an Blumenfeld\*, der in den Vereinigten Staaten befand, etwas nonchalant zusammen: „Jetzt hat man die Aufgabe, die Macht im Yishuv zu erobern, der sehr feindselig ist u. die Westjuden zum Teufel wünscht.“<sup>493</sup>

Im ethnisch gemischten Haifa, in dem Verwaltung und Stadtrat ebenso zusammengesetzt waren und letzterer von den britischen Instanzen eingesetzt wurde, war die *Kehillah* der Kern der jüdischen Selbstverwaltung. Während religiöse Belange vor allem in den Händen des Rabbinats lagen, hatte der *Waad Hakehillah* die kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aufgabengebiete inne – das Gesundheits-, Kultur- und Erziehungswesen, die Sozialfürsorge und die politische Vertretung nach innen und außen. Außerdem besaß einzig die *Kehillah* das Recht auf Steuererhebung und war somit der Hebel zum Ausbau der jüdischen Autonomie im kommunalen Kontext.<sup>494</sup> Die AC kritisierte im Wahlkampf mit scharfen, teils gar überspitzten Worten die Passivität und die Zu- und Missstände in der *Kehillah*. Aus ihrer Perspektive hatte der Ausbau der Gemeindeverwaltung mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt gehalten. Grundlegend forderte sie die Entpolitisierung der Verwaltung unter dem Nenner des *Mischtar Zioni*, um die Autorität der *Kehillah* und gleichfalls die der nationalen Instanzen zu stärken. Weiterhin sollte eine (wirkliche) öffentliche Meinung als Kritik- und Kontrollinstanz der *Kehillah* geschaffen werden.<sup>495</sup> Daneben verlangte die AC vom Rabbinat und der *Kehillah* die Anerkennung der pluralistischen religiösen Strukturen innerhalb der Haifaer jüdischen Gemeinschaft. Explizit bezog sich dies auf die Benachteiligung der religiösen Institutionen der mitteleuropäischen *Alijah* bei der Mittelzuteilung und der Weigerung des Rabbinats, eingewanderte Rabbiner aus Mitteleuropa aufzunehmen. Jener Konflikt, der letztlich um die Frage des Alleinvertretungsanspruchs der Orthodoxie kreiste, war nicht auf Haifa begrenzt. Er betraf sowohl liberale und konservative wie orthodoxe und neo-

---

<sup>493</sup> R.[obert] Weltsch an Kurt Blumenfeld v. 5.11.1942, in: RWC, Box 1, Folder 60; siehe weiterhin: D.[avid] Tanne/[Paul] Tiefenthal, Bemerkungen zur politischen Arbeit der HOGOIA, ZZA, S7/922; Gideon Kaminka/Ludwig Mayer, Bemerkungen zur politischen Arbeit der HOGOIA anlässlich der Wahlen zum Murschon des Hadar Hacarmel im Februar 1941, in: ebd.; Die Wahlen in Haifa, MB v. 5.6.1942, S.6; David Tanne, Nach dem Wahlkampf, MB v. 3.7.1942, S.6; Im Waad Kehilla Haifa, MB v. 14.8.1942, S.2; Erich Boehm, Die HOGOIA in Gemeindewahlen, MB v. 8.5.1942, S.3.

<sup>494</sup> Siehe dazu: Elias Auerbach, Die Wahlen zur Kehillah in Haifa, MB v. 30.3.1942, S.5; 4 Fragen – 4 Antworten, MB v. 12.6.1942, S.5; Die Wahlen in Haifa, ebd.; Reform im Stadtrat Haifa, YH v. 10.8.1944, unpg.

<sup>495</sup> Siehe dazu: Eröffnung des Wahlkampfes, MB v. 8.5.1942, S.4; Die Kehillah-Wahlen in Haifa im Zeichen der Liste: „Alijah Chadascha“, MB v. 24.4.1942, S.6; Elias Auerbach, Die Wahlen zur Kehillah in Haifa, MB v. 30.3.1942, S.5; Zu den Kehillah-Wahlen in Haifa, MB v. 1.5.1942, S.6; Mifal Hamil in Haifa, MB v. 10.7.1942, S.7.

orthodoxe religiöse Institutionen der mitteleuropäischen *Alijah*.<sup>496</sup> Kurzum, das Programm der AC warb, wie ihr Spitzenkandidat Elias Auerbach\* treffend beschrieb, für eine umfassende Reform der *Kehillah* an Haupt und Gliedern. Sie sollte ihre „weltlichen“ Aufgabengebiete ausbauen und diversifizieren, um so ein Maximum an jüdischer Autonomie zu erzielen. Inspiriert war das Programm von dem im deutschen Zionismus propagierten Modell der Volksgemeinde, welche in allen jüdischen Lebensbereichen führend wirken sollte. Augenscheinlich vermittelte der Wahlkampf der AC dem *Jischuw* eine unüberhörbare Botschaft: Die neue *Alijah* war nun bereit, mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen – in der *Kehillah*, im gesamten zionistischen Aufbauwerk.<sup>497</sup>

Am Wahltag errang die *Alija Chadascha* einen in der Höhe nicht erwartbaren Sieg. Über 23.000 Wähler beteiligten sich an der Wahl. Hinter der *Histadruth*, die fast 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, wurde die AC mit 22 Prozent zweitstärkste Kraft und errang neun von insgesamt 41 Mandaten. Sie deklassierte mit diesem Ergebnis bei Weitem das gesamte bürgerliche Parteienspektrum des *Jischuw*. Aber auch für die *Mapai* stellte sie nun einen ernstzunehmenden Konkurrenten um Stimmen mitteleuropäischer Wähler dar. Die Fähigkeit zur Mobilisierung ihrer Anhänger zeitigte sich schon während des Wahlkampfes, den Hunderte Freiwillige unterstützten – Zahlen, die sonst wohl nur die *Histadruth* und *Mapai* erreichen konnten.<sup>498</sup> Zusätzlich beeinflussten die militanten Aktionen gegen die deutsche Sprache das Wahlergebnis der *Alija Chadascha*. Zwei Jahre später bei den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* erhielt sie in Haifa knapp 20 Prozent weniger an Stimmen, wobei auch andere Faktoren diese Verluste mit herbeiführten.<sup>499</sup> Auch stellte sich nach diesem Ergebnis nicht mehr die Frage, ob die *HOGOA* (zumindest) die Mehrheit der deutschen Einwanderer hinter

---

<sup>496</sup> ebd.; Elias Auerbach, Die Wahlen zur Kehillah in Haifa, MB v. 30.3.1942, S.5; Rosenblüths Budgetrede, MB v. 14.8.1942, S.5; Was geht in der „Moezah Datit“ vor?, JC v. 29.1.1943, S.8; Kraft, Aschkenas, S.137-151; 220-221, 249-254; passim; Moshe Zimmermann, Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion, Berlin <sup>4</sup>1996, S.21-23; E.W. Klimowsky, Die Gestaltung des religiösen Lebens durch die neue Alijah. Beth Jisrael, undatiert [1942-1943], in: ZZA, A155/9.

<sup>497</sup> Siehe dazu: ebd.; Elias Auerbach, Die Wahlen zur Kehillah in Haifa, MB v. 30.3.1942, S.5; Die Wahlen in Haifa, MB v. 12.6.1942, S.1-2; Im Waad Kehilla Haifa, MB v. 14.8.1942, S.2; zum Modell der Volksgemeinde siehe: Das zionistische Kongressprogramm, JR v. 6.12.1918, S.403-404; Max Kollenscher, Jüdische Gemeindepolitik, Berlin 1909; Michael Brenner, Zurück ins Ghetto? Jüdische Autonomievorstellungen in der Weimarer Republik, in: Trumah, Vol. 3 (1992), S.101-127.

<sup>498</sup> Siehe dazu: Großer Wahlsieg, MB v. 26.6.1942, S.1; David Tanne, Nach dem Wahlkampf, MB v. 3.7.1942, S.6; Haifa – und weiter, ebd., S.1-2; Neuer Wahlsieg in Haifa, MB v. 13.8.1943, S.3-4; Nach dem Wahlkampf, MB v. 3.7.1942, S.6; Riemer, Naphtali, S.286, 290.

<sup>499</sup> Siehe dazu: ebd.; Die Wahlergebnisse, YH v. 3.8.1944, unpg.

sich wusste. In den bisherigen Wahlen während des Krieges stimmten immer mindestens 50 Prozent von ihnen für sie.<sup>500</sup>

Der Wahlerfolg hatte die *HOGOA* elektrisiert. Viele ihrer Aktivisten sahen nun die Stunde gekommen, in der die deutsche/deutschsprachige *Alijah* unter ihrer Führung auch die politische Integration in den *Jischuw* vollziehe. Die bisher in ihr angestauten negativen Energien wie Unzufriedenheit und Verbitterung sollten durch die politische Mitwirkung in positive zum Wohle des Aufbauwerkes umgewandelt werden. Mehr noch, die Aktivisten dachten schon im Gesamtmaßstab des *Jischuw*. Auch enttäuschte Anhänger des erstarrten und fragmentierten bürgerlichen Parteienspektrums könnten nun in der *AC* eine neue Heimat finden, und dadurch könne eine starke und geeinte progressiv-bürgerliche Mitte aller *Alijoth* entstehen. Das erklärte erste Ziel der neuen Bewegung war gleich dem in Haifa nun auf nationaler Ebene: „Die Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten des Jischuw, der Ersatz des eingelernten Parteigeistes durch den Blick auf die Volkseinheit und die Schaffung einer zionistisch-demokratischen Öffentlichkeit“<sup>501</sup> – kurz, die umfassende Reform des öffentlichen Lebens.

Dass aber ein Sieg an der Urne nicht automatisch einen signifikanten Politikwechsel zur Folge hat, wurde den Haifaer Aktivisten der *AC* nur Wochen nach dem Wahltag schmerzlich vor Augen geführt. Sicherlich hatte das Wahlergebnis der neuen Liste bei den etablierten Parteien für Aufregung gesorgt. Das Programm der *Alijah Chadascha* wurde von ihnen – zu Recht – als Kritik am Bestehenden und somit als Misstrauensvotum gegen ihre Politik angesehen. Dementsprechend reagierten sie auch. Das Wahlergebnis fand sich nämlich nicht wirklich in dem dann neu konstituierten Präsidium wieder, sodass sich an den tatsächlichen Machtverhältnissen innerhalb der *Kehillah* rein gar nichts änderte. Die *AC* konnte nicht einmal die Einsetzung eines Ausschlusses durchsetzen, der möglichen Reformbedarf in der *Kehillah* eruieren sollte. Da sie eine Zusammenarbeit mit den rechtsbürgerlichen Kreisen ausschloss, blieb ihr nur die Wahl zwischen Opposition oder der relativ einflusslosen Mitarbeit im

---

<sup>500</sup> Siehe dazu: D.[avid] Tanne/[Paul] Tiefenthal, Bemerkungen zur politischen Arbeit der *HOGOA*, ZZA, S7/922; Erich Boehm, Die *HOGOA* in Gemeindewahlen, MB v. 8.5.1942, S.3.

<sup>501</sup> Elias Auerbach, Die Haifaer Judengemeinde, MB v. 10.7.1942, S.4; siehe weiterhin: Die Woche, ebd., S.3; David Tanne, Nach dem Wahlkampf, MB v. 3.7.1942, S.6; Haifa – und weiter, MB v. 3.7.1942, S.1-2.

Präsidium unter der Dominanz der *Histadruth* – sie entschied sich nach langem Zögern für letzteres.<sup>502</sup>

In der *HOGOA*-Führung selbst gab es aber auch kritische Stimmen hinsichtlich der Bewertung des Wahlerfolges und vor allem seines Zustandekommens. Nicht nur eingefleischte Gegner der Politisierung gingen mit der neuen Strategie im Wahlkampf hart ins Gericht. Der Diskurs, der sowohl in der hebräischen Presse wie auch im *Mitteilungsblatt* und indirekt im *Orient* ausgetragen wurde, hatte mehrere Facetten. Im *Haarez* diskutierten Gegner und Befürworter der Politisierung insbesondere die im restlichen *Jischuw* immer wieder betonte Gefahr einer (weiteren) Absonderung und Isolation der deutschsprachigen *Alijah*. Letztere argumentierten, dass das Auftreten der *AC* Absonderungstendenzen nicht verstärke. Im Gegenteil, die Mitwirkung der neuen *Alijah* in den politischen Institutionen des *Jischuw* fördere ihre Verwurzelung im Land und die *Alijah Chadascha* diene lediglich als Sprungbrett dafür.<sup>503</sup> Während Rosenblüth\* und Krojanker\* im *Haarez* noch für Verständnis und Akzeptanz für das Auftreten der *AC* warben, äußerten sie sich im *Mitteilungsblatt* schon wesentlich skeptischer. Ähnlich den Äußerungen von Kritikern der Politisierung im *MB* betonte auch Rosenblüth\* die Gefahr der Entfremdung von Teilen der deutschsprachigen *Alijah* vom *Jischuw*. Gerade die einzig vom Ressentiment motivierte Polemik der Abseitsstehenden führe dazu, während er eine vom (zionistischen) Bürgersinn getragene Kritik positiv deutete. Die *HOGOA* als zionistisches Gewissen der neuen *Alijah* dürfe aus wahltaktischen Gründen nicht deren Masseninstinkte folgen, sondern müsse sie im zionistischen Geist führen. Darüber hinaus hielt er ein Plädoyer für die hebräische Nationalsprache, die seiner Meinung nach in den Augen vieler deutschsprachiger *Olim* noch nicht den Stellenwert habe, der ihr zustehe.<sup>504</sup>

In die gleiche Richtung ging ein weiterer Diskurs, den Krojanker\* mit dem Artikel „Sentiment und Ressentiment“ lostrat. Die eigentliche Intention des Artikels war, eine strikte Abgrenzung der *HOGOA* von der geistigen Haltung der Zeitschrift *Orient* und denjenigen deutschsprachigen Einwanderern, die diese Haltung teilten, zu vollziehen. Schnell entwickelte

---

<sup>502</sup> Siehe dazu: M.[ax] K.[reutzberger], Alija Chadascha in Haifa, MB v. 16.10.1942, S.8; Alijah Chadascha, MB v. 11.9.1942, S.8; Aus der hebräischen Presse, MB v. 21.8.1942, S.8; Im Waad Kehilla Haifa, MB v. 14.8.1942, S.2; Die Wahl des Haifaer Kehilla-Präsidiums, MB v. 31.7.1942, S.4.

<sup>503</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth, Sondert sich die neue Alijah ab [Hebr.], Haarez v. 3.7.1942, S.2; M.[oritz] Bileski, Die neue Alijah als politisches Gebilde [Hebr.], Haarez v. 10.7.1942, S.2; G.[ustav] Krojanker, Absonderung oder lebendige Verbindung [Hebr.], Haarez v. 20.7.1942, S.2.

<sup>504</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth, Die andere Seite, MB v. 10.7.1942, S.1-2; H. Peritz, Das Recht auf Abreagieren, MB v. 25.9.1942, S.5; Meir Rosenberg, Die Gefahr der Fremdsprachen, MB v. 17.7.1942, S.8; Martin Plessner, Die Zukunft der HOGOA, MB v. 2.10.1942, S.6; Arthur Stein, mein Schlusswort, November 1942, in: ZZA, A155/9.

sich daraus jedoch eine grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Frage, welchen Platz die so genannten „Halbzionisten“, die auswanderungswilligen „Kofferpacker“ und „Emigranten“ innerhalb des *Jischuw*, der deutschsprachigen *Alijah* und der *HOGOIA* einnehmen sollten.<sup>505</sup> Noch deutlicher wurden die beiden Aktivisten in privaten Äußerungen. Rosenblüth\* war der Ansicht, „dass die so genannte starke Politik die HOG bald sprengen und im Jischuw, ohne nützliche Ergebnisse zu erzielen, völlig isolieren wird. Noch wichtiger ist mir, dass wir bei solcher Politik die besondere Aufgabe verraten, unsere Alijah mit zionistischem Geist zu erfüllen. [...] Ich jedenfalls habe keine Lust, einen `Zentralverein´ deutscher Juden in Palästina zu führen.“<sup>506</sup> Auch Krojanker\* sah die neue Strategie der *HOGOIA*, die sich immer stärker von machtstrategischen Überlegungen leiten ließ, mit Bangen: „Ich hatte die neue Linie unter der Voraussetzung bejaht, dass wir auch geistig die Führung in der Hand behalten. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass wir um des Stimmenfangs willen noch eine ferne Peripherie unseres Lagers in dieser Weise umschmeicheln würden.“<sup>507</sup>

Wenige Wochen später stand der seit Monaten geplante Landestag der *Hitachduth* an, der den organisatorischen und politischen Rahmen der Organisation neu definieren sollte. Diese Aufgabe kam im wahrsten Sinne des Wortes der Quadratur des Kreises gleich. Es sollte sichergestellt werden, dass die *HOGOIA*-Aktivisten, die auch in anderen Parteien aktiv waren, weiterhin partizipieren konnten. Gleichzeitig sollten die vielen Nichtzionisten der deutschsprachigen *Alijah* auch zukünftig an die Organisation gebunden werden, denn sich stellten ein signifikantes Wählerpotenzial dar. Vor allem musste ein Weg gefunden werden, der die politischen Meinungsverschiedenheiten in innen- wie außenpolitischen Fragen innerhalb der *HOGOIA* überbrückt. Dies gelang den Aktivisten aber nur temporär und nach einem schnellen Aufstieg der *Alija Chadascha* folgte ein ebenso schneller Zerfall der neuen Partei.

---

<sup>505</sup> Siehe dazu: Gustav Krojanker, Sentiment und Ressentiment, MB v. 14.8.1942, S.3-4; P.R., Sentiment und Ressentiment, MB v. 21.8.1942, S.2; Ludwig Hoffnung, Nochmals „Sentiment und Ressentiment“, MB v. 4.9.1942, S.4-5; R.[obert] W.[eltsch], Zur Klärung, MB v. 18.9.1942, S.3-4; Gustav Krojanker, Der Unterschied, MB v. 25.9.1942, S.4-5; zu den Wortmeldungen im Orient siehe: Arnold Zweig, Des Pudels Kern, Orient v. 11.9.1942, S.10-13; Wolfgang Yourgrau, Das Mitteilungsblatt der HOGOIA, Orient v. 28.8.1942, S.3-4; ders., Antwort an einen Gegner (I), Orient v. 18.9.1942, S.17-18; ders., Heimat oder Asyl, Orient v. 2.10.1942, S.1-3.

<sup>506</sup> F.[elix] Rosenblüth an Erich [Cohn] v. 28.7.1942, in: ZZA, A339/66.

<sup>507</sup> Gustav Krojanker an [Robert] Weltsch v. 5.9.1942, in: RWC, Box 1, Folder 60; siehe weiterhin: [Robert] Weltsch an [Gustav] Krojanker v. 7.9.1942, in: ebd.; Gustav Krojanker an [Robert] Weltsch v. 15.9.1942, in: ebd.



**Teil 2:**

**Der Kampf um *Alijah* und Judenstaat**

---

## Kapitel IV: Die staatstheoretischen Konzeptionen deutscher Zionisten

---

### Einleitung

„Der Judenstaat ist ein Weltbedürfnis, folglich wird er entstehen“<sup>508</sup> – so schlussfolgerte Theodor Herzl im Vorwort seines wegweisenden Traktats „Der Judenstaat“ aus dem Jahre 1896. Ein Jahr später verabschiedeten die Delegierten des ersten Zionistenkongresses ihr Grundsatzprogramm, das so genannte *Basler Programm*. Der entscheidende Satz darin lautete: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“<sup>509</sup> Aus taktischen Gründen verwand die zionistische Bewegung von nun ab den unkonkreteren Begriff der Heimstätte. Der Judenstaat blieb aber insgeheim das unumstößliche Ziel der Bewegung. Ein selbstbestimmtes Volksleben in Freiheit, im zionistischen Jargon etwas pathetisch als Erlösung des jüdischen Volkes tituliert, war für die überwältigende Mehrheit der Zionisten nur im Rahmen eines ethnischen Nationalstaates denkbar. Für kurze Zeit nach dem Ersten Weltkrieg sah sich die zionistische Bewegung schon fast am Ziel all ihres Strebens. Die *Balfour-Deklaration* sowie die militärische Besetzung Palästinas und anschließende Mandatsübernahme Großbritanniens weckten unter Zionisten die Erwartung, innerhalb weniger Jahre die Herrschaft über *Erez Israel* zu erlangen. Bittere Jahre der Enttäuschung folgten. Nun ging die zionistische Bewegung unter Weizmanns Führung zu einer wesentlich defensiveren Langzeitstrategie über, dem so genannten evolutionären Aufbau. Den tatsächlichen Gegebenheiten in Palästina angepasst, konzentrierte sie sich fast ausschließlich auf einen zwar langsamen, aber steten Aufbau des jüdischen Palästinas, mit anderen Worten: demographisch, ökonomisch und politisch an Stärke gewinnen, unumkehrbare Tatsachen schaffen und eine definitive Entscheidung über das Schicksal Palästinas so lang wie möglich hinauszögern. Der nationale Dualismus zwischen den beiden Völkern wurde bagatellisiert oder gar negiert und so der Konflikt sozioökonomisch (um-)gedeutet. Trotz aller Illusionen und der Unvorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen entsprach das interne Meinungsbild in großen Teilen der zionistischen Bewegung nach den arabischen Unruhen 1929 wohl eher dem der polnischen *Mizrachi*-Führung: „Wir glauben nicht daran, dass in Zukunft blutige Zusammenstöße mit den Arabern vermieden werden

---

<sup>508</sup> Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Wien 1933, S.8 [f. Herzl, *Judenstaat*]; zur Person Herzl siehe: Alex Bein, *Theodor Herzl. Biographie mit einem Vorwort von Golda Meir*, Wien 1974<sup>2</sup>.

<sup>509</sup> Zionisten-Congress in Basel (29. 30. und 31. August 1897). *Officielles Protocoll*, Wien 1898, S.119 [f. *Protocoll Zionisten-Congress 1897*].

können und wir sind bereit, unser Blut für unser Land hinzugeben, aber wir haben dafür zu sorgen, dass die Periode ruhiger Arbeit zwischen diesen Zusammenstößen länger andauer[t...] Und wenn sich die blutigen Ereignisse wiederholen sollten, dann müssen wir in der Verteidigung bereit und bewaffnet sein, dann müssen wir an Kraft und Erfahrung und durch eine dichtere Besiedlung des Landes gewonnen haben.“<sup>510</sup> Einzig die *Revisionisten* unter Jabotinsky proklamierten weiterhin in aller Öffentlichkeit den Judenstaatsgedanken. Auf dem XVII. Zionistenkongress in Basel 1931 wollte er in der so genannten Endzieldebatte die zionistische Bewegung auf die jüdische Majoritätsforderung und den Judenstaat beiderseits des Jordans festlegen. Die Mehrheit der Delegierten hielt jedoch am *Basler Programm* fest. Eine wirkliche Diskrepanz in der Majoritäts- und Staatsfrage existierte unter der Mehrzahl der Delegierten wohl dennoch nicht; die Endzieldebatte wurde nur vertagt.<sup>511</sup>

Im Vergleich dazu betont die wissenschaftliche Forschung zum deutschen Zionismus seine ausgesprochen moderate Linie in der Majoritätsfrage und der zukünftigen staatlichen Verfasstheit Palästinas; einige Forscher bilanzieren sogar, dass – zumindest Ende der 1920er Jahre – die Ideenwelt des *Brith Schalom* unter deutschen Zionisten mehrheitlich auf Akzeptanz getroffen sei. Seit der Gründung dieses Bundes 1925 trat er für eine arabisch-jüdische Verständigung auf Basis des Binationalismus ein. Quintessenz dabei war der Gedanke der absoluten politischen Gleichberechtigung der beiden Völker und zwar unabhängig von den tatsächlichen jeweiligen Bevölkerungszahlen – kurz: politische Parität genannt.<sup>512</sup> Damalige Protagonisten des weniger als 200 Mitglieder zählenden *Brith Schalom* sahen sich selbst

---

<sup>510</sup> H.[enschel] Farbstein, Zentralkomitee der Organisation „Misrachi“ in Polen, Warschau an Zentralbüro der Zionistischen Organisation, London. Übersetzung aus dem Hebräischen, 21. Marcheschvan 5690 [24.11.1929], in: RWC, Box 2, Folder 16; siehe weiterhin dazu: Sofer, Diplomacy, S.10-12, 96; Laqueur, Israel, S.466-476; Shapira, Land, S.113-139, 280.

<sup>511</sup> Siehe dazu: Anja Siegemund, Verständigung in Palästina. Deutsche und Prager Zionisten und die „Araberfrage“ 1918-1933. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Haifa 2009 (unveröffentlicht), S.180 [f. Siegemund, Verständigung]; Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVII. Zionistenkongresses und der zweiten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Basel, 30. Juni bis 17. Juli 1931, London 1931, S.170-176, 375, passim [f. Protokoll XVII. Zionistenkongress]; Gorny, Zionism, S.233-235.

<sup>512</sup> Siehe dazu: Dietmar Wiechmann, Der Traum vom Frieden. Das bi-nationale Konzept des Brith-Schalom zur Lösung des jüdisch-arabischen Konfliktes in der Zeit von 1925-1933, S.15-18,74, 166 [f. Wiechmann, Brith-Schalom]; Hagit Lavsky, Realpolitik und gemäßigter Zionismus, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.253-261, hier: 259; Poppel, Zionism, S.143; Judith Klein, Der deutsche Zionismus und die Araber Palästinas, Frankfurt a.M./New York 1982, S.89; Avraham Barkai, Der Sonderweg des Zionismus in Deutschland, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.65-71, hier: 67-70; Memorandum des Brith Schalom, Januar 1930, abgedr. in: Hechaluz, Deutscher Landesverband (Hg.), Zum jüdisch-arabischen Problem, Berlin 1933, S.129-137; Protokoll der Besprechungen im Hause Dr. Ruppins vom 15. und 17. November 1925, in: RWC, Box 2, Folder 15.

jedoch im *Jischuw* wie auch in Deutschland in einer klaren Minderheitenposition.<sup>513</sup> Unzweifelhaft trafen aber jene Ideen Ende der 1920er Jahre bei deutschen Zionisten auf einige Resonanz. Wie andere suchten auch sie einen Weg, die zionistischen Ziele mit der palästinensischen Realität in Einklang zu bringen. Nach den antijüdischen Ausschreitungen in Palästina im Sommer 1929 verstärkte der *Brith Schalom* seine Aktivitäten, die auf einen sofortigen arabisch-jüdischen Ausgleich abzielten. Es entwickelte sich nun ein offener Schlagabtausch zwischen ihm und seinen Gegnern, der auch im deutschen Zionismus seinen Widerhall fand. Einen ersten Höhepunkt erreichte der Machtkampf um die grundsätzliche Ausrichtung der *ZVfD* auf ihrem Delegiertentag in Jena Ende Dezember 1929. Eine persönliche Note fand diese Auseinandersetzung mit der – nicht nur – von (rechts-)bürgerlichen Gruppen geforderten inhaltlichen Neuausrichtung der *JR*, die allzu sehr das *Brith Schalom* Programm verfocht und direkten Angriffen gegen ihren Chefredakteur Robert Weltsch\*.<sup>514</sup> Im Sommer 1930 folgte der zweite. Wie schon in Jena verband Blumenfeld\* sein politisches Schicksal mit der Annahme seiner politischen Forderungen. Nun erklärte er seinen Rücktritt als Präsident der *ZVfD* und forderte gleichzeitig die Demission Weltschs\*; nachdem seine Machtposition und seine politische Linie bestätigt wurden, verblieben dann beide weiterhin in Amt und Würden.<sup>515</sup> Die von der Mehrheit akzeptierte Kompromisslinie Blumenfelds\* umfasste eine eindeutige Abgrenzung von den *Revisionisten* wie vom *Brith Schalom* bei gleichzeitiger Loyalitätsbekundung für Weizmann und die *Agency*. Der Majoritätsgedanke wurde nicht verworfen. Nun war jener jedoch verbunden mit der Zusage, die arabische Bevölkerung nicht

---

<sup>513</sup> Siehe dazu: Robert Weltsch an Hugo Bergmann v. 22.5.1930, in: RWC, Box 2, Folder 30; Hans Kohn an Robert Weltsch v. 9.1.1930, in: KWC, Box 2, Folder 1; Erich Cohn, Die innere Seite, Korrespondenzblatt der „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik“ v. 31.7.1930, S.1-2, abgedr. in: Reinharz, Dokumente, S.490-492; Simon J. Walter, Kein Sonderweg des deutschen Zionismus. Die arabische Frage in der 'Jüdischen Rundschau' [Dissertation an der Universität Düsseldorf], Düsseldorf 2019, S.250-251 [f. Walter, Sonderweg]; Siegemund, Verständigung, S.283.

<sup>514</sup> Siehe dazu: ebd., S.280-284, 289-292; Kurt Blumenfeld, Auf dem Jenaer Delegiertentag, in: Hans Tramer/Kurt Loewenstein (Hg.), Robert Weltsch zum 70. Geburtstag von seinen Freunden, Tel Aviv 1961, S.121-123; Lavsky, Before Catastrophe, S.189-226; Walter, Sonderweg, S.250-266.

<sup>515</sup> Siehe dazu: ebd., S.266-280; Gerda Luft an Robert Weltsch v. 5.6.1930, in: RWC, Box 2, Folder 18; Robert Weltsch an Felix Rosenblüth v. 12.6.1930, in: ebd.; Felix Rosenblüth an Robert Weltsch v. 16.6.1930, in: ebd.; Protokoll der 18. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses v. 21.7.1930, in: ebd.; Protokoll der 20. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 1.7.1930, in: ebd.; Robert Weltsch an Moritz Bileski v. 23.6.1930, in: ebd.; Robert Weltsch an Moritz Bileski v. 30.6.1930, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes [d. *ZVfD*] v. 29.6.1930, abgedr. in: Reinharz, Dokumente, S.481-490.

beherrschen zu wollen und der Forderung nach einer arabisch-jüdischen Verständigung – möglicherweise auf Basis politischer Parität in einem binationalen Staat.<sup>516</sup>

Zweifellos war es bemerkenswert, dass die *ZVfD* dem Verständigungsgedanken nun so hohe Priorität auf der zionistischen Agenda einräumte. Aber dies taten – zumindest mit Worten – in dieser kritischen Periode für das zionistische Aufbauwerk auch andere. Schon auf dem XII. Zionistenkongress im Jahre 1921 hatten sich die Teilnehmer für eine Verständigung auf Basis gleicher Rechte und Pflichten für alle Bevölkerungsteile in Palästina ausgesprochen und die Bereitschaft zu einem Übereinkommen erklärten auf ihre eigene Weise eigentlich alle zionistischen Strömungen. Weizmann propagierte Ende der 1920er Jahre ebenfalls die Non-Domination Parole. Ben-Gurion entwarf einen Verfassungsvorschlag für Palästina, der politische Parität und einen auf Kantonen aufbauenden Föderativstaat umfasste und die *Mapai* verpflichtete sich Anfang der 1930er Jahre dem Konzept der politischen Parität. Darüber hinaus führte Ben-Gurion eine Anzahl von Gesprächen mit arabischen Aktivisten, um ihre Bereitschaft zur Verständigung auszuloten. Sicherlich waren all diese politischen Manöver wesentlich taktisch motiviert und hatten vor allem den britischen Mandatar als Adressaten. Dabei sollte aber den Aktivisten ein aufrichtiger Wille zur Verständigung dennoch nicht abgesprochen werden. Jene Bereitschaft fand ihre Grenze jedoch durch die grundsätzlichen zionistischen Forderungen. Weder das *Basler Programm* noch die Majoritätsforderung wurden jemals zur Disposition gestellt und das galt wohl auch für die übergroße Mehrheit der deutschen Zionisten. Unter diesen Voraussetzungen war aber eine Verständigung nahezu ausgeschlossen, da beide Völker der Majoritäts- und Herrschaftsfrage die entscheidende Bedeutung zumaßen.<sup>517</sup>

---

<sup>516</sup> ebd.; Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes [d. ZVfD] v. 10.11.1929, abgedr. in: ebd., S. 446-457; Sitzung des Landesvorstandes, JR v. 1.7.1930, S.345; Politisches Programm (Resolution Blumenfeld), JR v. 3.1.1930, S.1; Die politische Debatte in Jena, JR v. 7.1.1930, S.11-16.

<sup>517</sup> Siehe dazu: Stenografisches Protokoll der Verhandlungen des XII. Zionisten-Kongresses in Karlsbad vom 1. bis 14. September 1921, Berlin 1922, S.768-769; Shapira, Land, S.186-194; [David] Ben-Gurion, Grundzüge eines Verfassungsvorschlags für Erez Israel, in: Hechaluz, Deutscher Landesverband (Hg.), Zum jüdisch-arabischen Problem, Berlin 1933, S.60-72; Protokoll XVII. Zionistenkongress, S.79-80; 195; Die Rede Weizmanns, JR v. 3.1.1930, S.2-3; Wiechmann, Brith-Schalom, S.12-13; Teveth, Ben-Gurion, S.99-148; David Ben Gurion, Wir und die Nachbarn. Gespräche mit arabischen Führern, Tübingen <sup>2</sup>1968, S.34-72 [f. Ben Gurion, Wir und die Nachbarn]; Gorny, Zionism, S.233-234 und umfassend zur Majoritätsfrage Kap. V.

## Die radikale Wende – der Partitionsvorschlag

Die Zäsur in Deutschland 1933 hatte entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung in Palästina. Vielleicht rettete sie sogar das gesamte zionistische Aufbauwerk vor dem Scheitern. Wachstum an allen Fronten stand nun auf der Agenda des Zionismus und eine arabisch-jüdische Verständigung wurde auf eine Zeit verschoben, in der der *Jischuw* umfassend an Macht und Stärke gewonnen haben würde. Der *Brith Schalom* zerbrach an internen Konflikten, der Desillusionierung der eigenen Aktivisten und an Ablehnung und Desinteresse seitens der zionistischen Öffentlichkeit.<sup>518</sup> Von 1932 bis 1936 verdoppelte sich die jüdische Einwohnerzahl in Palästina auf circa 400.000. Eine außerordentliche Expansion auf wirtschaftlichem Gebiet festigte die jüdischen Positionen im Land. Von 1918 bis 1936 investierten allein private jüdische Kapitalgeber circa 63 Millionen LP in *Erez Israel*, fast die Hälfte davon in den vier letzten Jahren. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet hatte die jüdische Gemeinschaft gegenüber der arabischen nun einen signifikanten Vorsprung, gleiches zeigte sich in der Entwicklung der Städte und Kommunen. Auch auf politischem, kulturellem und sozialpolitischem Gebiet vergrößerte sich die Schere zwischen den beiden Völkern. Kurzum, das Nationalheim hatte in den letzten Jahren das Versuchsstadium hinter sich gelassen und nicht nur die arabischen Führer waren „der Überzeugung, dass die Juden binnen weniger Jahre im Lande in der Mehrheit, die Araber aber in der Minderheit sein werden.“<sup>519</sup> Blumenfeld\* propagierte nun ebenso die forcierte Machtakkumulation als Voraussetzung für einen Modus Vivendi mit den Arabern und stellte *Erez Israel* als einzige Hoffnung für Zehntausende deutsche Juden dar. Intern drückte er sich Mitte 1933 in einem Brief an Weizmann noch drastischer aus: „Heute könnte bei richtiger Leitung und bei Ausnutzung der besten Kräfte unvorstellbar Großes geschehen. Allein in der Peripherie Deutschlands lagern ungeheure Mittel, [...] und wenn es uns gelingt, unter Ihrer Führung Millionen Pfunde zu beschaffen, den

---

<sup>518</sup> Siehe dazu: Walter, Sonderweg, S.331-332; 355-368; Ruppin, Tagebücher, S.449-453; 464-468; Tom Segev, Es war einmal Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München 2005, S.411-412 [f. Segev, Palästina].

<sup>519</sup> Die Antwort des Obersten Arabischen Rates, in: Hitachduth Olej Germania (Hg.), Unruhen in Palästina, Tel Aviv [1936], S.55-57, hier: 55; siehe weiterhin: Bericht über Palästina, S.130-134, 94-95, 99-100, 143-149; Jacob Schlesinger, Die kommunalen Finanzen in Palästina, die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, MB, September 1937, S.12-13; Cohen, Britain's Moment, S.252-253; Gelber, Historical Role, 327; D. Horowitz, Der wirtschaftliche Aufbau Palästinas 1919-1936. Bilanz einer nationalen Kolonisation, Tel Aviv 1936.

großen Vorstoß nach Transjordan zu machen, dann wäre der Untergang der deutschen Juden dafür kein zu hoher Preis.“<sup>520</sup>

Die Diskussionen über konstitutionelle Lösungen für Palästina verstummten unter den deutschen Zionisten nun fast vollständig und sogar in den Spalten der *JR* nahm die arabische Frage nur noch einen Platz unter vielen ein. Erst mit Beginn des arabischen Aufstands im April 1936 erhielt dieser Fragenkomplex wieder höchste Priorität.<sup>521</sup> Die britische Regierung beschloss Ende Mai die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Unruhen, die ihre Arbeit schließlich Anfang November 1936 in Palästina aufnahm.<sup>522</sup> In der *JR* und dann im *MB* diskutierten führende deutsche Zionisten, welche Positionen vor der Kommission eingenommen werden sollten.<sup>523</sup> Einigkeit herrschte bei den Disputanten, dass bei den zionistischen Grundforderungen – das jüdische Recht auf freie Einwanderung und politische Freiheit als Grundlage des nationalen Lebens – keine Abstriche gemacht werden könnten. Auf dieser Basis sahen sie für die Gegenwart und nahen Zukunft keinerlei Möglichkeiten, mit der arabischen Seite eine Übereinkunft zu erzielen. Der Adressat ihrer Vorschläge war daher der Mandatar. Ihr unmittelbares Ziel war die Verhinderung der befürchteten politischen Begrenzung der Einwanderung und Beschneidung der Wachstumsmöglichkeiten des Nationalheims. Dissens herrschte dagegen über die konkrete Ausgestaltung der jüdischen Vorschläge.<sup>524</sup> Lichtheim\* sah die nationalen Aspirationen der beiden Völker als unvereinbar an. Es gelte daher, die Briten davon zu überzeugen, dass das jüdische Palästina ihr natürlicher Bündnispartner in Near East sei. Als Gegenleistung erwartete er die Fortführung des Mandats und aktive Unterstützung beim weiteren Aufbau des Nationalheims. Am Ende dieser Entwicklung stand für ihn die jüdische Herrschaft über Palästina unter enger politischer

---

<sup>520</sup> Kurt Blumenfeld an Chaim Weizmann v. 14.8.1933, in: ZZA, A222/24, S.6-7; siehe weiterhin dazu: [Kurt Blumenfeld], Deutsche Juden und Palästina, *JR* v. 28.3.1933, S.121-122; ders., Die innerjüdische Seite, *JR* v. 7.4.1933, S.137-138; Kurt Blumenfeld in Hamburg, *JR* v. 23.6.1933, S.275; Kurt Blumenfeld zur Palästinafrage, *JR* v. 5.12.1933, S.905.

<sup>521</sup> Siehe dazu: Walter, Sonderweg, S.342 u. zur ersten Phase des Aufstandes siehe Kap. II.

<sup>522</sup> Siehe dazu: K.[urt] L.[öwenstein], Zertifikats-Schedule und Untersuchungskommission, *JR* v.22.5.1936, S.1-2; Die Kommission eingetroffen, *JR* v. 13.11.1936, S.1, 14; Itzhak Galnoor, The Partition of Palestine. Decision Crossroads in the Zionist Movement, New York 1995, S.42-45 [f. Galnoor, Partition].

<sup>523</sup> Siehe dazu: Richard Lichtheim, Die politische Aufgabe, *JR* v. 4.8.1936, S.9-10; ders., Unsere Aufgabe vor der Royal Commission, *MB*, Oktober 1936, S.4-6; Sally Hirsch, Vor der Royal Commission, *MB*, September (I) 1936, S.7-8; m., Grundsatz oder Taktik, *MB*, November (I) 1936, S.4-6; Martin Rosenblüth, Politische Parität?, *MB*, November (II) 1936, S.4; Zur Diskussion um den Paritätsgedanken, *MB* Januar 1937, S.7-12; Moritz Bileski, Zionistische Araberpolitik, *JR* v. 17.7.1936, S.11-12.

<sup>524</sup> Siehe dazu: ebd.; Martin Rosenblüth, Politische Parität?, *MB*, November (II) 1936, S.4; Sally Hirsch, Vor der Royal Commission, *MB*, September (I) 1936, S.7-8; Richard Lichtheim, Die politische Aufgabe, *JR* v. 4.8.1936, S.9-10.

Anlehnung an *GB*. Erst das damit einhergehende Scheitern der arabischen nationalen Bestrebungen werde dann eine arabisch-jüdische Verständigung im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens eröffnen.<sup>525</sup> Hirsch\* und Bileski\* plädierten dagegen für eine aktive Araberpolitik, um dem Mandatar und auch der arabischen Seite den wirklich ehrlichen jüdischen Willen zur Verständigung aufzuzeigen. Auf den weiteren Ausbau des Nationalheimes und eine möglicherweise zu erreichende jüdische Majorität wollten auch sie nicht verzichten, boten aber im Gegenzug dafür die politische Parität und Unterstützung panarabischer Bestrebungen an. Wirkliches Vertrauen in Fähigkeit der beiden Völker, sich auf Basis der politischen Parität selbst zu regieren, hatte aber Bileski\* dann doch nicht. England oder eine internationale Instanz sollten nämlich weiterhin wesentliche Bereiche des Staatslebens übernehmen; das Mandat wäre also in anderer Form bestehen geblieben.<sup>526</sup>

Neben einigen Versuchen jüdischer Persönlichkeiten, durch direkte Verhandlungen mit arabisch-palästinensischen Notabeln einen Kompromiss zu erlangen, diskutierte auch die zionistische Führung ihre Strategie vor der Kommission. Diese Auseinandersetzungen ähnelten dem Diskurs der deutschen Zionisten. Weizmann befürwortete die Idee der politischen Parität, um eine weitere jüdische Einwanderung zu sichern. Sein Vorschlag traf nicht bei allen auf Gegenliebe. Am Ende einigte man sich darauf, in Verhandlungen auf dieser Basis einzutreten, wenn *GB* selbst den Vorschlag anbiete und als Garantiemacht einer (temporären) arabisch-jüdischen Übereinkunft auftrete. Mehr noch als bei den deutschen Zionisten offenbarte sich hier die taktische Dimension des Vorschlages. Ben-Gurion sprach sich letztlich nicht kategorisch dagegen aus, denn er brachte in der damaligen Situation nur Vorteile für die zionistische Seite. Für ihn hatte ein mögliches Übereinkommen aber nur temporären Charakter und tangierte das zionistische Endziel, jüdische Majorität und Staat überhaupt nicht.<sup>527</sup>

Die Kommission veröffentlichte am 7. Juli 1937 ihren Bericht, der das Palästina-Mandat für undurchführbar erklärte: „Ein unüberwindlicher Konflikt hat sich zwischen den beiden nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes erhoben [...] Es gibt keine gemeinsame Grundlage zwischen ihnen. [...] Ihr kulturelles und soziales Leben,

---

<sup>525</sup> Siehe dazu: ebd.; Richard Lichtheim, Unsere Aufgabe vor der Royal Commission, MB, Oktober 1936, S.4-6; Zur Diskussion um den Paritätsgedanken, MB Januar 1937, S.7-12.

<sup>526</sup> Siehe dazu: ebd.; Moritz Bileski, Zionistische Araberpolitik, JR v. 17.7.1936, S.11-12; Sally Hirsch, Vor der Royal Commission, MB, September (I) 1936, S.7-8.

<sup>527</sup> Siehe dazu: Hattis, bi-national Idea, S.136-168; Weizmanns Programm, JR v. 25.9.1936, S.1-2; Ben Gurion, Wir und die Nachbarn, S.119-141; Bericht über Palästina, S.164-165.



ihre Denkweise und Lebensführung sind ebenso unvereinbar wie ihre nationalen Bestrebungen.“<sup>528</sup> Gleichzeitig verwarf sie den binationalen Staatsgedanken, die Kantonisierung und die Übergabe der Herrschaft an eines der beiden Völker. Die einzige Chance für einen dauerhaften Frieden sei die Teilung Westpalästinas und Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates. Bei der Weiterführung des Mandats, die aber nach ihrer Meinung die Vertiefung des Konfliktes bedeute, regte sie Palliativmittel wie die politische Begrenzung der jüdischen Einwanderung und Restriktionen im Bodenkauf an.<sup>529</sup> Fast umfassend war die Ablehnung des Teilungsplanes bei den palästinensischen Arabern und den arabischen Nachbarstaaten. Auf jüdischer Seite war das Meinungsspektrum differenzierter: *Revisionisten* und die religiösen politischen Parteien lehnten die Teilung ebenso kategorisch ab; dies taten auch Teile der *Allgemeinen*. Auch in den Linksparteien formierte sich Widerstand gegen den Teilungsgedanken; aber es gab für ihn auch mächtige Fürsprecher wie Weizmann und Ben-Gurion, auch wenn sie dies in der Öffentlichkeit nicht immer deutlich machten. Im Hinblick auf die innere Zerrissenheit der Bewegung beließ es der 20. Zionistenkongress im August 1937 mit einem zweideutigen Beschluss zur Teilungsfrage. Die Mehrheit stimmte einer Resolution zu, die zwar die Undurchführbarkeit des Mandats, die Palliativmittel und den vorgeschlagenen Teilungsplan zurückwies, gleichzeitig aber der *JA* ein Mandat für Verhandlungen mit der britischen Regierung über die Bedingungen für die Errichtung eines Judenstaates ausstellte.<sup>530</sup> Schon Monate vor der Veröffentlichung des Berichtes erreichten Gerüchte über eine mögliche Teilung des Landes die Öffentlichkeit. In der *JR* wurde sodann lebhaft über dieses Szenario diskutiert. Die Argumente der so genannten Nein-Sager entsprachen denen, die auch in der übrigen zionistischen Welt gegen die Partition ins Feld geführt wurden. Die Begrenztheit des Territoriums, die weiteres Wachstum beschränke und keine Antwort auf die grassierende Judennot in der *Golah* geben könne, geschweige denn die „Judenfrage“ in ihrer Gesamtheit lösen, war ein Hauptargument. Die erwartete hohe Zahl arabischer Palästinenser im

---

<sup>528</sup> ebd., S.422.

<sup>529</sup> Siehe: ebd., S.414-452; Erklärung der Kgl. Britischen Regierung v. 8. Juli 1937, abgedr. in: ebd., S.462-463.

<sup>530</sup> Siehe dazu: Die Resolution der „Neinsager“, *JR* v. 13.8.1937, S.7; Die politische Resolution, ebd., S.3; Auf zum Kampf gegen die Teilung, *Die Neue Welt* v. 29.6.1937, S.6; Cohen, *Britain's Moment*, S.265-268; Penkower, *Palestine in Turmoil*, S.411-426; Anita Shapira, *The Concept of Time in the Partition Controversy of 1937*, in: *Studies in Zionism*, Vol. 6, No. 2 (1985), S.211-228; Porath, *Movement*, S.228-232; Memorandum by the Arab Higher Committee, 23 July 1937, in response to the Palestine Royal Commission Report, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 17: Arab-Jewish Relations, 1921-1937*, New York/London 1987, S.217-230; Reinharz/Shavit, *Road to September*, S.74-90; Sofer, *Diplomacy*, S.106-107; Shapira, *Katznelson*, S.324-328.

zukünftigen jüdischen Staat und dass Jerusalem außerhalb des Staates blieb, taten ihr Übriges. Auerbach\* beschrieb jene Gedankengänge so: „Dieser Judenstaat, das verkleinerte Zerrbild eines wirklichen, ist nichts als ein Gefängnis für den Gedanken der nationalen Befreiung und der Heimat für das jüdische Volk, und vielleicht seine Grabstätte.“<sup>531</sup> Es meldeten sich aber auch Stimmen zu Wort, die den Teilungsgedanken eher positiv gegenüberstanden oder zumindest eine sachliche Auseinandersetzung mit ihm einforderten. Lichtheim\* beispielsweise trat in den Spalten der *Rundschau* für eine abwägende Stellung ein; intern äußerte er sich auf der Sitzung des *Aktions-Komitees* in Jerusalem Ende April 1937 noch wesentlich positiver zum Teilungsgedanken.<sup>532</sup>

Mit der Veröffentlichung des Peel-Berichtes fand dann ein eklatanter Meinungsumschwung in den Reihen der Zionisten in Deutschland statt. Zwar eröffneten die deutschen *Revisionisten* nun eine Propagandaschlacht gegen die Partition und beharrten auf einen zukünftigen Judenstaat beiderseits des Jordans.<sup>533</sup> Auch die verschiedenen religiösen (politischen) Strömungen reagierten auf den Teilungsvorschlag meist distanziert bis ablehnend.<sup>534</sup> Ansonsten beherrschte nun aber die Front der Ja-Sager den öffentlichen Diskurs. Das im Peel-Bericht vorgeschlagene territoriale Ausmaß des künftigen Staates lehnte die *ZVfD* zwar ab. Insbesondere auf das jüdische Viertel von Jerusalem und den Negev wollte sie keinesfalls verzichten. Sie sah aber den Bericht als Diskussionsgrundlage und erhoffte sich, durch Verhandlungen noch Gebietszuwächse zu erzielen. Dem Teilungsgedanken selbst stand die *ZVfD* aber positiv gegenüber.<sup>535</sup> Dass ein zionistischer Landesverband sich offen für den Teilungsgedanken aussprach, war einzigartig. Die Motive der Aktivisten unterschieden sich

---

<sup>531</sup> Elias Auerbach, *Illusion und Wirklichkeit*, JR v. 27.7.1937, S.3; siehe weiterhin dazu: H[ans] F[riedenthal], *Politische Akrobatik?*, JR v. 23.4.1937, S.1-2; Walter Groß, *Beschwörungsversuche?*, JR v. 7.5.1937, S.4; Martin Ledermann, *Ersatz für Jerusalem?*, JR v. 18.6.1937, S.18; *Der Entscheidung entgegen*, JR v. 18.6.1937, S.9.

<sup>532</sup> Siehe dazu: Kurt Ball, *Und dennoch: Judenstaat!*, JR v. 14.5.1937, S.4; M.Y. Ben-gavriel, *Ein neues Groß-Palästina?*, JR v. 30.4.1937, S.14; [Robert Weltsch], *Ein Wendepunkt*, JR v. 16.4.1937, S.1-2; Richard Lichtheim, *Kurz vor der Entscheidung*, JR v. 29.6.1937, S.1-2; ders., „Rede über Teilung“, 3. Sitzung [d. Aktions-Komitees in Jerusalem] v. 21.4.1937, in: ZZA, A56/14.

<sup>533</sup> Siehe dazu: Z.J., *Kampf gegen die Teilung*, *Das Jüdische Volk* v. 9.7.1937, S.1-2; *Unsere Forderung: Jüdische National-Versammlung*, *Das Jüdische Volk* v. 16.7.1937, S.1; A. Abrahams, *Der Feldzug gegen die Teilung*, *Das Jüdische Volk* v. 23.7.1937, S.1-2; G.K., *Der Kongress der „Jainsager“*, *Das Jüdische Volk* v. 6.8.1937, S.1-2.

<sup>534</sup> Siehe dazu: Harry Levy, *Die Situation*, *Zion*, Nr. 3, Juli 1937, S.1-3; S. Grünberg, *Judenstaat und Judenstaat*, *Zion*, Nr. 4, September 1937, S.3-7; Isaac Breuer, *Der jüdische Staat*, *Nachalath Zwi*, Nr. 10/11/12/, Juli/August/September 1937, S.265-271; *Entscheidung des Rabbinischen Rates in der Palästina-Frage*, *Der Israelit* v. 27.8.1937, S.1; Maximilian Landau, *Der Peel-Bericht*, *Der Israelit* v. 22.7.1937, S.1, 3.

<sup>535</sup> Siehe dazu: *Zionistische Vereinigung für Deutschland an das Geheime Staatspolizeiamt* v. 16.7.1937, abgedr. in: *Nicosia, Dokumente*, S.337-339; *Protokoll der Landesvorstandssitzung der ZVfD in Berlin am 25.7.1937*, abgedr. in: *ebd.*, S.340-442; Herbert S. Levine, *A Jewish Collaborator in Nazi Germania: The strange Career of Georg Kareski, 1933-37*, in: *Central European History*, Vol. 8, No. 3 (1975), S.251-281, hier: 279; *Nicosia, Resistance*, S.131.

dabei beträchtlich, wie in den einzelnen Stellungnahmen bereits ausgewanderter oder noch in Deutschland verbliebener Zionisten in der *JR* offenbar wurde. Unzweifelhaft hatten die Rückschlüsse der Peel-Kommission bleibenden Eindruck hinterlassen. Gerade die Meinungsbeiträge der Zionisten aus dem bürgerlichen Lager zeugten davon. Für sie blieb nach dem Bericht nur noch die Wahl zwischen der Partition und der Weiterführung des Mandats. Da Letzteres wohl einen jüdischen Minderheitenstatus unter arabischer Herrschaft bedeutet hätte, blieb für sie die Teilung die einzige Option und womöglich letzte Chance für den Zionismus.<sup>536</sup> Nur sie ermöglichte den weiteren Aufbau des jüdischen Palästinas und eröffnete dringend benötigte Einwanderungsmöglichkeiten im großen Maßstab. Auch war mit ihr die Hoffnung verbunden, dass sich das Verhältnis zu anderen Nationen normalisieren und ein arabisch-jüdischer Ausgleich in greifbare Nähe rücken werde.<sup>537</sup> Wohl spielten auch irredentistische Überlegungen bei der Zustimmung zur Partition eine Rolle. Für Ben-Gurion und andere Ja-Sager aus der zionistischen Führung war der Teilungsstaat nur die erste Etappe der Erlösung *Erez Israels*. Er sollte als Sprungbrett für die Inbesitznahme der restlichen Teile Palästinas dienen und die „Judenfrage“ in ihrer Gesamtheit lösen. Das wussten damals aber nur Eingeweihte.<sup>538</sup> In der *Rundschau* fanden sich irredentistische Gedankengänge nur zwischen den Zeilen. Offener äußerten sich diesbezüglich Aktivisten wie Lichtheim\* und Blumenfeld\* im internen Rahmen. Letzter sah die Partitionsofferte in der derzeitigen Lage als zionistischen (Etappen-)Erfolg an. „Das Gerede über `Verzicht´ ist reiner Blödsinn; Verträge unterschreiben Regierungen, niemals Völker.“<sup>539</sup>

Die meist aus dem linken Lager kommenden Anhänger einer binationalen Lösung vollzogen einen wesentlich radikaleren Richtungswandel. Fast zwei Jahrzehnte hatten Weltsch\* und seine alten Weggefährten aus dem (deutschen) *Hapoel Hazair* beziehungsweise dem *Brith Schalom* um die Verwirklichung ihres Zionismus' mittels einer arabisch-jüdischen Verständigung auf binationaler Basis gekämpft. Nun trug er diese Illusion, wie er es nannte,

---

<sup>536</sup> Siehe dazu: Ernst Lewy, Wenn keine Teilung – was dann?, *JR* v. 27.7.1937, S.3-4; Mayer Ebner, Judenstaat oder Minderheiten, ebd., S.3; C.Z. Kloetzel, Die große Gefahr: Verzögerung!, *JR* v. 5.10.1937, S.4; Abkehr vom Peel-Plan?, *JR* v. 4.1.1938, S.1-2; Julius Berger, Annehmen und nicht verzweifeln!, *JR* v. 27.7.1937, S.3.

<sup>537</sup> Siehe dazu: ebd.; Arnold Wiener, Dramatische Szene in Genf, *JR* v. 26.11.1937, S.6; H[ans] F[riedenthal], Zwischen Leben und Sterben, *JR* v. 23.11.1937, S.1-2; ders., Jugend nach Erez Israel!, *JR* v. 21.4.1938, S.1-2; ders., Zionistische Außenpolitik, *JR* v. 30.11.1937, S.1-2.

<sup>538</sup> Siehe dazu: Teveth, Ben-Gurion, S.184-190; Shapira, Katznelson, S.324; Bethell, Palästina-Dreieck, S.29.

<sup>539</sup> [Kurt Blumenfeld] an Adolf Böhm v. 8.7.1937, in: ZZA, A222/130; siehe weiterhin: Mayer Ebner, Judenstaat oder Minderheiten, *JR* v. 27.7.1937, S.3; H[ans] F[riedenthal], Zionistische Außenpolitik, *JR* v. 30.11.1937, S.1-2; R.[ichard] Lichtheim, „Rede über Teilung“, 3. Sitzung [d. Aktions-Komitees in Jerusalem] v. 21.4.1937, in: ZZA, A56/14.

zu Grabe. Er selbst und auch Luft\*, Landauer\* oder Kurt Löwenstein\* sahen in absehbarer Zeit weder auf arabischer, noch auf jüdischer Seite die Bereitschaft zur Verständigung und plädierten daher nun für Teilung.<sup>540</sup> Nur einige wenige aus dem ehemaligen *Brith Schalom* Umfeld wie Simon\*, Bergmann\*, Buber\* und Jehuda L. Magnes, deren Zionismus jedoch eine starke religiöse Komponente beinhaltete, blieben ihren (alten) Idealen verpflichtet.<sup>541</sup> Dabei gestand Weltsch\* offen ein, dass er kein wirklicher Anhänger des Teilungsgedankens sei. Er hätte ein ungeteiltes Palästina auch mit einem jüdischen Minderheitenstatus auf unabsehbare Zeit präferiert. Er wusste aber, dass er damit faktisch allein stand. Für ihn war daher die Teilung die einzig realistische Option und ein hinzunehmendes Übel, wenn sie weitere Einwanderung und vor allem eine friedliche Verwirklichung des Zionismus sichere.<sup>542</sup>

In *Erez Israel* herrschte unter deutschen Zionisten eine ganz ähnliche Einstellung zur Partition wie in Deutschland. Die *Hitachduth* sprach sich zwar wegen ihres politischen Neutralitätspostulats öffentlich nicht explizit für Partition aus. Trotzdem gab ihr *Mitteilungsblatt* nur Befürwortern der Teilung ein Forum und sie veröffentlichte Ben-Gurions Schrift „Peel Bericht und Judenstaat“ in deutscher Sprache.<sup>543</sup> In ihren internen Veranstaltungen propagierte sie jedoch wesentlich offensiver den Teilungsgedanken und begann sich schon mit den praktischen Fragen im Zusammenhang mit der Gründung des Staates auseinanderzusetzen.<sup>544</sup> Besonders exponierte sich ihr Vorsitzender Blumenfeld\* in der Teilungsfrage. Er kämpfte für eine klare positive Stellungnahme der jüdischen Seite, um schnellstmöglich eine Entscheidung herbeizuführen. Gleichzeitig kritisierte er die *JA* scharf für ihr zweideutiges Verhalten.<sup>545</sup>

---

<sup>540</sup> Siehe dazu: K[urt] L[öwenstein], Was Ormsby-Gore sagte, JR v. 10.9.1937, S.1-2; R[obert] W[eltsch], Weizmann erhält Vollmacht, JR v. 13.8.1937, S.1-2; ders., Der Kampf geht weiter, JR v. 20.8.1937, S.1-2; Vortrag über den Teilungsplan, JR v. 30.7.1937, S.10; G[erda] L[uft], Was denken Juden und Araber?, JR v. 5.11.1937, S.9-10; Nach dem Streik, MB, November (I) 1936, S.7-8.

<sup>541</sup> Siehe dazu: Was Dr. Magnes vorschlägt, JR v. 23.7.1937, S.7; Bergman, Tagebücher, S.442-444; Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Über religiöse universalistische Traditionen im Zionismus am Beispiel Ernst Simons, in: Eveline Goodman-Thau/Fania Oz-Salzberger (Hg.), Das jüdische Erbe Europas. Krise der Kultur im Spannungsfeld von Tradition, Geschichte und Identität, Berlin/Wien 2005, S.351-365; Eleonore Lappin, Liebe zum Volk, Liebe zum Land, in: ebd., S.183-202; zur Person Magnes siehe: EJ, Vol. 13, S.353-355.

<sup>542</sup> Siehe dazu: Landesvorstandssitzung der ZVfD in Berlin am 25.7.1937, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.343-345; R[obert] W[eltsch], Der Kampf geht weiter, JR v. 20.8.1937, S.1-2; ders., Vor der Eröffnung, JR v. 3.8.1937, S.3; ders., Die neue Phase der Palästinalpolitik, MB, November 1938, S.10-12.

<sup>543</sup> Siehe dazu: David Ben-Gurion, Peel Bericht und Judenstaat, Tel Aviv 1938; Mosche Smilanski, Zur politischen Lage, MB, Dezember [II] 1937, S.3-5; A.[braham] Granowsky, Die Bodenfrage und die politische Situation, ebd., S.8-10; S. Maharal, Gedanken zum Judenstaat, MB, September 1937, S.4-5.

<sup>544</sup> Siehe dazu: Hitachduth Olej Germania an [Georg] Landauer v. 15.11.1937, in: ZZA, S7/507; Georg Landauer, Zur Behandlung der Minderheitenfragen v. 6.12.1937, in: ebd.; Max Kreutzberger an Kurt Blumenfeld v. 4.1.1938, in: ebd.; Vortrag über den Teilungsplan, JR v. 30.7.1937, S.10.

<sup>545</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld an M.[ichael] Traub v. 9.10.1937, in: ZZA, A222/25; Kurt Blumenfeld an Leo Hermann v. 7.10.1937, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an [Arthur] Hantke v. 7.10.1938, in: ebd.

Neben der *HOG* nahmen auch *Achduth Haam* und das *KJV* eine positive Stellung zur Partition ein. *Achduth Haam* war damals sogar die einzige Partei im *Jischuw*, die sich programmatisch dafür aussprach. Sogar Apostel der binationalen Lösung wie Auerbach\* und Hirsch\*, letzterer engagierte sich aber nicht in der Partei, ließen sich schließlich von den harten politischen Fakten überzeugen. Die Judennot in der *Golah* und die Gefahren der Alternativszenarien zur Teilung waren mehr als überzeugend.<sup>546</sup>

So unterschiedlich die Motive der Ja-Sager in den Reihen der deutschen Zionisten auch waren, sie stimmten wohl mit Lichtheims\* realistischer Abschätzung der tatsächlichen politischen Ausgangslage überein: Ich „habe das Gefühl, dass das Angebot der Teilung des Landes und der Errichtung eines jüdischen Staates das Maximum dessen ist, was sogar unsere Freunde uns anzubieten bereit sind.“<sup>547</sup> Eine weitere Gemeinsamkeit war ihr unbedingter Wille, die Tore Palästinas zumindest für einen Teil der Zuflucht suchenden Juden Europas offenzuhalten. Die *ZVfD* erhoffte durch die Staatsgründung jährliche Einwanderungszahlen von bis zu 70.000 realisieren zu können, davon allein etwa 18.000 deutsche Juden. Ohne Zweifel übte auch die enorm große Erwartungshaltung der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit Druck auf die Aktivisten aus. In Ländern wie Deutschland oder Polen, in denen der Auswanderungsdruck besonders groß war, wurde die Aussicht auf die Errichtung eines Judenstaates überwiegend positiv aufgenommen; in den Vereinigten Staaten dagegen, in denen kein relevantes jüdisches Auswanderungsbedürfnis existierte, vornehmlich negativ.<sup>548</sup> Sogar die Haltung der nichtzionistischen jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland zum Teilungsvorschlag war trotz kritischer Untertöne bezüglich der Größe des Staates und der Jerusalem-Frage weitgehend positiv. Nichts verdeutlichte mehr den Wandel des deutschen Judentums, den es seit den 1920er Jahren und vor allem seit Beginn der *NS*-Herrschaft durchgemacht hatte, als seine neue Wahrnehmung von *Erez Israel* – als ein Ort der Rettung, aber auch der Hoffnung und des Stolzes. Der kühne Schritt der Peel-Kommission zur Lösung des Palästina-Konfliktes scheiterte. Wie schon dargestellt, distanzierte sich die britische Regierung sukzessive von der Partition.

---

<sup>546</sup> Siehe dazu: M.[oritz] Bileski, Für den Teilungsplan, Achduth Haam, Juli 1938 [Auslandausgabe], S.4-9; Entwurf des Programms der „Achduth Haam“, ebd., S.21-25; Vorläufiges Programm der Achduth Haam, undatiert [Juni-August 1938], in: ZZA, A222/128; Entwurf eines Memorandums des K.J.V. an die Sochnuth, Anfang September 1938, in: ZZA, A155/25; Mischtar Zioni. Vorschläge des K.J.V. zur Einführung einer zionistischen Rechtsordnung in Erez-Israel, 1939, in: ebd.

<sup>547</sup> R.[ichard] Lichtheim, „Rede über Teilung“, 3. Sitzung [d. Aktions-Komitees in Jerusalem] v. 21.4.1937, in: ZZA, A56/14, S.5-6.

<sup>548</sup> Siehe dazu: Teichert, Chasak, S.347; Reinhartz/Shavit, Road to September, S.69; Rafael Medoff, Zionism and the Arabs. An American Jewish Dilemma, 1898 – 1948, London u.a. 1997, S.81.

Von nun an blieb der Teilungsgedanke aber auf der Agenda und viele deutsche Zionisten sahen in ihm weiterhin die einzig gerechte Lösung der Palästina-Frage.<sup>549</sup>

Die Reaktionen der zionistischen Bewegung auf das Scheitern des Teilungsvorschlages fielen sehr unterschiedlich aus. Gerade in Krisenzeiten offenbarte sich ein divergentes Politikverständnis zwischen deutschen Zionisten und der durch osteuropäische Zionisten dominierten zionistischen Führung. Während letztere darauf meist mit politischer Intransigenz reagierten, suchten erstere unter allem Umständen eine aktive zionistische Politik zu formulieren und Kompromisslösungen anzubieten. Es verwundert daher nicht, dass nach dem Scheitern der Partition einige deutsche Zionisten mit Alternativvorschlägen aufwarteten, um einen politischen Deadlock und eine radikale Begrenzung der Wachstumsmöglichkeiten des *Jischuw* noch abzuwenden. Aktivisten wie Lewy\*, Moses\* und Bileski\* griffen nun den Gedanken der Kantonisierung beziehungsweise Föderation auf, obwohl sie ihn wenige Monate zuvor gleich der Peel-Kommission noch verworfen hatten.<sup>550</sup> Das Konzept der Kantonisierung war nicht neu. Schon Jahre zuvor vertraten es in der ein oder anderen Form neben Ben-Gurion auch einige andere Zionisten – teils aus taktischen Erwägungen, teils als tatsächlichen Ansatz zur Lösung der Palästina-Frage.<sup>551</sup> *Achduth Haam* legte Ende Dezember 1938 der *Agency* einen von Auerbach\* ausgearbeiteten konkreten Plan vor. Demzufolge sollte das Mandatsgebiet gemäß den jeweiligen Bevölkerungsmehrheiten in jüdische und arabische Bezirke aufgeteilt werden. Jene hätten dann eine relativ weitgehende Autonomie in den Bereichen Einwanderung und Bodenkauf sowie in Sicherheits-, Kultur- und Wirtschaftsfragen erhalten. Im Vergleich zu den erwarteten einschneidenden britischen Maßnahmen gegen das Nationalheim sah *Achduth Haam* im kantonalen Ansatz viele Vorteile: Die Entscheidungshoheit in den für den *Jischuw* (und die *Golah*) lebenswichtigen Bereichen Einwanderung und Siedlung werde dann in seinen Händen liegen und durch die territoriale

---

<sup>549</sup> Siehe dazu: Freedon, jüdische Presse, S.141-147; A[lfred] H[irschberg], Die neuen Grenzen, C.V.-Zeitung v. 15.7.1937, S.1-2; ders., Halbzeit in Zürich, C.V.-Zeitung v. 12.8.1937, S.1-2; Kommt ein jüdischer Staat...?, Der Schild v. 16.7.1937, S.1-2; Sch.[alom] Ben-Chorim, Der Tag des Zerbrechens, Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden, S.1-2; Der Palästina-Bericht, Jüdisches Gemeindeblatt für die Israelitische Gemeinde zu Frankfurt am Main, August 1937, S.1; Die Wende der englischen Palästina-Politik, Der Israelit v. 15.7.1937, S.1, 3; [Kurt Blumenfeld], Betr. Sitzung des Waad Hapoel Hamezumzam am 11.10.1938 v. 13.10.1938, in: ZZA, A222/118; Palästina-Kundgebung in Frankfurt am Main, JR v. 21.1.1938, S.3.

<sup>550</sup> Siehe dazu: Ernst Lewy, Wenn keine Teilung – was dann?, JR v. 27.7.1937, S.3-4; ders., Die Idee des Föderalismus, MB v. 26.1.1940, S.3; M.[oritz] Bileski, Für den Teilungsplan, Achduth Haam, Juli 1938 [Auslandausgabe], S.4-9; Siegfried Moses, Zum XX. Zionistenkongress, JR v. 30.7.1937, S.1-3; ders., Welche Grundtendenz können jetzt Verhandlungen mit der englischen Regierung haben?, undatiert [31.10.1938], in: RWC, Box I, Folder 40; Ernst Lewy an Richard Lichtheim v. 23.07.1939, in: RWC, Box II, Folder 26.

<sup>551</sup> Siehe dazu: Hattis, bi-national Idea, S.115-122; Galnoor, Partition, S.45-51.

Trennung der beiden Konfliktparteien sei mit einer Beruhigung der Lage zu rechnen. Das Modell habe keinen definitiven Charakter und lasse andere staatstheoretischen Optionen – Partition, binationaler oder gar jüdischer Staat in ganz Palästina – für die Zukunft offen. Überdies verschaffe es der zionistischen Bewegung Zeit und somit die Aussicht auf eine bessere Verhandlungsposition. Hier offenbarten sich schon taktische Ansätze, die dann auch die *Alija Chadascha* verfolgte. Die Aktivisten wollten eine definitive Entscheidung der Palästina-Frage hinauszögern und zeigten gewisse Flexibilität bezüglich der zukünftigen staatlichen Verfasstheit Palästinas. Darüber hinaus setzten sie auf Großbritannien als neutrale dritte Partei, die mit ihrer Macht den schier unlösbaren arabisch-jüdischen Konflikt salomonisch lösen sollte.<sup>552</sup>

Der Kantonisierungsvorschlag richtete sich daher vor allem an den Mandatar. Das arabische Lager lehnte Partition schon kategorisch ab und auch im jüdischen war der Widerstand dagegen ausgesprochen groß. Vielleicht hätten sich die Ja-Sager durchsetzen können, denn die Aussicht auf einen – wenn auch kleinen – unabhängigen Staat nach 2.000 Jahren Zerstreuung besaß einige Strahlkraft. Kantonisierung konnte aber nicht einmal dies bewerkstelligen, da GB im Gesamtstaat weiterhin das entscheidende Wort gesprochen hätte. Für so einen weit reichenden Verzicht wäre die übergroße Mehrheit der Zionisten niemals bereit gewesen. Für sie wogen die Rechte des jüdischen Volkes auf Palästina viel schwerer als die der Araber. Auch verlangte die europäische Judennot gebieterisch nach einer Lösung im zionistischen Sinne.<sup>553</sup> Noch dazu hätte Kantonisierung beiden Völkern eine weitgehende Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft abverlangt. Die zionistische Führung legte aber bisher den Fokus auf die Segregation der beiden Völker in allen gesellschaftlichen Sphären, um den State- und Nation-Building Prozess voranzutreiben. Hinzu kam noch der blutige arabische Aufstand, der das jüdisch-arabische Verhältnis vollends vergiftet und die Segregation nochmals verstärkt hatte; die Bereitschaft zur Kooperation oder gar

---

<sup>552</sup> Siehe dazu: Achduth Haam an die Exekutive der Jewish Agency v. 28.12.1938, in: ZZA, J18/38; Siegfried Moses, Welche Grundtendenz können jetzt Verhandlungen mit der englischen Regierung haben?, v. 31.10.1938, in: RWC, Box 1, Folder 40; Siegfried Moses an M.[oritz] Bilecki/G.[ustav] Krojanker v. 3.11.1938, in: ZZA, S7/699; Siegfried Moses an [Chaim] Weizmann v. 21.10.1938, in: ebd.; Siegfried Moses an [Salman] Schocken/[Kurt] Blumenfeld v. 12.11.1938, in: ZZA, A376/65; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49; Elias Auerbach, Autonome Bezirke in Palästina, JWR v. 4.8.1939, S.3.

<sup>553</sup> Siehe dazu: Zionistische Politik heute, JR v. 12.10.1934, S.3; Die Durchführung des Peel-Planes, JR v. 30.8.1938, S.6; Siegmund Katznelson, Jüdisch-arabischer Ausgleich?, JR v. 7.10.1936, S.7-8; K[urt] L[öwenstein], „Wessen Not größer ist...“, JR v. 9.8.1938, S.1.2; W[alter] G[oss], Was war gemeint?, JR v. 7.10.1938, S.1-2; Zioni, Zur Palästina-Politik, JR v. 27.4.1937, S.1-2.

Verständigung tendierte daher bei beiden Völkern gen Null. Mehr noch als Partition hätte die Kantonisierung vom Mandatar aufgezwungen werden müssen, wozu er zu diesem Zeitpunkt weder willens noch in der Lage war.<sup>554</sup> Wenige Wochen nachdem *Achduth Haam* mit ihrem Kantonisierungsvorschlag – erfolglos – in den Kongresswahlkampf zum 21. Zionistenkongress gezogen war, begann der II. Weltkrieg.<sup>555</sup> Die Diskussionen um die staatliche Ausgestaltung Palästinas verstummten nun für kurze Zeit. Kantonisierung blieb in den Reihen der deutschen Zionisten aber weiterhin eine Option, für einige sogar die bevorzugte.

### **Die Neuauflage der Endzieldebatte – das *Biltmore-Programm***

Ende 1940 setzte der damalige Spiritus Rector der zionistischen Arbeiterbewegung in *Erez Israel*, Berl Katznelson, während einer *Mapai*-Versammlung die Endzieldebatte wieder auf die Tagesordnung. Er stellte in seiner Rede klar, dass die Bewegung das Ziel eines jüdischen Staates niemals aufgegeben habe, ihre eigene Schwäche und die internationalen Konstellationen sie aber zur Verschleierung ihrer wirklichen Intensionen gezwungen hätten. Weiter legte er dar, dass die britische Weißbuchpolitik das Weiterbeschreiten des evolutionären Weges verhindere und dass der Krieg neue Möglichkeiten eröffne. Nach der Rückkehr Ben-Gurions von einer mehrmonatigen Auslandsreise Anfang 1941 tat er es seinem langjährigen Freund Katznelson gleich. Er sprach nun vom kämpfenden und revolutionären Zionismus und warb auf Versammlungen und Treffen mit politischen Gruppen für sein neues Programm. Mit wenigen Worten fasste Ben-Gurion es prägnant zusammen: „Jüdischer Staat, Krieg gegen Hitler, jüdische Armee, Krieg dem Weißbuch, zionistische Spannkraft.“<sup>556</sup> Die Periode des evolutionären Zionismus kam zu ihrem Ende. Die Parameter des in Kraft gebliebenen Weißbuches ließen ein kontinuierliches Wachstum in der Zukunft mehr als zweifelhaft erscheinen. Das europäische Judentum stand vor seiner größten Katastrophe und

---

<sup>554</sup> Siehe: Teveth, Ben-Gurion, S.66-74, 78-79, 166-172, passim; Jacob Metzger, Economic Structure and national Goals – The Jewish National Home in Interwar Palestine, in: Anita Shapira/Jehuda Reinharz (Hg.), Essential Papers on Zionism, New York u.a. 1996, S.567-584; Jehuda Reinharz, Der Aufbau einer jüdischen Selbstverwaltung und das Parteienspektrum im Palästina der Mandatszeit, in: Ludger Heid/Joachim H. Knoll (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart/Bonn 1992, S.489-511; J. Adler, Palästina-Wirtschaft in dieser Stunde, MB, Juni (II) 1936, S.3-5; G.[erda] L.[uft], Palästina 1939, JWR v. 10.3.1939, S.7-8; Lev Luis Grinberg, Mo(ve)ments of Resistance. Politics, Economy and Society in Israel/Palestine 1931-2013, Boston 2014, S.61-89; Segev, Palästina, S.423-428.

<sup>555</sup> Siehe: 10 Forderungen an den Kongress, Achduth Haam, Juli 1939 [Sonderausgabe zum Kongress], unpg.

<sup>556</sup> Segev, Ben Gurion, S.319; siehe weiterhin dazu; ebd., S.314-320; Shapira, Land, S. 280-281; David Ben-Gurion, Outlines of Zionist Policy, 15 October 1941, abgedr. in: TROI, Vol. 31, S.13-36; zur Person Katznelson siehe: Shapira, Katznelson, passim.



Millionen Juden würden nach dem Krieg eine neue Heimat suchen, so die allgemeine zionistische Erwartung. Im Januar 1942 trat Weizmann dann mit der Forderung nach einem jüdischen Staat an die Weltöffentlichkeit. Wenig später folgte die Proklamation des so genannten *Biltmore-Programms* auf einer als außerordentlicher Zionistenkongress deklarierten zionistischen Konferenz in New York. Es forderte ebenfalls einen etwas verklausuliert als jüdisches Commonwealth deklarierten Staat ein. Die ersten Reaktionen der *Jischuw*-Presse auf die Konferenzergebnisse waren mehr als verhalten, da sie im *Jischuw* schon Allgemeingut waren.<sup>557</sup>

Ben-Gurion traf sich im Frühjahr 1941 wiederholt mit dem erweiterten Führungskreis der *Hitachduth*. Er erläuterte ihm sein neues Programm für die Kriegszeit, an deren Ende der Sieg über Hitler und gleichzeitig der nationale Sieg der zionistischen Bewegung stehen sollte. Dabei waren die entscheidenden Programmpunkte die Forderung nach Einwanderung von bis zu fünf Millionen Juden nach Kriegsende sowie die Erlangung der vollen Souveränität des zionistischen Aufbauwerkes. Damit einhergehend forderte Ben-Gurion in öffentlichen Reden einen Wandel der politischen Kultur im *Jischuw*. Entgegen religiöser Traditionen sollte der Zionismus das jüdische Volk als ein Volk wie alle anderen betrachten. Es müsse daher ebenso seinen Willen durchsetzen, sich also der Machtpolitik zur Realisierung der zionistischen Ziele bedienen.<sup>558</sup> Die Führung der *Hitachduth* reagierte distanziert auf Ben-Gurions Konzeptionen. Eine Kriegszieldebatte zum gegenwärtigen Augenblick zu entfachen und nationale Ziele gar zur Bedingung für einen jüdischen Kriegseinsatz zu machen, schien ihr aus realpolitischer Sicht gänzlich verfehlt. Die Debatte könne eine erneute arabische Reaktion heraufbeschwören, zumindest aber werde sie London erneut dazu zwingen, sich zwischen Juden und Arabern zu entscheiden. In Anbetracht der Bedeutung der arabischen Welt für das Empire werde diese Entscheidung aber nicht anzuzweifeln sein. Auch als Zukunftsprogramm für eine

---

<sup>557</sup> Siehe dazu: Chaim Weizmann, *Palestine's Role in the Solution of the Jewish Problem*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 20, No. 2 (1942), S.324-338 [f. Weizmann, *Solution*]; *Declaration by the Extraordinary Zionist Conference, Biltmore Hotel, New York City, Mai 11, 1942*, abgedr. in: Laqueur, *Israel-Arab Reader*, S.77-79; Die amerikanische Zionisten-Konferenz, BNN v. 21.5.1942, unpg.; Sharfman, *Palestine*, S.88-92; Hurewitz, *Struggle*, S.156-158.

<sup>558</sup> Siehe dazu: Ben Gurions Programm, MB v. 14.3.1941, S.1; „Wie alle Völker“, MB v. 10.4.1941, S.6; David Ben-Gurion bei der HOGOA, MB v. 21.3.1941, S.2; Ben Gurion in der HOGOA, MB v. 28.3.1941, S.2; Getter, *Organisation*, S.251; Dvorah Hacohen, *Ben-Gurion and the Second World War: Plans for Mass Immigration to Palestine*, in: Jonathan Frankel (Hg.), *Jews and Messianism in the modern Era: Metaphor and Meaning*, Oxford u.a. 1991, S. 247-268, hier: 255-256 [f. Hacohen, Ben-Gurion]; Entwurf einer Antwort an Ben-Gurion, undatiert [Mai 1941], in: ZZA, A155/34.

Friedenkonferenz nach Kriegsende sahen die *HOGOA*-Aktivisten es als untauglich an. Sie hielten es für ausgeschlossen, dass ein kriegsmüdes und demokratischen Werten verpflichtetes England dann gegen den Willen der arabischen Palästinenser die Einwanderung von Millionen Juden erzwingen werde. Unausgesprochen schlossen sie hier auch die zweite Möglichkeit, die (gewaltsame) Durchsetzung der Masseneinwanderung und Staatsgründung durch die zionistische Seite aus. Dass die Juden im Nachkriegseuropa keinen Platz mehr haben würden, nahm dagegen auch die *HOGOA*-Führung an. Die Aufgabe der zionistischen Bewegung sei daher neben einem angemessenen Kriegsbeitrag die Erhaltung und weitere Stärkung des Nationalheimes, sodass es materiell und moralisch für die Absorption einer Masseneinwanderung nach dem Krieg bereit sei.<sup>559</sup> Die Aktivisten der *HOGOA* verschlossen sich somit der von Ben-Gurion propagierten Einheitsfront, die wohl auch ein erhofftes Zusammengehen mit den *Revisionisten* miteinschloss. Von nun an sollte Ben-Gurion die *HOGOA* und später die *AC* als Gefahr für seine Politik betrachten. In Abgrenzung zu seinem auf Machtpolitik basierenden Programm setzte die *Hitachduth* weiterhin auf einen evolutionären Weg des Aufbaus in enger Kooperation mit England. Die Ablehnung der in ihren Augen irrealen und gefährlichen Außenpolitik Ben-Gurions war jedoch nicht mehr als ein Minimalkonsens in ihren Reihen und nicht einmal dieser wurde von allen mitgetragen.<sup>560</sup> Schon zu dieser Zeit offenbarte sich innerhalb der Führungsspitze der *Hitachduth* ein tiefer Dissens über den einzuschlagenden Weg. Er betraf mögliche Zukunftsprognosen, außenpolitische Konzeptionen und staatstheoretische Überlegungen bis hin zum grundsätzlichen zionistischen Selbstverständnis der Protagonisten. Diese tiefe ideologische Kluft innerhalb der Führungsebene der *Hitachduth* fand ihren personalisierten Ausdruck in Landauer\* und Rosenblüth\*. Der Flügel um Landauer\* rekrutierte sich aus linksgerichteten Aktivisten, wobei die Führungspersönlichkeiten – neben Landauer\* vor allem Weltsch\*, Luft\*, Senator\*, Simon\* und Kreuzberger\* – allesamt ehemalige Aktivisten des *Hapoel Hazair* und/oder *Brith Schalom* waren. Ideologisch berief er sich insbesondere auf die Gedankenwelt von Achad Haam, Aaron David Gordon und auch Martin Buber\*. Der dem politischen Zionismus kritisch

---

<sup>559</sup> Siehe dazu: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an [David] Ben-Gurion v. 29.5.1941 [Hebr.], in: ZZA, A155/9; Getter, Organisation, S.251-252.

<sup>560</sup> Siehe dazu: ebd. S.152; A. Giles to the chief secretary of Palestine administration, subject: David Ben Gurion, 12 October 1942, abgedr. in: TROI, Vol. 31, S.90-93; Entwurf einer Antwort an Ben-Gurion, undatiert [Mai 1941], in: ZZA, A155/34; Für die Einheitsfront, MB v. 17.4.1941, S.8; Revisionisten und Z.O., MB v. 31.1.1941, S.2.

gegenüberstehende Landauer\*-Flügel vertrat einen spezifischen humanistischen Nationalismus mit einer starken universalen und kulturzionistischen Ausrichtung. Als Reaktion auf den im *Jischuw* in den 1940er Jahren den Siegeszug antretenden verengten jüdischen Nationalismus europäischer Prägung rückte auch die bis dahin eher lose agierende Gruppe von ausgesprochenen Individualisten fester zusammen. Sie einte dabei das Ideal eines jüdischen Nationalismus humanistischer Prägung und der unbedingte Wille zu einer friedlichen Verwirklichung der zionistischen Idee.<sup>561</sup>

Für Landauer\* und seine Getreuen befand sich die Welt in einer revolutionären Phase, an deren Ende sich ein totaler Wandel in der ökonomischen, politischen und sozialen Sphäre vollziehen werde. Der Weltkrieg werde von den Alliierten gegen einen verengten Nationalismus geführt, gegen Gewalt und Autarkievorstellungen und für den Kompromiss und Ausgleich in einem neuen universalen System der Freiheit im Rahmen der kollektiven Sicherheit. Dieses neue demokratische Weltsystem werde auf der Basis von Staatenföderationen beruhen und als Friedensgarant dienen. Jene Föderationen würden dann große gelenkte überstaatliche Wirtschaftsräume bilden; dadurch werde sich der Konkurrenzkampf der Nationalstaaten minimieren und zu einer Entpolitisierung der Welt beitragen.<sup>562</sup> Als die politische Ursünde der Zwischenkriegszeit, die den destruktiven europäischen Nationalismus erst ermöglicht hatte, sahen die Aktivisten um Landauer\* das für sakrosankt erklärte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Daher sollten die kleinen Nationen, die in ihren Augen durch ihre egoistische Nationalpolitik besonders für die Katastrophe verantwortlich seien, auf eine volle politische Souveränität in Zukunft verzichten.<sup>563</sup> Auf Palästina gemünzt bedeutete dies die Integration des Nationalheimes in eine zu schaffende arabische Föderation in Near East. Auch diese Idee war nicht neu; bereits in den 1920er Jahren hatten Weizmann, Ben-Gurion und andere sie aufgegriffen, um die Palästina-Frage auf eine breitere Basis zu stellen.

---

<sup>561</sup> Siehe dazu: Romy Langeheine, Von Prag nach New York. Hans Kohn. Eine intellektuelle Biographie, Göttingen 2014, S.24-29 [f. Langeheine, Hans Kohn]; Martin Buber, Hebräischer Nationalismus (1941), in: ders., Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.732-744; Siegemund, Verständigung, S.44-68, 82-90; zur Ideenwelt Gordons u. Haams siehe: Avineri, Profile, S.137-149, 177-185; zu Buber: Robert Weltsch, Einleitung, in: Martin Buber, Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.XIII-XL und passim.

<sup>562</sup> Siehe dazu: Die Situation im Jischuw und in der zionistischen Bewegung. Referat gehalten von Herrn Dr. Georg Landauer am 14. Mai 1942 auf der Generalversammlung der HOG Tel Aviv, in: GLC, Box 1, Folder 3; Quebec und die kleinen Nationen, MB v. 27.8.1943, S.1-2; Außen und Innen, MB v. 20.2.1942, S.1; Was uns not tut, MB v. 20.6.1941, S.1; Georg Landauer, Alija Chadascha und Grundsätze zionistischer Politik, MB v. 29.9.1943, S.2-4; Julius Schloss, Für einen Entwicklungsplan, MB v. 5.2.1943, S.1-2.

<sup>563</sup> Siehe dazu: ebd.; Jüdische Zukunft, MB v. 21.11.1941, S.1; Gerda Luft, Der neuen Welt entgegen, MB v. 19.2.1943, S.3-4.

Im Gegenzug für ihre Unterstützung bei der Schaffung der politischen Einheit der arabischen Staaten erwarteten sie die arabische Zustimmung für den weiteren Aufbau des Nationalheimes, de facto also die Akzeptanz eines jüdischen Palästinas. Von Neuem verfolge die *Agency* – letzten Endes erfolglos – ab Ende der 1930er bis Anfang der 1940er Jahre diesen Plan.<sup>564</sup> Landauer\* und sein Kreis verbanden dagegen mit dem Föderationsgedanken eine grundsätzliche Neuausrichtung des Zionismus und allgemeiner des Zusammenlebens der Völkerwelt. Sie stellten die weitere Existenz von Kleinstaaten in dem neu zu errichtenden demokratischen Weltsystem grundsätzlich infrage, also auch den Judenstaat. Als Reaktion auf die kommende Zeitenwende sollte die zionistische Bewegung „mit dem ideologisch-argumentativen Rüstzeug der Vergangenheit (vollständige Lösung der Judenfrage, Judenstaat, unser Recht als kleine Nation, Erhebung gegen die nichtjüdischen Mächte der Unterdrückung)“ brechen, „damit wir nicht Trümmer in ein Nichts hinübertragen und dann um Verlorenes klagen.“<sup>565</sup>

Diese Sicht rief natürlich Kritiker auf den Plan, die allerdings in den Spalten des *MB* wenig Raum erhielten. Jene wendeten sich entschieden gegen die vom Landauer\*-Lager suggerierte Zwangsläufigkeit der Weltenwende. Weder sahen sie es als erwiesen an, dass die Großmächte nach dem Krieg in Eintracht die Welt anleiten würden, noch, dass das Machtprinzip als zeitlosen Strukturelement der Menschheit abgelöst werde von einem (messianischen) Zeitalter der Kooperation und Völkerverständigung. Ebenso sei auch die Neuaufteilung der Welt in Interessensphären der Großmächte nach dem Krieg denkbar. Für sie waren die Großmächte die wahren Schuldigen am Kriegsausbruch, den auch Souveränitätsbeschränkungen bei den kleinen Nationen nicht verhindert hätten.<sup>566</sup> Gegen eine Föderalisierung der Welt legten die Kritiker zwar keinen grundsätzlichen Einspruch ein. Sie wiesen aber auf die vielfältigen Schwierigkeiten wie die ökonomische und gesellschaftliche Heterogenität großer Wirtschaftsräume bei der Realisierung hin und zweifelten Landauers\*

---

<sup>564</sup> Siehe dazu: Yehoshua Porath, Weizmann, Churchill and the „Philby Plan,“ 1937-1943, in: *Studies in Zionism*, Vol. 5, No. 2 (1984), S.239-272; Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 32: Palestine and the Arab Federation*, New York/London 1987; Hattis, *bi-national Idea*, S.175-179.

<sup>565</sup> Georg Landauer, Alija Chadascha und Grundsätze zionistischer Politik, *MB* v. 29.9.1943, S.2-4, hier: 2; siehe weiterhin: R.[obert] W.[eltsch], In zwölfter Stunde, *MB* v. 28.6.1940, S.1-2; ders., Die nahe und die ferne Zukunft, *MB* v. 8.5.1942, S.1-2; Perspektiven, *MB* v. 12.1.1940, S.1-2.

<sup>566</sup> Siehe dazu: Gustav Krojanker, Zum Problem der kleinen Völker, *MB* v. 17.9.1943, S.1, 3-4; Siegmund Kaznelson, Neue Grundlagen des Zionismus? [Teil I], *MB* v. 30.4.1943, S.3-4; Menahem Landau, Bemerkungen zur zionistischen Politik, *MB* v. 17.12.1943, S.3-4; Felix Rosenblüth, Stimmen der Vernunft, *MB* v. 31.7.1942, S.1-2.

Primat der Ökonomie an. Vor allem aber distanzieren sie sich von der These, dass die politische Souveränität kleiner Staaten im Zuge einer Neuordnung der Welt beschnitten werden müsse oder die gar ihre Existenzfähigkeit leugne. Wie alle Völker habe auch das jüdische Volk das Recht auf nationale Freiheit auf dem eigenen Territorium. Sie leisteten daher auch keinen Abgesang auf den Nationalismus, wenn er auch gezähmt werden sollte. Unbeeindruckt hielten sie an Herzls politischem Programm als unverzichtbares Fundament des Zionismus fest und distanzieren sich von Neuauslegungen: „Abzulehnen ist daher eine Neuinterpretation des Zionismus, die auf politische Zielsetzung verzichtet und einen unpolitischen Reformzionismus proklamiert“<sup>567</sup> – so Rosenblüth\* im März 1942. Der Kampf um die Deutungshoheit innerhalb der *Hitachduth* schien auf ihrem Landestag am 30. Oktober bis 1. November 1942, der in der Begründung der *Alija Chadascha* gipfelte, entschieden worden zu sein. Die Delegierten verweigerten nicht nur Landauers\* Konzeption die Akklamation, sondern bestätigten auch die politische Formel des *Basler Programms*. Ziel des Zionismus sei nicht die Schaffung eines Asyls, wie Rosenblüth\* hervorhob, sondern einer Heimat des jüdischen Volkes. Der programmatische Beschluss des Landestages lautete: „Unveränderliches Ziel des Zionismus ist die Schaffung des Nationalheims für das jüdische Volk in Erez Israel unter politischen Bedingungen, die ihm ein Leben in Freiheit gewährleisten.“<sup>568</sup> Dies bedeutete aber keineswegs, dass sich die *Alija Chadascha* nun auch das *Biltmore-Programm* zu eigen machte. Zur gleichen Zeit, als es von den zionistischen Instanzen zum offiziellen Programm der Bewegung erhoben wurde und Ben-Gurion unentwegt für dessen Anerkennung durch die politischen Gruppierungen des *Jischuw* kämpfte, verhielt sich die AC zum damaligen Topthema im *Jischuw* äußerst passiv.<sup>569</sup> Intern einigte sich ihre Parteileitung, hebräisch *Hanhalah* genannt, auf einen Minimalkonsens, der jedoch rein negative Züge trug. Die Interpretation des Programms im Sinne der sofortigen Errichtung eines Judenstaates und

---

<sup>567</sup> F.[elix] Rosenblüth, Hinweise zur politischen Orientierung, März 1942, in: ZZA, A155/9, S.1-4, hier: 4; siehe weiterhin: Felix Rosenblüth, „In zwölfter Stunde“, MB v. 19.7.1940, S.5; ders., Stimmen der Vernunft, MB v. 31.7.1942, S.1-2; Siegmund Kaznelson, Neue Grundlagen des Zionismus? [Teil II], MB v. 7.5.1943, S.4; Walter Turnowsky, Kampf gegen die Erstarrung, MB v. 25.12.1942, S.3-4; Gustav Krojanker, Zum Problem der kleinen Völker, MB v. 17.9.1943, S.1, 3-4; Menahem Landau, Bemerkungen zur zionistischen Politik, MB v. 17.12.1943, S.3-4.

<sup>568</sup> Politische Resolutionen, MB v. 20.11.1942, S.2; siehe weiterhin: Landestag der HOGOA in Kfar Schmarjahu, BNN v. 1.11.1942, unpg.; Felix Rosenblüth, HOGOA und Politik, MB v. 23.11.1942, S.1-2; Der Verlauf der Tagung, MB v. 6.11.1942, S.2-5; Ernst Simon, Das „Biltmore-Programm“, MB v. 11.12.1942, S.7.

<sup>569</sup> Siehe dazu: Das „Biltmore Programm“, MB v. 20.11.1942, S.1-2; Ben-Gurion vor dem Makkabi, MB v. 9.4.1943, S.3; Die Mapai-Konferenz, MB v. 14.1.1944, S.3; Die Tagung des Kibbutz Meuchad, MB v. 28.1.1944, S.4; Die Moezah der Mapai, MB v. 10.3.1944, S.3; Hurewitz, Struggle, S.158-159.

*Alijah* von Millionen Juden innerhalb weniger Monate nach Kriegsende lehnte sie ab. Gleichzeitig stellte sie sich gegen eine Auslegung, die die Alliierten aus der Lösung der Palästina-Frage ausschalten wollte und keinerlei Konzepte zu einem wenigstens längerfristigen arabisch-jüdischen Ausgleich anbot. Zudem kam die Führung der AC überein, öffentlich keine Stellung zum Programm zu beziehen. Sie begnügte sich mit der mehr als unkonkreten Formulierung eigener außenpolitischen Forderungen: Kampf gegen das Weißbuch und für *Alijah* und Siedlung, Kooperation mit den Siegermächten und arabisch-jüdische Verständigung.<sup>570</sup>

In den folgenden Monaten verfestigte sich der Eindruck in der Führung der AC, dass das *Biltmore-Programm* im *Jischuw* als Sofortlösung nach dem Krieg angesehen wurde. Obwohl einige führende Persönlichkeiten der AC dem Programm positiv gegenüberstanden, war doch die Mehrheit ihm gegenüber überaus kritisch eingestellt. Die Kritik war zum einen taktisch und realpolitisch motiviert und wurde vom Gros der Aktivisten geteilt. Die zionistische Führung wurde von Lichtheim\* schon im Herbst 1942 über das tatsächliche Ausmaß der Schoah informiert. Seiner Schätzung nach würden – im günstigen Fall – ein bis zwei Millionen Juden im kontinentalen Europa exklusive der UdSSR den Krieg überleben. Auch die Führung der AC war darüber informiert. Das ganze *Biltmore-Programm* basierte aber auf der – schon zu diesem Zeitpunkt unrealistischen – Annahme, dass nach dem Krieg Millionen Juden aus Europa den Weg nach *Erez Israel* suchen würden. Nur so hätte eine jüdische Majorität und schließlich Herrschaft in ganz Westpalästina errungen werden können.<sup>571</sup> Auch auf praktischer Ebene erweckte diese *Alijah*-Strategie erhebliche Zweifel. Der Finanzierung wurde wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ben-Gurion und Weizmann spekulierten vor allem auf US-amerikanische Kredite von mindestens einer Milliarde Dollar und Reparationszahlungen aus Deutschland. Das Gesamtbudget der *Agency* betrug im Jahre 1945 jedenfalls kaum mehr als

---

<sup>570</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth/S.[iegfried] Moses, Nur für Mitglieder des Merkas der Alija Chadascha v. 14.1.1943, in: ZZA, A158/8; Zu unserer politischen Diskussion, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 1.3.1943, S.2; Politische Resolutionen des Merkas der ACh, MB v. 9.4.1943, S.1-2; Der Verlauf der Tagung, MB v. 5.11.1943, S.2-4; Gelber, Neue Heimat, S.566-5667.

<sup>571</sup> Richard Lichtheim an Max Kreuzberger v. 6.12.1943, in: ZZA, J18/116; Draft Letter from Richard Lichtheim, Jewish Agency for Palestine-Geneva, to Nahum Goldmann, September 9, 1942, abgedr. in Jürgen Matthäus u.a. (Hg.), Documenting Life and Destruction. Holocaust Sources in Context, Volume III: Jewish Responses to Persecution, 1941-1942, Lanham/Plymouth 2013, S.313-316; Draft aide-mémoire by Richard Lichtheim and Gerhard Riegner concerning the Persecution of the Jews in Europe, October 1942, abgedr. in: ebd., Volume IV: Jewish Responses to Persecution, 1942-1943, Lanham/London 2015, S.140-142.

vier Millionen Pfund.<sup>572</sup> Im Bereich der Integration von Neuankömmlingen lag im *Jischuw* auch vieles im Argen. Die zionistischen Institutionen waren in den Jahren 1943 und 1944 schon damit überfordert, einige Hunderte eingetroffene *Olim* adäquat zu versorgen.<sup>573</sup> Initiativen der *Hitachduth* und später der *AC* und des *Irgun*, die *Deutsche Abteilung* zu einer allgemeinen Flüchtlingsabteilung umzustrukturieren, um Neueinwanderer umfassender betreuen zu können, verliefen trotzdem im Sande.<sup>574</sup> Auf politischer Ebene blendete das Programm gleichfalls unangenehme Realitäten aus. Die Stellung der nichtjüdischen Bevölkerung im zukünftigen Judenstaat, jene machte zu diesem Zeitpunkt mehr als Zweidrittel der Gesamtbevölkerung aus, erwähnte es mit keiner Silbe. Weder die damalige Bevölkerungsmehrheit, noch die westlichen Alliierten hätten einer so radikalen Lösung der Palästina-Frage zugestimmt. Letztere hatten in Near East weitreichende politische und ökonomische Interessen, die solch ein Vabanquespiel faktisch ausschlossen.<sup>575</sup> Zum anderen wurde das Programm aus ideologischen Gründen kritisiert. Die Führungsspitze der *AC* einte der Gedanke eines „reinen Zionismus“, wie Rosenblüth\* es nannte, der hohe ethische Maßstäbe an die zionistische Politik anlegte und (offensive) Gewaltanwendung zur Politikdurchsetzung ablehnte.<sup>576</sup> Das *Biltmore-Programm* war daher sicherlich ein geeignetes Propagandainstrument zur Schaffung einer Einheitsfront im *Jischuw* und der *Golah*. Wirkliche Realisierungschancen besaß es dagegen nicht, es sei denn, der *Jischuw* setzte alles auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der arabischen und möglicherweise auch britischen Seite – was zum damaligen Zeitpunkt eine fatale Überschätzung der eigenen Machtposition bedeutet hätte.

---

<sup>572</sup> Siehe dazu: Hacothen, Ben-Gurion, S.263; K. Alkalan, Das Budget der Jewish Agency, MB v. 1.2.1946, S.3; Yoav Gelber, Partners and Adversaries: Jewish Survivors of World War II, the Jewish Agency, and Britain, in: Richard I. Cohen (Hg.), Vision and Conflict in the Holy Land, Jerusalem/New York 1985, S.274-308, hier: 279 [f. Gelber, Jewish Survivors]; Weizmann, Solution, S.331.

<sup>573</sup> Siehe dazu: Symptom und Übel, MB v. 19.3.1943, S.1-2; Notizen der Woche, MB v. 17.9.1943, S.1-2; Aus dem Inferno des Golus – in den Parteihader des Jischuw, JC v. 19.3.1943, S.2; Elektrisierende Wirkung, MB v. 3.3.1944, S.1-2; Planung der Einwanderungshilfe, MB v. 17.3.1944, S.1.

<sup>574</sup> Siehe dazu: ebd.; Beschlüsse der Merkassitzung des Irgun Olej Merkass Europa v. 28.1.1944, in: ZZA, J18/21/9; Siegfried Moses an Chaim Weizmann v. 9.4.1944, in: ZZA, J18/44; Max Kreutzberger an A.[rthur] Ruppin v. 23.10.1939, in: ebd.; Hanhalah [Sitzung d.] A.Ch. v. 29.3.1944, in: ZZA, J18/50.

<sup>575</sup> Siehe dazu: Gurevich/Gertz, Handbook, S.46-47; Declaration by the Extraordinary Zionist Conference, Biltmore Hotel, New York City, Mai 11, 1942, abgedr. in: Laqueur, Israel-Arab Reader, S.77-79; Amerikanische Öl-Projekte, MB v. 11.2.1944, S.1-2; Amerika im Mittleren Osten, MB v. 12.5.1944, S.5-6.

<sup>576</sup> Siehe dazu: Joseph Heller, The Birth of Israel 1945-1949. Ben-Gurion and his Critics, Gainesville u.a. 2000, S.184-185, 187 [f. Heller, Birth of Israel]; Der Verlauf der Tagung in Ramot Haschawim, MB v. 5.1.1945, S.3-5 und Kap. V.

## Die staatstheoretischen Präferenzen der Aktivisten der AC

Die *Alija Chadascha* erlegte sich das Schweigegebot zum *Biltmore-Programm* zum einen auf, um mit der offiziellen zionistischen Politik nicht allzu sehr in Konflikt zu geraten; schließlich erhoben gerade deutsche Zionisten *Mischtar Zioni* zum Dogma. Vor allem aber vermied sie zum anderen dadurch (zunächst) innerparteiliche Auseinandersetzungen. Aus diesem Grund verblieb sie in ihren außenpolitischen Forderungen nach *Alijah* und Siedlung auch ausgesprochen unkonkret, denn jene präjudizierten kein staatliches Modell. Tatsächlich waren in der Führungsebene der Partei alle Anschauungen vertreten: Binationalismus, Kantonisierung, Partition, Aufrechterhaltung des Mandats bis hin zu Biltmore-Befürwortern.<sup>577</sup>

Eine Gruppe um Rosenblüth\*, Pinner\* und Foerder\* präferierte den Teilungsgedanken als programmatischen Ansatz für die zionistische Nachkriegspolitik. Für sie war weder der Nationalstaatsgedanke diskreditiert, noch das Recht der (kleinen) Völker auf Selbstregierung – somit hielt sie dem politischen Zionismus Herzls unvermindert die Treue. Aber auch eine binationale oder Biltmore-Lösung war laut Rosenblüth\* in Einklang mit Herzls Vision. Daher sah er auch die Strategie der *Agency*, alles auf die Biltmore-Karte zu setzen, als taktischen Fehler an. Er hegte aber auch an der realpolitischen Durchsetzbarkeit des *Biltmore-Programms* erhebliche Zweifel. Im Angesicht der Schoah schien ihm das Erreichen einer jüdischen Majorität in ganz Westpalästina ebenso unwahrscheinlich, wie das Abfinden der arabischen Seite mit dieser maximalen Lösung; dies waren für ihn die stärksten Argumente für den Kompromiss der Teilung. Mit ihr könne relativ schnell eine jüdische Majorität geschaffen und zumindest mittelfristig ein arabisch-jüdischer Ausgleich erreicht werden. In den Jahren 1942-1944 dachte er noch nicht an eine vollständige Souveränität für den zukünftigen Judenstaat. Der innenpolitische Bereich und hier insbesondere die *Alijah*- und Siedlungspolitik sollte in jüdischen Händen liegen, während *GB* vor allem für den militärischen Schutz des neuen Staates sorgen sollte. Somit setzte Rosenblüths\* Konzeption auf die Hilfe der britischen Großmacht, die die Teilung durchsetzen, den jungen jüdischen Staat mit aufbauen und militärisch schützen sollte.<sup>578</sup>

---

<sup>577</sup> Siehe dazu: Zur Diskussion „Nach den Wahlen“, in: ZZA, A155/34; Politische Resolutionen, MB v. 20.11.1942, S.2; Politische Resolutionen des Merkaz der ACh, MB v. 9.4.1943, S.1-2; Felix Rosenblüth, Die „Alija Chadascha“ im öffentlichen Leben, in: Alija Chadascha (Hg.), 10 Jahre neue Alijah, Tel Aviv [1943], S.73-74.

<sup>578</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.12.1942, in: ZZA, A155/34; Neuorientierung im Zionismus, MB v. 8.12.1944, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth an Georg Landauer v. 18.6.1944, in: ZZA, A339/70;



Eine zweite Gruppe um Josef Lamm\*, Kurt Tuchler\* und Kaufmann\* bejahte ebenfalls grundsätzlich den Staatsgedanken, wollte ihn aber im Rahmen des *Biltmore-Programms* verwirklichen. Allerdings lehnte auch sie den Biltmorismus, das heißt, eine aktivistische, auch militante Politik zu dessen Durchsetzung ab. Zumindest für einen Teil dieser Gruppe barg die Biltmore-Formel in sich auch die Option der Partition, falls ganz Westpalästina auf dem Verhandlungswege nicht zu erlangen sei.<sup>579</sup>

Die Gruppe der Aktivisten der AC, die nicht auf das Modell des (ethnischen) Nationalstaates setzte, trug ebenfalls heterogene Züge. Zuvorderst wäre der Kreis um Landauer\*, Luft\*, Weltsch\* und Kreutzberger\* zu nennen. Weltsch\* entfernte sich noch in der Vorkriegszeit wieder von der Partitionsidee, nachdem sich mit der Ausweitung des arabischen Aufstandes erwiesen hatte, dass sie nicht den erhofften Frieden bringen würde.<sup>580</sup> Wie schon dargestellt, setzte dieser Kreis in den ersten Kriegsjahren all seine Hoffnung in eine föderal organisierte, entpolitisierte neue Weltordnung nach dem Krieg, in deren Rahmen auch die Palästina-Frage bereinigt werden würde. Die Idee war sicherlich nicht ganz aus der Luft gegriffen, da es in Großbritannien eine gewisse Föderalismus-Tradition gab und sich zur damaligen Zeit die britische Bewegung für eine föderale Union im europäischen und Weltmaßstab publizistisch und numerisch im Aufwind befand. Aber sie hatte trotzdem stark utopische Züge. Andere Aktivisten der AC warnten zu Recht, dass die imperialistischen und isolationistischen Tendenzen der angelsächsischen Großmächte und vor allem die völlig im Dunkeln liegenden Ziele der UdSSR nicht zwangsläufig auf eine demokratische (föderale) Neuordnung im Weltmaßstab hindeuteten.<sup>581</sup> Öffentlich ließ die Gruppe den Gedanken erst nach Kriegsende fallen. Weltsch\*, wohl selbst sein größter Propagandist, sah in ihm nun nur noch die kühne

---

Hanhala Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 22.6.1944, in: ZZA, ZZA, J18/50; Felix Rosenblüth, Bemerkungen, MB v. 13.8.1943, S.1-2; ders., Hinweise zur politischen Orientierung, März 1942, in: ZZA, A155/9; Felix Rosenblüth, HOGOIA und Politik, MB v. 23.10.1942, S.1-2; Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai (Februar 1943), Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943 [Beilage], S.1-6.

<sup>579</sup> Siehe dazu: Zur Diskussion „Nach den Wahlen“, in: ZZA, A155/34; Notizen über die Diskussionsrede von Hans Kaufmann in der Generaldebatte am Schabbath, den 30.12.1944 in Ramoth Haschawim, in: ZZA, J18/7 II; Felix Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 30.9.1944, in: ZZA, J18/18/1; Rabb. Wilhelm Lewy, [Wahlanalyse], undatiert [August-September 1944], in: ZZA, A155/35; Hans Kaufmann, Fruchtbare Klarheit [Teil II], MB v. 3.11.1944, S.3; N. H. Bein, Unsere Nachkriegs-Aufgaben, MB v. 17.11.1944, S.3.

<sup>580</sup> Siehe dazu: R.[obert] W.[eltsch], Um die Verständigung, JR v. 17.12.1937, S.1-2; ders., Die neue Phase der Palästina-Politik, MB, November 1938, S.10-12; Hans Kaufmann, Mein lieber Bruder v. 10.3.1946, in: ZZA, A155/35.

<sup>581</sup> Siehe dazu: Michael Burgess, *The British Tradition of Federation*, Madison/London 1995, S.133-147; Randbemerkungen, MB v. 20.9.1940, S.4; Rund um das Mittelmeer, MB v. 27.11.1942, S.1-2; Menahem Landau, Bemerkungen zur zionistischen Politik, MB v. 17.12.1943, S.3-4; Felix Rosenblüth, Stimmen der Vernunft, MB v. 31.7.1942, S.1-2.

Fantasterei politischer Literaten.<sup>582</sup> Intern hatte sich die Landauer\*-Gruppe in Anbetracht der Politik der Alliierten aber schon mitten im Krieg von ihm verabschiedet. Da sie an eine arabisch-jüdische Verständigung in absehbarer Zeit auch nicht glaubte, avancierte GB zum einzigen Garanten, der einen kriegerischen Zusammenprall der beiden Völker verhindern konnte. Unter dieser Prämisse blieb letztlich nur eine Option: die Aufrechthaltung der britischen Herrschaft über Palästina. Konsequentermaßen kämpfte Landauer\* daher für den Mandatsgedanken, wenn er auch aus taktischen Gründen dies nicht immer offen eingestand. Ihm schwebte die Rückkehr zu den politischen Verhältnissen vor dem MacDonald-Weißbuch vor, verbunden mit einer gewissen Erweiterung der inneren Autonomie für beide Völker. Über viele Jahre, so die damit verbundene vage Hoffnung, würden die beiden verfeindeten Völker unter der Anleitung der britischen Großmacht doch noch zu einem erträglichen gemeinsamen Zusammenleben in Palästina kommen und eine binationale oder andere Lösung akzeptieren. Von der politischen Vision Herzls, der die nationale Freiheit als Kern zionistischen Strebens deklarierte, hatte sich das Konzept Landauers\* weit entfernt.<sup>583</sup>

Dieser Ansatz war aber nicht neu. Bereits Anfang der 1930er Jahre wollte der *Brith Schalom* die Herrschaft über Palästina internationalisieren.<sup>584</sup> Und auch Landauers\* Schlüssel zur langfristigen arabisch-jüdischen Annäherung, ein Landesentwicklungsplan zum ökonomischen Aufbau Palästinas, kursierte schon seit den 1920er Jahren in der zionistischen Bewegung – allerdings ohne jedwede realpolitische Bedeutung. Dieser Plan sollte die arabische Bevölkerung Palästinas auf eine höhere zivilisatorische Stufe heben und ihre ökonomische Versorgung sichern. Mit inbegriffen war darin die vage Hoffnung, die arabischen Palästinenser würden im Austausch für den ökonomischen Aufstieg ihre nationalen Aspirationen fallen lassen. Mehr noch, von der Weiterentwicklung des Nationalheims, so die Sicht, könne der ganze Near East profitieren und blühende Landschaften hervorbringen.<sup>585</sup>

---

<sup>582</sup> Siehe dazu: R.[obert] W.[eltsch], Zwischen Krieg und Frieden, MB v. 18.5.1945, S.1-2.

<sup>583</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 5.10.1943, in: ZZA, J18/116; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 10.10.1943, in: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an Georg Landauer v. 18.6.1944, in: ZZA, A339/70; „Alija Chadascha Owedeth“, MB v. 16.6.1944, S.4; Hanhala Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 22.6.1944, in: ZZA, J18/50; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.12.1942, in: ZZA, A155/34; R.[obert] W.[eltsch], Zur Politik des Tages, MB v. 27.10.1944, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth an [Robert] Weltsch v. 5.12.1943, in: ZZA, A339/23.

<sup>584</sup> Siehe dazu: Siegemund, Verständigung, S.281.

<sup>585</sup> Siehe dazu: L.[udwig] Pinner an S.[iegfried] Moses v. 10.3.1946, in: ZZA, A339/13; Nach den Feiertagen, MB v. 13.10.1944, S.1; K.[urt] L.[öwenstein], Gefahren der „hohen“ Politik in der Histadruth, MB v. 23.6.1944, S.4; R.[obert] W.[eltsch], Zu Weizmanns Abreise, MB v. 9.3.1945, S.1; „Alija Chadascha Owedeth“, MB v. 16.6.1944, S.4; Justus Schloss, Die jüdische Wirtschaft nach dem Kriege, Tel Aviv 1944.

Zwei weitere Strömungen in der AC, die dem Judenstaatsgedanken ebenso kritisch gegenüberstanden, müssen noch Erwähnung finden. Zum einen wäre eine kleine Gruppe um Hirsch\* und Simon\* zu nennen, die in der AC das Programm des „Ichud“ vertraten. Jene politische Gruppierung gründete sich unter der Führung von Magnes, Buber\* und Szold im Sommer 1942. Für die beiden Aktivisten der AC stand die arabisch-jüdische Verständigung weiterhin im Zentrum ihrer politischen Überlegungen. Sie strebten nach einem binationalen Palästina, das sich auf föderaler Basis mit den Nachbarstaaten vereinigen sollte; daher standen sie auch der Forderung des Landauer\*-Lagers nach einem bedingungslosen zionistisch-britischen Bündnisses kritisch gegenüber. Entgegen der im *Jischuw* oft kolportierten Meinung, dass der „Ichud“ und die AC programmatisch-ideologisch nahezu identisch seien, hatte dieser Kreis eher marginalen Einfluss in der *Alija Chadascha*.<sup>586</sup> Schließlich wären noch die Aktivisten zu nennen, die wie Auerbach\* eine Kantonisierung Palästinas, eingebettet in eine Föderation mit den Anrainerstaaten, präferierten. Wie schon erwähnt, ließ jenes Konzept bewusst die letztliche staatliche Ausgestaltung Palästinas bewusst offen. Sowohl zwei souveräne Staaten als auch ein (föderaler) binationaler Staat waren denkbar. Zumindest für Auerbach\*, das zeigte sich nach dem Krieg, war aber die Zweistaatenlösung nur eine theoretische Option.<sup>587</sup> Die verschiedenen Strömungen in der AC hatten sich schon in der Mitte des Krieges auf ihre jeweilige außenpolitische Linie festgelegt. In den folgenden Jahren passten sie sie noch den politischen Entwicklungen an, die Grundkonzeptionen blieben aber unverändert. Offensichtlich waren die verschiedenen Konzepte nur schwer miteinander vereinbar und diesbezügliche Konflikte vorprogrammiert.

Daher verschärften sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die politische Linie der *Alija Chadascha*, die durch politische Entwicklungen im *Jischuw* und London ausgelöst wurden, noch während der letzten Kriegsmonate. Die Londoner Regierung griff 1943 den Teilungsgedanken als Lösungsoption der Palästina-Frage wieder auf.<sup>588</sup> *Etzel* und *Lechi*

---

<sup>586</sup> Siehe dazu: Ernst Simon, Für jüdisch-arabische Verständigung, MB v. 23.10.1942, S.4; ders., Der Zionismus und die Völker, MB v. 23.10.1946, S.5-6; Im Zeichen der „Union“, MB v. 11.9.1942, S.4; Der Verlauf der Tagung, MB v. 6.11.1942, S.2-5; Merkas-Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 26.6.19144, in: ZZA, J18/50; E.[rnst] Simon an Felix Rosenblüth v. 10.3.1948, in: ZZA, A339/17; M. Buber u.a. [Hg.], Towards Union in Palestine, Jerusalem 1947; zur politischen Gruppierung Ichud siehe: Hattis, bi-national Idea, S.258-271, passim.

<sup>587</sup> Siehe dazu: Elias Auerbach, Ein Vorschlag zur Lösung des Palästina-Problems, Januar 1946, in: ZZA, J18/21/10; E.[lias] Auerbach, Leitsätze zionistischer Politik für den Kongress, Juni 1946, in: ZZA, J18/8; Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74; Elias Auerbach an Felix Rosenblüth v. 24.6.1947, in: ZZA, J18/86; Getter, Organisation, S.252-253; Gelber, Neue Heimat, S.544.

<sup>588</sup> Ch.[aim] Weizmann an Felix Rosenblüth v. 6.9.1943, in: ZZA, J18/116; Final Report of the Palestine Committee, 16 October 1944, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), The Rise of Israel. A Documentary

begannen Anfang 1944 ihren bewaffneten Kampf gegen die – in ihren Augen – britische Fremdherrschaft wiederaufzunehmen. Dessen erster Höhepunkt war die Ermordung des britischen Ministers Lord Moyne durch *Lechi*-Kämpfer im Herbst 1944 in Kairo. Verstärkt wurde das Klima der Rebellion noch durch die schon erwähnten Aufstandsdrohungen zionistischer Spitzenfunktionäre.<sup>589</sup> Die Ideologie des Aktivismus gewann zusehends an Boden. Jene speiste sich aus einer eigenwilligen Mischung aus Verzweiflung und Isolationismus auf der einen und (grenzenlosem) Vertrauen in die eigene Stärke auf der anderen Seite. Die traditionelle Kluft zwischen Juden und Nichtjuden vergrößerte sich durch die Schoah noch, an der die nichtjüdische Welt wenig Interesse zeigte, der *Jischuw* ihr dagegen macht- und hilflos gegenüberstand. Die daraus in aktivistischen Kreisen gezogene Lehre war, dass sich Juden nur auf sich selbst verlassen könnten und einzig die eigene Macht das Schicksal *Erez Israels* entscheiden werde. Gewalt als Lösungsoption war integraler Bestandteil dieser Ideologie, Kompromissbereitschaft wurde dagegen als Schwäche ausgelegt. Gerade unter den zionistischen Jugendorganisationen, ob rechts oder links, trafen jene Gedankengänge auf einige Resonanz. Das militaristische Ideal des Kämpfers verdrängte unter Jugendlichen zunehmend das Pionier-Ideal. Eine Aktivistin der AC beschrieb diesen Sinneswandel wie folgt: Diese „Jugend ist bereit, als erste anzugreifen und totzuschlagen, um nicht totgeschlagen zu werden. Wir hingegen sind vielleicht bereit, uns zu wehren, aber nicht bereit, als erste totzuschlagen.“<sup>590</sup> Trotz ihres unzweideutigen Plädoyers gegen einen jüdischen Nationalismus, der sich an Militarismus und Faschismus anlehnte, sprach aus ihren Worten doch ein gewisser Stolz. Mit diesen Entwicklungen einhergehend verstärkte sich auch die antibritische Stimmung im *Jischuw*. Nicht nur die *Porschim*, wie die Kämpfer der beiden rechtsgerichteten Untergrundorganisationen auch genannt wurden, machten *GB* für die Vernichtung der europäischen Juden mit verantwortlich; der Vorwurf traf sogar in den Reihen der AC auf gewisse Resonanz. Noch dazu näherte sich die außenpolitische Linie Ben-Gurions immer mehr der seiner revisionistischen Widersacher an.<sup>591</sup>

---

Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 33: The British Return to Partition 1943-1945, New York/London 1987, S.218-241 [f. TROI, Vol. 33]; Sofer, Diplomacy, S.36-37; Bethell, Palästina-Dreieck, S.172-176, 188-189, 191-192, 194.

<sup>589</sup> Siehe dazu: ebd., S.163-172, 182-188, 192-194; Um das Attentat auf Lord Moyne, YH v. 9.11.1944, unpg.; Heller, Stern Gang, S.122-138.

<sup>590</sup> Wera Mahler-Frank, Die neue Generation, MB v. 27.8.1943, S.8; siehe weiterhin: Ben-Eliezer, „In Uniform“, passim; Gelber, The Shaping of the „New Jew“, S.455-460; Vladimir Jabotinsky, Die Idee des Betar. Ein Umriss betarischer Weltanschauung, Lyck 1935; Shapira, Land, S.296-352.

<sup>591</sup> Siehe dazu: ebd., S.327-328; Robert Weltsch an [Felix] Rosenblüth v. 13.12.1943, in: ZZA, A339/23; Heller, Stern Gang, S.142-143; Menachem Begin, The Revolt. Story of the Irgun, Tel Aviv 1964, S.33-38; Wera Mahler-

Gerade die Gruppe um Landauer\* sah ihre schlimmsten Befürchtungen nun bestätigt. Für sie symbolisierte das *Biltmore-Programm* einen Nationalismus europäischer Prägung, in dem der *Sacro Egoismo* die einzige Messlatte darstellte. Weltsch\* stellte diese Sichtweise in einem privaten Brief an Rosenblüth\* unverhohlen da: „Ich bin nur gegen einen aggressiven – notwendig – aggressiven Nationalstaat. Oder meinen Sie ernsthaft, dass unsere Staatsprojekte einen anderen Sinn haben als Aggression? Das liegt doch im Wesen der ganzen Ideologie.“<sup>592</sup> Der Kampf gegen einen übersteigerten Nationalismus bestimmte nun in prädominanter Weise die gesamte politische Linie der Gruppe – ihre Stellung zur zukünftigen staatlichen Verfasstheit Palästinas, zu England wie auch zur *Alijah*-Politik. Das von Weltsch\* redigierte und unter der Oberaufsicht von Landauer\* stehende *Mitteilungsblatt* entwickelte sich immer mehr zu ihrem – fast exklusiven – Propagandainstrument. Das Gleiche galt für die erstmals im Juli 1944 erschienene hebräische Wochenschrift der AC namens *Amudim*, nachdem ihr erster Chefredakteur Krojanker\* im Sommer 1945 verstorben war. Gegen die aktivistische Propaganda der Stärke des *Jischuw* predigte Weltsch\* seine Schwäche und Abhängigkeit, gegen die antibritische Stimmungsmache bedingungsloses britisch-zionistisches Zusammengehen und Dankbarkeit gegenüber Großbritannien, gegen die grenzenlose Verzweiflung eine übertriebene Zuversicht. Für das gesellschaftliche Klima, das die neu aufflammende jüdische Terrorwelle beförderte, machte er die *Sochnuth* zumindest mitverantwortlich und den (jüdischen) Nationalstaat diskreditierte er nun offen. Appelle von Rosenblüth\*, den Staatsgedanken wenigstens öffentlich nicht zu verdammen, verhallten ungehört.<sup>593</sup> Die oppositionelle Haltung gegen die offizielle zionistische Politik wandelte sich im Landauer\*-Lager zusehends zu einer Fundamentalopposition, die die realpolitische Ebene verließ und die Rolle des unentwegten Mahners und Kritikers, des vom Volk nicht erhörten Propheten übernahm. Gegen diese Berichterstattung des *MB* lief nun nicht nur die hebräische Presse Sturm. Auch in der *Alija Chadascha* selbst traf die politische Ausrichtung des Blattes auf ausgesprochen scharfe Kritik. Beanstandet wurde von Führungspersönlichkeiten wie Rosenblüth\* die überkritische Stellung gegenüber der jüdischen Seite bei gleichzeitig betont

---

Frank, Die neue Generation, MB v. 27.8.1943, S.8; Grünbaum beschuldigt die Weltmächte, YH v. 10.8.1945, S.1; [Gustav Krojanker], Der Weg der Mapai, Amudim v. 1.9.1944 [Hebr.], S.1-2, 6.

<sup>592</sup> Robert Weltsch an [Felix] Rosenblüth v. 13.12.1943, in: ZZA, A339/23.

<sup>593</sup> Siehe dazu: Neuorientierung im Zionismus, MB v. 8.12.1944, S.1-2; R.[obert] W.[eltsch], Im Spiegel falscher Tatsachen, MB v. 2.3.1945, S.1-2; [ders.], Irrlichter und Irrwege, MB v. 30.6.1944, S.1-2; ders., Gustav Krojanker, MB v. 15.6.1945, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth an [Robert] Weltsch v. 5.12.1943, in: ZZA, A339/23; Robert Weltsch an Felix [Rosenblüth] v. 30.7.1945, in: ebd.; Notizen der Woche, MB v. 18.8.1944, S.1-2.

unkritischer Haltung zu nichtjüdischen Faktoren. Kaufmann\* taufte diese Geisteshaltung einen masochistischen Zionismus, „eine Art Flagellantentum. Man bewies nicht nur Mut zur Unpopularität, sondern eine gewisse Lust an ihr. Man gefiel sich darin, politische Erfolge des Zionismus [...] herabzusetzen, immer wieder auf die Schwäche unserer Position hinzuweisen.“<sup>594</sup> Als Reaktion auf die Radikalisierung des Landauer\*-Kreises formierte sich nun eine innerparteiliche Oppositionsgruppe.

Zu den Wahlen zur *Assefath Hanivcharim* Anfang August 1944 trat die AC ohne explizite außenpolitische Forderungen an. Auch wenn sie sich zum *Biltmore-Programm* ein Schweigegelübde auferlegt hatte, wurde sie im *Jischuw* – rein negativ – als Anti-Biltmore-Gruppe wahrgenommen. Aktivisten der AC, die auch im *Makkabi* oder der *WIZO* aktiv waren, standen nun vor einem Dilemma. Der palästinensische *Makkabi* und auch der *Brith Hamakkabim Atid* sprachen sich 1943 für das *Biltmore-Programm* aus.<sup>595</sup> In Deutschland war der *Makkabi* dem ausgesprochen bürgerlichen zionistischen Lager zuzuordnen. Führende Mitglieder der AC aus dem *Makkabi*-Kreis wie Hermann Lelewer\*, Hans Friedenthal\* oder Fritz Lewinsohn standen daher schon vor dem Wahlkampf nicht nur in außenpolitischen Fragen teils in Opposition zur eigenen Parteipolitik. Als der *Makkabi* eine eigene Liste zur Wahl aufstellte und die skurrile Situation entstand, dass Lelewer\* als ranghohes Mitglied der AC auf der *Makkabi*-Liste kandidieren sollte, kam es zum Bruch und fast alle führenden *Makkabi*-Aktivisten der AC verließen die Partei.<sup>596</sup> Ein ähnliches Szenario spielte sich um ihre *WIZO*-Aktivistinnen ab. Nicht nur verlor die AC dadurch wohl mehrere Tausend Wählerstimmen, sondern langfristig auch einen Teil ihrer Basis aus dem bürgerlichen Lager der deutschsprachigen *Alijah*.<sup>597</sup>

Andere Kritiker des politischen Kurses der AC formierten sich dagegen nun unter der Führung von Kaufmann\* zu einer losen Oppositionsgruppe. Nach den Wahlen erfolgte intern eine

---

<sup>594</sup> Notizen über die Diskussionsrede von Hans Kaufmann in der Generaldebatte am Schabbath, den 30.12.1944 in Ramoth Haschawim, in: ZZA, J18/7 II; siehe weiterhin: F[elix] R[osenblüth] an Robert Weltsch v. 21.8.1944, in: ZZA, A339/23; F[elix] Rosenblüth an [Robert] Weltsch v. 5.12.1943, in: ebd.; Zur Diskussion „Nach den Wahlen“, in: ZZA, A155/34; Mifleget Poale Erez-Jisrael. Abteilung für die Olim aus Mitteleuropa (Hg.), *Alija Chadascha – Wohin? Ein Artikel im „Mitteilungsblatt“ und die Antwort der hebräischen Presse, Tel Aviv [1944]*.

<sup>595</sup> Siehe: Der *Brith-Hamakkabim-Atid*, BNN v. 1.1.1943, S.7; Ben-Gurion vor dem *Makkabi*, MB v. 9.4.1943, S.3; *Makkabi*-Konferenz, MB v. 28.1.1944, S.3 und Kap. VII.

<sup>596</sup> Siehe dazu: Beschlussprotokoll der Sitzung der Hanhalah [d. HOGO]. 4.9.1941, in: ZZA, S7/924; Kampf innerhalb des *Makkabi*, MB v. 23.6.1944, S.3; Zur Frage des *Makkabi*, MB v. 14.7.1944, S.7; [Protokoll d.] Merkas[-Sitzung] der A.Ch. v. 22.9.1943, in: ZZA, J18/50; Sitzung Hanhala [d.] A.Ch. v. 4.5.1944, in: ebd.; Sitzung [d.] Merkas [d.] A.Ch. v. 8.6.1944, in: ebd.; Die Wahlen zur *Assefat Hanivcharim*, JC v. 20.7.1944, unpg.; Getter, *Organisation*, S.262.

<sup>597</sup> Siehe dazu: M.[ax] Kreutzberger, Einige vertrauliche Bemerkungen zum Wahlergebnis der *Alija Chadascha* v. 16.8.1944, in: ZZA, A155/35; Hanhala Sitzung [d. *Alija Chadascha*] v. 22.6.1944, in: ZZA, J18/50; Elfriede Bergel-Gronemann, An die Frauen der *Alija Chadascha*, MB v. 14.7.1944, S.6; *Wizo und Wahlen*, MB v. 3.8.1945, S.7.

Aufarbeitung. Gleichzeitig stieß die Opposition einen teils stürmischen Diskurs um den zukünftigen Weg der *Alija Chadascha* im *MB* und *Amudim* an.<sup>598</sup> Zentrale Themen waren die Auseinandersetzung um den grundsätzlichen Charakter der Partei, über das Für und Wider ihres Konzeptes der Überparteilichkeit und ihre innen- und außenpolitische Profilschärfung. Insbesondere über die Stellung der *AC* zum *Biltmore-Programm*, das schon während des Wahlkampfes die Kardinalfrage für alle Parteien darstellte, wollten die Opponenten Gewissheit erlangen.<sup>599</sup> Der enge Führungskreis der *Alija Chadascha* konnte sich zu diesem Schritt jedoch nicht durchringen. Er brachte auch bei der Tagung der *Assefath Haniwcharim* Anfang Dezember 1944, bei der das *Biltmore-Programm* eine überwältigende Bestätigung erhielt, eine eigene Resolution ein, die sich weiterhin an dem Minimalkonsens von Kfar Schmarjahu orientierte: Aufhebung des MacDonald-Weißbuchs; Recht auf Einwanderung und Bodenerwerb. Sogar die nach der Spaltung von der *Mapai* begründete Gruppe *Achduth Haawodah*, die unter der Führung Jitzchak Tabenkins einen sozialistisch gefärbten Groß-Zionismus verfocht und im *Biltmore-Programm* die Gefahr der Partition erblickte, stimmte nun für den Mehrheitsantrag, da jener Teilung explizit ausschloss. Nicht für ihn votierten neben der *AC* kaum mehr als ein Dutzend Abgeordnete der Kommunisten und des *Haschomer Hazair*.<sup>600</sup>

Ein paar Wochen später fand der zweite Landestag der *AC* in Ramoth Haschawim statt, auf dem die Opposition eine Stellungnahme zum *Biltmore-Programm* erzwingen wollte. Ihre Argumentation war wohlgedacht. Sie führten Weizmann als Argument ins Feld, der – wenn auch ohne die aktivistische Attitüde – das *Biltmore-Programm* unterstützte und sogar die *Alija Chadascha* aufforderte, ihren Widerstand dagegen aufzugeben. Schließlich sah sich die *AC*

---

<sup>598</sup> Siehe dazu: Merkas [Sitzung d.] A.Ch. v. 27.8.1944, in: ZZA, J18/50; Hanhala [u.] Merkas Sitzung [d.] Alija Chadascha v. 5.9.1944, in: ebd.; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.8.1944, in: ebd.; Zur Diskussion „Nach den Wahlen“, in: ZZA, A155/34; E.[lias] Auerbach an [Felix] Rosenblüth v. 16.8.1944, in: ZZA, A155/35; Julian Aron, Gedanken zur Wahl zur Knesset Jisrael 1.8.1944, undatiert [August-September 1944], in: ebd.; M.[ax] Kreutzberger, Einige vertrauliche Bemerkungen zum Wahlergebnis der Alija Chadascha v. 16.8.1944, in: ebd.

<sup>599</sup> Siehe dazu: ebd.; Menahem Landau, Die innere Debatte über die Wahlen [Hebr.], *Amudim* v. 26.9.1944, S.6; Elias Auerbach, Die Zukunft der Esrachim in Erez Israel [Hebr.], *Amudim* v. 26.9.1944, S.1-2; [Gustav Krojanker], Unfruchtbare Klarheit [Hebr.], *Amudim* v. 8.9.1944, S.1, 5; ders., Fruchtbare „Unklarheit“, *MB* v. 15.9.1944, S.3-4; Freie Tribüne, ebd., S.5-7; Gustav Krojanker, Ideologie gesucht, *MB* v. 6.10.1944, S.1-2; C.[eskel] Z.[wi] Klötzel, Keine Ideologie gesucht, *MB* v. 13.10.1944, S.6; Hans Kaufmann, Fruchtbare Klarheit, *MB* v. 27.10.1944, S.3 u. v. 3.11.1944, S.3.

<sup>600</sup> Siehe dazu: Die Tagung der Assefat Haniwcharim, *YH* v. 6.12.1944, unpg.; Die Debatten in der Assefat Haniwcharim, *YH* v. 7.12.1944, unpg.; Große Mehrheit für das Biltmore-Programm, *YH* v. 8.12.1944, S.8; Die politischen Resolutionen der Alija-Chadascha in der Assefat Haniwcharim, *MB* v. 15.12.1944, S.1; Nach der Tagung der Assefat Haniwcharim, ebd., S.1-2; Merkas Sitzung [d.] Alija Chadascha v. 5.9.1944, in: ZZA, J18/50; zu Tabenkin siehe: Aviva Halamish, Book Review, in: *The Journal of Israeli History*, Vol. 24, No. 1 (2005), S.165-169, passim; zu Achduth Haawodah siehe: Heller, *Birth of Israel*, S. 217-228.

selbst als sein loyalster Unterstützer in *Erez Israel*. Die Mehrheit der Führung verhinderte schließlich, dass entsprechende Anträge der Opposition dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt wurden. Zu groß war in ihren Augen wohl die Gefahr, eine Spaltung in den eigenen Reihen heraufzubeschwören. Die Quittung für die bisherige außenpolitische Linie erhielt sie auf dem Landestag trotzdem. Eigentlich so auf parteiinterne Einheit und Konsens bedacht, hielt sich dort die Zustimmung zu jener in Grenzen.<sup>601</sup>

Die offen zutage getretenen innerparteilichen Spannungen, so hofften nicht wenige führende Aktivisten der AC, würden sich durch den erwarteten Richtungswechsel in der britischen Palästina-Politik wieder verringern. Ihre eigenen Prognosen, dass das MacDonald-Weißbuch eine temporäre, den politischen Zeitumständen geschuldete britische Maßnahme sei, die nach Kriegsende wieder aufgehoben werde, erfüllten sich allerdings nicht. Ganz im Gegenteil brach der Kampf um den jüdischen Staat offen aus.

### **Der Weg zum Deadlock: Von der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission zum Bevin-Plan**

Am Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verbreitete sich wenig Siegestimmung im *Jischuw*. Immer mehr Details über die Vernichtung der europäischen Juden drangen an die Öffentlichkeit und bisher hatte die Welt aus dieser Katastrophe keinerlei Konsequenzen gezogen. Für den *Jischuw* und die zionistische Führung war die daraus einzig zu ziehende Lehre die sofortige Öffnung der Tore Palästinas und die Errichtung eines jüdischen Staates.<sup>602</sup> Diese Erwartungshaltung war nicht unbegründet. Das britische Kabinett einigte sich schon Mitte Juni 1944 darauf, das Weißbuch nach Kriegsende aufzuheben. Auch bejahte es fast einhellig den Teilungsgedanken und Churchill versicherte Weizmann in einem persönlichen Gespräch Anfang November 1944 seine explizite Unterstützung für die Partition. In den Vereinigten Staaten forderten Republikaner und Demokraten im Einklang die freie Einwanderung für Juden nach Palästina und Präsident Roosevelt unterstützte den jüdischen

---

<sup>601</sup> Siehe dazu: Rosenblüth wiedergewählt, MB v. 5.1.1945, S.1; Der Verlauf der Tagung in Ramot Haschawim, ebd., S.3-5; Der Brief Dr. Weizmanns, ebd., S.3; Materialien zur Landestagung der Alija Chadascha, MB v. 22.12.1944, S.5-6; Merkas-[Sitzung] [d.] A.Ch. v. 23.11.1944, in: ZZA, J18/50.

<sup>602</sup> Siehe dazu: V.E.-Day in Palästina, MB v. 11.5.1945, S.2; Helene Hanna Thon, V-Day in Jerusalem, MB v. 18.5.1945, S.3; Aus einem Brief an Schmaryahu Marx v. 19.5.1945, in: ZZA, A155/34; Gelber, Jewish Survivors, S.282-286.



Staatsgedanken.<sup>603</sup> Unter diesen Vorzeichen gewannen die moderaten Kräfte in der *Jewish Agency* die Oberhand, die auf einen diplomatischen Weg setzten. Mehr noch, die offiziellen zionistischen Instanzen kooperierten nach dem Mord an Lord Moyne für einige Monate zum ersten und letzten Mal relativ umfangreich mit den britischen Sicherheitsbehörden in Palästina im Kampf gegen den jüdischen Terrorismus. Die *Haganah* ging darüber hinaus selbstständig gegen die „Abweichler“ vor. Offensichtlich war die als „Jagdsaison“ in die Geschichte eingegangene Aktion motiviert durch die Erwartung, dass *GB* die zionistischen Pläne tatkräftig unterstützen werde.<sup>604</sup> Entgegen den zionistischen Hoffnungen befassten sich die Siegermächte am Ende des Krieges mit der Palästina-Frage nur am Rande. Von der zionistischen Seite unbemerkt, hatte Churchill seine Unterstützung für die Partition schon nach der Ermordung seines Freundes Moyne aufgegeben. Daher hüllte sich die britische Regierung nach Kriegsende in Schweigen. Ende Mai übermittelte die *Agency* ein Memorandum direkt an Churchill, das die wesentlichen Forderungen des *Biltmore-Programms* beinhaltete und eine sofortige Entscheidung einforderte. Churchills Antwort war kurz und kühl. Er verschob eine Entscheidung auf unbestimmte Zeit. In den Augen der Zionisten war dies ein weiterer britischer Verrat am Zionismus und insbesondere für den moderaten Flügel um Weizmann eine herbe Niederlage.<sup>605</sup>

Anfang August 1945 fand derweil in London die so genannte zionistische Weltkonferenz statt. Die *Agency* wurde personell erweitert, um der gestiegenen Bedeutung der *US*-Zionisten Rechnung zu tragen. Fast geschlossen votierten die Delegierten für die Forderung der sofortigen Errichtung eines Judenstaates, auch wenn über die dafür zu wählenden Mittel und Wege durchaus Differenzen bestanden. In Anbetracht des anstehenden Regierungswechsels in Großbritannien nahmen die Delegierten noch eine abwartende Position ein, obschon Ben-Gurion kämpferisch ankündigte, dass *Alijah*, Ansiedlung und das zionistische Sicherheitswesen

---

<sup>603</sup> Siehe dazu: J.M. Martin to George Gater, 4 November 1944, abgedr. in: TROI, Vol. 33, S.244-245; Amerika und Palästina, MB v. 17.3.1944, S.2; Bemerkungen der Woche, MB v. 23.3.1945, S.1-2; Bethell, Palästina-Dreieck, S.176-177, 191.

<sup>604</sup> Siehe dazu: ebd., S.187-205; J.[oseph] Linton an Moshe Schertok v. 23. Oktober 1944, in: ZZA; J18/126/2; Gelber, *Jewish Survivors*, S.280-285; Chaim Weizmann to Prime Minister Churchill, 7 December 1944, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 34: Jewish Resistance to British Rule in Palestine 1944-1947*, New York/London 1987, S.40; Ben Gurion fordert Ausrottung der Terroristen, YH v. 23.11.1944, unpg.; Jewry's Horror at 'Revolt Crime', *Palestine Post* v. 8.11.1944, S.1.

<sup>605</sup> Siehe dazu: Sofer, *Diplomacy*, S.40-41; Michael J. Cohen, *Churchill and Bevin. Thesis and Anti-Thesis?*, in: ders. (Hg.), *The British Mandate in Palestine. A Centenary Volume, 1920-2020*, London/New York 2020, S.45-61, hier: S.53-58; Errichtung eines jüdischen Staates gefordert, YH v. 6.5.1945, unpg.; Memorandum der *Jewish Agency* an Churchill, YH v. 29.5.1944, unpg.; Bethell, Palästina-Dreieck, S.211-214.

mit allen Mitteln und unter allen Bedingungen verstärkt würden.<sup>606</sup> Wenige Wochen später waren im zionistischen Lager aber die Hoffnungen auf einen pro-zionistischen Kurs der neuen Labour-Regierung verflogen. Im Gegenteil schickte sie sich an, die Weißbuch-Politik (temporär) fortzusetzen. Die zionistische Führung versuchte auf diplomatischen Wege in London gegenzusteuern. Gleichzeitig beschloss Ben-Gurion, neben der diplomatischen die aktivistische Arena zu eröffnen; am 01. Oktober 1945 gab er die Anweisung zur Durchführung militanter Aktionen seitens der *Haganah*.<sup>607</sup> Am darauf folgenden 13. November zerstörte Außenminister Ernest Bevin mit seiner Erklärung über die zukünftige britische Palästina-Politik die letzte Hoffnung auf eine britische Unterstützung für die Judenstaatsforderung. Sein Fahrplan sah nach der Beendigung der Arbeit einer einzuberufenden anglo-amerikanischen Untersuchungskommission die Errichtung eines zeitlich begrenzten Trusteeship unter UN-Aufsicht vor, was nichts anderes als die zeitgeistentsprechende Form eines Mandats war. Am Ende dieser Zwischenperiode sollte dann die Begründung eines palästinensischen Staates stehen. Ben-Gurion interpretierte diese Strategie als Versuch, Palästina unter dem Mantel einer internationalen Treuhänderschaft zu einer britischen Militärbasis umzuwandeln. Weder ein jüdischer, noch ein arabischer Staat werde entstehen, sondern ein zweites Malta. Unter diesen Voraussetzungen waren aus der zionistischen Führung nicht wenige geneigt, die Arbeit der Untersuchungskommission zu boykottieren.<sup>608</sup>

Die *Alija Chadascha* forderte die *Agency* nicht nur auf, sich unvoreingenommen an den Untersuchungen der Kommission zu beteiligen, sondern entschloss sich nun, ihre außenpolitische Konzeption zu konkretisieren.<sup>609</sup> Im Februar 1946 verließ Rosenblüth\* für gut zwei Monate *Erez Israel*. Es war wohl kein Zufall, dass Landauer\* genau zu dieser Zeit die Festlegung der außenpolitischen Linie forcierte. Wenige Wochen zuvor führten er und Rosenblüth\* eine Grundsatzdiskussion. Landauer\* hielt unvermindert an seinem Konzept der Fortführung eines (verbesserten) Mandats fest – eine Option, die Rosenblüth\* grundsätzlich ablehnte. Für ihn war es ebenso ausgeschlossen, dass sich die beiden Völker weiterhin mit ihrer politischen

---

<sup>606</sup> Siehe dazu: Nach der Londoner Konferenz, YH v. 17.8.1945, S.5; Erweiterung der zionistischen Exekutive, ebd., S.1; 1 Million Juden nach Palästina!, YH v. 14.8.1945, unpg.; Das Programm Ben-Gurions, YH v. 10.8.1945, S.8 u. Kap. V.

<sup>607</sup> Siehe: ebd.; Michael J. Cohen, *Palestine and the Great Powers 1945-1948*, Princeton 1982, S.69-70 [f. Cohen, *Palestine*]; Vor einer antizionistischen Entscheidung der Regierung?, YH v. 23.9.1945, unpg.; Bethell, *Palästina-Dreieck*, S.223-232.

<sup>608</sup> Siehe dazu: Erklärungen Bevins und Ben Gurions, YH v. 15.11.1945, unpg.; Bevin will den Zionismus zum Scheitern bringen, YH v. 29.11.1945, unpg.; Ben Gurions Programm, JC v. 3.4.1946, unpg.; Hurewitz, *Struggle*, S.236-237; Vor dem Eintreffen der Untersuchungs-Kommission, MB v. 21.12.1945, S.3.

<sup>609</sup> Siehe dazu: 'Alija Chadascha' gegen Ben Gurion, JC v. 15.1.1946, S.4.

Unmündigkeit abfinden würden, wie, dass sich Großbritannien nach fast 30 Jahren dazu entschlief, den Aufbau des Nationalheimes und des gesamten Landes ernsthaft zu verfolgen. Er favorisierte die Partition, die Landauer\* wiederum nicht für praktikabel hielt. Der wirkliche Grund für seine ablehnende Haltung war allerdings ein anderer, wie er auf der *Merkas*-Sitzung am 7. März 1946 herausstellte: „In dem Moment, wo das Land geteilt wird, haben wir irredentistische Kriege.“<sup>610</sup> Vom Ausland aus blieben Rosenblüth\* wenig Möglichkeiten, den Entscheidungsprozess in seinem Sinne zu beeinflussen. Inständig bat er auf schriftlichem Weg die Führungsspitze, an der im Landesvorstand bisher mehrheitsfähigen Linie festzuhalten. Jene sah entweder Teilung mit vollständiger jüdischer Regierungsgewalt oder aber Kantonisierung mit innerer jüdischer Herrschaft vor. Grundbedingung war bei beiden Szenarien, dass die Kontrolle über die Einwanderung im jüdischen Territorium gänzlich in jüdischen Händen liege. Es half alles nichts, seine Intervention blieb erfolglos.<sup>611</sup> Die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des außenpolitischen Statements wurden mit außergewöhnlicher Vehemenz geführt. Die Teilungsbefürworter hatten einen besonders schweren Stand. Allein schon der bisherige Parteikonsens, dass aus taktischen Gründen nicht die zionistische, sondern die britische Seite jene Kompromissformel vorschlagen müsste, schwächte ihre Position. Mit ihrer Forderung, auf ein Statement ganz zu verzichten, blieben sie in der Minderheit. Da Landauer\* mit seinen Vorstellungen auch keine Mehrheit hinter sich vereinen konnte, musste ein Kompromiss zwischen ihm und denen, die unter der Führung Auerbachs\* eine Kantonisierung bevorzugten, gefunden werden. Letztlich fanden sich aber in der publizierten Erklärung vor allem Landauers\* Gedankengänge wieder. Sogar auf den Begriff Kanton wurde verzichtet, da er nach seinem Geschmack eine zu starke territoriale Abgrenzung implizierte.<sup>612</sup>

Das am 22. März 1946 im *MB* veröffentlichte Statement setzte auf eine gewisse territoriale Trennung beider Völker, die durch eine engagierte britische Zentralverwaltung zum Geist der gegenseitigen Kooperation und sukzessiven Selbstverwaltung angeleitet werden sollten.

---

<sup>610</sup> Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74, S.6; siehe weiterhin: Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 11.12.1945, in: ZZA, J18/21/10; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 13.2.1946, in: ebd.; Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 30.1.1946, in: ZZA, A158/76; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 16.1.1946, in: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an Siegfried Moses v. 27.2.1946, in: ZZA, A339/13.

<sup>611</sup> Siehe dazu: ebd.

<sup>612</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74; [Max] Kr.[eutzberger] an F.[elix] Rosenblüth v. 2.4.1946, in: ZZA, J18/84; S.[iegfried] Moses an Felix Rosenblüth v. 18.3.1946, in: ZZA, A339/13; L.[udwig] Pinner an S.[iegfried] Moses v. 10.3.1946, in: ebd.

Durch die Aufhebung des Weißbuches und einen landesweiten Entwicklungsplan sollten für beide Völker weitere Entfaltungsmöglichkeiten geschaffen werden. Alle verfassungstheoretischen Überlegungen sollten dem binationalen Charakter Palästinas Rechnung tragen, somit die Einheit des Landes wahren. Rosenblüth\* war wenig erbaut über das Ergebnis. Einzig die von ihm vertretende Forderung nach Einwanderungskontrolle durch jüdische Instanzen in mehrheitlich jüdischen Gebieten fand sich im zweiten Teil der Erklärung wieder, wobei jene im ersten Teil wieder mehr oder weniger zur Disposition gestellt wurde. Dagegen hatte das Programm eine klare Botschaft, wie Pinner\* konstatierte: „Ein solches Programm im gegenwärtigen Moment vertreten, kann nur als Ablehnung der Partition aufgefasst werden.“<sup>613</sup> Weder der *Haschomer* noch die *Alija Chadascha* konnten ihren Konzepten vor der Kommission Gehör verschaffen. Das zionistische *Aktions-Komitee* beschloss zwar das Auftreten vor der Kommission, die auserkorenen Vertreter durften aber nur die offizielle Biltmore-Linie der *JA* vertreten. Mit Ausnahme von Weizmann verblieben die Aussagen der zionistischen Führer daher im gewohnten propagandistischen Rahmen. Nichtöffentlich ließen Weizmann, Ben-Gurion und Schertok jedoch ganz andere Töne anklingen. Alle drei sprachen sich mehr oder weniger offen für eine von London aufzuerlegende Partition aus. Sie selbst könnten aus innenpolitischen Erwägungen allerdings nicht öffentlich dafür eintreten. Offensichtlich war die *Agency* nun ein Opfer ihrer eigenen kompromisslosen Propaganda geworden.<sup>614</sup> Ende April 1946 veröffentlichte die anglo-amerikanische Untersuchungskommission ihren Bericht, der die *Alijah* von 100.000 jüdischen Flüchtlingen aus Europa und die Aufhebung des Bodengesetzes empfahl, aber die Errichtung eines jüdischen oder arabischen Staates ablehnte. Die Empfehlungen zur konstitutionellen Zukunft blieben aber vage, da die Kommissionsmitglieder unterschiedliche Ansätze verfochten. Eine Minderheit unter ihnen bevorzugte die Teilung, befürwortete dann aber den binationalen Vorschlag der Mehrheit, um eine einstimmige Annahme des Berichtes zu

---

<sup>613</sup> ebd., S.1; siehe weiterhin: Erklärung der Alija Chadascha zur politischen Lage, MB v. 22.3.1946, S.1-2; M.[ax] Kreuzberger an [Felix] Rosenblüth v. 30.4.1946, in: ZZA, J18/84.

<sup>614</sup> Siehe dazu: Nach der A.C. Sitzung, MB v. 8.3.1946, S.1; M.[ax] K.[reutzberger], Unterdrückung der Opposition, ebd.; Die Sochnuth erscheint vor der Kommission, JC v. 14.2.1946, unpg.; Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74; Weizmann fordert den jüdischen Staat, JC v. 10.3.1946, S.1, 3; „Wir fordern unser Recht auf unser Land“, JC v. 12.3.1946, S.1-2; Judenstaat – die unabdingbare Forderung, JC v. 27.3.1946, unpg.; Jüdischer Tag der Kommission: Agudath Israel, Sefaradim, Waad Leumi, JC v. 14.3.1946, S.1-2; Cohen, Palestine, S.102-103.

gewährleisten. Das Mandat sollte solange fortgesetzt werden, bis der Konflikt befriedet sei; dann werde Palästina unter ein *UN-Trusteeship* gestellt werden.<sup>615</sup>

Auf der zum 31. Mai 1946 einberufenen Landestagung der AC in Nahariah plante die Partei, ihre Haltung zum Kommissionsbericht festzulegen. Laut des *MB* verlief die Tagung in einem harmonischen Klima; einzig die kleine Oppositionsgruppe um Kaufmann\* störte dieses Bild etwas. Die politische Linie der Führung wurde tatsächlich mit 79 Stimmen bei elf Gegenstimmen und vier Enthaltungen bestätigt, wobei viele Delegierte bei der Abstimmung nicht mehr anwesend waren. Vor allem sprachen sich die Delegierten trotz seiner Fehler für die Annahme des Untersuchungsberichtes aus, da er das Ende der Weißbuch-Politik und die Fortsetzung von *Alijah* und Siedlung bedeutet hätte. Zuvor hatte schon die *Alija Chadascha Owedeth* (ACO) die Annahme des Berichtes befürwortet. Gleichzeitig forderten die Delegierten, dass die zionistische Führung das *Biltmore-Programm* fallen lasse.<sup>616</sup> Entgegen der im *MB* dargestellten Einigkeit unter den Konferenzteilnehmern fand hinter den Kulissen eine handfeste Auseinandersetzung zwischen Rosenblüth\* und Landauer\* statt. Ersterer spielte nicht zum ersten Mal mit dem Gedanken der Demission. Seine scharfe Kritik an Landauer\* betraf nicht nur wesentliche politische Fragen, sondern auch dessen Auftreten und kompromissloses Agitieren gegen jede von seiner Position abweichende Meinung. Interessanterweise sahen beide Kontrahenten die Mehrheit der Partei hinter sich. Landauer\* war sogar der Ansicht, dass nur durch seine persönliche Intervention Rosenblüths\* politisches Referat auf der Landestagung die Billigung erhalten habe. Das Tisch Tuch zwischen beiden war offensichtlich zerschnitten. Wohl einzig die Erkenntnis, dass eine Spaltung der AC beiden die politische Machtbasis entziehen würde, hielt das ungleiche Paar noch zusammen.<sup>617</sup>

---

<sup>615</sup> Siehe: ebd., S.105-106; Report of the Anglo-American Committee of Enquiry regarding the Problems of European Jewry and Palestine, Lausanne, 20th April, 1946, abgedr. in: Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 35: The Anglo-American Committee on Palestine 1945-1946*, New York/London 1987, S.136-218 [f. TROI, Vol. 35]; Zehn Empfehlungen der Untersuchungskommission, JC v. 1.5.1946, unpg.

<sup>616</sup> Die Landeskonferenz, MB v. 31.5.1946, S.1; Die Landesmoezah der Alija Chadascha Owedeth, ebd., S.3; Die Landeskonferenz der Alija Chadascha, MB v. 14.6.1946, S.1-7; Alija Chadascha hinter Rosenblüth, JC v. 3.6.1946, unpg.; A.[alfred] K.[upferberg], „Mitschwingen im Rhythmus der positiven Leistungen“, JC v. 4.6.1946, S.2; L.[eo] David, K.[urt] Tuchler, A.[braham] Landsberg, W.[ladimir] Zeltner, Vorschläge für die zweite Session der Landeskonferenz der „Alija Chadascha“ vom 31. Mai bis 2. Juni 1946 in Nahariah [Hebr.], in ZZA, A158/57; Gelber, Neue Heimat, S.595.

<sup>617</sup> Siehe dazu: Hans Kaufmann an Felix Rosenblüth v. 14.6.1946, in: ZZA, A155/35; Felix Rosenblüth an [Max] Kreuzberger v. 3.6.1946, in: ZZA, J18/84; Georg Landauer an Kurt Blumenfeld v. 14.3.1948, in: ZZA, A339/55; F.[elix] Rosenblüth an Georg Landauer v. 21.3.1948, in: ebd.; Kurt Blumenfeld an Felix Rosenblüth v. 21.5.1946, in: ZZA, A339/72.

Die Reaktionen der anderen beteiligten Faktoren auf den Untersuchungsbericht waren zurückhaltend bis ablehnend und vor allem taktisch motiviert. Die arabische Seite lehnte ihn gänzlich ab und drohte mit ernsthaften Konsequenzen bei seiner Realisierung.<sup>618</sup> Dagegen agierte die zionistische Führung öffentlich wesentlich vorsichtiger. Unbeeindruckt beharrte sie weiterhin auf den Judenstaat als einzigen Lösungsansatz. Sie artikulierte aber ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen – allerdings erst, nachdem die Kommissionsempfehlung der sofortigen Einwanderung der 100.000 vollständig durchgeführt wurde. Intern lehnte Ben-Gurion den Bericht als Fortführung der Weißbuch-Politik ab. Er instruierte daher die amerikanischen Zionisten, Druck auf den US-Präsidenten und die dortigen Parteien auszuüben, sodass jene dem Bericht nicht zustimmen.<sup>619</sup> Präsident Truman hätte wohl den Bericht befürwortet, aber der auf ihn ausgeübte permanente Druck seitens zionistischer Interessensgruppen ließ ihn schwanken. Die US-Politik war vor allem an der sofortigen Einwanderung der 100.000 interessiert, um die Situation in den *Displaced Persons*-Lagern zu entschärfen und die US-amerikanische Öffentlichkeit zu beruhigen. Weitreichende Verpflichtungen in Palästina selbst scheute sie dagegen. In London hielt sich die Begeisterung für den Bericht auch in Grenzen. Insbesondere die Empfehlung der 100.000 Sofort-Zertifikate stieß dort bitter auf. Sogleich stellte die britische Regierung Vorbedingungen für deren Implementierung: Entwaffnung der paramilitärischen Kampfverbände in Palästina und eine umfassende Lösung der Palästina-Frage unter finanzieller und vor allem militärischer Mitwirkung der USA.<sup>620</sup> Im Mai 1946 wurde eine weitere Kommission berufen, die so genannte anglo-amerikanische Expertenkommission, um Detailfragen und insbesondere die zukünftige konstitutionelle Ausgestaltung Palästinas zu klären. Die Ergebnisse der Kommission stellte die britische Regierung am 31. Juli im House of Commons offiziell vor: den Morrison-Grandy-Plan. Entgegen der Empfehlungen der Untersuchungskommission, einen binationalen Staat anzustreben, plädierte sie für ein Kantonisierungsmodell durch die Schaffung von vier (autonomen) Provinzen: jeweils eine arabische und jüdische und Jerusalem und den Negev unter britischer Verwaltung. Laut dem Expertenbericht waren die nationalen Aspirationen der beiden Völker

---

<sup>618</sup> Siehe dazu: Die Araber opponieren und drohen, JC v. 5.5.1946, S.1; Notizen der Woche, MB v. 21.6.1946, S.2-3; Bethell, Palästina-Dreieck, S.253; Cohen, Palestine, S.119-120.

<sup>619</sup> Siehe dazu: ebd., S.107-109; Die Antwort der Jewish Agency an England und USA, JC v. 17.6.1946, S.3; Minutes of a [Jewish Agency] Meeting on 29th April, 1946, abgedr. in: TROI, Vol. 35, S.229-232.

<sup>620</sup> Siehe dazu: USA bestehen auf 100.000 Sofort-Zertifikaten, JC v. 24.6.1946, S.1; Bethell, Palästina-Dreieck, S.250-255; Erste Erklärung Attlees: Alija erst nach Entwaffnung, JC v. 2.5.1946, S.1; Ein zweites „Bevin-Statement“ über Palästina, JC v. 16.6.1946, unpg; Cohen, Palestine, S.109-119.

unvereinbar und der daraus resultierende Konflikt so tiefgreifend, dass eine Verständigung auf Basis eines Einheitsstaates in absehbarer Zeit nahezu ausgeschlossen sei. Kantonisierung bot dagegen die Gewähr, dass die beiden Völker sofort ein größtmögliches Maß an Selbstregierung erhielten. Freilich hätte die (britische) Zentralregierung weiterhin das entscheidende Wort mitzureden gehabt.<sup>621</sup> Die *Alija Chadascha* akzeptierte als einzige *Jischuw*-Partei auch diesen Plan als Verhandlungsgrundlage.

Die *Sochnuth* lehnte ihn offiziell ab.<sup>622</sup> Intern schlug sie aber ganz andere Töne an. Ihre politische Linie hatte in eine Sackgasse geführt. Der Aktivismus hatte keine sichtbaren Erfolge gezeigt; im Gegenteil, als *GB* mit der Aktion *Agatha* Ende Juni 1946 mit militärischen Brachialgewalt gegen die paramilitärischen Gruppen des *Jischuw* zurückschlug, offenbarte sich seine Schwäche überdeutlich. Über der *Sochnuth* und *Haganah* schwebte nun die Gefahr der Zerschlagung und darüber hinaus hatten die Zionisten die Geduld der *US*-Politik bis zur Neige strapaziert. Sie erwartete von der *JA* ein realistisches Programm jenseits propagandistischer Floskeln.<sup>623</sup> Auf ihrer Exekutivtagung Anfang August 1946 in Paris ließ sie daher das *Biltmore-Programm* sang- und klanglos fallen und erhob die Partition zu ihrer neuen (inoffiziellen) Linie. Mehr noch, zwar lehnte sie den Morrison-Grandy-Plan ab, gleichzeitig sah die Mehrheit der Teilnehmer in ihm aber eine Interimslösung bis zur Realisierung der Teilung und wollte auf dieser Basis in Verhandlungen eintreten. Ben-Gurion opponierte zwar gegen diese Entscheidung, befürwortete aber dennoch Goldmanns\* *US*-Mission unter diesen Parametern. Er taktierte in Paris strategisch brillant. Er ließ die Moderaten um Goldmann\* und Weizmann die Verhandlungen führen und wenn ihre diplomatische Offensive scheitern sollte, konnte er seine Hände in Unschuld waschen.<sup>624</sup> Auch Rosenblüth\* nahm an der Exekutivtagung in Paris teil und auch er änderte nun seine Taktik. Bisher hatte er aus parteipolitischer Rücksichtnahme den Teilungsgedanken nicht öffentlich propagiert. In seiner dort gehaltenen Rede griff er die

---

<sup>621</sup> Siehe dazu: ebd., S.116-128; Der britische Föderativplan für Palästina, JC v. 8.8.1946, S.2-3; Hurewitz, *Struggle*, S.257-258.

<sup>622</sup> Siehe dazu: Die Jewish Agency lehnt den Föderationsplan ab, JC v. 6.8.1946, S.1; Salli Hirsch, Gibt es noch eine andere Lösung, MB v. 2.4.1948, S.3; [Manuskript der Rede von] Felix Rosenblüth [auf d. (außerordentlichen) Sitzung der Jewish Agency in Paris] v. 18. August 1946, in: ZZA, J18/82.

<sup>623</sup> Siehe dazu: Kap. V; Cohen, *Palestine*, S.136, 141-142.

<sup>624</sup> Siehe dazu: ebd., S.136-146, 154; Jewish Agency für Kantonisierung und späteren Judenstaat, JC v. 16.8.1946, S.1; Segev, Ben Gurion, S.400-401.

bisherige aktivistische Linie der *Agency* äußerst scharf an und behauptete dann gewagt: „The Aliyah Hadasha will be in favour of a Jewish State in a part of Palestine“.<sup>625</sup>

Goldmann\* brachte bei seiner Rückkehr aus den USA Mitte August keine explizite Unterstützung Trumans für den Teilungsplan der JA mit; gleichzeitig blieb der US-Präsident aber auch auf Distanz zum Morrison-Grandy-Plan. Zur selben Zeit versuchte die britische Regierung, die arabische und die jüdische Seite zu Verhandlungen auf Grundlage des Expertenberichtes zu bewegen.<sup>626</sup> Diese so genannten „Londoner Verhandlungen“ standen aber unter keinem glücklichen Stern. Alle Seiten taktierten und letztlich nahmen offiziell nur die eingeladenen arabischen Staaten teil. Nach dem Scheitern von Goldmanns\* US-Mission schwenkte Ben-Gurion wieder auf seine aktivistische Linie über. Er war die treibende Kraft, die die Teilnahme der JA an die – von den Briten nicht akzeptierten – Bedingung knüpfte, nur auf Basis ihres Teilungsplanes in Verhandlungen einzutreten. Wenn die JA auch inoffiziell in London mitverhandelte, neigte sich die Waage im Machtkampf zwischen Moderaten und Aktivisten wieder Richtung letztere. Ben-Gurion fasste seine politische Wegrichtung in eine unzweideutige Parole zusammen: Weder Massada noch Vichy – zugleich eine klare Abgrenzung von den beiden jüdischen Terror-Gruppen wie von den Moderaten. Er beschwor die Gefahr der Spaltung der zionistischen Bewegung herauf und forderte ihre Einheit unter der Parole des Judenstaates.<sup>627</sup> Tatsächlich formierten sich die Gegner der Teilung von den *Haschomer Hazair* bis hin zu den (rechts-)bürgerlichen Kreisen. Alles lief auf eine Entscheidungsschlacht der beiden Lager auf dem 22. Zionistenkongress in Basel im Dezember 1946 hinaus.<sup>628</sup>

Die *Alija Chadascha* stand natürlich im antiaktivistischen Weizmann-Lager. Dafür handelte sie sich gerade aus den linken Kreisen des *Jischuw* Vorwürfe wie Verräter, Quislinge und

---

<sup>625</sup> [Manuskript der Rede von] Felix Rosenblüth [auf d. (außerordentlichen) Sitzung der Jewish Agency in Paris] v. 18. August 1946, in: ZZA, J18/82, S.5; siehe weiterhin: Felix Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 19.-21.8.1946, in: ebd.

<sup>626</sup> Siehe dazu: Jewish Agency und Trumans Votum, JC v. 14.8.1946, S.3; Cohen, Palestine, S.128-132, 147-151.

<sup>627</sup> Siehe: ebd., S.151-159; Weder Massada noch Vichy – Für Einheit und Judenstaat, JC v. 9.9.1946, S.3-4; Der „Oberste Arabische Rat“ hat abgelehnt, JC v. 1.9.1946, S.1; Nach dem Nein des Engeren Zionistischen A.C., JC v. 29.9.1946, S.1; Die Londoner „informellen Gespräche“ dauern an, JC v. 11.10.1946, S.1; Heller, Birth of Israel, S.131-133.

<sup>628</sup> Siehe dazu: Prominenten-Aufruf gegen die Teilung, JC v. 30.9.1946, S.4; Die Front gegen den Teilungsplan, JC v. 4.10.1946, S.20; Robert Weltsch, In Abwesenheit der Jewish Agency, MB v. 20.9.1946, S.1; Revisionisten, Zionistische Exekutive und Antizionisten, MB v. 16.10.1946, S.2.



Judenratsbefürworter ein.<sup>629</sup> Der Kampf gegen den Aktivismus und die antibritische Hetze prägte ihren Kongress-Wahlkampf; als einzige Partei setzte sie auf eine Erneuerung der Kooperation mit Großbritannien. Die innerparteiliche Kakophonie in punkto der zukünftigen staatlichen Ausgestaltung Palästinas hielt weiterhin unvermindert an. Der letztlich erzielte Minimalkonsens befürwortete außer der Biltmore-Lösung alle Modelle, „die entweder zu unabhängigen, miteinander föderierten und mit England verbündeten jüdischen und arabischen Staaten oder zu einem auf politischer Parität beruhenden jüdisch-arabischen Einheitsstaat führen“<sup>630</sup> würden. Die am 28. Oktober im *Jischuw* durchgeführten Wahlen verliefen für die AC mehr als enttäuschend. Sie erzielte gerade einmal gut 12.000 Stimmen. *Mapai*, *Achduth Haawodah* und die nach langer Abstinenz wieder in den Schoß der WZO zurückgekehrten *Revisionisten* gingen demgegenüber gestärkt aus den Wahlen hervor. Konsterniert resümierte Rosenblüth\*, dass sich die Mehrheit des *Jischuw* für Aktivismus und wohl gegen Partition positioniert habe. In der Tat war es ein überwältigender Sieg der aktivistischen Hardliner.<sup>631</sup> Neben finanziellen und technischen Problemen machte die AC vor allem ihre pro-britische Ausrichtung für die Niederlage verantwortlich. Dies und ihr Wankelmut in der Judenstaatsfrage ließen sogar ihre treuesten Anhänger auf Abstand gehen. Das ihr eher wohlgesonnene deutschsprachige Nachrichtenblatt *Jedioth Chadaschoth* kritisierte diese illusionäre Politik schon Monate zuvor und brachte die Einstellung des gesamten *Jischuw* auf den Punkt: „In Palästina betrachten die Juden die Staatsforderung als eine Sache von Leben und Tod.“<sup>632</sup>

Auf dem am 9. Dezember beginnenden Zionistenkongress in Basel vertrat die AC ihre schon bei den Kongresswahlen eingenommene politische Linie. Nach eigenem Bekunden war sie

---

<sup>629</sup> Siehe dazu: Gefährliche Schlagworte, MB v. 6.9.1946, S.1; Aus unserem Pressesumpf, MB v. 27.12.1946, S.2; Gerda Luft, Geschrei zur Einschüchterung, MB v. 13.9.1946, S.2, 5; Keine Teilnahme der Jewish Agency, ebd., S.1-2; [Telegramm v.] Felix Rosenblüth an [Chaim] Weizmann v. 6.9.1946, in: ZZA, J18/82.

<sup>630</sup> Programm zum XXII. Zionisten-Kongress, MB v. 16.10.1946, S.3; siehe weiterhin: [Alija Chadascha Hg.], Gegen „Biltmorismus“ und „Aktivismus“, Jerusalem 1946 [f. AC, Gegen „Biltmorismus“]; Georg Landauer, Zu neuem Ringen, MB v. 25.9.1946, S.1-2; Richard Lichtheim, Wandlungen, MB v. 9.10.1946, S.3; ders., Prognosen, MB v. 9.8.1946, S.3-4; Nach den Wahlen, MB v. 8.11.1946, S.1-2.; Material für ein Wahlflugblatt der Alija Chadascha zum 22. Kongress, in: ZZA, J18/82; E.[lias] Auerbach, Leitsätze zionistischer Politik für den Kongress, Juni 1946, in: ZZA, J18/8; [Kurt] Tuchler, [Walter] Turnowsky, Der XXII. Zionisten-Kongress, undatiert [Juli-Oktober 1946], in: ebd.

<sup>631</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an Chaim Weizmann v. 3.11.1946, in: ebd.; Fazit der Kongresswahlen, JC v. 12.11.1946, S.?.; Nach den Kongresswahlen, MB v. 1.11.1946, S.1; Die Lehren dieser Wahl, JC v. 1.11.1946, S.3.

<sup>632</sup> Der Standpunkt der Juden, JC v. 2.5.1946, S.2; siehe weiterhin: Vielleicht das Ende der Illusion, JC v. 5.4.1946, S.3; Richard Lichtheim, Warnung vor Feuerwerk, MB v. 15.11.1946, S.1-2; Benno Cohn, Äußerungen zum Bericht der Untersuchungskommission v. 24.12.1946, in: ZZA, J18/51; Bericht [d. Untersuchungskommission], November 1946, in: ZZA, A158/76.

unter den Kongressteilnehmern vollständig isoliert und hatte keinerlei Einfluss auf die sich im Hintergrund abspielenden mannigfachen Ränkespiele.<sup>633</sup> Der schon seit Jahren andauernde Konflikt zwischen Ben-Gurion und Weizmann erreichte nun seinen Höhepunkt. Ersterer machte von Anfang an klar, dass er nur in einer aktivistischen JA ohne Weizmann weiterhin wirken werde. Programmatisch trat er für die Judenstaatsforderung oder aber die Weiterführung des (ursprünglichen) Mandats ein. Weizmann plädierte ebenso für den Judenstaat, distanzierte sich aber gleichzeitig von Terror und Aktivismus und hielt an seiner pro-britischen Strategie fest. Auch sprach er sich für die Teilnahme an den Anfang Oktober vertagten Londoner Verhandlungen aus. Er verlor den Kampf und schied aus der Führungsriege aus; der Kongress sprach sich gegen Verhandlungen aus und vermied auch, der JA für Verhandlungen ein definitives Mandat für die Partition auszusprechen. Der mächtigste Mann des amerikanischen Zionismus, Abba Hillel Silver, der öffentlich für das *Biltmore-Programm* und den militanten Kampf eintrat, kehrte nach seinem Rücktritt im Herbst 1946 wieder in die *Agency* zurück. Zwar verblieben insbesondere in der Londoner Zweigstelle der JA einige Moderate, aber der Aktivismus hatte klar auf dem Kongress obsiegt.<sup>634</sup>

Ende Januar 1947 wurden die Londoner Verhandlungen wiederaufgenommen. Neben der arabischen und britischen nahm trotz des Kongressbeschlusses auch die zionistische Seite auf informeller Basis wieder teil. In den ersten Verhandlungsrunden taktierten alle Beteiligten. Angeführt von Ben-Gurion gingen die zionistischen Vertreter – vermeintlich – gestärkt in die Verhandlungen, da Truman schon im Oktober 1946 öffentlich die Sympathie der *US*-Regierung für die Partition bekundet hatte. Sie forderten die Durchführung des Mandats gemäß der ursprünglichen Intention und deuteten nur zwischen den Zeilen die Teilung als Lösungsoption an. Im britischen Kabinett wiederum zirkulierten unterschiedliche Lösungsansätze. Letztlich setzte sich Außenminister Bevin mit seinem so genannten Bevin-Plan durch, der de facto nach fünf Jahren Übergangszeit die Begründung eines arabisch beherrschten Einheitsstaates

---

<sup>633</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth, To whom it may concern only, 14.12.1946, in: ebd.; Aliyah Hadashah, Short Comments on Dr. Sneh's Speech, 16<sup>th</sup> December 1946, in: ZZA, J18/8; Die Kongressrede F. Rosenblüths, MB v. 27.12.1946, S.5; Alija Chadascha Tel-Aviv, An die Mitglieder der Alija Chadascha v. 19.12.1946, in: ZZA, J18/52; Die Resolutionsvorschläge der Alija Chadascha, MB v. 17.1.1947, S.2.

<sup>634</sup> Siehe dazu: ebd.; Robert Weltsch, [Berichte aus] Basel v. 11.12. u. 22.12.1946, in: ZZA, J18/85; Aus Kreuzbergers Brief v. 16.12.[1946], in: ZZA, A158/76; Richard Lichtheim, Die neue Leitung, MB v. 3.1.1947, S.1; Felix Rosenblüth, Basel, ebd., S.2; Silver verwirft Teilungsplan, JC v. 9.12.1946, S.6; Ben-Gurions Programm, JC v. 12.12.1946, S.1; Weizmann's Indictment of White Paper, Palestine Post v. 10.12.1946, S.2; Die Kongress-Debatte um Teilung und Konferenz-Teilnahme, JC v. 15.12.1946, S.4; Ben-Gurion beleidigt, JC v. 18.12.1946, S.4; Die Kongress-Resolutionen, JC v. 25.12.1946, S.1; Palästina-Konferenz – aufgehoben oder aufgeschoben?, JC v. 4.10.1946, S.1; Cohen, Palestine, S.171-175, 177-182.

vorsah. Wenig erstaunlich lehnten die Zionisten die Offerte kategorisch ab; aber auch die arabischen Vertreter, die die sofortige arabische Herrschaft über Palästina einforderten, verweigerten sich zum Erstaunen der Briten diesem Plan.<sup>635</sup> Nach gut anderthalbjähriger intensiver Kompromissuche stand die britische Regierung ohne sichtbaren Erfolg da. Schlimmer noch: Misstrauen, Ablehnung und Hass hatten sich zwischen den drei Konfliktparteien noch verstärkt, der jüdische Terror der Dissidenten hielt Palästina unentwegt in Atem und trotz der zeitweisen Verhängung des Kriegsrechtes entglitt den Briten zusehends die Kontrolle über das Land. In seiner Rede im britischen Unterhaus am 18. Februar 1947 gab Bevin bekannt, die Palästina-Frage nun zur Entscheidung den Vereinten Nationen zu übergeben – ein Schritt, den Araber und Juden als taktischen Bluff betrachteten und dessen Konsequenzen keine der drei Parteien zu diesem Zeitpunkt wirklich einschätzen konnte.<sup>636</sup>

### **Der Entscheidungskampf in der *Alija Chadascha***

In schon gewohnter Manier kritisierte die AC die *Sochnuth* für ihr Versagen bei den Londoner Verhandlungen. In der Tat räumte Goldmann\*, der führend an den Verhandlungen der letzten Monate beteiligt war, in kleiner Runde offen ein, dass die zionistische Strategie völlig verfehlt gewesen sei.<sup>637</sup> Nun aber gesellte sich scharfe Kritik und Verbitterung über die britische Palästina-Politik hinzu. Der Bevin-Plan wurde auch von der AC als unannehmbar zurückgewiesen. Rosenblüth\* stellte klar heraus, dass er nichts anderes als die – zeitlich verschobene – Verwirklichung des MacDonald-Weißbuches darstelle und zu einem permanenten jüdischen Minderheitenstatus in einem arabischen Palästina führen werde. Wie fast die gesamte zionistische Welt interpretierten die Aktivisten der AC das britische Manöver der Anrufung der UNO als einen Trick, da die Briten aus strategischen Erwägungen Palästina niemals aufgeben würden. Und auch hinsichtlich der zionistischen Chancen vor dem UN-Forum waren sie pessimistisch. Tatsächlich benötigten die Zionisten in Anbetracht der

---

<sup>635</sup> Siehe dazu: ebd., S.162-167, 203-221; Um Trumans Kundgebung: Agency positiv – Arabische Kampfansage, JC v. 7.10.1946, S.1; Hurewitz, *Struggle*, 267-273; Bethell, *Palästina-Dreieck*, S.316-322.

<sup>636</sup> Siehe dazu: ebd., S.312-316, 322-333; wg, *Kriegsrecht*, MB v. 7.3.1947, S.3; Cohen, *Palestine*, S.221-242, 273; Aus der hebräischen Presse, MB v. 11.4.1947, S.2; Aus der hebräischen Presse, MB v. 18.4.1947, S.2.

<sup>637</sup> Siehe dazu: Hanhalasitzung [d. Alija Chadascha] v. 15.3.1947, in: ZZA, J18/82; Felix Rosenblüth, *In schweren Tagen*, MB v. 7.3.1947, S.1; Richard Lichtheim, *Das Ende einer Epoche*, ebd., S.1-2.

Machtverhältnisse in der *UNO* und insbesondere der antizionistischen Stellung der *SU* nahezu ein Wunder, um von ihr eine pro-zionistische Entscheidung zu erlangen.<sup>638</sup>

Hier endete aber der Konsens in der *Alija Chadascha*, denn das Fundament ihrer außenpolitischen Linie war nun zerbrochen. Es baute bisher auf den Annahmen auf, dass ein kontinuierlicher Aufbau des Nationalheimes unter britischer Oberaufsicht realisierbar und wünschenswert sei und dass *GB* willens und fähig sei, auch gegen den Widerstand der beiden unnachgiebigen Völker einen gerechten Kompromiss durchzusetzen. Für das Lager um den Parteivorsitzenden stand das Aufbauwerk nun vor einer existenziellen Bedrohung. Die britische Politik habe sich definitiv auf eine pro-arabische Linie festgelegt und strebe nach der Liquidierung des Zionismus. Britische Herrschaft über Palästina bedeute daher per se ein antizionistisches Regime. Die *AC* müsse nun ihre pro-britische Linie aufgeben und ihre außenpolitische Konzeption revidieren.<sup>639</sup> Der Landauer\*-Kreis sah dagegen trotz der Entwicklungen der vorangegangenen Monate kaum programmatischen Änderungsbedarf. Er setzte auf weitere britisch-zionistische Verhandlungen, um *GB* zur Erfüllung des Mandats im Sinne der *Balfour-Deklaration* zu bewegen. Diese Position speiste sich weit weniger aus der fatalen Fehlinterpretation der britischen Intentionen, als aus der Analyse des jüdischen Nationalismus. Der Zionismus werde immer nach der Erlösung ganz *Erez Israels* streben und „in der Errichtung des jüdischen Teilungsstaates nur eine Etappe zur Herstellung des jüdischen Gesamtstaates“ sehen: „das ist aggressiv, führt zu permanenten jüdisch-arabischen Krieg, ist unzionistisch.“<sup>640</sup> Einzig der jüdisch-arabische Einheitsstaat könne auf ethische Weise die zionistischen Aspirationen vollauf erfüllen. Daher müsse ein internationales Übergangsregime unter der Ägide einer dritten Macht so lange aufrechterhalten werden, bis beide Völker reif für ein binationales Palästina seien. Unter diesen Voraussetzungen musste die Landauer\*-Gruppe wohl oder übel an England als Trustee festhalten, da die Vereinigten Staaten die

---

<sup>638</sup> Siehe: Richard Lichtheim, *Kritische Tage*, MB v. 31.1.1947, S.1-2; ders., *Bevins Erklärung im Parlament*, MB v. 21.2.1947, S.1-2; M.[ax] K.[reutzberger], *Der Zionismus vor der UNO*, ebd.; F. Rosenblüth spricht in Tel-Aviv zur politischen Lage, MB v. 28.2.1947, S.10; F.[elix] Rosenblüth, *Liebe Freunde* v. 9.2.1947, in: ZZA, J18/82; *Der Bevin-Plan*, MB v. 14.2.1947, S.1-2; Robert Weltsch, *Im Schmelztiegel der „United Nations“*, MB v. 2.5.1947, S.1-2.

<sup>639</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 6.3.1947, in: ZZA, J18/82; Felix Rosenblüth, *In schweren Tagen*, MB v. 7.3.1947, S.1; F. Rosenblüth: *Politische Zwischenbilanz*, MB v. 16.6.1947, S.1-2; Robert Weltsch, *Ein neues Kapitel*, MB v. 28.2.1947, S.1; Richard Lichtheim, *Zum politischen Programm der Alija Chadascha*, MB v. 13.6.1947, S.3-4.

<sup>640</sup> Georg Landauer, *Welches ist der richtige Weg?*, MB v. 20.6.1947, S.3; siehe weiterhin: F.[elix] Rosenblüth an [Richard] Lichtheim v. 21.2.1947, in: ZZA, J18/82; Georg Landauer, *Unser Auftreten vor den Vereinigten Nationen*, MB v. 9.5.1947, S.1-2; ders., *Vor dem Eintreffen der neuen Kommission*, MB v. 5.6.1947, S.1-2.

undankbare Position nicht anstreben, die *UNO* sie machtpolitisch nicht ausfüllen konnte und die von Landauer\* als totalitär und antizionistisch eingestufte Sowjetunion sie nicht einnehmen sollte.<sup>641</sup> Im völligen Gegensatz dazu sah der Flügel um Rosenblüth\* die Teilung als einzig gangbaren Weg. Nur sie befriedige trotz des schmerzhaften Verzichts die zionistischen Grundforderungen und gleichzeitig biete sie die besten Aussichten auf einen arabisch-jüdischen Ausgleich und Frieden. Überdies könne der Partitionsgedanke als ein klares und verständliches Sofort-Programm mit gewisser Aussicht auf Erfolg vor dem Forum der *UNO* vertreten werden.<sup>642</sup> Am 12. Juni fand dann die entscheidende *Merkas*-Sitzung statt, in der die Mitglieder zwischen Landauers\* und Rosenblüths\* Anträgen zu entscheiden hatten. Bei zwei Enthaltungen erhielt Rosenblüths\* Antrag 25 Stimmen, Landauers\* dagegen nur 14 Stimmen - ein relativ klares Votum.<sup>643</sup>

Am 14. Mai 1947 geschah das von den Zionisten benötigte Wunder. Der sowjetische Vertreter im *UN*-Sicherheitsrat, Andrei A. Gromyko, erklärte in seiner Rede in der außerordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Palästina-Frage, dass eine binationale Lösung anzustreben sei. Falls dies allerdings nicht möglich sei, solle die Partition des Landes erwogen werden. Nach über 20jähriger antizionistischer Frontstellung der *UdSSR* schien sich eine spektakuläre Wende anzudeuten. Die Vollversammlung setzte ein Untersuchungskomitee ein, kurz: *UNSCOP* genannt, das innerhalb von gut drei Monaten das Palästina-Problem von Neuem untersuchen sollte.<sup>644</sup> Im zionistischen Lager herrschte zu diesem Zeitpunkt noch immer ein heterogenes Meinungsspektrum an Lösungsansätzen. Die *Revisionisten* blieben bei ihrer Maximalforderung des jüdischen Staates beiderseits des Jordans, am anderen Ende befand sich der *Haschomer* und die Kommunisten mit ihrer binationalen Lösung. Wie zu Zeiten des Peel-Berichtes scheuten die anderen Parteien eine definitive öffentliche Festlegung, da in ihren Lagern sowohl Gegner wie Befürworter der Teilung waren. Das gleiche Bild zeigte sich

---

<sup>641</sup> Siehe: ebd.; Robert Weltsch, Ein neues Kapitel, MB v. 28.2.1947, S.1; In entscheidender Stunde, MB v. 30.5.1947, S.3-4; Robert Weltsch, England und USA, MB v. 6.9.1946, S.1-2; Referat Dr. Kreutzberger v. 10.1.1946, in: ZZA, J18/23.

<sup>642</sup> Siehe dazu: Richard Lichtheim, Zum politischen Programm der Alija Chadascha, MB v. 13.6.1947, S.3-4; Felix Rosenblüth, Teilung, MB v. 20.6.1947, S.1-2; [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130.

<sup>643</sup> Siehe dazu: Protokoll der Merkas-Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 12.6.1947 [Hebr.], in: ZZA, J18/74; F.[elix] Rosenblüth, Resolutionsvorschlag für den Merkas v. 12.6.1947, in: ebd.; G.[eorg] Landauer, Resolutionsvorschlag für den Merkas v. 12.6.1947, in: ebd.

<sup>644</sup> Siehe dazu: Russland für den Judenstaat, JC v. 15.5.1947, S.1; Die 100 Tage der UNO-Kommission, JC v. 18.5.1947, S.1; Max Kreutzberger, Nach der Tagung der „Vereinigten Nationen“, MB v. 23.5.1947, S.1; Cohen, Palestine, S.260-262.

in der *Sochnuth*; einige ihrer Vertreter befürworteten in der Öffentlichkeit die Aufrechterhaltung des Mandats, andere das *Biltmore-Programm* oder aber Partition. Ben-Gurion sprach sich für die sofortige Gründung eines jüdischen Staates in einem Teil Westpalästinas aus, das restliche Gebiet solle solange Mandatsgebiet bleiben, bis die jüdische Seite auch dort die Majorität habe und die Herrschaft übernehmen könne. Letztlich einigte sich die *Sochnuth*, die Biltmore-Formel vor dem von Juni bis Juli in Palästina weilenden UN-Untersuchungskomitee zu vertreten, sich gleichzeitig aber auch der Partition gegenüber offen zu zeigen. Wie schon vor der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission teilten sich Ben-Gurion und der nun als „Privatperson“ auftretende Weizmann die Rollen: Ersterer plädierte öffentlich für Biltmore, letzterer für Teilung.<sup>645</sup>

Hier lag ein weiterer Grund, warum Rosenblüth\* die innerparteiliche Entscheidung um die konstitutionelle Frage forciert hatte. Er wollte mit einem klaren Bekenntnis zur Teilung nicht nur verlorene Sympathien in der eigenen Wählerschaft zurückgewinnen und die AC auf das realpolitische Parkett des *Jischuw* (zurück-)führen, sondern auch die anderen Parteien und die *Sochnuth* zu diesem Schritt motivieren. Aber selbst seine eigene Partei war trotz des *Merkas*-Beschlusses vom 12. Juni 1947 von einem einheitlichen Auftreten weit entfernt und der bisher gepflegte kollegiale Umgangston in der Öffentlichkeit wurde erheblich rauer.<sup>646</sup> Dabei kamen die Teilungsbefürworter den Gegnern in den eigenen Reihen weit entgegen: Die Minorität durfte weiterhin öffentlich ihre Position vertreten und auch das *MB* stand ihr dafür offen. Einzige Bedingung war, dass die Redaktion des Blattes die beschlossene *Merkas*-Linie zum Ausdruck bringen sollte. Aber die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Landauer\*- und dem Rosenblüth\*-Lager war zerstört, wie Auerbach\* schon wenige Tage nach dem Beschluss vorausschauend erkannte: „Solange wir im Prinzipiellen (‘kein Endziel propagieren’) einig waren, konnten wir Kompromisse schließen; jetzt ist ein Endziel proklamiert, und zwischen verschiedenen Endzielen ist kein Kompromiss möglich. Noch ist das

---

<sup>645</sup> Siehe dazu: ebd., S.263-264; Teilung in Judenstaat und Mandatsgebiet, JC v. 23.5.1947, S.1; Unzweideutige Worte, JC v. 6.6.1947, S.4; Richard Lichtheim, Weizmann vor der Kommission, MB v. 11.7.1947, S.1-2; Robert Weltsch, Das amerikanische Dilemma, MB v. 9.5.1947, S.3-4; Tagebuch der Woche, MB v. 30.5.1947, S.1, 4; Stimmen gegen die Teilung, JC v. 16.7.1947, S.2; Revisionisten gegen UNSCOP, ebd., S.4.

<sup>646</sup> Siehe dazu: [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130; Felix Rosenblüth, Von der Regierung und anderen Dingen, MB v. 4.7.1947, S.1-2; Ernst Simon, Motive und Konsequenzen, ebd., S.3; S.[alli] Hirsch, Keine falschen Kommentare, MB v. 27.6.1947, S.1; Generalversammlung der Ortsgruppe Tel Aviv der Alija Chadascha, JC v. 2.7.1947, S.3; G.[eorg] Landauer an Felix Rosenblüth v. 20.8.1947, in: ZZA, J18/83.

nicht allen klar, [...] dass jetzt die Gefahr von Spaltungen und Absplitterungen für die A.CH. gegeben ist.“<sup>647</sup>

Anfang September 1947 veröffentlichte das *UN*-Untersuchungskomitee seinen Bericht; ein Mehrheitsvotum sprach sich für Partition aus – ein erster zionistischer Etappensieg, denn die letzte Entscheidung musste von der *UN*-Vollversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit gefällt werden.<sup>648</sup> Das Votum wurde von einer großen Mehrheit des *Aktions-Komitees* befürwortet, dem sich auch Hirsch\* im Namen der *AC* anschloss. Rosenblüth\* trat als ihr Vertreter in die vom *Aktions-Komitee* begründete „Politische Kommission“ ein, die in der kommenden entscheidenden Phase der Verhandlungen der *UN*-Vollversammlung die Mitgliedsstaaten im zionistischen Sinne beeinflussen sollte.<sup>649</sup> Nun entstand die bizarre Situation, dass das Lager um Rosenblüth\* für die Realisierung der Teilung kämpfte, während die innerparteiliche Opposition jene zu hintertreiben versuchte. Insbesondere das eigene Parteiblatt ging auf Konfrontationskurs; Lichtheim\*, der als Rosenblüths\* Vertrauter Beiträge für das Blatt verfasste, stellte im Herbst 1947 konsterniert fest, „dass die Redaktion des ‚Mitteilungsblattes‘ seit Monaten den Beschluss der erweiterten Leitung der Alija Chadascha betreffend Teilungsplan und Judenstaat systematisch boykottiert.“<sup>650</sup>

Im Oktober 1947 spitzte sich der Kampf um die *UN*-Entscheidung dramatisch zu. Das britische Kabinett beschloss schon im September 1947 den Rückzug aus Palästina. Weiterhin betonte es, in der Zwischenzeit keinesfalls an der Implementierung eines *UN*-Beschlusses mitzuwirken, wenn nicht beide Konfliktparteien jenem zustimmten. Die beiden Supermächte gaben ihre Unterstützung für den Teilungsvorschlag bekannt. Tatsächlich zeigten die Vereinigten Staaten aber wenig Interesse, einen substanziellen Beitrag zur Erringung der Zweidrittelmehrheit im *UN*-Plenum zu leisten. Erst kurz vor der entscheidenden Abstimmung am 29. November 1947 begannen sie auf zionistischen Druck hin bei den schwankenden *UN*-

---

<sup>647</sup> Elias Auerbach an Felix Rosenblüth v. 24.6.1947, in: ZZA, J18/86; siehe weiterhin dazu: F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.6.1947, in: ZZA, J18/82; Beschluss der Hanhala [d. Alija Chadascha] v. 26.6.1947, in: ebd.

<sup>648</sup> Siehe dazu: Frische Luft, MB v. 5.9.1947, S.1-2; Hurewitz, *Struggle*, S.295-298; Official Records of the Second Session of the General Assembly: Supplement No. 11, United Nations Special Committee On Palestine, Report to the General Assembly, Vol. 1, Lake Success (New York) 1947, unter:

<https://web.archive.org/web/20120603150222/http://domino.un.org/unispal.nsf/9a798adb322aff38525617b006d88d7/07175de9fa2de563852568d3006e10f3?OpenDocument> [aufgerufen am 08.11.2020].

<sup>649</sup> Siehe dazu: Nach der Sitzung des Aktionskomitees, MB v. 12.9.1947, S.1-2; Das Aktionskomitee tagt, MB v. 5.9.1947, S.1; Notizen der Woche, MB v. 7.11.1947, S.1-2.

<sup>650</sup> R.[ichard] Lichtheim, An die Leitung der Alija Chadascha v. 12.10.1947, in: ZZA, J18/83; siehe weiterhin: Richard Lichtheim an [Salli] Hirsch v. 14.10.1947, in: ZZA, A158/21; F[elix] Rosenblüth, Liebe Freunde v. 15.10.1947, in: ZZA, J18/83.

Mitgliedern zugunsten der Partition zu intervenieren. Mit Erfolg. Das Abstimmungsergebnis wies schließlich bei 13 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen eine komfortable Mehrheit von 33 Stimmen für den Teilungsvorschlag aus. Die zionistische Bewegung stand nun vor der Verwirklichung ihrer nationalen Aspirationen.<sup>651</sup> Die Führung der arabischen Palästinenser machte schon vor dem *UN*-Beschluss nie einen Hehl daraus, jeder Entscheidung Widerstand entgegenzusetzen, die nicht eine arabische Unabhängigkeit in ganz Westpalästina beinhaltete. Der „Oberste Arabische Rat“ rief die palästinensischen Araber nach der Abstimmungsniederlage zum 1. Dezember 1947 zu einem dreitägigen Generalstreik auf; zeitgleich fanden erste spontane militante Angriffe auf den *Jischuw* statt. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Unruhen auf ganz Palästina aus – der jüdisch-arabische Bürgerkrieg hatte begonnen.<sup>652</sup>

Mit dem *UN*-Beschluss und dem definitiven britischen Abzugsbeschluss aus Palästinas schien der Konflikt um die staatliche Ausgestaltung Palästinas in der *Alija Chadascha* sein Ende zu finden. Das Landauer\*-Lager arrangierte sich (scheinbar) mit dem Teilungsgedanken. Landauer\* selbst zog sich für einige Monate aus dem politischen Tagesgeschäft weitgehend zurück.<sup>653</sup> Jedoch brachte die öffentliche Distanzierung der Vereinigten Staaten vom *UN*-Teilungsbeschluss im März 1948 das Thema erneut auf die Agenda. Schon wenige Wochen nach dem historischen Beschluss hatte es dafür erste Anzeichen gegeben. Ökonomische und strategische Interessen wie auch die Gefahr, dass ganz Middle East in Chaos und Krieg versinkt, waren die wesentlichsten Motive für den Umfall der *USA*. Statt der Teilung drängte sie nun auf die Errichtung einer temporären *UN*-Treuhandverwaltung, um eine friedliche Lösung des Konfliktes abzusichern.<sup>654</sup> Landauer\* sah nun nochmals die Chance, zugleich sein Konzept

---

<sup>651</sup> Siehe dazu: ebd.; F[elix] Rosenblüth, Liebe Freunde v. 20.10.1947, in: ebd.; Zwei bedeutsame Erklärungen, MB v. 17.10.1947, S.1-2; M.[ax] K.[reutzberger], Am Ende der Debatte, MB v. 24.10.1947, S.1; Notizen der Woche, MB v. 31.10.1947, S.1-2; Cohen, Palestine, S.268-299.

<sup>652</sup> Siehe dazu: ebd., S.267, 273-274, 302-306; Blutiger Verlauf des ersten arabischen Streiktags, JC v. 3.12.1947, S.1; Die Haganah wehrt arabische Angriffe ab, JC v. 4.12.1947, S.1; Blutiges Wochenende in den Städten, JC v. 7.12.1947, S.1; Überfälle auf den Autobus-Convoy, JC v. 8.12.1947, S.1; Yoav Gelber, Palestine 1948. War, Escape and the Emergence of the Palestinian Refugee Problem, Brighton u.a. <sup>3</sup>2012, S.16-30 [f. Gelber, Palestine]; Die UNSCOP-Beschlüsse in der Presse, MB v. 5.9.1947, S.6; Notizen der Woche, MB v. 17.10.1947, S.1-2; Hurewitz, Struggle, S.309-310.

<sup>653</sup> Siehe dazu: Robert Weltsch an F.[elix] Rosenblüth v. 30.11.1947, in: ZZA, J18/83; [Max] Kr.[eutzberger], Entwurf. Programm der Alija Chadascha v. 18.12.1947, in: ebd.; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 25.12.1947, in: ebd.; Gerda Luft an Georg [Landauer] v. 28.3.1948, in: ZZA, J18/40; M.[ax] K.[reutzberger], Das Ende des Mandats, MB v. 21.11.1947, S.1.

<sup>654</sup> Siehe dazu: Richard Lichtheim, Palästina vor dem Sicherheitsrat, MB v. 5.3.1948, S.1-2; ders., Die Absichten Amerikas, MB v. 2.4.1948, S.1-2; Salli Hirsch, In schwerer Stunde, MB v. 26.3.1948, S.1-2; Cohen, Palestine, S.345-358.



verwirklichen und den jüdisch-arabischen Bürgerkrieg beenden zu können – nun aber sollten statt Großbritannien die Vereinigten Staaten und die *UNO* der jüdischen und arabischen Seite einen Kompromiss aufzwingen.<sup>655</sup> Die Majoritätsgruppe um Rosenblüth\* hielt dagegen an der Teilung als einzig möglichen Lösung fest, die wenn nötig auch im militärischen Kampf errungen werden sollte.<sup>656</sup> In den folgenden Wochen zeigte sich, dass die *US*-Initiative keine Aussicht auf Erfolg hatte. Die jüdischen und arabischen Konfliktparteien lehnten sie ebenso ab, wie die *UdSSR* und die meisten *UN*-Staaten. Die Briten sehnten das auf den 15. Mai 1948 terminierte Ende ihres Mandats herbei und wollten sich auf keine weiteren militärischen Abenteuer einlassen, denn auch der Trusteeship-Vorschlag hätte gegen den Willen der beiden Völker durchgesetzt werden müssen. Ab Mitte April versuchten die Vereinigten Staaten mit allerhand Druck und Drohungen, die zionistische Führung zumindest zu einem Waffenstillstand und der Verschiebung der Unabhängigkeitserklärung zu bewegen. Vergebens. Das militärische Blatt hatte sich im März 1948 gewendet und die *Haganah* war nun an allen Fronten in der Offensive. Zwei Tage vor Ablauf des Mandats beschloss die zionistische Führung, das Waffenstillstandsgesuch abzulehnen und wie geplant an der Ausrufung des jüdischen Staates festzuhalten.<sup>657</sup> Am Nachmittag des 14. Mai 1948 rief der kurz zuvor geschaffene Volksrat die Begründung Israels aus und Rosenblüth\* war einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung. Er übernahm das Justizressort in der provisorischen Regierung. Der Landesvorstand der *Alija Chadascha* bestätigte seine politische Linie Anfang Juli 1948 einstimmig. Wie Benno Cohn\* hervorhob, wurde dadurch auch vollauf anerkannt, „dass die *Alija Chadascha* sich durch ihre Mitwirkung in der Regierung an der Verantwortung für das Schicksal des jungen Staates beteiligt. Ein Kapitel langer und schwieriger Auseinandersetzungen ist damit erfreulicherweise abgeschlossen.“<sup>658</sup> Der deutsche Zionismus war in der neu-alten Heimat angekommen.

---

<sup>655</sup> Siehe dazu: Vortrag Georg Landauer in Tel-Aviv, MB v. 9.4.1948, S.2; ders., Judenstaat – Jüdisch-Arabische Verständigung – Vereinigte Nationen, MB v. 16.4.1948, S.3; ders., Voraussicht oder Einsicht, MB v. 23.4.1948, S.3; Gerda Luft, Palästina und Lake Success, MB v. 29.4.1948, S.1-2.

<sup>656</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth, Ein neues Mandats-Projekt, MB v. 9.4.1948, S.1-2; ders., Klärung, MB v. 16.4.1948, S.1-2; „Wir haben keine Wahl“, MB v. 29.4.1948, S.4; G. Byk, Einsicht oder Illusion?, ebd., S.3.

<sup>657</sup> Siehe dazu: Hurewitz, *Struggle*, S.311-315; S.[iegfried] Moses, Liebe Freunde v. 6.5.1948, in: ZZA, J18/83; B.[enno] C.[ohn], Für die Staatsgründung, MB v. 14.5.1948, S.1-2; Cohen, *Palestine*, S.358, 362-379; Gelber, *Palestine*, S.84-97.

<sup>658</sup> B.[enno] C.[ohn], Krieg oder Frieden?, MB v. 9.7.1948, S.1-2, hier: 1; siehe weiterhin dazu: Protokoll der Sitzung des Merkas der „*Alija Chadascha*“ v. 3.7.1948 [Hebr.], in: ZZA, J18/74; Offizielle Zeitung [Hebr.], MB v. 21.5.1948, S.1; *Chronik der Woche*, ebd., S.2; M.[ax] R.[reutzberger], *Minhelet Haam*, MB v. 7.5.1948, S.1-2; *Shapira, Land*, S.354.

## Kapitel V: Die deutschen Zionisten und die *Alijah*-Frage

---

### Einleitung

Die *Alijah*-Frage war während der gesamten Mandatszeit das zentrale Thema für die zionistische Bewegung. An ihr entschied sich das Schicksal des Zionismus. Die zionistische Theorie ging in der Analyse der so genannten „Judenfrage“ von zwei Grundproblemen des jüdischen Diaspora-Daseins aus: das Fehlen territorialer Staatlichkeit sowie der permanente jüdische Minoritätenstatus. Einziges Heilmittel gegen das physische und psychische Leiden der weltweit zerstreuten Judenheiten war die Normalisierung der jüdischen Existenz – individuell wie national. „Drei Generationen jüdischer Denker und Zionisten,“ so fasste Jabotinsky bei seiner Aussage vor der Peel-Kommission Anfang 1937 zusammen, „sind zum Ergebnis gelangt, daß die Ursache unserer Leiden die Tatsache der Galut ist, das Ur-Faktum, daß wir überall eine Minderheit sind.“<sup>659</sup> Die „Judenfrage“, darin war sich eine große Mehrheit der Zionisten aller Strömungen einig, konnte nur durch die Rückkehr des jüdischen Volkes in seine alte Heimat *Erez Israel* gelöst werden; und das letztliche Ziel des Zionismus, ein Leben in Freiheit und nationaler Unabhängigkeit, gleichberechtigt im Reigen der Völker, nur durch die Schaffung einer jüdischen Majorität im Lande.<sup>660</sup>

Sogar in der äußerst kritischen Phase Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre bestätigte die Bewegung auf dem XVII. Zionistenkongress 1931 ihren Kurs, die „Judenfrage“ gemäß dem *Basler Programm* in *Erez Israel* zu lösen. Angesichts wirtschaftlicher Depression in Palästina, geringer jüdischer Einwanderungs- und hoher Weiterwanderungszahlen sowie der britischen Intention, das Wachstums des jüdischen Nationalheims fortan radikal zu begrenzen, kamen

---

<sup>659</sup> Vladimir Jabotinsky, Ich klage an!, in: ders., *Der Judenstaat*, Wien 1938, S.62-109, hier: 65 [f. Jabotinsky, Ich klage an!]; siehe weiterhin: Herzl, *Judenstaat*, passim; [Leon Pinsker], „Autoemanzipation!“ Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden. Mit einer Vorbemerkung von Achad Haam, Berlin 1935 [f. Pinsker, *Autoemanzipation*]; Max Nordau, III. Kongressrede, in: *Zionistisches Aktionskomitee* (Hg.), *Max Nordau's zionistische Schriften*, Köln/Leipzig 1909, S.77-92; Aviva Halamish, *Jewish Immigration. The Base of the Palestine Triangle*, in: Michael J. Cohen (Hg.), *The British Mandate in Palestine. A Centenary Volume, 1920-2020*, London/New York 2020, S.172-188 [f. Halamish, *Jewish Immigration*].

<sup>660</sup> Siehe dazu: Adolf Böhm, *Die zionistische Bewegung*. Bd. II, Jerusalem 1937, S.595-597; *Outline for an Agenda* (1906). Ha-Po'el Ha-Tsa'ir, abgedr. in: Eran Kaplan/Derek J. Penslar (Hg.), *The Origins of Israel 1882-1948. A documentary History*, Madison/London 2011, S.39-41 [f. Kaplan/Penslar, *Origins*]; *Platform* (1906) and *Proposal for a Program* (1907). Po'alei Tzion, abgedr. in: ebd., S. 42-45; Vladimir Jabotinsky, *On the Iron Wall* (1923), abgedr. in: ebd., S. 257-263; *Die Forderungen der palästinensischen Juden*, JR v. 2.5.1919, S.237; Shalom Ratzabi, *Between Zionism and Judaism. The radical Circle in Brith Shalom 1925-1933*, Boston u.a. 2002, S.247-252; *Jewish Agency, Weltkongreß und Zionistische Organisation. Referat Katznelson*, JR v. 29.6.1923, S.319-322; Viktor Ch. Arlosoroff, *Der jüdische Volkssozialismus*, Berlin 1919, S.6, 51.

wohl vielen Zionisten dennoch Zweifel an der Realisierbarkeit ihres Traumes.<sup>661</sup> Der *Jischuw* bildete zu diesem Zeitpunkt mit einem Bevölkerungsanteil von kaum 20 Prozent eine unzweideutige Minorität. Bis zur Zäsur 1933 konnte die jüdische Einwanderung nicht viel mehr als das natürliche Bevölkerungswachstum der arabischen Gemeinschaft egalisieren.<sup>662</sup> Aber einen expliziten Verzicht auf die Majoritätsforderung propagierte in aller Öffentlichkeit kaum eine Handvoll Zionisten aus dem Umfeld des *Brith Schalom*, darunter Ernst Simon\*, der ehemalige Prager Hans Kohn und der damalige Rektor der Jerusalemer Universität, Jehuda L. Magnes.<sup>663</sup> Andere Mitstreiter des Bundes bagatellisierten zwar den Mehrheitsgedanken und lehnten ihn als politischen Kampfbegriff rundweg ab, schlossen aber das zukünftige Erreichen einer jüdischen Mehrheit – zumindest öffentlich – nicht aus. Robert Weltsch\* zeigte in der Majoritätsfrage besonders ambivalente Züge. Letztlich implizierten seine damaligen internen Aussagen jedoch die Akzeptanz eines permanenten Minderheitenstatus‘ des *Jischuw*.<sup>664</sup> Dagegen beharrten führende deutsche Zionisten wie Nahum Goldmann\*, Richard Lichtheim\*, Aron Barth\*, Blumenfeld\*, Rosenblüth\* und Bileski\* weiterhin auf dem Majoritätsgedanken, wenn auch vor allem die drei Letztgenannten ihn nicht (ausschließlich) machtstrategisch deuteten.<sup>665</sup> Im Zuge innerzionistischer Auseinandersetzungen um die grundsätzliche Ausrichtung der *ZVfD* in den Jahren 1929 und 1930 setzte sich in der *Alijah*-Frage die Kompromissposition Blumenfelds\* durch. Weder sollte das jüdische Volk auf sein verbrieftes Recht auf freie Einwanderung verzichten, noch der Majoritätsgedanke aufgegeben werden.

---

<sup>661</sup> Siehe dazu: Protokoll XVII. Zionistenkongress, S. 159-163, 385-386, 475, passim; Chaim Arlosoroff to Chaim Weizmann, June 30, 1932, abgedr. in: Kaplan/Penslar, *Origins*, S.229-238; Hemut Mejcher, Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika 1918-1948, in: ders. (Hg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts*, Paderborn u.a. <sup>2</sup>1993, S. 189-242, hier: 200-208; Bericht über Palästina, S.71-93; Shapira, *Land*, S.193; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.76; Gurevich/Gertz, *Handbook*, 46-47.

<sup>662</sup> Siehe dazu: ebd.; Bericht über Palästina, S.94-95.

<sup>663</sup> Siehe dazu: Ernst Simon an die Teilnehmer der Sitzung des Administrativ-Komitees der Jewish Agency in London v. 12.3.1930, in: RWC, Box 2, Folder 17; Hans Kohn an Robert Weltsch v. 9.2.1930, in: KWC, Box 2, Folder 1; Hans Kohn an Robert Weltsch v. 7.3.1930, in: ebd.; Hans Kohn, Sitzungsprotokoll, Anwesende u.a. Jehuda Magnes, J. Hankin, Mania und Israel Shohat und Ben-Gurion, undatiert [ca. 1930], in: ebd.; Ernst Simon, Eine nicht gehaltene Kongreßrede, JR v. 7.8.1931, S.376; zur Person Kohn siehe: Langeheine, Hans Kohn, passim.

<sup>664</sup> Siehe dazu: Robert Weltsch an Felix Rosenblüth v. 25.7.1930, in: RWC, Box 2, Folder 18; Felix Rosenblüth an Robert Weltsch v. 16.6.1930, in: ebd.; Robert Weltsch an Chaim Weizmann v. 13.7.1930, in: ebd.; Robert Weltsch an Max Brod v. 4.2.1930, in: ebd., Folder 17; Hugo Bergmann an Kurt Blumenfeld v. 1.1.1930, in: ebd.; Wiechmann, *Brith- Schalom*, S.92-96.

<sup>665</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld, *JSt*, Jg. 27, H 7-8 (1930), S.17-22; Richard Lichtheim, *Die Funktion des Zionismus im deutschen Judentum*, *JSt*, Jg. 25, H 2 (1928), S.24-31; Moritz Bileski, *Entwicklungstendenzen im Weltzionismus*, ebd., S.32-41; Die politische Debatte in Jena, JR v. 7.1.1930, S.11-16; Siegemund, *Verständigung*, S.199-201, 249-251.

Das darin innewohnende Konfliktpotenzial mit den arabischen Palästinensern wollte er durch die Zusage der gegenseitigen Nichtbeherrschung minimieren: „Jede Meinung, die eine Aufgabe unseres Majoritätsstrebens verlangt, ist zu bekämpfen [...]; wir sind bereit, alle Garantien zu geben, um eine erlangte Majorität niemals zu Unterdrückungen von anderen zu benutzen.“<sup>666</sup> Hier zog die zionistische Bewegung eine rote Linie. Das Recht auf Einwanderung war nicht verhandelbar und jeder jüdisch-arabische Ausgleich musste sich an dieser Richtschnur messen lassen. Majorität hieß nach allgemeinem Verständnis zugleich aber Herrschaft über Palästina, sodass einem Ausgleich schier unüberbrückbare Hürden auferlegt waren.

### **Die deutsche Katastrophe als Wachstumsmotor des *Jischuw*: Die *Alijah*-Politik der deutschen Zionisten 1933-1935**

In den Jahren 1932 bis 1936 verdoppelte sich die jüdische Bevölkerungszahl in *Erez Israel* auf etwa 400.000 Seelen und erstmals sah sich die arabische Bevölkerung tatsächlich der Möglichkeit einer Majorisierung ausgesetzt. Die zionistische Führung interpretierte die Entwicklungen in Europa als Bestätigung ihrer Theorie und gleichzeitig als Sieg über die jüdischen Jünger der Assimilation. Die Katastrophe in der *Galuth* sollte zum Vorteil des zionistischen Projektes gereichen und in Massen Einwanderer nach *Erez Israel* spülen. Das von Ruppin\* schon vor dem I. WK erarbeitete Konzept der strengen Auslese der Einwanderer blieb aber weiterhin Richtschnur der *Alijah*-Politik der JA wie auch das der ökonomischen Aufnahmefähigkeit des Landes. Diese bis zum Beginn des II. WK im Großen und Ganzen aufrecht erhaltene Linie legte den Focus mehr auf Qualität als Quantität und schloss faktisch einen erheblichen Teil potenzieller (nicht nutzbringender) Einwanderer von vornherein aus. Die Bedürfnisse des nationalen Projektes rangierten somit klar vor denen der Diaspora. Neben rein pragmatischen Gründen hatte diese Handlungsweise auch eine ideologische Dimension: „With a few noteworthy exceptions, most Zionist leaders distinguished between

---

<sup>666</sup> Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes [d. ZVfD] v. 29.6.1930, abgedr. in: Reinharz, Dokumente, S.481-490, hier: 487; siehe weiterhin: Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes [d. ZVfD] v. 10.11.1929, abgedr. in: ebd., S. 446-457; Siegemund, Verständigung, S.199-201, 249-251; Kurt Blumenfeld, Forderungen der Stunde, JR v. 1.10.1929, S.511-512; Sitzung des Landesvorstandes, JR v. 1.7.1930, S.345; Politisches Programm (Resolution Blumenfeld), JR v. 3.1.1930, S.1; Die politische Debatte in Jena, JR v. 7.1.1930, S.11-16 und zur Krise der ZVfD Kap. IV.

‘salvation’ and rescue. Given the goal of attaining national salvation, rescue appeared to take second place.”<sup>667</sup>

Die Stellung der deutschen Zionisten deckte sich in den ersten Monaten mit der der zionistischen Führung. Dabei wirkte die *Alijah*-Politik der deutschen Zionisten in Jerusalem wie in Berlin auf den ersten Blick durchaus paradox. Im Frühjahr 1933 drängten deutsche *Watikim* wie Senator\*, Chaim Arlosoroff\*, Arthur Hantke\*, Ruppin\* und Rosenblüth\* den *Jischuw* und die *JA* zur Aktion für die deutschen Juden und wirkten führend bei den ersten Maßnahmen mit: Eine Geldsammlung im *Jischuw* wurde angestoßen, erste Absorptionspläne erarbeitet, um Zertifikate gekämpft und mit Zionisten in Deutschland nach Wegen zum Kapitaltransfer gesucht. Ruppin\* und Martin Rosenblüth\* entwickelten im Sommer 1933 auch die ersten Auswanderungspläne für deutsche Juden.<sup>668</sup> Ersterer entwarf einen Plan, nach dem 200.000 deutsche Juden in den nächsten fünf bis zehn Jahren aus Deutschland auswandern sollten. Davon sollten allein 25 bis 50 Prozent von Palästina aufgenommen werden; konkret rechnete er mit 10.000 *Olim* jährlich. Auch andere deutsche Zionisten äußerten sich in diese Richtung. Verglichen mit der gesamten bisherigen Einwanderung deutscher Juden in *Erez Israel*, die sich auf höchstens gut 3.000 Einwanderer belief, eine horrende Zahl. Sogar den durchschnittlichen jüdischen Einwanderungsüberschuss in Palästina seit Anfang der 1920er Jahre übertraf sie. Der Nichtzionist und Bankier Max Warburg verfasste zeitgleich einen ähnlichen Plan, nach dem bis zu 150.000 Juden innerhalb von fünf bis zehn Jahren nach Palästina immigrieren sollten.<sup>669</sup>

Aber in Relation zu der Zahl an *Alijah*-Interessenten in Deutschland waren die Pläne eine sehr bescheidene Zielsetzung. Zehntausende informierten sich 1933 über Auswanderungsmöglichkeiten in den Beratungsstellen des *Palästina-Amtes* und die Zahlen verringerten sich in den

---

<sup>667</sup> Abraham J. Edelheit, *The Yishuv in the Shadow of the Holocaust. Zionist Politics and Rescue Aliya, 1933-1939*, Boulder/Oxford 1996, S.66-67 [f. Edelheit, *Yishuv*]; siehe weiterhin: ebd., S.63-68; Arthur Ruppin, *Die Auslese des Menschenmaterials für Palästina*, *Der Jude*, Vol. 3, No. 8-9 (1918-1919), S.373-383; Alroey, *Emigration*, S.112-114; Volkov, „Kristallnacht“, passim; Kochavi, *The Executive*, passim; Benny Morris, *Response of the Jewish Daily Press in Palestine to the Accession of Hitler, 1933*, *Yad Vashem Studies* 27 (1999), S.363-407 [f. Morris, *Response*].

<sup>668</sup> Siehe: Teichert, Chasak, S.312-318; 330-333; Gelber, *Reaction*, passim.

<sup>669</sup> Siehe: ebd., S.57; Protokoll XVIII. Zionistenkongress, S. 188-194; Ruppin, *Tagebücher*, S.446-447, 450-451; Abraham Margalio, *The Problem of Rescue of German Jewry during the Years 1933-1939; the Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich*, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977*, S.247-265, hier: 259 [f. Margalio, *Problem of Rescue*]; Lavsky, *Creation*, S.84; Teichert, Chasak, S.332-333; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.93-94; Lilo Stone, *German Zionists in Palestine before 1933*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 32, No. 2 (1997), S. 171-186; zur Person Warburg siehe: Gabriele Hoffmann, *Max M. Warburg*, Hamburg 2010<sup>2</sup>.

folgenden beiden Jahren nicht wesentlich. 60 bis 80 Prozent der Anträge auf die gut 6.000 *C-Zertifikate* in diesem Zeitraum mussten abgelehnt werden. Eine Vielzahl von Interessenten stellte erst gar keine Anträge, da sie die Kriterien: gesundheitliche und berufliche Eignung, Altersbegrenzung bis 35 Jahre und Hebräisch-Kenntnisse nicht erfüllten. Hinzu kam noch die Forderung nach einer festen zionistische Grundüberzeugung; das heißt, dass der potenzielle Kandidat bereit sein musste, seine individuellen Interessen hinter die des zionistischen Aufbauwerkes zu stellen.<sup>670</sup> Noch wesentlich rigidere Auslesekriterien legten der weltweit agierende *Hechaluz* und die *Jugend-Alijah* als Messlatte an. Mindestens einjährige *Hachscharah* und das Einschwören auf die Ideale der *Chaluziuth* und (meist) den sozialistischen Wertekanon der palästinensischen Arbeitergruppierungen sollten ihre Mitglieder geistig und körperlich vorbereiten auf ein aufopferungsvolles Leben zum Wohle des Aufbauwerkes. Etwa zwei Drittel der von der *Agency* dem Berliner *Palästina-Amt* zugeteilten *C-Zertifikate* waren stets für *Chaluzim* reserviert.<sup>671</sup> Immer wieder betonten führende deutsche Zionisten, dass ein wesentlicher Teil der deutschen Juden für *Erez Israel* nicht geeignet sei, mehr noch, dass ihre Einwanderung das Aufbauwerk stark gefährden würde; eine sorgfältige Auslese war somit – in ihren Augen – unabdingbar. Konträr dazu musste sich Weltsch\* jedoch scharfe Kritik gefallen lassen, da er „nicht bei jeder Gelegenheit einfach sage, es sollen alle nach Palästina auswandern.“<sup>672</sup>

Dass die deutschen Zionisten, wie Fraenkel betont, zu den resolutesten Verfechtern des Ausleseprinzips wurden, mag etwas zu weit gegriffen sein.<sup>673</sup> Wohl aber gaben sie bis ins Jahr 1935 hinein dem evolutionären Aufbau *Erez Israels* und seinen Bedürfnissen eindeutig Priorität und befürworteten daher fast ausschließlich eine *Chaluz-* und *Kapitalisten-Alijah*. Sogar aus der Retrospektive verteidigten damaligen Aktivisten diese *Alijah*-Strategie, die unter

---

<sup>670</sup> Siehe dazu: Teichert, Chasak, S.335-336; Kurt Blumenfeld in Hamburg, JR v. 23.6.1933, S.275; Adler-Rudel, Selbsthilfe, S.80-81-84-85; Bericht, XXV. Delegiertentag, S.142-148; Alexander Adler, Zur Frage der Zertifikatsverteilung, ZVfD-Blätter v. 1.9.1934 [Nr.5], S.20-21.

<sup>671</sup> Siehe dazu: Teichert, Chasak, S.336, 339-341; Brian Amkraut, Zionist Attitude towards Youth Aliyah from Germany 1932-1939, in: The Journal of Israeli History, Vol. 20, No. 1 (2001), S.67-86, hier: 74-81 [f. Amkraut, Zionist Attitude].

<sup>672</sup> Robert Weltsch an Hans Kohn v. 28.10.1933, in: KWC, Box 1, Folder 1; siehe weiterhin: Teichert, Chasak, S.334-335; Morris, Response, S.402-403; Protokoll XIX. Zionistenkongress, S.749-750; [Hechaluz Deutschland Hg.], Über die Arbeit des Hechaluz im Halbjahr Mai-November 1933. Der Merkas Hechaluz an alle Chawerim und Chaweroth!, Berlin 1933, S.5-7 [f. Hechaluz, Über die Arbeit].

<sup>673</sup> Siehe dazu: Daniel Fraenkel, Die Reaktion des deutschen Zionismus auf die nationalsozialistische Verfolgungspolitik, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.303-314, hier: 310 [f. Fraenkel, Reaktion].

Vermeidung von Panik und Chaos eine gründlich vorbereitete, geordnete Auswanderung und Rettung jüdischer Vermögenswerte zu organisieren versuchte.<sup>674</sup> Sicherlich waren ideologische Motive dafür wesentlich, aber der Zwang des Faktischen ließ ihnen auch wenig Spielraum. Die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Absorption der schon erwähnten spontanen Flüchtlingseinwanderung in *Erez Israel* 1933 sprachen gegen eine unorganisierte Massenflucht. Das gleiche Problem zeigte sich auch in den Nachbarländern Deutschlands, in denen nach der NS-Machtübernahme Tausende deutsche Juden Zuflucht suchten. Viele von ihnen fanden keine ökonomische Existenzbasis und ab Ende 1933 setzte daher sogar eine erhebliche Rückwanderung nach Deutschland ein. Aus damaliger Sicht wurde dies als eine Gefahr für zukünftige Auswanderungsmöglichkeiten interpretiert.<sup>675</sup> Eine sorgfältige Auslese wurde auch permanent durch zionistische Institutionen und Organisationen in *Erez Israel* angemahnt. Nicht nur die dortigen deutschen Zionisten, wie schon dargestellt, kritisierten die Qualität des eingewanderten Menschenmaterials, wie es damals lapidar hieß. Forciert wurde dies noch durch die Einwanderungspolitik des Mandatars, der das entscheidende Wort über Anzahl und Zusammensetzung der Einwanderung führte. In aller Regel legte er die Auswahlbestimmungen selbst fest, nur bei der Verteilung der *C-Zertifikate* hatte die *Agency* gewisse Autonomie, wobei er auch hier Rahmenbedingungen wie Alter und Berufsstruktur zuvor festsetzt hatte.<sup>676</sup> Nicht zufällig entsprach daher der Altersdurchschnitt der deutschen Einwanderer in den ersten drei Jahren etwa der vorangegangener Einwanderungswellen der Mandatszeit. Etwa 80 Prozent von ihnen waren bis zu 40 Jahre alt.<sup>677</sup>

Das bedeutendste Argument für eine selektive Einwanderung ergab sich allerdings aus der Diskrepanz zwischen dem Auswanderungsbedürfnis und den tatsächlichen

---

<sup>674</sup> Siehe: Kurt Tuchler, *Ordnung in der Auflösung*, in: Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten*, Tel Aviv 1962, S.128-132; Benno Cohn, *Einige Bemerkungen über den deutschen Zionismus nach 1933*, in: Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S.48-54 [f. Cohn, *Bemerkungen*]; Hans Tramer, *Ein tragisches Fehlurteil. Zur Haltung der Juden in der Nazizeit*, in: *Council of Jews from Germany* (Hg.), *Nach dem Eichmann Prozess*, Tel Aviv 1963, S.31-49, hier: 48; Robert Weltsch, *Das tragische Jahr*, MB v. 18.10.1963, S.3-6.

<sup>675</sup> Siehe dazu: *Zionistische Vereinigung Für Deutschland an die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute v. 8.2.1934*, abgedr. in: Nicosia, *Archives of the Holocaust*, S.145-150; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.255; *Vor vier Jahren und heute*, JR v. 22.1.1937, S.1-2; *Arbeitsbericht des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1935*, in: LBI Archiv New York, MF 1060, S.9.

<sup>676</sup> Siehe dazu: Hechaluz, *Über die Arbeit*, S.6; Amkraut, *Zionist Attitude*, 75, 79-80; Adler, *Zur Frage der Zertifikatsverteilung*, ZVfD-Blätter v. 1.9.1934 [Nr.5], S.20-21; Morris, *Response*, S.403; Halamish, *Jewish Immigration*, passim.

<sup>677</sup> Siehe dazu: *Sinkt unser Anteil?*, MB, Januar (I) 1936, S.7-8; Jakob Metzger, *Jewish Immigration to Palestine in the long 1920s: An exploratory examination*, in: *Journal of Israeli History*, Vol. 27, No. 2 (2008), S.221-251, hier: 226.

Einwanderungsmöglichkeiten in *Erez Israel*. Die zionistische Bewegung in Deutschland vollzog in den Jahren 1933 bis 1935 einen außergewöhnlichen Wachstumsprozess. Der *Hechaluz* wandelte sich innerhalb weniger Monate zu einer Massenbewegung. Von April bis November 1933 stieg die Mitgliederzahl von 500 auf 14.000; Ende 1935 verzeichnete er trotz tausender *Alijah*-Abgänge 15.000 Mitglieder und aus wenigen *Hachscharah*-Plätzen im Jahre 1933 wurde ein umfangreiches Netz von *Hachscharah*-Zentren mit 5.000 Ausbildungsplätzen.<sup>678</sup> Das Berliner *Palästina-Amt* stand 1930 noch wegen Mangel an Resonanz kurz vor der Schließung. Ab 1933 wurde es zum zentralen, umfassend ausgebauten Instrument der *ZVfD* mit 22 Dependenz im gesamten Reich. In diese Richtung entwickelte sich auch die *ZVfD* selbst, die bis Ende 1935 wohl weit mehr als 25.000 Neueintritte verzeichnete. Obwohl zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 10.000 ihrer Mitglieder ausgewandert waren, betrug ihre Mitgliederzahl immer noch etwa 22.500.<sup>679</sup> Das Gleiche galt für andere zionistisch geprägte Organisationen wie den *Makkabi*, die *WIZO* und den verschiedenen Gruppierungen der Jugendbewegung, sodass – nach Schätzung der *ZVfD* – die organisierte zionistische Bewegung in Deutschland etwa ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung erreichte.<sup>680</sup>

Schon Anfang 1935 hatte der deutsche Zionismus fast jegliche Manövrierfähigkeit in der Auswanderungsfrage verloren. Die Kapitalisten- und Arbeiterauswanderung stockte. Einige in der Anfangszeit gehegte Hoffnungen wie ein schnelles Ende der *NS*-Herrschaft oder aber eine Übereinkunft mit den *NS*-Machthabern, die der großen Masse des deutschen Judentums eine Weiterexistenz in Deutschland ermöglichen sollte, erwiesen sich als Illusionen.<sup>681</sup> Das Wiederaufflammen der antisemitischen Exzesse Ende 1934 und der rapide Verlust wirtschaftlicher Positionen überzeugte dann auch jene Teile des deutschen Judentums, die bisher der Palästina-Auswanderung und allgemeiner der Auswanderung kritisch bis ablehnend gegenübergestanden hatten, von ihrer Notwendigkeit. Aber die zionistische Führung konnte

---

<sup>678</sup> Siehe dazu: G.H., Der deutsche Hechaluz. Eine Darstellung 1 ½-jähriger Arbeit in Zahlen, in: [Hechaluz Deutschland Hg.], Werk und Werden. Eine chaluzaische Sammelschrift, Berlin 1934. S.28-34; Reinharz, Hashomer Hazair, S.184-185, 219; Hechaluz, Über die Arbeit, S.3.

<sup>679</sup> Siehe dazu: Fraenkel, Reaktion, S.304; Cohn, Bemerkungen, S.45; Bericht, XXV. Delegiertentag, S.62, 125-132.

<sup>680</sup> Siehe dazu: ebd., S.185-191, 197-201, 224-237; Reinharz, Hashomer Hazair, S.218.

<sup>681</sup> Siehe dazu: Franz Meyer, Bemerkungen zu den „Zwei Denkschriften“, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten, Tel Aviv 1962, S.114-127; Teichert, Chasak, S.350-383; Fraenkel, Reaktion, S.311-313; Margalio, Problem of Rescue, S.251 und Kap. I.



zu diesem Zeitpunkt nicht einmal ihren Anhängern, zumal jenen im vorgeschrittenen Alter, eine realistische Auswanderungsperspektive bieten.<sup>682</sup>

### **Die Zäsur 1935 – organisierte Massenauswanderung als Reaktion auf die deutsche Katastrophe**

Wie schon dargestellt, reagierte die *HOG* ab Anfang 1935 auf diese Entwicklungen mit dem Versuch, die deutsche „Judenfrage“ wieder ins Zentrum weltweiter zionistischer Aktivitäten zu rücken. Sie sollte so weit wie möglich konstruktiv gelöst, somit einer maximalen Zahl für *Erez Israel* geeigneter *Olim* der Weg der *Alijah* geebnet werden. Erstmals meldeten sich jedoch auch Stimmen in der *HOG*-Führung zu Wort, die diese palästinazentrische Perspektive grundsätzlich infrage stellten. Sie forderten das Abrücken vom Ausleseprinzip und stattdessen „maximale Einwanderung, keinerlei Restriktionen, ohne Rücksicht darauf, ob diese *Alijah* sich mit Wahrscheinlichkeit im Lande einordnen wird oder nicht.“<sup>683</sup> Auch die *Meineckestraße* begann ihre bisherige politische Linie zu revidieren. Sie erarbeitete Anfang 1935 einen Auswanderungsplan, nach dem in den folgenden 20 Jahren jährlich etwa 10.000 deutsche Juden nach Palästina übersiedeln sollten. Zur Finanzierung des Planes führte sie auch erste Verhandlungen über eine Ausweitung des *Haawarah*-Systems im weltweiten Maßstab.<sup>684</sup> Darüber hinaus versuchte die *ZVfD* die *Reichsvertretung* von einer grundsätzlichen Kurskorrektur zu überzeugen. Im Vordergrund sollten nunmehr die planmäßige Organisation der Auswanderung, das jüdische Schulwerk und die Berufsumschichtung stehen. Erste Schritte unternahm hier die *RV* schon ab Frühjahr 1935. Aber erst nach der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ erfolgte eine grundsätzliche Neuausrichtung: „Vorbereitung und Durchführung der Auswanderung wurde als das Kernstück des Hilfs- und Aufbauwerkes erklärt“<sup>685</sup> und neben der *RV* und der *ZVfD* verpflichteten sich nahezu alle jüdischen Organisationen und Institutionen diesem Programm. Nun radikalisierte sich auch die Politik der

---

<sup>682</sup> Siehe dazu: Bericht und Kritik über den XXV. Delegiertentag. Überwachungsbericht über die Mitgliederversammlung der Zionistischen Vereinigung Leipzig, Polizeipräsidium Leipzig, 28.2.1936, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.290-292; Teichert, Chasak, S.336, 341; Margalio, Problem of Rescue, S.249-251, 256-259; Freedman, jüdische Presse, S.56-77; Konstruktive Auswanderungs-Planung, Der Schild v. 29.11.1935, S.1.

<sup>683</sup> Protokoll der Sitzung des Merkaz der H.O.G. v. 13.6.1935, in: ZZA, S7/117, S.1.

<sup>684</sup> Siehe dazu: Zionistische Vereinigung für Deutschland an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung v. 14.6.1935, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.241-244; Teichert, Chasak, S.333-334.

<sup>685</sup> Arbeitsbericht des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1935, LBI Archiv New York, MF 1060, S.7; siehe weiterhin: ebd., S.2-14; Teichert, Chasak, S.378-380; Reichsvertretung der deutschen Juden, Abteilung Wanderausschuss, Betrifft: ICA-Siedlung in Argentinien v. 16.8.1935, abgedr. in: Otto Dov Kulka (Hg.), Deutsches Judentum unter dem

*Meineckestraße*. Sie propagierte öffentlich neben Palästina auch die Länder der Zerstreuung als Immigrationsziel – ein zionistischer Tabubruch. Mehr noch, sie forderte – sicher auch aus taktischen Erwägungen – von der *RV*, führend an der Planung und Durchführung der außerpalästinensischen Wanderung mitwirken zu können. Auf *Erez Israel* lag zwar weiterhin der Primat, denn nur in der neu-alten Heimat konnte die „Judenfrage“ gelöst werden. Angesichts der desolaten Lage sollte aber dieses Palliativ ebenso genutzt werden.<sup>686</sup> Weiterhin korrigierte die Berliner zionistische Führung ihr jährliches Einwanderungsziel für Palästina auf 15.000 Personen nach oben. Da durchschnittlich in den Jahren 1933 bis 1935 gut 20 Prozent der gesamten *Alijah* aus Deutschland kam, hätte das eine jährliche Gesamteinwanderung von über 70.000 *Olim* ergeben. Damit standen die deutschen Zionisten den maximalen Forderungen Ben-Gurions in nichts nach. Mit diesen Ziffern wäre eine jüdische Majorität innerhalb weniger Jahre erreicht worden. Wie grundsätzlich sich ihre Perspektive gewandelt hatte, verdeutlichte exemplarisch Ernst Simon\*. Wie erwähnt, hätte er wenige Jahre zuvor noch einen permanenten jüdischen Minderheitenstatus als Bedingung für eine arabisch-jüdischen Verständigung akzeptiert. Dagegen sah er im Jahre 1936 in der sich abzeichnenden jüdischen Majorität eine durchaus positive Entwicklung.<sup>687</sup>

Bereits im Sommer 1935 begannen Verhandlungen über einen groß angelegten Auswanderungsplan zwischen der *RV* und *NS*-Instanzen. Neben Siegfried Moses\* zeigte sich vor allem Warburg für die Konzeption des Plans der *RV* und die eigentlichen Verhandlungen verantwortlich. Das Hauptproblem stellte der Vermögenstransfer dar. Schon im Jahre 1933 schwebte einigen deutschen Zionisten ein Transfer in ganz anderen Dimensionen vor, als der *Haawarah*-Transfer letztlich dann realisierte. Seitdem hatten sich auch die damals noch vorhandenen Möglichkeiten zur Vermögensmitnahme außerhalb des *Haawarah*-Rahmens fast gänzlich zerschlagen. Wenn überhaupt öffneten potenzielle Aufnahmeländer aber nur für

---

Nationalsozialismus. Band 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Tübingen 1997, S.227-229 [f. Kulka, Dokumente]; Jünger, Jahre der Ungewissheit, S.274.

<sup>686</sup> Siehe dazu: Die Schlussitzung, JR v. 7.2.1936, S.6-7; Siegfried Moses, Aufgabe, Leistung und Bewährung der zionistischen Bewegung in Deutschland, JR v. 4.2.1936, S.2-4; Zionistische Vereinigung für Deutschland an den Präsidial-Ausschuss der Reichsvertretung der Juden in Deutschland v. 3.3.1936, abgedr. in: Kulka, Dokumente, S.272-273; unsigniert, Bemerkungen zu einem Programm für die Auswanderungsarbeit, undatiert [Herbst 1935], abgedr. in: ebd., S.254-262; Diehl, Presse, S.172-173.

<sup>687</sup> Siehe dazu: Zur jüdischen Situation, JR v. 24.9.1935, S.3; Edelheit, Yishuv, S.56; Segev, Palästina, S.430; Ernst Simon an Hans Kohn v. 9.11.1936, abgedr. in: Simon, Sechzig Jahre, S.92-93; Reinharz/Shavit, Road to September, S.92.

eine kapitalträchtige Einwanderung ihre Tore.<sup>688</sup> Daher ersonnen die Aktivisten der *RV* einen kühnen Plan, der trotz einiger Änderungen in den folgenden Monaten in seiner Grundkonstruktion gleich blieb. 20.000 bis 25.000 Juden sollten mindestens jährlich zur Auswanderung gebracht werden, die Mehrzahl von ihnen nach Palästina. 250 Millionen RM, somit mehr als doppelt so viel, wie der *Haawarah*-Transfer zwischen 1933-1940 insgesamt verwertete, sollten allein für das Jahr 1936 zur Finanzierung der Auswanderung bereitgestellt werden. Dafür sollte eine Treuhandgesellschaft oder Liquidationsbank durch jüdische Organisationen außerhalb Deutschlands gegründet werden, die „den inländischen Besitz des Auswanderers als Sicherheit für die Gewährung eines [Devisen-]Vorschusses annimmt.“<sup>689</sup> Gleichzeitig sollte sich das ausländische Institut durch einen weltweiten Warentransfer refinanzieren, wie Siegfried Moses\* in einem Aktionsprogramm der *RV* für die Liquidierung jüdischen Vermögens darlegte. Der Plan scheiterte letztlich, wie auch die folgend darzustellenden anderen Initiativen zu dieser Zeit.

Mit der Lage der deutschen Juden befasste sich Ende 1935 auch die „Expertenkommission des Völkerbundes für die Neureglung der Auswandererfürsorge“ in Genf. Die *Deutsche Abteilung* versuchte mit Goldmann\*, der zur damaligen Zeit der Vertreter der *Jewish Agency* beim Völkerbund war, die Kommission für den Themenkomplex Vermögenstransfer zu interessieren. In ihrem Memorandum schlug die *DA* vor, in den nächsten acht bis zehn Jahren 25-30.000 Juden jährlich nach Palästina und andere Länder zur Auswanderung zu bringen. Zur Finanzierung sollte wie im Plan der *RV* ein Liquidationsinstitut geschaffen werden; (vor-)finanziert sollte das Institut aber mittels einer internationalen Anleihe der Staaten des Völkerbundes werden. Die Staatengemeinschaft zeigte allerdings – wie zuvor – keinerlei Ambitionen, derlei Verantwortung zu übernehmen.<sup>690</sup>

---

<sup>688</sup> Siehe dazu: Kieffer, *Judenverfolgung*, 56; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.267, 275; Gelber, *Reaction*, S.83; Werner Senator, *Memorandum on the Transfer of Jewish Capital from Germany* v. 24.7.1933, abgedr. in: Nicosia, *Archives of the Holocaust*, S.332-338; Werner Senator, [Memorandum] v. 5.1.1936, abgedr. in: ebd., S.250-253.

<sup>689</sup> Siegfried Moses, *Grundzüge für ein Aktionsprogramm der Reichsvertretung der Juden in Deutschland auf dem Gebiete der Liquidation jüdischer Vermögen*, undatiert [Ende 1935 - Anfang 1936], in: ZZA, A222/10/I, S.3; siehe weiterhin: Naomi Shepherd, Wilfrid Israel, Berlin 1985, S.133-141; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.93-107, 113-120; Feilchenfeld, *Haavara-Transfer*, S.75; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.274-281, 311-322.

<sup>690</sup> Siehe dazu: ebd., S.274-275, 297-298; The Jewish Agency for Palestine, *The Problem of the Jewish Refugees from Germany*, 12.11.1935, in: ZZA, A222/10/I; Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 8.11.1935, in: ebd.; Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 13.11.1935, in: ebd.; Die Genfer Experten-Beratungen, JR v. 3.12.1935, S.2; Ralph Weingarten, *Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das „Intergovernmental Committee on Political Refugees“ (IGC) 1938-1939*, Bern u.a. 1981, S.27-30 [f. Weingarten, IGC]; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.40-65.

Auch in London arbeiteten ab Herbst 1935 führende Persönlichkeiten des britischen Judentums an Auswanderungsplänen. Aktivisten der *RV* und der *DA* beziehungsweise der *Agency* waren darin auch involviert. Angedacht war eine gemeinsame Spendenaktion von Zionisten und Nichtzionisten in England und den Vereinigten Staaten, die drei Millionen Pfund einbringen sollte. Damit sollte die Auswanderung von bis zu 120.000 deutschen Juden in den folgenden vier Jahren finanziert werden. Martin Rosenblüth\* rechnete sogar mit einer Gesamtauswanderung von 160.000 Personen, da ein Teil der deutschen Juden weiterhin individuell die eigene Auswanderung betreiben werde.<sup>691</sup> Ingeheim dachten die Protagonisten aber auch daran, zur Finanzierung ihres Projektes auch jüdisches Vermögen aus Deutschland mittels Warentransfer heranzuziehen. Ende Januar 1936 reiste eine britische Delegation unter der Führung des ehemaligen *High Commissioner* von Palästina, Sir Herbert Samuel, in die *USA*, um mit den amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisationen über den Plan zu verhandeln. Die Parteien konnten sich jedoch nicht auf die gemeinsame Linie einigen. Vom hoch gesteckten Ziel des großen Auswanderungsplans blieb schließlich nur eine lose transatlantische Zusammenarbeit der jüdischen Hilfsorganisationen und die Begründung des *Council for German Jewry* übrig.<sup>692</sup>

Schließlich wären noch die Auswanderungspläne von revisionistischer Seite zu erwähnen. Jabotinsky entwickelte Mitte der 1930er Jahre den so genannten Evakuierungsplan. Anderthalb Millionen – meist polnische – Juden sollten demgemäß in zehn Jahren nach *Erez Israel* auswandern, davon 200.000 aus Deutschland.<sup>693</sup> Konkreter äußerten sich die deutschen *Revisionisten* ab Frühjahr 1935. Sie erhoben die geordnete Liquidation des gesamten deutschen Judentums zu ihrer programmatischen Parole; in nichtöffentlichen Erklärungen zogen sie aber auch ein Verbleiben eines Restes nicht auswanderungsfähiger Juden in Betracht.<sup>694</sup> Außer der radikalen Rhetorik glich ihr Plan in praxi aber jenen zuvor genannten.

---

<sup>691</sup> Siehe dazu: Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 13.11.1935, in: ZZA, A222/10/I; Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 19.11.1935, in: ebd.; [Martin] Rosenblüth, Notiz betreffend Memorandum von J.L. Cohen v. 13.12.1935, in: ebd.; Tagung des Landesvorstandes der HOG, MB, Juni (I) 1936, S.1-3; Ein 15 Millionen Dollar Fonds geplant, JR v. 31.1.1936, S.2; Kieffer, Judenverfolgung, S.92-93, 111.

<sup>692</sup> Siehe dazu: ebd., S.107-113, 127-131; Herbert Samuels Rückreise, JR v. 11.2.1936, S.2; Tagung des Landesvorstandes der HOG, MB, Juni (I) 1936, S.1-3; Jünger, Jahre der Ungewissheit, S.300-311.

<sup>693</sup> Siehe dazu: Vladimir Jabotinsky, Der Zehnjahrplan, in: ders., Der Judenstaat, Wien 1938, S.52-61; Edelheit, Yishuv, S.68-70.

<sup>694</sup> Siehe dazu: Max Schulmann, Selbsterhaltung - Auswanderungskommissar, Der Staatszionist v. 25.8.1935, S.1-2; Abraham Margalio, Emigration – Planung und Wirklichkeit, in: Arnold Paucker (Hg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S.303-316, hier: 306-307; Präsidium der Staatszionistischen Organisation, Totale Lösung der Judenfrage in Deutschland v. 14.10.1935, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.452-456.

Ebenso war eine planvolle Auswanderung von jährlich 20.000 Emigranten in einer Zeitspanne von mindestens zehn Jahren angedacht. Die Finanzierung sollte gleichfalls über einen weltweiten Warentransfer realisiert werden. Vorausgesetzt wurde weiterhin eine wohlwollende Unterstützung seitens der Staatenwelt und vor allem Deutschlands. Der einzig gravierende Unterschied zu den anderen Plänen war das Streben der deutschen *Revisionisten* nach einer wirklichen Kooperation mit dem *NS*-Staat. Unter ihrer Führung sollten mit *NS*-Hilfe die jüdischen Organisationen in Deutschland gleichgeschaltet und eine Art „Führerprinzip“ durchgesetzt werden. Ein mit weitreichenden Machbefugnissen ausgestatteter so genannter jüdischer Auswanderungskommissar hätte dann den Auswanderungsprozess generalstabsmäßig zu organisieren gehabt.<sup>695</sup>

Nur wenige diskutierten zu dieser Zeit einen gänzlichen Exodus der deutschen Juden. Schon 1933 regten einige deutsche Zionisten den Gedanken der umfassenden Massenauswanderung an. Auch der Hohe Kommissar für Flüchtlinge, James G. McDonald, propagierte einen Zehnjahresplan zur vollständigen Evakuierung. Ab 1935 wurde auch in den Reihen der *HOG* die Evakuierung der deutschen Juden erwogen. Senator\* sah Anfang 1936 nur noch den Exodus als realpolitische Option und er dachte an die gesamte damals noch gut 400.000 zählende jüdische Gemeinschaft in Deutschland.<sup>696</sup> Um diesen Rettungsplan verwirklichen zu können, müssten alle ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und Nichtzionisten zurücktreten, so Senator\*. Im gleichem Atemzug ergänzte er, dass weder der Begriff der Evakuierung noch der des Welttransfers öffentlich erwähnt werden sollten, auch wenn er selbst einen Kapitaltransfer in großen Dimensionen ins Auge fasste.<sup>697</sup>

Hier offenbart sich zwischen den Zeilen ein Grund für das Scheitern aller Auswanderungspläne im Laufe des Jahres 1936. Die Interessenslagen und Perspektiven der verschiedenen jüdischen Gruppierungen und Gemeinschaften deckten sich nicht, sodass keine umfassende Kooperation verwirklicht werden konnte. Die Gräben verliefen dabei nicht nur zwischen Zionisten und

---

<sup>695</sup> Siehe dazu: ebd.; Polizeipräsidium Leipzig, Bericht über den am 20.8.35 stattgefundenen Vortragsabend der Ortsgruppe Leipzig der Staatszionistischen Organisation v. 21.8.1935, abgedr. in: ebd., S.443-444; Max Schulmann an das Auswärtige Amt, Berlin v. 11.9.1935, abgedr. in: ebd., S.448-451; Jünger, Jahre der Ungewissheit, S.272-274.

<sup>696</sup> Siehe dazu: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977*, S.363; *Ideal und Wirklichkeit*, JR v. 5.10.1935, S.5-6; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.45, 47; Protokoll der außerordentlichen Merkassitzung [d. HOG] v. 1.6.1935, in: ZZA, S7/117; Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission [d. HOG] v. 16.5.1935, in: ebd.; Werner Senator, „Memorandum“ v. 5.1.1936, abgedr. in: Nicosia, *Archives of the Holocaust*, S.250-253.

<sup>697</sup> Siehe: ebd.

Nichtzionisten, sondern auch innerhalb der beiden Lager selbst. Während beispielsweise die *RV* und auch die *ZVfD* den erwähnten britisch-jüdischen Plan unterstützten, opponierte die *DA* und *Agency* in den ersten Monaten heftig gegen ihn. Sie sahen ihren Führungsanspruch in Fragen des Aufbauwerkes untergraben. Vor allem aber stellte die Initiative ein Konkurrenzunternehmen um Kapital und potenzielle Einwanderer für *Erez Israel* dar.<sup>698</sup> Führende Persönlichkeiten des amerikanischen Judentums, ob Zionisten oder Nichtzionisten, verweigerten dagegen aus anderen Motiven ihre Mitwirkung. Sicher spielten auch hier Reflexe gegen einen (vermeintlichen) Führungsanspruch des britischen Judentums und auch der politische Dualismus zwischen Zionisten und Nichtzionisten eine Rolle. Ausschlaggebend war aber auch die kategorische Ablehnung des Gedankens einer Massenevakuierung. Jener implizierte letztlich die Anerkennung des Scheiterns der Emanzipation und stellte indirekt auch die Position des amerikanischen Judentums in den Vereinigten Staaten infrage. Mehr noch, er wurde als reale Gefahr für die gesamte jüdische Diaspora angesehen. Die antisemitische *NS*-Verfolgungs- und Vertreibungspolitik habe dann obsiegt und werde eifrige Nachahmer finden, so die allgemeine Ansicht. Es war daher kein Zufall, dass gerade das polnische und amerikanische Judentum die Hochburgen der jüdischen Boykottbewegung bildeten. Ihr Kampf gegen den *NS* war gleichzeitig ein Kampf für ihre Positionen in den Heimatländern und allgemeiner, zur Verteidigung der *Golah*. Trotz aller jüdischen Solidarität vertraten die Eliten des *Jischuw* wie die des amerikanischen, deutschen oder polnischen Judentums verständlicherweise vorrangig die Interessen ihrer jeweiligen Gemeinschaft. Während Verhandlungen mit dem Unterdrücker oder gar seine ökonomische Stärkung durch den Transfer aus amerikanisch-jüdischer Perspektive außerhalb jedweder Überlegungen standen, setzte die *RV* genau darin all ihre Hoffnungen.<sup>699</sup>

Der Hauptgrund für das Scheitern der genannten Auswanderungspläne lag allerdings auf anderem Gebiet. Alle Pläne gingen auf die ein oder andere Art davon aus, dass sowohl der *NS*-Staat wie auch die Staatenwelt den Bestrebungen wohlwollend und unterstützend gegenüberstehen und dass ein gewisser Zeitraum für die geplante Massenauswanderung zur Verfügung stehe.<sup>700</sup> Allein auf Basis einer „privaten“ Initiative jüdischer Hilfsorganisationen eine

---

<sup>698</sup> ebd.; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.287-294, 298-299; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.108-109.

<sup>699</sup> Siehe dazu: ebd., S.109-113; Weiss, *Deutsche und polnische Juden*, S.169-190; Margalio, *Problem of Rescue*, S.258; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.301-309, 327-331; Werner Senator, „Memorandum“ v. 5.1.1936, abgedr. in: Nicosia, *Archives of the Holocaust*, S.250-253.

<sup>700</sup> Siehe dazu: ebd.; [Martin] Rosenblüth, *Notiz betreffend Memorandum von J.L. Cohen v. 13.12.1935*, in: ZZA, A222/10/I; Siegfried Moses, *Grundzüge für ein Aktionsprogramm der Reichsvertretung der Juden in*

Massenevakuierung durchzuführen, war angesichts ihrer tatsächlichen finanziellen und machtpolitischen Möglichkeiten aber ausgeschlossen. Noch dazu verschlechterte sich die Lage der Juden in Ostmitteleuropa rapide. Anglo-amerikanische jüdische Hilfsorganisationen mussten daher auch dort vermehrt helfen, ebenso der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland selbst und darüber hinaus noch jüdische Flüchtlinge unterstützen. Schon allein damit waren sie jedoch heillos überfordert.<sup>701</sup> Für die NS-Machthaber stand zwar die restlose Auswanderung der Juden aus Deutschland als unumstößliches Ziel fest. Sie waren aber letztlich nicht bereit, größere Konzessionen zur Förderung der Auswanderung einzugehen; stattdessen rückte immer mehr die forcierte Vertreibung als Handlungsoption in den Vordergrund. Auch der Staatengemeinschaft und allen voran GB fehlte der Wille zur wirklichen Hilfe. Sie ließen ihre Tore weiterhin nahezu geschlossen. Die deutschen Juden saßen in der Falle.<sup>702</sup>

Unter diesen Voraussetzungen standen die RV, das *Palästina-Amt* und der *Hilfsverein der Juden in Deutschland*, der die Auswanderung in alle Länder außer *Erez Israel* unterstützte, letztlich auf verlorenem Posten. Zwar befand sich ab Ende 1935 die Auswanderungsfrage im Zentrum ihrer Arbeit. Die Strukturen wurden weiter ausgebaut und zentralisiert. Weit mehr als die Hälfte aller Auswanderer erhielt in den Jahren 1936 bis 1938 beratende, organisatorische und finanzielle Unterstützung. Die Diskrepanz zwischen dem Auswanderungsbedürfnis der deutschen Juden und den tatsächlichen Möglichkeiten vergrößerte sich dennoch permanent.<sup>703</sup> In dieser Lage wandte sich die RV im Januar 1938 mit einem Hilferuf

---

Deutschland auf dem Gebiete der Liquidation jüdischer Vermögen, undatiert [Ende 1935 - Anfang 1936], in: ebd.; HOG an Exekutive der Jewish Agency v. 19.11.1935 nebst Anlage, in: ebd.; Jewish Agency for Palestine, The Problem of the Jewish Refugees from Germany, 12.11.1935, in: ebd.; Präsidium der Staatszionistischen Organisation, Totale Lösung der Judenfrage in Deutschland v. 14.10.1935, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.452-456; Vertraulicher Bericht aus London v. 3.6.1935, abgedr. in: Kulka, Dokumente, S.214-217; Kieffer, Judenverfolgung, S.47.

<sup>701</sup> Siehe dazu: ebd., S.129-131; Jünger, Jahre der Ungewissheit, S.294-297, 329; Weiss, Deutsche und polnische Juden, S.84-100; [James G. McDonald], Letter of Resignation of James G. McDonald, High Commissioner for Refugees (Jewish and Other) coming from Germany addressed to the Secretary General of the League of Nations. With an Annex containing an Analysis of the Measures in Germany against „Non-Aryans“, and of their Effects in creating Refugees, London 1935, S.V-X.

<sup>702</sup> Siehe dazu: ebd.; Kieffer, Judenverfolgung, passim; Vermerk über die Besprechung im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern am 29.9.1936, abgedr. in: Nicosia, Dokumente, S.120-123; Jünger, Jahre der Ungewissheit, S.275-280, 316-323.

<sup>703</sup> Siehe dazu: Arbeitsbericht des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1936, in: LBI Archiv New York, MF 1060, S.14-53; Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1937, in: ebd., S.10-37; Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938, in: ebd., S.5-14; Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Zur Konferenz in Evian, undatiert [ca. Juni 1938], in: Haus der Wannseekonferenz, Berlin.

an Großbritannien und die Staatenwelt, zumindest der jüngeren Generation Einwanderungsmöglichkeiten zu eröffnen: „Die Möglichkeiten der Auswanderung hängen [...] vor allem von der Bereitwilligkeit der anderen Länder [ab], ihre Tore [...] offen zu halten. Darauf hat aber die Reichsvertretung keinen bestimmenden Einfluss. Sie kann nicht Wunder tun und sie vermag nicht, die Bedingungen, die ihrer Absicht in der Welt entgegenstehen, zu ändern.“<sup>704</sup> Unerwartet schien sich doch ein Wunder im Frühjahr 1938 anzubahnen. Auf Initiative von US-Präsident Franklin D. Roosevelt sollte nun eine internationale Lösung für die jüdische Flüchtlingsnot angestrebt werden. Mehr als 30 Staaten nahmen im Juli 1938 an einer extra dafür einberufenen Konferenz im französischen Evian teil. Das erzielte Ergebnis war mehr als ernüchternd; das Gros der Staaten war weder bereit, sich finanziell zu engagieren, noch Einwanderungsmöglichkeiten zu eröffnen. Viele Staaten verschärfen in den folgenden Monaten sogar ihre Einwanderungspolitik oder schlossen ihre Grenzen ganz. Einzig nennenswert war die Begründung des „Intergovernmental Committee on Refugees“, das ab Herbst 1938 mit dem NS-Staat in direkte Verhandlungen über einen Auswanderungsplan trat. Aber auch diese letzte Initiative scheiterte.<sup>705</sup> Nicht nur für die Juden aus Deutschland wurde Evian zum Symbol für das Versagen der Völkergemeinschaft, die damals und auch in den folgenden Jahren durchaus mögliche Hilfe verweigerte und die Juden Europas ihrem mörderischen Schicksal überließ.<sup>706</sup>

Die RV beteiligte sich an der Konferenz in Evian mit eigenen Vorschlägen für einen Auswanderungsplan. Mit ihr traten mehr als drei Dutzend weitere, meist jüdische (Hilfs-) Organisationen auf, fast jede davon mit eigenen Vorschlägen und Plänen. Eine gemeinsame Linie fanden die jüdischen Organisationen nicht.<sup>707</sup> Sogar innerhalb des deutsch-jüdischen Lagers waren diese Tendenzen vorhanden. Große Teile der Agency sahen in der Konferenz von Evian vor allem eine Gefahr für das zionistische Aufbauwerk, da Emigranten und Kapital dann in andere Teile

---

<sup>704</sup> Die Ratstagung der Reichsvertretung, C.V.-Zeitung v. 20.1.1938, S.3.

<sup>705</sup> Siehe: Kieffer, Judenverfolgung, S.155-480; Weingarten, IGC, passim; Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a.M. 1996, S.52-74 [f. Bauer, Freikauf]; Die Resolutionen von Evian, JR v. 19.7.1938, S.9.

<sup>706</sup> Siehe dazu: Wankende Welten, MB v. 21.6.1940, S.1-2; Nur kein neues Evian!, MB v. 12.3.1943, S.1-2; Nachspiel zu Bermuda, MB v. 17.12.1943, S.2; Die Flüchtlingsfrage, MB v. 6.4.1945, S.1-2; Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt a.M. u.a. 1983, S.299-301.

<sup>707</sup> Siehe dazu: Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Zur Konferenz in Evian, undatiert [ca. Juni 1938], in: Haus der Wannseekonferenz, Berlin; Die Wanderungssituation, JR v. 22.7.1938, S.12; Noch keine konkreten Ergebnisse, JR v. 12.7.1938, S.1-2; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOG] v. 16.6.1938, in: ZZA, S7/507; Kieffer, Judenverfolgung, S.240-247 sowie die in Nicosia, Archives of the Holocaust, S.285-314 abgedruckten Memoranden verschiedener Organisation zur Konferenz von Evian.



der Welt geleitet werden könnten. Diese Sicht teilten auch einige deutsche Zionisten in *Erez Israel* wie Landauer\* und Blumenfeld\*.<sup>708</sup> Dagegen setzte die gesamtjüdische Führung in Deutschland ihre Hoffnung auf die Initiative der Konferenz, „die Hunderttausenden arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Existenz erschließen sollte“<sup>709</sup> – obschon in ihren Reihen insgeheim auch Zweifel an ihrem Erfolg bestanden.

Schon während der bereits erwähnten Verhandlungen zwischen der *RV* und den *NS*-Instanzen um einen Auswanderungsplan zeigten sich diese Meinungsverschiedenheiten. Die *ZVfD* stand hinter dem Plan der *RV*, der neben der Auswanderung nach Palästina verstärkt die übrige Welt ins Visier nahm. Im Auftrag der *Agency* reiste Landauer\* im Januar 1936 zu den Verhandlungen. Es kam vor den Augen der Beamten des Reichswirtschaftsministeriums zum Eklat zwischen den jüdischen Teilnehmern. Landauer\* kritisierte den Plan scharf, der unzweifelhaft das Potenzial hatte, die Bedeutung *Erez Israels* als Aufnahmeland zu schmälern. Da keine Einigung zwischen den jüdischen Teilnehmern erzielt werden konnte, zogen sie schließlich ihre eigenen Vorschläge während der Verhandlung zurück.<sup>710</sup> Dieser Konflikt, der sich letztlich um die Vorrangstellung Palästinas bei der Auswanderungsförderung drehte, die theoretisch auch der nichtzionistische Teil der *RV* anerkannte, spitzte sich in den folgenden Monaten noch zu. Die Fronten verliefen nun vor allem zwischen dem nichtzionistischen Flügel der *RV* und den Zionisten.<sup>711</sup> Die Begründung der *Altreu* legte davon exemplarisch Rechenschaft ab. Diese Ende 1936 nach dem Abbild der *Haawarah* und ihrer deutschen Zweigstelle *Paltreu* geschaffene Gesellschaft organisierte ebenso ein Transfersystem in verschiedene Länder; explizit davon ausgenommen war nur Palästina. Dadurch konnten Juden mit kleineren Kapitalien trotz hoher Verluste einen Teil ihres Besitzes bei der Auswanderung überführen. Das *Altreu*-Verfahren war anfangs von der *RV* als ein Baustein zur Finanzierung ihres Auswanderungsplans angedacht gewesen. Nach dem Scheitern des Planes wurde es

---

<sup>708</sup> Siehe dazu: Weiss, *Deutsche und polnische Juden*, S.161-163; Kochavi, *The Executive*, S.136-141; [Kurt Blumenfeld] an Arthur Hantke/Leo Hermann v. 12.8.1938, in: ZZA, A222/25.

<sup>709</sup> Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938, in: LBI Archiv New York, MF 1060, S.1; siehe weiterhin: Aus einem Bericht von S.[alomon] Adler-Rudel, undatiert [Ende März-Anfang April 1938], in: ZZA, S7/513; Reichsverband der Juden in Deutschland, JR v. 29.7.1938, S.1; Nationale Wanderungspolitik, ebd., S.13; Londoner Sitzung zu Ende, JR v. 9.8.1938, S.1.

<sup>710</sup> Siehe dazu: Martin Rosenblüth an Georg Landauer v. 14.1.1936, in: ZZA, A358/74; Kieffer, *Judenverfolgung*, S.113-115; Jünger, *Jahre der Ungewissheit*, S.318-320.

<sup>711</sup> Siehe dazu: ebd., S.263-265, 270-271; Erklärung der Reichsvertretung, JR v. 24.9.1935, S.1.

gezwungenermaßen in viel kleineren Dimensionen realisiert. Es half trotzdem mit, einige Tausend Juden bis Kriegsbeginn zur Auswanderung zu bringen.<sup>712</sup>

Erste grundsätzliche Verhandlungen zur Begründung der *Altreu* fanden im März 1936 in London statt. Neben Weizmann, Kaplan und Siegmund Hoofien saßen auf zionistischer Seite noch Moses\*, Salomon Adler-Rudel\*, Pinner\* und Martin Rosenblüth\* am Verhandlungstisch; Friedrich Borchardt und Max Warburg vertraten den nichtzionistischen Teil der *RV*. Zwar wurde in Grundsatzfragen ein *Modus Vivendi* erzielt, der der zionistischen Seite wesentlichen Einfluss auf die *Altreu* zusicherte und mögliche Verluste an Transfersgeschäften und Devisen für die *Haawarah* ausschloss.<sup>713</sup> Die folgenden Gespräche über die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Kooperation zwischen der *Haawarah/Paltreu* und *Altreu*, die Abgrenzung der jeweiligen Geschäftsgebiete und die Besetzung der Führungsstellen der *Altreu* offenbarten aber ein Klima des Misstrauens auf beiden Seiten. Die Zionisten fürchteten neben dem Verlust von Prestige und Einfluss innerhalb der *NS*-Wirtschaftsinstitutionen einen eklatanten Devisenverlust durch die Verdrängung der *Haawarah* aus allen Märkten außerhalb Palästinas. Daher versuchten sie, die Gründung der *Altreu* zu verzögern.<sup>714</sup> Ganz unbegründet waren die zionistischen Ängste auch nicht gewesen. Zumindest einige nichtzionistische Protagonisten wollten den zionistischen Einfluss auf die *Altreu* tatsächlich begrenzen und den Wirkkreis der *Haawarah* auf Palästina beschränken. Eine wirklich vertrauensvolle Kooperation zwischen *Paltreu* und *Altreu* kam daher nicht zustande.<sup>715</sup> Die hier nachgezeichneten Konflikte in der Auswanderungsfrage enthüllten nicht nur den wenig erstaunlichen Dualismus zwischen Zionisten und Nichtzionisten, sondern auch Meinungsverschiedenheiten im zionistischen

---

<sup>712</sup> Siehe dazu: Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1937, in: LBI Archiv New York, MF 1060, S.17-18; Arbeitsbericht der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für das Jahr 1939, in: ebd., S.65; Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938, in: ebd., S.13-14, 62-68; Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Zur Konferenz in Evian, undatiert [ca. Juni 1938], in: Haus der Wannseekonferenz, Berlin, S. 15 u. Anlage 6; M.M. Warburg & Co., Hamburg an Zionistische Vereinigung für Deutschland v. 27.11.1936, in: ZZA, A367/50.

<sup>713</sup> Siehe dazu: Protokoll-Notiz [d. Londoner Verhandlungen] v. 12. u. 13.3.1936, in: ZZA, A376/4; Siegfried Moses an Ernst Spiegelberg v. 17.11.1936, in: ebd.; zur Person Hoofien: EJ, Vol. 9, S.521.

<sup>714</sup> [Ernst] Marcus an [Siegfried] Moses v. 21.8.1936, in: ZZA, A376/4; [Siegfried Moses] an Ernst Marcus v. 27.8.1936, in: ebd.; Werner Senator an [Siegfried] Moses v. 20.10.1936, in: ebd.; [Ernst Marcus] an Siegfried Moses v. 11.11.1936, in: ebd.; Ernst Marcus an Siegfried Moses v. 2.12.1936, in: ZZA, A376/50; Siegfried Moses an M.M. Warburg & Co. v. 5.12.1936, in: ebd.

<sup>715</sup> Siehe dazu: [Werner] Feilchenfeld, Aktenvermerk über die Besprechung mit Herrn Dr. Wilmanns von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung v. 22.10.1936, in: ZZA, A376/4; [Ernst] Marcus, Aktenvermerk betr. Besprechung mit Herrn Dr. Spiegelberg von der Firma M.M. Warburg & Co. v. 4.11.1936, in: ebd.; [Ernst Marcus] an Werner Feilchenfeld v. 24.11.1936, in: ebd.; Ernst Marcus an Siegfried Moses v. 1.12.1936, in: ZZA, A376/50; Siegfried Moses an M.M. Warburg & Co. v. 5.12.1936, in: ebd.; [Siegfried Moses] an Max M. Warburg v. 6.1.1937, in: ebd.

Lager selbst. Während die bereits emigrierten deutschen Zionisten tendenziell stärker die palästinazentrische Perspektive vertraten, nahm bei den noch in Deutschland ausharrenden Zionisten der Rettungsgedanke immer breiteren Raum ein. Erst im Zuge des Novemberpogroms glichen sich diese unterschiedlichen Perspektiven wieder an.

### **Der Novemberpogrom und die Errettung des deutschen Judentums**

Die zionistische Führung in Deutschland vertrat wohl spätestens ab Sommer 1938 die Strategie der Emigration mit allen Mitteln. Wenige Tage nach dem Novemberpogrom trat sie mit der Forderung nach einer radikalen Neuausrichtung der Migrationspolitik an die zionistischen Entscheidungsinstanzen heran: „Es müssen mindestens 50 bis 100000 Menschen sofort aus Deutschland heraus.“ Da zwischen den realen Auswanderungsmöglichkeiten und deren tatsächlichem Bedarf keinerlei Relation mehr bestehe, müssten temporäre Flüchtlingslager in *Erez Israel* und anderen Ländern eingerichtet werden. Diese sollten – wenn notwendig – sogar den Charakter von Internierungslagern erhalten, das hieß „Beschränkung der Freizügigkeit für eine Reihe von Jahren als Bedingung für die Aufenthaltserlaubnis.“<sup>716</sup> Jene Sicht vertrat dann auch Senator\* als Mitglied der *Sochnuth* in diesem Gremium. Wie auch andere deutsche Zionisten in *Erez Israel* forderte er nun die sofortige vollständige Evakuierung der Juden aus dem deutschen Machtbereich. Egal an welchem Ort der Welt sich Asylmöglichkeiten eröffnen, sie sollten fortan ausgenutzt werden.<sup>717</sup> Auch die bisher von deutsch-zionistischer Seite hoch gehaltenen Prinzipien der Auslese der *Olim* nach qualitativen Kriterien und Einwanderung nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes wurden fallengelassen. Die *ZVfD* plädierte bereits im Sommer 1938 für ihre Außerkraftsetzung. Für die *HOGO A* hieß es nach dem Pogrom ebenso, „so viel Juden als möglich nach Palästina bringen, ohne auswählen zu können, wer für das Land geeignet sei, ohne im Moment auch nur abzuwägen, ob die Wirtschaft des Landes diese neue Immigration tragen könne.“<sup>718</sup> Es meldeten sich aber auch Stimmen aus der deutschen *Alijah* zu Wort, die die Einwanderung

---

<sup>716</sup> [Siegmond Hoofien] an [Martin] Rosenblüth v. 27.11.1938, in: ZZA, S7/712, S.2; siehe weiterhin dazu: Benno Cohn, Das letzte Jahr, MB v. 18.10.1963, S.25-26; Teichert, Chasak, S.465-466.

<sup>717</sup> Siehe dazu: Kochavi, The Executive, S.141-142, 155; Nach dem 1. Januar 1939, MB, Nr. 1 (1939), S.1-3; Der Sprung ins Dunkle, MB, Nr. 8 (1939), S.1-3; Arthur Rupp, Aussichten landwirtschaftlicher Ansiedlung, MB v. 17.3.1939, S.5; HOG, Rechenschaft 1939, S.9.

<sup>718</sup> ebd.; siehe weiterhin dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGO A] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717; Generalversammlung der HOG Tel Aviv, MB, Nr. 9 (1939), S.11; Palestine Settlers ask for 12.000 Parent Certificates, Palestine Post v. 29.12.1938, S.2; „Öffnet die Tore des Landes“, MB, Nr. 7 (1939), S.5; Teichert, Chasak, S.345, 465; Erklärung der deutschen Delegation, JWR v. 23.08.1939, S.2.

unproduktiver und/oder ideologisch ungeeigneter Juden sehr kritisch sahen.<sup>719</sup> Die *Hitachduth* befand sich nun im offenen Widerspruch zur offiziellen *Alijah*-Politik der Agency und DA. Das von der Agency nach dem Pogrom unterbreitete Angebot der Aufnahme von 100.000 Juden aus dem NS-Machtbereich bezog sich ausschließlich auf die junge Generation. Die DA verlangte ihrerseits für die Vergabe der im Weißbuch offerierten 25.000 Flüchtlingszertifikate die Anwendung zionistischer Auswahlkriterien für mittellose Flüchtlinge. Auch vertraten Führungspersönlichkeiten wie Ben-Gurion und Weizmann weiterhin den Standpunkt, dass die „Judenfrage“ nur in *Erez Israel* gelöst werden könne. Dabei war ihnen unzweifelhaft klar, dass *Erez Israel* sogar bei weitgehender britischer Konzilianz das grassierende Flüchtlingsproblem nicht ansatzweise zu lösen vermochte.<sup>720</sup> Dahinter versteckte sich auch die Angst, dass die Flüchtlingsströme in andere Regionen der Welt geleitet würden und insbesondere die Idee des Territorialismus wieder an Zugkraft gewinnen könne.

Zionistische Denker wie Theodor Herzl oder Leon Pinsker verzichteten in ihren programmatischen Schriften noch auf eine territoriale Festlegung für das zu schaffende jüdische Gemeinwesen. Erst mit der Verabschiedung des *Basler Programms* auf dem I. Zionistenkongress 1897 schien eine Grundsatzentscheidung zugunsten *Erez Israels* gefallen zu sein.<sup>721</sup> Aber im Zuge der britischen Offerte im August 1903, einen Landstrich in Ostafrika zur jüdischen Besiedlung freizugeben, kam es im zionistischen Lager zu einem offenen Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer territorialen Lösung außerhalb Palästinas. Die so genannte „Uganda-Krise“ wurde erst auf dem VII. Zionistenkongress 1905 beigelegt, bei dem die Mehrheit der Delegierten per Votum jede koloniasatorische Tätigkeit außerhalb *Erez Israels* ausschloss. Die unterlegene Minderheit, die so genannten Territorialisten unter der Führung von Israel Zangwill verließen den Kongress und begründeten eine separatistische Bewegung namens „Jüdisch-Territorialistische Organisation“. Ihr erklärtes Ziel, die Schaffung eines autonomen jüdischen Gemeinwesens an irgendeinem Platz der Welt, verfolgten sie noch bis

---

<sup>719</sup> Siehe dazu: Gerda Luft, Von Palästina aus gesehen, MB, Nr. 8 (1939), S.5; Ernst Levy, Was soll werden?, MB, August (I) 1939, S.11; Mischtar Zioni. Vorschläge des K.J.V. zur Einführung einer zionistischen Rechtsordnung in Erez-Israel, 1939, in: ZZA, A155/25.

<sup>720</sup> Siehe: Political Report of the Executive 1939, S.55; Kochavi, The Executive, S.143, 153-54; Flüchtlingsfrage und Palästina, MB, Nr. 10 (1939), S.3; Vermerk von Dr. Georg Landauer, Jerusalem 02.06.1939, abgedr. in: Götz Aly u.a. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. II: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München 2009, S.761.

<sup>721</sup> Siehe dazu: Herzl, Judenstaat, S.34-36; Pinsker, Autoemanzipation, S.21, 26-28; Protocoll Zionisten-Congress 1897, S.119; zur Person Pinsker siehe: EJ, Vol. 16, S.173-174.

nach dem I. WK. Danach zerfiel die Bewegung.<sup>722</sup> Der Territorialismus gewann nach der NS-Machtübernahme unter Juden wieder etwas an Boden. Wirklich zur „Gefahr“ für *Erez Israel* wurde er aber erst in dem Augenblick, als einflussreiche Staaten wie die *USA* und *GB* eine territoriale Konzentration der jüdischen Flüchtlinge außerhalb Palästinas in Erwägung zogen.<sup>723</sup> In den höchsten zionistischen Rängen traf der Gedanke einer jüdischen Massensiedlung außerhalb Palästinas auf fast einhellige Ablehnung. Unzweifelhaft war diese Haltung stark ideologisch motiviert und orientierte sich vor allem an den Interessen des zionistischen Aufbauwerkes. Daneben spielten aber auch berechtigte Zweifel an einer tatsächlichen Umsetzbarkeit solcher Projekte eine wesentliche Rolle. Mit Recht wurde auch die Ernsthaftigkeit angezweifelt, mit der insbesondere *GB* Kolonisationsprojekte wie Britisch Guayana öffentlichkeitswirksam propagierte. Offenkundig sollten sie nämlich die anglo-amerikanischen Öffentlichkeiten beruhigen und eine noch restriktivere britische Einwanderungspolitik für Palästina rechtfertigen. Auch während des Krieges blieb die zionistische Führung daher bei ihrer resoluten Ablehnung des Territorialismus.<sup>724</sup>

Die Berichterstattung des *MB* und der *JWR* zu territorialen Lösungen tendierte dagegen nach dem Pogrom zu einer kritischen, aber nicht grundsätzlich ablehnenden Haltung. Vielmehr wurde immer wieder betont, dass der Errettung der verfolgten Juden gegenüber ideologischen Erwägungen der Vorzug einzuräumen sei.<sup>725</sup> Auch während des Krieges blieb dieses Thema im *Mitteilungsblatt* präsent. Neben Befürwortern kolonialer Massensiedlungsprojekte meldeten sich aber auch Kritiker zu Wort, die jene als reine Illusion brandmarkten. Inwieweit diese tendenziell positive Berichterstattung auch die Meinung der führenden deutsch-zionistischen Kreise wiedergab, kann mit Sicherheit nicht geschlussfolgert

---

<sup>722</sup> Siehe dazu: Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des VII. Zionisten-Kongresses und des ausserordentlichen Kongresses in Basel. 27., 28., 29., 30., 31. Juli, 1. und 2. August 1905, Berlin 1905; Gur Alroey, *Zionism without Zion. The Jewish Territorial Organisation and its Conflict with the Zionist Organisation*, Detroit 2016; Böhm, *Bewegung*, S.197-198, 254-263 u. 308-315; Walter Laqueur, *Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus*, Wien 1975, S.137-150, 156.

<sup>723</sup> Siehe dazu: Klaus Müller-Salget, Alfred Döblin und das Judentum, in: Hans O. Horch/Itta Shedletzky (Hg.) *Deutsch-jüdische Exil- und Emigrationsliteratur im 20. Jahrhundert*, Tübingen 1993, S.153-163, hier: 157-159; Alfred Döblin, *Grundsätze und Methoden eines Neuterritorialismus*, in: ders., *Schriften zur Politik und Gesellschaft*, Otten/Freiburg im Breisgau 1972, S.309-338; Strauss, *Emigration*, S.381; Gilbert, *British Government Policy*, passim.

<sup>724</sup> Siehe dazu: ebd., S.128-134; Eshkoli, *Three Attitudes*, S.79-80; Kochavi, *The Executive*, S.153-157; Gelber, *Policy*, S. 197-198; *Das Ende einer Evian-Illusion*, *JWR* v. 5.5.1939, S.2; *Notizen der Woche*, *JWR* v. 9.6.1939, S.3; *Ben Gurions Programm*, *MB* v. 14.3.1941, S.1-2; Bauer, *Freikauf*, S.69-70.

<sup>725</sup> Siehe dazu: Nach dem 1. Januar 1939, *MB*, Nr. 1 (1939), S.1-3; *Der Sprung ins Dunkle*, *MB*, Nr. 8 (1939), S.1-3; *Notizen der Woche*, *JWR* v. 31.03.1939, S.1-3; *Getrennte Tische*, *MB*, Nr. 10 (1939), S.1-2; *Die neue Last der deutschen Juden*, *JWR* v. 11.08.1939, S.2; *Veränderte Welt*, *JWR* v. 27.10.1939, S.1-2.

werden. Denn zu oft vertrat Weltsch\* als Chefredakteur beider Zeitungen ohne Rücksicht auf andere Einstellungen seine persönlichen Ansichten. Allein stand er mit der Befürwortung außerpalästinensischer autonomer Kolonisationsprojekte aber keineswegs.<sup>726</sup> So betonte Weltsch\* völlig richtig, dass wohl der übergroße Teil der „Zionisten aus Deutschland die Eröffnung von Einwanderungsmöglichkeiten in alle möglichen Länder außerhalb Palästinas für wünschenswert hielt.“<sup>727</sup> Diese Position führte wohl zu der für *Erez Israel* einzigartigen Situation, dass eine zionistische Massenorganisation wie die *HOGOA* sich aktiv an der individuellen Auswanderungshilfe für noch im *NS*-Staat weilende Juden in die Länder der *Galuth* beteiligte. Mit der gleichen Intention gründeten kurz nach Kriegsbeginn führende deutschsprachige Zionisten dort ein Komitee zur Förderung der Überseewanderung.<sup>728</sup> Wie die zionistische Führung waren auch die deutschen Zionisten vor eine schwere Entscheidung gestellt. Sie mussten wählen, ob sie der Erlösung des jüdischen Volkes oder der Errettung von Juden Priorität einräumten. Ende der 1930er Jahre tendierte der deutsche Zionismus zu Letzterem. Die noch präsenten eigenen Erfahrungen mit dem *NS*, die Sorge um Freunde und Verwandte und eine realistische Einschätzung des Aufnahmepotenzials Palästinas ließen bei ihnen den Rettungsgedanken in den Vordergrund treten. Trotzdem zeigten deutsche Zionisten eine nicht erwartbare ambivalente Einstellung zur *Alijah Beth*.

Seit Beginn der zionistischen Kolonisation in den 1880er Jahren wanderten Juden auch illegal in Palästina ein. Präferierte Wege waren Grenzübertritte auf dem Land- und ab den 1930er Jahren auch auf dem Seeweg, arrangierte Scheinehen und das Verbleiben im Land nach dem Ablauf von Touristenvisen. Ab den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die *Alijah Beth* zu einem Massenphänomen, obwohl sie bis Mitte der 1930er Jahre fast ausschließlich auf individueller Ebene durchgeführt wurde. Trotzdem wanderten bis dahin wohl einige Zehntausend Juden auf diesem Wege ein.<sup>729</sup> Das zionistische Establishment, ob in London,

---

<sup>726</sup> Siehe dazu: Salomon Adler-Rudel an Dr. Tartakower v. 21.05.1940, in: RWC, Box 9, Folder 2; Die leeren Räume, MB v. 27.2.1942, S.2; Arnold Wiener, Nachkriegsprobleme, MB v. 28.11.1941, S.4; Georg Pape, Politische Debatte, MB v. 10.4.1942, S.2; Moscheh Bertenthal, Warum Misstrauen gegen einen „Neuen Territorialismus“?, MB v. 7.8.1942, S.4; Joseph Loewy, Rettung um jeden Preis, MB v. 22.1.1943, S.7; Siegmund Kaznelson, Neue Grundlagen des Zionismus, MB v. 7.5.1943, S.4; Wanderungssorgen, MB v. 29.3.1940, S.1-2.

<sup>727</sup> Notizen der Woche: Auswanderung, JWR v. 31.03.1939, S.1-3, hier 2.

<sup>728</sup> Siehe dazu: ebd., S.1-3; Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania w'Olej Austria, [Snif] Haifa v. 1.1.1939-30.9.1940, in: ZZA, S7/1096; Ein Komitee für Übersee-Wanderung, MB v. 3.5.1940, S.6; Fragen der Übersee-Wanderung, MB v. 1.8.1941, S.2.

<sup>729</sup> Siehe dazu: Amnestie für illegale Einwanderer, JR v. 7.8.1931, S.374; Alijah 1934, ZVfD-Blätter v. 1. Juli 1934 [Nr.1], S.5-6; Max Tischler, Die illegale Einwanderung, ZVfD-Blätter v. 1.9.1934 [Nr.5], S.14-17; Bericht über Palästina, S.91-92, 317-318; Ofer, Illegal Immigration, S.9-11; Edelheit, Yishuv, S.92-93.

Jerusalem oder Berlin, sah in den ersten Jahren nach der NS-Machtübernahme keinen Anlass, für die AB zu plädieren. Einerseits hätte es dadurch seinen Einfluss auf die Auswahl der *Olim* eingebüßt, andererseits die wenn auch stets konfliktreiche Zusammenarbeit mit GB gefährdet. Einzig die revisionistische Führung sprach sich zu dieser Zeit schon dafür aus.<sup>730</sup> Spätestens mit dem so genannten „Anschluss“ Österreichs vollzog die zionistische Führung in Deutschland aber eine fundamentale Wende. Hans Friedenthal\*, einer der beiden geschäftsführenden Vorsitzenden der ZVfD, reiste nach London, um Ben-Gurion und Weizmann in persönlichen Gesprächen von der Notwendigkeit der Aufnahme der AB zu überzeugen. Ohne Erfolg.<sup>731</sup> Die britische Abkehr vom Partitionsplan und der Novemberpogrom ließen aber auch einen Teil der Agency-Kreise von ihrer bisherigen Linie abrücken. Ben-Gurion, Schertok und Eliahu Dobkin sprachen sich nun für sie aus. Weizmann, Kaplan und Emil Schmorek dagegen blieben diesbezüglich weiterhin eher kritisch. Ben-Gurion betrachtete sie nun wie Jabotinsky als (entscheidende) Waffe im politischen Kampf gegen die antizionistische britische Politik. Sein Ruf nach einer *Alijah*-Revolte, der offenen Landung Tausender *Maapilim* an der palästinensischen Küste, sollte vor allem die Weltöffentlichkeit mobilisieren und die Briten zu einer entscheidenden Revision ihrer Einwanderungspolitik zwingen. Der Errettungsgedanke spielte dabei eher eine sekundäre Rolle.<sup>732</sup> Diese Strategie traf wiederum auf Widerstand innerhalb der JA, *Haganah* respektive des *Mossad Lealijah Beth*. Neben Zweifeln an der tatsächlichen Realisierbarkeit und politischen Erwägungen betonten einige auch den humanitären Rettungsgedanken und beharrten daher weiterhin auf die klandestine Durchführung der *Alijah Beth*. Ben-Gurion konnte sich daher nicht durchsetzen. „In der Frage der Alija Beth blieb die Führung der Jewish Agency gespalten und ohne klare Linie“<sup>733</sup> – eine Tendenz, die sich nach Kriegsbeginn noch verstärkte.

Die gleiche Feststellung traf auch auf die deutschen Zionisten zu. In der Fachliteratur wurde teilweise der Eindruck erweckt, dass die *Hitachduth* beziehungsweise führende deutsche Zionisten sich grundsätzlich gegen die AB aussprachen. Landauer\* und Rosenblüth\* hoben

---

<sup>730</sup> Siehe dazu: ebd., S.93-95; Kurt Blumenfeld zur Palästinafrage, JR v. 5.12.1933, S.905; ZVfD an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute v. 8.2.1934, abgedr. in: Nicosia, Archives of the Holocaust, S.145-150; Ofer, *Illegal Immigration*, S.7-8, 69-70.

<sup>731</sup> Siehe dazu: Benno Cohn, *Das letzte Jahr*, MB v. 18.10.1963, S.25-26; Teichert, Chasak, S.465-466; Ball-Kaduri, *Judenauswanderung*, S.389.

<sup>732</sup> Siehe dazu: Ofer, *Illegal Immigration*, S.17-31, 71-72; Kochavi, *The Executive*, S.145-148; Penkower, *Decision*, S.5-7, 9-11; Bauer, *Freikauf*, S.76-79; zur Person Dobkin siehe: EJ, Vol. 5, S.725.

<sup>733</sup> Bauer, *Freikauf*, S.79; siehe weiterhin: ders., *Resistance*, S.63-64; Ofer, *Illegal Immigration*, S.18, 31; Kochavi, *The Executive*, S.147; Reinharz/Shavit, *Road to September*, S.209-214.

dagegen in der Rückschau nach dem Krieg die positive Einstellung des deutschen Zionismus zu ihr hervor. Wie so oft liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte.<sup>734</sup> Vorauszuschicken wäre, dass nur relativ wenige Quellen zu dieser Frage zur Verfügung stehen. Britische Pressezensur, die Vermeidung der Kompromittierung der offiziellen zionistischen Stellen und der Provokation des Mandatars führten in der Öffentlichkeit aber auch in Beratungen zionistische Instanzen nur zur indirekten Behandlung oder gar Suspendierung dieser Frage.<sup>735</sup> Daher thematisierte das *MB* die illegale Einwanderung mit Ausnahme offizieller britischer Verlautbarungen in chiffrierter Weise, wobei eine positive Grundeinstellung durchaus herauszulesen war. Nur einmal im Juni 1939 gab es ungeschminkt die Position der *HOGOA* in programmatischer Weise offen wieder: „Im Mittelpunkt des Kampfes muss daher die *Nichtanerkennung jener Gesetze* stehen, die in Zukunft die jüdische Einwanderung und die jüdische Ansiedlung auf dem Lande drosseln sollen.“<sup>736</sup> Diese Position war auch der gemeinsame Nenner in internen Beratungen der *HOGOA*. *Achduth Haam* bejahte ebenfalls die *AB* als effektive Waffe gegen das MacDonald-Weißbuch, die neben der Errettung von Juden das Grundrecht der Juden auf Einwanderung in ihre neu-alte Heimat vor aller Welt betone.<sup>737</sup>

Die grundlegende Bejahung der *AB* seitens der beiden deutsch-zionistischen Organisationen in der unmittelbaren Vorkriegszeit bedeutete aber keineswegs, dass alle Protagonisten in gleicher Weise hinter der Entscheidung standen. Weltsch\* beispielsweise hatte erhebliche Zweifel und äußerte sich privat sehr despektierlich über die ankommenden *Maapilim*: „Es ergießt sich eine Armee von für das Land gänzlich unbrauchbaren Bettlern hierher!“<sup>738</sup> Andere Aktivisten wie Kreuzberger\* oder Meyer\* drückten intern gleichfalls ihre Sorge über die

---

<sup>734</sup> Siehe dazu: Hecht, *Hitachdut*, S.20; Anderl, *Emigration*, S.262, 275-276; Pinhas F. Rosen, *Aus Erinnerungen an die Jahre 1939-1948*, in: Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel-Aviv 1962, S.271-279, hier: 273-274; Georg Landauer, *Illegale Immigration und Gewaltanwendung*, *MB* v. 26.4.1946, S.3-4.

<sup>735</sup> Siehe dazu: Benno Cohn, *Das letzte Jahr*, *MB* v. 18.10.1963, S.25-26; Wasserstein, *Britain*, S.26; Ofer, *Illegal Immigration*, S.24.

<sup>736</sup> Verantwortung! Die deutschen Olim im Kampfe des Jischuw, *MB*, Juli (I) 1939, S.1-3, hier: 2; siehe weiterhin: Die *HOGOA* zur politischen Lage, ebd., S.1; Tage der Krise, *MB*, Juni (I) 1939, S.1-2; Die Sperre der Schedule, *MB*, Juli (II) 1939, S.3.

<sup>737</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. *HOGOA*] v. 22.6.1939, in: *ZZA*, S7/717; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe *Achduth Haam* – Tel Aviv, undatiert [ca. Mai-Juli 1939], in: *ZZA*, J18/49; *Achduth Haam*, Juli 1939 [Sonderausgabe zum Kongress], unpg.; Protokoll d. Landestagung der *HOGOA* 1939, in: *ZZA*, A158/7.

<sup>738</sup> Robert Weltsch an [Zwi?] Diesendruck v. 17.02.1939, in: *RWC*, Box 9, Folder 13; siehe weiterhin dazu: [Robert Weltsch], *Kongress-Tagebuch*, *JWR* v. 25.08.1939, S.2.



„Qualität“ der Illegalen aus.<sup>739</sup> Auch die Motive für die Unterstützung der *AB* differierten unter den Aktivsten. Senator\* als ehemaliges Mitglied des *Brith Schalom* wahrlich kein zionistischer Hardliner, befürwortete nach dem Pogrom die Organisation einer Masseneinwanderung von Kindern und Jugendlichen ohne Zustimmung der Briten. Seine Motivation speiste sich aus dem humanitären Rettungsgedanken. Rosenblüth\* dagegen betonte die politische Dimension, wobei auch bei ihm Rettung eine wesentliche Rolle spielte. Er vertrat nämlich auch die Forderung nach *Alijah* der (unproduktiven) alten Generation.<sup>740</sup> Am anderen Ende der Skala befand sich Lichtheim\*. Für ihn standen politische Erwägungen eindeutig im Vordergrund. Öffentlich stellte er die *AB* als ein den *NS*-Verfolgungsmaßnahmen geschuldetes, torpides Phänomen dar. Seitdem die britische Regierung den rechtlichen Rahmen des Mandats aufgekündigt habe, gebe es keine Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Einwanderung mehr – nur noch eine möglichst groß zu haltende jüdische Einwanderung. Intern schlug er dagegen im Sinne von Ben-Gurion vor, den Briten ein Angebot zu unterbreiten. Im Gegenzug für die Beendigung der *AB* solle Großbritannien wieder eine große legale, nach zionistischen Interessen zusammengestellte Einwanderung zulassen.<sup>741</sup>

Mit Beginn des II. *WK* wandelte sich in den Führungskreisen des *Jischuw* wiederum sukzessive die Einstellung zur *AB*. Ein Bündel von Gründen ließ ihre Fortsetzung aus pragmatischer Sicht immer weniger rechtfertigen. Bedingt durch die grassierende Wirtschaftskrise konnten die bereits eingetroffenen *Maapilim* nicht einmal absorbiert werden. Auch war die zionistische Bewegung organisatorisch, logistisch und finanziell bei Weitem nicht in der Lage, eine groß angelegte illegale *Alijah* zu stemmen, die die legale Immigration aufgewogen hätte; ein Großteil der Kosten trugen sowieso schon nichtzionistische Organisationen wie das *Joint*.<sup>742</sup> Vor allen Dingen änderten sich die politischen Prioritäten auf zionistischer Seite. Nun rückte die Kooperation mit den Briten in den Mittelpunkt und ließ eine allzu konfrontative *Alijah*-Politik nicht mehr opportun erscheinen. Die rigorose britische Politik gegenüber den

---

<sup>739</sup> Siehe dazu: Protokoll d. Landestagung der HOGOA 1939, in: ZZA, A158/7; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 22.6.1939, in: ZZA, S7/717.

<sup>740</sup> Siehe dazu: Kochavi, *The Executive*, S.146; Unsere Forderungen an den Kongress. Auszug aus einem Vortrag von Felix Rosenblüth in der Gruppe Achduth Haam – Tel Aviv, undatiert [Mai-Juli 1939], in: ZZA, J18/49; Protokoll der Sitzung des Präsidiums [d. HOGOA] v. 15.12.1938, in: ZZA, S7/717.

<sup>741</sup> Siehe dazu: Richard Lichtheim, *Politisches Programm 1939*, JWR v. 14.07.1939, S.1-2; Raya Cohen, *Confronting the reality of the Holocaust: Richard Lichtheim 1939-1942*, in: *Yad Vashem Studies XXIII* (1993), S.335-368, hier: 340 [f. Cohen, Lichtheim]; Kochavi, *The Executive*, S.146; Ofer, *Illegal Immigration*, S.19, 30.

<sup>742</sup> Siehe dazu: ebd., S.25-27, 31, 49-68; Bauer, *Freikauf*, S.83, 87; Ball-Kaduri, *Judenauswanderung*, S.395-396; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933-1945. II Bde., Bd. II: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945*, Bonn 2006, S.114 u. Kap. III.

Flüchtlingsschiffen und die kriegsbedingten Transportschwierigkeiten taten ihr Übriges. Im Jahre 1941 gab die *Sochnuth* daher ihre ohnehin zuvor nicht sonderlich große Unterstützung für die *Alijah Beth* ganz auf.<sup>743</sup>

Die *Hitachduth* und mit ihr wohl der übergroße Teil der deutschen Zionisten zogen aus dieser Gemengelage die gleichen Schlüsse wie die *Agency*. Als Befürworter einer engen britisch-zionistischen Kooperation im Krieg lehnten sie nun alle Kampfmittel gegen die antizionistische Politik des Mandatars ab, die den legalen Rahmen verließen. Die Patria-Katastrophe und die in deren Folge im *Jischuw* geführten Diskurse über die Legitimität der Gewaltanwendung verstärkten wohl noch bei vielen deutschen Zionisten vorhandene Vorbehalte gegen die AB. Die *HOGOA* kritisierte – nicht öffentlich – die Sabotageaktion der *Haganah* scharf.<sup>744</sup> Als Weltsch\* jedoch öffentlich eingestand, dass den Anschlag auf das Schiff jüdische Hände begangen hatten und er die Deportation von *Maapilim* nach Mauritius unter dem Rettungsaspekt befürwortete, brach ein Sturm der Entrüstung im deutsch-zionistischen Lager aus. Sein Artikel sei ein Verbrechen gegen den *Jischuw*, eine Negierung des elementaren jüdischen Rechts auf Einwanderung und reiner Defaitismus – so die Kritiker. Auch die *Hanhalah* der *HOGOA* distanzierte sich klar von Weltschs\* Position und betonte, „dass wir zu einer so weitgehenden Politik der Selbstisolierung [vom Jischuw] in keiner Weise bereit sind.“<sup>745</sup> Die Dispute um die AB legten sich in der folgenden Zeit, da der Strom an legalen wie illegalen *Olim* sich in den Jahren 1941 bis 1943 auf ein Minimum verringerte.<sup>746</sup> Wie die anderen politischen Gruppen des *Jischuw* diskutierte die *Hitachduth* nun intensiv über die zukünftige Perspektiven *Erez Israels* nach dem Krieg. Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, brach der Konflikt um die *Alijah Beth* und insbesondere um die Legitimität von Gewaltanwendung zu deren Durchsetzung nach Kriegsende innerhalb der *Alija Chadascha* von Neuem aus.

---

<sup>743</sup> Siehe dazu: ebd.; Ofer, *Illegal Immigration*, S.27-31, 39-41; Eshkoli, *Three Attitudes*, S.81.

<sup>744</sup> Siehe dazu: Entwurf einer Antwort an Ben-Gurion, undatiert [Mai 1941], in: ZZA, A155/34; Ofer, *Illegal Immigration*, S.31-39; Shapira, *Land*, S.290.

<sup>745</sup> Felix Rosenblüth an [Robert] Weltsch v. 22.3.1942, in: ZZA, S7/2008; siehe weiterhin: Ernst Gotthelf an *Hitachduth Olej Germania* v.20.3.1942, in: ebd.; [Robert Weltsch], *Vor und in den Toren*, MB v. 20.3.1942, S.1-2; Georg Pape, *Politische Debatte*, MB v. 10.4.1942, S.2; Leni Westphal, „Auf den Mauern“, ebd., S.2-3; Kibbutz Hasorea, *Die „Struma“-Tragödie*, ebd., S.4; Robert Weltsch, *Nachbemerkung Nr.2*, ebd.

<sup>746</sup> Siehe dazu: Ofer, *Illegal Immigration*, S.319-320; *Einwanderung*, YH v. 30.6.1944, S.7.

## Die Standortbestimmung zur *Alijah*-Frage in der AC während der Kriegszeit

Das *Biltmore-Programm* wurde Ende 1942 zum offiziellen Programm der zionistischen Bewegung. Der wichtigste Programmpunkt war die Forderung nach einem jüdischen Staat in ganz Westpalästina nach dem Krieg. Unabdingbare Voraussetzung dafür war allerdings die Erringung der jüdischen Majorität im Lande. Ben-Gurion sprach daher auf der Biltmore-Konferenz in New York von der Notwendigkeit, drei bis fünf Millionen *Olim* ins Land zu bringen. Andere zionistische Führer brachten ebenso eine Millioneneinwanderung ins Spiel.<sup>747</sup> Die zionistische Führung verband nun das Schicksal *Erez Israels* und des Zionismus mit der jüdischen Flüchtlingsfrage. Sie erwartete ein Millionenheer heimatloser Juden im Nachkriegs-europa, das die alliierten Siegermächte vor unüberwindliche Probleme stellen werde. Diese Flüchtlinge sollten den Hebel darstellen, der die Fesseln der britischen Weißbuchpolitik sprengen und so die drohende arabische Herrschaft über Palästina verhindern sollte. Dies bedeutete eine fundamentale Wende in der bisherigen zionistischen Politik. Der evolutionäre Weg des Aufbaus sollte durch einen revolutionären Schritt abgekürzt werden, um so das zionistische Endziel doch noch zu erreichen. Das bisherige Dogma der *Alijah*-Politik, selektive Einwanderung nach den ökonomischen Bedürfnissen des Aufbauwerkes, wurde daher verworfen. *Alijah* wurde nun zum alles entscheidenden Werkzeug im Kampf um *Erez Israel*. Ab Ende 1942 arbeitete eine Expertenkommission an der Aufstellung eines Planes nach Ben-Gurions Parametern: Zwei Millionen Einwanderer, etwas später wurde die Zahl auf eine Million revidiert, sollten in ein bis anderthalb Jahren nach Palästina verbracht werden. In den Schubladen des *Mossad* lagen Pläne zur Durchführung der *Alijah Beth* in noch nicht gekanntem Umfang. Bis zu 200.000 militärisch geschulte *Chaluzim* wollte er innerhalb von sechs bis acht Monaten an die Strände Palästinas bringen.<sup>748</sup>

Ganz im Gegensatz dazu blieben die öffentlichen programmatischen Aussagen der AC zur *Alijah*-Frage bis Kriegsende sehr vage. Sie betonte das jüdische Recht auf Einwanderung, forderte die Aufhebung der Weißbuch-Beschränkungen, maximale Ansiedlungs- und

---

<sup>747</sup> Siehe: Das „Biltmore Programm“, MB v. 27.11.1942, S.1-2; Weizmann, *Solution*, S.329-330; Aviva Halamish, *Meir Yaari's Attitude toward Rescue and Alijah during the Holocaust*, in: *Moreshet. Journal for the Study of the Holocaust and Antisemitism* 7 (2009), S.83-120, hier: 103 [f. Halamish, Yaari]; Hacoheh, *Ben-Gurion*, S.254-256 und Kap. IV.

<sup>748</sup> Siehe dazu: Hacoheh, *Ben-Gurion*; passim; Dalia Ofer, *Illegal Immigration during the Second World War: Its Suspension and subsequent Resumption*, in: Jonathan Frankel (Hg.), *Jews and Messianism in the modern Era: Metaphor and Meaning*, Oxford u.a. 1991, S.220-246, hier: 237-243 [f. Ofer, *Immigration*]; Gelber, *Jewish Survivors*, S.279-282.

Einwanderungsmöglichkeiten und die Öffnung der Tore Palästinas für die Überlebenden der Schoah.<sup>749</sup> Ein Motiv für diese Zurückhaltung bestand in der Annahme, dass die Propagierung willkürlicher und unrealistischer Maximalzahlen nur zu späteren Enttäuschungen und Verzweiflung im *Jischuw* führen werde. Tatsächlich schien ein Wettbewerb innerhalb der zionistischen Führung ausgebrochen zu sein, wer die höchsten Einwanderungsziffern fordere. Aber eine Millioneneinwanderung innerhalb von wenigen Monaten zu realisieren, war nach allem menschlichem Ermessen reine Illusion. Wie sollten für diese Zahl von Neueinwanderern Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt, wie entsprechende Infrastruktur errichtet werden – selbst wenn die arabischen Palästinenser – freiwillig oder unter Zwang – in die Nachbarländer umgesiedelt worden wären? Ein zweites Motiv waren grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über den zukünftig einzuschlagenden Weg in der *Alija Chadascha* selbst. Zwar einigte sich ihre *Hanhalah* auf einen Minimalkonsens zum *Biltmore-Programm*, der jedoch von einigen Führungspersönlichkeiten wie Landauer\* oder Weltsch\* permanent infrage gestellt wurde.<sup>750</sup> In einer Aussprache zwischen dem Sekretariat der *Mapai* und der *Hanhalah* der AC im Februar 1943 äußerte sich Rosenblüth\* konkreter zu möglichen Einwanderungszahlen nach dem Krieg. Er ging von etwa 200.000 *Olim* jährlich aus. Auch sprach er sich für eine unreglementierte Einwanderung in der Nachkriegszeit aus. Gleichzeitig verwahrte er sich wie bei anderen Gelegenheiten vehement gegen den Vorwurf, dass der deutsche Zionismus sich auch mit einer kleinen *Alijah* begnügen werde. Ganz unbegründet waren diese Vorwürfe allerdings nicht. Er selbst kritisierte intern Landauers\* öffentliche Statements, in denen die Forderung nach einer großen *Alijah* tunlichst vermieden wurde.<sup>751</sup> Dass die Gruppe um Landauer\* in der *Alijah*-Frage eine ausgesprochen minimalistische Linie einschlug, lag zuvorderst an ihrem Willen, die Palästina-Frage unter allen Umständen auf friedlichem Wege zu lösen. Sie sah ihren Zionismus nicht durch die Insignien des modernen Nationalismus: Staat und Herrschaft, verwirklicht, sondern durch die soziale und nationale

---

<sup>749</sup> Siehe dazu: Politische Resolutionen, MB v. 20.11.1942, S.2; Politische Resolutionen des Merkas der ACh, MB v. 9.4.1943, S.1-2; Die politischen Resolutionen der Alija-Chadascha in der Assefat Haniwcharim, MB v. 15.12.1944, S.1.

<sup>750</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth, Hinweise zur politischen Orientierung, März 1942, in: ZZA, A155/9; F.[elix] Rosenblüth/S.[iegfried] Moses, Nur für Mitglieder des Merkas der Alija Chadascha v. 14.1.1943, in: ZZA, A158/8.

<sup>751</sup> Siehe dazu: Auszug aus einer Diskussions-Rede F. Rosenblüths bei der Besprechung der Hanhalah der Alija Chadascha mit der Maskiruth der Mapai (Februar 1943), Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943 [Beilage], S.1-6; Felix Rosenblüth, Bemerkungen, MB v. 13.8.1943, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.12.1942, in: ZZA, A155/34; Felix Rosenblüth an [Geor] Landauer v. 5.10.1943, in: ZZA, J18/116; Georg Landauer, *Jischuw, Weltjudentum und Zionismus*, Tel Aviv 1942.

Auferstehung des eigenen Volkes in der alten Heimat. Geläutert von den Schlacken der *Galuth*, aber auch von den destruktiven Tendenzen der nichtjüdischen Welt, sollte es eine auf ethischen Maßstäben begründete Gemeinschaft bilden, die im Einklang mit sich selbst, der Natur und der restlichen Menschheit leben werde. Noch mitten im jüdisch-arabischen Bürgerkrieg hielt Landauer\* an dieser idealistischen Perspektive fest: Ich „bin der festen Überzeugung, dass die Zions-Idee, die historische Idee, die Juden aus der Zerstreuung zu sammeln und sie zu ihrer nationalen und sozialen Renaissance wieder nach Palästina zu führen, keine Idee ist, die mit dem Schwert in der Hand, inspiriert von bar kochbanischen Aufstandsgedanken oder dem Willen zum Kampf auf Leben und Tod in unserem Diaspora-Volk weiter verwurzelt oder durch eine große Alijah verwirklicht werden kann.“<sup>752</sup> Wider besseres Wissen betonte Landauer\*, dass sich die Einwanderungsfrage erst durch ihre Koppelung mit der Staats- und Herrschaftsfrage zum zentralen Konflikt zwischen Juden, Arabern und Briten entwickelt habe. Eine gegenläufige Strategie zur Konfliktlösung musste daher nicht nur die Staatsforderung fallen lassen, sondern auch in der *Alijah*-Frage weitgehende Konzessionsbereitschaft zeigen.<sup>753</sup> Daher schwebte ihm die Rückkehr zu den politischen Verhältnissen vor dem MacDonald-Weißbuch vor, also die Aufrechterhaltung des Mandats. Die *Alijah*-Politik sollte dementsprechend gehandhabt werden. Im Einvernehmen mit dem Mandatar wäre die Einwanderung nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes fortzuführen.<sup>754</sup> Im völligen Gegensatz dazu positionierte sich das Lager der Biltmore-Befürworter in der *Alija Chadascha*, das mit der offiziellen Linie der Sochnuth d'accord ging. Einzig die zeitliche Umsetzung der Masseneinwanderung wurde hinterfragt und für eine geordnete, über Jahre sich erstreckende Einwanderungswelle plädiert. Innerhalb dieses Lagers gab es aber Differenzierungen. Ein Teil konnte sich auch mit der Partition arrangieren, während andere die territoriale Ausdehnung des zukünftigen Staates in biblischen Dimensionen anstrebten und dementsprechend die Einwanderungszahlen definierten: „Wir wollen auch keinen kleinen

---

<sup>752</sup> Georg Landauer an Elias Auerbach v. 19.2.1948, in: ZZA, J18/40; siehe weiterhin: R.[obert] W.[eltsch], Zwischen zwei Revolutionen, MB v. 11.9.1942, S.6; ders., Die Botschaft vom „Am Adam“, MB v. 13.2.1942, S.1; Georg Landauer, A.D. Gordon und die Politik, ebd., S.2; ders., Alija Chadascha, Arbeiterschaft und Jugend, MB v. 29.10.1943, S.2-3; Max Kreuzberger an Felix Rosenblüth v. 21.4.1942, in: ZZA, A339/19.

<sup>753</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 11.12.1945, in: ZZA, J18/21/10; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 16.1.1946, in: ZZA, A158/76; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 18.2.1948, in: ZZA, J18/40.

<sup>754</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 5.10.1943, in: ZZA, J18/116; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 10.10.1943, in: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an Georg Landauer v. 18.6.1944, in: ZZA, A339/70; „Alija Chadascha Owedeth“, MB v. 16.6.1944, S.4; Hanhala Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 22.6.1944, in: ZZA, J18/50; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.12.1942, in: ZZA, A155/34 u. Kap. IV.

ein oder zwei Millionen Judenstaat, wir wollen die Ansiedlung von drei, vier oder mehr Millionen Juden.“<sup>755</sup>

All die während der Kriegszeit entworfenen *Alijah*-Konzepte waren allerdings nur Willensbekundungen, die sich an der Nachkriegswirklichkeit messen lassen mussten. Insbesondere die Haltung des Vereinigten Königreiches dazu lag noch völlig im Dunkeln. In den letzten Kriegsmonaten sendete die *Sochnuth* daher mäßigende Töne Richtung London; letztlich war ihr auch bewusst, dass es neben Großbritannien keinen wirklichen Ansprechpartner gab. Sie hielt zwar am *Biltmore-Programm* und der Forderung nach einer Millioneneinwanderung grundsätzlich fest, trug aber jene nach sofortiger Begründung des Staates de facto zu Grabe. Wie das deutsch-zionistische Establishment bekräftigte auch sie ihre pro-britische Orientierung, und sogar der aktivistische Flügel um Ben-Gurion hatte die Hoffnung auf ein Übereinkommen mit England (noch) nicht aufgegeben; einzig die Mittel, wie diese Zusammenarbeit erreicht werden sollte, waren strittig.<sup>756</sup>

### ***Alijah* unter allen Umständen?**

Mit dem Kriegsende rückte die *Alijah*-Frage ins Zentrum zionistischer Bestrebungen. Die Ende März 1944 eigentlich abgelaufene Fünfjahresfrist des MacDonald-Weibuches für die Einwanderung der 75.000 Juden wurde vom britischen Kabinett 1943 zwar verlängert, da die Quote noch nicht ausgeschöpft war. Im Frühjahr 1945 verblieb aber nur noch ein Rest von 4-5.000 Zertifikaten. Die *JA* forderte daher die sofortige Zuteilung von 100.000 weiteren Zertifikaten, um so zumindest den Überlebenden der Konzentrationslager die *Alijah* zu ermöglichen. Der Mandatar stellte allerdings nur 3.000 Zertifikate zur Verfügung. Enttäuschung, Verzweiflung und Wut ergriff den *Jischuw*, da nicht einmal für ein paar Tausend Angehörige und Weisenkindereine Ausnahme gestattet wurde. Dies wäre nicht mehr als eine kleine Geste der Menschlichkeit gewesen, aber der Geist von Evian herrsche unverändert, konstatierte das

---

<sup>755</sup> N.H. Bein, Unsere Nachkriegs-Aufgaben, MB v. 17.11.1944, S.3.

<sup>756</sup> Siehe dazu: Heller, Stern Gang, S. 127, 146; Die Tagung der Assefat Haniwcharim, MB v. 15.12.1944, S.4; Die Tagung der Assefat Haniwcharim, YH v. 6.12.1944, unpg.; Die Debatten in der Assefat Haniwcharim, YH v. 7.12.1944, unpg.; Um die zionistische Politik, YH v. 13.12.1944, unpg.; Sir Edward Grigg sucht einen Ausweg, YH v. 2.2.1945, S.5; Das Dunkel um Palästina, YH v. 9.3.1945, S.5; Eine Million Einwanderer, YH v. 23.3.1945, S.8; Dina Porat, The Allies, Herzl's Testament, The Holocaust and Limitations of Jewish Politics, July 1944, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 6, No. 3 (1991), S.269-282, hier: 277-280 [f. Porat, The Allies].

MB in einem Leitartikel Anfang April 1945.<sup>757</sup> Die britische Unterhauswahl im Juli 1945 schien das Blatt nochmals zugunsten der Zionisten zu wenden. Die Konservativen unter Churchill mussten eine herbe Niederlage einstecken. Die siegreiche Labour Party, traditionell prozionistisch, sprach sich in den Monaten zuvor mehrfach für freie jüdische Einwanderung, jüdische Majorität und den Judenstaatsgedanken aus. Sie befürwortete sogar einen Bevölkerungstransfer der palästinensischen Araber in die Nachbarländer – ein Gedanke, der in zionistischen Führungskreisen bisher nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wurde.<sup>758</sup> Angesichts der innen- und außenpolitischen Herausforderungen verwarf die neue Labour-Regierung unter Premier Clement Attlee allerdings innerhalb weniger Wochen ihre bisherige prozionistische Linie. Großbritannien war nahezu bankrott, finanziell von den Vereinigten Staaten abhängig und mit einer inneren sozioökonomischen Krise konfrontiert. Der Kalte Krieg warf seine Schatten voraus und das Empire drohte zu zerfallen. In Near East, dem die Briten eine strategische Schlüsselrolle zur Sicherung des Empires zuschrieben, bedrohten die Sowjetunion und die USA die britische Vorherrschaft.<sup>759</sup> Daher machte die neue Regierung nun zum zentralen Leitsatz ihrer Palästina-Politik, dass gute Beziehungen zur arabischen Welt im vitalen Interesse Großbritanniens lägen. Die arabische Seite pochte auf die Einhaltung des Weißbuches und forderte die sofortige Errichtung eines palästinensischen Staates. Sie hatte durch die Begründung der Arabischen Liga und die Aufnahme von fünf arabischen Staaten in die United Nations (UN) an Gewicht gewonnen und erhöhte nun den Druck auf die Westmächte, um eine Entscheidung in ihrem Sinne zu erzwingen.<sup>760</sup> Auch die Vereinigten Staaten griffen nun direkt in die Palästina-Frage ein. Harry S. Truman, der nach dem Tod Präsident Roosevelts dessen Amt übernahm, forderte im Juli 1945 die Aufnahme von 100.000 jüdischen Überlebenden in Palästina. Unter Außenminister Ernest Bevin's Führung entwarf die britische Regierung nun eine Kurzzeitstrategie, die die Fortführung der Weißbuch-Politik beinhaltete.

---

<sup>757</sup> Siehe dazu: Gelber, *Jewish Survivors*, S.281-183; Verteilung der Weißbuch-Restquote, YH v. 30.5.1945, unpg.; Vor der zionistischen Konferenz in London, MB v. 27.7.1945, S.1; Stockende Alija, MB v. 15.6.1945, S.4; Die Flüchtlingsfrage, MB v. 6.4.1945, S.1-2; Katzburg, *British Policy*, S.187-191, 203.

<sup>758</sup> Siehe dazu: Notizen der Woche, MB v. 24.5.1940, S.3; Entscheidender Wahlsieg der Arbeiter-Partei, YH v. 27.7.1945, S.1; Notizen der Woche, MB v. 28.4.1944, S.1, 4; Die Arbeiterpartei am Ruder, MB v. 3.8.1945, S.1-2; Benny Morris, Anmerkungen zur zionistischen Geschichtsschreibung und dem Transfergedanken in den Jahren 1937-1944, in: Barbara Schäfer (Hg.), *Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M./New York 2000, S.45-62.

<sup>759</sup> Siehe dazu: Bethell, *Palästina-Dreieck*, 210-211; Cohen, *Palestine*, S.12-16, 20-22, 29-41; Sofer, *Diplomacy*, S.40-42.

<sup>760</sup> Siehe dazu: Klaus D. Eberlein, *Die Arabische Liga I. Politische Geschichte der Staaten der Arabischen Liga bis 1952*, Frankfurt a.M. 1995, S.266-288; Hurewitz, *Struggle*, S.227-229, 231.

Die jüdische Einwanderung sollte aber vorerst fortgesetzt werden, allerdings auf einem sehr geringen Niveau von monatlich 1.500 Neueinwanderern. Auf arabischer und jüdischer Seite stieß dies auf vollständige Ablehnung und auch die Vereinigten Staaten zeigten wenig Begeisterung.<sup>761</sup>

Erste detaillierte Informationen über die zukünftige britische Palästina-Politik verbreiteten sich in zionistischen Kreisen Mitte September 1945. Nun gewann der aktivistische Flügel um Ben-Gurion die Oberhand. Wenige Monate nach dem Ende der „Jagdsaison“ führte die *Haganah* nun Verhandlungen mit *Etzel* und *Lechi* über einen gemeinsamen militanten Kampf gegen die Briten. Ende September einigten sich die drei paramilitärischen Organisationen auf eine Kooperation auf praktischer Ebene, die *Tnuat Hameri Haiwri* – zu Deutsch: Hebräische oder Vereinigte Widerstandsbewegung – war geboren.<sup>762</sup> Die ungleichen Partner verfolgten jedoch unterschiedliche Ziele. *Etzel* und *Lechi* sahen in der Gewaltanwendung das einzige Mittel, um die Briten aus *Erez Israel* zu vertreiben. Für Ben-Gurion und seine Getreuen war die – begrenzte – Nutzung von Gewalt dagegen ein weiteres Mittel im politischen Kampf, um *GB* zu einer politischen Entscheidung im zionistischen Sinne zu zwingen. Sie sollte den Engländern die Stärke des *Jischuw* vor Augen führen, seine Bereitschaft, bis zum Letzten zu kämpfen. Darüber hinaus wollte die *Sochnuth* dadurch ihre eigene Handlungsfähigkeit demonstrieren und weiteren Zulauf zu den Dissidenten verhindern. Voraussetzung dieser Strategie war allerdings die Annahme, dass *GB* nicht mit totalitären Methoden und Gewalt antwortete.<sup>763</sup> Am Ende des Krieges erwarteten auch deutsche Zionisten die Revidierung der britischen Weißbuch-Politik. In Anbetracht des unbeschreiblichen Martyriums des jüdischen Volkes, den Sünden der Alliierten, die es aus Berechnung oder Gleichgültigkeit ohne wirkliche Reaktionen geschehen ließen und der jüdischen Beteiligung im Kampf gegen den *NS* forderten sie wie der gesamte *Jischuw* die Öffnung der Tore des Landes. Als vordringlichste Aufgabe sahen sie, „den kleinen Rest der Juden, der innerhalb oder außerhalb von Konzentrationslagern die Jahre der Vernichtung in Deutschland überlebt hat, herauszuhelfen“<sup>764</sup> und seine *Alijah* zu ermöglichen. Führende deutsche Zionisten pochten im Einklang mit dem restlichen *Jischuw* auch auf das

---

<sup>761</sup> Siehe dazu: ebd., S.229-230; TROI, Vol. 33, S.270-287; Bethell, Palästina-Dreieck, S.215, 218-221, 238; Gelber, Jewish Survivors, S.291-295; Cohen, Palestine, S.22-28, 55-59, 72.

<sup>762</sup> Siehe dazu: ebd., S.68-74; Bethell, Palästina-Dreieck, S.223-224.

<sup>763</sup> Siehe dazu: ebd., S.228-229; R.[ichard] L.[ichtheim], Das Rad ist am Rollen, MB v. 17.1.1947, S.1; Heller, Stern Gang, S.151-156; Cohen, Palestine, S.69-71.

<sup>764</sup> F.[itz] Naphtali, Repatriation?, MB v. 15.6.1945, S.2; siehe weiterhin dazu: Dem „Irgun“ zum Gruß, MB v. 22.6.1945, S.1-2; Stockende Alija, MB v. 15.6.1945, S.4; Der Verlauf der Tagung, MB v. 29.6.1945, S.1-4.



verbriefte Recht des jüdischen Volkes, in seine alte Heimat frei von jeglichen Restriktionen zurückkehren zu dürfen.<sup>765</sup> Nur die offiziellen Verlautbarungen der zionistischen Führung, innerhalb kürzester Zeit eine Millioneneinwanderung durchführen zu wollen, zweifelten jene weiterhin an. Die *Agency* selbst ging von weniger als 1,5 Millionen Überlebenden in Kontinentaleuropa exklusive der *UdSSR* aus. Auch aus der angelsächsischen Welt, das zeigte die bisherige Erfahrung, war keine große Einwanderungswelle zu erwarten. Daher rechneten sie eher mit einigen Hunderttausend Einwanderungswilligen.<sup>766</sup>

Ende September 1945 instruierte Rosenblüth\* Weltsch\*, welche politische Linie das *MB* zur Labour-Politik einnehmen sollte. Falls *GB* sich wirklich weigere, zumindest die europäische „Judenfrage“ durch eine große Einwanderung zu lösen, werde dem jüdischen Volk größtes Unrecht angetan. Durch diesen Verrat, so Rosenblüth\*, verliere der Mandatar das moralische Recht, Palästina zu regieren, und der *Jischuw* müsse gegen diese Politik Widerstand leisten.<sup>767</sup> Rosenblüth\* entwickelte daraufhin ein Widerstandskonzept. Er unterschied zwischen einem gewaltlosen aktiven und einem gewaltsamen aktivistischen Widerstand. Er plädierte für Ersteres, für eine gewaltlose Illegalität, die von der Regierung aber nur mit Gewalt zum Schweigen gebracht werden konnte. Als Mittel im Kampf sann er Steuerboykott, Non-Kooperation mit dem Mandatar, Boykott britischer Waren, Hungerstreik und als wichtigstes die *Alijah Beth* aus. Außer zur Verteidigung war für ihn Gewalt nur der allerletzte Ausweg, wenn *GB* zum wirklichen Feind geworden sei und das zionistische Aufbauprojekt zu zerstören suche. Auf dieses Konzept wollte Rosenblüth\* die *Alija Chadascha* einschwören. Gleichzeitig sollte damit der Schulterchluss mit dem restlichen *Jischuw* vollzogen und die moderaten Kräfte in der zionistischen Führung unterstützt werden.<sup>768</sup> Vordergründig erreichte er seine Ziele auch. Der Landesvorstand stimmte für das Widerstandskonzept und hielt daran auch in

---

<sup>765</sup> Siehe dazu: ebd.; F.[itz] Naphtali, Repatriation?, *MB* v. 15.6.1945, S.2; Felix Rosenblüth, „Im Spiegel falscher Nachrichten“, *MB* v. 9.3.1945, S.2; Abraham Landsberg, Einwanderung und Kolonisation, *MB* v. 28.3.1945, S.5; Alija Chadascha in der *Assefath Haniwcharim*, *MB* v. 22.2.1946, S.1-2; G.[erda] L.[uft], Beschlüsse von weittragender Bedeutung, *MB* v. 18.1.1946, S.1-2.

<sup>766</sup> Siehe dazu: Arthur Prinz, Masseneinwanderung – Woher?, *MB* v. 16.2.1945, S.1-2; Kurt Blumenfeld, Radikaler Zionismus, *MB* v. 14.12.1945, S.1-2; Richard Lichtheim, Prognosen, *MB* v. 9.8.1946, S.3-4; David Tanne, Chaos oder Planung?, *MB* v. 14.9.1945, S.1-2; David W. Senator an Chaim Weizmann v. 24.12.1945, in: *ZZA*, A339/64; Londoner, Alija Chadascha und englisches Judentum, *MB* v. 8.3.1946, S.5.

<sup>767</sup> Siehe dazu: [Felix Rosenblüth] an [Robert] Weltsch v. 25.9.1945, in: *ZZA*, A339/23.

<sup>768</sup> Siehe: Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 4.10.1945 [Hebr.], in: *ZZA*, J18/74; Alija Chadascha Tel Aviv, An die Mitglieder der Hanhala und des Merkas v. 18.11.1945, in: *ZZA*, J18/21/7; Felix Rosenblüth, Ohne Gewalt, *MB* v. 9.11.1945, S.1-2; Unser Weg im politischen Ringen der Zionistischen Bewegung, *MB* v. 14.6.1946, S.2-3; Felix Rosenblüth, Vor ernsten Entscheidungen, *MB* v. 19.10.1945, S.1-2; Heller, *Birth of Israel*, S. 184-185.

den folgenden Monaten fest. Auf der Landeskonferenz der AC in Nahariah im Juni 1946 bestätigten die Delegierten es ebenfalls einstimmig. Der im Herbst 1945 von der AC gefasste Beschluss in dieser Frage befand sich im Einklang mit Forderungen – des moderaten Flügels – der zionistischen Führung: „Jeder Regelung, die die Beschränkungen des Weißbuches aufrecht erhält, muss der Jischuw in Erez Israel – unter Ablehnung terroristischer Methoden – entschlossen Widerstand entgegensetzen, der die Fortsetzung der Einwanderung und Ansiedlung unter allen Umständen sichert.“<sup>769</sup>

Die ersten militanten Aktionen der *Haganah* zur Sicherung der (illegalen) *Alijah* standen noch im Einklang mit Rosenblüths\* Konzept. Anfang Oktober lieferte sie sich ein Scharmützel mit dem Transjordanischen Grenzcorps, um den Grenzübertritt von etwa 70 Illegalen abzusichern. Wenig später befreite sie 208 *Maapilim* aus dem britischen Internierungslager in Athlit.<sup>770</sup>

Waffendiebstähle, gewaltsame Demonstrationen oder gar die so genannte „Night of the Railways“ waren freilich schwer mit dem Konzept vereinbar. In der Nacht auf den 1. November griffen die drei paramilitärischen Organisationen in einer konzentrierten Aktion das palästinensische Transportsystem, Polizeiboote und Haifaer Öltraffinerien an; die AC distanzierte sich nun eindeutig von dieser Aktion.<sup>771</sup> Am 13. November verkündete dann Außenminister Bevin im britischen Unterhaus die Eckpunkte der zukünftigen Palästina-Politik. Der zionistischen Forderung nach der Öffnung der Tore Palästinas erteilte er eine klare Absage. Er betonte dagegen, dass die britische Regierung die Reintegration der jüdischen *Displaced Persons (DPs)* in Europa in ihren Herkunftsländern anstrebe, was faktisch der Abkopplung der Palästina- von der Flüchtlingsfrage gleichkam.<sup>772</sup> Aus zionistischer Perspektive bedeutete diese Erklärung eine katastrophale Niederlage, denn die *Alijah* der Überlebenden war eine Grundvoraussetzung, um die Bevölkerungsverhältnisse zugunsten der Juden zu verschieben und einen Judenstaat in Teilen oder ganz Westpalästina zu errichten. Hinzu kam

---

<sup>769</sup> Beschlüsse der Alija Chadascha, MB v. 12.10.1945, S.1; siehe weiterhin dazu: Jews Mass in Protest, Palestine Post v. 9.10.1945, S.1; Protest des Jischuw gegen das Weißbuch, YH v. 9.10, unpg.; Resolutionsvorschläge der „Alija Chadascha“ in der Assefat Haniwcharim, MB v. 22.2.1946, S.6; Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 4.10.1945 [Hebr.], in: ZZA, J18/74; N. H. Bein, Rückblick eines Oppositionellen, undatiert [Juni-Juli 1946], in: ZZA, A155/35.

<sup>770</sup> Siehe dazu: Kfar Giladi – ein Willkürakt, YH v. 9.10.1945, unpg.; Angriff auf das Lager von Athlit, YH v. 11.10.1945, unpg.; F.T., Der Kampf gegen das Weißbuch, MB v. 26.10.1945, S.1-2.

<sup>771</sup> Siehe dazu: Angriff auf ein Militärlager bei Rechowoth, YH v. 12.10.1945, S.1; Zwischenfälle und Curfew in Tel Aviv, YH v. 15.11.1945, unpg.; Tote und Verletzte in Tel Aviv, YH v. 16.11.1945, S.1; Zahlreiche Anschläge gegen das Eisenbahnnetz, YH v. 2.11.1945, S.1; Felix Rosenblüth, Ohne Gewalt, MB v. 9.11.1945, S.1-2; Der Merkas der Alija Chadascha zur Lage, MB v. 23.11.1945, S.2.

<sup>772</sup> Siehe dazu: Die Regierungserklärung, MB v. 16.11.1945, S.1; Cohen, Palestine, S.61-67.

noch die menschliche Tragödie, dem Rest der europäischen Juden den Weg nach *Erez Israel* zu verwehren. Wiederum reagierte der *Jischuw* mit Wut und Verzweiflung. Auf gewalttätige Demonstrationen folgten weitere militante Angriffe gegen Polizeistationen der Küstenwacht. Tausende britischen Soldaten durchsuchten daraufhin mehrere jüdische Siedlungen. Wie bei den Demonstrationen wurden auch hier bei Zusammenstößen einige Juden getötet und eine Vielzahl teils schwer verletzt. Der Konflikt schien außer Kontrolle zu geraten.<sup>773</sup> Am 28. November versammelte sich die *Assefath Haniwcharim* zu einer Protestkundgebung. Ben-Gurion sprach von einer Kriegserklärung der britischen Regierung. Sie wolle den Zionismus und das Nationalheim liquidieren und die Existenz des jüdischen Volkes als Volk zerstören. Einstimmig beschloss die Versammlung, dieser Politik entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen – mit den Stimmen der *Alija Chadascha*.<sup>774</sup>

Ein wirklicher Konsens über die Frage der *Alijah* unter allen Umständen existierte in der AC allerdings nicht. Das Meinungsbild bewegte sich zwischen den Polen einer bedingungslosen Solidarität mit dem gesamten *Jischuw* im Kampf um *Alijah* und einer deutlichen Distanzierung von dieser Einheitsfront. Weltsch\* lehnte als erster öffentlich den Schulterschluss mit allen Kräften des *Jischuw* ab und stellte sich damit gegen die eigene Parteilinie.<sup>775</sup> Subtiler hintertrieb des *MB* jene. Das Wort Widerstand fand in den Spalten des *MB* nur seinen Platz, wenn Rosenblüth\* selbst zur Feder ergriff. Stattdessen hoben die führenden Köpfe der Landauer\*-Gruppe die Gerechtigkeit der zionistischen Bestrebungen hervor und forderten trotz einer zutiefst amoralischen Welt die Aufrechterhaltung höchster ethischer Grundsätze in der zionistischen Politik. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung zionistischer Ziele assoziierten sie dagegen mit der Welt des Faschismus.<sup>776</sup> Der britischen Palästina-Politik brachte des *MB* dagegen einiges Verständnis entgegen. Der Kampf um die Selbstbehauptung des Empire lasse

---

<sup>773</sup> Siehe dazu: ebd., S.67; Der *Jischuw* kämpft gegen die Palästinaerklärung, YH v. 15.11.1945, unpg.; Tote und Verletzte in Tel Aviv, YH v. 16.11.1945, S.1; Angriffe auf Polizeistationen, YH v. 26.11.1945, unpg.; Militäraktionen in Holga, Givat Chajim, Shefajim und Rishpon, YH v. 27.11.1945, unpg.; Die Trauer um die Opfer des *Jischuw*, YH v. 28.11.1945, unpg.

<sup>774</sup> Siehe dazu: Der Beschluss der Assefat Haniwcharim, YH v. 30.11.1945, S.10; Bevin will den Zionismus zum Scheitern bringen, YH v. 29.11.1945, unpg.; Heute *Jischuw*tagung, YH v. 28.11.1945, unpg.; Unser Weg im politischen Ringen der Zionistischen Bewegung, MB v. 14.6.1946, S.2-3.

<sup>775</sup> Siehe dazu: Wochen-Übersicht, MB v. 19.10.1945, S.1-2; Robert Weltsch, Disagreement, Palestine Post v. 5.11.1945, S.4; Methoden des Kampfes und Methoden der Diskussion, MB v. 16.11.1945, S.3; Gegen das Weißbuch, MB v. 12.10.1945, S. 3.

<sup>776</sup> Siehe dazu: N. H. Bein, Rückblick eines Oppositionellen, undatiert [Juni-Juli 1946], in: ZZA, A155/35; Hans Kaufmann, der Ton macht die Musik, MB v. 14.12.1945, S.7; Notizen der Woche, MB v. 8.3.1946, S.1-2; Gerda Luft, Kursänderung, MB v. 15.2.1946, S.1-2; Max Kreuzberger, Arbeiten und nicht verzweifeln!, MB v. 7.12.1945, S.1; R.[obert] W.[eltsch], Politisches Problem Palästina, MB v. 1.6.1945, S.1-2.

aus machstrategischer Sicht wenig Spielraum für eine großzügige Palästina-Politik im zionistischen Sinne, so die oft kolportierte Sicht im Blatt.<sup>777</sup> Landauer\* sah GB in der Schlacht um die Vorherrschaft in Near East um die Gunst der Araber buhlen. Keine britische Entscheidung falle daher gegen den Willen der arabischen Welt aus. Trotzdem gebe es keine andere realistische Bündnisoption, da eine arabisch-jüdische Verständigung nicht zu erreichen sei und die beiden Supermächte nicht in Betracht kämen. Unter diesen Bedingungen bleibe dem Zionismus nur eine Wahl, die Kooperation mit England, und dafür müssten Opfer gebracht werden: Neben der Akzeptanz britischer Herrschaft über *Erez Israel* eine zionistische *Alijah*-Politik, die sich an britischen Interessen orientiere. Praktisch forderte er wiederum die Rückkehr zum Prinzip der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes – wohlwissend, dass dies zu einem noch lange andauernden, möglicherweise permanenten jüdischen Minderheitenstatus führen werde.<sup>778</sup> Weltsch\* schlug in die gleiche Kerbe. Für ihn hätte die Abschaffung des Weißbuches und Erteilung der 100.000 Zertifikate für jüdische Flüchtlinge schon einen großen Sieg bedeutet. Überdies propagierte er im MB einen Plan von Magnes, der eine jüdische Einwanderung bis zur numerischen Parität vorsah.<sup>779</sup> Jene Sicht traf beim Vorsitzenden der AC auf grundsätzliche Ablehnung. Auch er war bereit, Opfer zu bringen. Zumindest aber müsse eine nicht reglementierte jüdische Masseneinwanderung unter jüdischer Verantwortung in einem Teil Palästinas gesichert sein; im restlichen Gebiet sollte das Prinzip der wirtschaftlichen Fassungskraft die jüdische Einwanderung regeln. Bis zu seiner Abreise nach Europa Ende Februar 1946 hatte er dafür auch die breite Unterstützung in der AC.<sup>780</sup>

Die Abwesenheit Rosenblüths\* nutzte Landauer\*, um den Landesvorstand auf seine Linie einzuschwören. Das Gremium beschloss, dass die *Haganah*-Aktivisten der eigenen Partei nicht

---

<sup>777</sup> Siehe dazu: R.[obert] W.[eltsch], Potsdam, Dardanellen, Palästina, London, MB v. 6.7.1945, S.1-2; Palästina vor dem Weltforum, MB v. 28.9.1945, S.1-2; Vor der Entscheidung?, MB v. 21.9.1945, S.1-2; Robert Weltsch, Nach der Erklärung, MB v. 21.11.1945, S.1.

<sup>778</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 11.12.1945, in: ZZA, J18/21/10; G.[eorg] Landauer, Aliyah Chadasha and Zionist Politics v. Februar 1946, in: ebd.; Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 30.1.1946, in: ZZA, A158/76.

<sup>779</sup> Siehe dazu: Robert Weltsch an Felix [Rosenblüth] v. 30.7.1945, in: ZZA, A339/23; Neuem Tag entgegen, MB v. 7.9.1945, S.1-2; Presseschau, MB v. 12.10.1945, S.2; R.[obert] W.[eltsch], Im Spiegel falscher Tatsachen, MB v. 2.3.1945, S.1-2.

<sup>780</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth, „Im Spiegel falscher Nachrichten“, MB v. 9.3.1945, S.2; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 13.2.1946, in: ZZA, A158/76; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 16.1.1946, in: ebd.; Aktennotiz über die Besprechung zwischen Felix Rosenblüth, Salli Hirsch und Siegfried Moses am 24.2.1946, in: ebd.; [Benno Cohn], Entwurf eines Memorandums, das die Alija Chadasha der Anglo-Amerikanischen Untersuchungskommission übergeben wird, undatiert [Februar 1946], in: ZZA, J18/10; F.[elix] Rosenblüth an Siegfried Moses v. 27.2.1946, in: ZZA, A339/13.

mehr an aktivistischen Aktionen teilnehmen sollten.<sup>781</sup> Landauer\* hielt nun auch den Zeitpunkt für gekommen, dass sich die *Alija Chadascha* von der *AB* und Rosenblüths\* Widerstandskonzept öffentlich abgrenzt. Das *MB*, das nach der beruflich motivierten Abreise Weltschs\* nach Europa nun von Kreutzberger\* redigiert wurde, stützte seinen Kurs.<sup>782</sup> Für Landauer\* unterschied sich der gewaltfreie Widerstand von den aktivistischen oder terroristischen Widerstandsformen nur in der harmloseren Methode, Motivation und Ziele seien dagegen gleich. Nur gegen einen wirklichen Feind sei Widerstand berechtigt, nicht jedoch gegen einen Bundesgenossen wie England. Daher lehnte er auch den von mehr als ein Dutzend Persönlichkeiten des *Jischuw* Mitte April 1946 abgehaltenen Hungerstreik ab, der die Einwanderungsforderung der im italienischen Hafen La Spezia festgesetzten 1.200 jüdischen Flüchtlinge unterstützen sollte.<sup>783</sup> Dieser Interpretation folgte aber nicht einmal sein engeres Umfeld einhellig. Senator\*, selbst einer der Fastenden, der Ende 1945 aus Protest gegen die aktivistische Wendung der *Sochnuth* nach fast 16 Jahren aus diesem Gremium austrat, verteidigte vehement den Hungerstreik und die *AB*: „Für die Öffnung der Alijah bin ich jedenfalls bereit zu kämpfen, mit friedlichen Mitteln – wenn man mich als ‚illegaler‘ Immigrant mit Waffengewalt hindern würde zu landen, würde ich mich auch mit Waffengewalt wehren.“<sup>784</sup>

Landauer\* hatte aber nicht Unrecht, wenn er betonte, dass nur der extremistische Flügel des *Jischuw* durch die Einheitsfront gewinnen werde. Denn die Unterschiede zwischen den verschiedenen Widerstandsformen verwischten zusehends. *Etzel* und *Lechi* kalkultierten bei ihren Aktionen Opfer bewusst ein und schreckten auch vor eiskaltem Mord nicht zurück. Die *Haganah* versuchte zwar, Opfer zu vermeiden und legte ihren Schwerpunkt auf die Sicherung

---

<sup>781</sup> Siehe dazu: S.[iegfried] Moses an Felix Rosenblüth v. 18.3.1946, in: ebd.; Ludwig Pinner an S.[iegfried] Moses v. 10.3.1946, in: ebd.; Hans Kaufmann, Die Opposition in der Alija Chadascha, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/34; Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74.

<sup>782</sup> Siehe dazu: M.[ax] K.[reutzberger], 100.000 Zertifikate, MB v. 12.4.1946, S.1; Notizen der Woche, ebd., S.3; Nach dem Fasten, MB v. 26.4.1945, S.1; -t -n, Wir dürfen nicht schweigen!, MB v. 5.4.1946, S.1; Georg Landauer, Illegale Immigration und Gewaltanwendung, MB v. 26.4.1946, S.3-4.

<sup>783</sup> Siehe dazu: ebd.; Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 11.12.1945, in: ZZA, J18/21/10; Sympathie-Aktion des Jischuw für die Spezia-Olim, JC v. 12.4.1946, S.1; Spezia-Häftlinge erhoffen Alija – Arbeitsruhe und Fasten im Jischuw, JC v. 14.4.1946, S.1; Dritter Tag des Hungerstreiks der Jischuw-Führer, JC v. 15.4.1946, S.1; Spezia-Olim erhalten Zertifikate, JC v. 17.4.1946, unpg.

<sup>784</sup> David Werner Senator, „Nach dem Fasten“, MB v. 10.5.1946, S.6; siehe weiterhin: David W. Senator an Chaim Weizmann v. 24.12.1945, in: ZZA, A339/64 u. zur „La Spezia-Affäre“: Arieh J. Kochavi, Post-Holocaust Politics. Britain, The United States, & Jewish Refugees, 1945-1948, Chapel Hill/London 2001, S.241-243 [f. Kochavi, Post-Holocaust Politics]; Idith Zertal, From Catastrophe to Power. Holocaust Survivors and the Emergence of Israel, London u.a. 1998, S.17-43 [f. Zertal, From Catastrophe to Power].

von *Alijah* und Siedlung, aber auch bei ihren militanten Aktionen gab es Todesopfer.<sup>785</sup> Aussagen in der hebräischen Presse und Ben-Gurions Einlassung vor der anglo-amerikanischen Kommission im März 1946 zeigten deutlich, dass sich das Klima weiter zugespitzt hatte. Sowohl Ben-Gurion als auch Jamal Husseini als Vertreter des „Obersten Arabischen Rates“ betonten, dass sie im Fall eines britischen Abzugs mit der Gegenseite schon fertig würden – die Bereitschaft zum Bürgerkrieg um die Herrschaft in Palästina wuchs.<sup>786</sup> Gegen die *AB* führte Landauer\* weiter ins Feld, dass sie nicht mehr die Funktion der Errettung aus der Todesgefahr darstelle, sondern eine „Politik, die im Kampfe für legale Immigration ihr Hauptmittel in der illegalen Immigration sieht, als einem Mittel in der Hand von Institutionen zu politischen Zwecken.“<sup>787</sup> Sie belaste zu einer Zeit die Beziehungen zu *GB*, in der die anglo-amerikanische Untersuchungskommission gerade eine große legale Einwanderung vorbereite. Unzweifelhaft vergiftete die *Alijah Beth* das britisch-zionistische Verhältnis nachhaltig. Es entwickelte sich um sie ein „Krieg“ zwischen der Mandatsmacht und der zionistischen Bewegung, den *GB* letztlich militärisch gewann, aber propagandistisch und politisch verlor. Zwischen 1945 und 1948 suchten etwa 80.000 *Maapilim* den Weg nach *Erez Israel*. Großbritannien warf sein ganzes militärisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale, damit die Zahl der eintreffenden Illegalen zumindest nicht die monatliche Zertifikatsquote von 1.500 überstieg. Als das nicht mehr gelang, deportierte es ab Mitte 1946 die *Maapilim*, alles Überlebende der Schoah, nach Zypern oder transportierte sie – wie im Fall der Exodus – gar nach Deutschland zurück. Sogar die Vereinigten Staaten, Frankreich oder Italien verweigerten *GB* für diesen Kampf die dringend benötigte umfassende Unterstützung. Die *UdSSR* sah in der *AB* gar ein willkommenes Mittel, um die britische Stellung in Near East zu unterminieren. Und die Weltöffentlichkeit, das verdeutlichten die La Spezia- und Exodus-Affären, stand auf Seiten der Überlebenden und gegen die als zutiefst inhuman empfundene britische Politik.<sup>788</sup>

---

<sup>785</sup> Siehe dazu: Georg Landauer, *Illegale Immigration und Gewaltanwendung*, MB v. 26.4.1946, S.3-4; *Die Ereignisse im Spiegel der Jischuwpresse*, JC v. 1.1.1946, S.1; *Wir alle sind schuldig*, MB v. 3.5.1946, S.3; Cohen, *Palestine*, S.70, 76; Bethell, *Palästina-Dreieck*, S.226-229, 241-243, 248-249.

<sup>786</sup> Siehe dazu: *Der Oberste Arabische Rat vor der Kommission*, JC v. 13.3.1946, S.1; Robert Weltsch, *Das Volk von Palästina will keinen Bürgerkrieg*, MB v. 12.4.1946, S.1-2; *Verantwortungsloses Geschreibe*, MB v. 17.5.1946, S.2; *Auf zum letzten Gefecht*, JC v. 25.1.1946, S.3.

<sup>787</sup> Georg Landauer, *Illegale Immigration und Gewaltanwendung*, MB v. 26.4.1946, S.3-4, hier: 3.

<sup>788</sup> Siehe: ebd., S.3-4; Arieh J. Kochavi, *Britain and the illegal Immigration to Palestine from France following World War II*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Vol. 6, No. 4 (1991), S.383-396; ders., *Post-Holocaust Politics*, S.146-153, 227-275; ders., *The Displaced Persons' Problem and the Formulation of British Policy in Palestine*, in: *Studies in Zionism*, Vol. 10, No. 1 (1989), S.31-48, hier: 38-42, 44-45 [f. Kochavi, *The Displaced Persons' Problem*]; Cohen, *Palestine*, S. 74-95; Zertal, *From Catastrophe to Power*, S.1.

Landauer\* hatte durchaus Recht, dass die *AB* von der zionistischen Führung politisch instrumentalisiert wurde. Für Ben-Gurion war sie „always a weapon – a rhetorical weapon, a mobilizing weapon, a weapon for fortifying his power base within the Zionist leadership, and a real political weapon in his battle to achieve Jewish sovereignty in Palestine.“<sup>789</sup> Er war die treibende Kraft bei der Begründung zionistischer Untergrundstrukturen in Europa ab Herbst 1945, die dann die *Brichah* und die *AB* mit organisierten. In dieser Phase sah er die *Displaced Persons* und die *AB* als die entscheidenden Instrumente im Kampf um die Zukunft *Erez Israels* an, gefolgt von der Mobilisierung der *US*-Öffentlichkeit und des *Jischuw*.<sup>790</sup>

Rosenblüths\* Sicht unterschied sich nicht wesentlich von der Ben-Gurions. Auch er betonte neben der karitativen die politische Bedeutung der *Alijah Beth*. Auch er sah in der Mobilisierung der jüdischen wie nichtjüdischen Welt ein unverzichtbares Kampfmittel und strich die herausragende Bedeutung der *DPs* im Kampf für die zionistische Sache heraus: „Der einzige Umstand, der es verhindert hat, dass der politische Zionismus und die Balfour Deklaration nicht völlig liquidiert werden konnten, [...] besteht in dem Vorhandensein der *Displaced Persons*, die ein embarrassment für Europa und Amerika darstellen und in dem relativ frischen Eindruck des Schicksals, das das jüdische Volk unter Hitler erfahren hat.“<sup>791</sup> Gewiss versuchten die Zionisten die *DPs* ideologisch zu beeinflussen und übten Druck auf sie aus, nur *Erez Israel* als Zufluchtsort zu akzeptieren. Auch betrachtete wohl nicht nur Ben-Gurion sie vor allem als Objekte im Kampf um die zionistische Verwirklichung.<sup>792</sup> Die Kehrseite der Medaille war jedoch, dies vergaß Landauer\* beflissentlich zu erwähnen, dass die Überlebenden selbst aktiv Handelnde waren. Die *Brichah* der Jahre 1945 bis 1948, der Massenexodus von mehr als 250.000 Juden aus sowjetisch beherrschten Gebieten außerhalb der *UdSSR*, begann gleich nach Kriegsende ohne Zutun des *Jischuw*. Sogar in ihrer Hochphase 1946 war der zionistische Einfluss auf die *Brichah*-Strukturen begrenzt. Die Motive der in mehreren Wellen in die westlichen Besatzungszonen Fliehenden waren ebenso vielschichtig:

---

<sup>789</sup> ebd., S.13-14.

<sup>790</sup> Siehe dazu: ebd., S. 215-239, passim; Cohen, *Palestine*, S.68; Gelber, *Jewish Survivors*, S.299-304; Aviva Halamish, *Illegal Immigration: Values, Myth and Reality*, in: *Studies in Zionism*, Vol. 9, No. 1 (1988), S.47-62 [f. Halamish, *Illegal Immigration*].

<sup>791</sup> [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130, S.1-10, hier: 6; siehe weiterhin: *Unser Weg im politischen Ringen der Zionistischen Bewegung*, MB v. 14.6.1946, S.2-3.

<sup>792</sup> Siehe dazu: Report by Mr. Ben Gurion on his Visit to the Camps given at a Meeting at Gt. Russell St., London v. 6.11.1945, in: RWC, Box 9, Folder 2; S.[alomon] Adler-Rudel an U.N.R.R.A. Headquarters, Germany v. 21.12.1945, in: ebd.; S.[alomon] Adler-Rudel an Jewish Agency for Palestine, Jerusalem v. 31.12.1945, in: ebd.; Zertal, *From Catastrophe to Power*, S.218, 222-223, 225-226; Halamish, *Illegal Immigration*, S.49, 54-55.

Heimatlosigkeit, wirtschaftliche Not, gewalttätiger Antisemitismus, Ablehnung des kommunistischen Herrschaftsmodells und nur für eine klare Minderheit zionistische Ideale. Erst dadurch, dass die Tore der Vereinigten Staaten nach Kriegsende weiterhin fast ganz verschlossen blieben, avancierte *Erez Israel* für die Mehrheit der *DPs* zum Ziel ihrer Wahl. Darüber hinaus nahmen die *Maapilim* im Kampf um die Durchsetzung der *AB* selbst eine aktive Rolle ein.<sup>793</sup>

### **Das Scheitern der *Aljah*-Konzepte und die radikale Wende**

Sowohl Landauers\* als auch Rosenblüths\* Konzeption wurde von den Zeitereignissen schnell überholt. Mit der Veröffentlichung des Berichtes der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission Ende April 1946, der keine beteiligte Seite wirklich befriedigte, begann die britische Regierung ihre Verhandlungsoffensive. Sie wollte einen tragfähigen Kompromiss zur Palästina-Frage mit Juden und Arabern aushandeln, in dem auch ihre imperialen Interessen nicht zu kurz kommen würden. Zwei Grundannahmen leiteten die Labour-Regierung dabei: die Notwendigkeit eines Konsenses mit den Vereinigten Staaten und die Sicherung des Wollwollens der arabischen Welt. Beides war zweifellos äußerst schwierig vereinbar. Für eine siechende Großmacht, bei der Anspruch und Wirklichkeit schon weit auseinanderklafften, war dies wohl nahezu eine Unmöglichkeit. Noch dazu stieß die Labour-Regierung mit unüberlegten Aussagen wahlweise die jüdische, arabische und *US*-amerikanische Seite ein ums andere Mal brüsk vor den Kopf und nie machte sie den Eindruck, stringent einer politischen Linie zu folgen.<sup>794</sup> Auf die amerikanisch-britischen Verhandlungen folgte die sogenannte Londoner Konferenz im September-Oktober 1946 und Januar-Februar 1947. Am Ende des Verhandlungsmarathons anerkannte die Labour-Regierung das, was die Peel-Kommission schon zehn Jahre zuvor diagnostiziert hatte: Dass „es keine Möglichkeit einer gütlichen Lösung dieser Frage durch eine Verständigung mit allen beteiligten Parteien gibt“<sup>795</sup> – nicht einmal eine theoretische, wie Weltsch\* mit bitterem Sarkasmus anmerkte.

---

<sup>793</sup> Siehe dazu: Yehuda Bauer, *The Brichah*, in: Yisrael Gutman/Avital Saf (Hg.), *She'erit Hapletah 1944-1948. Rehabilitation and political Struggle*, Jerusalem 1990, S.51-59; Thomas Albrich, *Zionisten wider Willen. Hintergründe und Ablauf des Exodus als Osteuropa*, in: ders. (Hg.), *Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der Exodus durch Österreich nach 1945*, Innsbruck/Wien 1998, S.13-48 [f. Albrich, *Zionisten wider Willen*]; David Engel, *Palestine in the Mind of the Remnants of Polish Jewry*, in: *The Journal of Israeli History*, Vol. 16, No. 3 (1995), S.221-234; Zertal, *From Catastrophe to Power*, S.39-41.

<sup>794</sup> Bethell, *Palästina-Dreieck*, S.262-263; 288-289, Ein zweites „Bevin-Statement“ über Palästina, JC v. 13.6.1946, unpg.; Proteststurm gegen Bevin, JC v. 14.6.1946, S.1 u. Kap. IV.

<sup>795</sup> Robert Weltsch, *Ein neues Kapitel*, MB v. 28.2.1947, S.1; siehe weiterhin: Kap. IV.



Als Konsequenz daraus übergab die britische Regierung die Entscheidung der Palästina-Frage nun an die Vereinten Nationen, da sie sich außerstande sah, einen Kompromiss zu erzwingen. Damit fiel Landauers\* Konzeption wie ein Kartenhaus zusammen. Es fußte auf den Willen und der Fähigkeit Londons, die eigenen imperialen Interessen auch gegen unvermeidliche arabische und jüdische Widerstände durchzusetzen und der britischen Seite genehme Lösungen notfalls mit Bajonetten zu oktroyieren. Mit einem Rücktritt der Mandatsmacht von ihren Verpflichtungen, was einem Rücktritt als Weltmacht in der Region gleichkam, rechnete er nicht. Sein bisheriger Ansatz, die *Alijah*-Frage gemäß der ökonomischen Aufnahmefähigkeit Palästinas zu regeln, hätte zwar keine Masseneinwanderung im Ben-Gurionschen Sinne ermöglicht. Zumindest hätte er ein kontinuierliches Wachstum des Nationalheims gesichert, wie die 1930er Jahre gezeigt hatten. Aber mit der seit 1945 gehandhabten legalen Einwanderungsquote von nur 1500 monatlich und der Aussicht auf einen permanenten jüdischen Minderheitenstatus konnte sich seine eigene Partei nicht abfinden. Es entbehrte nicht gewisser Ironie, dass Goldman\* und Ben-Gurion in dieser Frage am Ende der Londoner Verhandlungen nun identische, äußerst moderate – im zionistischen Jargon minimalistische – Töne anschlugen. Um Zeit zu gewinnen und die *UN*-Überweisung noch zu verhindern, machten sie (vergeblich) Bevin ein letztes Kompromissangebot: temporäre Fortführung des Mandats; Aufhebung des Bodengesetzes; *Alijah* von monatlich 4.000 in den nächsten zwei Jahren und danach entsprechend der ökonomischen Aufnahmefähigkeit Palästinas. Im Gegenzug werde der *Jischuw* die *illegale* Einwanderung und den Terror unterbinden.<sup>796</sup>

Rosenblüths\* Konzeption, der antizionistischen britischen Politik gewaltlosen Widerstand entgegenzusetzen, um *GB* wieder auf den rechten Pfad der Kooperation zu dirigieren, scheiterte ebenso innerhalb weniger Wochen. Mitte Juni 1946 griff die *Haganah* die Verkehrsinfrastruktur an und zerstörte zehn Brücken. Weitere Aktionen der *Tnuat Hameri Haiwri* folgten und am 22. Juli sprengte ein *Etzel*-Kommando das Jerusalemer King David Hotel, in dem auch Abteilungen der Mandats- und Militärverwaltung untergebracht waren. Bei dem Anschlag fanden 91 Engländer, Juden und Araber den Tod.<sup>797</sup> Knapp vier Wochen zuvor

---

<sup>796</sup> Siehe dazu: Hanhalasitzung [d. Alija Chadascha] v. 15.3.1947, in: ZZA, J18/82; Robert Weltsch, Ein neues Kapitel, MB v. 28.2.1947, S.1; Bethell, Palästina-Dreieck, S.321; Cohen, Palestine, S.220.

<sup>797</sup> Siehe: Bethell, Palästina-Dreieck, S.263-267, 273-274, 277-288; Angriffe auf Chaussee- und Eisenbahnbrücken - Jüdische Siedlungen durchsucht, JC v. 18.6.1946, S.1, 4; Angriff auf die Eisenbahnwerkstätten in Haifa, JC v. 19.6.1946, unpg.; Fünf britische Offiziere in Tel-Aviv entführt, ebd.; Attentat auf das King David Hotel - Regierungsämter vernichtet, JC v. 23.7.1946, S.1; Cohen, Palestine, S.83, 90-93.

begann unter dem Codewort Agatha eine konzentrierte britische Militäraktion mit fast 20.000 Soldaten in ganz Palästina. Die Aktion richtete sich hauptsächlich gegen die *Sochnuth* und die Eliteeinheit der *Haganah*, die *Palmach*. Fast 3.000 Juden wurden verhaftet, unter ihnen einige *Agency*-Mitglieder. Zwar gelang es den Briten nicht, den aktivistischen Flügel der zionistischen Führung zu isolieren und die Moderaten unter Weizmann in Stellung zu bringen.<sup>798</sup> Aber Ben-Gurions Prognose: *lo jaizu* – sie werden es nicht wagen – erwies sich als fataler Irrtum. *GB* wagte es sehr wohl, massiv Gewalt gegen den aktivistischen Widerstand einzusetzen. Der *Jischuw* zeigte sich darauf nahezu machtlos. Die Briten wiesen die bisher von zionistischer Seite immer geleugnete direkte Verbindung zwischen *Sochnuth*, *Haganah* und den Dissidenten-Gruppen nach und die Zerschlagung der *Haganah* und *Sochnuth* stand im Raum. Die laue Antwort des *Jischuw* legte seine Schwäche offen zutage. Mehr als Proteste, Hunger- und Generalstreiks und ein *Jischuw*-Programm, das die Verstärkung der *AB* und die Non-Kooperation mit – nicht einmal allen – amtlichen Regierungsstellen proklamierte, konnte er dem nicht entgegensetzen. Einzig mit der altbewährten Reaktion der Begründung neuer Siedlungspunkte demonstrierte er seinen unumstößlichen Willen zur weiteren Aufbauarbeit wirkungsvoll.<sup>799</sup> Die zionistische Führung legte den Schwerpunkt von nun ab wieder auf die diplomatische Arena, und die kurze Liaison zwischen den drei paramilitärischen Organisationen endete abrupt. Die *Porschim* intensivierten in den folgenden Monaten ihre Terroraktivitäten. Die *Haganah* dagegen unterstützte zwar weiterhin die *AB*, militante Aktionen außerhalb dieses Rahmens unternahm sie bis Ende 1947 aber nicht mehr. Die *Alijah Beth* blieb zwar weiterhin ein propagandistisches Werkzeug erster Wahl, die aktive Unterstützung des *Jischuw* ließ aber ebenso nach. Auch ihr mächtigster Unterstützer, Ben-

---

<sup>798</sup> ebd., S.83-89; Militär besetzt Sochnuth, JC v. 30.6.1946, S.1; Fortgang der Aktionen - 2.500 Verhaftungen - Curfew in Haifa, JC v. 1.7.1946, S.1; Raw Fishmans Festnahme, ebd., S.4; Bethell, Palästina-Dreieck, S.267-273.

<sup>799</sup> Siehe dazu: Erster Besuch in Jagur - Hungerstreik in Athlit, JC v. 3.7.1946, S.4; Raw Fishman bricht Hungerstreik ab, ebd.; Heute Generalstreik des Jischuw - Aufruf der Tel-Aviver Stadtverwaltung, JC v. 17.7.1946, S.1; Der Jischuw bekundete Solidarität mit den „Gefangenen Zions“, JC v. 18.7.1946, unpg.; „Kfar Kirsch“ am Tabor gegründet, JC v. 19.7.1946, S.20; Das „Haganah-Weißbuch“ der englischen Regierung, JC v. 25.7.1946, unpg.; Presse-Konferenz mit Ben Gurion, JC v. 29.7.1946, S.1; Darlegung über Gewaltakte in Palästina, JC v. 5.8.1946, S.3-4; Durchführung des „Jischuw-Programms“ ab Sonntag, JC v. 14.8.1946, S.4; Jehuda S., Gvuloth – der Vorposten im Negev, MB v. 25.9.1946, S.11; Um das Jischuwprogramm, JC v. 13.9.1946, S.20; R.[ichard] L.[ichtheim], Das Rad ist im Rollen, MB v. 17.1.1947, S.1; Kol Haadamah“, JC v. 8.10.1946, S.4.

Gurion, verlegte seine Aktivitäten nunmehr neben diplomatischen Aktivitäten auf Sicherheitsfragen und der Vorbereitung der *Haganah* für den Kriegsfall.<sup>800</sup>

Die *Alija Chadascha* reagierte auf die Ereignisse mit Bestürzung und Wut. Ihr *Merkas* forderte – mal wieder – den Rücktritt der Jerusalemer *JA* und das uneingeschränkte Abrücken vom Terror als politischem Kampfmittel. Erst dann könne ihr eigenes Kampfmittel des gewaltlosen Widerstandes erneut Anwendung finden. Die *AC* kämpfte nun mit äußerster Vehemenz gegen Aktivismus und Terror. Ohne jedweden Erfolg versuchte sie in der folgenden Zeit im *Jischuw* eine breite Anti-Terror Front zu schmieden. Auch mit ihrer Forderung, *Etzel* und *Lechi* mit Hilfe der *Haganah* und den britischen Sicherheitsbehörden zu zerschlagen, blieb sie allein; interessanterweise war jener Vorschlag sogar in den eigenen Reihen hoch umstritten.<sup>801</sup>

Rosenblüth\* befürwortete zwar weiterhin resolut die *AB*, hielt aber nun auch eine Abgrenzung des gewaltlosen vom gewalttätigen Widerstand für unmöglich. Vor allem verfestigte sich bei ihm immer mehr die Einsicht, dass der Terror unter den gegebenen politischen Umständen nicht aufzuhalten sei: „Unser Volk ist organisch unfähig, mit Nichtjuden zusammenzuleben [...] Unser Volk muss sich selbst regieren. Es gibt keinen anderen Weg, um aller Auswüchse jüdischer Minderwertigkeitsgefühle wie Fremdenhass, Terror usw. Herr zu werden.“<sup>802</sup> Das zentrale Motiv aber, warum er nun auch öffentlich für Selbstregierung in Form der Partition eintrat, war, dass er unter britischer Oberhoheit keine Realisierungschancen für seine Minimalforderungen nach freier Einwanderung und nationaler Selbstbestimmung mehr sah. Spätestens nach den Londoner Verhandlungen stand für ihn unumstößlich fest, dass die britische Politik auf die Liquidierung des Zionismus und arabische Herrschaft über Palästina abziele. Aber das elementare jüdische Recht auf eine große und kontinuierliche *Alijah* wollte er weder vom arabischen, noch britischen Einverständnis abhängig machen. Er war nun

---

<sup>800</sup> Siehe dazu: Bethell, Palästina-Dreieck, S.312-316, 322-235; Robert Weltsch, [Kongressbericht] v. 22.12.1946, in: ZZA, J18/85; Zertal, From Catastrophe to Power, S.237-243; Ben-Eliezer, „In Uniform“, S.190; Halamish, Illegal Immigration, S.53-61; Cohen, Palestine, S.89-90.

<sup>801</sup> Siehe dazu: Manuskript der Rede Felix Rosenblüths auf der außerordentlichen Sitzung der Jewish Agency in Paris v. 18. August 1946, in: ZZA, J18/82; Felix Rosenblüth an Chaim Weizmann v. 7.2.1947, in: ebd.; D.[avid] Tanne, Notiz an Dr. Landauer, Dr. Kreutzberger v. 15.8.1946 nebst Anhang, in: ebd.; Entwurf für ein Flugblatt: Neue Methoden, neue Menschen, undatiert [August 1946], in: ebd.; M.[ax] Kreutzberger, An den Jischuw. An die zionistische Welt v. 20.3.1947, in: ebd.; *AC*, Gegen „Biltmorismus“, passim; Gegen Terror und Terroristen, MB v. 2.8.1946, S.1; M.[ax] Kreutzberger an R.[obert] Weltsch v. 20.8.1946, in: ZZA, J18/85; [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130.

<sup>802</sup> F.[elix] Rosenblüth, Liebe Freunde v. 9.2.1947, in: ZZA, J18/82; siehe weiterhin: Manuskript der Rede Felix Rosenblüths auf der außerordentlichen Sitzung der Jewish Agency in Paris v. 18. August 1946, in: ebd.; Felix Rosenblüth, Irrwege, MB v. 8.8.1947, S.3; Die Kongressrede F. Rosenblüths, MB v. 27.12.1946, S.5; [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130.

überzeugt, dass außer der Partition keines der bisher erwogenen staatlichen Modelle dieses Recht permanent sichern und nur so das letztliche Ziel des Zionismus, wie er es definierte, verwirklicht werden könne – ein freies Volk in unserem Land zu sein: „`Lihejot am chofschibearzenu´ ist der Sinn des Zionismus. Dies und nichts anderes!“<sup>803</sup> Rosenblüth\* konnte im Laufe des Frühjahrs 1947 von seinem Weg die Mehrheit des *Landesvorstandes* überzeugen, die am 12. Juni 1947 den Teilungsgedanken zum offiziellen Programm der AC erhob. Trotzdem blieb diese Frage in der Partei hart umkämpft und sogar nach dem UN-Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 verblieb der Kreis um Landauer\* in (Fundamental-)Opposition zur politischen Linie der eigenen Partei. Aber die Majorität in der Führung der *Alija Chadascha* wich nicht mehr vom eingeschlagenen Kurs ab. Eine arabisch-jüdische Verständigung konnte nur unter Verzicht auf das postulierte Recht der freien Einwanderung erzielt werden. Diese Konzession stand außerhalb jedweder Überlegungen und die Majorität der AC-Führung war bereit, für *Alijah* in den Kampf zu ziehen, wie Hirsch\* Anfang 1948 hervorhob: „Sagen wir es einmal ganz klar: Das jüdische Volk will keinen Krieg; aber das jüdische Volk will eher einen Krieg als den Verzicht auf sein nationales Heim, sein Recht auf Einwanderung nach Erez Israel.“<sup>804</sup>

Der Kampf um die Einwanderung ging bis zur Gründung des jüdischen Staates unvermindert weiter. Noch im April 1948 deportierten die Briten *Maapilim* nach Zypern. Erst am Tag der Staatsgründung beendeten sie ihren Kampf gegen die illegale Einwanderung. Einen Tag später wanderten die ersten *Olim* frei von jeglichen Restriktionen ein. Zu diesem Zeitpunkt stellte der *Jischuw* immer noch eine Minorität von etwa 30 Prozent in Palästina dar.<sup>805</sup> Die nun beginnende Masseneinwanderung und der Unabhängigkeitskrieg, in dessen Verlauf – je nach ideologischer Lesart – 600.-850.000 arabische Palästinenser flohen und/oder vertrieben wurden, veränderten die Bevölkerungsverhältnisse grundlegend. Mit einer jüdischen Majorität von etwa 90 Prozent wurde eines der zentralen zionistischen Ziele im jungen Staat

---

<sup>803</sup> Felix Rosenblüth, Klärung, MB v. 8.6.1945, S.1; siehe weiterhin dazu: Material für ein Wahlflugblatt der *Alija Chadascha* zum 22. Kongress, undatiert [Herbst 1946], in: ZZA, J18/82; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 6.3.1947, in: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an [Richard] Lichtheim v. 21.2.1947, in: ebd.; [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130; F.[elix] Rosenblüth, Resolutionsvorschlag für den Merkas v. 12.6.1947, in: ZZA, J18/74; Felix Rosenblüth, In schweren Tagen, MB v. 7.3.1947, S.1; F. Rosenblüth: Politische Zwischenbilanz, MB v. 16.6.1947, S.1-2.

<sup>804</sup> S.[alli] H.[irsch], Kommentar der Woche, MB v. 27.2.1948, S.1-2, hier: 1; siehe weiterhin: Richard Lichtheim, Gefährliche Fahrt, MB v. 20.2.1948, S.1-2; Felix Rosenblüth, Ein neues Mandats-Projekt, MB v. 9.4.1948, S.1-2 u. Kap. VII.

<sup>805</sup> Siehe dazu: Chronik der Woche, MB v. 21.5.1948, S.2; Die Wende, MB v. 14.5.1948, S.1; Kochavi, *The Displaced Persons' Problem*, S.47; Sofer, *Diplomacy*, S.53.

Wirklichkeit. Innerhalb weniger Monate wanderten die noch etwa 200.000 jüdischen Überlebenden, die sich in den *DP*-Lagern in Europa und in den Lagern auf Zypern befanden, vor allem in die Vereinigten Staaten und Israel ein. Insgesamt immigrierten im Jahr 1948 gut 100.000 Juden nach Israel und bis Ende 1951 verdoppelte sich die jüdische Bevölkerungszahl auf mehr als 1,3 Millionen. Unter neuen Vorzeichen begann nun wiederum die Diskussion um die Qualität der *Olim*, um erwünschte und unerwünschte Neueinwanderer und die Begrenzung der jährlichen Einwanderung. Glaubt man einer damaligen Umfrage, so sprachen sich trotz des bereits in der Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 verbrieften Rechts auf Einwanderung nur 18 Prozent der jüdischen Bevölkerung tatsächlich für freie Einwanderung aus. In dem politischen Kampf um die Restriktion der *Alijah* behielt Ben-Gurion aber die Oberhand, wie er im Januar 1951 in seinem Tagebuch festhielt: „Perhaps the one thing I achieved after the war was that, in spite of the very weighty – and not groundless – opposition, I forced both the Government and the Jewish Agency Executive to agree to large-scale immigration.“<sup>806</sup>

---

<sup>806</sup> Ben-Gurion's diary, entry for January 29, 1951, zit. nach: Dvora Hacoen, Mass Immigration and the Israeli political System 1948-1953, in: Studies in Zionism, Vol. 8, No. 1 (1987), S.99-113, hier: 110 [f. Hacoen, Mass Immigration]; siehe weiterhin dazu: ebd., passim; dies., The Law of Return as an Embodiment of the Link between Israel and the Jews of the Diaspora, in: The Journal of Israeli History, Vol. 19, No. 1 (1998), S.61-89; Albrich, Zionisten wider Willen, S.42; Sofer, Diplomacy, S.53; Kamil, Arabische Juden, S.155-167; Moshe Sicron, Population and Politics – The Role of demographic Data in the History of Palestine/Israel, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXV (2007), S.204-220.

## Kapitel VI: Die Reaktionen der *Alija Chadascha* auf die Schoah

---

Bis zum heutigen Tage werden die Reaktionen des *Jischuw* und vor allem die seiner zionistischen Führung auf die Schoah in der wissenschaftlichen Forschung und der israelischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Im Folgenden wird das Augenmerk auf die Reaktionen der *Alija Chadascha* auf die Vernichtung des europäischen Judentums gerichtet sein und der Frage nachgegangen, welchen Einfluss die Schoah auf ihre Politikansätze hatte?<sup>807</sup>

Am 23. November 1942 veröffentlichte die Jerusalemer *JA* in der Presse eine Erklärung, dass die NS-Instanzen in Polen seit Sommer 1942 mit der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung begonnen hatten. In ihrer Sitzung am Tag zuvor befasste sie sich umfassend mit der Lage der Juden in Europa. Bis zu diesem Zeitpunkt war dieses Thema nur sehr selten und am Rande bei ihren Beratungen behandelt worden. Nun ging ein Aufschrei durch den gesamten *Jischuw* und in den folgenden Monaten waren die Schoah und Rettungsbestrebungen die zentralen Themen in der Öffentlichkeit.<sup>808</sup> Die Erklärung der *JA* enthielt eigentlich keine wirklich neuen Informationen. Seit Beginn des Krieges erreichten den *Jischuw* – wenn auch teils verspätet – kontinuierlich Informationen über die Lage der Juden in Europa. Mit Beginn des Jahres 1942 informierte die hebräische Presse über Massenmorde an den jüdischen Gemeinschaften im deutschen Herrschaftsbereich. Im folgenden Sommer erreichten den *Jischuw* umfassende Darstellungen über die Mordtaten des NS und ihrer Handlanger. Darüber hinaus hatte die *Sochnuth* zu dieser Zeit noch interne Quellen, die ihr über die Verfolgungen und systematischen Massenmorde berichteten.<sup>809</sup> Über die Gründe, warum die zionistische Führung und der *Jischuw* als Ganzes trotz aller Informationen erst so spät

---

<sup>807</sup> Siehe dazu: Michman, *Forschung*, passim; Yoav Gelber, *Die Geschichtsschreibung des Zionismus: Von Apologetik zu Verleugnung*, in: Barbara Schäfer (Hg.), *Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M. 2000, S.15-44; ders., *The Problematics of the Historiography of the Reaction of the Yishuv and the Jews in the free World to the Holocaust*, in: Yisrael Gutman/Gideon Greif, *The Historiography of the Holocaust Period. Proceedings of the Fifth Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1988, S.571-584.

<sup>808</sup> Siehe dazu: *Annihilation of entire Communities*, *Palestine Post* v. 23.11.1942, S.1; Yechiam Weitz, *The Yishuv's Response to the Destruction of European Jewry, 1942-1943*, in: *Studies in Zionism*, Vol. 8, No. 2 (1987), S.211-222, hier: 211 [f. Weitz, *Response*]; Porat, *Stars of David*, S.21-23, 28, 37-42; Gelber, *Policy*, S.191; *Abschlachtung der europäischen Juden*, *BNN* v. 24.11.1942, unpg.; *Neue Vernichtungs-Maßnahmen der Nazis gegen die Juden in Polen*, *BNN* v. 25.11.1942, unpg.; *Hitlers Vernichtungs-Feldzug gegen die Juden*, *BNN* v. 27.11.1942, S.1.

<sup>809</sup> Siehe dazu: Yoav Gelber, *The Hebrew Press in Palestine on the Annihilation of the Jews of Europe (1941-1942)*, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *Dapim. Studies on the Shoah*, New York u.a. 1991, S.165-202, hier: 165-179 [f. Gelber, *Hebrew Press*]; Gorny, *Jewish Press*, S.26-78; Tom Segev, *It was in the Papers: The Hebrew Press in Palestine and the Holocaust*, in: Robert M. Shapiro (Hg.), *Why didn't the Press shout? American & international Journalism during the Holocaust*, New York u.a. 2003, S.607-616 [f. Segev, *Hebrew Press*].

reagierten, finden sich in der wissenschaftlichen Forschung verschiedene Erklärungsansätze: Er führte bis in den Sommer 1942 hinein einen Kampf um das eigene physische Überleben, der seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Erst im Juli 1942 wurde der Vormarsch des deutschen Afrikakorps durch die britischen Militärkräfte zum Halten gebracht und so die unmittelbare Invasionsgefahr für Palästina gebannt. Des Weiteren war die Wahrnehmung im *Jischuw*, dass die Leiden der Juden in Europa ein Nebeneffekt des Krieges waren und die Mordtaten wie in vergangenen Tagen den Charakter lokal begrenzter, von unteren Militärrängen begangener Pogrome darstellten.<sup>810</sup> Schließlich müssen laut der Forschung noch psychologische Abwehrmechanismen in Betracht gezogen werden. Weder wollten noch konnten viele Juden in *Erez Israel* den unfassbaren Nachrichten Glauben schenken. Die gleiche Abwehrhaltung zeigten auch die jüdischen Gemeinschaften in der *Galuth* und sogar an den Orten des Grauens in Polen trafen die Berichte unter den Juden zuerst auf Unglauben: „The Holocaust was an acute deviation from the collective experience of humanity. Even in the history of such long-suffering people as the Jews, it was unprecedented and therefore, unthinkable.“<sup>811</sup>

Die redaktionelle Linie des *Mitteilungsblattes* zur Situation der verfolgten Juden in Europa unterschied sich teils wesentlich von der der hebräischen Presse des *Jischuw*. Während letztgenannte umfassend über das allgemeine Kriegsgeschehen informierte, unterließ das *MB* dies fast völlig. Dagegen berichtete es in Leitartikeln im Jahre 1942 häufig über das Schicksal der europäischen Juden, wohingegen die hebräische Presse diesem Thema nur geringeren Raum einräumte. Dies lag zum einen an der Selbstdefinition des *MB* als Wochenschrift, die tagespolitische Fragen ohne übergeordneten Kontext nicht aufgriff und ihren Lesern dafür die Tagespresse empfahl.<sup>812</sup> Zum anderen lag es möglicherweise an der unterschiedlichen Bewertung des Krieges und des Nationalsozialismus. Das *MB* betonte stets die zentrale Bedeutung der „Judenfrage“ in der *NS*-Ideologie und interpretierte den Weltkrieg nicht in herkömmlichen Kategorien, sondern als einen *NS*-Eroberungskrieg zur Erringung der (Welt-

---

<sup>810</sup> Siehe dazu: Yoav Gelber, Some Reflections on the Yishuv during the Shoah, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *The Shoah and the War*, New York u.a. 1992, S.337-354, hier: 340-349 [f. Gelber, Reflections]; ders., *Policy*, S.191-195; Weitz, *Response*, S.214-215; Porat, *Stars of David*, S.9-10, 12, 16-20.

<sup>811</sup> ebd., S.43; siehe weiterhin dazu: ebd., S.43-45; *The Jewish Population disbelieves Reports of the Extermination*, abgedr. in: Israel Gutman u.a. (Hg.), *Documents of the Holocaust. Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union. Eighth Edition*, Jerusalem u.a. 1999, S.277-278; Richard Bolchover, *British Jewry and the Holocaust*, Cambridge u.a. 2003, S.12-19 [f. Bolchover, *British Jewry*]; Gelber, *Hebrew Press*, S.181-191.

<sup>812</sup> Siehe dazu: ebd., S.189; Gred Sallis-Freudenthal, *Vorwände*, *MB* v. 8.1.1943, S.5; Gorny, *Jewish Press*, S.15.

)Herrschaft unter rassenideologischen Vorzeichen. Schon in den ersten zwei Kriegsjahren wurden daher in den Spalten des Blattes die jüdischen Opfer nicht nur als kriegsbedingte Folge, sondern als bewusst herbeigeführte *NS*-Maßnahmen betrachtet.<sup>813</sup>

Daher reagierte das Blatt auf die ersten autoritativen Informationen über die Schoah Anfang Januar 1942 auch anders als die hebräische Presse. Weder tat sie die vom sowjetischen Außenminister Molotow öffentlich gemachten Berichte über die *NS*-Massenmorde in der *SU* als Kriegspropaganda ab, noch relativierte sie jene. Im Gegenteil ging das *MB* spätestens zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass die Juden Europas einem „grausamen und unmenschlichen Feind ausgeliefert [waren], der systematisch an ihre Vernichtung herangeht“ und „dass das Vernichtungswerk der Deutschen in Russland von den obersten deutschen Behörden angeordnet ist;“<sup>814</sup> am 25. Juni 1942 berichtete der britische Daily Telegraph anhand der Informationen der polnischen Exilregierung ausführlich über die *NS*-Vernichtungsmaßnahmen, denen laut dem Blatt bereits 700.000 Juden zum Opfer gefallen waren. In jenem Artikel wurde nicht nur die Singularität der *NS*-Verbrechen in der Geschichte hervorgehoben, sondern auch vor der Gefahr gewarnt, dass die vom *NS*-Staat geplante und 1941 in Gang gesetzte Vernichtungspolitik in seinem Herrschaftsbereich dazu führen könne, dass bei Kriegsende alle Juden ermordet seien. Der Artikel beschrieb detailliert die angewandten Mittel zum Massenmord und erwähnte auch die Nutzung mobiler Gaskammern. Fünf Tage später berichtete das selbe Blatt und die gesamte britische Presse über 1.000.000 ermordeter Juden und der Daily Telegraph hob dabei die *NS*-Intention des Völkermordes nochmals hervor: „It is the declared aim of the Nazis to wipe the [Jewish] race from the European continent.“<sup>815</sup> Wenige Tage später griff auch das *MB* diese Berichte auf.

Am 9. Oktober 1942 berichtete das Blatt dann erstmals über das ganze Ausmaß der Schoah und fügte desillusioniert an, dass die Weltöffentlichkeit wie bisher die wahren *NS*-Intentionen wohl wieder viel zu spät begreifen werde: Der *NS*-Staat setze „mit kühler Berechnung, ohne angegriffen zu sein, die systematische Marterung und Ausrottung von Millionen Menschen, darunter hilflose Greise, Frauen und Kinder, ins Werk“ und es wird „in [Kontinental-]Europa

---

<sup>813</sup> Siehe dazu Kap. III.

<sup>814</sup> Die Judentragödie in Europa, *MB* v. 14.1.1942, S.1; siehe weiterhin dazu: Gelber, *Hebrew Press*, S.168, 183-184; Porat, *Stars of David*, S.24-27; Segev, *Hebrew Press*, S.611-612.

<sup>815</sup> More than 1,000,000 Jews killed in Europe, *Daily Telegraph* v. 30.6.1942, S.5; siehe weiterhin: Germans murder 700,000 Jews in Poland, *Daily Telegraph* v. 25.6.1942, S.5; Bolchover, *British Jewry*, S.8-9; Jewish War Victims, *The Manchester Guardian* v. 30.6.1942, S.2.



nach dem Kriege nicht mehr als 1 ½ bis 2 Millionen Juden geben.“<sup>816</sup> Ohne seine Quelle zu benennen, hatte das Blatt wohl Zugriff auf Informationen von Lichtheim\*, der die *JA* seit Kriegsbeginn aus Genf kontinuierlich und ziemlich präzise über die Lage der Juden in Europa informierte. Auffallend an der bisherigen Berichterstattung des *MB* war, dass das Blatt die schrecklichen Details über den Massenmord nicht ausführlich beschrieb und auch genaue Opferzahlen nicht erwähnte, beziehungsweise die Unmöglichkeit ihrer Verifizierbarkeit betonte. Der Fakt der so genannten „Endlösung“ stand für das *MB* aber wohl seit Anfang 1942 fest, auch wenn die Hoffnung bestand, dass die in der Öffentlichkeit genannten Opferzahlen doch zu hoch angesetzt waren.<sup>817</sup>

Ein eklatanter Unterschied zwischen der Berichterstattung des *MB* und dem öffentlichen Diskurs im *Jischuw* zeichnete sich auch bei der unterschiedlichen Bewertung der Reaktionen der europäischen Juden auf die Schoah ab. Nach der Presseerklärung der *JA* zur Vernichtung der europäischen Juden im November 1942 begann ein Diskurs um die (vermeintliche) Passivität der verfolgten Brüder, die keinerlei Widerstand leisteten und wie „Schafe zum Schlächter“ gingen. Hierin offenbarte sich das eigene Selbstverständnis des *Jischuw* und seine Sicht auf die Diaspora. Beides wurde von einem zentralen zionistischen Dogma geprägt – der Negation der *Golah*, im Hebräischen *Schlilath Hagolah* genannt. Seit dem Entstehen des zionistischen Gedankens der nationalen Wiedergeburt auf historischem Boden in *Erez Israel* fungierte als Antithese zu dieser Zukunftsvision die Anomalie des *Golus*-Daseins in Gegenwart und Vergangenheit, die letztlich zum Untergang des Judentums im Exil führen müsse.<sup>818</sup> *Schlilath Hagolah* umfasste dabei nicht nur die anormale Exilexistenz, sondern auch die Ablehnung des *Galuth*-Juden selbst. Seine (angenommenen) physischen und psychischen Eigenschaften und sein Charakter wurden als zutiefst negativ empfunden. Eine Normalisierung respektive Heilung dieses Zustandes könne nur in der neu-alten Heimat durch die Schaffung eines neuen jüdischen Geschlechts erreicht werden. Dabei diene der „minderwertige“ *Galuth*-Jude als Gegenbild zum Ideal des neuen Hebräers, dessen

---

<sup>816</sup> An der Schwelle des Winters, *MB* v. 9.10.1942, S.6; siehe weiterhin dazu: In dieser Stunde, *MB* v. 3.7.1942, S.1-2.

<sup>817</sup> Siehe dazu: ebd.; Gelber, *Hebrew Press*, S.174-176; Bolchover, *British Jewry*, S.9; Die Judenöhle in Europa, *MB* v. 21.11.1941, S.4-5; Nach drei Jahren, *MB* v. 28.8.1942, S.1-2; Porat, *Stars of David*, S.34-36.

<sup>818</sup> Siehe dazu: Pinsker, *Autoemanzipation*, passim; Jabotinsky, Ich klage an!, S.62-68; ders., Weshalb wir die Diaspora nicht wollen, in: ders., *Der Judenstaat*, Wien 1938, S.7-12; Arthur Hertzberg (Hg.), *The Zionist Idea. A historical Analysis and Reader*, New York 1976, S.290-327; Eliezer Schweid, *The Rejection of the Diaspora in Zionist Thought: two Approaches*, in: Jehuda Reinharz/Anita Shapira (Hg.), *Essential Papers on Zionism*, New York/London 1996, S.133-160.

personalisierter Ausdruck der bereits in *Erez Israel* geborene *Sabre* wurde. Alles, so Ben-Gurion im Jahre 1917, „was klein und verfault ist und nach Galut schmeckt, sollten wir wegwerfen, damit es mit dem schlechten Erbe der toten Vergangenheit zusammen schwindet, damit die Vergangenheit nicht ihre Schatten auf unsere neue Seele wirft und die Heiligkeit unserer Erlösung schändet.“<sup>819</sup> Aus der Ablehnung der *Golah* bezog auch der Palästina-Zentrismus seine Legitimität. Da die Existenz des Einzelnen wie des jüdischen Volkes nur in *Erez Israel* gesichert werden könne, müsse dem Aufbauwerk zwingend Vorrang vor den Bedürfnissen der Diaspora eingeräumt werden. Der *Jischuw* sah sich daher auch als Avantgarde des jüdischen Volkes und die Superiorität gegenüber dem *Galuth*-Judentum war zumindest unter der Jugend eine verbreitete Sicht.<sup>820</sup>

Dieses ideologische Rüstzeug beeinflusste natürlich auch die Wahrnehmung der jüdischen Katastrophe in Europa. Schon vor der Erklärung der *JA* im November 1942 kritisierten zionistische Führungspersönlichkeiten die Passivität der europäischen Juden im Angesicht der Verfolgungen. Danach verstärkte sich die Kritik führender Zionisten wie Ben-Gurion, Tabenkin und Grünbaum, die ihr Unverständnis ausdrückten, warum sich die Juden nicht zur Wehr setzen würden. In jenem Verhalten sahen sie auch die Ursache, dass das deutsche Vernichtungswerk überhaupt solche Dimensionen erreichen konnte. Dabei herrschte die Vorstellung vor, dass sich der *Jischuw* im Gegensatz zur *Golah* niemals kampflös seinem Schicksal ergebe. Die Erwartungshaltung lief darauf hinaus, dass die Juden sich zur Wehr setzen, Aufstände als heroische Akte initiieren, um die Ehre des jüdischen Volkes zu verteidigen und einen ruhmvollen Weg des Sterbens beschreiten würden.<sup>821</sup> Mit den ersten Berichten über den Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 und weiteren Informationen

---

<sup>819</sup> Hatzionut, Hg. von D. Carpi. Bd. 2, Tel Aviv 1979, S.89, zit. nach: Amnon Rubinstein, *Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute*, München 2000, S.55 [f. Rubinstein, *Geschichte*]; siehe weiterhin: ebd., S.120-122, 208-218; Shapira, Land, S.331-332, passim; Shalom Ratzaby, *The Polemic about the „Negation of the Diaspora“ in the 1930s and its Roots*, in: *The Journal of Israeli History*, Vol. 16, No. 1 (1995), S.19-38, hier: 19-28 [f. Ratzaby, *Polemic*]; Yitzhak Conforti, *'The New Jew' in the Zionist Movement. Ideology and Historiography*, in: *The Australian Journal of Jewish Studies*, Vol. 25 (2011), S.87-118; Eshkoli, *Three Attitudes*, S.74-75.

<sup>820</sup> Siehe dazu: ebd., S.75-76, 89-90; Gelber, *Policy*, S.199-201; Shapira, Land, 332-333.

<sup>821</sup> Siehe dazu: ebd., S.330-331; Hava (Wagman) Eshkoli, *Religious Zionist Responses in Mandatory Palestine to the Warsaw Ghetto Uprising*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Vol. 11, No. 2 (1997), S.213-238, hier: 215-218; Yehiam Weitz, *The Positions of David Ben-Gurion and Yitzhak Tabenkin vis-à-vis the Holocaust of European Jewry*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Vol. 5, No. 2 (1990), S.191-204, hier: 196-197 [f. Weitz, *Positions*]; ders., *Response*, S.211-214; Bauer, *Reaktionen*, S.199-207; Segev, *siebte Million*, S.150-153; Hebräische Schriftsteller – Kampf gegen den Nazismus, MB v. 8.10.1943, S.10, 12; Halamish, Yaari, S.98-101.

über jüdische Widerstandsaktionen im NS-Herrschaftsbereich wandelte sich die Wahrnehmung im *Jischuw* und er betonte nun seinen Stolz auf die – vor allem der zionistischen (Jugend-)Bewegung zugeschriebenen – heroischen Widerstandstaten; damit konnte sich der *Jischuw* identifizieren, hierin sah er seine (postulierten) Werte verwirklicht.

“The majority of the Palestinian Jewish community found it difficult to identify with Jews who had gone to their death ‘like sheep to slaughter’”<sup>822</sup> – bilanzierte Shapira. Ob tatsächlich – über die politischen Führungszirkel und deren angeschlossene Parteipresse hinaus – eine so weitreichende Distanzierung vom europäischen Judentum im *Jischuw* vorhanden war, sei dahingestellt. Mehr als die Hälfte der Juden in *Erez Israel* kam in den 1930 Jahren aus Europa; wohl fast alle hatten noch Verwandte, Freunde und Bekannte dort und auch für die noch früher aus Europa eingewanderten Juden galt dies.<sup>823</sup> Im *Mitteilungsblatt* jedenfalls fand sich eine solche Distanzierung nicht; ganz im Gegenteil berichtete das Blatt seit den ersten Kriegstagen mit Bewunderung über das Verhalten der jüdischen Gemeinschaften im NS-Herrschaftsbereich. Trotz aller Verfolgung und Vernichtung behielten sie ihren Willen zur Selbsterhaltung, ihren Lebensmut, ihren Glauben an eine bessere Zukunft und ihre gegenseitige Solidarität. Begrifflichkeiten wie Ehre, Heldenmut, Würde und Seelenstärke, die eigentlich im zionistischen Sprachgebrauch dem neuen Hebräer vorbehalten waren, dienten dabei zur Beschreibung der Haltung der *Galuth*-Juden. Sogar die im *Jischuw* so gescholtene Passivität der Juden ließ das Blatt nicht gelten: Das „passive Heldentum von Millionen, die seelische Haltung der Standhaften, [wäre] nicht minder wichtig, als der Kampf der Waffen.“<sup>824</sup> Dagegen sah das Blatt in den Reaktionen des *Jischuw* auf das Sterben der *Golah* wenig Heroisches. Eine instinktsichere, solidarische Antwort von ihm blieb in den ersten Kriegsjahren aus. Weder vermochten es die zionistischen Führungsinstanzen, den *Jischuw* zu verantwortlichem Handeln anzuleiten, noch reagierte er selbst angemessen auf die Katastrophe. Stattdessen lebten die Juden Palästinas in relativer Ruhe und Wohlstand und gingen vielfach nur ihren privaten Interessen nach, beschäftigten sich mit (politischen)

---

<sup>822</sup> Shapira, Land, S.342; siehe weiterhin: ebd., S.335-338; Porat, Stars of David, S.240-245; Proteststreik und Massenpetition des Jischuw, JC v. 7.6.1943, unpg.; Der Heldenkampf des Warschauer Ghetto, JC v. 25.6.1943, unpg.; Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 2002, S.79-119, passim; Gorny, Jewish Press, S.10-12.

<sup>823</sup> Siehe dazu: Gelber, Reflections, S.337-338.

<sup>824</sup> In dieser Stunde, MB v. 3.7.1942, S.1-2, hier: 1; siehe weiterhin: Die Deportationen, MB v. 3.1.1941, S.1-2; Pessach der Ungewissheit, MB v. 30.3.1942, S.3-4; Zur Lage, MB v. 17.4.1941, S.7; Josef Weiss, Rückreise aus Europa, MB v. 15.8.1941, S.1; Eine von vielen Müttern, MB v. 26.6.1942, S.7; Der gelbe Fleck in Deutschland, MB v. 19.9.1941, S.2; Leben in der Idee, MB v. 11.9.1942, S.1-2.

Nebensächlichkeiten und isolierten sich vom Geschehen in Europa.<sup>825</sup> Vor diesem Hintergrund wurde auch die in der zionistischen Theorie und Praxis hervorgehobene Dichotomie zwischen *Golah* und *Erez Israel* infrage gestellt. Negative Werturteile gegenüber der *Galuth* seien eine durch nichts begründbare Überheblichkeit und das zionistische Postulat des neuen Hebräers ein idealisiertes Symbol, das aber mit den tatsächlichen Gegebenheiten im *Jischuw* nicht im Einklang stehe. Das Blatt hinterfragte sogar die – zumindest von der zionistischen Elite – gepflegte Vorstellung vom *Jischuw* als Avantgarde des jüdischen Volkes: Es „wird einmal die Frage gestellt werden – und zwar von dem gequälten jüdischen Volk der Gola – ob dies wirklich die Avantgarde des Volkes war, die in der kritischsten Stunde durch das rechte Wort und die rechte Tat ihren moralischen Anspruch rechtfertigte.“<sup>826</sup>

Diese überaus kritische Sicht auf die Reaktionen des *Jischuw* auf die Judentragödie erhielt das *MB* auch nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Schoah aufrecht.<sup>827</sup> Inwieweit diese Haltung repräsentativ für das gesamte deutsch-zionistische Establishment war, kann mit Gewissheit nicht gesagt werden. Weltsch\* selbst vertrat eine sehr gemäßigte Position in Bezug auf die Negation der *Galuth*. Er glaubte nicht, dass die „Judenfrage“ in *Erez Israel* in Gänze gelöst werden könnte und ging daher vom Fortbestand der jüdischen Diaspora aus.<sup>828</sup> Kritik an der Reaktion der *Galuth* auf die NS-Vernichtungspolitik äußerte in den Spalten des *MB* allerdings kein führender deutscher Zionist. Im Gegenteil hoben auch andere Aktivisten ihre standhafte und würdevolle Reaktion hervor. Gerade in der Ehrung deportierter und/oder ermordeter Führungspersönlichkeiten des deutschen Judentums wie beispielsweise Otto Hirsch, Heinrich Stahl und Julius L. Seligsohn wurde dies offenbar. Dabei schwangen in diesen Würdigungen auch Selbstzweifel und Schuldgefühle der Autoren mit, da gerade Nichtzionisten in der schwärzesten Stunde ihren Posten an der Seite der jüdischen Gemeinschaften nicht

---

<sup>825</sup> Siehe dazu: In dieser Stunde, MB v. 3.7.1942, S.1-2; Vor und in den Toren, MB v. 20.3.1942, S.1-2; Das Los der Juden Europas, MB v. 27.11.1942, S.1-2; Russland steht auf, MB v. 12.2.1943, S.1; Trauer und Trost, MB v. 24.7.1942, S.1; Einheit des Volkes, MB v. 29.5.1942, S.1-2; Die Woche der Trauer, MB v. 4.12.1942, S.1-2; Unsere Vertretung, MB v. 6.2.1942, S.1-2.

<sup>826</sup> ebd., S.1; siehe weiterhin: Einheit des Volkes, MB v. 29.5.1942, S.1-2; Das deutsche Judentum, MB v. 13.3.1942, S.1-2; R.[obert] W.[eltsch], Unsere öffentliche Meinung, MB v. 4.7.1941, S.3-4; E.S., „Einst und Jetzt“, MB v. 3.1.1941, S.3; Gelber, Reflections, S.337.

<sup>827</sup> Siehe: Der neue Appell, MB v. 5.3.1943, S.1-2; Die Woche der Trauer, MB v. 4.12.1942, S.1-2; f.t., Nach dem 15. Juni, MB v. 25.6.1943, S.4; Stunde der Umkehr, MB v. 31.3.1944, S.1-2; Jahrestage, MB v. 18.6.1943, S.1-2; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 30.7.1943, 4-5; h.g., Kein „Demonstrations-Parlament“!, MB v. 16.6.1944, S.3.

<sup>828</sup> Siehe dazu: Ratzaby, Polemic, S.28-38; Robert Weltsch, Zionistische Probleme, in: ders./Hans Kohn, Zionistische Politik, Mährisch-Ostrau 1927, S.209-218; Robert Weltsch, Wandlungen, in: ebd., S.201-208.

verließen.<sup>829</sup> Die erste Reaktion des *Jischuw* auf die schon erwähnte Presseerklärung der *Sochnuth* im November 1942 war Trauer, Verzweiflung und Wut. Die Presse berichtete nun täglich und detailliert über die NS-Vernichtungspolitik und Versammlungen, Protest- und Trauertage und Trauer-Demonstrationen wurden abgehalten.<sup>830</sup> Die zionistischen Führungsinstanzen machten erste Vorschläge für Rettungsmaßnahmen. Ein Rettungskomitee zur Organisierung von Rettungsmaßnahmen in *Erez Israel* und eine Koordinierungsstelle in Konstantinopel wurden in den folgenden Wochen geschaffen und erste spontane Spendensammlungen durchgeführt. Vor allem richtete der *Jischuw* Appelle an die freie Welt und insbesondere die Alliierten, den Juden im NS-Herrschaftsbereich beizustehen und sie zu retten.<sup>831</sup>

Die *Alija Chadascha* setzte die Prioritäten bei der Rettung von Juden, hebräisch *Hazalah* genannt, anders als die zionistische Führung. Vorauszuschicken wäre, dass ihre Rolle fast gänzlich auf Meinungsäußerungen begrenzt war, da sie auf das politische Machtzentrum des *Jischuw* äußerst wenig Einfluss hatte. Ihr gelang nicht einmal, in wichtigen Gremien wie der Einwanderungsabteilung der *JA* Mitspracherecht für die Zertifikatsvergabe zu erlangen und sogar vom Informationsfluss über die Lage in der *Golah* war sie teils abgeschnitten. Einzig über den *Irgun* konnte sie selbstständig kleinere Hilfs- und Rettungsaktivitäten durchführen. Dabei griff sie auf die Erfahrungen der *HOGOJA* zurück, die schon seit Kriegsbeginn kleinere Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden organisiert hatte.<sup>832</sup> Die zentrale Forderung der *AC*

---

<sup>829</sup> Siehe dazu: Leo Baeck – Siebzig Jahre, MB v. 21.5.1943, S.1-2; Benno Cohn, Aus der Märtyrergeschichte des deutschen Judentums, MB v. 12.2.1943, S.3; Heinrich Stahl, MB v. 4.12.1942, S.2; Franz Meyer, Zwei Tote in Deutschland, MB v. 21.5.1942, S.8; Siegfried Moses, Otto Hirsch, MB v. 25.7.1941, S.3; Franz Meyer, Tragische Würde, ebd.; Der Vorhang hebt sich, MB v. 11.5.1945, S.3; Czerniakow, MB v. 11.9.1942, S.2; zu Hirsch, Seligsohn u. Stahl siehe: E.G. Lowenthal (Hg.), *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch*, Stuttgart 1965, S.71-74, 155-157, 165-167.

<sup>830</sup> Siehe dazu: Neue Vernichtungs-Maßnahmen der Nazis gegen die Juden Polens, BNN v. 25.11.1942, unpg.; Trauer-Demonstrationen in Tel Aviv, BNN v. 26.11.1942, unpg.; Trauer und Proteste im Jischuw, BNN v. 29.11.1942, unpg.; Der Trauer- und Protesttag des Jischuw, BNN v. 3.12.1942, unpg.; Ein Monat der Trauer des Jischuw, BNN v. 17.12.1942, unpg.; Weitz, Response, S.211; Porat, Stars of David, S.49-56.

<sup>831</sup> Siehe dazu: ebd., S.64-71, 74-75; Erweiterte Mobilisierungspflicht für den Jischuw, BNN v. 6.12.1942, unpg.; Das Echo der alliierten Deklaration gegen die Juden-Massaker, BNN v. 22.12.1942, unpg.; Tuvia Frieling, Ben-Gurion and the Holocaust of European Jewry 1939-1945: A Stereotype re-examined, in: *Yad Vashem Studies XVIII* (1987), S.199-232, hier: 209-214 [f. Frieling, Ben-Gurion]; Hitlers Vernichtungs-Feldzug gegen die Juden, BNN v. 27.11.1942, S.1; Trauer- und Protestkundgebung der Assefath Haniwcharim, BNN v. 1.12.1942, S.1, 4; Rettet die Bedrängten – öffnet die Tore, BNN v. 2.12.1942, unpg.; Der Trauer- und Protesttag des Jischuw, BNN v. 3.12.1942, unpg.; Um die Rettung der Juden Europas und ihrer Kinder, BNN v. 8.12.1942, S.1; *Golah* und Rettungsaktionen, Informationsblatt der *Alija Chadascha* v. 4.4.1943, S.1-2.

<sup>832</sup> Siehe dazu: Beschlüsse der Merkas-Sitzung des *Irgun Olej Merkas* Europa v. 28.1.1943, in: ZZA, J18/21/8; Offene Kritik, MB v. 18.2.1944, S.2; Hanhalah [-Sitzung d.] A.Ch. v. 29.3.1944 [?], in: ZZA, J18/50; Flüchtlinge in aller Welt, Informationsblatt der *Alija Chadascha* v. 20.5.1943, S.5-6; Benno Cohn an R.[ichard] Lichtheim v. 20.9.1944, in: L22/228; *HOGOJA* Jerusalem an *HOGOJA* Tel Aviv v. 22.7.1942 nebst Anhang, in: ZZA, S7/2006;

als Reaktion auf den Vernichtungsfeldzug der Nazis war der unbedingte Kriegseinsatz des *Jischuw* auf allen Kriegsschauplätzen. Für sie entschied sich das Schicksal der Welt und des jüdischen Volkes auf den Schlachtfeldern. Seit Sommer 1942 sei dem *Jischuw* bekannt, dass der NS-Staat nun sein zentrales Ziel der totalen Vernichtung des jüdischen Volkes mit kalter Gründlichkeit und organisatorischer Vollkommenheit verwirkliche. In der Post-*Galuth*-Zeit könne der *Jischuw* nicht nur mit den althergebrachten Mitteln der Trauer, des Betens, Fastens, Appellierens und Hoffens reagieren. Zionismus bedeute den Glauben an ein neues jüdisches Geschlecht, das sich zur Wehr setzt und kämpft: „Das, das allein, muss die Antwort sein, die ein sich selbst achtendes Volk gibt.“<sup>833</sup> Mit der Forderung des aktiven militärischen Kampfes zur Befreiung der *Golah* stand die AC zwar nicht allein; die zionistische Führung blieb jedoch bei ihrer bisherigen Haltung, militärisch den Schwerpunkt auf die Sicherung der „Heimatfront“ zu legen.<sup>834</sup>

Eine weitere von Anfang an erhobene Forderung der AC beziehungsweise des *Irgun* an den *Jischuw* war, die jüdische Rettungsarbeit zu zentralisieren und Vorbereitungen für den Augenblick der Befreiung der Reste der europäischen Juden zu treffen, um sofort umfangreich Hilfe leisten zu können. Dies bezog sich einerseits auf *Erez Israel* selbst. Die JA sollte ein eigenes Department für die Hilfs- und Rettungsarbeit schaffen. Zum anderen sollten die zionistischen Führungsinstanzen dem Gedanken der Einheit des Volkes entsprechend die Initiative ergreifen, um eine jüdische Welt-Hilfsorganisation zu begründen, in der vereint alle bedeutenden – auch nichtzionistischen – Organisationen unmittelbare Rettungsaktionen koordinieren und durchführen. Für die Finanzierung der *Hazalah* sollte dabei nicht nur das Weltjudentum, sondern auch der *Jischuw* einen substanziellen Beitrag leisten. In die gleiche Richtung zielte auch die Forderung nach Begründung einer aktionsfähigen Gesamtrepräsentanz des jüdischen Volkes, die unter Führung der Zionisten die Interessen des

---

Bericht der Hanhalah [d. HOGOIA] an den Landestag in Kfar Schmarjahu 30. Oktober – 1. November 1942. Berichtsperiode 1.1.1941-30.9.1942, in: ZZA, A155/9; Aus der Arbeit des Tel Aviver Büros der HOGOIA, MB v. 16.5.1941, S.6; Recherchen nach dem Verbleib von Deportierten, MB v. 14.8.1942, S.4.

<sup>833</sup> Unsere Antwort: Alija Chadascha ruft zum Kampf gegen Hitler, MB v. 4.12.1942, S.1; siehe weiterhin: In der Woche der Trauer, ebd., S.1-2; Protokoll der Hanhalah-Sitzung der Alijah Chadaschah v. 26.11.1942, in: ZZA, J18/21/9; Das Los der Juden Europas, MB v. 27.11.1942, S.1-2; Jahrestage, MB v. 18.6.1943, S.1-2; „Erbarmungslos gegen Hitler, den Vernichter der Juden Deutschlands“, JC v. 4.4.1943, unpg.; „Alija Chadascha“: „Kämpfe jeder für den Sieg“!, BNN v. 3.12.1942, unpg; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 30.4.1943, S.4; Unsere veränderte Lage, MB v. 15.1.1943, S.1-2.

<sup>834</sup> Siehe dazu: ebd.; Eshkoli, Three Attitudes, S.81-82; Gelber, Reflections, S.350-351; Der Gijus geht weiter, MB v. 20.11.1942, S.3; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 30.7.1943, S.4-5.

zionistischen Aufbauwerkes und des Weltjudentums vor der Nachkriegswelt vertritt.<sup>835</sup> Darüber hinaus diskutierten deutsche Zionisten auch die im *Jischuw* in den ersten Wochen gemachten Rettungsvorschläge und machten eigene: Anfang Oktober 1942 schlug ein Autor im *MB* vor, die Millionen Auslandsdeutschen in den demokratischen Staaten als Verhandlungsmasse zum Austausch der Juden im NS-Herrschaftsbereich zu nutzen; ein anderer wollte nichtjüdischen Helfern von Juden nach dem Krieg Privilegien zuteilwerden lassen.

Letztlich wurden viele dieser Ideen schon nach Wochen von ihnen wieder verworfen. Der Freikauf von Juden durch (Dollar-)Zahlungen wurde abgelehnt. Auch an die Möglichkeit, durch Androhung rigoroser Bestrafung der Judenmörder seitens der Alliierten den Massenmord stoppen zu können, glaubten sie nicht. Die NS-Führung werde sich von ihrem zentralen Ziel der Vernichtung der Juden auch bei einer bevorstehenden militärischen Niederlage nicht abbringen lassen und auch auf das tief in das Vernichtungswerk verstrickte deutsche Volk werde dies wenig Eindruck machen.<sup>836</sup> Schlechthin schätzte wohl das Gros der deutschzionistischen Führung die Aussichten für Rettungsaktionen in den direkt vom NS beherrschten Gebieten als äußerst gering ein. Wenn überhaupt, kamen dafür nur die wenigen neutralen Staaten beziehungsweise deutschen Vasallenstaaten wie Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien in Betracht; aber ohne eine resolute Überzeugungsarbeit der Alliierten an die Adresse dieser Staaten war auch diese Chance auf Rettung mehr als gering. In Anbetracht dessen appellierte natürlich auch die *Alija Chadascha* mehrfach an die Anti-Hitlerkoalition, „unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen [zu] ergreifen, um jüdische Flüchtlinge aus den Gebieten Europas, in denen sie verfolgt werden, zu retten.“<sup>837</sup>

---

<sup>835</sup> Siehe dazu: Beschlüsse der Merkas-Sitzung des Irgun Olej Merkas Europa v. 28.1.1943, in: ZZA, J18/21/8; Offene Kritik, MB v. 18.2.1944, S.2; Unsere veränderte Lage, MB v. 15.1.1943, S.1-2; Noch mehr Grauen – und ein Lichtblick, MB v. 26.2.1943, S.1-2; Leo Schwarwalder, „GIS“, MB v. 30.7.1943, S.8; S.[iegfried] Moses, Nachkriegsprobleme des jüdischen Volkes, MB v. 21.1.1944, S.1-2; Landestagung des Irgun, MB v. 4.2.1944, S.1-3; Unsere Forderungen, MB v. 23.6.1944, S.1; Judennot und Alijah, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 1.3.1943, S.1-3.

<sup>836</sup> Siehe dazu: An der Schwelle des Winters, MB v. 9.10.1942, S.6; Nur kein neues Evian!, MB v. 12.3.1943, S.1-2; Das Los der Juden Europas, MB v. 27.11.1942, S.1-2; Gequältes Europa, MB v. 19.2.1943, S.1-2; „Alija Chadascha“: „Kämpfe jeder für den Sieg“!, BNN v. 3.12.1942, unpg.; Die Londoner Deklaration, MB v. 25.12.1942, S.1-2; Woher kommt Hilfe?, MB v. 22.1.1943, S.1-2.

<sup>837</sup> Politische Resolution des Merkas der ACh, MB v. 9.4.1943, S.1-2, hier: 2; siehe weiterhin: Judennot und Alijah, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 1.3.1943, S.1-3; Noch mehr Grauen – und ein Lichtblick, MB v. 26.2.1943, S.1-2; Beratungen über die Judentragödie, MB v. 22.1.1943, S.1; Golah und Rettungsaktionen, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943, S.1-2; Die Londoner Deklaration, MB v. 25.12.1942, S.1-2.

In diesen Appellen schwangen jedoch auch Zweifel und Misstrauen mit. Gewiss vermeldete das *MB* in den ersten Monaten hoffnungsvoll Nachrichten, die auf bevorstehende Rettungsinitiativen vor allem von Seiten Englands hindeuteten.<sup>838</sup> Im gleichen Atemzug betonte das Blatt aber die Befürchtung, dass die westliche Welt ihre bisherige Politik in Bezug auf die „Judenfrage“ weiterverfolge; das heißt, dass sie, selbst nicht frei von antisemitischen Strömungen, aus Angst vor der *NS*-Propaganda des „jüdischen Krieges“ und aus ihrem Unvermögen, diese Frage in ihrer Komplexität zu verstehen, weiterhin nur mit Schweigen und Verdrängen reagieren werde. Dabei würden die Alliierten nicht nur die Singularität der Schoah ignorieren, sondern auch die Bedeutung der „Judenfrage“ als unverrückbarer Kern der *NS*-Ideologie.<sup>839</sup> Und die Befürchtungen bestätigten sich in den ersten Monaten des Jahres 1943. *GB* hielt unbeeindruckt an seiner Weißbuch-Politik fest und wollte außer der Einwanderung von einigen Tausend Kindern im Rahmen der Weißbuch-Quote die Grenzen Palästinas nicht öffnen. Jüdische Flüchtlinge sollten dagegen nach Kriegsende wieder in ihre Herkunftsländer integriert werden. Praktische Schritte zur Rettung wurden von den Alliierten bis zur anglo-amerikanischen Bermuda-Konferenz, die sich Ende April 1943 mit der Flüchtlingsfrage beschäftigen sollte, nicht ergriffen. Wie das *MB* es voraussagte, endete die Konferenz wie ihr Vorgänger in Evian 1938 – mit vielen wohlwollenden Worten und ohne konkrete Taten: Sie habe den Geist der Politik des Eskapismus der Vorkriegszeit getragen, „d.h. eine besondere Kunst des Sich-Entziehens, eine Flucht vor der Wirklichkeit, ein Nicht-in-Angriff-Nehmen-Wollens des Problems,“ der die „armen Juden, die man der Mörderhand preisgibt,“<sup>840</sup> von Neuem zum Opfer fielen.

Mit dem Scheitern der Konferenz hatten sich alle jüdischen Hoffnungen zerschlagen, dass zumindest der Versuch einer international organisierten Rettungsaktion größeren Maßstabs durchgeführt werden würde. In der Tat initiierten die Alliierten bis Kriegsende keine größere Rettungsmission und lehnten alle an sie herangetragenen diesbezüglichen Vorschläge ab.<sup>841</sup>

---

<sup>838</sup> Siehe dazu: ebd.; Um die Rettung der Juden, *MB* v. 5.2.1943, S.4; Asyl für Flüchtlinge?, *MB* v. 26.2.1943, S.4; Noch mehr Grauen – und ein Lichtblick, *MB* v. 26.2.1943, S.1-2.

<sup>839</sup> Siehe dazu: Auf den Wellen des Äthers, *MB* v. 3.10.1941, S.1-2; Jüdische Zukunft, *MB* v. 21.11.1941, S.1; Die Judentragödie in Europa, *MB* v. 14.1.1942, S.1; Die Londoner Deklaration, *MB* v. 25.12.1942, S.1-2; Woher kommt Hilfe, *MB* v. 22.1.1943, S.1-2; Notizen der Woche, *MB* v. 2.4.1943, S.2-3; Blick nach Bermuda, *MB* v. 23.4.1943, S.1; Goebbels droht, *MB* v. 11.6.1943, S.1-2.

<sup>840</sup> Vor Bermuda, *MB* v. 9.4.1943, S.1; siehe weiterhin: Die Kinder-Einwanderung, *MB* v. 19.2.1943, S.2; Nur kein neues Evian!, *MB* v. 12.3.1943, S.1-2; Was nun?, *MB* v. 7.5.1943, S.1; Bermuda – eine Warnung, *MB* v. 30.4.1943, S.1.

<sup>841</sup> Siehe dazu: Menahem Landau, Das Rettungswerk für die Gola, *MB* v. 23.7.1943, S.1-2; Michael J. Cohen, Churchill and the Jews, London/New York <sup>2</sup>2013, S.265-305; Porat, Stars of David, S.137-228.



Die *Sochnuth*, die bisher in der *Hazalah*-Frage vor allem auf Aktivitäten der Alliierten setzte, kam nun selbst unter Druck. Teils wurde diese Haltung in der wissenschaftlichen Forschung mit einem (naiven) Glauben des *Jischuw* an die Humanität und demokratischen Werte der westlichen Welt erklärt. Aber selbst deutsche Zionisten, die gegen die im Nationalheim verbreitete Sicht ankämpften, dass jeder Nichtjude gleichsam ein Judenfeind sei, misstrauten ihr. Wohl eher glaubte die zionistische Führung in den ersten Monaten selbst nicht an eine Möglichkeit erfolgreicher Rettungsaktivitäten.<sup>842</sup> Fundamentalkritik an der Rettungspolitik der *JA* kam von den *Revisionisten* und der *Agudath Israel*; jene war allerdings nicht nur auf die sachliche Ebene begrenzt, sondern war gleichzeitig politisches Kampfinstrument. Aber auch andere Gruppen und Einzelpersonen im *Jischuw* kritisierten die von ihnen wahrgenommene Passivität der *JA*.<sup>843</sup> Dagegen hielt sich die *AC* in den ersten Monaten mit Kritik zurück, beziehungsweise verteidigte die zionistische Führung sogar. Denn sie erkannte die Ohnmacht und Impotenz der *Sochnuth*. Die *NS*-Vernichtungsmaschinerie konnte sicherlich niemand stoppen; aber auch ihre Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf die Alliierten tendierten gegen Null. Zwar war der *Jischuw* weltweit die geschlossenste und organisierteste jüdische Gemeinschaft, aber er zählte weniger als 600.000 Seelen. Er besaß zwar in der innenpolitischen Sphäre eine gewisse Autonomie, die Machtmittel des Staates fehlten ihm dagegen vollends. Weder hatte er die finanziellen Ressourcen für größere *Hazalah*-Projekte, noch die machtpolitischen, diplomatischen und logistischen Mittel dafür. Gerade hier offenbarte sich seine fast vollständige Abhängigkeit von Großbritannien. Von Anfang an war daher klar, dass er selbst nur sehr wenig zur Rettung beitragen konnte.<sup>844</sup>

Über das Maß des Wenigen, was der *Jischuw* leisten sollte und könnte, brach innerhalb der zionistischen Führungsinstanzen Streit aus. Er drehte sich um die Frage, ob die Hilfe für die *Golah* eine zionistische Aufgabe sei und wenn ja, welche Priorität sie erhalten sollte? Der gefundene Kompromiss lief darauf hinaus, dass *Hazalah* zwar als zionistische Aufgabe angesehen wurde, allerdings nur als eine unter vielen. Unumstößliche Priorität hatte

---

<sup>842</sup> Siehe dazu: ebd., S.74, 76-78, 257-257; Hans Kaufmann, Nichtjuden und wir, MB v. 20.8.1943, S.1, 4; Karl Glaser, Zeiten der Verwirrung, MB v. 19.1.1945, S.1-2; Halamish, Yaari, S.95; Menahem Landau, Die Lage der *Golah*, MB v. 24.9.1943, S.2.

<sup>843</sup> Siehe: Yehiam Weitz, Revisionist Criticism of the Yishuv Leadership during the Holocaust, in: Yad Vashem Studies XXIII (1993), S.369-395; Dina Porat, Al-domi: Palestinian Intellectuals and the Holocaust 1943-1945, in: Studies in Zionism, Vol. 5, No. 2 (1984), S.97-124; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 30.4.1943, S.4; Eshkoli, Three Attitudes, S.84-89; Judennot und Alijah, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 1.3.1943, S.1-3.

<sup>844</sup> Siehe dazu: ebd.; Notizen der Woche, MB v. 2.4.1943, S.2-3; Beratungen über die Judentragödie, MB v. 22.1.1943, S.1; Was nun?, MB v. 7.5.1943, S.1; Porat, The Allies, S.278-279; Gelber, Reflections, S.338-339.

weiterhin der Aufbau des Nationalheimes und die Vorbereitungen zur Verwirklichung des zionistischen Endziels, des jüdischen Staates. Die Unterstützungs- und Rettungsmaßnahmen des *Jischuw* sollten nach dem Prinzip der Arbeitsteilung zwischen Zionisten und Nichtzionisten vor allem einen direkten Zusammenhang mit dem Aufbauwerk haben, also insbesondere die Hilfe für zionistische Aktivitäten in der Diaspora, *Alijah* und Integration umfassen; die anderen Hilfsmaßnahmen sollten dagegen vom *Galuth*-Judentum finanziert und getragen werden. Entsprechend dieser Priorisierung wurden zur Finanzierung von Rettungsmaßnahmen nur relativ geringe Mittel bereitgestellt.<sup>845</sup> Hauptsächlich wurden davon die Aktivitäten der zionistischen Emissäre in Konstantinopel, Stockholm und Genf, die Versendung von Lebensmittelpaketen, Geldern und Visa- und Ausweisdokumenten in den NS-Herrschaftsbereich und die Unterstützung dortiger illegalen Grenzübertritte finanziert.<sup>846</sup> Gegen Ende des Jahres 1943 verstärkte dann die zionistische Führung ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der *Hazalah*. Dafür waren verschiedene Gründe verantwortlich – unter anderem die militärischen Erfolge der Alliierten, die Gefahr der Vernichtung der jüdischen Gemeinschaft in Ungarn und der Druck der Öffentlichkeit. Vor allem aber wurde den Überlebenden der Schoah eine wichtige Rolle im Kampf um den jüdischen Staat zugeordnet. Der *Jischuw* musste daher sein Prestige als Retter und Unterstützer der *Golah* vergrößern, um über altgediente Zionisten hinaus die Überlebenden von der zionistischen Lösung überzeugen zu können.<sup>847</sup>

Auch unter den deutschen Zionisten existierten natürlich unterschiedliche Sichten über die Priorität der *Hazalah*-Arbeit. Preuss\* und Lamm\* sahen beispielsweise in der Realisierung des *Biltmore-Programms* die zentrale zionistische Aufgabe. Die offizielle Linie der AC und die des für die praktische Rettungstätigkeit zuständigen *Irgun* unterschied sich davon allerdings beträchtlich. *Hazalah* wurde nicht nur als zionistische Aufgabe deklariert, sondern ihr auch ein zentraler Stellenwert eingeräumt. Mehr noch, laut dem programmatischen Artikel von Landauer\* vom 26. September 1944 sollten alle materiellen, organisatorischen, politischen und militärischen Ressourcen des *Jischuw* für die *Hazalah* aufgeboten werden. Alle sich bietenden Möglichkeiten zu Rettungsaktivitäten sollten „– und zwar unter Hintansetzung

---

<sup>845</sup> Siehe: ebd., S.351-353; Weitz, Positions, S.194; Eshkoli, Three Attitudes, S.81-89; Porat, Stars of David, S.74-87, 259-261.

<sup>846</sup> Siehe dazu: ebd., S.352-353; S. Adler-Rudel, A Chronicle of Rescue Efforts, in: LBI Year-Book, Vol. XI (1966), S.213-241; Porat, Stars of David, S.111-134.

<sup>847</sup> Siehe dazu: ebd., S.85, 87-92, 228-237; Eshkoli, Three Attitudes, S.93-94; Weitz, Positions, S.194-195; Gelber, Reflections, S.352-353; Die Juden Ungarns, JC v. 24.3.1944, S.7; Segev, siebte Million, S.119-122; Ofer, Immigration, S.239-244.

anderer [zionistischer] Aufgaben und Bedürfnisse – ausgenutzt werden. Rettung des Lebens geht allem voran.“<sup>848</sup> Hier offenbarte sich sogar die Bereitschaft, zionistische Zukunftsperspektiven zugunsten der Rettung hintanzustellen oder gar aufs Spiel zu setzen. Auch dem Prinzip der Arbeitsteilung erteilten die beiden Organisationen eine Absage. Wie schon erwähnt, plädierten die AC und der *Irgun* für eine weitreichende Kooperation der jüdischen Welt in der *Hazalah*-Frage und auf politischem Felde, um die Interessen des jüdischen Volkes zu wahren. Zwar sah es die AC als zionistische Pflicht an, einem Maximum der Geretteten den Weg nach *Erez Israel* zu ebnen. Aber auch die Rettung an andere Orte der Welt kategorisierte sie als zionistische Aufgabe. Im gleichen Atemzug betonte die AC aber auch, dass *Hazalah* allein noch keinen Zionismus bedeute und die Zionisierung des jüdischen Volkes und die Volkswerdung in *Erez Israel* weiterhin auf der zionistischen Agenda stehe.<sup>849</sup> Ab Ende 1943 äußerte die AC (etwas) offensiver Kritik an der Rettungspolitik der zionistischen Instanzen und der Alliierten. Im dem schon erwähnten Artikel von Landauer\* gab jener nun offen zu Protokoll, dass weder die Alliierten noch die zionistische Führung alles für Rettung getan hätten.<sup>850</sup>

Aus rein emotionaler Perspektive trifft diese Kritik an der zionistischen Führung und – noch wesentlich mehr – die an der freien Welt durchaus zu. Kleinlichste Parteistreitigkeiten begleiteten und behinderten die zionistische *Hazalah*-Arbeit; nicht eine einzige Person aus dem engeren Führungskreis der *Sochnuth* widmete seine Zeit ausschließlich der Rettungsarbeit; und auch die von ihm gewählten Mittel im Kampf wie Appelle, Fasten und Gebete, Arbeitsniederlegungen, Versammlungen und Trauer-Tage entsprachen nicht dem sonst von zionistischen Aktivisten wie Ben-Gurion stets betonten Aktivismus und erweckten durch ihre vielfache Wiederholung zunehmend den Eindruck routinierter Handlungen. Gerade Ben-Gurion ging im Kampf um *Alijah* und Bodenerwerb wesentlich offensiver vor und plädierte –

---

<sup>848</sup> Georg Landauer, Rettung, MB v. 26.9.1944, S.1-2, hier: 1; siehe weiterhin dazu: Kreuzbergers Referat, MB v. 4.2.1944, S.2-3; Der Verlauf der Tagung, ebd., S. 2; Offene Kritik, MB v. 18.2.1944, S.2; Rettung, MB v. 24.9.1943, S.1; Roosevelts Warnung, MB v. 31.3.1944, S.1; Unsere Forderungen, MB v. 23.6.1944, S.1; Anträge zur zweiten Landeskonferenz der Alija Chadascha, die durch die Landesleitung (Hanhalah) verabschiedet wurden, undatiert [Ende 1944], in: ZZA, J18/7 II.

<sup>849</sup> Siehe dazu: ebd.; Unsere Forderungen, MB v. 23.6.1944, S.1; „Irgun Olei Merkas Europa“ für sofortige Rettungsmaßnahmen, JC v. 30.1.1944, unpg.; S.[iegfried] Moses, Nachkriegsprobleme des jüdischen Volkes, MB v. 21.1.1944, S.1-2; Der Zukunft entgegen, MB v. 4.2.1944, S.1-2; Zur heutigen Nummer, MB v. 7.7.1944, S.2; Rettung, MB v. 24.9.1943, S.1; Der Verlauf der Tagung, ebd., S. 2; Robert Weltsch, Persönliche Bemerkung, MB v. 9.10.1942, S.6; Georg Landauer, Rettung, MB v. 26.9.1944, S.1-2.

<sup>850</sup> Siehe dazu: ebd.; Weltgewissen in Skandinavien, MB v. 8.10.1943, S.1; Nachspiel zu Bermuda, MB v. 17.12.1943, S.2; Rom und Jerusalem, MB v. 9.6.1944, S.1; Die Befreiung hat begonnen, MB v. 16.6.1944, S.1; h.g., Kein „Demonstrations-Parlament“!, MB v. 16.6.1944, S.3.

wie dargestellt – im Laufe der Jahre nicht nur einmal für eine (offene) Rebellion gegen Großbritannien.<sup>851</sup> Es erstaunt daher nicht, dass neben Grünbaums Haltung während der Schoah, der den Vorsitz des Rettungskomitees innehatte, gerade auch die von Ben-Gurion kritisch hinterfragt wurde. Bedenkt man allerdings die Macht- und Einflusslosigkeit des *Jischuw* auf die Geschehnisse in Europa, erscheint die zukunftsorientierte Strategie der zionistischen Führung im anderen Licht. Auch bei Mobilisierung aller zionistischen Ressourcen für die *Hazalah* wäre dem *Jischuw* nicht viel mehr als das ohnmächtige Ertragen der europäischen Ereignisse übriggeblieben. Der forcierte Aufbau des Nationalheimes, der schließlich in die Staatsgründung münden sollte, eröffnete (zumindest) für die Zukunft einen Zufluchtsort für alle Juden. Aus zionistischer Sicht bedeutete diese Zukunftsvision die einzige Chance auf Rettung und Erlösung des jüdischen Volkes, zumal sich die zionistischen Prognosen der Unsicherheit jüdischen Lebens in der Diaspora auf nicht geahnte Weise bestätigt hatten.<sup>852</sup> Kritik am Verhalten der Alliierten während der Schoah wurde nicht nur vom *Jischuw* geübt, sondern auch die wissenschaftliche Forschung ging mit ihnen teils hart ins Gericht. Unzweifelhaft existierten Chancen auf Rettung von Juden, die nicht von ihnen ergriffen wurden: Unterhaltsgarantien für Juden, die sich in die neutralen Staaten gerettet hatten, die Öffnung der Tore Palästinas oder aber militärische Interventionen wie die Bombardierung der Gleisstrecken von Auschwitz-Birkenau. Unumstößliche Priorität hatte aber für die Alliierten der militärische Sieg über NS-Deutschland, dem alle, auch humanitäre Erwägungen untergeordnet wurden. Was diesen Sieg behindern oder verzögern konnte, wurde daher von ihnen verworfen; seien es direkte Verhandlungen mit dem NS-Staat, der Freikauf von Juden durch Devisen und (militärisches) Equipment, die Bereitstellung von Transportkapazitäten oder militärische Operationen außerhalb „regulärer“ Kampfhandlungen. Wenn auch neben handfesten eigenen Interessen möglicherweise Gleichgültigkeit und/oder antijüdische Vorurteile die Politik der Alliierten mit beeinflussten, so hatte doch ihr strategischer Ansatz eine zwingende rationale Komponente: Errettung gäbe es für die Juden wie die anderen vom NS unterworfenen Gemeinschaften nur durch die bedingungslose Niederlage Deutschlands.

---

<sup>851</sup> Siehe dazu: ebd.; Georg Landauer, Rettung, MB v. 26.9.1944, S.1-2; Rom und Jerusalem, MB v. 9.6.1944, S.1; Porat, Stars of David, S.51-56, 121-124, 251-252.

<sup>852</sup> Siehe dazu: ebd., S.251, 257; Frieling, Ben-Gurion, passim; Gorny, Jewish Press, S.205-219; Segev, siebte Million, S.124-125.

Tatsächlich hatten die militärischen Entwicklungen an der Front den entscheidenden Einfluss auf die Rettung der Reste der europäischen Juden.<sup>853</sup>

Wie bereits dargestellt, unterschied sich die Sicht der *Alija Chadascha* in der *Hazalah*-Frage von der der *Sochnuth*. Wirkliche Konsequenzen ergaben sich daraus aber nicht. In den Sitzungen der *Hanhalah* und des *Merkas* der *AC* war diese Frage auch nur eine unter vielen. Und das *MB* als ihr Forum im Kampf der Worte machte auch nicht den Eindruck, als ob es zumindest den Versuch unternehmen wollte, die Linie der *JA* im Sinne der *AC* zu beeinflussen. Wie in der hebräischen Presse trat die Thematik der Schoah auch im *MB* nach einigen Monaten wieder mehr in den Hintergrund. Auch der programmatische Artikel von Landauer\* zur Stellung der *AC* zur *Hazalah*-Frage im September 1944 kam reichlich spät. Sicherlich hatte die *AC* eine realistische Vorstellung davon, wie wenig *Erez Israel* für die *Golah* wirklich tun konnte. Der *Irgun* war – wie schon erwähnt – selbst in kleinere Hilfs- und Rettungsmaßnahmen involviert. Er befasste sich mit Zertifikats- und Austauschfragen, der Verschickung von Hilfspaketen, versuchte den Postkontakt in Konzentrationslager zu vermitteln und organisierte Suchaktionen verschollener Juden in Europa. Auch ergriff er die Initiative, um wenigstens einen transnationalen Weltverband der mitteleuropäischen Juden zu schaffen, der ihre Interessen vor der Welt vertreten könnte; ein Unterfangen, das schließlich 1945 in die Gründung des „Council of Jews from Germany“ mündete. Die dabei gemachten Erfahrungen, dass trotz intensiver monatelanger Arbeit oft nicht einmal kleinste Erfolge zu verzeichnen waren, dämpften gewiss die Hoffnungen auf Rettungstätigkeiten.<sup>854</sup>

Wohl gaben aber auch andere Motive den Ausschlag, die die *AC* nur zu einer halbherzigen Kritik an den zionistischen Führungsinstanzen und vor allem den Alliierten bewogen. Eine schärfere Kritik hätte möglicherweise nicht nur die Autorität der *Sochnuth* untergraben, sondern gar die *Revisionisten* gestärkt. Jene gaben neben den *Charedim* der *JA* eine Mitschuld an der Schoah. Aber gerade der *Etzel*, der Anfang 1944 wieder eine Terroroffensive gegen den Mandatar begonnen hatte, stand für alles, was die *Alija Chadascha* ablehnte. Er war es auch,

---

<sup>853</sup> Siehe dazu: John P. Fox, *The British Attitudes to Rescue: Definition and Perspectives*, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *The Shoah and the War*, New York u.a. 1992, S.355-372; Haim Avni, *The War and the Possibilities of Rescue*, in: ebd., S.373-392; Gelber, *Reflections*, S.339; Segev, *siebte Million*, S.125-134; Shapira, *Land*, S.324; 327-328; Porat, *Stars of David*, S.137-228.

<sup>854</sup> Aus der Arbeit des *Irgun Olej Merkass Europa*, MB v. 20.10.1943, S.3; Verwandten Such- und Registrierungsaktion des *Irgun Olej Merkass Europa*, MB v. 27.10.1944, S.7; Landestagung des *Irgun*, MB v. 4.2.1944, S.1-3; Aus der Tätigkeit des *Irgun Olej Merkass Europa*, MB v. 20.10.1944, S.2; Siegfried Moses, *Die Landestagung des Irgun Olej Merkass Europa*, MB v. 15.6.1945, S.1; Jüdische Forderungen, MB v. 10.8.1945, S.1-2; Porat, *Stars of David*, S.41-42, 61-663; und File L22/228 im ZZA.

der die schärfste antibritische Propaganda im *Jischuw* verbreitete und *GB* direkt für die Vernichtung der Juden verantwortlich machte. Landauer\* betonte im September 1944 zwar, dass nur ein militärischer Sieg der Alliierten Rettung großen Stils bedeute, stellte aber ebenso heraus, dass diese keine nennenswerten Aktionen zur Rettung unternommen hätten. Gerade die britische Weißbuch-Politik habe dazu geführt, viele Juden der Vernichtung preiszugegeben. Im gleichen Atemzug forderte er aber, die Alliierten dafür nicht anzuklagen. Daraus sprach auch die Sorge, dass die nicht nur von *Etzel* gestreute Saat des Hasses gegen *GB* im ganzen *Jischuw* aufgehen würde. Eine enge britisch-zionistische Kooperation war jedoch die Grundvoraussetzung zur Verwirklichung des politischen Programms der *AC*. Hier wird offensichtlich, was Shapira allgemein für den *Jischuw* und seine Führung feststellt. Die Schoah fand zwar in jeder Deklaration und jeder öffentlichen Rede prominent Erwähnung. „However, it is difficult to find an area where it actually functioned as a catalyst for a fundamental change, a different approach, a major shift in behaviour.“<sup>855</sup> Das *Biltmore-Programm* blieb Richtschnur der zionistischen Führung, obwohl diejenigen, für die es eigentlich konzipiert war, bereits ermordet waren. Auch ihre *Alijah*-Politik wandelte sich nicht signifikant. Während der Schoah diskutierte die *JA* weiterhin über Auslesekriterien, und die Pläne für eine Millioneneinwanderung nach dem Krieg waren schon zuvor entworfen worden; erstmals musste die *JA* nun aber die Juden in den arabischen Staaten, die *Misrachim*, in ihre *Alijah*-Planungen für die Nachkriegszeit mit einbeziehen. Diese wurden nun zum Schlüssel zur Verwirklichung des jüdischen Majoritätsstrebens in Palästina. Das zionistische Ideologem der Negation der *Golah* dominierte – nun nochmals verstärkt – die zionistischen Gedankengänge und auch der Palästina-Zentrismus behielt seinen zentralen Stellenwert.<sup>856</sup>

In den Reihen der *Alija Chadascha* vertraten ihre Aktivisten zwar teils unterschiedliche staatliche Konzepte. Die Schoah führte aber auch hier nicht zu grundlegenden Neubewertungen. Der Kreis um Landauer\*, dessen oberste Prämisse die friedliche Verwirklichung der zionistischen Aspirationen war, forderte dafür weiterhin die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft als Garanten. Das Lager um Rosenblüth\* änderte seine Präferenzen auch nicht. Es bevorzugte zwar die Partition, hätte sich aber auch mit der

---

<sup>855</sup> Shapira, Land, S.320; siehe weiterhin: Protest- und Trauerkundgebung des *Jischuw*, JC v. 22.2.1943, unpg.; Georg Landauer, Rettung, MB v. 26.9.1944, S.1-2; Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 30.4.1943, S.4, Rubinstein, Geschichte, S.238-249.

<sup>856</sup> Siehe dazu: Esther Meir-Glitzstein, From Eastern Europe to the Middle East: The Reversal in Zionist Policy vis-à-vis the Jews of Islamic Countries, in: The Journal of Israeli History, Vol. 20, No. 1 (2001), S.24-66; Porat, Stars of David, S.245-250, 258-259; Shapira, Land, S.320-329 u. Kap. IV, V.

(gewaltlosen) Durchsetzung des *Biltmore-Programms* oder einer föderalen Lösung abfinden können.<sup>857</sup> Das gleiche galt für die *Alijah*-Strategien. Die AC proklamierte nach Bekanntwerden der Schoah allgemein die Öffnung der Tore *Erez Israels* für die Überlebenden. Landauer\* wollte aber gleichsam zum Prinzip der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit zurückkehren, das bis Mitte der 1930er Jahre maßgebend gewesen war. Die *Alijah* sollte sich also nach den Bedürfnissen des Landes und im Einklang mit dem britischen Mandatar vollziehen. Hiermit geriet er eigentlich offen in Konflikt mit seiner Forderung nach maximaler *Hazalah*, denn sie hätte eine Einwanderungsstrategie nach den Bedürfnissen der Diaspora und entgegen den Interessen Großbritanniens erfordert. Rosenblüth\* berücksichtigte die Situation der *Golah* in seinem *Alijah*-Konzept aber weit umfassender und sprach sich für eine freie Einwanderung ohne Restriktionen in den ersten Nachkriegsjahren aus.<sup>858</sup>

Die zuvor konstatierte *Galuth*-Nähe des deutschen Zionismus änderte somit keineswegs die grundsätzlichen politischen Konzeptionen der Protagonisten und die Reaktion der AC auf den Holocaust unterschied sich daher auch nicht grundlegend von der der zionistischen Führung. Überhaupt fanden wie im gesamten *Jischuw* auch im Kreis deutscher Zionisten nur wenige öffentliche Diskussionen über die Bedeutung der Schoah und die daraus resultierenden Folgen für den Zionismus statt. Von Einzelpersonen wie Lichtheim\* einmal abgesehen, der seine zionistische Weltsicht im Angesicht der Schoah grundsätzlich revidierte, verblieben wohl viele in ihren traditionellen Denkmustern.<sup>859</sup> Zwar fanden einige diesbezügliche Dispute durchaus statt. Das ideologische Rüstzeug des deutschen Zionismus, der Elemente der deutschen Geisteswelt von Fichte bis Hegel aufgesogen hatte, wurde nun infrage gestellt. Auch die Dichotomie von Assimilation und Zionismus, die in der Zeit vor der NS-Machtübernahme der zentrale Denk- und Propagandaansatz deutscher Zionisten war und hier insbesondere der zionistische Kampf gegen die so genannten „wurzellosen“ jüdischen Literaten und Kosmopoliten, fand nun seine Kritiker. Eine grundsätzliche Neubewertung zionistischer Perspektiven und ideologischer Positionen im Kontext der Vernichtung des europäischen Judentums blieb aber dennoch aus.<sup>860</sup>

---

<sup>857</sup> Siehe: ebd.; Gelber, *Neue Heimat*, S.563.

<sup>858</sup> Siehe dazu: Georg Landauer, *Zionistische Politik in dieser Zeit* [Hebr.], *Haarez* v. 29.9.1943, S.11-12; Landauer, *Rettung*, MB v. 26.9.1944, S.1-2; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 23.12.1942, in: ZZA, A155/34.

<sup>859</sup> Siehe dazu: Menahem Landau, *Bemerkungen zur zionistischen Politik*, MB v. 17.12.1943, S.3-4; Richard Lichtheim, *Prognosen*, MB v. 9.8.1946, S.3-4; Porat, *Stars of David*, S.252-254; Cohen, Lichtheim, *passim*.

<sup>860</sup> Siehe dazu: Menahem Landau, *Wir und die Deutschen*, MB v. 12.3.1943, S.5-6; ders., *Abbitte*, MB v. 29.1.1943, S.4; Gustav Krojanker, *Der Kern des Problems*, MB v. 26.3.1943, S.5-6; ders., *Die helle Welt*, MB v.

Einzig in der Frage der Negation der *Golah* war auch bei deutschen Zionisten eine gewisse Radikalisierung festzustellen, wobei die Meinungsbilder teils differierten. Der grundsätzliche Tenor war, dass der Antisemitismus auch nach der NS-Niederlage seine Wirkkraft nicht verlieren werde. Mehr noch, auch die demokratische Welt sei von der NS-Propaganda nicht unberührt geblieben und Schutzmechanismen wie die im Zuge der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920 installierten Minderheitenschutzverträge hätten sich als völlig unbrauchbar erwiesen. Die Gefahr, dass sich an einem anderen Ort der Welt die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegen Juden wiederholen könne, bedrohe daher permanent das jüdische Dasein in der Diaspora.<sup>861</sup> Zwar standen die deutschen Zionisten jüdischen Forderungen nach einer Wiedereingliederung der Reste der europäischen Juden in ihre Herkunftsländer nach dem Krieg bei gleichzeitiger Wiederherstellung ihrer Rechte und der Rückgabe ihres Besitzes – nicht nur aus zionistischer Perspektive – mehr als skeptisch gegenüber. An eine vollständige Evakuierung der *Golah*, wie es von Teilen der zionistischen Führung propagiert wurde, glaubten sie aber ebenso wenig. Mittels einer Kollektiventschädigung für das jüdische Volk sollte zumindest die größtmögliche Zahl an Überlebenden in *Erez Israel* eine neue Heimat finden und der Aufbau des Nationalheims vorangetrieben werden. Einzig für Deutschland und Österreich lehnten die AC, der *Irgun* und auch die beiden wichtigsten deutsch-jüdischen Organisationen in der *Golah* jüdisches Leben für die Zukunft grundsätzlich ab: „Kein Jude, der Deutschland verlassen hat, wohin immer er aus Zwang oder freien Willen gewandert sei, kann und darf an eine Rückkehr nach Deutschland denken [...] Würde und Selbsterhaltungstriebe gebieten den Bruch zwischen Juden und Deutschland als Wohnort als endgültig zu betrachten. Ähnlich ist die Lage für die Juden aus Österreich.“<sup>862</sup> Doch die zionistischen Erwartungen einer

---

12.2.1943, S.4-5; Heinrich Strauss, Abbitte?, MB v. 19.2.1943, S.4; Georg Landauer, Drei Generationen, MB v. 19.5.1944, S.1-2 und die beiden Diskurse im Nachgang der Artikel Uri Ori, Notizen zur Zeit, MB v. 7.5.1943, S.5 u. Schalom Ben-Corin, „Joseph der Ernährer“, MB v. 2.2.1945, S.6 in den darauf folgenden Nummern; zum Thema „wurzelloser“ jüdischer Literaten/Intellektuellen siehe beispielsweise: M.[oses] Calvary, Die erzieherische Aufgabe des deutschen Zionismus, Die Welt v. 6.1.1911, S.5-8; Moritz Goldstein, Deutsch-jüdischer Parnaß, in: Der Kunstwart XXV, H.11 (1912), S.281-294; R.[obert] W.[eltsch], Zur Klärung, MB v. 18.9.1942, S.3-4; Manfred Voigts, Die „Kunstwart-Debatte“ – Kontroversen um Assimilation und Kulturzionismus, in: Hans Otto Horch (Hg.), Handbuch der deutsch-jüdischen Literatur, Berlin 2016, S.122-134 u. Kap. III.

<sup>861</sup> Siehe dazu: Rosenblüths Eröffnungsrede, MB v. 29.6.1945, S.1-2; Mayer Ebner, Antisemitische Wunschträume, MB v. 26.3.1943, S.1; Gustav Krojanker, Furcht vor Antisemitismus, MB v. 24.4.1942, S.3; An der Schwelle des 5. Kriegsjahres, MB v. 3.9.1943, S.1, 4; Rumänische Judenfrage, MB v. 10.4.1942, S.1; Uri Ori, Glossen zur Zeit, MB v. 24.9.1943, S.4; ders., Glossen zur Zeit, MB v. 20.10.1943, S.3-4.

<sup>862</sup> Entwurf einer Entschließung des Merkaz des Irgun Olej Merkaz Europa zu den jüdischen Nachkriegsfragen, in: ZZA, A155/27; siehe weiterhin dazu: Nach der New Yorker Konferenz, MB v. 10.9.1943, S.1-2; Resolution des Merkaz d. „Irgun Olej Merkaz Europa“ zu den jüdischen Nachkriegsfragen, MB v. 10.11.1944, S.4; Siegfried Moses, Nachkriegsprobleme des Weltjudentums, MB v. 3.11.1944, S.1; Tagung des jüdischen Weltkongresses,



vollständigen Evakuierung der *Golah* erfüllten sich nicht. Der Exodus der europäischen Juden nach Palästina war nicht so umfassend, wie sich die zionistische Führung das vorgestellt hatte und die jüdischen Gemeinschaften der anglo-amerikanischen Welt trugen nicht zu einem signifikanten numerischen Zuwachs des jüdischen Gemeinwesens in *Erez Israel* bei. Auch erfüllte sich die Forderung deutscher Zionisten nicht, dass sich jüdisches Leben im Land der Täter nicht mehr etablieren werde.

---

MB v. 24.8.1945, S.1; Uri Ori, Glossen zur Zeit, MB v. 20.10.1943, S.3-4; Die Zukunft der Flüchtlinge, MB v. 2.6.1944, S.1; Nachkriegsfragen des Weltjudentums, MB v. 24.11.1944, S.4; ft., Die Repatriierung der Juden, MB v. 21.4.1944, S.2; F.[ritz] Tauber, Doppelte Loyalität?, MB v. 3.9.1943, S.10; Keine Rückkehr nach Deutschland, MB v. 9.2.1945, S.1; Materialien zur Landestagung der Alija Chadascha, MB v. 22.12.1944, S.5-6.

## Kapitel VII: Aufstieg und Niedergang der *Alija Chadascha* (1942-1948)

---

### Eine Partei wider Willen – das Konzept der Überparteilichkeit

Der letzte Landestag der *HOGOIA* fand vom 30. Oktober bis 1. November 1942 in der Mittelstandssiedlung Kfar Schmarjahu statt. Die teilnehmenden 124 Delegierten hatten sich neben grundsätzlichen politischen auch mit organisatorischen Fragen zu befassen. Die übergroße Mehrheit befürwortete den Vorschlag der *Snif* Tel Aviv, der die Umwandlung der *HOGOIA* in eine politische Einheitsorganisation anregte. Eine sich vor allem aus (linken) parteigebundenen Aktivisten zusammensetzende Minderheit forderte dagegen die Schaffung zweier Organisationen, sodass die politischen von den sozialen und kulturellen Aufgaben separiert wären.<sup>863</sup>

Schon Monate zuvor wurde offensichtlich, dass der Widerstand gegen die Begründung der *AC* vor allem von den *Mapai*-Aktivisten in der *HOGOIA* getragen wurde. Einige von ihnen und von den *Allgemeine Zionisten* zogen sich schon aus Führungspositionen der *Hitachduth* zurück.<sup>864</sup> Der Naphtali\*-Kreis rief zudem wiederum die *Mapai*-Führung an, um von ihr eine grundsätzliche Entscheidung zur einzuschlagenden politischen Linie gegenüber der *Hitachduth* zu erzwingen. Interessanterweise scheint die Mehrheit der *Mapai*-Elite dem Politisierungsprozess der *HOGOIA* eher positiv gegenüber gestanden zu haben. Auch hatte sie eigentlich ganz andere Sorgen, als sich mit den Befindlichkeiten ihrer kleinen Schar deutschsprachiger Funktionäre zu befassen. Ben-Gurion kämpfte um die Bestätigung des *Biltmore-Programms* seitens seiner Partei und der *Histadruth*. Noch bedeutsamer war der sich zuspitzende Kampf der Fraktionen innerhalb der *Mapai*, der sie und auch die *Histadruth* vor eine ernste Zerreisprobe stellte; dieser Konflikt führte letztlich im Jahre 1944 sogar zur endgültigen Spaltung der *Mapai*.<sup>865</sup> Aber Naphtali\* und seine Gefährten machten Druck. Sie wollten nicht nur das offensichtliche Loyalitätsproblem einer Doppelmitgliedschaft klären. Es ging ihnen auch um zwei grundsätzliche Problematiken: die Vernachlässigung der deutschsprachigen

---

<sup>863</sup> Siehe dazu: Generalversammlung der *HOGOIA* in Tel Aviv, BNN v. 26.10.1942, unpg.; Landestag der *HOGOIA* in Kfar Schmarjahu, BNN v. 1.11.1942, unpg.; Einstimmigkeit in Kfar Shmaryahu, MB v. 6.11.1942, S.1-2; Zusammenfassung der Beschlüsse der Moezah des *Snif* Tel Aviv und Anträge an die Generalversammlung v. 22.10.1942, in: ZZA, A155/9.

<sup>864</sup> Siehe dazu: F.[itz] Naphtali an [Felix] Rosenblüth v. 8.8.1942, abgedr. in: MB v. 28.8.1942, S.7; 6 Mitglieder des Vorstandes der Haifaer *HOGOIA*, BNN v. 3.10.1942, S.10; Benno Cohn, Notiz an die Herren F. Rosenblüth, Dr. Landauer, Dr. Kreuzberger v. 9.6.1942, in: ZZA, S7/2008; Riemer, Naphtali, S.290.

<sup>865</sup> Siehe dazu: ebd., S.289-296; Außen- und Innenpolitik um Ben Gurion, BNN v. 16.10.1942, S.10; Erich Winter, Die Krise in der Arbeiterpartei. Zur Vorgeschichte, MB v. 18.12.1942, S.4; ders., Die Krise in der Arbeiterpartei. Der Parteitag von Kfar Witkin, MB v. 25.12.1942, S.4; Sofer, Diplomacy, S.156-157.

*Alijah* durch die *Mapai* und *Histadruth* im Allgemeinen und ihre eigene Verbitterung über die erfahrene Geringschätzung und Zurückstellung im Speziellen. Außer ein paar „Renommier-Jecken“, wie Leni Westphal\* es nannte, waren im ganzen *Histadruth*-Apparat keine deutschen Aktivisten eingebunden; und das bei etwa 30.000 mitteleuropäischen Mitgliedern.<sup>866</sup> Naphtali\* sprach sich schon vor dem Landestag in Kfar Schmarjahu für den Austritt aller *Mapai*-Mitglieder aus der *HOGOIA* aus. Doch die übergroße Mehrheit der Schätzungen zufolge nur 150 bis 400 Parteimitglieder wäre ihm wohl nicht gefolgt. Auf dem Landestag selbst verfocht Naphtali\* dann wie Landauer\* den Gedanken der Doppelorganisation, sodass sein Kreis zumindest in der unpolitischen Organisation weiterhin Einfluss ausüben konnte.<sup>867</sup> Da die Politisierungsbefürworter keinesfalls auf die Aktivisten mit Parteibuch verzichten wollten, wurde hinter verschlossenen Türen ein Kompromiss ausgehandelt. Die damals fast 6.300 Mitglieder der *HOGOIA* wurden automatisch gleichzeitig Mitglieder des neu gegründeten *Irgun Olej Merkas Europa* und der *Alija Chadascha*. Ersterer war fortan ausschließlich für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Betreuung der mitteleuropäischen *Alijah* zuständig und Mitglieder konnten auf Antrag auch nur ihm angehören. Seine Spitzengremien mussten nur zu 75 Prozent mit Aktivisten der *Alija Chadascha* besetzt werden. Die Einheit blieb so gewahrt, aber zu welchem Preis. Von nun an mussten zwei separate Organisationen personell, organisatorisch und finanziell unterhalten werden. Wie Rosenblüth\* schon im Vorhinein prophezeite, war dies ein kaum zu bewerkstelliger Mehraufwand.<sup>868</sup> Er trat auch den Vorsitz der *AC* an, Landauer\* übernahm die Vizepräsidentschaft. Dem Kompromiss entsprechend gingen in die Leitung des *Irgun* neben Naphtali\* noch andere seines Kreises.<sup>869</sup> Wider Erwarten setzte in den ersten Monaten keine Austrittswelle ein. Nur etwa 100 Mitglieder traten aus der *Alija Chadascha* aus, dagegen standen circa 900 Neueintritte. Langfristig fielen die Austritte trotzdem ins Gewicht, da es sich vor allem um einflussreiche Aktivisten handelte. Auch in den folgenden Monaten änderte sich an diesem Bild wenig, obschon neben dem schon erwähnten Parteibeschluss der *Mapai* Ende Februar 1943,

---

<sup>866</sup> Siehe dazu: Riemer, Naphtali, S.286-296.

<sup>867</sup> Siehe dazu: ebd., S.291, 293, 298; Gegenstände der Erörterung in der Jerusalemer Sitzung der Hanhalah [d. *HOGOIA*] v. 15.8.1942, in: ZZA, A155/9; Landestag der *HOGOIA* in Kfar Schmarjahu, BNN v. 1.11.1942, unpg.; *Mapai* und *Alija Chadascha*, Informationsblatt der *Alija Chadascha* v. 4.4.1943, S.3.

<sup>868</sup> Siehe dazu: ebd.; Felix Rosenblüth, *HOGOIA* und Politik, MB v. 23.10.1942, S.1-2; Georg Landauer, Zur Landestagung der *HOGOIA*, MB v. 9.10.1942, S.2-4; Die Umwandlung der *HOGOIA*, MB v. 6.11.1942, S.1; Bericht der Hanhalah [d. *HOGOIA*] an den Landestag in Kfar Schmarjahu 30. Oktober – 1. November 1942. Berichtsperiode 1.1.1941-30.9.1942, in: ZZA, A155/9; Getter, Organisation, S.254-255.

<sup>869</sup> Siehe dazu: ebd., S.255; Der Verlauf der Tagung, MB v. 6.11.1942, S.2-5; Der Partei-Vorstand der „*Alijah Chadaschah*“, BNN v. 3.11.1942, unpg.; Aus dem Leben der Fünften *Alijah*, BNN v. 1.1.1943, S.7.

Doppelmitgliedschaften ihrer Mitglieder zu untersagen, auch der *Misrachi* und die *Allgemeinen* gleichlautende Anträge beschlossen.<sup>870</sup> Die Führung der AC bedauerte diese Beschlüsse. Gleichzeitig verwies sie auf den besonderen Charakter der Überparteilichkeit ihrer Organisation, der – aus ihrer Perspektive – eine Doppelmitgliedschaft legitimiere. Wie realitätsfern das Konstrukt einer überparteilichen politischen Organisation im *Jischuw* war, das der *Alija Chadascha* von ihren Gründern auferlegt wurde, mussten jene jedoch bald selbst erfahren. Dass Mitglieder der AC in den folgenden Jahren bei Wahlen auch andere Parteien wählten, war die eine Sache. Dass aber ihre eigenen Funktionsträger auf anderen Parteilisten als Kandidaten erschienen, konnte die Führung der *Alija Chadascha* dann trotz aller deklarierten Überparteilichkeit ebenso wenig tolerieren. Trotzdem hielt sie zumindest in der Öffentlichkeit aus gutem Grund in den ersten Jahren stoisch an diesem Konzept fest.<sup>871</sup>

Die große Mehrheit der Politisierungsbefürworter aus dem Führungskreis der HOGOIA sprach sich in Abgrenzung zu einer Partei im eigentlichen Sinne für die Begründung einer zionistisch-politischen Gruppe überparteilichen Charakters aus. Fürs Erste sollte ihr Notstandsprogramm als Grundlage des politischen Handelns gelten. Dadurch vermied sie die Aufstellung eines Parteiprogramms und umschiffte eine dezidierte Festlegung zu den brennendsten innen- und außenpolitischen Fragen des *Jischuw*.<sup>872</sup> Tatsächlich sprach einiges für diese Entscheidung. Das Konstrukt der überparteilichen Organisation hatte schon im Rahmen der ZVfD seine Anwendung gefunden. In ihrer damaligen Kaderschmiede, dem *Kartell Jüdischer Verbindungen*, hatte es einen noch wesentlich höheren Stellenwert. Das den Bundesbrüdern eigene Elitedenken und der unter ihnen herrschende Korpsgeist nivellierte in beträchtlichem Ausmaß die in der Verbindung stets vorhandenen ideologischen Konflikte.<sup>873</sup> Dass auch die

---

<sup>870</sup> Siehe dazu: Die Mitgliederbewegung in der „Alija Chadascha“, BNN v. 20.11.1942, S.10; Die Alija Chadascha erweitert sich, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 1.3.1943, S.4; Mapai und Alija Chadascha, Informationsblatt der Alija Chadascha v. 4.4.1943, S.3; Und nochmals „Haboker“, ebd., S.9-10; Gelber, Neue Heimat, S.562.

<sup>871</sup> Siehe dazu: Hanhala [-Sitzung d.] Alija Chadascha v. 4.3.1943, in: ZZA, J18/50; Hanhalah [-Sitzung d.] A.Ch. v. 29.3.1944, in: ebd.; Hanhala Sitzung [d. Alija Chadascha] v. 22.6.1944, in: ebd.; Hanhala [-Sitzung d.] A.Ch. v. 26.6.1944, in: ebd.; Hanhala-Sitzung [d.] A.Ch. v. 8.2.1945, in: ebd.; Sitzung [d.] Merkas [d.] A.Ch. v. 8.6.1944, in: ebd.

<sup>872</sup> Siehe dazu: Gegenstände der Erörterung in der Jerusalemer Sitzung der Hanhalah [d. HOGOIA] v. 15.8.1942, in: ZZA, A155/9; Zusammenfassung der Beschlüsse der Moezah des Snif Tel Aviv und Anträge an die Generalversammlung v. 22.10.1942, in: ebd.; Resolutionsvorschläge für die Landeskonzferenz der HOGOIA, [unvollständig, Ende Oktober 1942], in: ebd.; Georg Landauer, Zur Landestagung der HOGOIA, MB v. 9.10.1942, S.2-4.

<sup>873</sup> Siehe dazu: Kurt Blumenfeld, Der Geist des K.J.V., JW, Jg. 2, H 1 (April/Mai 1919), S.11-14; Konrad Jacoby, Zur Zukunft des K.J.V., JW, Jg. 1, H 1 (September 1933), S.7-10; Eloni, Zionismus in Deutschland, S.412-437; Eli Rothschild (Hg.), Meilensteine. Vom Wege des Kartells Jüdischer Verbindungen (K.J.V.) in der Zionistischen Bewegung. Eine Sammelschrift, Tel Aviv 1972.

*Hitachduth* auf das Konstrukt der überparteilichen politischen Organisation zurückgriff, war neben taktischen Erwägungen durchaus auch dieser besonderen Tradition im deutschen Zionismus geschuldet. Auch wenn das in *Erez Israel* weiter existente *Kartell* erheblich an Strahlkraft einbüßte, sah es sich immer noch als zionistische Speerspitze der deutschen *Alijah*. So stellte seine Altherrenschaft in den ersten Jahren auch die übergroße Mehrheit der Führung der *Hitachduth*. Vor allem sprach der bisherige Erfolg für das Konstrukt. Immerhin war die *HOGOA* mit ihren fast 6.300 Mitgliedern, was einen Familienkreis von circa 20.000 Personen entsprach, eine der größten Organisationen im Lande.<sup>874</sup>

Überparteilichkeit eröffnete auch ein Höchstmaß an Mobilisierungspotenzial. Arbeiter wie Unternehmer, Religiöse wie Atheisten, Anhänger aller ideologischen Strömungen bis hin zu Nichtzionisten – alle konnten zumindest theoretisch in der *Alija Chadascha* ihre Heimat finden. Und wie die Erfahrungen mit *Kidmah* und *Achduth Haam* lehrten, hatte eine allein auf die bürgerliche Mitte der deutschen *Alijah* abzielende Gruppe zu geringes Mobilisierungspotenzial. Einzig die Forderung, dass ihre Mitglieder der *WZO* anzugehören hätten, engte den Kreis etwas ein. Jedoch hatte jene – für einfache Mitglieder – vor allem deklaratorischen Charakter und war wohl insbesondere als Abgrenzungsinstrument gegenüber den *Revisionisten* gedacht. Wie die *Kehillah*-Wahlen in Haifa zeigten, konnte so eine Wählermobilisierung erzielt werden, die mit Ausnahme der *Mapai* alle anderen Parteien übertrumpfte.<sup>875</sup> Da aber weder soziale und religiöse, noch ideologische Faktoren konstituierend für die *AC* sein sollten, mussten weiche Faktoren die Basis gemeinsamen Handels begründen. Ein einigendes Band sahen die Aktivisten im kulturellen Erbe des mitteleuropäischen Judentums und dem gemeinsam erlebten und erlittenen Schicksal. Dies habe über alle Parteigrenzen hinweg zu einheitlichen Auffassungen und Einstellungen in zentralen Fragen des Lebens im *Jischuw* geführt. Außerdem hätten die spezifischen Erfahrungen der *Alijah* seit ihrer Ankunft in *Erez Israel* einen Gruppencharakter

---

<sup>874</sup> Siehe dazu: ebd., S.VI; David Schlossberg, Das K.J.V. und die *Alija Chadascha*, MB v. 15.1.1943, S.7; Präsidium des K.J.V. an die Mitglieder, März 1943 [Hebr./Dt.], in: ZZA, A155/25; Kurt Blumenfeld an Robert Weltsch v. 14.3.1935, in: ZZA, A222/98; Bericht der *Hanhalah* [d. *HOGOA*] an den Landestag in Kfar Schmarjahu 30. Oktober – 1. November 1942. Berichtsperiode 1.1.1941-30.9.1942, in: ZZA, A155/9; Felix Rosenblüth, *HOGOA* und Politik, MB v. 23.10.1942, S.1-2.

<sup>875</sup> Siehe dazu: Die Umwandlung der *HOGOA*, MB v. 6.11.1942, S.1; Georg Landauer, Zur Landestagung der *HOGOA*, MB v. 9.10.1942, S.2-4.

herausgebildet, der eine wirkliche Einheit unter den mitteleuropäischen *Olim* geschaffen habe.<sup>876</sup>

Letztgenanntes ließ sich unter dem Begriff der negativen Integration subsummieren. Die eigentlich überaus heterogene deutschsprachige *Alijah* entwickelte demnach erst durch das tatsächliche und/oder imaginierte Erfahren von Ablehnung, Ausgrenzung und Diskriminierung seitens des restlichen *Jischuw* ein kollektives Wir-Gefühl, das über kulturelle Gemeinsamkeiten wie die deutsche Sprache weit hinausging. Es fungierte als Schutz- und gleichzeitig als Abgrenzungswall zur Mehrheitsgemeinschaft und diente auch der Stabilisierung der eigenen Identität. Politisierungsbefürworter wie Gegner sahen in der politischen Integration der deutschen respektive deutschsprachigen *Alijah* in den Gesamt-*Jischuw* einen entscheidenden Schritt zum Abbau dieser Trennlinien und zu ihrer letztendlich umfassenden Akkulturation; einzig die diesbezüglichen Konzepte unterschieden sich.<sup>877</sup> Auch war die von den damaligen Protagonisten hervorgehobene Einheitlichkeit der Auffassungen in politischen Fragen nicht ganz von der Hand zu weisen. Dies traf weniger auf den Bereich der Außenpolitik zu, obschon sowohl allgemein die Ablehnung eines *Sacro Egoismo* und ein Credo von Politik als der Kunst des Möglichen konstatiert werden kann. Demgegenüber kritisierten Aktivisten der deutschen *Alijah* über alle Parteigrenzen hinweg nahezu einhellig die inneren Zustände im *Jischuw*. Auerbach\* fasste einmal jene unter dem Schlagwort: „anarchischer Individualismus“ zusammen.<sup>878</sup> Sie strebten dagegen nach nicht weniger als der (revolutionären) Transformation des *Jischuw* in eine moderne Gesellschaft westlicher Prägung, die nach dem Prinzip des Good Governance geleitet würde.<sup>879</sup>

---

<sup>876</sup> Siehe dazu: ebd.; Konferenz in bewegter Zeit, MB v. 30.10.1942, S.1-2; Gred Sallis-Freudenthal, Gedanken zu unseren 10 Jahren, MB v. 2.4.1943, S.4-5; Felix Rosenblüth, HOGOA und Politik, MB v. 23.10.1942, S.1-2.

<sup>877</sup> Siehe dazu: Leben in der Idee, MB v. 11.9.1942, S.1-2; Stimmen zur Landeskonferenz, MB v. 23.10.1942, S.3-4; Walter Turnowsky, Zukunftsziele und Gegenwartsaufgaben der Hitachduth Olei Germania W' Austria v. 29.10.1942, in: ZZA, A155/9; Abraham Landsberg, Wohin führt der Weg?, undatiert [Mitte Oktober 1942], in: ebd.; Gustav Krojanker, Die Beziehungen zwischen den deutschen Juden und dem Jischuw, unveröffentlicht 1944, in: LBI Jerusalem, JER 722, S.36.

<sup>878</sup> Siehe dazu: ebd.; Hans Kaufmann, Erziehung zur Selbstverwaltung, MB v. 5.9.1941, S.3-4; Georg Landauer, Dennoch Einheit im Jischuw, MB v. 23.5.1941, S.1; Menahem Landau, Der neue Weg, MB v. 4.12.1942, S.5; Gustav Krojanker, Die „Abseitsstehenden“, MB v. 2.5.1941, S.4; Hanhalah [-Sitzung d. AC] v. 29.4.1943, in: ZZA, J18/50.

<sup>879</sup> Siehe dazu: ebd.; Walter Turnowsky, Kampf gegen die Erstarrung, MB v. 25.12.1942, S.3-4; Präsidium des K.J.V. an die Mitglieder, März 1943 [Hebr./Dt.], in: ZZA, A155/25; L.[eonard] Peritz, Konkrete politische Aufgaben, MB v. 27.11.1942, S.4-5; Georg Landauer, Zum innenpolitischen Programm der Alija Chadascha, MB v. 20.8.1943, S.2-3; Kurt Steinberg, Alija Chadascha und öffentliche Meinung, MB v. 5.2.1943, S.6; Elias Auerbach, Die Haifaer Judengemeinde, MB v. 10.7.1942, S.4.

Die Protagonisten beriefen sich noch auf einen weiteren gemeinschaftsbildenden Faktor – die Tradition des mitteleuropäischen Zionismus im Allgemeinen und die der *ZVfD* im Besonderen, die zum Wohle der neu-alten Heimat weiter fortgeführt werden sollte. Aber hier offenbarte sich unter der Oberfläche schon mehr Differenz als Gemeinsamkeit. Simon\* sah im arabisch-jüdischen Verständigungsgedanken das Beste am geistigen Erbe des deutschen Zionismus, das allerdings den zionistischen Traum eines ethnisch homogenen Nationalstaates ausschloss. Landauer\* betonte – im kulturzionistischen Sinne – die moralisch-kulturelle und menschlich-erzieherische Ebene der deutsch-zionistischen Tradition. In bewusster Abgrenzung zu beiden Meinungen hob Rosenblüth\* dagegen die progressive Komponente im deutschen Zionismus und seine Festlegung auf die Verwirklichung des *Basler Programms* hervor. Palästina sollte laut ihm nicht weniger als die Heimat des jüdischen Volkes werden.<sup>880</sup>

Positiv ausgedrückt schufen die Aktivisten – ihrer Zeit voraus – mit der *Alija Chadascha* den Parteientypus der Catch-all Party, um die im Parteiensystem abgebildeten traditionellen Cleavages des *Jischuw* zu überwinden und eine möglichst breite Wählerbasis zu mobilisieren. Negativ ausgedrückt, wie es ein Kritiker der Politisierung aus den eigenen Reihen formulierte, „kittet man etwas zusammen, was es gar nicht gibt [...] `Eine unpolitische, aber wo es einem passt doch wieder politische Partei', [...] die auch sachlich gar kein Programm haben und gar keine Stellung nehmen kann, weil sie mit jeder Stellungnahme sich zu etwas entscheiden müsste, wozu sie sich ihrer widernatürlichen Natur nach nicht entscheiden kann, ohne sich aufzulösen oder sich von einem großen Teil der Mitglieder oder Zahler trennen zu müssen.“<sup>881</sup> Ins gleiche Horn stießen die hebräischen Presseorgane verschiedenster Couleur des *Jischuw*. Hauptkritikpunkte waren die landsmannschaftliche Verfasstheit der *Alija Chadascha* sowie das illusorische Unterfangen einer überparteilichen Ausrichtung.<sup>882</sup> Wie die ersten programmatischen Aussagen auf dem Landestag in Kfar Schmarjahu bewiesen, war die Kritik nicht

---

<sup>880</sup> Siehe dazu: ebd.; Ernst Simon, Für jüdisch-arabische Verständigung, MB v. 23.10.1942, S.4; Georg Landauer, Zur Landestagung der HOGOA, MB v. 9.10.1942, S.2-4; Resolutions-Entwurf [d. Snif] Tel Aviv, [unvollständig, Ende Oktober 1942], in: ZZA, A155/9; zum auf dem 1. Zionistenkongress beschlossenen Basler Programm siehe: Zionisten-Congress in Basel (29. 30. und 31. August 1897). Officelles Protocoll, Wien 1898, S.114, 119; Heiko Haumann (Hg.), Der Erste Zionistenkongress von 1897 – Ursachen, Bedeutung, Aktualität, Basel u.a. 1997.

<sup>881</sup> Arthur Stein, Mein Schlusswort, November 1942, in: ZZA, A155/9, S.4; zum Typus der catch-all party siehe: Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 6, Nr. 1 (März 1965), S.20-41, hier: 27-41; allg. zur Cleavage-Theorie und d. Konfliktlinien im Parteiensystem in Erez Israel: Franz Urban Pappi, Konfliktlinien, in: Dieter Nohlen/Florian Groetz (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, Bonn <sup>4</sup>2008, S.279-281; Wolffsohn, Politik in Israel, S.29-83.

<sup>882</sup> Siehe dazu: F.[itz] Bernstein, Organisatorisches Gären [Hebr.], Haboker v. 20.11.1942, S.2; ders., Die apolitische Partei [Hebr.], Haboker v. 10.3.1943, S.2; New Party, Palestine Post v. 5.11.1942, S.3; M.[oritz] Bileski, Parteiherrschaft über den Einzelnen [Hebr.], Haarez v. 29.11.1942, S.2.

unberechtigt, denn mehr als Gemeinplätze stellten sie nicht da: Der Kampf gegen den NS stand weiter auf der Prioritätenliste ganz oben; ebenso das Streben nach einer engen Kooperation mit England. Weiterhin forderte die AC die Aufhebung des MacDonald-Weißbuches und das Recht auf Einwanderung und Bodenerwerb als Grundvoraussetzung für den weiteren Aufbau des Nationalheimes. Von den jüdischen Instanzen verlangte sie, die ökonomischen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, sodass nach dem Krieg maximale Ansiedlungs- und Einwanderungsmöglichkeiten für die Überlebenden der Schoah existieren. Auch sollten sie nichts unversucht lassen, um mit der arabischen Seite zu einer Verständigung zu gelangen. Schließlich forderte die AC von den Alliierten unverzügliche Maßnahmen zur Errettung der europäischen Juden.<sup>883</sup> Auf realpolitischer Ebene rückte die AC Neuwahlen auf lokaler und nationaler Ebene ins Zentrum ihrer Politik.<sup>884</sup>

Bis ins Jahr 1944 ging die Strategie der Überparteilichkeit uneingeschränkt auf. Der Aufbau der *Alija Chadascha* zu einer Volksorganisation schritt voran; kaum ein halbes Jahr nach Begründung zählte sie bereits 8.600 zahlende Mitglieder. Auf organisatorischer Ebene arbeiteten die Aktivisten mit Hochdruck am Aufbau von Strukturen zur Erfassung und Integration unterschiedlicher Interessensgruppen: selbstständige städtische Mittelständler, landwirtschaftliche Siedler der Mittelstandssiedlungen, religiöse Kreise, Angestellte und Arbeiter. Weiterhin wurde die Organisierung von Frauen intensiviert und die Aufnahme von Mitgliedern anderer Landsmannschaften begann.<sup>885</sup> Das größte Projekt in dieser Hinsicht stellte die Organisierung der Arbeiterschaft im Rahmen der *Histadruth* dar, das ab 1943 besonders von Landauer\* vorangetrieben wurde. Damit betrat die AC genuines Terrain der Linksparteien, die die *Histadruth* beherrschten. Die übergroße Mehrheit der *Histadruth*-Mitglieder war damals aber ohne Parteibindung und etwa ein Drittel von ihnen stammte aus

---

<sup>883</sup> Siehe dazu: Politische Resolutionen, MB v. 20.11.1942, S.2; Politische Resolutionen des Merkas der ACh, MB v. 9.4.1943, S.1-2; Gred Sallis-Freudenthal, Ein Vorschlag, MB v. 4.6.1943, S.4; Der Verlauf der Tagung, MB v. 6.11.1943, S.2-4.

<sup>884</sup> Siehe dazu: Der Verlauf der Tagung, MB v. 6.11.1943, S.2-4; Wir fordern Wahlen!, MB v. 20.11.1942, S.3; Vor Wahlen zum Waad Hakehilla Jerusalem, ebd.; Wo bleiben die Neuwahlen?, MB v. 2.4.1943, S.5; Unsere Forderung: Wahlen!, MB v. 5.11.1943, S.1.

<sup>885</sup> Siehe dazu: Wirtschaftsamt Alija Chadascha Tel Aviv, MB v. 19.3.1943, S.3; Zu den Tel-Aviver Generalversammlungen, MB v. 2.4.1943, S.6; Gründung der Alija Chadascha in Naharia, MB v. 30.7.1943, S.7; Alija Chadascha 1942-1944, MB v. 29.12.1944, S.5-6; An die Frauen der Alija Chadascha, MB v. 14.7.1944, S.6; Handwerkerbund der Alija Chadascha, MB v. 23.6.1944, S.4; M.[ax] Kreutzberger an Hanhalah d. Alija Chadascha v. 23.7.1943 nebst Exposés v. Karl Igel und Schlomoh Krolik, in: ZZA, J18/21/9; M.[ax] Kreutzberger, Bericht (in Stichworten) über die Arbeit des Merkas in den letzten Monaten und Bemerkungen über die zukünftige Arbeit v. 27.7.1943, in: ebd.; Protokoll der Hanhalah-Sitzung der Alijah Chadaschah v. 26.11.1942, in: ebd.; Nächstes Arbeitsprogramm der Alija Chadascha Tel Aviv, undatiert [Oktober-November 1943; Hebr./Dt.], in: ZZA, A155/34; M.[ax] Kreutzberger, Zusammenfassung meines Referates v. 5.3.1942, in: ZZA, A155/9.



Mitteleuropa. Die Eroberung einer bedeutenden Position in der *Histadruth* hätte für die AC einen Einfluss- und Machtzuwachs bedeutet, der weit über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus zum Tragen gekommen wäre.<sup>886</sup> Ende Mai 1944 gab sie bekannt, mit einer eigenen Liste namens *Alija Chadascha Owedeth* bei den kommenden *Histadruth*-Wahlen anzutreten. Aus dem Stand erreichte sie bei den Anfang August 1944 angesetzten Wahlen zur Landestagung der *Histadruth* gut drei Prozent, was die Aktivisten öffentlich als Erfolg deklarierten. Insgeheim hatten die Aktivisten in Anbetracht des (landsmannschaftlichen) Wählerpotenzials aber mit mehr Stimmen gerechnet, auch wenn für die Wahlvorbereitungen nur einige Wochen zur Verfügung standen. Die Schaffung einer eigenen *Histadruth*-Gruppe hatte für die weitere Entwicklung der AC wesentliche Bedeutung. Landauer\*, der den Vorsitz der ACO übernahm, schuf sich mit ihr ein weiteres Machtinstrument, das fast gänzlich unter seiner Federführung stand. Zwar war die Mitgliedschaft in der ACO an die der AC gekoppelt und sie besaß (theoretisch) nur in Gewerkschaftsfragen volle Handlungsautonomie. Die ersten Wochen zeigten aber schon, dass Landauer\* grundsätzliche Fragen wie die zukünftige Gesellschaftsform und die staatliche Verfasstheit des *Jischuw* in programmatischer Weise im Rahmen der ACO thematisierte.<sup>887</sup>

Neben der Erfassung und Integration der verschiedenen Interessensgruppen in die AC suchte sie auf weiteren Wegen, Mitglieder zu werben und an sich zu binden. Wie schon dargelegt, verfolgte die *Hitachduth* in den 1930er Jahren die Strategie, unterschiedliche Hilfsangebote für die deutsche *Alijah* zu institutionalisieren und sie dann sukzessive für den gesamten *Jischuw* zu öffnen. Nun ging sie den entgegengesetzten Weg und griff ebenso das bei Parteien und Organisationen des *Jischuw* verbreitete Konzept des Klientelismus auf. Die kulturellen und Bildungsangebote der AC und des *Irgun* standen Mitgliedern verbilligt zur Verfügung; das Angebot an Vergünstigungen wurde noch erweitert: Preiswerte Ferien- und Erholungsheime, eine spezielle Volksversicherung, billiger Wohnraum – an allem sollten nun nur Mitglieder

---

<sup>886</sup> Siehe dazu: Georg Landauer, *Alija Chadascha, Arbeiterschaft und Jugend*, MB v. 29.10.1943, S.2-3; Kurt Löwenstein, *Warum und wozu Igud Hapekidim?*, MB v. 4.2.1944, S.9; *Alija Chadascha Owedeth*, MB v. 28.7.1944, S.4; *Nessiuth [-Sitzung d.] Alija Chadascha v. 18.3.1943*, in: ZZA, J18/50; *Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.5.1944*, in: ebd.

<sup>887</sup> Siehe dazu: ebd.; *Aus den Parteien des Jischuw*, MB v. 26.5.1944, S.3; *Alija Chadascha Owedeth*, MB v. 20.10.1944, S.7; „*Alija Chadascha Owedeth*“, MB v. 16.6.1944, S.4; *Alija Chadascha Owedeth*, MB v. 27.10.1944, S.6; *Das Ergebnis der Histadruthwahlen*, MB v. 29.9.1944, S.3.

partizipieren. Im Jahre 1944 verzeichnete die AC daher mit über 10.000 Mitgliedern, die in mittlerweile 40 *Snifim* organisiert waren, einen weiteren Wachstumsschub.<sup>888</sup>

Wie immer die Motive der einzelnen Mitglieder für den Parteieintritt auch waren, im Vergleich zum Gesamt-*Jischuw* hatte die deutsche *Alijah* wohl mit den höchsten Mobilisierungsgrad. Sofer charakterisiert zwar den *Jischuw* als politisch mobilisierte Gemeinschaft. Die nackten Zahlen untermauern die These allerdings nur bedingt. Die *Mapai* als die bei Weitem größte Partei hatte zu dieser Zeit nur etwa 16.000 bis zu 20.000 Mitglieder. Und auch die in der Historiographie oft herausgestrichene politische Bedeutung der Jugendbewegung des *Jischuw* lässt sich an ihrer numerischen Reichweite, sie umfasste wohl nur 15-20 Prozent, nach anderen Schätzungen bis zu ein Drittel der gesamten Jugend, auch nicht ohne Weiteres ablesen. Zum Vergleich, Mitte der 1930er Jahre waren – wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen – etwa 60 Prozent der jüdischen Jugendlichen in Deutschland organisatorisch in den verschiedenen Jugendbünden erfasst. Zwar bedeuteten die hohen Mitgliedzahlen der AC nicht gleichzeitig eine hohe Politisierung der deutschen *Alijah*. Aber sie verdeutlichten zumindest ihren Willen zur politischen Partizipation und Mitwirkung im Nationalheim und die AC bot dafür den damals einzig möglichen organisatorischen Rahmen.<sup>889</sup>

### **Die *Alija Chadascha* auf dem realpolitischen Parkett**

Die Durchführung von Neuwahlen hatte für die AC existenzielle Bedeutung, da sie nur auf diesem Wege politisch an Einfluss gewinnen konnte. Im *Jischuw* fanden Wahlen auf lokaler wie nationaler Ebene allerdings sehr unregelmäßig statt. Insbesondere (rechts-)bürgerliche Kreise sträubten sich, da sie durch Neuwahlen ihre alten Pfründen schwinden sahen. Beispielhaft sei hier die Posse um die Jerusalemer *Kehillah*-Wahlen erwähnt, die seit 1942 mehr als ein Dutzend Mal verschoben wurden. Ende Dezember 1944 fanden sie schließlich statt, nur um dann wegen umfangreichen Wahlbetruges wieder annulliert zu werden; in Tel

---

<sup>888</sup> Siehe dazu: Nächstes Arbeitsprogramm der *Alija Chadascha* Tel Aviv, undatiert [Oktober-November 1943, Hebr./Dt.], in: ZZA, A155/34; *Alija Chadascha* 1942-1944, MB v. 29.12.1944, S.5-6; *Unsere Ferien-Heime*, MB v. 9.4.1943, S.6; *Wohnungs- und Siedlungs-Aktion für Haifa und Umgebung*, MB v. 4.6.1943, S.7; *Die Volksversicherung*, MB v. 18.6.1943, S.3; *Justus Schloss, Wir beginnen mit vorstädtischer Siedlung*, MB v. 9.7.1943, S.6; *Aliya Hadasha, General Information*, undatiert [1947], in: ZZA, J18/1, S.1.

<sup>889</sup> Siehe dazu: *World Jewish Congress* (Hg.), *Der wirtschaftliche Vernichtungskampf gegen die Juden im Dritten Reich*, Paris u.a. 1937, S.27; Sofer, *Diplomacy*, S.13; Wolffsohn, *Politik in Israel*, S.365, 368-371; *Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch.* v. 17.5.1944, in: ZZA, J18/50; Georg Landauer, *Alija Chadascha, Arbeiterschaft und Jugend*, MB v. 29.10.1943, S.2-3; Tammy Razi, *Subversive Youth Cultures in Mandate Tel Aviv*, in: Maoz Azaryahu/S. Ilan Troen (Hg.), *Tel-Aviv, the First Century. Visions, Designs, Actualities*, Bloomington 2012, S.77-93, hier: 78-80; Gelber, *The Shaping of the "New Jew"*, S.456-457.

Aviv sah es nicht wesentlich anders aus und auch die Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* wurden mehrfach anberaumt und wieder vertagt. Diese letztmalig 1931 durchgeführten Wahlen wurden dann aber trotz Boykottaufrufen einiger Gruppen Anfang August 1944 abgehalten.<sup>890</sup> Das Wahlprogramm der AC las sich auch nach über anderthalbjährigem Bestehen wie ein ausgesprochener Kompromiss verschiedener politischer Anschauungen mit einem Übergewicht im sozialen und administrativen Bereich. Ansonsten ging er nicht über die erwähnten Beschlüsse von Kfar Schmarjahu hinaus. Die 1943 und 1944 im engen Führungskreis geführten Diskussionen um eine Konkretisierung der politischen Positionen zeigten, dass nicht nur in außenpolitischen Fragen, sondern sogar über den grundsätzlichen Charakter der Partei sehr unterschiedliche Auffassungen bestanden. Ein Kreis sah in der AC ein Sammelbecken fortschrittlicher bürgerlicher Kräfte, ein anderer in Abgrenzung zu der als restaurativ und zuweilen reaktionär empfundenen *Mapai* eher eine revolutionäre Gruppe. Wohl die Mehrheit wollte den Klassenantagonismus in einer gewaltlosen Revolution überwinden. Der Ideenwelt von William H. Beveridge und anderen „New Deal“ Anhängern folgend, charakterisierte Rosenblüth\* die *Alija Chadascha* auf ihrem Landestag in Ramoth Haschawim Ende Dezember 1944 so: „Wir sind eine politische Gruppe, die mit der in der Welt und Palästina herrschenden Gesellschaftsordnung nicht einverstanden ist [...] Wir streben die rasche und tiefgehende Änderung dieser Gesellschaftsordnung an.“<sup>891</sup>

Wie bei den Haifaer *Kehillah*-Wahlen wurde die *Alija Chadascha* bei den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* mit über 21.000 Wählerstimmen nach der *Mapai*, die weit mehr als 70.000 Stimmen erhielt, zweitstärkste Kraft. Dieses Mal herrschte aber Enttäuschung unter ihren Aktivisten vor. Die große Mehrheit hatte mit wesentlich mehr Stimmen gerechnet, Landauer\* als übergroßer Optimist sogar mit fast doppelt so vielen. Als größtes Manko im Wahlkampf sahen viele ihr – vor allem in außenpolitischen Fragen – unpräzises und unpopuläres Wahlprogramm. Damit konnte die AC nicht einmal innerhalb der deutschen *Alijah* umfassend

---

<sup>890</sup> Siehe dazu: Endlich Wahlen in Jerusalem, MB v. 15.12.1944, S.7; Wahlfälschungen in Jerusalem aufgedeckt, YH v. 29.12.1944, S.8; Großer Wahlschwindel in Jerusalem, MB v. 5.1.1945, S.7; Endlich Neuwahlen, MB v. 4.6.1943, S.1; H.G., Wahlsabotage, MB v. 30.6.1944, S.3; Inlandsnachrichten, MB v. 21.7.1944, S.2; Arthur Hantke an Henry Montor v. 8.8.1944, in: ZZA, A222/124.

<sup>891</sup> Der Verlauf der Tagung in Ramot Haschawim, MB v. 5.1.1945, S.3-5, hier: 4; siehe weiterhin dazu: Alija Chadascha vor den Wahlen zur Assefath Haniwcharim, MB v. 23.6.1944, S.1; Georg Landauer, Alija Chadascha, Arbeiterschaft und Jugend, MB v. 29.10.1943, S.2-3; Sitzung Hanhala [d.] A.Ch. v. 27.4.1944, in: ZZA, J18/50; Hanhalah [Sitzung d.] A.Ch. v. 29.3.1944, in: ebd.; Sitzung Hanhala [d.] A.Ch. v. 4.5.1944, in: ebd.; Sitzung Hanhala [d.] A.Ch. v. 5.6.1944, in: ebd.; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.5.1944, in: ebd.; Menahem Landau, Die Lehren der Wahl, MB v. 15.9.1944, S.5-6; zu Beveridges politischer Ideenwelt siehe: [William H. Beveridge], Full Employment in a free Society. A Report by William H. Beveridge, London 1944.

reüssieren; laut Gelber wählten etwa 80% der aus Deutschland stammenden Wähler die AC, aus dem restlichen *Jischuw* erhielt sie aber wohl weniger als 1.000 Stimmen. Ebenso fatal sah ihre Bilanz unter den jüngeren Jahrgängen aus. Auerbach\* forderte daher kurz nach den Wahlen einen klaren Kurswechsel: „Die Formulierung unseres politischen Programms lässt sich nicht mehr hinausschieben; sein Fehlen war unser schwerstes Handikap in den Wahlen. Die Illusion der `Überparteilichkeit´ ist erledigt: Wir müssen Stellung beziehen. Wir werden vielleicht ein paar Hundert abstoßen, aber Tausende gewinnen.“<sup>892</sup>

Die gehegte Hoffnung, die Position des Züngleins an der Waage in den folgenden Koalitionsverhandlungen zu erringen, erfüllte sich nicht. Der *Misrachi* und die *Mapai*, die seit Jahren in der *Sochnuth* und dem *Waad Leumi* das Zentrum jeder Koalition bildeten, hatten zusammen schon eine (hauchdünne) Mehrheit. Gerade auf dem außenpolitischen Terrain harmonierten beide hervorragend; im innenpolitischen Bereich, den der *Misrachi* im Geiste der Torah gestaltet haben wollte, dagegen eher weniger.<sup>893</sup> Daher herrschten in der Führung der AC von Anfang an starke Bedenken, in die Leitung des *Waad Leumi* einzutreten. Gerade ihre bürgerlichen Aktivisten bevorzugten eher die Rolle einer konstruktiven Opposition. Nach Monaten zäher Verhandlungen entschloss sich die AC schließlich, doch in der Leitung mitzuwirken. Wie beim Beitritt der AC in die *Hanhalah* der Haifaer *Kehillah* 1942 überzeugte die Aktivisten wohl, dass politischer Wandel nur durch eine aktive Politik in den verantwortlichen Gremien vorangetrieben werden konnte.<sup>894</sup> Die *Mapai* kam der AC auch in wichtigen Fragen entgegen. Vor allem zu ihrer zentralen Forderung nach der Errichtung eines speziellen Amtes zur Betreuung neuer Einwanderer signalisierte sie nun ihre Zustimmung. Im Plenum des *Waad Leumi* vertraten die *Alija Chadascha* Landauer\*, Kreutzberger\*, Foerder\*

---

<sup>892</sup> E.[lias] Auerbach an [Felix] Rosenblüth v. 16.8.1944, in: ZZA, A155/35; siehe weiterhin: Gelber, Neue Heimat, S.576; Alija Chadascha – die zweitstärkste Gruppe im Jischuw, MB v. 4.8.1944, S.1; Die endgültigen Wahlergebnisse, MB v. 18.8.1944, S.4; H.[einz] Gerling, Zusammenstellung des Ergebnisses der Wahlen zur Assefat Hanivcharim v. 15.8.1944 [Hebr./Dt.], in: ZZA, A155/35; Sitzung [d.] Merkas [d.] A.Ch. v. 8.6.1944, in: ZZA, J18/50; Merkas [Sitzung d.] A.Ch. v. 27.8.1944, in: ebd.; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.8.1944, in: ebd.

<sup>893</sup> Siehe dazu: ebd.; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 12.10.1944, in: ebd.; Koalitions-Verhandlungen, MB v. 8.9.1944, S.1; Die Zusammensetzung der Assefat Hanivcharim, YH v. 10.8.1944, unpg.

<sup>894</sup> Siehe: Merkas [-Sitzung d.] A.Ch. v. 27.8.1944, in: ZZA, J18/50; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 31.8.1944, in: ebd.; M.[ax] K.[reutzberger], Alija Chadascha in Haifa, MB v. 16.10.1942, S.8; Siegfried Moses, Überlegungen für den Fall der Beteiligung der Aliyah Chadaschah an der Arbeit der Hanhalah des Waad Leumi v. 4.9.1944, in: ZZA, A155/35; Entwurf einer von der Hanhalah [d. Alija Chadascha] eingesetzten Kommission v. 5.9.1944, in: ebd.

und der als Unabhängige auf der Liste der AC gewählte Elieser Rieger; in dessen elfköpfige Leitung trat Landauer\* ein und übernahm das neue Ressort für Einwandererfürsorge.<sup>895</sup> Kaum ein halbes Jahr nach den Wahlen zeigte sich aber deutlich, dass die allzu hochgesteckten Wahlkampfziele der AC unrealisierbar waren. Nicht eine der eingeforderten Reformen im Erziehungs-, Fonds- und Finanzwesen, in der Verwaltung und Wirtschaft sowie die nach der Demokratisierung und Neuordnung der zionistischen Instanzen wurden auf den Weg gebracht.<sup>896</sup> Abseits der langwierigen Auseinandersetzungen um die Zusammensetzung der Leitung und die Ressortverteilung hatte der *Waad Leumi* keinerlei konstruktive Initiative entfaltet. Stattdessen brach eine neue Krise aus. *Hapoel Hamisrachi* und *Misrachi* drohten mit Austritt aus der *Hanhalah*, falls sie nicht mehr Einfluss erhalten und die Schabbath-Frage in ihrem Sinne gelöst würden.<sup>897</sup> Aus Protest gegen die Untätigkeit des *Waad Leumi* und seiner Leitung boykottierte auch die AC ab Februar 1945 die Sitzungen und Mitte März erklärte sie ihren Austritt aus der *Hanhalah* des *Waad Leumi*.<sup>898</sup> Das Fass zum Überlaufen brachte dabei die Verschleppung der seit Jahren von der *HOGOA* beziehungsweise AC geforderten Begründung des neuen Ressorts für *Olim*-Fürsorge, das unter der gemeinsamen Ägide von der *Agency* und dem *Waad Leumi* stehen sollte. Die *Mapai* selbst hatte Ende 1944 ein solches Amt gefordert und sie stimmte im *Waad Leumi* auch für dessen Begründung. Gleichzeitig blockierte aber die von ihr dominierte *Sochnuth* das Projekt.<sup>899</sup> In der Verweigerungshaltung der *JA* sah Landauer\* die Abneigung gegen die deutsch-zionistischen Kreise wie die Begleichung alter Rechnungen am Werk. Sicherlich war er mittlerweile eine *Persona non grata* in *Mapai*-Kreisen und dass gerade er einem so bedeutenden Ressort vorstehen sollte, weckte Widerstände. Wohl hatten die *Mapai*-Spitzenfunktionäre aber auch gar kein so großes Interesse an der substanziellen Stärkung des obersten Selbstverwaltungsorgans des *Jischuw*. Dessen grundsätzliche Reformbedürftigkeit stand zwar auch für *Mapai*-Aktivisten außer Frage, aber

---

<sup>895</sup> Siehe dazu: Die Eröffnungssitzung der Assefat Haniwcharim, MB v. 15.9.1944, S.1-2; Ressortverteilung im *Waad Leumi*, MB v. 29.12.1944, S.2; Die *Hanhalah* des *Waad Leumi*, MB v. 17.11.1944, S.1; Sitzung [d.] *Hanhala* [d.] A.Ch. v. 21.12.1944, in: ebd.; *Merkas* [-Sitzung d.] A.Ch. v. 23.11.1944, in: ebd.; zur Person Rieger siehe: EJ, Vol. 17, S.293.

<sup>896</sup> Siehe dazu: Anträge an die Assefat Haniwcharim v. 5.9.1944, in: ZZA, A155/35; Alija Chadascha vor den Wahlen zur Assefat Haniwcharim, MB v. 23.6.1944, S.1; Am Tage danach, MB v. 4.8.1944, S.1.

<sup>897</sup> Siehe dazu: Palästina-Spiegel, YH v. 17.11.1944, S.5; Palästina-Spiegel, YH v. 19.1.1945, S.5; Die Situation im *Waad Leumi*, MB v. 11.5.1945, S.2; *Mapai* und *Hapoel Hamisrachi*, MB v. 6.7.1945, S.2; In der Opposition, MB v. 16.3.1945, S.1-2.

<sup>898</sup> Siehe dazu: ebd.; Die Lage im *Waad Leumi*, MB v. 23.2.1945, S.2; Die Krise im *Waad Leumi*, MB v. 28.3.1945, S.1-2; Protokoll der Sitzung des *Merkas* [d. Alija Chadascha] v. 22.3.1945 [Hebr.], in: ZZA, J19/74.

<sup>899</sup> Siehe dazu: Alija Chadascha und *Waad Leumi*, MB v. 8.6.1945, S.3; 971 neue *Olim*, YH v. 6.11.1944, unpg.; In der Opposition, MB v. 16.3.1945, S.1-2; Was zu tun ist, MB v. 18.2.1944, S.1.

mittels der Jerusalemer *Sochnuth* konnte sie ohne erhebliche Widerstände wesentlich besser durchregieren. Die Ausweitung der Kompetenzen des *Waad Leumi* wäre aber vor allem auf Kosten der *Sochnuth* gegangen. Jede diesbezügliche Initiative der AC verlief daher nicht zufälligerweise im Sande.<sup>900</sup> Die *Alija Chadascha* blieb in den folgenden Monaten bei ihrer Haltung. Erst im Juli 1946 nach der britischen Militäraction Agatha kehrte sie in die Leitung des *Waad Leumi* zurück.<sup>901</sup>

### **Opposition an allen Fronten**

Wie die Rolle der AC als Oppositionspartei ausgefüllt werden sollte, war von Anfang an in ihrem Partiestablishment hoch umstritten. Schon während der Verhandlungen um ihren Eintritt in die Leitung des *Waad Leumi* gab es warnende Stimmen, dass das Verharren in der Opposition zu ihrer Isolierung im Parteigefüge des *Jischuw* führen könnte. Rosenblüth\* plädierte für die Rolle der konstruktiven Opposition, die Kritik übe, aber zugleich auch nach Einflussmöglichkeiten auf das politische Tagesgeschehen suche. Er warnte vor der Gefahr, dass ein überscharfer Meinungskampf in Hass umschlagen und die Brücken zu den politischen Gegnern abbrechen könne. Auf dem Landestag der AC in Nahariah im Mai 1946 brachte er – in klarer Abgrenzung zum Landauer\*-Lager – seine Linie auf den Punkt: „Wir sind stark und wir haben Einfluss, wenn in unseren Handlungen und in unseren Worten, auch in den Worten der Kritik, die Liebe zum Volk und das Vertrauen zum Jischuw in Palästina zum Ausdruck“<sup>902</sup> kommen. Aber die grundsätzliche Entscheidung, ob die *Alija Chadascha* die Rolle der kooperativen oder kompetitiven Opposition einnimmt, war zum diesen Zeitpunkt noch nicht gefallen.

Das Lager um Landauer\* kämpfte für eine wesentlich kompromisslosere Oppositionslinie und es schien die Oberhand in der AC zu gewinnen.<sup>903</sup> Beispielhaft dafür war die Haltung ihrer

---

<sup>900</sup> Siehe dazu: Landesrats-Tagung der Mapai, JC v. 5.2.1946, S.1; Die Alija Chadascha in den Institutionen der Knesset Jisrael, MB v. 14.6.1946, S.6; Die Schluss-Sitzung, MB v. 29.6.1945, S.3; Hanhala-Sitzung [d.] A.Ch. v. 8.2.1945, in: ZZA, J18/50; Georg Lubinski, Wer soll den Jischuw führen?, (Vor den Wahlen zur Assifat Haniwcharim, 1944, in: ZZA, J18/124; In der Opposition, MB v. 16.3.1945, S.1-2.

<sup>901</sup> Siehe dazu: Die Alija Chadascha in der Exekutive des Waad Leumi, MB v. 12.7.1946, S.1-2; Alija Chadascha hinter Rosenblüth, JC v. 3.6.1946, unpg.; Debatte im Waad Leumi, JC v. 19.2.1946, S.4; Protokoll d. Sitzung d. Merkas der „Alija Chadascha“ v. 11.7.1946 [Hebr.], in: ZZA, J18/74; Aus dem Waad Leumi, MB v. 3.6.1946, S.2.

<sup>902</sup> Die Landeskonferenz der Alija Chadascha, MB v. 14.6.1946, S.1-7, hier: 3; siehe weiterhin: Der Verlauf der Tagung in Ramot Haschawim, MB v. 5.1.1945, S.3-5; Hanhala-Sitzung [d.] A.Ch. v. 8.2.1945, in: ZZA, J18/50; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 9.11.1944, in: ebd.

<sup>903</sup> Siehe dazu: Ernst Nussbaum, Bemerkungen, MB v. 31.5.1946, S.5; Referat Dr. Kreuzberger v. 10.1.1946, in: ZZA, J18/23; Protokoll der Sitzung der Presse-Kommission [d. Alija Chadascha] v. 4.4.1946, in: ZZA, A158/76.

Führung zum Auftreten vor der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission. Das Aktions-Komitee hatte beschlossen, dass nur die *Sochnuth* mit ihrem *Biltmore-Programm* vor der Kommission Anfang März 1946 auftreten sollte. Sowohl der oppositionelle *Haschomer Hazair* wie die AC sahen darin eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit.<sup>904</sup> In den internen Beratungen der *Hanhalah* der AC konnte Landauer\* gegen den ausdrücklichen Wunsch des nicht anwesenden Rosenblüth\* eine Mehrheit davon überzeugen, das Erscheinen vor der Kommission trotz des faktischen Verbotes ins Auge zu fassen. Aus taktischen Gründen wollte sich Landauer\* aber nur über das Verbot hinwegsetzen, wenn auch der *Haschomer* dies tat. Während der entscheidenden *Merkas*-Sitzung der AC am 7. März wurde dann bekannt, dass der *Haschomer* sein Erscheinen nicht erzwingen werde und so nahm auch der *Merkas* davon Abstand. Es war sicherlich nicht erstaunlich, dass Simon\*, der immer gegen den zionistischen Mainstream schwamm, sich bei der Sitzung für einen Disziplinbruch aussprach. Dass aber die Mehrheit der *Hanhalah* dies auch bejahte und damit eine vollständige Isolierung der AC im *Jischuw* oder gar deren Ausschluss aus der WZO riskierte, erstaunt dann doch. Zumindest für das Lager um Landauer\* hatte das gerade von deutschen Zionisten geheiligte Prinzip des *Mischtar Zioni* offensichtlich (doch) keine so zwingende Verbindlichkeit, wie Gerda Luft\* laut Kaufmann\* bestätigte: „Die Treue zur Idee geht der Disziplin vor“<sup>905</sup> – so die Aktivistin lapidar. Sich der politischen Linie der zionistischen Führung fügen, Disziplin halten, war für Landauer\* gleichbedeutend mit der schweigenden Zustimmung zu einer fatalen Politik. Die Rolle der Opposition sah er aber im kompromisslosen Kampf dagegen: „Die Opposition darf keine Kompromisse mit den herrschenden Programmen oder Methoden oder Parteien suchen. Wo in der Welt totalitäre Tendenzen eindringen, kann gegen den Radikalismus der totalitären Offensive nur der Radikalismus der oppositionellen Gegenoffensive erfolgreich sein.“<sup>906</sup> Sein Kreis sah den *Jischuw* und die zionistische Bewegung auf bestem Weg zu einem totalitaristischen Zionismus, einer kaum verschleierte Diktatur. Die Mittel im politischen Kampf – Gewalt und Terror – waren dabei ebenso totalitär wie das eigentliche Ziel der jüdischen Majorität und Herrschaft, denn es konnte nur auf dem Schlachtfeld verwirklicht

---

<sup>904</sup> Siehe dazu: M.[ax] K.[reutzberger], Unterdrückung der Opposition, MB v. 8.3.1946, S.1; Beratungen des Merkas der „Alija Chadascha“, MB v. 15.3.1946, S.1; Presseschau, MB v. 15.3.1946, S.8 u. zur anglo-amerikanischen Untersuchungskommission Kap. IV.

<sup>905</sup> [Hans Kaufmann] an Siegfried Moses v. 4.3.1946, in: ZZA, A155/34; siehe weiterhin: S.[iegfried] Moses an Hans Kaufmann v. 3.3.1946, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 7.3.1946, in: ZZA, J18/74; S.[iegfried] Moses an Felix Rosenblüth v. 18.3.1946, in: ZZA, A339/13.

<sup>906</sup> Georg Landauer, Die Aufgaben der zionistischen Opposition, MB v. 25.10.1946, S.3-4, hier: 4.

werden.<sup>907</sup> Als Träger der totalitären Gedankenwelt wurden nicht nur die Rechtskreise und die beiden jüdischen Terrorgruppen, sondern auch die *Mapai* ausgemacht. Sie hintertreibe die demokratischen Strukturen des *Jischuw*, mache jede Opposition mundtot und sei der Träger der aktivistischen Theorie und Tat – so die Analyse. Für den Kampf gegen diese Politik war das Landauer\*-Lager sogar bereit, sich vom restlichen *Jischuw* zu isolieren und – wie Irving Epstein es nannte, „bisweilen das Odium der Volksfremdheit [...] auf sich zu nehmen.“<sup>908</sup>

Sicher war diese Analyse der Protagonisten nicht aus der Luft gegriffen. Der Großteil der jüdischen Bevölkerung in *Erez Israel* kam ursprünglich aus autoritären Ländern, die keine demokratische Tradition aufwiesen. Auch die ideologischen Versatzstücke der zionistischen Ideologie(n), das galt für Links und Rechts gleichermaßen, rekurrten nicht ausgesprochen auf einen demokratischen und liberalen Wertekanon; die *Mapai* selbst war auch kein Hort der uneingeschränkten demokratischen Partizipation und die innerparteiliche Opposition wurde nicht mit Samthandschuhen angefasst. Dass Ben-Gurion und seine Getreuen einen arabisch-jüdischen Krieg für unausweichlich hielten, wenn sie nicht auf die Verwirklichung ihrer zionistischen Ambitionen verzichten wollten, war im *Jischuw* wohl auch Allgemeingut. Kurzum, der *Jischuw* hatte eine durchaus ambivalente Einstellung zur Demokratie, wie Sofer diagnostiziert.<sup>909</sup>

Die Forderung nach Demokratisierung und Meinungsfreiheit, die sich die AC auf die Fahnen geschrieben hatte, fiel ihr aber selbst auf die Füße. Die sich nach den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* konstituierende Oppositionsgruppe in der AC warf ihrer eigenen Führung nämlich das Missachten elementarer demokratischer Spielregeln, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und jeglicher oppositioneller Handlungen im innerparteilichen Miteinander vor. Außenpolitisch befürwortete die sich vor allem aus bürgerlichen Aktivisten zusammensetzende Gruppe das *Biltmore-Programm*, innenpolitisch trug sie dagegen das Programm der AC uneingeschränkt mit. Sie forderte allerdings gemäß dem Gründungskonsens der Partei die

---

<sup>907</sup> Siehe dazu: ebd., S.3-4; ders., Zu neuem Ringen, MB v. 25.9.1946, S.1-2; Beda Brüll, Demokratie von Morgen, MB v. 13.7.1945, S.3; C.[eskel] Z.[wi] Klötzel, „Unabhängigkeit“ der Alija Chadascha, MB v. 13.9.1946, S.8; R.[obert] W.[eltsch], Politische und praktische Aufgaben, MB v. 15.12.1944, S.2-3; Vortrag [v.] Dr. G. Landauer vor [d.] A.Ch. Owedeth am 30. März 1948, in: ZZA, J18/40; L. Materal [?], „Gibt es bei uns Demokratie?“ v. 1.9.1946, in: ZZA, J18/59; Irvin Epstein, Mut zur Unpopularität, MB v. 5.7.1946, S.7.

<sup>908</sup> ebd.; siehe weiterhin dazu: Notizen der Woche, MB v. 4.1.1946, S.2; Die Jischuw-Delegation nach Amerika, MB v. 13.10.1944, S.1-2; L.L., Nach der 6. Konferenz der Histadruth, MB v. 16.2.1945, S.3-4; Die Diktatur der Mapai, MB v. 18.1.1946, S.4; Georg Landauer, Die Aufgaben der zionistischen Opposition, MB v. 25.10.1946, S.3-4.

<sup>909</sup> Siehe dazu: Sofer, Diplomacy, S.18-21, 72-73, 80; Riemer, Naphtali, S.240-248; Segev, Ben Gurion, S.378-380, 412-213.



erneute Fokussierung auf diesen Schwerpunkt. Eigentlich greift die Beschreibung der Gruppe als Opposition zu kurz, da sie sich selbst zwar als oppositionell, aber auch als Sperrspitze der Richtung Rosenblüth\* verstand.<sup>910</sup> Sie kämpfte ausschließlich gegen die Landauer\*-Gruppe, gegen deren Vorherrschaft über die Parteimaschinerie und Presse und politisch-ideologische Ausrichtung. Ihre wesentlichen Forderungen waren die Öffnung der eigenen Parteipresse für Minderheitenmeinungen und ihre demokratische Kontrolle, außerdem faire Partizipationsmöglichkeiten der Opposition in den leitenden Parteigremien. In politischen Fragen verlangte sie vor allem eine Neubewertung des britisch-zionistischen Verhältnisses und einen solidarischen Umgang mit dem restlichen *Jischuw*, oder wie es einer ihrer Protagonisten salopp umschrieb: „Wir werden bei den Massen der A.Ch. nur dann Anklang finden, wenn wir die Gruppe L[andauer]-K[eutzberger]-W[eltsch] an ihrer verwundbarsten Stelle angreifen: a) die Unterdrückung einer abweichenden Meinung b) die Regierungskriecherei c) die Jischuwfremde Einstellung.“<sup>911</sup>

Die Vorwürfe gegen Landauer\* und seinen Kreis waren nicht unbegründet. Hätte Rosenblüth\* sich nicht schützend vor die Opposition gestellt, wären ihre führenden Köpfe auf Betreiben Landauers\* schon im Herbst 1944 aus den Gremien der AC ausgeschlossen worden.<sup>912</sup> Im März 1946 setzte Landauer\* dann in Abwesenheit von Rosenblüth\* in der *Hanhalah* ein auf die Opposition gemünztes Verbot der Bildung von Fraktionen in der AC durch. Wenige Wochen später erklärte die *Hanhalah* die (außen-)politische Linie der Parteiführung für jedes Parteimitglied für bindend und untersagte damit – indirekt – die Propagierung anderer Lösungsoptionen wie beispielsweise Partition. Die Parallelen zur *Mapai* in ihrem Umgang mit der innerparteilichen Opposition respektive mit den anderen (Oppositions-)Parteien in der *Histadruth* waren wohl nicht nur für die Oppositionellen in der AC frappierend.<sup>913</sup> Auch in

---

<sup>910</sup> Siehe dazu: Kap. IV; Programm der Opposition v. 31.3.1946, in: ZZA, A155/34; Leo David, Hans Kaufmann, Abraham Landsberg, Kurt Tuchler, Wladimir Zeltner, Die andere Seite. (Ergänzungen zum „Mitteilungsblatt“ der „Alija Chadascha“) v. 11.4.1946, in: ZZA, A158/21; Hans Kaufmann, Die Opposition in der Alija Chadascha, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/34; N.H. Bein, Rückblick eines Oppositionellen, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/35.

<sup>911</sup> Siehe dazu: ebd.; Leo David an [Hans] Kaufmann v. 30.3.1946, in: ebd.; Programm der Opposition v. 31.3.1946, in: ZZA, A155/34; [Hans Kaufmann] an [Ludwig] Pinner v. 10.3.1946, in: ebd.; An die Hanhalah der Alija Chadascha“, undatiert [Mitte März 1946], in ZZA, J18/59; Johanan [Hans] Kaufmann, L.[eo] David, K.[urt] Tuchler, A.[braham] Landsberg, W.[ladimir] Zeltner, Vorschläge für die zweite Session der Landeskonzferenz der „Alija Chadascha“ vom 31. Mai bis 2. Juni 1946 in Nahariah [Hebr.], undatiert [Mai 1946], in ZZA, A158/57.

<sup>912</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an F.[elix] Rosenblüth v. 29.9.1944, in: ZZA, A339/70; Felix Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 30.9.1944, in: ZZA, J18/18/1.

<sup>913</sup> Siehe dazu: L.[eo] David an [Hans] Kaufmann, undatiert [Ende-März-April 1946], in: ZZA, A155/35; Leo David, Hans Kaufmann, Abraham Landsberg, Kurt Tuchler, Wladimir Zeltner, Die andere Seite. (Ergänzungen zum

anderer Hinsicht legte die AC nicht unbedingt höchste demokratische Kriterien an die innerparteilichen Spielregeln an. Die Opposition forderte ab Ende 1944 regelmäßig die Befragung der Parteibasis zur Festlegung der grundsätzlichen außenpolitischen Linie. Letztmalig wählten die Parteimitglieder die Kandidaten für den Landestag in Ramoth Haschawim Ende Dezember 1944, allerdings nicht unter der expliziten Fragestellung der außenpolitischen Orientierung. In den folgenden Jahren vermied die Führung der AC die Befragung der Basis. Sogar auf ihrer letzten Landestagung im September 1948, auf der die Auflösung der Partei beschlossen wurde, fand keine (nachträgliche) Meinungsklä rung statt, da die sich nun aus dem Kreis um Landauer\* bildende Opposition nicht mehr an ihr teilnahm.<sup>914</sup> Der Hauptangriff der Opposition richtete sich aber gegen das *Mitteilungsblatt*. Auf formaler Ebene kritisierte sie die eklatante Verletzung der innerparteilichen Meinungsfreiheit; de facto beherrsche das Landauer\*-Lager mit dem Mittel der Zensur die eigene Parteipresse – so der Tenor. Nun konnte die Opposition auf den Landestagen der AC offen ihre Anliegen propagieren und auch im MB fanden zuweilen ihre Meinungsbekundungen ihren Platz. Ungeachtet dessen versuchte die Redaktion nicht selten mit Erfolg, ihr unliebsame Meinungsäußerungen auf die ein oder andere Art aus dem MB zu verbannen. Sogar die explizierte Protektion des Parteivorsitzenden war kein Garant, in den Spalten des Blattes einen Artikel zu platzieren.<sup>915</sup> Auf inhaltlicher Ebene kritisierte die Opposition die Redaktion insbesondere für die bedingungslose pro-britische Linie bei gleichzeitig überkritischer Haltung gegenüber den zionistischen Instanzen. Diese „pro-British bias“, wie ein Oppositioneller es nannte, erwecke fast den Eindruck, „als stünde die Aliya Chadascha mehr auf Seiten Englands als auf der des Yishuv.“<sup>916</sup> Im Laufe des Jahres 1946 erlahmte der oppositionelle Widerstand zunehmend, da die AC (scheinbar) unvermindert an ihrer außenpolitischen Linie festhielt, die

---

„Mitteilungsblatt“ der „Alija Chadascha“) v. 11.4.1946, in: ZZA, A158/21; unsigned, An die Hanhala der Alija Chadascha v. 2.5.1946, in: ZZA, A155/34; Kurt Blumenfeld an Felix Rosenblüth v. 13.1.1948, in: ZZA, A339/72.

<sup>914</sup> Siehe dazu: G.[eorg] L.[andauer], Irrwege der Alija Chadascha, MB v. 3.8.1948, S.3; Zur Diskussion „Nach den Wahlen“, in: ZZA, A155/34; Abraham Landsberg, Der Weg der Alija Chadascha, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/35; [Hans Kaufmann], Entwurf eines Briefes von mir zur Begründung des Austrittes aus der Alija Chadascha, Oktober 1946, in: ZZA, A155/34; Siegfried Moses, Vor der Landestagung, MB v. 10.9.1948, S.1.

<sup>915</sup> Siehe dazu: [Sitzung d.] Präsidiums [d.] Alija Chadascha v. 8.4.1943, in: ZZA, J18/50; K.[urt] J. Ball an Max Kreuzberger v. 13.9.1946, in: ZZA, J18/18/2; Protokoll der Sitzung der Presse-Kommission [d. Alija Chadascha] v. 4.4.1946, in: ZZA, A158/76; Georg Landauer an Chanan Herzberg v. 1.4.1946, in: ZZA, J18/59; Georg Landauer an M.[enahem] Landau v. 7.10.1946, in: ebd; Leo David, Hans Kaufmann, Abraham Landsberg, Kurt Tuchler, Wladimir Zeltner, Die andere Seite. (Ergänzungen zum „Mitteilungsblatt“ der „Alija Chadascha“) v. 11.4.1946, in: ZZA, A158/21; N.H. Bein, Rückblick eines Oppositionellen, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/35; Diskussion, MB v. 14.6.1946, S.3-4.

<sup>916</sup> N.H. Bein, Rückblick eines Oppositionellen, undatiert [Juni 1946], in: ZZA, A155/35, S.1-4, hier: 1, 2.

in den Augen der Opposition die *Alija Chadascha* von einer zionistischen Massenpartei zu einer vollständig isolierten Sekte führe.<sup>917</sup>

Den Schein der inneren Geschlossenheit konnte die AC aber nur noch nach außen wahren. Weit über die Kreise der Opposition hinaus setzte sich im Jahre 1946 die Erkenntnis durch, dass GB den Zionismus fallen lassen werde und die präferierte britisch-zionistische Kooperationsstrategie zum Scheitern verurteilt sei. Von nun an befand sich die AC bis zu ihrer Auflösung in einer permanenten Krise. Rosenblüth\*, der in seiner gesamten Amtszeit den innerparteilichen Kompromiss zur Direktive erhob, gestand aus der Retrospektive offen ein, dass er und andere „im Namen der Einheit der Partei seit langem die schwersten intellektuellen Opfer auf sich nahmen.“<sup>918</sup> Aber seine Kompromissbereitschaft endete mit dem britischen Beschluss zur Übergabe der Entscheidung der Palästina-Frage an die Vereinten Nationen im Februar 1947. Vor die Wahl gestellt, sich zwischen der Einheit der Partei und der Verwirklichung seiner zionistischen Aspirationen zu entscheiden, wählte er letzteres. Die Mehrheit der Parteiführung folgte ihm mit dem Beschluss des Landesvorstandes zur Partition am 12. Juni 1947. Mit dieser fundamentalen Wende endete faktisch die Oppositionsrolle der *Alija Chadascha* im Parteiengefüge des *Jischuw*. Die Hoffnung, dass die unterlegende Minderheit um Landauer\* sich über kurz oder lang mit den neuen Gegebenheiten arrangiere, erfüllte sich allerdings nicht.<sup>919</sup>

### **Die *Alija Chadascha* und der (Bürger-)Krieg**

Der UN-Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 stellte den *Jischuw* vor existenzielle Herausforderungen. Die Begründung des Staates musste in kürzester Zeit vorbereitet und eine militärische Antwort auf den aufziehenden (Bürger-)Krieg gefunden werden. Wie alle Parteien suchte auch die AC nun ihre Rolle im entstehenden Staat zu bestimmen. Darüber hinaus stand sie vor der besonderen Herausforderung, ihre bisherige, auf einen Ausgleich mit der arabischen und vor allem britischen Seite ausgelegte politische Grundausrichtung im

---

<sup>917</sup> Siehe dazu: Abraham Landsberg an [Felix] Rosenblüth v. 7.11.1946, in: ZZA, J18/82; [Hans Kaufmann], Entwurf eines Briefes von mir zur Begründung des Austrittes aus der *Alija Chadascha*, Oktober 1946, in: ZZA, A155/34; K.[urt] Samolewitz an [Hans Kaufmann] v. 7.1.1947, in: ZZA, A155/35.

<sup>918</sup> Referat F. Rosenblüth, MB v. 24.9.1948, unpg.; siehe weiterhin: F.[elix] Rosenblüth, Zur Eröffnung der dritten Landestagung!, ebd.; Richard Lichtheim, Vier Fragen, MB v. 10.9.1948, S.3-4; L.[udwig] Pinner, Polemik und Wirklichkeit, MB v. 27.8.1948, S.4.

<sup>919</sup> Siehe dazu: ebd.; Referat F. Rosenblüth, MB v. 24.9.1948, unpg.; F.[elix] Rosenblüth an Elias Auerbach v. 20.6.1947, in: ZZA, J18/82 u. Kap. IV.

Angesicht des Krieges neu zu justieren. Die überaus konträren Antworten auf diese Fragen führten allen Beteiligten unzweideutig vor Augen, dass tatsächlich zwei weitgehend politisch und ideologisch getrennte innerparteilichen Lager existierten und eine Kompromissuche zwischen ihnen nahezu ausgeschlossen war. Nun brach der Kampf um die Seelen der Parteimitglieder und die Vorherrschaft in den Parteigremien und im *Mitteilungsblatt* mit aller Vehemenz aus. Für das einfache Parteimitglied wurde die Lektüre des Parteiorgans nun zum Verwirrspiel.

Die Aktivisten um Rosenblüth\* forderten die Durchsetzung des – als gerechten Kompromiss angesehenen – Teilungsbeschlusses gegen allen Widerstand der Araber. Ein opferreicher Waffengang war für sie unausweichlich geworden, da die arabische Seite auch gegen jede andere Lösung Widerstand geleistet hätte, die ihrer zionistischen Minimalforderung nach freier Einwanderung Rechnung trug.<sup>920</sup> Und sie verbreiteten Zuversicht, dass der *Jischuw*, auch wenn er auf sich allein gestellt bleibe, in diesem Ringen die Oberhand gewinnen und die arabische Seite sich mit der Partition abfinden werde. Die deutschsprachige *Alijah* in die Schicksalsgemeinschaft des *Jischuw* einreihen, sie auf den Kampf mental vorzubereiten, das waren nun die zentralen Anliegen des Rosenblüth\*-Lagers in dieser Stunde.<sup>921</sup>

Ganz im Gegensatz dazu beharrte die Landauer\*-Gruppe weiterhin auf der Möglichkeit, auf dem Verhandlungsweg den Frieden sichern zu können. Einige Aktivisten plädierten für einen arabisch-jüdischen Ausgleich, andere für ein Übereinkommen mit den Westmächten auf Basis des *US-Trusteeship* Vorschlages. Für die Sicherung des Friedens waren sie sogar bereit, den *UN-Teilungsbeschluss*, also den Judenstaat zu opfern. In ihren Augen war der Beschluss alles andere als ein Kompromiss, da sich die arabische Seite damit niemals abfinden und so ein permanenter Kriegszustand heraufbeschworen werde.<sup>922</sup> Dabei stand ihr erstaunlicher

---

<sup>920</sup> Siehe dazu: Zu den Gewaltakten der letzten Tage, MB v. 5.12.1947, S.1; F.[elix] Rosenblüth an [Salli] Hirsch v. 27.2.1948, in: ZZA, A158/21; S.[alli] H.[irsch], Kommentar der Woche, MB v. 27.2.1948, S.1-2; Felix Rosenblüth, Die große Chance, MB v. 19.12.1947, S.1-2.

<sup>921</sup> Siehe dazu: ebd.; Salli Hirsch, Nach der A.C-Sitzung, MB v. 16.4.1948, S.1-2; Neue Aufgaben für die Alija Chadascha, MB v. 19.3.1948, S.4; Nach der Wendung Amerikas, MB v. 26.3.1948, S.1; Salli Hirsch an F.[ritz] Millner v. 9.3.1948, in: ZZA, A158/21; Richard Lichtheim, Gefährliche Fahrt, MB v. 20.2.1948, S.1-2; Felix Rosenblüth, Revision in Lake Success, MB v. 19.3.1948, S.1-2; [Felix Rosenblüth] an Kurt [Blumenfeld] v. 5.1.1948, in: ZZA, A339/72.

<sup>922</sup> Siehe dazu: Leo Schwarzwälder, „Der nächste Schritt“, MB v. 2.1.1948, S.6; K.[urt] L.[öwenstein], Krieg und Frieden, MB v. 6.2.1948, S.1; Georg Landauer, Judenstaat – Jüdisch-Arab. Verständigung – Vereinte Nationen, MB v. 16.4.1948, S.3; Georg Landauer an F.[ritz] Millner v. 4.4.1948, in: ZZA, J18/40; E. J. Jaruslawsky, Einsicht oder Illusion? – Voraussicht!, MB v. 7.5.1948, S.7; Gerda Luft, Palästina und Lake Success, MB v. 29.4.1948, S.1-2; Vortrag Georg Landauer in Tel Aviv, MB v. 9.4.1948, S.2; G.[eorg] L.[andauer], Irrwege der Alija Chadascha, MB v. 3.9.1948, S.3; Leo Rosenblüth an die Hahala der Alija Chadascha v. 23.3.1948, in: ZZA, J18/45.

Optimismus, noch in letzter Stunde eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, in scharfem Kontrast zu ihrem tiefen Pessimismus, was die möglichen jüdischen Siegeschancen im Krieg gegen den als übermächtig klassifizierten arabischen Gegner betraf. Sogar in der *Alija Chadascha* selbst meldeten sich nun Stimmen zu Wort, die diese Position als unzumutbaren Defaitismus brandmarkten.<sup>923</sup>

Die Motive des Kreises um Landauer\* für die Annahme einer unumstößlichen militärischen Niederlage sind auf den ersten Blick nicht einfach zu entschlüsseln. Sicherlich sahen auch die Aktivisten um Rosenblüth\* die Gefahr einer militärischen Niederlage und sogar in der zionistischen Führung herrschte keine Siegesgewissheit. Tatsächlich war der *Jischuw* trotz der jahrelangen Kampfrhetorik nur sehr unzureichend auf die militärische Auseinandersetzung vorbereitet. Dennoch, der im Nachgang des Krieges entstandene David-Goliath-Mythos war weit entfernt von den historischen Tatsachen. Die Truppenstärken hielten sich sogar nach dem militärischen Eingreifen der arabischen Anrainerstaaten am 15. Mai 1948 in etwa die Waage, manche wissenschaftliche Darstellungen gehen sogar von einem zionistischen Übergewicht aus. Anfang Mai trafen die ersten Waffenlieferungen aus dem Ostblock im *Jischuw* ein. Hinzu kam die finanzielle Unterstützung der amerikanischen Juden. Vor allem aber waren die palästinensischen Araber und die arabischen Anrainerstaaten noch viel weniger auf den Waffengang vorbereitet und in fast allen relevanten Bereichen dem dynamischen jüdischen Gemeinwesen weit unterlegen.<sup>924</sup> Pazifismus als Antrieb für die Ablehnung einer kriegerischen Auseinandersetzung scheint ebenso nicht das tragende Motiv gewesen zu sein. Einige Aktivisten zweifelten zwar an der Berechtigung, Tausende Menschen für die zionistischen Ziele auf dem Schlachtfeld zu opfern. Sie lehnten Blutvergießen als politische Option aber dennoch nicht grundsätzlich ab. Der Kampf gegen den NS war ihnen ein „heiliger Krieg“, wie Auerbach\* es einstmals ausdrückte. Sie waren auch die vehementesten Vertreter einer militärischen Zerschlagung der jüdischen Terrorgruppen durch die *Haganah*.<sup>925</sup> Es deutet

---

<sup>923</sup> Siehe dazu: ebd.; G.[eorg] Byk, *Einsicht oder Illusion?*, MB v. 29.4.1948, S.3; Erich Cohn an F.[elix] Rosenblüth v. 9.2.1948, in: ZZA, A158/21; Fritz Millner an S.[alli] Hirsch v. 2.3.1948, in: ebd.; Robert Weltsch, *Stimmungsbild aus England*, MB v. 16.1.1948, S.3-4; Georg Landauer an F.[itz] Millner v. 4.4.1948, in: ZZA, J18/40; *Die politische Wendung*, Informationsblatt der Alija Chadascha Owedet, April 1948, S.3-5.

<sup>924</sup> Siehe dazu: Segev, Ben Gurion, S.410-413, 420, 434-437, 471-473; Eugene L. Rogan/Avi Shaim (Hg.), *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*, Cambridge u.a. 2001; [Werner] Senator an Felix Rosenblüth v. 31.1.1948, in: ZZA, J18/83; Gelber, *Palestine*, passim; Avi Shlaim, *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, London u.a. 2000, S.35.

<sup>925</sup> Siehe dazu: Elias Auerbach, *Die Wahlen zur Kehillah in Haifa*, MB v. 30.3.1942, S.5; L. Stein, Amos, MB v. 2.1.1948, S.2; Fritz Millner an S.[alli] Hirsch v. 2.3.1948, in: ZZA, A158/21; Walter Schwarz an [Geog] Landauer v. 24.3.1948, in: ZZA, J18/40; S.[alli] H.[irsch], *Die Einigung mit den Terrorgruppen*, MB v. 19.3.1948, S.1 u. Kap. III.

vieles darauf hin, dass der wahre Antrieb für die Friedensrhetorik weniger auf der Aussicht der Niederlage oder auf Pazifismus als auf Befürchtungen über das Antlitz des zukünftigen Judenstaates beruhte. Weltsch\* beispielsweise prophezeite im März 1948: Es „wird ein sehr kläglicher Judenstaat sein [...] Zum Schluss wird dann irgendein faschistischer Staat entstehen, der natürlich auch seinen 30. Juni erst durchmachen muss.“<sup>926</sup> Ob Weltsch\*, Landauer\*, Simon\*, Senator\* oder Rabbiner Kurt Wilhelm\*, für sie alle wandle der *Jischuw* nun auf altbekannten faschistischen Pfaden. Er befinde sich, so ihre Analyse, in kollektiver Kriegspsychose und auf dem Weg der umfassenden (freiwilligen) Gleichschaltung. Sogar ihre eigene Partei und das *MB* nahmen sie von diesen Vorwürfen nicht aus.<sup>927</sup>

Die Differenzen in der *AC* erstreckten sich auch auf die Kriegsziele und auf Fragen der ethisch zu rechtfertigenden Methoden der Kriegsführung. Für Rosenblüth\* und seine Getreuen kämpfte der *Jischuw* in dem ihm aufgezwungenen Krieg um Freiheit, Einwanderung und das nackte Überleben. Jedwede irredentistischen Bestrebungen verwarfen sie.<sup>928</sup> Sie bekannten sich zur neuen *Haganah*-Strategie der aktiven Verteidigung, die im Gegensatz zum früheren Konzept der *Hawlagah* nun auch Angriffs- und Vergeltungsmaßnahmen einschloss. Die Terrormethoden der Dissidenten-Gruppen lehnten sie zwar weiterhin ab; aber sie konnten moralisch vertreten, dass in einem Krieg, der keinen Regularien unterlag und in dem der Gegner mit totalen Mitteln auch gegen die jüdische Zivilbevölkerung agierte, die *Haganah* sich diesen Kampfmethoden anpasste. Der Platz der *Alija Chadascha*, so ihre Sichtweise, sei an der Seite der Verteidigungsorganisation und jedes Parteimitglied sei verpflichtet, sie aktiv zu unterstützen.<sup>929</sup>

Für den Landauer\*-Flügel war dagegen nur die *Hawlagah* ethisch vertretbar. Die Strategie der aktiven Verteidigung lehnte er rundweg ab, da sie die Reinheit der zionistischen Waffen besudele. Sie mache die Kriegstaten von *Etzel* und der *Haganah* ununterscheidbar, und der

---

<sup>926</sup> Robert [Weltsch] an Georg [Landauer] v. 4.3.1948, in: ZZA, J18/40, S.1-3, hier: 1.

<sup>927</sup> ebd.; Georg Landauer an Elias Auerbach v. 19.2.1948, in: ebd.; Georg Landauer an Robert Weltsch v. 20.2.1948, in: ebd.; Kurt Wilhelm an Felix Rosenblüth v. 28.1.1948, in: ZZA, A339/18; Ernst Simon an Felix Rosenblüth v. 10.3.1948, in: ZZA, A339/17; [Werner] Senator an Felix Rosenblüth v. 31.1.1948, in: ZZA, J18/83; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 25.12.1947, in: ebd.; Presseschau, MB v. 6.2.1948, S.2.

<sup>928</sup> Siehe dazu: Salli Hirsch an Alfred Katz v. 9.3.1948, in: ZZA, A158/21; F.[elix] Rosenblüth an [Salli] Hirsch v. 27.2.1948, in: ebd.; Tom Segev, Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2010, S.29 [f. Segev, Israelis]; S.[alli] H.[irsch], Kommentar der Woche, MB v. 27.2.1948, S.1-2; Nach der Wendung Amerikas, MB v. 26.3.1948, S.1; Neue Aufgaben für die Alija Chadascha, MB v. 19.3.1948, S.4; Salli Hirsch, Vorwärts geschaut, MB v. 23.1.1948, S.1-2.

<sup>929</sup> Siehe: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an Kurt Wilhelm v. 12.2.1948, in: ZZA, A339/57; Felix Rosenblüth, Die große Chance, MB v. 19.12.1947, S.1-2; F.[elix] R.[osenblüth], Politische Notizen, MB v. 2.1.1948, S.1-2; Max Zimet, Antwort an Dr. Jaruslawsky, MB v. 16.1.1948, S.7; H.J. Grünwald, „Terror“ – „Hagana“, MB v. 13.2.1948, S.7.

*Jischuw* komme so von der Position des Angegriffenen in die des Angreifers. Letztlich gebot ihr (spezifischer) zionistischer Ethos aber wohl grundsätzlich die Verwerfung von Gewalt zur Verwirklichung des Zionismus. Sie standen daher einem gewaltsam erkämpften Teilungsstaat ebenso ablehnend gegenüber wie der von den Dissidenten-Gruppen und Teilen der zionistischen und *Haganah*-Führung im Zuge der Kämpfe erhofften Ausdehnung des jüdischen Territoriums. Wie Senator\* betonte, würden die Jugend und der ganze *Jischuw* irreführt durch einen chauvinistischen Nationalismus, „der alle Wahnsinnstaten Hitlers noch nachträglich rechtfertigt: denn wenn der Zweck alle Mittel heiligt und der `Lebensraum´ des Volkes es erfordert, wird jene Atmosphäre unvermeidlich, in der das Abgleiten und die Gleichschaltung der Intelligenz und der Jugend automatisch eintritt.“<sup>930</sup>

Das ständige Lamentieren über Gleichschaltung, Kriegspsychose, arabisch-jüdische Verständigung, Massada-Stimmung im *Jischuw*, und der von Rosenblüth\* so beklagte Klang moralischer Überheblichkeit im *MB* brachten schließlich Anfang Februar 1948 das Fass zum Überlaufen. Über Jahre hatte der Parteivorsitzende trotz buchstäblicher Unzufriedenheit über die redaktionelle Linie der beiden Parteiblätter um der Parteieinheit willen geschwiegen.<sup>931</sup> Nun ersetzte er Kreuzberger\* durch Hirsch\*, der den politischen Teil übergangsweise redigierte und die inhaltliche Gesamtaufsicht über das Blatt übernahm. Im Gegensatz zur vorhergehenden Redaktionspraxis sollte die Parteiminderheit vollen Zugang zum Blatt erhalten; der politische Hauptteil war aber nun reserviert für die Linie der Mehrheit in den Parteigremien.<sup>932</sup> Der Kampf um die Meinungshoheit schien entschieden. Aber nur wenige Monate später wendete sich das Blatt von Neuem. Anscheinend übernahm Landauer\* einen Teil der horrenden Schulden der *AC* und im Gegenzug sicherte er sich wieder den

---

<sup>930</sup> [Werner] Senator an Felix Rosenblüth v. 31.1.1948, in: ZZA, J18/83, S.1-2, hier: 2; siehe weiterhin: M.[ax] K.[eutzberger], Verteidigung und Angriff, MB v. 26.12.1947, S.1; Vortrag [v.] Dr. G. Landauer vor [d.] A.Ch. Owedeth am 30. März 1948, in: ZZA, J18/40; Georg Landauer an Elias Auerbach v. 19.2.1948, in: ebd., E. J. Jaruslawsky, An Benno Hirsch und andere, MB v. 2.1.1948, S.7; L.F., Noch ein Wort an Benno Hirsch und andere, MB v. 23.1.1948, S.7; Rede Dr. Salli Hirschs vor dem A.C., MB v. 16.4.1948, S.3; Irguns C-in-C's Broadcast. An Historic Pronouncement, Rak Kach, Mai 1948, in: Archives of the Jabotinsky Institute, K18 – 13/5; Irgun Today. Its Position inside & outside Israel, Rak Kach, Juli 1948, in: ebd.; Segev, *Israelis*, S.29-30, 46-47, 51-54; Heller, *Stern Gang*, S.219-220.

<sup>931</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an Elias Auerbach v. 20.6.1947, in: ZZA, J18/82; F.[elix] Rosenblüth an [Max] Kreuzberger v. 25.2.1948, in: ZZA, A339/13; [Felix Rosenblüth] an Erich [Cohn] v. 11.2.1948, in: A158/21; Felix Rosenblüth an [Salli] Hirsch v. 11.2.1948, in: ebd.; Leo Rosenblüth an die Hahala der Alija Chadascha v. 23.3.1948, in: ZZA, J18/45; Walter Schwarz an [Geog] Landauer v. 24.3.1948, in: ZZA, J18/40; F.[ritz] Millner an [Felix] Rosenblüth v. 5.4.1948, in: ebd.; F.[elix] Rosenblüth an [Salli] Hirsch v. 27.2.1948, in: ZZA, A158/21.

<sup>932</sup> Siehe dazu: ebd.; Georg Landauer an Robert Weltsch v. 23.2.1948, in: ZZA, J18/40; F.[elix] Rosenblüth an [Max] Kreuzberger v. 25.2.1948, in: ZZA, A339/13.

entscheidenden Einfluss auf die Zeitung. Ende September schickte Rosenblüth\* einen wütenden Brief an das *MB*, in dem er die Berichterstattung über ihn „als einen Akt höchster Illoyalität der Redaktion“ anprangerte und herausstellte, dass er „kein Vertrauen mehr in die Loyalität aller Beamten der Alija Chadascha“<sup>933</sup> habe. Zu diesem Zeitpunkt war die Auflösung der *AC* aber schon längst beschlossen. In den entscheidenden Monaten im Frühjahr, in denen sich das Schicksal des jüdischen Aufbauwerkes entschied und die Weichen zur Gründung einer neuen progressiven Partei gelegt wurden, der ein Teil der *AC* beitrug, brachte das *MB* aber die politische Linie der Parteimehrheit und ihres Vorsitzenden zur Geltung.

### **Die Alija Chadascha dankt ab**

Ab Herbst 1947 intensivierten die Aktivisten der *AC* die Diskussionen um eine grundsätzliche Reorganisation der Partei. Abgesehen von den Meinungsverschiedenheiten in den zentralen politischen Fragen stand die *AC* vor einer Fülle von seit Jahren bekannten Problemen, deren Lösung mit der nun in Aussicht stehenden Staatsgründung unaufschiebbar wurden. Ihr schien es aufgelegt, eine Partei nur einer Generation zu werden, denn ihr gelang es nicht, die Jugend an sich zu ziehen.<sup>934</sup> Die finanzielle Situation der *AC* hatte sich über die Jahre auch rapide verschlechtert. Insbesondere die Wahlkämpfe zur *Assefath Haniwcharim* und zum 22. Zionistenkongress hinterließen Defizite von Tausenden Palästina-Pfund. Die hebräische Parteizeitung wurde aus Finanzgründen schon 1947 eingestellt und im folgenden Jahr konnten nicht einmal die Gehälter der Angestellten regelmäßig beglichen werden.<sup>935</sup> Auch gelang es der *AC* nicht mehr, neue Mitglieder zu gewinnen. Im Gegenteil wendeten sich immer mehr ihr nahestehende Kreise enttäuscht ab.<sup>936</sup> Das gravierendste Problem war aber ihre völlige Isolierung im *Jischuw* und in der zionistischen Weltbewegung. Über Jahre versuchte die *AC*

---

<sup>933</sup> Felix Rosenblüth an die Redaktion des Mitteilungsblattes v. 20.9.1948, in: ZZA, S7/2321; siehe weiterhin: M.[ax] Kreuzberger an Robert Weltsch v. 5.9.1948, in: ZZA, J18/85; [Kurt Blumenfeld] an Siegfried Moses v. 21.8.1949, in: ZZA, A222/51.

<sup>934</sup> Siehe dazu: Xaver Federmann, Politische Schulung der Jugend, *MB* v. 29.12.1944, S.3; A.F., Jugendgruppe der Alija Chadascha, Tel Aviv, *MB* v. 21.12.1945, S.7; L.[udwig] N. Posener, Über die Gründung einer Tagesschule durch die Alija Chadascha, Rechowoth, 1.3.1946, in: ZZA, J18/21/7; Arthur Hantke an Henry Montor v. 8.8.1944, in: ZZA, A222/124; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.8.1944, in: ZZA, J18/50; B.[enno] C.[ohn], Die Landestagung, *MB* v. 17.9.1948, S.2.

<sup>935</sup> Siehe dazu: ebd.; Einnahmen und Ausgaben Gesamtwahlfond per 20.11.1946, in: ZZA, J18/51; Felix Rosenblüth an H.[ans] Wolff v. 31.8.1948, in: ZZA, J18/51; Alija Chadascha, Tel Aviv, Rundschreiben an die Mitglieder der Hanhala und des Merkas v. 17.3.1948, in: ZZA, J18/21/9.

<sup>936</sup> Siehe dazu: ebd.; [Felix Rosenblüth], „Stellungnahme zur Partition“, undatiert [Mai-Juni 1947], in: ZZA, J18/130; L.[eonard] Peritz, Aufforderung zur Selbstprüfung, *MB* v. 28.11.1947, S.8.



vergebens, vor allem in der englischsprachigen zionistischen Welt Fuß zu fassen. Auf dem 22. Zionistenkongress waren ihre Delegierten nach eigenem Bekunden völlig isoliert und wurden von den anderen Teilnehmern gemieden. Auch ihr Versuch, im Nachgang des Kongresses ein Oppositionsbündnis unter Führung Weizmanns gegen die Silver-Ben-Gurion Achse der *Agency* zu schmieden, scheiterte kläglich.<sup>937</sup> Ihr gelang nicht einmal das Akquirieren von ein paar Tausend Dollar Spendengeldern in den Vereinigten Staaten, während andere Parteien des *Jischuw* von dort in der Nachkriegszeit Zigtausende erhielten.<sup>938</sup>

Im *Jischuw* selbst sah es nicht besser aus. Von Anfang an war es ein zentrales Ziel der AC, ihren landsmannschaftlichen Charakter abzustreifen. Aber wohl nicht mehr als einige Hundert neue Mitglieder anderer Landsmannschaften – insbesondere aus Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei – konnte sie im Laufe der Jahre für sich gewinnen. Sogar ihr sehr nahestehende politische Kreise wie beispielsweise die Gruppe um Rieger, die als „Unabhängige“ auf den Wahllisten der AC kandidiert hatte, konnten zum definiten Eintritt nicht bewegt werden.<sup>939</sup> Auch das Schmieden von Bündnissen mit anderen politischen Gruppierungen gelang ihr nicht. Auf lokaler Ebene kam es zwar zu unterschiedlichen (temporären) Bündniskonstellationen, aber die verschiedenen Versuche der AC, auf nationaler Ebene mit linken oder bürgerlichen Parteien zur stetigen Zusammenarbeit zu kommen, misslangen alle.<sup>940</sup> Unter diesen Umständen hatte die AC nahezu keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der zionistischen Führungsinstanzen. Oft fehlte es ihr sogar an

---

<sup>937</sup> Siehe dazu: ebd.; Felix Rosenblüth an Chaim Weizmann v. 26.3.1947, in: ZZA, J18/82; Ch.[aim] Weizmann an F.[elix] Rosenblüth v. 31.3.1947, in: ebd.; Felix Rosenblüth, Aufruf zur Landeskongress, MB v. 3.9.1948, S.1; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 6.3.1947, in: ebd.; Martin [Rosenblüth] an Felix [Rosenblüth] vom 12.2.1947, in: A222/34; F.[elix] Rosenblüth an Martin [Rosenblüth] v. 27.1.1947, in: ebd.; Robert Weltsch an M.[ax] Kreutzberger v. 25.12.1947, in: ZZA, J18/85; M.[ax] Kreutzberger an Robert Weltsch v. 20.3.1947, in: ebd.; M.[ax] Kreutzberger, Bericht (in Stichworten) über die Arbeit des Merkas in den letzten Monaten und Bemerkungen über die zukünftige Arbeit, in: ZZA, J18/21/9; Felix Rosenblüth, To whom it may concern only, 14.12.1946, in: ZZA, A158/76; Aus Kreutzbergers Brief vom 16.12.[1946], in: ebd.

<sup>938</sup> Siehe dazu: ebd.; Robert Weltsch, Bericht über verschiedene Unterhaltungen in Amerika, 20.6.1947, in: ZZA, J18/85; M.[ax] Kreutzberger an Robert Weltsch v. 28.4.1947, in: ZZA, J18/84.

<sup>939</sup> Siehe dazu: M.[ax] Kreutzberger, Bericht (in Stichworten) über die Arbeit des Merkas in den letzten Monaten und Bemerkungen über die zukünftige Arbeit, in: ZZA, J18/21/9; Sitzung Hanhala [d.] A.Ch. v. 17.8.1944, in: ZZA, J18/50; Merkas [Sitzung d.] A.Ch. v. 27.8.1944, in: ebd.; Alija Chadascha, Tel Aviv, Ergebnisse der Mitgliederwerbaktion im November 1944, 3.12.1944, in: ZZA, J18/21/9; Alija Chadascha, Tel Aviv, Ergebnisse der Mitgliederwerbaktion im März 1945, 5.4.1945, in: ebd.; Der Verlauf der Tagung, MB v. 24.9.1948, unpg.

<sup>940</sup> Siehe dazu: F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 24.12.1943, in: ZZA, A339/70; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 10.5.1946, in: ZZA, J18/84; Hanhala [-Sitzung d.] A.Ch. v. 24.6.1943, in: ZZA, J18/50; Nessiuth [-Sitzung d.] A.Ch. v. 8.4.1943, in: ebd.; Sitzung [d.] Hanhala [d.] A.Ch. v. 19.10.1944, in: ebd.; Protokoll des Treffens mit dem Owed Zioni und der Hitachduth Hazonim Haklaliim am 12. Juli 1945 [Hebr.], in: ZZA, J18/102; Fortsetzung der Sitzung mit den Progressiven am 19. Juli 1945 [Hebr.], in: ebd.; Gelber, Neue Heimat, S.573.

Informationen, um die politische Lage adäquat zu bewerten. Für die Erfolgchancen bei zukünftigen Wahlen verhieß dies alles nichts Gutes.<sup>941</sup>

In den Reihen der *Alija Chadascha* war daher unumstritten, dass eine grundlegende Reorganisation der Partei unumgänglich sei. Nur an der Frage, auf welchem Wege dies geschehen solle, schieden sich die Geister. Im Parteiensystem des *Jischuw* kam es nach dem UN-Teilungsbeschluss und der Staatsgründung zu Umgruppierungen und Konzentrationstendenzen.<sup>942</sup> Für den Kreis um Landauer\* stand ein Zusammengehen mit anderen Parteien vorerst aber nicht auf der Tagesordnung. Die AC solle sich stattdessen unter Aufrechthaltung ihrer charakterlichen Eigenart ein neues Programm geben, das geeignet sei, neue Kreise außerhalb ihres landsmannschaftlichen Rahmens anzusprechen.<sup>943</sup> Wie schon in den Monaten zuvor verfolgte der Rosenblüth\*-Kreis dagegen den Plan zur Gründung einer großen progressiven demokratischen Partei. Dafür erhielt er die Rückendeckung von Weizmann und Goldmann\*, die sich beide wohl davon die Schaffung einer eigenen Hausmacht in *Erez Israel* versprachen. Konkret präferierte der Kreis eine Fusion mit dem *Owed Zioni* und dem progressiven Teil der *Allgemeinen*. Die zu diesem Zeitpunkt schon wiedervereinten Fraktionen der *Allgemeinen Zionisten* forderten dagegen die Bildung einer Front von Rosenblüth\* bis Rokach, also ein breites bürgerliches Bündnis unter explizitem Einschluss der rechtsbürgerlichen Kreise. Der informelle Austausch zwischen Rosenblüth\* und der Führung der *Allgemeinen* über ein mögliches Zusammengehen kam schnell an einen toten Punkt. Im Februar 1948 wurde klar, dass Letztere auf die Einbeziehung des rechtsbürgerlichen Flügels beharrten, der *Owed Zioni* und auch Rosenblüth\* dies jedoch ablehnten.<sup>944</sup> Von Anfang an

---

<sup>941</sup> Siehe dazu: Alija Chadascha, Tel Aviv, Rundschreiben an die Mitglieder der Hanhala und des Merkas v. 17.3.1948, in: ZZA, J18/21/9.

<sup>942</sup> Siehe dazu: F.[elix] R.[osenblüth], Politische Notizen, MB v. 2.1.1948, S.1-2; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 25.12.1947, in: ZZA, J18/83; Salli Hirsch, Die Wende, MB v. 10.9.1948, S.2; G.[eorg] Byk, Politische Partei oder ideologische Sekte?, MB v. 13.8.1948, S.4-5.

<sup>943</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 25.12.1947, in: ZZA, J18/83; Programm – Vorschlag von Dr. Elias Auerbach, Haifa, undatiert [Januar-Februar 1948], in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Vorstands der Alija Chadascha, Haifa, am 8.2.1948, in: ZZA, J18/45; H.[ans] T.[ramer], Programmwürfe, 22.7.1948, in: ZZA, J18/70.

<sup>944</sup> Siehe dazu: Felix Rosenblüth, Dear friends, 16.11.1947, in: ZZA, J18/83; Erel, Wurzeln, S.260; M.[ax] Kreuzberger an Robert Weltsch v. 17.12.1947, in: ZZA, J18/85; [Felix Rosenblüth] an Kurt [Blumenfeld] v. 5.1.1948, in: ZZA, A339/72; F.[elix] Rosenblüth an [Georg] Landauer v. 26.2.1947, in: ZZA, J18/40; Nahum Goldmann an Felix Rosenblüth v. 6.2.1948, in: ebd.; Action Committee of the Oved Zioni in Palestine, Towards the Establishment of a progressive Party in the Yishuv, undatiert [Februar 1948], in: ZZA, J18/45; Felix Rosenblüth an Chaim Weizmann v. 26.3.1947, in: ZZA, J18/82; Gelber, Neue Heimat, S.600; Georg Landauer an Robert Weltsch v. 23.2.1948, in: ZZA, J18/40.

hatte die Landauer\*-Gruppe unmissverständlich klargestellt, dass sie sich einem Zusammengehen mit den *Allgemeinen* und dem *Owed Zioni* verweigern werde, also mit der Spaltung gedroht.<sup>945</sup> Sie sah in den *Allgemeinen* eine zutiefst reaktionäre Gruppe. Nicht nur hätten sie den von der AC bisher bekämpften aktivistischen Kurs Ben-Gurions stets mitgetragen, sondern wären auch die treuesten Unterstützer des *Etzel* und irredentistischer Bestrebungen gewesen. Landauer\* bezeichnete ihre Führer gar als nationalsozialistisch beeinflusst. Auch jenseits ideologisch-politischer Argumente sprach in ihren Augen nichts für eine Fusion mit den beiden Gruppen, da sie der AC keinen Kraftzuwachs bescheren würden.<sup>946</sup>

Die Krise der AC offenbarte sich auch an weiteren Fragen. Der Umgang mit den Terrorgruppen entzweite die beiden Flügel ebenso wie die Stellung zu Großbritannien oder die eigene Regierungsbeteiligung. Der Landauer\*-Flügel lehnte weiterhin jeden Kompromiss mit den Dissidenten ab. Hirsch\* und Rosenblüth\* wählten dagegen im Angesicht der äußeren Bedrohung eine pragmatische Linie. Die Kämpfer der beiden Untergrundorganisationen sollten auf individueller Basis in die *Haganah* integriert werden und sich den Befehlen der zionistischen Führung unterordnen.<sup>947</sup> Auch hoffte Landauer\* insgeheim noch auf eine britisch-zionistische Annäherung, während seine Opponenten *GB* zunehmend als realen Feind betrachteten, der den *UN*-Teilungsbeschluss sabotierte und die arabische Seite militärisch stützte.<sup>948</sup> Eine Regierungsbeteiligung lehnte der Landauer\*-Kreis auch kategorisch ab. Keinesfalls wollte er für die Politik der zionistischen Führung die Mitverantwortung übernehmen. Er sah die *Alija Chadascha* als Antikriegspartei, die auch auf Kosten der eigenen machtpolitischen Stärke ideologie- und programmtreu bleiben müsse. Nach dem erwarteten Bankrott der offiziellen zionistischen Politik könne sie dann unbelastet ihre politischen Ansätze realpolitisch verwirklichen. Bis dahin, so Senator\*, „können Menschen wie wir [...] mehr und Bleibenderes durch hartes, schweres Allein-Bleiben, durch Warnen und Beschwören, durch

---

<sup>945</sup> Siehe dazu: ebd.; M.[ax] Kreuzberger an Robert Welsch v. 8.1.1948, in: ZZA, J18/85; Protokoll der Sitzung des Vorstands der Alija Chadascha, Haifa, am 8.2.1948, in: ZZA, J18/45; Felix Rosenblüth, Klärung, MB v. 16.4.1973, S.1-2.

<sup>946</sup> Siehe dazu: Sch.[imon] Berger, Der neue Partner der „Alija Chadascha“, MB v. 27.8.1948, S.7; Kurt Blumenfeld an Felix Rosenblüth v. 13.1.1948, in: ZZA, A339/72; Ortsgruppe Cholon der Alija Chadascha an Felix Rosenblüth v. 1.4.1948, in: ZZA, J18/45; Georg Landauer an Felix Rosenblüth v. 25.12.1947, in: ZZA, J18/83; Georg Landauer, Eine persönliche Erklärung, undatiert [September 1948], in: ebd.

<sup>947</sup> Siehe dazu: Heinrich Strauss, Einigung mit den Terrorgruppen?, MB v. 26.3.1948, S.2; Salli Hirsch, Vorwärts geschaut, MB v. 23.1.1948, S.1-2; ders., Die Einigung mit den Terrorgruppen, MB v. 19.3.1948, S.1; Neue Aufgaben für die Alija Chadascha, ebd.; David Werner Senator, Brief an die Redaktion, MB v. 16.4.1948, S.8.

<sup>948</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an F.[itz] Millner v. 4.4.1948, in: ZZA, J18/40; Richard Lichtheim, Die Absichten Amerikas, MB v. 2.4.1948, S.1-2; ders., Gefährliche Fahrt, MB v. 20.2.1948, S.1-2; Politische Notizen, MB v. 29.4.1948, S.1-2; B.[enno] C.[ohn], Nach der Ablehnung der Araber, MB v. 28.5.1948, S.1.

Anrufen des Gewissens und der Vernunft<sup>949</sup> bewirken. Für die Rosenblüth\*-Gruppe verkam diese politische Sicht – unvermittelt zu den realen politischen Gegebenheiten – zur reinen Ideologie. Eine abseitsstehende, sektenhafte Splitterpartei habe im neuen Staat aber keine Daseinsberechtigung. Daher forderte die Gruppe um Rosenblüth\* den Willen zur Macht, um das demokratisch-humanistische Gedankengut der AC in Israel und der *Galuth* zur Geltung bringen zu können. Den aussichtsreichsten Rahmen für dieses Unterfangen sah die Gruppe in der Begründung einer starken liberal-demokratischen Partei der Mitte. Eine geeinte Front der Progressiven könne auch den totalitären Tendenzen von links und rechts entgegenwirken und so einen bedeutenden Beitrag für die demokratische Entwicklung des jungen Staates leisten – so ihre Hoffnung.<sup>950</sup>

Ab Januar 1948 begannen die Beratungen über die politische Zukunft der AC in ihren Gremien. Die über Jahre gepflegte innerparteiliche Kompromissuche hatte nun definitiv ihr Ende gefunden. Wie beim Beschluss des Landesvorstandes zur Teilungsfrage im Juni 1947 suchte Rosenblüth\* auch hier die Entscheidung durch Mehrheitsvotum. Sowohl in der Frage des Eintritts der AC in die provisorische Regierung als auch in der der Eröffnung von Fusionsverhandlungen behielt er in den Abstimmungen die Oberhand. Mitte März bevollmächtigte er mit 41 gegen 26 Stimmen bei neun Enthaltungen die *Hanhalah*, mit dem *Owed Zioni* und dem progressiven Flügel der *Allgemeinen* in Verhandlungen zur Gründung einer fortschrittlich-demokratischen Partei zu treten. Die Hoffnung Rosenblüths\*, dass die AC ohne nennenswerte Abspaltungen geschlossen in die neue Partei eintreten werde, erfüllte sich allerdings nicht.<sup>951</sup> Noch vor dem *Merkas*-Beschluss lehnte das Sekretariat der *Alija Chadascha Owedeth* die Fusionspläne ab und beschloss ihre eigenständige Weiterarbeit in der *Histadruth*. Landauer\* sah zu diesem Zeitpunkt die ACO wohl als den entscheidenden Baustein

---

<sup>949</sup> David Werner Senator an [Schlomo] Kaplansky v. 2.2.1948, in: ZZA, J18/83; siehe weiterhin dazu: Vortrag [v.] Dr. G. Landauer vor [d.] A.Ch. Owedeth am 30. März 1948, in: ZZA, J18/40; Georg Landauer an Ernst Simon v. 19.2.1948, in: ebd.; Georg Landauer an F.[itz] Millner v. 4.4.1948, in: ebd.; Robert [Weltsch] an Georg [Landauer] v. 4.3.1948, in: ebd.; David Werner Senator, Brief an die Redaktion, MB v. 16.4.1948, S.8; G.[eorg] L.[andauer], Irrwege der Alija Chadascha, MB v. 3.8.1948, S.3.

<sup>950</sup> Siehe dazu: G.[eorg] Byk, Politische Partei oder ideologische Sekte?, MB v. 13.8.1948, S.4-5; Salli Hirsch, Die Wende, MB v. 10.9.1948, S.2; Gerhard Holdheim, Gedanken während der Waffenruhe, MB v. 2.7.1948, S.6; L.[udwig] Pinner, Polemik und Wirklichkeit, MB v. 27.8.1948, S.4; Richard Lichtheim, Vier Fragen, MB v. 10.9.1948, S.3-4; Felix Rosenblüth, Aufruf zur Landeskonzferenz, MB v. 3.9.1948, S.1.

<sup>951</sup> Siehe dazu: Protokoll der Sitzung des Merkas der „Alija Chadascha“ v. 13.3.1948 [Hebr.], in: ZZA, J18/74; Georg Landauer an Robert Weltsch v. 23.2.1948, in: ZZA, J18/40; Felix Rosenblüth, Klärung, MB v. 16.4.1973, S.1-2; David Werner Senator, Brief an die Redaktion, MB v. 16.4.1948, S.8; Heller, Birth of Israel, S.191-192 u. Kap. IV.

zum Aufbau einer neuen politischen Gruppe, falls die AC auseinanderfallen sollte.<sup>952</sup> Auch in den einzelnen *Snifim* bildeten die Fusionsgegner ein beträchtliches Reservoir, in einigen, wie in Haifa, befanden sie sich sogar in der Mehrheit.<sup>953</sup> Auch wenn die AC sozioökonomische Trennlinien in ihren Reihen theoretisch negierte, waren sie in praxi doch vorhanden. Etwas weniger als die Hälfte ihrer Parteimitglieder hatte auch eine *Histadruth*-Mitgliedschaft. Allein in der ACO waren etwa 1.000 Mitglieder organisiert, die zumindest der sozialistischen Gedankenwelt nahestanden und daher ihren natürlichen Bündnispartner im linken und nicht im bürgerlichen Lager verorteten. Hinzu kam noch eine Vielzahl einfacher Mitglieder, die die AC vor allem als einen gefühls- und gesinnungsmäßigen Zusammenschluss mitteleuropäischer Juden betrachteten und durch die angedachte Fusion diese landsmannschaftliche Oase verloren gehen sahen. Letztlich war es nur ein – wenn auch wesentlicher – Teil der Parteimitglieder, der seine politische Heimat im bürgerlichen Parteienspektrum des *Jischuw* verortete, wie Landauer\* privat auch betonte: „Ein wesentlicher Teil der Alija Chadascha gehört in der Tat zu Grünbaum und Brodetski und ich kann verstehen, wenn Sie sich mit ihnen vereinigen.“<sup>954</sup>

Einen öffentlich geführten Kampf um das weitere Schicksal der AC konnten ihre Aktivisten noch in letzter Sekunde vermeiden. Auf Initiative von Landauer\* einigten sich die beiden Lager im Sommer 1948 auf eine geordnete Auflösung der Partei. Besonders aus Sorge um die Weiterexistenz des *Irgun*, die beiden Lagern am Herzen lag, scheuten sie eine weitere Eskalation. Der *Irgun* sollte laut der getroffenen Abmachung als politisch neutrale Organisation weitergeführt werden und sein Apparat keiner Partei zur Verfügung stehen. Der gemeinsame Verwaltungsapparat vom *Irgun* und der AC sollte aufgelöst, das *MB* fortan als unpolitisches Blatt herausgegeben werden.<sup>955</sup> Der Landauer\*-Kreis und mit ihm auch die ACO

---

<sup>952</sup> Siehe dazu: Georg Landauer an Robert Weltsch v. 20.2.1948, in: ZZA, J18/40; Gerda Luft an Georg [Landauer] v. 28.3.1948, in: ebd.; Georg Landauer an H. Zeimann v. 9.2.1948, ZZA, J18/45; Tagung der Alija Chadascha Owedet, MB v. 6.8.1948, S.5.

<sup>953</sup> Siehe dazu: Generalversammlungen, MB v. 17.9.1948, S.4; Alija Chadascha Ortsgruppe Rechowoth an [Felix] Rosenblüth v. 7.2.1948, in: ZZA, J18/45; Ortsgruppe Cholon der Alija Chadascha an Felix Rosenblüth v. 1.4.1948, in: ebd.; Protokoll der Sitzung des Vorstands der Alija Chadascha, Haifa, am 8.2.1948, in: ebd.

<sup>954</sup> Georg Landauer an Robert Weltsch v. 20.2.1948, in: ZZA, J18/40; siehe weiterhin: Sitzung [d.] Merkas [d.] A.Ch. v. 8.6.1944, in: ZZA, J18/50; L.[eonard] Peritz, Aufforderung zur Selbstprüfung, MB v. 5.12.1947, S.6; H. Zeimann an Felix Rosenblüth v. 1.2.1948, in: ZZA, J18/45; Alfred Kupferberg an Alijah Chadaschah Tel Aviv v. 22.3.1948, in: ZZA, J18/48; Rudolf Luss/Lotte Luss an Alija Chadascha Tel Aviv v. 23.9.1948, in: ZZA, J18/83; Zwi Krämer an Finanz-Kommission der „Alija Chadascha“ v. 11.4.1946, in: J18/62; Palästina-Spiegel, YH v. 3.11.1944, S.5, 8; Alija Chadascha Owedet, MB v. 27.10.1944, S.6.

<sup>955</sup> Siehe dazu: Siegfried Moses, Vor der Landestagung, MB v. 10.9.1948, S.1; Waad Hapoel des Irgun Olej Merkas Europa, Protokoll v. 7.10.1948, in: ZZA, S7/2321; Georg Landauer, Siegfried Moses, Werner Bloch, Hans Wolf, Max Kreutzberger, Protokoll [über die Abmachungen betreffs Irgun] v. 31.8.1948, in: ebd.

verzichteten im Gegenzug auf die Durchführung eines Wahlkampfes zu der anberaumten Landestagung der *Alija Chadascha*. Beide beteiligten sich dann weder an den Generalversammlungen der *Snifim*, noch an der Landestagung selbst. Dafür sollte der Mitgliederbestand der AC nicht automatisch in die neue Partei überführt und im MB nicht weiter gegen die Neugründung polemisiert werden.<sup>956</sup> Letzteres hätte jedoch eine gewisse gemeinsame Basis der entzweiten Aktivisten vorausgesetzt, die auf beiden Seiten augenscheinlich nicht mehr vorhanden war. Die letzten Wochen der Partei waren gekennzeichnet von gegenseitigen Unterstellungen, Vorwürfen und Polemiken, die das Maß des Erträglichen für alle Beteiligten weit überschritten. Ungeachtet dessen verlief die am 17. und 18. September 1948 in Tel Aviv abgehaltene Landestagung in geregelten Bahnen. Erwartungsgemäß bestätigten die Delegierten einstimmig den bisherigen Kurs Rosenblüths\*. Die zweite Resolution, die bei einer Stimmenenthaltung angenommen wurde, befasste sich mit der Gründung der *Miflagah Progresivith*. Der Landestag beschloss, „mit Gründung der neuen Partei, und vom Tage des Zusammentritts ihrer Gründungskonferenz an, die politische Tätigkeit der `Alija Chadascha´ auf die neue Partei zu übertragen.“<sup>957</sup> Das MB berichtete in der Ausgabe vom 22. Oktober 1948 in nur zwei Sätzen über die Gründungstagung der Progressiven Partei, die damit einhergehende Auflösung der *Alija Chadascha* wurde nicht einmal mehr erwähnt.<sup>958</sup>

Die *Miflagah Progresivith* entwickelte sich nicht zu einer großen liberalen Partei, wie ihre Gründungsväter es sich erhofft hatten. Das bürgerliche Parteienspektrum blieb auch in den ersten Jahren nach der Staatsgründung fragmentiert. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung Ende Januar 1949 errangen die Progressiven mit knapp 17.800 Stimmen rund vier Prozent der Wählerstimmen und gewannen nur fünf der insgesamt 120 Sitze in der Knesseth. Im Vergleich zum Ergebnis der AC bei den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* 1944 erhielten sie fast 4.000 Stimmen weniger, obwohl sich die Zahl der partizipierenden Wähler mit fast 435.000 mehr als verdoppelt hatte. Die landsmannschaftliche Bande als Kriterium für die Wahlentscheidung hatte in den Reihen der deutschsprachigen Einwanderer wesentlich an

---

<sup>956</sup> Siehe dazu: ebd.; G.[eorg] Landauer an Siegfried Moses v. 19.9.1948, in: ZZA, J18/40; Siegfried Moses, Vor der Landestagung, MB v. 10.9.1948, S.1.

<sup>957</sup> Beschlüsse und Wahlen, MB v. 24.9.1948, unpg.; siehe weiterhin: Alija Chadascha. Bericht von der dritten Landestagung, ebd., unpg.; G.[eorg] Landauer an Siegfried Moses v. 19.9.1948, in: ZZA, J18/40; Gerda Luft an Georg [Landauer] v. 28.3.1948, in: ebd.; Georg Landauer, Eine persönliche Erklärung, undatiert [September 1948], in: ZZA, J18/83; Felix Rosenblüth an die Redaktion des Mitteilungsblattes v. 20.9.1948, in: ZZA, S7/2321; Georg Landauer an [Felix] Rosenblüth v. 22.3.1948, in: ZZA, A339/55.

<sup>958</sup> Siehe dazu: Inlandsnachrichten, MB v. 22.10.1948, S.7.

Bedeutung verloren.<sup>959</sup> Auch ein Teil des Landauer\*-Kreises suchte nicht lange nach einer neuen politischen Heimat. Die *ACO* als größte Gruppe der Fusionsgegner in der *Alija Chadascha* beteuerte zwar Anfang September 1948 noch ihren Willen, ihren Status als selbstständige *Histadruth*-Gruppe bewahren zu wollen; gleichzeitig orientierte sie sich aber in Richtung *Mapai*. Wenige Wochen später begannen die Verhandlungen, die schließlich zum Eintritt der *ACO* in die *Mapai* führten; Anfang 1949 löste sich auch die *Alija Chadascha Owedeth* offiziell auf. Wesentliche Teile der deutschen *Alijah* hatten nun ihren ideologischen und sozioökonomischen Positionen entsprechend eine neue politische Heimat gefunden und dieser Trend verfestigte sich in den folgenden Jahrzehnten noch, wie Simon\* gut zwei Jahrzehnte später konstatierte: „Es gibt also heute eine Streuung [innerhalb der deutschen *Alijah*], die wohl ziemlich über die politischen Parteien geht, von den Kommunisten bis zur *Cheruth*.“<sup>960</sup>

Der *Irgun* setzte sein soziales und kulturelles Engagement für die Einwanderer aus Mitteleuropa und deren Nachkommen in den folgenden Jahrzehnten unvermindert fort. Damit schloss sich wieder der Kreis. Die *Hitachduth* begann als neutrale, unpolitische Organisation ihre Integrationsarbeit für die deutsche *Alijah* Anfang der 1930er Jahre. Die sich immer deutlicher abzeichnende politische Desintegration der deutschen Zionisten und allgemeiner der deutschen *Alijah* im *Jischuw* forcierte einen Politisierungsprozess der Selbsthilfeorganisation, der seinen Höhepunkt mit der Gründung der *AC* im Jahre 1942 erreichte. In den folgenden Jahren verlor die *AC* zunehmend ihre integrative Funktion als politisches Sammelbecken der neuen *Alijah*. Ihre Auflösung und der Eintritt vieler ihrer Aktivisten in die Progressive Partei beziehungsweise *Mapai* war nur das letzte Kapitel eines fast 20 Jahre andauernden politischen Integrationsprozesses. An dessen Ende kehrte der *Irgun* wieder zu seinen genuinen Aufgabengebieten als unpolitische Selbsthilfeorganisation zurück.

---

<sup>959</sup> Siehe dazu: [https://www.knesset.gov.il/description/eng/eng\\_mimshal\\_res1.htm](https://www.knesset.gov.il/description/eng/eng_mimshal_res1.htm) [aufgerufen am 1.1.2021]; Die endgültigen Wahlergebnisse, MB v. 18.8.1944, S.4; Wolffsohn, Politik in Israel, S.113-115.

<sup>960</sup> Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: ESC, S.17; siehe weiterhin: Josef Lamm, Die Arbeiterbewegung im Judenstaat, MB v. 20.8.1948, S.4; Rundschreiben der „*Alija Chadascha Owedeth*“ v. 6.9.1948, in: ZZA, J18/62; M.[ax] Kreuzberger an Robert Weltsch v. 5.9.1948, in: ZZA, J18/85; Beschlüsse der Landestagung der A.Ch.O. v. 27.11.1948, in: ZZA, S7/2321; *Alija Chadascha Owedeth zu den Wahlen!*, Informationsblatt der *Alija Chadascha Owedeth* [Januar 1949], unpg.; Riemer, Naphtali, S.307-310.

## Resümee und Ausblick

---

In der Retrospektive erscheint die politische Neuformierung des deutschen Zionismus in der neu-alten Heimat eine fast zwangsläufige Entwicklung darzustellen. Aber situative Entscheidungen und unvorhersehbare politische Entwicklungen hatten entscheidenden Anteil daran, dass aus den sehr bescheidenen Anfängen der *Hitachduth* im Jahre 1932 gut zehn Jahre später die *Alija Chadascha* erwuchs, die sich anschickte, im Geiste deutsch-zionistischer Traditionen die Politik des *Jischuw* mitzugestalten. Den Gründern der *HOG* schwebte eigentlich eine Organisation der gegenseitigen Selbsthilfe vor, die neuankommenden *Olim* aus Deutschland erste Hilfestellung bei ihrer Integration in *Erez Israel* leisten sollte. Politische oder gar separatistische Bestrebungen lagen ihnen völlig fern. Die 1933 einsetzende Masseneinwanderung deutscher Juden schuf aber eine grundsätzlich neue Situation, da im *Jischuw* keinerlei institutionalisierte Strukturen zur Betreuung mittelständischer Einwanderer existierten. Notgedrungen begann die *HOG* mit viel Improvisationsgeschick unter ihrem Dach erste Unterstützungsangebote für die eintreffenden Einwanderer zu schaffen. Kaum zwei Jahre später war daraus ein Apparat mit einem engmaschigen Netz an Integrationsinstrumentarien entstanden, wobei einige Arbeitsgebiete wie Arbeitsvermittlung, Kultur- und Sozialarbeit, Berufsumschichtung und landwirtschaftlicher Kolonisation eigentlich in den Bereich der „staatlichen“ Sphäre anzusiedeln wären. Hätte die *Sochnuth* respektive der *Waad Leumi* diese faktisch in ihren Hoheitsbereich fallenden Aufgaben selbst übernommen, wäre die *HOG* wohl nur ein landsmannschaftlicher Zusammenschluss unter vielen geblieben. Erst das Konstrukt einer de facto autonomen *DA*, die ihrerseits die *HOG* als Ausführungsapparat nutzte, schuf die Voraussetzungen dafür, dass sich bis Kriegsbeginn die *Hitachduth* nach der *Histadruth* zur zweitgrößten Institution auf dem Gebiet der *Olim*-Hilfe entwickelte.

Die rapide Verschlechterung der Lage der Juden in Deutschland im Jahre 1935 war der erste Markstein auf dem Weg der *Hitachduth* zu einer politischen Formation. Aus ihrer Perspektive hatten sowohl die zionistische Bewegung als auch die jüdische Diaspora vor der deutschen „Judenfrage“ die Waffen gestreckt. Da die *ZVfD* keine volle Handlungsfreiheit mehr besaß, sah sie sich daher verpflichtet, auch die Interessen der noch in Deutschland verbliebenen Juden zu vertreten. Über ihr eigentliches Aufgabengebiet als Selbsthilfeorganisation hinaus betrat sie nun in ihrem Kampf um *Alijah* die politische Bühne, um eine größtmögliche Zahl an Juden aus Deutschland zur Auswanderung nach Palästina zu bringen. Trotz starker innerer



Widerstände gegen eine Politisierung der *HOG* einigte sich deren Führung auf einen Kompromiss. Sie erklärte sich nun in den für die gesamte deutsch-jüdische Gemeinschaft relevanten politischen Fragen für zuständig, wollte gleichzeitig jedoch in parteipolitisch umkämpften Fragen des *Jischuw* weiterhin ihre Neutralität wahren. Der Blick der deutschen Zionisten in *Erez Israel* richtete sich nun auf das Schicksal der *Golah*. Diese Perspektive verstärkte sich mit dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und der wenige Monate später folgenden Reichspogromnacht nochmals. Im offenen Widerspruch zu den zionistischen Führungsinstanzen gab sie nun dem Rettungsgedanken den Vorrang vor den Bedürfnissen des zionistischen Aufbauwerkes. Nicht zufällig sanktionierte der Landestag der *Hitachduth* trotz noch vorhandener Widerstände am Vorabend des II. Weltkrieges daher ihre Beteiligung an nationalen Wahlen des *Jischuw* – ein weiterer Schritt zu einer kollektiven politischen Partizipation der deutschen beziehungsweise deutschsprachigen *Alijah*. Auch organisatorisch hatte die *Hitachduth* ihre Position gefestigt. Im Jahre 1939 zählte sie schon gut 5.000 Mitglieder und durch die Fusion mit der *HOA* weitete sie ihren Repräsentationsanspruch auch auf die österreichische *Alijah* aus. Hinzu kam noch die enge Kooperation mit den *Hitachdujoth* der *Olej Danzig* und *Olej Czechoslovakia*, sodass sie sowohl hinsichtlich ihrer vielschichtigen Tätigkeiten wie auch nach Mitgliederzahl für palästinensische Verhältnisse nun eine Massenorganisation darstellte. Im Gegensatz zur deutschen *Alijah*, die die *HOGOIA* in den ersten Kriegsjahren mehrheitlich hinter sich vereinen konnte, gelang ihr dies bei der österreichischen *Alijah* und anderen deutschsprachigen Einwanderergruppen aber nur partiell.

Der II. Weltkrieg und die damit einhergehenden Entwicklungen im *Jischuw* stellten den zweiten Markstein dar, der die Politisierungsbestrebungen in den Reihen der *HOGOIA* verstärkte, die schließlich mit der Begründung der *Alija Chadascha* Ende 1942 ihren Abschluss fanden. Zahlreiche Gründe waren dafür ausschlaggebend. Mit Kriegsbeginn versiegten die Finanzquellen der *Hitachduth* fast vollständig. Allein aus Selbsterhaltungsgründen suchte sie daher nach Wegen, im Verteilungskampf um die knappen Ressourcen des *Jischuw* einen Anteil zu erringen. Das Kapitel um die Etablierung der nationalen Steueraktion *Mass Cherum* bewies allerdings unzweideutig, dass, solange sie außerhalb des Parteiensystems stand, ihr Kampf um finanzielle Mittel so gut wie aussichtslos war. Das Gleiche galt für einflussreiche Ämter und Posten im öffentlichen und halböffentlichen Bereich, die zuvorderst nach dem alles dominierenden Strukturelement des Parteiensystems, dem Parteienschlüssel vergeben wurden. Diese Situation wurde nicht ganz unberechtigt als eine Zurückstellung durch die neue

*Alijah* wahrgenommen, in der sich nach jahrelanger Akklimatisierung an den *Jischuw* der Wille zur politischen Teilhabe immer energischer regte. Verstärkt wurde dieser Wille durch die existenzielle Krise des jüdischen Aufbauwerkes in der ersten Kriegszeit. Neben der militärischen Bedrohung durch die Achsenmächte und den vor allem kriegsbedingten sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen erstreckte jene sich auch auf die politische Arena. Weiterhin dominierte dort ein äußerst kompetitiver Parteienwettstreit und das politische System zeigte sich außerstande, eine der Notsituation angemessene Antwort zu geben. Im Gegenteil befand es sich zunehmend in einer Legitimitätskrise, da nun neben den *Revisionisten* und *Charedim* auch beträchtliche Teile der *Esrachim* ihre Loyalität zur *Sochnuth* und dem *Waad Leumi* infrage stellten.

Im Herbst 1940 reagierte die *HOGOA* mit der Veröffentlichung ihres Notstandsprogramms auf ihre Weise auf die katastrophale Lage. Quintessenz des Programmes war zum einen die Forderung nach unbedingtem Kriegseinsatz an der Seite Englands und zum anderen die nach der Errichtung einer entpolitisierten, mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Exekutive des *Waad Leumi*, die zumindest für die Kriegszeit einen innerzionistischen Burgfrieden im *Jischuw* sicherstellen sollte. Zwei Spezifika des deutschen Zionismus in den 1930er und 1940er Jahren fanden in diesem Programm ihren Widerhall – eine im Vergleich zum zionistischen Mainstream markante *Galuth*-Nähe und eine betont allgemeinzionistische Perspektive, die sich gegen die im *Jischuw* vorherrschende partikularistische Parteienpolitik und deren Drang zur Machtausdehnung auf alle gesellschaftlichen Bereiche klar absetzte. Sicherlich hatte die Forderung nach unbedingtem Kriegseinsatz taktische Beweggründe. Sie sollte die Basis für eine erneute enge britisch-zionistische Kooperation legen und zugleich den *Jischuw* unter dem Banner des Kampfes gegen den *NS* als größten Feind des jüdischen Volkes einen. Aber die Forderung war zugleich Ausdruck eines Verantwortungsgefühls für die *Golah* und der Bereitschaft, ihr in ihrer schwärzesten Stunde zur Seite zu stehen. Wie schon erwähnt, zeigte sich diese Tendenz schon in der *Alijah*-Politik deutscher Zionisten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Auch die ausgesprochen große Zustimmung unter deutschen Zionisten zum Teilungsvorschlag der Peel-Kommission aus dem Jahre 1937 resultierte nicht unwesentlich aus der damit verbundenen Hoffnung, die Tore *Erez Israels* für die bedrängten Juden Europas nach der Staatsgründung weit öffnen zu können. Am prägnantesten zeigte sich diese Neuausrichtung des deutschen Zionismus von einer betont palästinazentrischen zu einer mehr gesamtjüdischen Perspektive aber während der Kriegszeit. Nicht nur verstummten unter

deutschen Zionisten – zumindest in der Öffentlichkeit – negative Werturteile über das *Galuth*-Judentum, sondern auch den zionistische Narrativ über den *Jischuw* als Avantgarde des jüdischen Volkes wurde infrage gestellt. Demgemäß unterschieden sich auch während der Schoah die Prioritäten der *Alija Chadascha* in der *Hazalah*-Frage beträchtlich von denen der zionistischen Führung. Sie forderte ein militärisches Engagement des *Jischuw* zur Befreiung der *Golah* und die Ausnutzung aller *Hazalah*-Optionen. Dabei räumte sie der Errettung von Juden aus der Nazi-Hölle sogar höheren Stellenwert als dem forcierten Aufbau des Nationalheims ein.

Die Betonung einer allgemeinzionistischen Perspektive zeigte sich schon in den ersten Jahren der *HOG* anhand der von ihr erwählten Kooperationsstrategie mit den wichtigsten Institutionen des Aufbauwerkes und ihrem Willen, die von ihr geschaffenen Integrationsinstrumentarien in deren Hände zu überführen, anstatt jene Ressourcen als Mittel zu nutzen, um politischen Einfluss zu gewinnen. Vielleicht sprach daraus eine gewisse Naivität und Unkenntnis der Mechanismen und Machtstrukturen des politischen Systems des *Jischuw*. Aber die Führung der *Hitachduth* bestand aus altgedienten Zionisten, die die politischen Spielregeln der *WZO* und auch des Nationalheims eigentlich kannten. Und sogar die ehemaligen einfachen Mitglieder der *ZVfD* hatten meist in ihren Ortsgruppen Kontakte mit nach Deutschland immigrierten Ostjuden. Da auch *Kidmah*, *Achduth Haam* und schließlich die *AC* diesen Weg unbeirrt weitergingen, scheinen hier eher grundlegende politische Überzeugungen den Ausschlag gegeben zu haben. Gerade bei der *AC* führte dies während des Krieges zu der paradoxen Situation, dass sie sich vehement für den Auf- und Ausbau einer de facto (entpolitisierten) staatlichen Hoheitssphäre im Inneren aussprach, gleichzeitig aber partout die Staatsforderung nicht auf die öffentliche Agenda setzten wollte. In einem äußerst ideologisierten und fragmentierten Parteiensystem, in dem Parteien und Organisationen staatliche Funktionen ausfüllten und als Machtbasis nutzten, kam dieses Unterfangen allerdings einem Kampf gegen Windmühlen gleich. Dass dieser Weg trotzdem letztlich unabdingbar war, bewiesen dann ausgerechnet die *Mapai* und allen voran Ben-Gurion, der sofort nach der Staatsgründung mehr oder weniger erfolgreich partikularistische politische Akteure zurückdrängte und bislang von ihnen erfüllte Funktionen in die staatliche Sphäre transferierte.<sup>961</sup>

---

<sup>961</sup> Siehe dazu: Horowitz/Lissak, *Israeli Polity*, S.187-195; Hacoen, *Mass Immigration*, S.102-105.

Nachdem das Notstandsprogramm auf keinerlei Resonanz im *Jischuw* traf, mussten sich auch die schärfsten Kritiker des Politisierungskurses der *Hitachduth* eingestehen, dass alle bisher unternommenen politischen Partizipationsversuche gescheitert waren. Den letzten Ausschlag für eine kollektive politische Emanzipation der neuen *Alijah* gab dann der Sprachenkampf Anfang der 1940er Jahre, der bei aller Bedeutung des Hebräischen für die nationale Einheit letztendlich vor allem um die Frage ihrer Rolle im *Jischuw* kreiste. Dabei hatte es den Anschein, dass trotz der Ideologie der Fusion der Exile die politischen Eliten des *Jischuw* den Aufbau und die politische Führung des Nationalheims als eine alleinige Angelegenheit des osteuropäischen Judentums betrachteten. Weder wurden die westeuropäischen Juden, noch die *Misrachim* als gleichberechtigte Partner angesehen. Insbesondere die Militanz, mit der gegen die deutsche Sprache teils zu Felde gezogen wurde, verstärkte bereits vorhandene Desintegrations- und Separationstendenzen in den Reihen der deutsche *Alijah* und einte sie (zumindest) für den Augenblick. Ausgerechnet die für die buchstabengetreue Umsetzung zionistischer Theorie bekannten deutschen Zionisten plädierten nun für die Begründung einer landsmannschaftlich strukturierten Partei. Sie sollte fortan als Integrationsinstrument dienen, die vorhandene Unzufriedenheit in der neuen *Alijah* kanalisieren und ihr die politische Teilhabe erkämpfen, um sie auch auf dem politischen Feld im Lande zu verwurzeln.

Letzten Endes stellte die *Alija Chadascha* daher ein aus der Not geborenes politisches Gebilde dar, einen Zusammenschluss auf Zeit. Konstituierend für sie war nicht eine gemeinsame politische Gedankenwelt, sondern das mitgebrachte kulturelle Erbe, die Traditionen des deutschen Zionismus und das miteinander erlebte Schicksal in der *Golah* und vor allem in *Erez Israel*. Erst in der neuen Heimat entwickelte die überaus heterogene deutsche *Alijah* einen gewissen Gruppencharakter, der sich nicht zuletzt aus der wahrgenommenen Ablehnung seitens des restlichen *Jischuw* speiste. Sowohl die einfachen Mitglieder der AC als auch ihre führenden Aktivisten hätten sich bei einer relativ konfliktfrei verlaufenden Absorption der neuen *Alijah* wohl nicht zu einer politischen Einheit zusammengeschlossen. Von Anfang an herrschte daher in der Führungsetage der AC nur in sehr wenigen politischen Fragen wirklicher Konsens. Zu nennen wären im innenpolitischen Bereich die resolute Ablehnung des Terrors zur Durchsetzung politischer Ziele und die Entwicklung des *Jischuw* nach den Parametern des modernen Staatswesens westlicher Prägung sowie im außenpolitischen Bereich der Gedanke der umfassenden Kriegsbeteiligung an der Seite Englands. In den zentralen politischen Themen des *Jischuw*, der Majoritätsfrage, der zukünftigen staatliche Verfasstheit und der

anzustrebenden Gesellschaftsordnung des jüdischen Gemeinwesens fanden die Aktivisten aber keinen gemeinsamen Nenner, wie sich trefflich an den beiden unangefochtenen Führungspersönlichkeiten der Partei, Landauer\* und Rosenblüth\* aufzeigen lässt. Ihre Ansichten unterschieden sich nicht nur in Detailfragen, sondern sie hingen zwei unterschiedlichen zionistischen Grundkonzeptionen an, die eigentlich nicht miteinander vereinbar waren. Letzterer verfocht einen auf Pragmatismus beruhenden moderaten politischen Zionismus Herzlscher Prägung, in dem die Fixpunkte freie Einwanderung und politische Autonomie für die jüdische Gemeinschaft darstellten. Dagegen stand Landauers\* humanistischer Zionismus mit dem Renaissance-Gedanken als Fixpunkt. Sittlichkeit sollte für das einzelne Individuum, das neue hebräische Geschlecht und allgemeiner für das Miteinander der Völker der zentrale Leitgedanke sein; Streben nach Macht und Herrschaft, noch dazu mit dem Mittel der Gewalt, dagegen aus der jüdischen Sphäre verbannt werden. Anfang der 1940er Jahre schickte sich aber der Mainstream-Zionismus an, entkleidet all seiner messianischen Heilsforderungen und geschrumpft auf eine profane Nationalbewegung, den Kampf um Palästina durch eine ausgesprochene Machtpolitik zugunsten des jüdischen Volkes entscheiden zu wollen. Das 1942 veröffentlichte *Biltmore-Programm* war der lebendige Ausdruck davon. Die Landauer\*-Gruppe sah jenes als eine kollektive Assimilation an den als zutiefst destruktiv empfundenen europäischen Nationalismus an, die die Reinheit des zionistischen Nationalgedankens entweichte. Sie radikalisierte sich daraufhin und bekämpfte diesen in ihren Augen unjüdischen exklusiven Nationalismus an allen Fronten und schließlich nur noch mit dem einen Ziel, einen Krieg zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung Palästinas abzuwenden. Insofern scheint die oft vorgebrachte Charakterisierung des deutschen Zionismus als ausgesprochen moderat und kompromissbereit wohl nur für einen Teil seiner Aktivisten zu gelten. Das Lager um Landauer\* jedenfalls strebte nach nicht weniger als einer Revolution im jüdischen beziehungsweise menschlichen Dasein. Ihre Ideologie bestimmte in prädominanter Weise ihre Stellung zu den zentralen politischen Fragen des *Jischuw* und sogar als jene in der unmittelbaren Nachkriegszeit immer offenkundiger mit den realen politischen Gegebenheiten in Palästina und der Welt nicht mehr in Einklang zu bringen war, wichen sie keinen Deut von ihr ab – wobei sich der Kreis um Landauer\* dabei in guter Gesellschaft mit einigen anderen politischen Gruppierungen im *Jischuw* befand.

Am deutlichsten zeigte sich diese Vorrangstellung der Ideologie vor allen realpolitischen Erwägungen an der Stellung der *Alija Chadascha* zu Großbritannien. Dabei war ihre pro-

britische Linie nur auf den ersten Blick tatsächlich außergewöhnlich. Seit Beginn der britischen Herrschaft über Palästina suchte die zionistische Bewegung aus der eigenen Schwäche heraus eine enge Bindung an den Mandatar. Diese Politik änderte sich trotz der im *Jischuw* zunehmenden antibritischen Propaganda auch während des II. Weltkrieges nicht grundlegend. Sogar die militante aktivistische Linie der *Sochnuth* in den ersten beiden Nachkriegsjahren zielte im Gegensatz zu der der *Porschim* nicht auf einen vollständigen Bruch mit England und dessen Vertreibung ab, sondern beinhaltete nur eine robuste politische Überzeugungsarbeit mit anderen Mitteln. Schließlich war es Ben-Gurion, der noch Anfang 1947 bei den Londoner Verhandlungen die Briten in Verkennung ihrer wirklichen Intentionen vom Judenstaat überzeugen wollte. Es fehlte schlicht an einer realistischen Alternative zu Großbritannien, denn die Vereinigten Staaten waren zu keinem Zeitpunkt bereit, wirklich politische und vor allem militärische Verantwortung für Palästina zu übernehmen. Auch die allerdings durch den heraufziehenden Kalten Krieg nur theoretisch vorhandene Option der UdSSR als Ordnungsmacht hätte außer bei den Kommunisten, dem *Haschomer Hazair* und *Achduth Haawodah* im *Jischuw* alles andere als Jubelstürme ausgelöst. Nicht die britische Orientierung an sich stellte also einen grundlegenden Unterschied zwischen der Politik der *Sochnuth* und der *Alija Chadascha* dar, sondern die Intentionen dahinter. Erstere sah GB als – wenn auch widerspenstigen – Steigbügelhalter zur Verwirklichung der zionistischen Ambitionen an. Davon unterschied sich die von der AC dem Mandatar zugedachte Rolle teils beträchtlich. Das Lager um Rosenblüth\* schrieb ihm die Rolle des Garanten für eine friedliche Lösung des Palästina-Konfliktes zu, der den beiden sich unversöhnlich gegenüberstehenden Völkern – wenn nötig – eine gerechte Lösung aufzwingen sollte. Landauers\* Kreis betrachtete GB dagegen als letzten Schutzwall vor einem kriegerischen Konflikt zwischen palästinensischen Arabern und Juden und wollte daher die britische Herrschaft unter allen Umständen aufrechterhalten.

Diese Perspektiven fanden auch in den staatlichen und *Alijah*-Konzepten ihren Niederschlag. Abgesehen von der relativ kleinen Minderheit an Biltmore-Befürwortern schuf die Ablehnung des Programms im negativen Sinne eine gemeinsame Basis in der Führung der *Alija Chadascha*. Für sie stellte es ein völlig unrealistisches Szenario dar, mit dem sich weder die arabischen Palästinenser abfinden, noch die Großmächte ihren Segen geben würden. Und auch die Grundvoraussetzung zu seiner Realisierung, eine Millioneneinwanderung innerhalb kürzester Zeit, schien nach allem menschlichem Ermessen reines Wunschdenken zu sein.

Sicherlich trug das *Biltmore-Programm* auch taktischen Überlegungen Rechnung. Mit ihm hielt die zionistische Führung ein Höchstmaß an Verhandlungsmasse in den Händen und gleichzeitig einen Schlüssel, um zumindest den Großteil des *Jischuw* und der zionistischen Bewegung hinter sich zu ziehen. Aber gerade im *Jischuw*, wo oft zwischen Propaganda und (Real-)Politik nur wenig geschieden wurde, scheint dem Programm nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb der zionistischen Führungskreise selbst mehr als nur taktische Bedeutung zugemessen worden zu sein. Die Führungskreise der AC nahmen es jedenfalls bitterernst, waren aber außerstande, ihm ein gemeinsames konkretes Gegenprogramm entgegenzusetzen.

Rosenblüth\* war seit den Vorschlägen der Peel-Kommission ein Anhänger der Partition. Sie bedeutete zwar einen großen Verzicht in seinen Augen, befriedigte aber – wenn auch nur in einem Teil Westpalästinas – das zionistische Streben nach Majorität und Selbstregierung und bot zumindest mittelfristig die Chance auf einen jüdisch-arabischen Ausgleich. Dennoch zeichneten sich seine staatstheoretischen Überlegungen durch eine gewisse Elastizität aus. Er hätte sich wohl auch mit anderen Modellen wie der Kantonisierung Palästinas abfinden können, solange im jüdischen Kanton eine freie jüdische Einwanderung und innere politische Autonomie gesichert gewesen wären. Seine *Alijah*-Konzeption entsprach diesen Überlegungen, die auf die Schaffung einer robusten jüdischen Majorität in einem Teil Westpalästinas hinausliefen. Landauers\* Vorstellungen liefen dem diametral entgegen. Als unzweifelhaft brillanter Taktiker verbarg er aber in den ersten Jahren der *Alija Chadascha* geschickt seine wirklichen Intentionen. Er sprach sich aus pragmatischen und taktischen Gründen gegen das öffentliche Eintreten für die Partition aus und hielt auch zu kantonalen und binationalen Lösungsansätzen gewisse Distanz, obwohl gerade letzterer seinen ideologischen Überzeugungen vollauf entsprach. In Wahrheit hingegen lehnte er schon während der letzten Kriegsjahre alle drei Modelle als zeitnahe Lösungen für den Palästinakonflikt ab. Die wirkliche Dimension des arabisch-jüdischen Konfliktes erkannten wohl spätestens während des arabischen Aufstandes 1936-1939 alle zionistischen Führer jeglicher politischer Couleur. Für Landauer\* jedenfalls stand fest, dass die sofortige Entlassung der beiden Völker in die politische Selbstständigkeit bei ihren beiderseits hinlänglich bekannten Herrschaftsansprüchen über Palästina in die Katastrophe führen werde. Einzig die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft konnte in seinen Augen ihren kriegerischen Zusammenprall verhindern. Dabei dachte er wohl nicht nur an eine temporäre Fortführung des Mandats von wenigen

Jahren, sondern von Jahrzehnten – alles in der (vagen) Hoffnung, dass sich über viele Jahre die jüdisch-arabischen Beziehungen normalisieren und ein erträgliches Zusammenleben ermöglichen würden. Seine *Alijah*-Konzeption folgte diesem Szenario, die in einer Art Appeasement-Strategie durch eine sehr bescheidene jüdische Einwanderungsrate vor allem die britische Seite nicht herausfordern wollte.

Die britische Entscheidung im Februar 1947, die Palästina-Frage der *UNO* zur Entscheidung zu übergeben, ließ dann sowohl die Strategien der zionistischen Zentralinstanzen wie die der *Alija Chadascha* in sich zusammenfallen. Trotz der offensichtlichen britischen Intentionen, dem zionistischen Projekt ein Ende zu bereiten, setzte das Lager um Landauer\* notgedrungen aber weiterhin auf Großbritannien als Ordnungsmacht und blieb auch nach dessen Ankündigung vom Rücktritt als Mandatsmacht bei dieser Linie. Aus grundsätzlicher ideologischer Überzeugung war es bereit, die elementaren Dogmen der zionistischen Theorie – Majorität und politische Autonomie – auf dem Altar des Friedens zu opfern. Bewusst begaben sich die Aktivisten um Landauer\* mit dieser Position ins politische Abseits, die weder im *Jischuw* noch innerhalb der deutschen *Alijah* anschlussfähig war, wie Weltsch\* Anfang 1948 offen und ehrlich eingestand: „Mit solchen Anschauungen kann man nur eine ganz kleine Gruppe bilden, einen Brain Trust oder esoterischen Zirkel, der genau weiß, dass der heutige sogenannte demokratische Betrieb samt Wahlen [...] keine akute Bedeutung hat.“<sup>962</sup> Unter diesen Umständen war ein weiteres Zusammengehen zwischen Landauer\* und Rosenblüth\* faktisch ausgeschlossen. Letzterer vereinigte die Mehrheit der Parteiführung hinter sich und führte die *AC* über ihren Teilungsbeschluss im Juni 1947 direkt an die Seite Ben-Gurions. Trotzdem sich der *Jischuw* in den ersten Monaten des arabisch-jüdischen Bürgerkrieges in einer äußerst kritischen Situation befand, blieb Rosenblüth\* ein überzeugter Verfechter des *UN*-Teilungsbeschlusses vom November 1947. Jener stellte für ihn nicht nur die gerechteste, sondern auch die einzig noch verbliebende Lösung des unentwirrbar scheinenden Palästina-Konfliktes dar; und er war bereit und mit ihm die Majorität der *Alija Chadascha*, den zionistischen Traum auch mit dem Schwert zu verwirklichen. Es zählt wohl zu den besonderen Kapriolen der Geschichte, dass gerade der Arbeiterzionismus und – sehr spät – auch der (links-)bürgerliche deutsche Zionismus als vehemente Gegner des *Revisionismus* dessen zentralem Diktum, dass der Judenstaat nur in Blut und Feuer wieder auferstehen werde, folgten und es in die Tat umsetzten.

---

<sup>962</sup> Robert [Weltsch] an Georg [Landauer]. 4.3.1948, in: ZZA, J18/40, S.1-3, hier: 2.



Ob der deutsche Zionismus in der neu-alten Heimat scheiterte, liegt sicherlich im Auge des Betrachters. Außer Frage steht, dass in der hier im Fokus stehenden Zeit zwischen den Jahren 1932 und 1948 alle (vor allem) von deutschen Zionisten begründeten politischen Formationen nur äußerst geringen Einfluss auf die Geschicke des *Jischuw* ausübten. Das gilt für die kurzen Intermezzi von *Kidmah* und *Achduth Haam* wie auch für die *Alija Chadascha*. Auch in der übrigen Parteienlandschaft des *Jischuw* konnten sie keine nennenswerten Machtpositionen erringen und dieses Bild änderte sich auch nicht in der Zeit nach der Staatsgründung. Nur ganz wenige schafften es wie Rosenblüth\* in den (erweiterten) politischen Führungskreis des neuen Staates vorzudringen.<sup>963</sup> Wird Erfolg oder Scheitern allein an machtpolitischen Parametern gemessen, muss die letztmalige Formierung des deutschen Zionismus tatsächlich als ein totaler Fehlschlag angesehen werden. Vielleicht spielte die besondere Mentalität der deutschen *Alijah* und ihrer Führungskräfte, ihr Mangel an Durchsetzungsvermögen und unbedingtem Willen zur Macht dabei eine gewisse Rolle. Aber gerade Landauer\* und seine Getreuen zeigten Mentalität und Standhaftigkeit in ihrem Kampf für ihr Ideal eines humanistischen Nationalismus, obwohl sie damit schon seit den 1920er Jahren innerhalb der zionistischen Bewegung auf verlorenem Posten standen. Schon eher können die politischen Positionen der deutschen Zionisten die Ursache für ihre Erfolglosigkeit darstellen – wobei eigentlich innerhalb der AC zwei sich bis auf die Grundfeste unterscheidende Zionismen vertreten wurden. Landauers\* politische Überzeugungen waren tatsächlich nicht ansatzweise im *Jischuw* konsensfähig; das galt aber auch für andere Gruppen wie dem *Haschomer Hazair*, der für eine binationale Lösung votierte und trotzdem eine akzeptierte politische Gruppierung darstellte. Nun verläuft Geschichte niemals gradlinig und bestimmte Ereignisse wie die Ermordung von Lord Moyne durch *Lechi* 1944 oder aber die pro-zionistische Wende der UdSSR während der UN-Verhandlungen um den Palästina-Konflikt im Jahre 1947 können unvorhersehbare politische Entwicklungen auslösen. Aus der Rückschau jedenfalls erwies sich Rosenblüths\* Votum für Partition als einzig realistischer Weg und auch seine Vorstellungen zu jährlichen Einwanderungsraten erfüllten sich nach der Staatsgründung ziemlich präzise. Letztlich war es auch nahezu ausgeschlossen, dass die deutsche *Alijah* als Minorität von nur gut zehn Prozent in einem nach demokratischen Regeln funktionierenden Gemeinwesen

---

<sup>963</sup> Siehe dazu: Sela-Sheffy, *Integration*, S.41 u. Fn. 18 (S.51); Erel, *Wurzeln*, S.249-283; die Beiträge von Ari Rath, Yissakhar Ben-Yaacov u. Esther Herlitz in Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.306-320 u. die im Folgenden dargestellten Kurzbiographien deutschsprachiger Zionisten.

wesentlichen politischen Einfluss gewinnen oder gar die osteuropäische Majorität dominieren konnte. Denn beide Gruppen zogen Trennlinien und unterschieden gelinde gesagt nicht immer in wohlwollender Manier zwischen „Wir“ und „Sie“.

Eine hegemoniale Stellung im *Jischuw* zu erkämpfen, beabsichtigten die Aktivisten mit der Begründung der AC aber auch gar nicht. Sie sollte zuvorderst als Werkzeug dienen, um desintegrativen Fliehkräften innerhalb der deutschen respektive deutschsprachigen *Alijah* entgegenzuwirken und ihrer nun kollektiv angestrebten politischen Emanzipation und Integration den Weg zu bahnen. Natürlich trachteten ihre einzelnen Führungskräfte zugleich auch nach politischer Anerkennung, Einfluss und der Durchsetzung ihrer politischen Anschauungen. In den ersten Jahren war die *Alija Chadascha* darin auch außerordentlich erfolgreich. Sie konnte Tausende Mitglieder für sich gewinnen, und die deutsche *Alijah* wies wohl mit den höchsten Mobilisierungsgrad im gesamten *Jischuw* auf. Wie auch immer die tatsächliche Motivation des einzelnen Parteimitgliedes gewesen sein mag, so half der politische Zusammenschluss doch, angestaute Frustrationen zu kanalisieren und in positive Bahnen zu lenken. Nun verstummten auch die öffentlichen Diskussionen über die Stellung der neuen *Alijah* im Gefüge des *Jischuw* fast vollends – ein Indiz, dass sich die Beziehungen zwischen den Neuen und Alteingesessenen zu normalisieren begannen. Der zweite angestrebte Schritt im Prozess der politischen Integration, das Einreißen der landsmannschaftlichen Bande in der *Alija Chadascha*, gelang ihr allerdings nicht. Die AC konnte zeit ihres Bestehens das Stigma einer einzig auf Herkunft beruhenden politischen Gruppe nicht ablegen und blieb im Parteiengefüge des Nationalheimes weitestgehend isoliert. Und sie verlor zusehends ihre integrative Kraft für die deutsche *Alijah*; ein Prozess, der schon in den letzten Kriegstagen mit dem Ausscheiden (rechts-)bürgerlicher Kräfte begann und sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit beschleunigte. Dies lag sicherlich zum Teil an ihrer grundsätzlichen Linie insbesondere in außenpolitischen Fragen, die viele ihrer Anhänger immer weniger mittragen wollten. Wobei sie schon in den ersten Jahren des Wachstums in außen- wie innenpolitischen Fragen Anschauungen vertrat, die unter normalen Umständen nicht die große Zahl an Mitgliedern und Wählern erwarten ließen. Gerade in der Innenpolitik bekannte sie sich mit der programmatischen Forderung nach einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel zu einem ausgesprochen linken Ansatz, der ihre große Zahl an bürgerlichen Unterstützern eigentlich abschrecken hätte müssen. Aber zu diesem Zeitpunkt überlagerte und nivellierte der tiefe Konflikt zwischen der deutschen *Alijah* und dem restlichen *Jischuw*

noch alle inhaltlichen politischen Differenzen und einigte die ungleichen Protagonisten. Aber die *Alija Chadascha* verlor als schutzbietendes und identitätsstärkendes Gebilde, als eine Art landsmannschaftliche Wohlfühloase inmitten einer als feindselig wahrgenommenen Umwelt, mehr und mehr an Bedeutung. Ob nun im *Jischuw* sich die Vorbehalte gegen die Neuen verringerten, oder aber jene sich durch weitere Akkulturationsleistungen ihm annäherten, oder beides gleichzeitig, sei dahingestellt. Dass die AC im Jahre 1948 dann innerhalb weniger Monate kollabierte und zerfiel und sich die verbliebenen Teile ihrer sozioökonomischen und politischen Stellung entsprechend in das Parteiengefüge des neuen Staates integrierten, bildete daher nur den letzten Akt dieser Entwicklung.

Eine allein auf die politische Sphäre begrenzte Bewertung der Leistung des deutschen Zionismus in *Erez Israel* würde allerdings auch zu kurz greifen. Schließlich trat er in der neu-alten Heimat mit dem einzig erklärten Ziel auf den Plan, die deutsche *Alijah* umfassend in das sich entwickelnde jüdische Gemeinwesen zu integrieren und sie zu einem aufbauenden Element zu formen. Zumindest als indirekter Indikator für ihre gelungene oder gescheiterte Integration kann die Quote der Weiter- beziehungsweise Rückwanderung herangezogen werden. Von der Staatsgründung bis Mitte der 1950er Jahre verließen knapp 80.000 jüdische Staatsbürger Israel. Unter ihnen befanden sich gut 4.100 mit deutscher Herkunft, wobei nur etwa 1.600 von ihnen die moralische Bürde auf sich nahmen und ins Land der Täter rückwanderten. Sowohl in absoluten Zahlen wie auch im Vergleich zum Auswanderungsbedürfnis anderer Landsmannschaften wies die deutsche *Alijah* damit keinerlei Besonderheiten auf.<sup>964</sup> Offensichtlich überwogen bei ihr die Pull- über die Push-Faktoren im sozioökonomischen und politischen Bereich – die deutsche *Alijah* hatte sich schließlich in Israel eingerichtet. Natürlich blieb sie aber weiterhin eine klar erkennbare (Minoritäten-)Gruppe im Bevölkerungsgefüge. Im Jahre 1987 titelte dann das *MB*: „Die Jekkes am Aussterben“<sup>965</sup>. Sicherlich schwang dabei ein Anklang von Wehmut über das nahende Ende der jekkischen Kultur und Eigenart mit. Die erste Generation deutscher *Olim*, falls sie nicht in früher Jugend einwanderte, trug wohl nahezu geschlossen die Bürde einer Migrationsbiographie, in der neben dem Hier und Jetzt immer auch Reminiszenzen an das Vergangene präsent waren. Dieses Schicksal teilte sie aber mit allen *Olim* der ersten

---

<sup>964</sup> Siehe dazu: Walter Preuss, Die demographische Entwicklung der mitteleuropäischen Alijah, *MB* v. 21.6.1957, S.2-3; Marcos Silber, „Immigrants from Poland want to go back“: The Politics of Return Migration and Nation Building in 1950s Israel, in: *Journal of Israeli History*, Vol. 27, No. 2 (2008), S.201-219.

<sup>965</sup> Siehe dazu: „Die Jekkes am Aussterben“, *MB*, Januar 1987, S.5.

Generation. Dass die zweite Generation jedoch (nahezu) unberührt von der mitgebrachten Herkunftskultur der Elterngeneration in der israelischen Gesellschaft aufging, stellte den entscheidenden Indikator für den Ausklang eines erfolgreichen Integrationsprozesses dar. Die letztmalige Formierung des deutschen Zionismus in *Erez Israel*, das zeigte diese Arbeit, kann nur unzureichend in den Kategorien Scheitern oder Erfolg vermessen werden. Wird er vorrangig als ein politischer Verband betrachtet, dessen Daseinszweck politische Teilhabe und Durchsetzung von Zielen sowie das Erringen von Macht und Führungspositionen im Staat im Werden darstellte, spricht ausgesprochen wenig für ein positives Resümee. Noch dazu waren nicht wenige deutsche Zionisten enttäuscht über das profane Antlitz des entstandenen jüdischen Gemeinwesens, das ihren allzu hochtrabenden idealistischen Hoffnungen und Sehnsüchten nicht gerecht wurde. Zwar wurde Israel kein zweites Albanien, aber auch nicht das Zentrum der Menschheit, wie Buber\* einstmals erhoffte; ja nicht einmal ein Musterstaat, der als Vorbild für die Völkerwelt dienen konnte. Aber die augenscheinliche Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit hatten auch Zionisten anderer Landsmannschaften schmerzlich verspürt. Einige deutsche Zionisten drückten in der Rückschau – berechtigterweise – sogar ihre Befriedigung aus, dass ihre politischen Konzepte nicht die Prüfung an der Realität antreten mussten.<sup>966</sup> Aber selbst in diesem Scheitern zeitigten sich Erfolge. Der *Alija Chadascha* gelang es temporär, die deutsche *Alijah* zu sammeln und ihr eine politische Heimat zu geben und vor allem diente sie für viele als Sprungbrett in die Parteienlandschaft (Erez) Israels. Über den vielleicht einzig gangbaren Umweg eines landsmannschaftlichen politischen Zusammenschlusses wurde so das zionistische Dogma des *Misug Galujoth* doch noch erfüllt. Aber der deutsche Zionismus stand in der letzten Stunde des deutschen Judentums für weit mehr als eine bloße politische Gruppierung. Er firmierte als Interessenvertreter der deutschen Juden, wirkte tatkräftig bei der Organisierung ihrer Auswanderung aus Deutschland mit und schrieb sich ihre ökonomische, kulturelle und politische Integration in *Erez Israel* auf die Fahnen. Und er tat letzteres mit der ihm eigenen Akribie und Gründlichkeit, die im *Jischuw* seinesgleichen suchte. Damit stützte er nicht nur den einzelnen Einwanderer auf seinem Weg der Akkulturation, sondern erfüllte auch eine immanent zionistische Aufgabe. Denn eine in weiten Teilen permanent desintegrierte deutsche beziehungsweise deutschsprachige *Alijah*

---

<sup>966</sup> Siehe dazu: Erel, Wurzeln, S.116-117, 253; Martin Buber, Zion und die Jugend. Eine Ansprache (Mai 1918), in: ders., Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.700-710, hier: 710; Segev, Ben Gurion, S.473; Die deutschen Juden im Schmelztiegel Israels – Vortrag von Dr. Ernst Simon im Leo Baeck Institut, 3. Oktober 1973, in: ESC, S.10.

hätte nicht nur den ohnedies brüchigen inneren Frieden im *Jischuw* gefährden, sondern auch direkt nach dem Krieg ein Heer von Auswanderungswilligen schaffen können. Die Forderung nach dem Judenstaat hätte dadurch wohl erheblich an Überzeugungskraft verloren. Von dieser Warte aus betrachtet, hatte sich der deutsche Zionismus bei seinem letzten Gang durchaus bewährt, denn er trug seinen Teil dazu bei, dass die neue *Alijah* nach langem Ringen ihren Platz in (Erez) Israel fand.

## Kurzbiographien deutschsprachiger Zionisten

---

**Salomon Adler-Rudel** wurde 1894 in Czernowitz geboren. Er führte eine handwerkliche Ausbildung durch und über die Station Wien, wo er zwischen 1915 und 1918 das Amt des Generalsekretärs der dortigen *Poale Zion* bekleidete, kam er 1919 nach Berlin. Dort war er ab 1919 führend im „Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands“ tätig, das sich vor allem mit der Unterstützung der östjüdischen Flüchtlinge in Deutschland befasste. Zu Recht wird Adler-Rudel als Pionier der jüdischen Sozialfürsorge bezeichnet, der einen modernen Typus jüdischer Sozialarbeit schuf. Ab 1934 bis zu seiner Ausweisung aus Deutschland durch die *Gestapo* im Jahre 1936 hatte er den Posten des Generalsekretärs der *Reichsvertretung* inne; danach ließ er sich in London nieder, wo er unter anderem als Administrator des „Central British Fund for German Jewry“ tätig war. Nach dem II. WK übersiedelte er nach Jerusalem und arbeitete dort für die *JA* und nach der Gründung des Leo-Baeck-Instituts als dessen Direktor in der Jerusalemer Niederlassung. Er verstarb am 14. November 1975.

Dr. **Chaim Viktor Arlosoroff** wurde 1899 im ukrainischen Romny geboren; er und seine Familie wanderten Anfang des 20. Jahrhundert nach Deutschland ein. Er war einer der Begründer des deutschen *Hapoel Hazair* während des 1. Weltkriegs. Nach Beendigung seines Studiums der Wirtschaftswissenschaften wanderte er 1924 nach *Erez Israel* aus. Dort wurde er zu einer der bedeutendsten Arbeiterführer und war ab 1931 bis zu seiner Ermordung am Strand von Tel Aviv im Juni 1933 Mitglied der Exekutive der *JA*.

Dr. **Elias Auerbach** wurde 1882 in Ritschenwalde geboren und zog dann mit seiner Familie nach Berlin, wo er nach Beendigung der Schule ein Medizinstudium absolvierte. Er war einer der Begründer der zionistischen Studentenverbindung Hasmonäa. Im Jahr 1903 nahm er erstmals an einem Zionistenkongress teil. Schon 1909 wanderte er nach *Erez Israel* aus und ließ sich als Arzt in Haifa nieder. Mit Ausnahme der kurzen Zeitspanne im 1. WK und nochmals Anfang der 1930er Jahre blieb Auerbach zeitlebens in Haifa ansässig. Er war schon in den 1920er Jahren in der *Kehillah* Haifa aktiv und engagierte sich nach der Begründung der *HOG* führend in ihrer Haifaer *Snif*. Nach Begründung der *Alija Chadascha* war er ihr Vizepräsident und vertrat sie in der *Assefath Haniwcharim*. Auerbach gehörte dem bürgerlichen Lager der

deutschen Zionisten an; er engagierte sich für *Achduth Haam* und vertrat dort den linksliberalen Flügel; er war einer der vehementesten Anhänger der binationalen Idee im Kreis der AC und ging nach dem Teilungsbeschluss des *Merkas* der AC im Juni 1947 in Opposition zu Rosenblüth\*. Aus Protest gegen die Vereinigungsbestrebungen der AC mit dem *Owed Zioni* trat er kurz vor ihrer letzten Landeskonferenz im August 1948 aus der *Hanhalah* der AC aus. Fortan betrat er nicht mehr die große Bühne der Politik. Im Jahre 1971 verstarb Elias Auerbach in Haifa.

Dr. **Aron Barth** wurde 1890 in Berlin geboren. Er studierte Jura und besuchte das Rabbinerseminar in Berlin. Barth war neben seinem Bruder Lazarus wohl der bedeutendste *Misrachist* der 1920er Jahre in Deutschland. Seit 1920 hatte er den Vorsitz des *Misrachi* in Deutschland inne. In dieser Zeit nahm er auch an allen Zionistenkongressen teil. 1933 wanderte er *Erez Israel* aus. Dort betätigte er sich weiterhin führend für den *Misrachi* und gehörte ab 1938 der obersten Leitung der Bank Leumi an. In der *HOG* engagierte er sich die ersten Jahre in der *Snif* Haifa; er zählte zu den resoluten Gegnern ihrer Politisierung und übernahm daher in den folgenden Jahren in ihr keine Führungsposition mehr. 1957 verstarb Barth in Tel Aviv.

**Lazarus Barth** wurde 1880 in Berlin geboren. Er besuchte das dortige Rabbinerseminar und arbeitete neben einer kaufmännischen Tätigkeit auch als Redakteur und Schriftsteller; unter anderem gab er die *Misrachi*-Monatsschrift *Zion* heraus. Er war für den *Misrachi* im Geschäftsführenden Ausschuss der *ZVfD* und ab 1929 Mitglied der Exekutive der Londoner *Agency*. 1933 wanderte er nach Palästina aus. Dort engagierte er sich an führender Stelle in der Tel Aviver *HOG* und gleichzeitig in der Synagogengemeinde *Ichud*. Er verstarb 1949 in Tel Aviv.

**Alfred Berger** wurde 1890 in Niederbreisig geboren. Berger hatte eine führende Position in der *Poale Zion* in Deutschland in den 1920er Jahren inne und war vor allem in der praktischen Sozialarbeit tätig. So trat er die Nachfolge von Fritz M. Kaufmann als Leiter und Organisator des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands“ an. Darüber hinaus fungierte er als Direktor des deutschen *Keren Hajessod* und war bis zu seiner *Alijah* im Jahre 1933 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der *ZVfD*. Er ließ sich in Jerusalem nieder

und leitete ab 1936 die Informationsabteilung der hebräischen Universität. Für die *Hitachduth* engagierte er sich sofort nach seiner Übersiedlung – als Vorstandsmitglied ihrer Jerusalemer *Snif* und im Präsidium der *HOG*. Anfang 1940 verstarb er in Jerusalem.

Prof. [Samuel] **Hugo Bergmann** wurde 1883 in der Dreivölkerstadt Prag geboren. Schon als junger Student engagierte er sich in der dortigen zionistischen Studentenverbindung *Bar Kochba*. Im Jahre 1920 immigrierte er nach *Erez Israel* und übernahm dort als erster Direktor den Aufbau der jüdischen National- und Universitätsbibliothek zu Jerusalem. Im Jahre 1928 trat er dann eine ordentliche Professur der Philosophie an der Jerusalemer Universität an und 1936 wurde er zum Rektor der Universität gewählt. Er wirkte in den ersten Jahren nach dem I. WK für den *Hapoel Hazair* und war 1925 Mitbegründer des *Brith Schalom*. In der politischen Sphäre engagierte er sich auch in den folgenden Jahrzehnten für die jüdisch-arabische Verständigung. Er war sowohl führend in der 1939 ins Leben gerufenen „Liga für jüdisch-arabische Annäherung und Zusammenarbeit“ aktiv sowie dann in Jehuda L. Magnes politischer Vereinigung „*Ichud*“. Er verstarb am 18. Juni 1975 in Jerusalem.

Dr. **Moritz Bileski** wurde 1889 in Frankenstein geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und entwickelte sich nach dem Studium zum Spezialisten des internationalen Völkerrechts. Bileski engagierte sich führend in der zionistischen Studentenbewegung und dann in der *ZVfD*. Politisch war er dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* zu verorten, für die er ab 1927 im *Aktions-Komitee* saß. Erstmals wanderte er im Jahre 1924 mit seiner Familie nach Palästina aus, musste jedoch von einer schweren Krankheit gezeichnet zwei Jahre später nach Deutschland zurückkehren. 1933 ließ er sich endgültig in Haifa als Rechtsanwalt nieder und trat später in den Stab der General Mortgage Bank ein. Bileski engagierte sich führend im palästinensischen *Kartell* und in der *Hitachduth* und war Mitbegründer von *Achduth Haam*. Er übernahm jahrelang einen Vorstandsposten in der *Snif* Haifa und saß im Präsidium der *HOG*. Als resoluter Gegner ihrer Politisierung lehnte er aber ein Engagement für die *Alija Chadascha* grundsätzlich ab. 1946 verstarb Bileski nach kurzer schwerer Krankheit in Tel Aviv.

**Kurt Blumenfeld** wurde 1884 im ostpreußischen Marggrabowa geboren. Er studierte Rechtswissenschaften, beschrift dann aber als Parteisekretär der *ZVfD* ab dem Jahre 1909 eine Funktionärslaufbahn. In den 1920er Jahren stieg er zur unumstrittenen Führungsperson des



deutschen Zionismus auf. Seine Theorie des postassimilatorischen Zionismus, in der die individuell wahrgenommene „Judenfrage“ den zentralen Angelpunkt darstellte und seine palästinazentrische Ausrichtung beeinflussten eine ganze Generation deutscher Zionisten. Ab 1924 bis zu seiner *Alijah* im Jahre 1933 war er Vorsitzender der *ZVfD*. Auch im Weltzionismus hatte er zu dieser Zeit gewissen Einfluss, unter anderem war er einer der Gründungsväter des *Keren Hajessod*, den er später mit viel Elan in Deutschland etablierte. In *Erez Israel* konnte Blumenfeld, der dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* zuzurechnen war, allerdings politisch nicht mehr wirklich Fuß fassen. Die unter seiner Führung offiziell 1934 begründete Partei *Kidmah* blieb zeit ihres kurzen Bestehens nahezu erfolglos. Ab Mitte der 1930er Jahre widmete er sich dann insbesondere den Geschicken der *HOG* und trat den Vorsitz ihres Präsidiums an, den er bis zu seiner Abreise in die Vereinigten Staaten im Jahre 1939 innehatte. Dort betätigte er sich bis zum Kriegsende als Propagandist der *Keren Hajessod*. Nach seiner Rückkehr nach Jerusalem betrat er nicht mehr die große politische Bühne, sondern fungierte nur noch als Mahner und Kritiker der *AC*. Er stützte dabei als überzeugter Judenstaatler Rosenblüths\* Kurs und wurde zum scharfen Kritiker des Landauer\*-Lagers. Im Jahre 1963 verstarb Blumenfeld in Jerusalem.

Prof. **Martin Buber** wurde 1878 in Wien geboren. Er studierte Philosophie, Germanistik und Psychiatrie und entwickelte sich über die Jahrzehnte zu einem bedeutenden Religionsphilosophen seiner Zeit. Ende der 1890er Jahre wandte er sich dem Zionismus zu. Er war Mitbegründer der „Demokratischen Fraktion“, die auf den Zionistenkongressen eine kulturzionistische Richtung vertrat. Nach einigen Jahren aktiver politischer Tätigkeit zog er sich jedoch wieder vom politischen Tagesgeschäft zurück. Während des I. *WK* und der unmittelbaren Nachkriegszeit betrat er dann von Neuem die öffentliche politische Bühne; er engagierte sich für den *Hapoel Hazair* und betonte schon zu dieser Zeit den Gedanken einer arabisch-jüdischen Verständigung. Jenen vertrat er zeit seines Lebens und nach seiner *Alijah* im Jahre 1938 war er ein führendes Mitglied der 1942 gegründeten politischen Gruppierung „Ichud“. Beruflich übernahm er eine Professur an der Hebräischen Universität. Er verstarb 1965 in Jerusalem.

Dr. **Benno Cohn** wurde 1894 in einer Kleinstadt in Oberschlesien geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Breslau und engagierte sich dort für den zionistischen Jugendbund

Blau-Weiss, in dem er in den 1920er Jahren in dessen Bundesleitung eine führende Stellung einnahm. Nach der Auflösung des Bundes betätigte er sich neben seiner Anwaltstätigkeit in Berlin vor allem für die „Berliner Zionistischen Vereinigung“. Als 1933 Blumenfeld\* und mit ihm nahezu die gesamte Führung der *ZVfD* nach *Erez Israel* immigrierten, übernahm mit Cohn eine neue Generation die Leitung der *Zionistischen Vereinigung*; er trat in ihre Geschäftsführung ein, die er sich ab 1934 mit Franz Meyer\* und dann mit Hans Friedenthal\* teilte. Anfang 1939 immigrierte schließlich auch Cohn nach Palästina. Nach seiner Übersiedlung übernahm er als stellvertretender Geschäftsführer des *Merkas* der *HOGOA* sofort wieder Verantwortung. Cohn war politisch im bürgerlichen Zionismus beheimatet und einer der Stützen des Lagers um Rosenblüth\* in der *Alija Chadascha*. Er ging mit ihm auch den Weg der Progressiven Partei mit und saß für jene in der Knesseth, blieb aber weiterhin ein Aktivposten im *Irgun*; 1975 verstarb Cohn.

**Erich Cohn** wurde 1887 geboren und schlug eine Juristenlaufbahn ein. In seiner Studentenzeit in Berlin begann seine zionistische Laufbahn – er betätigte sich führend im „Bund Jüdischer Kooperationen“ und dann im *Kartell*; er redigierte die Zeitschriften „Der jüdische Student“ und „Der jüdische Wille“ und war Präsidiumsmitglied des *KJV*. Später trat er auch in den Landesvorstand der *ZVfD* ein, gehörte aber nie zum engsten Führungskreis der *ZVfD*. Nach der *NS*-Machtübernahme ließ er sich in Jerusalem nieder. In den ersten Jahren der *Hitachduth* war er noch in ihrer Jerusalemer *Snif* aktiv, zog sich aber zunehmend von diesem Engagement zurück. Er verstarb am 8. August 1962.

Dr. **Felix Danziger** wurde 1887 geboren und schlug eine medizinische Laufbahn ein. Seit seiner Studentenzeit war er aktiver Zionist und schloss sich dem zionistischen Jugendbund Blau-Weiss an. Er arbeitete zuerst als Chirurg in Berlin und dann in Hamburg, ehe er 1923 mit seiner Familie nach *Erez Israel* übersiedelte. Dort baute er in Jerusalem die erste orthopädische Klinik auf, die nach den arabischen Unruhen 1929 nach Tel Aviv verlegt wurde; schon in den 1920er Jahren war er ein scharfer Kritiker der Politik der *ZVfD*, der er eine zu große Nähe zum *Brith Schalom* attestierte. Er war einer der Mitbegründer der *HOG*, befand sich aber zunehmend in Opposition zu deren Führung. Er vertrat eine ausgesprochen rechtsbürgerliche Position, die zu seiner Entfremdung mit der *HOG* führte. Danziger verstarb kurz nach der Staatsgründung im Jahre 1948.

Dr. **Harry Epstein** wurde 1879 in Duisburg geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und war seit seiner Studienzeit in der zionistischen Bewegung aktiv. Er kämpfte schon vor dem I. WK für die Rechte der Ostjuden in der Duisburger Jüdischen Gemeinde. Nach dem Krieg gründete er das erste jüdische Arbeiter-Fürsorgeamt in Deutschland und den Gruppenverband Rechtsrheinland und Westfalen der *ZVfD* mit. Nach der *NS*-Machtübernahme wanderte er mit seiner Familie nach *Erez Israel* aus und ließ sich in Jerusalem nieder. Er engagierte sich in der dortigen *Snif* der *HOG* und war für sie im *Waad* der Jerusalemer *Kehillah* aktiv. Er verstarb im Jahre 1973 in Jerusalem.

Dr. **Herbert Foerder** wurde 1901 im heutigen Berliner Stadtteil Charlottenburg geboren; er studierte Rechtswissenschaften und ließ sich als Anwalt in Berlin nieder. Seinen zionistischen Weg begann er wie so viele führende deutsche Zionisten im *Kartell*, in dem er bald an leitender Stelle stand; gleichzeitig fungierte er auch als Sekretär der *ZVfD*. Er wanderte 1933 in *Erez Israel* ein und engagierte sich sofort im Rahmen der *HOG*. Foerder war einer der Mitbegründer der Siedlungsgesellschaft *RASSCO*, der er auch fast zwei Jahrzehnte vorstand. Er gehörte schon in Deutschland dem Lager der *Allgemeinen Zionisten A* an und auch in Palästina blieb das linksbürgerliche Lager seine Heimat. Er war Mitbegründer von *Achduth Haam* und ab 1944 als Abgeordneter der *AC* im *Waad Leumi*. Im Kampf um die politische Linie der *AC* stand er im Lager Rosenblüths\*. Nach der Staatsgründung saß er für die Progressive Partei in der *Knesseth*, engagierte sich aber weiterhin für den *Irgun*. Ende der 1950er Jahre übernahm er die Leitung der Bank *Leumi*. Am 10. Juni 1970 verstarb Herbert Foerder in Tel Aviv.

Dr. **Hans Friedenthal** wurde 14. Januar 1900 in Posen geboren; sein in Berlin/Heidelberg begonnenes Medizinstudium brach er nach dem I. WK ab, da er als überzeugter Aktivist des Blau-Weiss den Weg der zionistischen Verwirklichung gehen wollte. Nach seiner *Hachscharah* wanderte er im Jahr 1920 nach *Erez Israel* aus. Er wirkte dort im Rahmen der Tel Aviver Blau-Weiss Werkstätten in einer Gärtnerei. Malariafälle in seiner Familie zwangen ihn 1928 zur Rückkehr nach Deutschland. Dort nahm er wieder sein Medizinstudium auf und engagierte sich in der *Makkabi*-Bewegung, deren Präsident er schließlich wurde und in der *ZVfD*. Ab 1936 fungierte er neben Benno Cohn\* bis zu seiner *Alijah* im Dezember 1938 als geschäftsführender Vorsitzender der *ZVfD*. Als *Makkabi*-Repräsentant trat er 1941 auch in den *Merkas* der *Hitachduth* ein und verblieb dort auch nach der Gründung der *AC*. Er gehörte dem

bürgerlichen Lager an und war ein teils scharfer Kritiker der Politik der AC. Beruflich arbeitete er in der Kriegszeit im Auftrag der JA in der *Gijus*-Bewegung und nach dem Krieg kehrte er wieder in den medizinischen Bereich zurück. Ab den 1950er Jahren leitete er zwei Krankenhäuser in Jaffa. Er verstarb mit 88 Jahren in Israel.

Dr. **Sigmar Ginsburg** wurde 1892 in Karlsruhe geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und ließ sich in Königsberg nieder. Er wurde dort zu einer der führenden zionistischen Persönlichkeiten und engagierte sich bis zu seiner *Alijah* im Jahre 1933 besonders im Rahmen des *Kartells*. In der *Hitachduth* nahm er in den folgenden Jahren eine führende Position ein. Er war Mitglied ihres *Merkas* und Präsidiums. Schon in Deutschland gehörte er dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* an und trat als Generalsekretär der bürgerlich ausgerichteten Partei *Achduth Haam* Ende der 1930er Jahre in Erscheinung. In den 1940er Jahren übernahm er sowohl im *Irgun* als auch in der AC Verantwortung. Er verstarb im Jahre 1956 in Israel.

Dr. **Nachum Goldmann** wurde im heutigen weißrussischen Wischnowo im Jahre 1894 geboren. Mit seinen Eltern wanderte er im Kindesalter nach Frankfurt a.M. aus; er studierte Rechtswissenschaften und Philosophie und schloss sich der zionistischen Studentenbewegung an; in den 1920er Jahren war er einer der führenden Persönlichkeiten im deutschen Zionismus; er war Mitglied der radikalen Fraktion der *Allgemeinen Zionisten* und stand (oft) in Opposition zu Blumenfelds\* politischer Linie in der *Zionistischen Vereinigung*. In den 1930er Jahren entwuchs er dem deutschen Zionismus und entwickelte sich zu einem zionistischen Diplomaten ohne Staat. Er vertrat die JA beim Völkerbund in Genf und war einer der Mitbegründer des „World Jewish Congress“ im Jahre 1936. Während der Kriegszeit hielt er sich in den Vereinigten Staaten auf und in der unmittelbaren Nachkriegszeit war er im Rahmen der JA am Kampf um den jüdischen Staat involviert. Er führte auch federführend die Verhandlungen mit Deutschland um ein Wiedergutmachungsabkommen, die im Jahre 1952 zum so genannten Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland auf der einen, und Israel und der „Jewish Claims Conference“ auf der anderen führten. Im gleichen Jahrzehnt trat er auch die Präsidentschaft der WZO und des „World Jewish Congress“ an. Goldmann verstarb während eines Kuraufenthalts in Bad Reichenhall im August 1982.

Dr. **Arthur Hantke** wurde 1874 in Berlin geboren; er schlug eine Juristenlaufbahn ein und trat Mitte der 90er Jahre des ausgehenden 19. Jahrhunderts der zionistischen Bewegung bei. Hantke war wohl im besten Sinne ein zionistischer Bürokrat, der sowohl in der Weltbewegung wie auch in der *ZVfD* in der Zeit vor dem I. WK eine sehr bedeutende Rolle spielte. Ab 1910 fungierte er für ein Jahrzehnt als Präsident der *ZVfD* und im Jahre 1911 trat er ins engeren *Aktions-Komitee* der *WZO* ein. Nach seinem Rücktritt vom Vorsitz der *ZVfD* übernahm er die Leitung der zentraleuropäischen Abteilung des *Keren Hajessod*. Nach seiner *Alijah* im Jahre 1926 leitete er dann mit Leib Jaffe das Hauptbüro des *KH* in Jerusalem. Mit der *KH*-Arbeit blieb er auch in den folgenden Jahrzehnten eng verbunden. Für die *Hitachduth* engagierte er sich seit ihrer Gründung, blieb – wohl auch seinem Posten als Direktor des *KH* geschuldet – aber immer im Hintergrund. Parteipolitisch war er nicht gebunden, galt aber als loyaler Unterstützer der Politik der *Sochnuth*. Er verstarb am 11. Oktober 1955 in Jerusalem.

Dr. **Salli Hirsch** wurde in Heinrichswalde im Jahr 1885 geboren; er wirkte als Rechtsanwalt – zuerst in Halberstadt, dann in Berlin und schließlich in Jerusalem. Hirsch war ein führender Aktivist in der *ZVfD* und im *Kartell*; ab 1933 bis zu seiner *Alijah* im Jahre 1935 hatte er auch ein Vorstandsamt in der Berliner Jüdischen Gemeinde inne. Schon in Deutschland trat er für die arabisch-jüdische Verständigung ein und war Mitglied der im Jahre 1929 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik“ – das deutsche Pendant des *Brith Schalom*. Diesen Weg ging er auch in *Erez Israel* weiter; er schloss sich in den 1940er Jahren der Gruppe „Ichud“ um Magnes an und gab zeitweilig dessen Zeitung heraus. Politisch war er bei den *Allgemeinen Zionisten A* beheimatet und gehörte über lange Zeit als ihr Vertreter dem *Aktions-Komitee* an. Er engagierte sich nach seiner *Alijah* aber auch gleichzeitig in der *Hitachduth*. Da er einer der striktesten Gegner der Politisierung der *Hitachduth* war, stand er in den ersten Jahren der *Alija Chadascha* auch distanziert gegenüber. Erst in den letzten Jahren der Partei engagierte er sich für sie und war in der Endphase ein Unterstützer der Gruppe um Rosenblüth\* und der Partition; nach der Auflösung der *AC* trat er folgerichtig in die Progressive Partei ein; am 21.11.1950 verstarb er in Jerusalem.

Dr. **Gerhard Holdheim** wurde 1892 in Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und engagierte sich im zionistischen Bereich insbesondere für die *KH*-Arbeit und das *Kartell*. Darüber hinaus betätigte er sich als zionistischer Publizist und verfasste in den 1920er Jahren

einige zionistische Schriften, wie „Die theoretischen Grundlagen des Zionismus“ (1919); das „Zionistische Handbuch“ (1923) und „Palästina. Idee, Probleme, Tatsachen“ (1929). Im Jahre 1933 wanderte er nach *Erez Israel* aus. In den ersten Jahren wirkte er noch im Rahmen der „Deutschen Gruppe“ des *Keren Hajessod*, zog sich dann aber aus dem politischen Tagesgeschäft sukzessive zurück. Er verstarb am 13. Januar 1967 in Tel Aviv.

Dr. **Georg Josephthal** wurde am 9. August 1912 in Nürnberg geboren. Er trat mit 17 Jahren der zionistischen Bewegung bei und engagierte sich während seines juristischen Studiums in Heidelberg für das *KJV*. Nach der *NS*-Machtübernahme begann sein kometenhafter Aufstieg. Er übernahm die Führung des deutschen Landesverbandes des *Hechaluz*, wurde als jüngstes Mitglied in den Präsidialausschuss der *Reichsvertretung* gewählt und war einer der Träger der Jüdischen Jugendhilfe (*Jugend-Alijah*). Im September 1938 wanderte er nach *Erez Israel* aus. Er engagierte sich dort für die *Mapai* und war auch in den ersten Jahren in der *Hitachduth* aktiv. Nach der Staatsgründung war Josephthal als Leiter der Eingliederungsabteilung federführend in der Aufnahme und Integration der nun ankommenden Massen-*Alijah* tätig, übernahm den Posten des Generalsekretärs der *Mapai* und trat nach den Wahlen 1959 als Arbeitsminister in das Kabinett Ben-Gurions ein; später übernahm er dann das Wohnungsbau- und dazu noch das Entwicklungsministerium. Er verstarb während eines Erholungsurlaubes in der Schweiz im August 1962.

Dr. **Hans Kaufmann** wurde 1902 geboren; er studierte Rechtswissenschaften und engagierte sich in der zionistischen Jugend- und Studentenbewegung in Deutschland. Kaufmann nahm im zionistischen Jugendbund Blau-Weiss eine herausragende Stellung ein und auch im *Kartell*, dem er nach seiner *Alijah* im Jahre 1932 weiter die Treue hielt, stand er an führender Position. Nach seiner Einwanderung ließ er sich als Advokat in Tel Aviv nieder. Er übernahm in der *HOG* Anfang 1933 den Posten des Sekretärs und blieb auch in den folgenden Jahren im Führungskreis der *Hitachduth*. Politisch war er mit dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* verbunden und engagierte sich außerhalb des deutsch-zionistischen Rahmens insbesondere für den *Owed Zioni*. Zwar hatte er auch über Jahre in der *Hanhalah* der *AC* einen Sitz inne, geriet aber zunehmend in Opposition zu ihrer offiziellen Parteilinie. Kaufmann war daher einer der Initiatoren der innerparteilichen Opposition, die sich vor allem gegen den Flügel um

Landauer\* richtete. Nach der Staatsgründung engagierte er sich dann in der Progressiven Partei. Er verstarb am 23. März 1955 in Tel Aviv.

Dr. **Max Kollenscher** wurde in Samter (heute: Szamotuły) im Jahre 1875 geboren; er wirkte bis zu seiner *Alijah* im Jahre 1933 als Rechtsanwalt – zuerst in Posen und dann in Berlin. Insbesondere auf dem Gebiet des Minderheitenrechtes stellte Kollenscher eine anerkannte juristische Autorität dar. Auf diesem Gebiet engagierte er sich auch politisch; 1918 war er federführend an der Begründung des „Jüdischen Volksrates“ in Posen beteiligt, der die dortige jüdische Gemeinschaft organisieren und ihr rechtlich verankerte Minderheitenrechte im Kontext der Gründung der Zweiten Polnischen Republik sichern wollte. In seiner Zeit in Berlin trat er vor allem auf dem Gebiet der zionistischen Gemeindepolitik hervor. Er war Aktivist der *Jüdischen Volkspartei* und in der national-jüdischen Fraktion der Berliner Jüdischen Gemeinde aktiv und hatte ein Vorstandsamt in der Gemeinde inne. Darüber hinaus war er Anfang der 1920er Jahren führend in der deutsch-zionistischen Gruppe „Binjan Haarez“ tätig, die in *Erez Israel* die ökonomische Privatinitiative fördern wollte und sozialistisch-zionistischen Initiativen ablehnend gegenüberstand; die Gruppe befand sich damit in Opposition zur Hauptströmung im deutschen Zionismus. Nach seiner Übersiedlung nach Palästina ließ er sich in Tel Aviv nieder, war in der *HOG* aktiv und gründete die national-religiöse Vereinigung *Ichud* mit. Wie in Deutschland gehörte er auch in Palästina dem (rechts-)bürgerlichen zionistischen Lager an. Er verstarb am 16. März 1937.

Dr. **Max Kreutzberger** wurde am 31. Januar 1900 in Königshütte (Chorzów) in Oberschlesien geboren. Er studierte unter anderem Philosophie, Geschichte und Rechtswissenschaften. Mitte der 1920er Jahre schlug er jedoch den Weg der Sozialarbeit ein. Er war bis zu seiner *Alijah* Ende 1935 führend in der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ und dann in der *Reichsvertretung* aktiv. Sofort nach seiner Ankunft in *Erez Israel* übernahm er in der *HOG* den Posten des Generalsekretärs, den er dann auch in der *Alija Chadascha* innehatte. Er war einer der führenden Köpfe des Landauer\*-Lagers und in den letzten Tagen der *AC* ein energischer Gegner der Politik Rosenblüths\*. Nach der Auflösung der *AC* verließ er enttäuscht von der gewaltsamen Errichtung Israels das Land und entfernte sich in den folgenden Jahren vom Zionismus. Zuerst ging er im Auftrag der *Agency* für Wiedergutmachungsangelegenheiten nach Deutschland und dann in 1955 in die Vereinigten Staaten. Dort übernahm er wenig

später das Amt des Direktors des New Yorker Leo-Baeck-Instituts. Er verstarb 1978 im schweizerischen Locarno.

Dr. **Gustav Krojanker** wurde 1891 in Berlin geboren. Während seines Studiums der Volkswirtschaft trat er der zionistischen Bewegung bei. Er engagierte sich im *KJV* und sorgte in den Jahren bis zu seiner *Alijah* 1932 vor allem auf publizistischen Gebiet für Furore. Neben seinen Aktivitäten in der *HOG*, in *Kidmah* und *Achduth Haam* war er auch in *Erez Israel* vor allem publizistisch tätig. Er schrieb unter anderem für den *Haarez*, der *JWR* und fungierte bis zu seinem Tode 1945 als Chefredakteur der Wochenschrift *Amudim*.

Dr. **Josef Lamm** wurde 1899 in Galizien geboren und studierte Jura in Wien. Bis zu seiner *Alijah* nach dem „Anschluss“ Österreichs war er dort als Anwalt tätig. Beruflich blieb Lamm auch in *Erez Israel* im juristischen Bereich tätig – zuerst als Anwalt, dann als Staatsanwalt und nach der Staatsgründung als Richter. Seit seiner Jugend engagierte er sich für die *Poale Zion* und auch in der neu-alten Heimat blieb er der linkszionistischen Gedankenwelt treu. Er war als einer der wenigen österreichischen Juden führend in der *AC* und dem *Irgun* aktiv und gleichzeitig neben Landauer\* der zweitstarke Mann der *ACO*; im Jahre 1949 errang er bei den verfassungsgebenden Wahlen zur Knesseth auf der *Mapai*-Liste ein Mandat, blieb aber auch weiterhin bis zu seinem Tode 1976 eng mit dem *Irgun* verbunden.

Dr. **Georg Landauer** wurde 1895 in Köln geboren. Er studierte unter anderem Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Landauer verschrieb sich zeitlebens einer sozialistisch-humanistischen Ideenwelt. Er war einer der Mitbegründer der deutschen Sektion des *Hapoel Hazair* und jahrelang führend für ihn aktiv. In der *ZVfD* bekleidete er das Amt des Generalsekretärs und war Mitglied ihres Geschäftsführenden Ausschusses. Zwischen 1926 und 1929 wirkte er in *Erez Israel* als Sekretär des Arbeitsdepartments des Jerusalemer *JA*. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland übernahm er die Leitung des Berliner *Palästina-Amtes*, die er bis zu seiner *Alijah* 1933 innehatte. Ende 1933 übernahm er den Posten des Geschäftsführers des Jerusalemer Büros der *Deutschen Abteilung* und engagierte sich darüber hinaus für die *Jugend-Alijah*. Neben seinen Aktivitäten als *Mapai*-Aktivist übernahm er ab Mitte der 1930er Jahre auch in der *Hitachduth* mehr Verantwortung. Er saß für die *HOGO* ab 1939 im *Waad Leumi* und war nach der Gründung der *AC* neben Rosenblüth\* ihr führender Kopf. In



den Reihen der AC war er wohl der schärfste Kritiker des Kurses Ben-Gurions und in den letzten Monaten der *Alija Chadascha* führte er die Opposition gegen die politische Linie Rosenblüths\* an. Nach der Auflösung der AC übernahm er den Vorsitz des *Irgun* und kehrte nach seinem zwischenzeitlichen Austritt aus der *Mapai* 1943 wieder in den Schoß der Arbeiterpartei zurück. Enttäuscht von den politischen Entwicklungen in Israel verließ er 1953 das Land und verstarb am 4. Februar 1954 in New York.

Dr. **[Alfred] Abraham Landsberg** wurde 1887 in Wiesbaden geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und ließ sich als Anwalt in Wiesbaden nieder; dort wirkte er auch als Zionist in führender Stellung. Auf dem 19. Delegiertentag der *ZVfD* übernahm er das Amt des Vorsitzenden der Vereinigung. 1932 wanderte er nach *Erez Israel* aus und engagierte sich in den ersten Jahren führend in der *HOG*. In diesem Rahmen war er insbesondere für das mittelständische Siedlungswerk der deutschen *Alijah* verantwortlich und fungierte neben Foerder\* als Leiter der *RASSCO*. 1941 kehrte er dann in sein angestammtes Berufsfeld zurück und wirkte als Advokat in Tel Aviv. Er gehörte dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* an und war ein entschiedener Gegner der Politisierung der *Hitachduth*; nach der Gründung der AC stieß er zum innerparteilichen Lager der Opposition um Kaufmann\* hinzu. Er verstarb am 1. August 1964 in Tel Aviv.

Dr. **Hermann Lelewer** wurde 1891 in Posen geboren und arbeitete nach seinem Studium der Rechtswissenschaften als Anwalt in Berlin. 1934 wanderte er nach *Erez Israel* aus, wo er seine Rechtsanwaltschaftigkeit fortführte. Schon in Deutschland war er neben seinem Engagement für die *ZVfD* ein Aktivist der *Makkabi*-Bewegung. Er war Präsident des *Makkabi*-Weltverbandes, organisierte die Makkabiade 1932 mit und gehörte Anfang der 1920er Jahre zur der von Kollenscher\* angeführten rechts-bürgerlichen Opposition gegen die offizielle Linie der *ZVfD*. Weiterhin fungierte er zwischen 1919 und 1920 als Präsident des *Kartells* und war in der *Jüdischen Volkspartei* aktiv; auch in seiner neuen Heimat war er in der *Makkabi*-Bewegung präsent und engagierte sich für den *Ichud Schiwath Zion*. In der AC hatte er einen Sitz in der *Hanhalah*; er trat bei den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* 1944 jedoch auf der Liste des *Makkabi* an, für den er ein Mandat errang und bis zu seinem Tod im Jahre 1946 in der *Assefath Haniwcharim* vertrat.

Dr. **Ernst Lewy** wurde in Freiburg im Breisgau im Jahre 1896 geboren und schloss sich als Student der zionistischen Bewegung an. Als einer der wenigen *KJVer* wanderte er schon im Jahre 1924 nach *Erez Israel* aus und ließ sich als Orthopäde in Tel Aviv nieder; er war nicht nur Mitbegründer der *HOG*, sondern in den ersten Jahren die treibende Kraft der Organisation. Im Zuge der Auseinandersetzungen um Führungspositionen und die Politisierung der *HOG* in den Jahren 1935-1936 verlor Lewy aber seine führende Position. Von nun an widmete er sich vor allen Dingen den sozialen Aufgaben der *Hitachduth*, blieb aber weiterhin in ihrem erweiterten Führungskreis und später in dem des *Irgun* aktiv. Im Jahre 1963 verstarb er nach schwerer Krankheit.

Dr. **Richard Lichtheim** wurde 1885 in Berlin geboren. Er studierte erst Medizin und dann Nationalökonomie, entschied sich aber für eine zionistische Laufbahn. Lichtheim war einer der prägendsten Figuren der zweiten Generation des deutschen Zionismus. Eine Zeit lang agierte er als Chefredakteur des zionistischen Zentralorgans „Die Welt“ und ging dann im Auftrag der *WZO* im Jahre 1913 nach Konstantinopel. Dort fungierte er als vielleicht erster zionistischer Diplomat der Weltorganisation und verhinderte unter anderem nach dem Eintritt der Türkei in den I. *WK* die Ausweisung palästinensischen Juden russischer Abstammung. Nach dem Krieg war er in den Jahren 1921-1923 Mitglied der Londoner Exekutive der *JA*, trat aber aus Opposition zur Politik Weizmanns zurück. Mitte der 1920er Jahre schloss er sich dann der revisionistischen Bewegung an, in der er in Deutschland zu ihrer zentralen Figur aufstieg. Nach der *NS*-Machtübernahme wanderte er nach *Erez Israel* aus und baute sich dort eine Existenz im Versicherungswesen auf. Seiner eigenen Darstellung nach trennte er sich auch zu dieser Zeit von der revisionistischen Bewegung. Kurz vor Kriegsbeginn übernahm er das Genfer Büro der *WZO* mit der Aufgabe, die Entwicklung der Lage der Juden in Europa zu beobachten und mögliche Hilfestellungen zu leisten. Im Jahre 1946 kehrte er nach *Erez Israel* zurück und engagierte sich für die *Alija Chadascha*. Als Rosenblüths\* Vertrauter sollte er seine Linie im *Mitteilungsblatt* zur Geltung bringen. Nach der Staatsgründung fand Lichtheim kein politisches Betätigungsfeld mehr. Er verstarb am 29. April 1963 in Jerusalem.

Prof. **Heinrich Löwe** wurde am 11. Juli 1869 in Wanzleben bei Magdeburg geboren. Er studierte ab 1889 Geschichte und orientalische Sprachen in Berlin. Löwe war einer der Väter des deutschen Zionismus. Er begründete unter anderem den „Russisch-jüdisch-

wissenschaftlichen Verein“ 1889, „Jung-Israel“ 1892 und die „Berliner Zionistische Vereinigung“ im Jahre 1898 mit. Als palästinensischer Delegierter nahm er am ersten Zionistenkongress in Basel teil. Neben seiner Arbeit als Bibliothekar in Berlin wirkte er vor allem als Publizist und Propagandist für den Zionismus. Er redigierte beispielsweise die „Zionistische Volkszeitung“ und die *Jüdische Rundschau*. 1933 wanderte er nach *Erez Israel* aus und trat das Amt des Direktors der Tel Aviver Stadtbibliothek an, das er bis zu seinem Ruhestand 1948 bekleidete. Er war einer der Mitbegründer der Synagogengemeinde *Ichud*, für die er bis ins hohe Alter wirkte. Professor Löwe verstarb Anfang August 1951 in Tel Aviv.

Dr. **Fritz Löwenstein** wurde 1892 in Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und ging durch die Schule des *Kartells*. Während der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit war er Sekretär der *ZVfD* und redigierte der *Jüdische Rundschau*. 1924 ließ er sich als Rechtsanwalt in *Erez Israel* nieder, kehrte aber Ende der 1920er Jahre aus ökonomischen Gründen nach Deutschland zurück. Noch vor der *NS*-Machtübernahme wanderte er zum zweiten Mal nach Jerusalem aus und betätigte sich dort bis 1948 als Anwalt. In der *Hitachduth* engagierte er sich im Jahre 1933 als deren Generalsekretär und war Mitglied des Vorstandes ihrer Jerusalemer *Snif*. Löwenstein gehörte schon in Deutschland dem Lager des Arbeiterzionismus an und war nach seiner *Alijah Mapai*-Aktivist. Er bekämpfte an vorderster Front die Politisierung der *Hitachduth* und zog sich Anfang der 1940er Jahre aus ihr zurück. Nach der Staatsgründung wurde er zum Richter ernannt. Er verstarb 1964 in Jerusalem.

**Kurt Löwenstein** wurde 1902 in Breslau geboren. Er studierte Nationalökonomie und engagierte sich in den 1920er Jahren für den sozialistisch-zionistisch ausgerichteten „Jung-Jüdischen Wanderbund“ und wurde 1928 Sekretär für die sozialistische „Liga für das arbeitende Palästina“. Zu dieser Zeit schrieb er auch schon für die *JR*, in deren Redaktion er 1933 eintrat. Nach dem Verbot der *JR* 1938 wanderte er nach *Erez Israel* aus und arbeitete dort bis zu seinem Tode 1971 fast durchgängig in der Redaktion des *Mitteilungsblattes* mit. Seinen humanistisch-sozialistische Einstellung blieb er auch in der neuen Heimat treu und engagierte sich vor allem für die *ACO*. Er gehörte dem Kreis um Landauer\* an und war ein Kritiker des Rosenblüth\*-Kurses in den letzten beiden Jahren der *Alija Chadascha*.

Dr. **Georg Lubinski** wurde 1902 in Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Berlin und Frankfurt und übernahm dann ein Richteramt. 1933 musste er aus dem Amt ausscheiden und engagierte sich fortan im Rahmen der *Reichsvertretung* und der Berliner „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ auf sozialem Gebiet. 1938 wanderte er nach Palästina aus. Er gehörte in Deutschland dem sozialistisch-zionistischen Lager an und engagierte sich auch nach seiner *Alijah* im Rahmen der *Mapai*. In der *HOGOA* war er Mitglied ihres Präsidiums, zog sich jedoch im Zuge der Begründung der *AC* aus diesem politischen Kreis zurück. Seit Ende 1939 fungierte er Leiter der Sozialabteilung des *Waad Leumi*. Nach der Staatsgründung engagierte er sich unter anderem führend im nationalen Versicherungsinstitut „*Hamossad Lebituach Leumi*“. Er verstarb 1974 in Israel.

**Gerda Luft**, geborene Goldberg, wurde im Jahre 1898 in Königsberg geboren. Sie studierte in Königsberg und dann Berlin, wo sie Chaim Arlosoroff\* kennenlernte und sich dem Zionismus zuwandte. Luft wurde eine der Führungspersönlichkeiten der deutschen Sektion des *Hapoel Hazair*. Arlosoroff\* und Luft heirateten und wanderten 1924 nach *Erez Israel* aus. Die Ehe zerbrach und sie heiratete dann Zwi Luft. 1925 übernahm sie die Palästina-Berichterstattung für die *JR*, die sie bis zum Verbot des Blattes 1938 fortführte. Sie engagierte sich nach der Begründung der *HOG* führend in deren Gremien und auch in der *Alija Chadascha* war sie in der *Hanhalah* vertreten. Politisch stand sie dem Arbeiterzionismus nahe, trat aber nach der Fusion von *Achduth Haawodah* und *Hapoel Hazair* – aus politischer Überzeugung – nicht in die *Mapai* ein. In der *AC* stand sie fest an der Seite ihres Freundes Landauer\* und war eine resolute Gegnerin des Partitionsbeschlusses der *AC* vom Juni 1947. Ebenso sprach sie sich gegen den Zusammenschluss der *AC* mit dem *Owed Zioni* und Teilen der *Allgemeinen* aus und trat im August 1948 aus Protest gegen die Fusionspolitik aus der *Hanhalah* der *Alija Chadascha* aus. In den Jahren nach der Staatsgründung arbeitete sie weiter vornehmlich als Journalistin – unter anderem für die *Jerusalem Post*, den *Londoner Economist* und für das *Mitteilungsblatt*. Sie verstarb in Mai 1986 in Tel Aviv.

**Josef Mahrer** wurde 1901 geboren und wuchs in Wien auf. Er ließ sich zum Bauingenieur ausbilden und engagierte sich für den Zionismus im Rahmen der Jugendbewegung Blau-Weiss. 1932 wanderte er nach *Erez Israel* aus. Beruflich arbeitete er in den ersten Jahren in verschiedenen Bereichen, unter anderem zusammen mit der Architektin Lotte Cohn, bis er

schließlich 1943 eine Anstellung bei der *RASSCO* fand. Politisch neigte Mahrer schon in seinen Wiener Tagen dem Arbeiterzionismus zu und war dann nach seiner *Alijah* auch Mitglied der *Mapai*. Er engagierte sich auch in der *HOA* und war einer der Befürworter ihrer Fusion mit der *HOG*. Mahrer gehörte nach dem Zusammenschluss der so genannten „Österreichischen Kommission“ der *HOGO*A an und hatte einen Sitz im Präsidium der *Hitachduth*; er engagierte sich auch für den *Irgun*. Er verstarb im Jahre 1983.

Dr. **Franz Meyer** wurde am 26. Dezember 1897 in Breslau geboren. Nach dem Abschluss seines Philosophiestudiums studierte er noch Soziologie und Naturwissenschaften. Schon in früher Jugend schloss er sich dem Blau-Weiss an und während seiner Studienzeit dem Breslauer *KJV*. Er war für das jüdische Arbeitsamt in Berlin tätig und Vorstandsmitglied der Breslauer Jüdischen Gemeinde. Nach der *NS*-Machtübernahme rückte er in die enge Führungsriege der *ZVfD* auf; er wurde Leiter des Berliner *Palästina-Amtes*, geschäftsführender Vorsitzender der *Zionistischen Vereinigung* und Mitglied des Präsidiums und später Mitgeschäftsführer der *Reichsvertretung*. Nach seiner *Alijah* Anfang 1939 hatte er bis zu seiner Anstellung im Staatsdienst 1948 ökonomisch schwierige Jahre zu überstehen. Er gehörte schon in Deutschland dem bürgerlichen zionistischen Lager an. In der *Hitachduth* übernahm er sofort nach seiner *Alijah* eine führende Position und auch in der *AC* war er aktiv. Nach der Begründung Israels engagierte er sich parteipolitisch nicht mehr; er fungierte aber als Präsident des *Kartells* und der „Menorah-Loge“, saß im Präsidium des *Irgun* und war Board-Mitglied des Jerusalemer Leo-Beack-Instituts. Im Mai 1972 verstarb Franz Meyer.

Prof. **Julius Moses** wurde 1869 in Altdorf in der Pfalz geboren. Er war als Weggenosse Herzls ein Zionist der ersten Stunde und Teilnehmer der ersten Zionistenkongresse. Beruflich arbeitete er als Arzt, Heilpädagoge und Jugendpsychiater und lehrte an der Universität Heidelberg. Moses war Mitglied des Zentralkomitees der *ZVfD* und Vorsitzender der Mannheimer zionistischen Ortsgruppe. Über den zionistischen Rahmen hinaus war er schon in Deutschland eine Integrationsfigur. Er hatte den Vorsitz der Mannheimer Jüdischen Gemeinde inne und saß im Oberrat der badischen Juden. Nach der *NS*-Machtübernahme wanderte er nach *Erez Israel* aus. Neben seinen dortigen vielfachen sozialen Tätigkeiten engagierte er sich in der Tel Aviver *Snif* der *Hitachduth* und im Vorstand des *Ichud Schiwath Zion*. Im Juli 1945 verstarb er in Tel Aviv.

Dr. **Siegfried Moses** wurde am 3. Mai 1887 in Lautenburg geboren. Schon als Jugendlicher schloss er sich der zionistischen Bewegung an und nach dem Beginn seines Studiums der Rechtswissenschaften wurde er Mitglied des „Bundes Jüdischer Kooperationen“; er redigierte auch dessen Presseorgan „Der Jüdische Student“. Nach dem I. WK gehörte er zum engen Führungszirkel der *ZVfD*; zwischen 1923 und 1929 lebte er in Zwickau und arbeitete in der juristischen Abteilung und als Administrativdirektor im Schocken-Konzern. Danach ließ er sich wieder in Berlin als Anwalt nieder und arbeitete auch als einer der ersten zugelassenen diplomierten Wirtschaftsprüfer. Nach der *Alijah* von Blumenfeld\* 1933 übernahm Moses die Präsidentschaft der *Zionistischen Vereinigung* und wurde Vizepräsident der *Reichsvertretung*. Er hatte auch wesentlichen Anteil an der Realisierung des *Haawarah*-Abkommens mit dem NS-Staat. Nach seiner *Alijah* im Jahre 1937 ließ er sich in Tel Aviv nieder und wirkte – unter anderem im Rahmen der *Haawarah* – als Wirtschaftsprüfer. Sofort nach seiner Einwanderung trat er auch dem engen Führungszirkel der *Hitachduth* bei. Er assoziierte sich mit dem bürgerlichen zionistischen Lager und engagierte in der *Achduth Haam*; In der Zeit der *Alija Chadascha* gehörte er zum Kreis um Rosenblüth\*. Nach ihrer Auflösung fungierte er neben Landauer\* zuerst als Vizepräsident und dann zwei Jahrzehnte als Präsident des *Irgun*. Ab 1949 wurde er zum Amt des ersten State Comptroller Israels bestellt, dass er bis 1961 innehatte. Er verstarb im Jahre 1974 in Tel Aviv.

**Fritz Naphtali** wurde 1888 in Berlin geboren; er absolvierte eine kaufmännische Lehre und bestand dann das Examen zum Diplom-Kaufmann. Schon vor dem 1. WK trat er der SPD bei und gehörte dem reformistischen Flügel der Partei an. Er arbeitete in den folgenden Jahren als Journalist, Dozent, Gewerkschaftsfunktionär und Wirtschaftstheoretiker. Wohl während des Krieges kam er auch in Kontakt mit dem Zionismus und schloss sich dem sozialistischen Flügel der Bewegung an. Unter anderem war er ab 1928 Vorsitzender der „Liga für das arbeitende Palästina“ und knüpfte in dieser Zeitperiode auch erste Kontakte zur palästinensischen Arbeiterschaft. Nach einer kurzen Inhaftierung im Zuge der NS-Machtübernahme immigrierte er im Sommer 1933 nach *Erez Israel*. Er war wohl einer der ganz wenigen deutschen Zionisten, die – trotz erheblicher sprachlicher Anpassungsprobleme – sofort politisch Fuß fassen konnten. Als *Mapai*-Aktivist engagierte er sich im Tel Aviver Stadtrat (1937-1950) und wurde Ende der 1930er Jahre zum Leiter der Arbeiterbank der *Histadruth* bestellt. Sofort nach seiner *Alijah* engagierte er sich auch in der *Hitachduth*, zuerst in der Tel Aviver *Snif* und dann im

*Merkas* und Präsidium. Er war einer der konsequentesten Gegner ihrer Politisierung, arbeitete aber nach der Gründung der *AC* im Rahmen des *Irgun* weiter in führender Position. Nach der Staatsgründung war er zunächst für die *Mapai* Knesseth-Abgeordneter und gehörte dann auch in unterschiedlichen Funktionen den Regierungskabinetten Ben-Gurions an. Er verstarb im April 1961 in Tel Aviv.

Dr. **Meinhold Nussbaum** wurde am 16. November 1888 in Fulda geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und ließ sich als Anwalt in Nürnberg nieder. In seiner Studienzeit war er Aktivist des *Kartells* und dann Vorsitzender der Nürnberger zionistischen Ortsgruppe und im Landesvorstand der *ZVfD*; er gehörte in Deutschland dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* an; nach seiner *Alijah* 1933 ließ er sich in Tel Aviv nieder und nach der Ablegung des Zulassungsexamens 1934 arbeitete er dort als Advokat. In der *Hitachduth* stand er an führender Position: er war jahrelanger Vorsitzender der *Tel Aviver Snif* und im Präsidium der *HOG*; auch in der *AC* übernahm er eine Führungsposition und war Mitglied der *Hanhalah*. Im Jahre 1946 begab er sich im Auftrag des *Irgun* und der *Agency* in Angelegenheiten der Wiedergutmachung für drei Jahre nach Deutschland. Nach seiner Rückkehr ließ er sich wieder als Anwalt in Tel Aviv nieder und übernahm 1952 den Vorsitz des *Irgun*. Nochmals brach er im Frühjahr 1953 im Auftrag der israelischen Regierung als Leiter der Rechtsabteilung der Israel-Mission nach Deutschland auf. Dort verstarb er im September 1953 bei einem Verkehrsunfall in Köln.

**Georg Pape** wurde 1911 in Danzig geboren. In seiner Jugend engagierte er sich im Blau-Weiss und nach dessen Auflösung in einem lokalen Jugendbund in Breslau namens „Brith Habonim“. Nach der *NS*-Machtübernahme wurde Pape einer der Wortführer der sozialistisch-zionistisch Jugendbewegung und des deutschen *Hechaluz*. Nach seiner *Alijah* im Jahre 1935 schloss er sich der *Kibbuz*-Bewegung an. In den Kriegsjahren arbeitete er in der Presse- und Informationsabteilung der *Agency* in Tel Aviv und Jerusalem und seit der Staatsgründung im Auswärtigen Dienst, zuerst als Presse Attaché in Den Haag und dann als erster Sekretär der israelischen Botschaft in London. Er war aktiv in der *Hitachduth* tätig und als *Mapai*-Mitglied einer der Gegner der Politisierung der Organisation. Er verstarb nach schwerem Herzleiden in London im Jahre 1958.

Dr. **Ludwig Pinner** wurde am 2. Februar 1890 in Berlin geboren; schon als Gymnasiast schloss er sich der zionistischen Bewegung an und in seiner Studienzeit trat er der zionistischen Studentenverbindung Hasmonäa bei; er studierte in Berlin seiner zionistischen Überzeugung entsprechend Landwirtschaft und wurde der erste ausgebildete Agronom unter den deutschen Zionisten. Im Jahre 1921 wanderte er nach Palästina aus. Dort wirkte er vor allem im landwirtschaftlichen Sektor und wurde zum Vater der mittelständischen Kolonisation. Er begründete die *RASSCO* mit, leitete mit Schlomo Krolik die Landwirtschaftliche Abteilung der *HOG* und übernahm 1938 die Leitung der neu begründeten „Abteilung für Mittelstandsiedlung“ im Kolonisationsdepartment der *JA*. Pinner war auch einer der Begründer der *HOG* im Jahre 1932 und einer ihrer führenden Aktivisten in den folgenden Jahren. Er gehörte dem bürgerlichen Lager der deutschen Zionisten an und engagierte sich ebenso bei *Kidmah*, *Achduth Haam* und dann in der *Alija Chadascha*. Nach der Auflösung der *AC* folgte er Rosenblüth\* in die neu gegründete Progressive Partei. Er verstarb im Mai 1979 in Tel Aviv.

Dr. **Walter Preuss** wurde am 20. Januar 1895 in Berlin geboren. Er studierte Nationalökonomie und trat in Berlin der zionistischen Studentenverbindung Maccabäa bei; nach dem Krieg beendete er sein Studium und orientierte sich zur sozialistisch-zionistischen Arbeiterbewegung; unter anderem begründete er vor seiner *Alijah* im Jahre 1922 den deutschen Landesverband des *Hechaluz* mit. Er ließ sich dann in Jerusalem nieder und arbeitete unter Ben-Gurion als Leiter der statistischen Abteilung der *Histadruth*. In den folgenden 1940 Jahre arbeitete er in dieser Funktion und als Dozent der Tel Aviver und Jerusalemer Universität und veröffentlichte eine große Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten. Preuss war auch einer der Mitbegründer der *Hitachduth* und gehörte ihrem ersten Vorstand an. Er betätigte sich in ihrem Rahmen vor allem auf sozialpolitischem Gebiet. Trotzdem er ein überzeugter Parteigänger der *Mapai* war, befürwortete er vor Beginn des II. Weltkrieges eine gewisse Politisierung der *HOGO*A, um die Interessen der deutschen *Alijah* wahren zu können. Jedoch war er ein Gegner der Umwandlung der *Hitachduth* in eine politische Partei und nach der Begründung der *AC* wirkte er nur noch im *Irgun* an verantwortlicher Position. Walter Preuss starb im Jahre 1984 in Tel Aviv.

Dr. **Felix Rosenblüth** wurde am 1. Mai 1887 in Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und schoss sich zu jener Zeit der zionistischen Studentenverbindung an. Noch vor



dem I. WK wurde er mit seinem langjährigen Freund Kurt Blumenfeld\* einer der führenden Persönlichkeiten des deutschen Zionismus. In diese Zeit fiel auch die Begründung des Blau-Weiss, an der Rosenblüth\* maßgeblich beteiligt war. Nach dem Krieg übernahm er 1920 den Vorsitz der *ZVfD*, den er 1923 niederlegte und nach *Erez Israel* auswanderte. Drei Jahre später folgte er dann dem Ruf nach London, wo er das Organisations-Department der Londoner *Agency* übernahm. 1931 ließ er sich dann endgültig als Anwalt in *Erez Israel* nieder. Als Exponent der *Hitachduth* wurde er 1935 in die *Tel Aviver Irijah* gewählt, der er bis 1948 angehörte. In jenem Jahr trat er den Posten des Justizministers im neu gegründeten israelischen Staat an, den er über lange Jahre innehatte. Rosenblüth\* war einer der Mitbegründer der *Hitachduth* im Jahre 1932. Er gehörte schon in Deutschland dem (links-)bürgerlichen Lager des deutschen Zionismus an und war ein glühender Parteigänger des Herzlschen politischen Zionismus. Sowohl bei der Begründung von *Kidmah* als auch bei der von *Achduth Haam* war Rosenblüth\* beteiligt und auch innerhalb der *Hitachduth* und später der *Alija Chadascha*, in denen er in den 1940er Jahren jeweils den Vorsitz übernahm, vertrat er eine bürgerlich-zionistische politische Linie. Eigentlich ein Mann des innerparteilichen Kompromisses focht Rosenblüth\* nach dem Ende des II. Weltkrieges mit Landauer\* um die politische Grundausrichtung der *Alija Chadascha* – ein Kampf, den er schließlich für sich entschied und damit die *AC* ins Fahrwasser einer staatstragenden Gruppe führte. Auf seine Initiative vereinigte sich auch ein Teil der Aktivisten der *AC* mit dem *Owed Zioni* und den progressiven *Allgemeinen* im Herbst 1948 zur Progressiven Partei, deren Führungsgestalt er in den folgenden Jahren verkörperte. Rosenblüth\*, oder wie er sich zu jener Zeit bereits nannte, Pinchas Rosen verstarb am 3. Mai 1978 in Tel Aviv.

Dr. **Martin Rosenblüth** wurde im Jahr 1886 in Messingwerk-Finow geboren. Er studierte Philosophie und alte Sprachen und schloss sich wie sein Bruder Felix Rosenblüth\* in Jugendjahren der zionistischen Bewegung an. Er schlug den Weg des Beamten der *Zionistischen Organisation* ein: 1910 übernahm er das Sekretariat des *Aktions-Komitees* der *WZO* in Köln und trat während des Krieges den Posten des Direktors des Kopenhagener Büros der *WZO* an; Nach dem Krieg engagierte er sich führend als Organisator der *ZVfD* und ab Ende der 1920er Jahre noch dazu als Direktor des deutschen *KH*. Nach der *NS*-Machtübernahme ging er im Auftrag der *Zionistischen Vereinigung* nach London, um konstruktive Hilfe für das deutsche Judentum zu organisieren; unter anderem fungierte er dort als Leiter der Londoner

Zweigstelle der *Deutschen Abteilung*. Während des Krieges siedelte er in die Vereinigten Staaten über, wo er als Leiter der Informationsabteilung des „United Palestine Appeal“ in New York tätig war. Nach der Staatsgründung übernahm er dann die Vertretung des israelischen Finanzministeriums in den USA. Er verstarb 1963 in Tel Aviv.

Dr. **Julius Rosenfeld** wurde 1887 in Karlsruhe geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Königsberg; dort wurde er Mitglied im „Verein Jüdischer Studierender“ und betätigte sich im Rahmen der *ZVfD*; er arbeitete dann als Rechtsanwalt in Berlin und Karlsruhe und stieg in den Führungskreis der *Zionistischen Vereinigung* auf. Nach seiner Übersiedlung nach Palästina im Jahre 1933 ließ er sich in Jerusalem nieder und engagierte sich sofort für die Belange der deutschen *Alijah*. Er übernahm den Vorsitz der Jerusalemer *Snif* der *HOG* und dann den der dortigen *Alija Chadascha*. Rosenfeld ging 1948 den Weg Rosenblüths\* mit und trat in die Progressive Partei ein. Er verstarb nach schwerer Krankheit am 18. Januar 1949 in Tel Aviv.

**Eli Rothschild** wurde 1909 in Lübeck geboren; er studierte Geschichte und Germanistik und war ein aktives Mitglied des *Kartells*. Sofort nach der *NS*-Machtübernahme brach er sein Studium ab und wanderte nach *Erez Israel* aus. Er engagierte sich dort politisch zuerst als Sekretär der Jerusalemer *Snif* von *Achduth Haam*, dann in der Jerusalemer *HOG* und folgend in der *Alija Chadascha* als Sekretär für die *Moschawoth* und im Sekretariat der *ACO*. Nach der Staatsgründung arbeitete er nach seinem Armeedienst unter anderem für den *Irgun* und als Historiker für das Jerusalemer Leo-Baeck-Institut. Er verstarb im Jahre 1998 in Israel.

Dr. **Artur Ruppin** wurde am 1. März 1876 in Rawicz geboren. Er wurde Kaufmann in Magdeburg und studierte dann Natur- und Sozialwissenschaften; 1903 veröffentlichte er sein wegweisendes Buch „Die Juden der Gegenwart“; ein Jahr später übernahm er die Leitung des Büros des „Vereins für jüdische Statistik“ und gab dessen Vereinszeitung heraus. Im Jahre 1907 bereiste er erstmals Palästina und 1908 übernahm er die Leitung der neu begründeten ersten offiziellen Vertretung der *Zionistischen Organisation* in *Erez Israel*, das *Palästina-Amt* in Jaffa. Er beteiligte sich an der Begründung der ersten *Kwuzah* Degania und der Stadt Tel Aviv. Nach dem Krieg wurde Ruppin Leiter der Kolonisationsabteilung der „Zionistischen Commission“, dem Vorläufer der späteren Palästina-Exekutive und übernahm 1926 den Lehrstuhl für Soziologie an der Jerusalemer Universität; über lange Jahre gehörte er der

Exekutive der *JA* an. Ruppin war auch federführend an der Begründung des *Brith Schalom* im Jahre 1925 beteiligt und nach der *NS*-Machtübernahme trat er an die Spitze der *Jerusalemers Deutschen Abteilung*. Er war ein ausgesprochener Anhänger des so genannten praktischen Zionismus und insbesondere mit dem Kollektivsiedlungswerk des Arbeiterzionismus verbunden; nicht selten wird Ruppin daher als Vater des Siedlungswerkes in *Erez Israel* und noch dazu als Urheber der Soziologie des jüdischen Volkes titulierte. Er verstarb am 1. Januar 1943 in Jerusalem.

Dr. **Hugo [Hillel] Schachtel** wurde 1876 in Sulmirschütz geboren. Schon Mitte der 1890er Jahre wirkte er aktiv in der zionistischen Bewegung in Deutschland. Er war Zahnarzt und jahrelang Vorsitzender der Breslauer Ortsgruppe der *ZVfD*. Seine Leidenschaft galt nach der Gründung des *KKL* 1901 der Fonds-Arbeit, in der er in Deutschland führend tätig war. Politisch war er im Lager der *Allgemeinen* zu verorten. 1933 übersiedelte er nach Haifa und engagierte sich in der dortigen *Snif* der *HOG/HOGO*A und war aktiver Parteigänger der *AC*; darüber hinaus war er Präsident der „Bne-Brith-Loge“. Im Jahre 1949 verstarb er in Haifa.

**Salman Schocken** wurde am 29. Oktober 1877 in Margonim im preußischen Posen geboren. Er absolvierte eine kaufmännische Lehre und arbeitete im Warenhaus seines Bruders Simon Schocken; mit ihm baute er den Kaufhauskonzern Schocken auf, der 1932 19 Filialen in Deutschland besaß. Er war einer der führenden Unternehmer der Weimarer Zeit und daher auch Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Schocken verschrieb sich schon in frühen Tagen der nationaljüdischen Idee und wirkte schon in der Zeit vor dem I. Weltkrieg im deutschen und Weltzionismus. Darüber hinaus engagierte er sich als Mäzen der Wissenschaft und Kunst; er war ein Kenner der klassischen Literatur und Sammler seltener Bücher und Handschriften. 1929 gründete er das „Forschungsinstitut für hebräische Dichtung“ in Berlin und zwei Jahre später den Schocken-Verlag; beide Institutionen und auch die so genannte Schocken-Bibliothek wurden nach der *Alijah* von Salman Schocken im Jahre 1934 nach *Erez Israel* überführt. Zu dieser Zeit kaufte er auch den *Haarez*, der zum Grundstein seines dort errichteten Medienunternehmens wurde. In Jerusalem setzte er auch sein Wirken für die Hebräische Universität fort. Schocken, der dem Lager der *Allgemeinen Zionisten* zuzurechnen war, engagierte sich für *Kidmah* und *Achduth Haam* und war Präsidiumsmitglied der

*Hitachduth*. Anfang der 1940er Jahre übersiedelte er in die Vereinigten Staaten; Schocken verstarb im Jahre 1959 auf einer Reise in der Schweiz.

Dr. **David Werner Senator** wurde am 5. September 1896 in Berlin geboren; er studierte während der Kriegszeit – unterbrochen durch einen dreijährigen Militärdienst – Rechtswissenschaften, Landwirtschaft und Staatsrecht und beendete das Studium im Jahre 1920. Er wurde ein Aktivist des „Jüdischen Volksheimes“ in Berlin, war Mitbegründer einer jüdischen Selbstwehrguppe zum Schutz des von vielen Ostjuden bewohnten Berliner Scheunenviertels kurz nach Kriegsende und übernahm dann eine Tätigkeit beim Berliner jüdischen Arbeiterführersorgeamt. Ab 1922 war er mit einem Jahr Unterbrechung, in dem er nach *Erez Israel* auswanderte und für die Konsum- und Verkaufsgenossenschaft *Hamaschbir* der *Histadruth* tätig war, für die europäische Sektion des *Joint* führend tätig, ehe er 1930 erneut nach *Erez Israel* ging und als Vertreter der US-amerikanischen Nichtzionisten in die Exekutive der *JA* eintrat. 1933 übernahm er noch neben Landauer\* die Leitung der Jerusalemer *DA* und ab 1937 trat er darüber hinaus das Amt des Administrators der Jerusalemer Universität an. Mit der Universität blieb er bis zum Ende seines Lebens verbunden und 1949 wurde er zu deren Vizepräsidenten gewählt. Politisch stand Senator dem Arbeiterzionismus nahe, engagierte sich aber vor allem in der Frage der jüdisch-arabischen Verständigung. Erst war er Mitglied des *Brith Schalom* und dann in den 1940er Jahren in Magnes „*Ichud*“. Auch in der *HOG* und später in der *Alija Chadascha* wirkte er aktiv mit; er gehörte in der Nachkriegszeit dem Lager um Landauer\* an und war ein resoluter Gegner des Teilungsbeschlusses der *AC*; Senator verstarb auf einer Reise im Rahmen seiner Universitätstätigkeit am 2. November 1953 in Atlanta und wurde zwei Wochen später in Jerusalem beigesetzt.

Prof. **Ernst Akiba Simon** wurde 1899 in Berlin geboren; er meldete sich als Freiwilliger zu Beginn des I. Weltkrieges, kehrte tief enttäuscht vom Nationalismus und Antisemitismus seiner nichtjüdischen Kampfgefährten aus dem Krieg zurück und wendete sich dem Zionismus zu; er studierte dann Germanistik, Geschichte und Philosophie und trat der zionistischen Studentenbewegung bei. 1928 wanderte er nach *Erez Israel* aus und betätigte sich dort zunächst als Lehrkraft im Jerusalemer Lehrerseminar des *Misrachi*, dann an der Haifaer Realschule, bis er schließlich 1939 eine Anstellung als Dozent an der Jerusalemer Universität erhielt, die 1950 in eine ordentliche Professur für Pädagogik mündete. Simons Zionismus war

religiös und humanistisch geprägt; er trat nach seiner *Alijah* zunächst auch dem *Hapoel Hazair* bei. In den 1940er Jahren engagierte er sich dann vorrangig im Rahmen der *Alija Chadascha*. Schon in den 1920er Jahre vertrat er den arabisch-jüdischen Verständigungsgedanken, war Mitglied des *Brith Schalom* und dann des im Jahre 1942 gegründeten „Ichud“. Sein Kampf für eine friedliche Lösung des Palästina-Konfliktes führte ihn in der Nachkriegszeit in das Lager um Landauer\* in der AC und auch nach der Begründung des israelischen Staates setzte er sich unermüdlich für den Verständigungsgedanken ein. Er verstarb im August 1988 in Jerusalem.

**David Tanne** wurde im Jahre 1909 in Mülheim an der Ruhr geboren; Er entstammte der zionistischen Jugendbewegung, trat ab 1929 in der Bundesleitung des „Jung-Jüdischen Wanderbundes“ ein, engagierte sich für den *Hechaluz* und der sozialistisch-zionistischen Arbeiterbewegung. Er wanderte im Jahre 1933 nach Haifa aus und betätigte sich sofort im Rahmen der Haifaer *HOG*, deren besoldeter Sekretär er wurde, für die Unterstützung und Absorption der Neueinwanderer – einem Arbeitsgebiet, dem er sein Leben lang treu bleiben sollte. Tanne war einer der federführenden Kräfte beim Ausbau der Betätigungsfelder der *Hitachduth*; er organisierte in Haifa den Aufbau von *Olim*- und Elternheimen und engagierte sich für die kulturelle Integration der deutschen Neueinwanderer. Politisch gehörte er dem engeren Kreis um Landauer\* an; er war Aktivist der *Histadruth* und *Mapai*, verblieb aber nach ihrer Begründung bei der *Alija Chadascha*; neben seiner Mitwirkung auf lokalpolitischer Ebene im Rahmen der Haifaer *Kehillah* für die AC war er auch Mitglied der Landes-*Maskiruth* der ACO. Im Jahre 1948 gab er seinen Posten als Sekretär des *Irgun* auf und widmete sich der Fürsorge und Eingliederung der nun eintreffenden Olim. Ein Jahr später übernahm er neben Georg Josephthal\* die Eingliederungsabteilung und dann Mitte der 1950er Jahre das bei Arbeitsministerium angesiedelte Wohnungsbauamt. Jenes baute er schließlich ab Anfang der 1960er Jahre zu einem selbstständigen Wohnungsbauministerium mit um, dessen erster Generaldirektor er dann auch wurde. Er verstarb mit 64 Jahren nach langer schwerer Krankheit am 22. Juni 1973.

**David Selig Tschertok** wurde am 10. Februar 1904 im ukrainischen Kremenchug geboren. Nach der Übersiedlung nach Deutschland engagierte sich der junge Tschertok schon vor der NS-Machtübernahme führend in der zionistischen Bewegung in Berlin; er war auch Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der *ZVfD* und ab 1933 übernahm er das Amt des

Generalsekretärs der „Berliner Zionistischen Vereinigung“. Tschertok formte die Organisation bis zu seiner *Alijah* Ende 1936 zu einer großen schlagkräftigen Bewegung und darüber hinaus leitete er noch den Berliner *KKL*. Er ließ sich dann in Tel Aviv nieder und widmete die folgenden Jahre seines Lebens wiederum der *KKL*-Arbeit. Er trat in die dortige *KKL*—Leitung ein und war jahrelang Propagandist für den Nationalfonds, wechselte dann ins Jerusalemer Hauptbüro als Direktor der Überseeabteilung des *KKL* und ging schließlich nach der Staatgründung in den Regierungsdienst; vom Außenministerium wurde er unter anderem als Generalkonsul und Botschafter bestellt. Schon in Deutschland gehörte er dem sozialistisch-zionistischen Lager an. In der neuen Heimat trat er in die *Mapai* ein, wirkte aber dennoch im Rahmen der *Hitachduth*. Er gehörte jahrelang dem Präsidium der Tel Aviver *Snif* an; dabei stand er im Lager der Politisierungsgegner, engagierte sich aber trotzdem in der ersten Zeit der *Alija Chadascha* für ihre Belange. Tschertok verstarb im September 1992 in Jerusalem.

Dr. **Kurt Tuchler** wurde am 11. Dezember 1894 in Stolp geboren. Er wurde schon als Gymnasiast zum Zionismus bekehrt und trat dem Jugendbund Blau-Weiss bei. Während seines Studiums der Rechtswissenschaften schloss er sich der zionistischen Studentenverbindung an; Er fasste dann in Berlin beruflich schnell Fuß. Er arbeitete zunächst als Richter am Amtsgericht und übernahm dann die Leitung der Justizpressestelle. Politisch stand er im (rechts-)bürgerlichen Lager der *Allgemeinen Zionisten*; in der *Zionistischen Vereinigung* gehörte er dem Geschäftsführenden Ausschuss an und vertrat darüber hinaus zionistische Interessen im Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde. Auch fungierte er ab 1933 als letzter Präsident des *Kartells*. 1937 wanderte er mit seiner Familie nach Palästina aus; beruflich musste er sich dort völlig neu orientieren. Unter anderem arbeitete er als Treuhänder und Investitionsberater und später machte er sich einen Namen als Spezialist für Entschädigungsangelegenheiten. Neben seinem politischen Engagement bei *Achduth Haam*, die er als ihr Delegierter auf dem 21. Zionistenkongress vertrat, engagierte er sich führend in der *Hitachduth* und folgend in der *Alija Chadascha*. Er schloss sich bei Kriegsende der innerparteilichen Oppositionsgruppe um Kaufmann\* an und bekämpfte die politisch-ideologische Richtung des Landauer\*-Lagers. Nach der Auflösung der AC im Herbst 1948 engagierte er sich bei den *Allgemeinen Zionisten*, blieb aber auch weiterhin dem *Irgun* verbunden. Er starb in Tel Aviv im September 1978.

Dr. **Robert Weltsch** wurde im Jahre 1891 in der Dreivölkerstadt Prag geboren. Schon als Gymnasiast näherte er sich der zionistischen Ideenwelt an und mit seinem Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften trat er der zionistischen Studentenverbindung Bar Kochba bei, deren Obmann er 1911 auch wurde; er diente während des Krieges in der österreichischen Armee, trat zu dieser Zeit aber auch schon vermehrt publizistisch in Erscheinung – für die zionistische Prager Wochenschrift „Selbstwehr“, Bubers Monatsschrift „Der Jude“ und der Wiener „Jüdischen Zeitung“. Sofort nach dem Krieg engagierte er sich in Wien für den neu gegründeten „Nationalrat der österreichischen Juden“ und als Redakteur des zionistischen Tagblattes „Wiener Morgenzeitung“. Ende 1919 übernahm er dann den Posten des Chefredakteurs der *Jüdischen Rundschau*, den er bis zu seiner *Alijah* nur Wochen vor der Reichspogromnacht innehatte. Damit besaß er eine Schlüsselstellung im deutschen Zionismus und er nutzte jene trotz teils erheblicher Widerstände für die Propagierung seiner zionistischen Sichten. Er war in den ersten Nachkriegsjahren im deutschen *Hapoel Hazair* führend aktiv und trat seinem humanistischen Zionismus entsprechend für den arabisch-jüdischen Verständigungsgedanken ein; nach der Begründung des *Brith Schalom* 1925 übernahm er die Rolle seines inoffiziellen Chefpropagandisten in Europa, baute aber auch die *JR* zum bedeutendsten zionistischen Periodikum des Kontinentes aus. Nach seiner Einwanderung in *Erez Israel* wirkte er als Chefredakteur der *JWR* und des *Mitteilungsblattes* und schrieb vor allem noch für den *Haarez*. Auch in diesem neuen Betätigungsfeld kämpfte er – an der Seite Landauers\* – für eine friedliche Lösung des Palästina-Konfliktes. Weltsch trennten zu diesem Zeitpunkt schon Welten vom Mainstream-Zionismus und er sah sich Anfang der 1950er Jahre selbst wohl eher als Kosmopolit denn überzeugter Nationalist. 1945 verließ er *Erez Israel*, um für den *Haarez* über den Nürnberger Prozess zu berichten und kehrte erst gut dreißig Jahre später wieder zurück. Er ließ sich während dieser Zeit in London nieder und arbeitete für den *Haarez* als Auslandskorrespondent, engagierte sich darüber hinaus für das Londoner Leo-Baeck-Institut und war Begründer und erster Herausgeber des LBI Year-Books. Ende der 1970er Jahre ließ er sich dann in einem Altenheim des *Irgun* in Jerusalem nieder. Er verstarb dort am 22. Dezember 1982.

Prof. **Leni [Helene] Westphal** wurde 1912 in Düsseldorf geboren; sie verlebte ihre Kindheit in Potsdam und studierte dann in Berlin und München Geschichte. Westphal engagierte sich führend in der jüdischen Jugendbewegung bei den Werkleuten. Mit weiteren Mitgliedern der

Gruppe wanderte sie 1934 nach Palästina aus. Sie führte dann ihr Geschichtsstudium an der Jerusalemer Universität fort und engagierte sich politisch für die *Mapai* und *Histadruth*. In der *Hitachduth* gehörte sie dem linken Flügel an. 1942 heiratete sie Chaim Hoffmann und beide hebräisierten ihren Namen in Yahil. Nach dem Krieg begleitete sie ihren Mann auf verschiedenen diplomatischen Stationen in Europa im Auftrag der JA und dann Israels. Mitte der 1950er Jahre begann Leni Yahil dann ihre akademische Laufbahn weiterzuführen. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt wurde die Holocaust-Forschung – unter anderem im Rahmen einer langjährigen Professur an der Universität von Haifa. Sie verstarb 2007 in Israel.

Rabb. Prof. **Kurt Wilhelm** wurde 1890 in Magdeburg geboren; er studierte Anfang der 1920er Jahre am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau und dann in New York. Nach seinen Stationen als Rabbiner in Braunschweig und Dortmund wanderte er nach der NS-Machtübernahme nach *Erez Israel* aus. Mitte der 1930er Jahre gründete er in Jerusalem die konservative Synagogengemeinde „Emeth we Emunah“ für deutschsprachige Einwanderer, deren Rabbiner er trotz zunehmender innergemeindlicher Konflikte um seine politische Stellungnahmen bis 1948 blieb. Wilhelm gehörte zum Kreis des für die binationale Lösung kämpfenden „Ichud“ um Magnes, der an einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt zwischen Juden, Arabern und Briten glaubte. Er war ein äußerst scharfer Kritiker der aktivistischen Linie der *Sochnuth* und dann auch der Politik der AC während des arabisch-jüdischen Bürgerkrieges. Enttäuscht und verzweifelt verließ er 1948 den neu gegründeten Staat Israel und nahm die Stellung als Oberrabbiner in Stockholm an. Dort verstarb er im Jahre 1965.

Dr. **Theodor Zlocisti** wurde 1874 in Borzestowo geboren. Er war ein deutscher Zionist der ersten Stunde und betätigte sich schon im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aktiv für den Zionismus; Zlocisti nahm am ersten Zionistenkongress teil und war Mitbegründer des „Bundes Jüdischer Corporationen“ im Jahre 1901. Bis zu seiner *Alijah* 1921 arbeitete er in Berlin als Arzt und machte sich als Übersetzer und Herausgeber jiddischer Literatur und den Schriften von Moses Hess einen Namen. Er ließ sich dann in Tel Aviv als Arzt nieder und gehörte in den 1920er Jahren dem dortigen Stadtrat an, zeitweilig sogar als geschäftsführender Bürgermeister. Zlocisti begründete die HOG im Jahre 1932 mit und fungierte in den ersten Jahren als ihr Vorsitzender. Er war einer der Initiatoren des Kampfes gegen die Politisierung



das *Kartells* und auch ein resoluter Gegner der Politisierung der *HOG*. Im Zuge um die Auseinandersetzungen um ihre Politisierung in den Jahren 1935-1936 trat er dann ins zweite Glied zurück, blieb aber in ihrem *Merkas* Mitglied. Im Jahre 1943 verstarb Theodor Zlocisti in Haifa.

## Abkürzungsverzeichnis

---

AB: Alijah Beth  
abgedr.: abgedruckt  
AC: Alija Chadascha  
A.Ch.: Alija Chadascha; von einigen damaligen Protagonisten der AC benutzte Abkürzung  
ACO: Alija Chadascha Owedeth  
A.Ch.O.: Alija Chadascha Owedeth; von einigen damaligen Protagonisten benutzte Abkürzung  
Altreu [auch Alltreu]: Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH  
APB: Anglo-Palestine Bank  
BNN: Blumenthal's Neuste Nachrichten  
bzw.: beziehungsweise  
ebd.: ebenda  
Etzel: Irgun Zvai Leumi  
d.: der/die/das  
DA: Deutsche Abteilung  
d.h.: das heißt  
ders.: derselbe  
dies.: dieselbe  
DPs: Displaced Persons  
Dt.: Deutsch  
EJ: Encyclopaedia Judaica  
ESC: Ernst Simon Collection 1958-1988, LBI Archiv New York, AR 108  
f.: folgend  
Fn.: Fußnote  
GB: Großbritannien  
Gestapo: Geheime Staatspolizei  
GLC: Georg Landauer Collection 1656-1975, LBI Archiv New York, AR 6007  
H: Heft  
Hebr.: Hebräisch  
Hg.: Herausgeber  
HOA: Hitachduth Olej Austria  
HOG: Hitachduth Olej Germania  
HOGOA: Hitachduth Olej Germania we Olej Austria  
ICA: Jewish Colonization Association  
JA: Jewish Agency for Palestine  
JC: Jedioth Chadaschoth; vormals Blumenthals Neuste Nachrichten  
Jg.: Jahrgang  
Joint: American Jewish Joint Distribution Committee  
JR: Jüdische Rundschau  
JSt: Der Jüdische Student  
JW: Der Jüdische Wille  
JWR: Jüdische Welt-Rundschau  
Kap.: Kapitel

KH: Keren Hajessod  
KJV: Kartell Jüdischer Verbindungen  
KJVer: Bundesbruder des *Kartells*  
KKL: Keren Kajemeth Lejisrael  
KT: Kurztitel  
KWC: Hans Kohn – Robert Weltsch Correspondence 1920-1962, LBI Archiv New York, AR 6908  
LBI: Leo Baeck Institute  
LP: Palästina-Pfund  
LPC: Ludwig Pinner Collection, LBI Archiv New York, AR 4708  
MB: Mitteilungsblatt  
No.: Number  
Nr.: Nummer  
NS: Nationalsozialismus  
Paltreu: Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH  
Pl.: Plural  
Rabb.: Rabbiner  
RASSCO: Rural and Suburban Settlement Company  
RjF: Reichsbund jüdischer Frontsoldaten  
RV: Reichsvertretung der deutschen Juden bzw. nach der Umbenennung 1935  
Reichsvertretung der Juden in Deutschland  
RWC: Robert Weltsch Collection 1770-1997, LBI Archiv New York, AR 7185  
SD: Sicherheitsdienst des Reichsführers SS  
SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SU: Sowjetunion  
TROI: The Rise of Israel  
UdSSR: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
UN: United Nations  
UNO: United Nations Organization  
unpg.: unpaginiert  
UNSCOP: United Nations Special Committee on Palestine  
US: United States  
USA: United States of America  
v.a.: vor allem  
Vol.: Volume  
WIZO: Women's International Zionist Organization  
WK: Weltkrieg  
WZO: World Zionist Organization  
YH: Yedioth Hayom  
zit.: zitiert  
ZVfD: Zionistische Vereinigung für Deutschland  
ZZA: Zionistisches Zentralarchiv

## Glossar

---

AI-Zertifikat: Diese auch *Kapitalisten-Zertifikate* genannten Einwanderungszertifikate ermöglichten Juden mit einem Eigenkapital vom mindestens 1.000 LP die Einwanderung in Palästina.

Achduth Haam: Von deutschen Zionisten offiziell im Laufe des Jahres 1938 gegründete bürgerlich-zionistische Partei namens „Einheit des Volkes“. Unter der Führung von Rosenblüth\*, Krojanker\*, Auerbach\* und Bileski\* sollte sich das bürgerliche Spektrum der deutschen *Alijah* im Rahmen der Gruppierung sammeln und sich im Nationalheim zu einem politischen Faktor entwickeln. Jenem Unterfangen war aber nur äußerst mäßiger Erfolg beschieden und nach dem 21. Zionistenkongress in Genf im August 1939 schiefen die Bemühungen um die politische Organisierung des bürgerlichen Spektrums der deutschen Zionisten wieder ein.

Achduth Haawodah: Ursprünglich wurde die sozialistisch-zionistisch ausgerichtete Partei *Achduth Haawodah* im Jahre 1919 in Palästina begründet. Nach Konflikten innerhalb der dort bereits 1906 begründeten Partei *Poale Zion* um die Stellung zur (bürgerlichen) WZO und der Kommunistischen Internationale spaltete sich *Poale Zion* auf. Die mehr „sozialdemokratisch“ ausgerichteten Aktivisten unter der Führung Ben-Gurions gründeten daraufhin *Achduth Haawodah*. Jene Partei schloss sich dann im Jahre 1930 mit dem *Hapoel Hazair* zur *Mapai* zusammen. 14 Jahre später trennten sich die Mitglieder der *Siah Beth* von der *Mapai* und gründeten von Neuem die offiziell nun unter dem Namen „Hatnuah Leachduth Haawodah“ firmierende Partei. Die Gruppierung war pro-sowjetisch und territorial maximalistisch ausgerichtet und hatte vor allem unter den Mitgliedern des „Kibbuz Hameuchad“ viele Gefolgsleute. Im Jahre 1946 verschmolz *Achduth Haawodah* dann mit der Partei *Poale Zion* zu „Hatnuah Leachduth Haawodah – Poale Zion“ und 1948 vereinigte sie sich mit dem *Haschomer Hazair* zur *Mapam*.

Agency: Siehe *Jewish Agency for Palestine*.

Agudath Israel: „Bund Israels“; transnationale ultraorthodoxe Vereinigung des gesetzestreuen Judentums, die 1912 in Kattowitz gegründet wurde; Sie agierte auch in *Erez Israel* als politischer Zusammenschluss, stand aber der zionistischen Bewegung äußerst kritisch gegenüber und kann bis zur Staatsgründung 1948 als antizionistisch charakterisiert werden.

Aktions-Komitee: Komitee der Zionistischen Weltorganisation, das zwischen den zionistischen Kongressen die Geschäftsführung der Organisation innehatte.

Alijah [Pl. Alijoth]: Hebräische Bezeichnung für die Einwanderung nach *Erez Israel*; gleichzeitig bezeichnete das Wort die verschiedenen Einwanderungswellen nach Palästina: erste *Alijah* 1882 bis 1903, die zweite 1904 bis 1914, die dritte 1919-1923, die vierte 1924-1931 und die fünfte *Alijah* 1932 bis 1939, wobei teils anderslautende Periodisierungen in der wissenschaftlichen Forschung zu finden sind.

Alijah Beth: Hebräischer Begriff für die illegale Einwanderung von Juden ins britische Mandatsgebiet.

Alija Chadascha: Im Jahre 1942 vor allem von deutschen Zionisten begründete Partei, die sich kurz nach der Staatsgründung auflöste.

Alija Chadascha Owedeth: Im Frühsommer 1944 offiziell als politischer Arm der *Alijah Chadascha* in der *Histadruth* gegründete Gruppierung; sie sollte die Sammlung und Vertretung der deutschsprachigen *Alijah* in der *Histadruth* durchführen. Nach der Auflösung der AC traten Teile der ACO der *Mapai* bei.

Allgemeine: Siehe *Allgemeine Zionisten*.

Allgemeine Zionisten: Ursprünglich bezeichnete der Begriff *Allgemeine Zionisten*, hebräisch *Hazionim Haklaliim*, jene Mitglieder der WZO, die nicht offiziell einer besonderen Fraktion angehörten wie dem linkszionistischen, religiösen oder revisionistischen Blog. Nach dem I. Weltkrieg begannen sich die vor allem aus dem bürgerlichen Lager stammenden *Allgemeinen* innerhalb der *Zionistischen Organisation* lose zu organisieren; insbesondere in der Diaspora

hatte die Gruppierung große Anziehungskraft, in *Erez Israel* selbst dagegen blieb sie eine relativ kleine Strömung im Parteiengefüge. Anfang der 1930er Jahre verstärkten sich die inneren Konflikte in der Gruppierung. Allgemein gab es Differenzen um die wirtschaftliche Ausrichtung des Nationalheims und im Besonderen um die Frage der Stellung zur *Histadruth* und dem Arbeiterzionismus. Schließlich spaltete sie sich in zwei Gruppen auf, den linksbürgerlichen Flügel, *Allgemeine Zionisten A* genannt, der sich im Weltverband „*Hitachduth Hazionim Haklaliim*“ organisierte und den eher rechtsgerichteten *Allgemeinen Zionisten B*, die sich im „*Brith Hazionim Haklaliim*“ sammelten. In der für diese Arbeit relevanten Zeit blieb das Lager der *Allgemeinen* trotz vielfacher Einigungsversuche gespalten.

Allgemeine Zionisten A: Siehe *Allgemeine Zionisten*.

Allgemeine Zionisten B: Siehe *Allgemeine Zionisten*.

Altreu: Die „Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH“ organisierte jüdischen Kapitaltransfer ab 1937 mittels eines Warentransferverfahrens wie das der *Paltreu*. Sie bediente alle Märkte außer den palästinensischen. Da der Höchstsatz der zu transferierenden Summe bei der Auswanderung für eine Familie nur 50.000 Reichsmark betrug, konnten nur relativ kleine Vermögenswerte gerettet werden; trotzdem ermöglichte das Verfahren bis Kriegsbeginn einigen Tausend Juden die Auswanderung.

American Jewish Joint Distribution Committee: Die kurz *Joint* genannte jüdische Wohlfahrtsorganisation wurde am Beginn des I. Weltkrieges in den Vereinigten Staaten mit dem Ziel begründet, jüdische Opfer des Krieges zu unterstützen. Sie entwickelte sich in den folgenden Jahren zur größten, weltweit agierenden karitativen jüdischen Hilfsorganisation und arbeitet bis zum heutigen Tage auf diesem Gebiet.

American Joint Reconstruction Foundation: Ein Gemeinschaftsprojekt der *Jewish Colonization Association* und des *American Jewish Joint Distribution Committee*, das 1924 begründet wurde. Aufgabe der Foundation war die Unterstützung der jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa beim Wiederaufbau nach dem I. Weltkrieg. Sie unterstützte zum einen den

Infrastrukturaufbau von kooperativen Kreditinstitutionen, Banken und Kooperativen, zum anderen half sie beim Wiederaufbau im Krieg zerstörter jüdischer Immobilien.

Amudim: „Seiten“; in den Jahren 1944 bis 1947 erschienene hebräische Wochenschrift der *Alija Chadascha*.

Anglo-Palestine Bank: im Jahre 1902 unter dem Namen Anglo-Palestine-Company als Finanzinstrument der WZO in London begründet und 1903 in Jaffa eröffnet.

Arbeiter-Zertifikate: Siehe *C-Zertifikate*.

Assefath Haniwcharim: Hebräischer Begriff für Delegiertenversammlung/ Abgeordnetenversammlung; Sie war die parlamentarische Vertretung des *Jischuw*, die sich durch allgemeine Wahlen konstituierte. Erstmals fanden im Jahr 1920 Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* statt, dann 1925, 1931 und 1944. Offiziell anerkannt wurde sie durch die britischen Instanzen erst im Jahre 1928; das Parlament war neben der Wahl der Delegierten für den *Waad Leumi* vor allem für die Budgetfragenzuständig.

Awodah Iwrith: „Hebräische Arbeit“; jenes Prinzip, das vor allem vom Arbeiterzionismus proklamiert wurde, forderte die Anstellung ausschließlich jüdischer Arbeitskräfte im jüdischen Wirtschaftssektor. Entstanden ist es in der Zeit der zweiten *Alijah*, als sich jüdische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gegen die wesentlich billiger arbeitende arabische Konkurrenz nur schwer behaupten konnten. Nach dem I. WK wurde jene Forderung von Ben-Gurion für die gesamte jüdische Wirtschaft erhoben und zielte neben der Lohnproblematik auch auf die grundsätzliche Trennung der ökonomischen Bereiche der beiden Völker ab. Insbesondere die so genannten alten Kolonien und auch bürgerliche Kräfte im *Jischuw* opponierten teils gegen das Prinzip der *Awodah Iwrith*.

Balfour-Deklaration: Die im November 1917 vom damaligen britischen Außenminister Arthur J. Balfour im Namen der britischen Regierung gemachte Erklärung beinhaltete eine Sympathie- und Unterstützungsbekundung der Regierung für die zionistischen Bestrebungen nach der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina. Die *Balfour-Deklaration* wurde

auch in den Friedensvertrag der Alliierten mit der Türkei (1920) und im Völkerbundmandat für Palästina (1922) mit aufgenommen. Sie ermöglichte der zionistischen Bewegung nach dem I. WK, den zionistischen Aufbau *Erez Israels* in ganz anderem Maße als zuvor voranzutreiben und legte das Fundament für einen zukünftigen Judenstaat mit.

Basler Programm: Das Programm wurde auf dem ersten Zionistenkongress in Basel im Jahre 1897 beschlossen und fungierte als offizielle Sprachregelung der WZO hinsichtlich ihrer Ziele. Sie strebte gemäß dem Programm nach der Schaffung einer öffentlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina, was nichts anderes bedeutete als nach der Errichtung eines jüdischen Staates in *Erez Israel*.

Biltmore-Programm: Das Programm wurde auf dem außerordentlichen Zionistenkongress im Mai 1942 in New York beschlossen. Neben scharfen Angriffen auf die britische Weißbuch-Politik und der Forderung nach Öffnung der Tore Palästinas für die jüdische Einwanderung, die unter der Kontrolle der JA gestellt werden sollte, forderte das Programm auch die politische Hoheit der JA über den Aufbau und die Entwicklung Palästinas. Erklärtes Ziel des Programms war die Schaffung eines jüdischen Commonwealths in Westpalästina. Erstmals wurde damit die Staatsforderung zum offiziellen Programm der WZO.

Blumenthal's Neuste Nachrichten: Im Jahre 1935 gegründetes deutschsprachiges Nachrichtenblatt, das in den ersten beiden Jahren unter dem Namen Blumenthal 's Private Correspondenz, dann unter *Blumenthal's Neuste Nachrichten* und ab 1943 unter *Jedioth Chadaschoth* in Tel Aviv herausgegeben wurde. Das Blatt entwickelte sich unter dem Herausgeber Siegfried Blumenthal von einer hektographierten „Zeitung“, in der die Meldungen der hebräischen Presse schlagwortartig wiedergegeben wurden, zu einem der auflagenstärksten Tagesblätter. Als einziges deutschsprachiges Nachrichtenblatt erschien es während der ganzen Kriegszeit hindurch.

Brichah: „Flucht“; der hebräische Begriff bezeichnet gleichzeitig die eigentliche Flucht der Juden aus den Gebieten unter sowjetischem Einfluss in die Besatzungszonen der westlichen Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren des II. WKs wie auch die organisatorischen Strukturen, die die Flucht der Juden ermöglichten.



Brith Hamakkabim Atid: Im *Makkabi Erez Israel* organisierter Dachverband von vor allem dort von deutschsprachigen *Makkabi*-Aktivisten in Palästina ab 1933 begründeten Sportvereinen wie Bar-Kochba-Atid, Hakoah, Brith Hamakkabim und Hagibor.

Brith Schalom: Der „Friedensbund“ wurde Ende 1925 in *Erez Israel* gegründet. Er setzte sich zum Ziel, die zionistische Bewegung für die jüdisch-arabische Problematik zu sensibilisieren und diesbezügliche politischen Lösungen zu diskutieren. Der vom *Brith Schalom* verfolgte Ansatz sah politische Parität der beiden Völker – unabhängig von den tatsächlichen Bevölkerungszahlen – in einem binationalen Gemeinwesen vor. Er zählte in seinen Reihen eine ganze Reihe mitteleuropäischer Aktivisten wie Ruppin\*, Simon\*, Senator\* und Gershom Scholem und aus dem Prager Bar Kochba Umfeld Bergmann\*, Leo Hermann und Hans Kohn. Nach den arabischen Unruhen im Jahre 1929 verstärkte der Bund seine Aktivitäten. Nun offenbarten sich jedoch auch interne Meinungsverschiedenheiten; ein „aktivistischer“ Flügel um Kohn, Bergmann\* und Simon\* wollte den *Brith Schalom* zu eigenen direkten politischen Aktionen bewegen und eine sofortige arabisch-jüdische Verständigung durch weitreichende jüdische Konzessionen in der Frage der Einwanderung und des „Legislative Council“ erreichen. Den „Moderaten“ des Bundes gingen jene Zugeständnisse jedoch zu weit und sie sahen ausschließlich die berufenen zionistischen Instanzen zur politischen Aktion berechtigt. Dies war einer der Gründe, warum der Bund zerfiel und sich 1933 auflöste. Weitere waren die neu entstandene weltpolitische Situation und seine buchstäbliche Erfolglosigkeit. Weder hatte die weniger als 200 Aktivisten zählende Gruppe irgendein Mobilisierungspotenzial, noch politischen Einfluss in der zionistischen Bewegung. Im Gegenteil traf sie auf entschiedene Ablehnung auf zionistischer und auch arabischer Seite.

Central-Verein [deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens]: 1893 in Berlin gegründeter Verein, der sich der Bekämpfung des Antisemitismus und dem Kampf für die vollständige rechtliche, politische und kulturelle Gleichberechtigung der Juden im Kaiserreich verschrieb. Schnell entwickelte sich der CV zur größten politischen jüdischen Organisation in Deutschland mit einer Vielzahl von Landesverbänden und Ortsgruppen. Zunehmend wandelte sich der CV dabei vom reinen Abwehrverein zum Gesinnungsverein, der ebenso das so genannte jüdische Stammesbewusstsein betonte. Gleichzeitig kam der CV in immer stärkeren Gegensatz zur zionistischen Bewegung in Deutschland und gerade in den 1920er Jahren lieferten sich die

Kontrahenten erregte Debatten um Judentum, den Volksgedanken und die zukünftige Stellung der Juden in der Republik, die aber ebenso Ausdruck eines Kampfes um den Führungsanspruch im deutschen Judentum darstellten. Nach der NS-Machtübernahme geriet der CV in eine tiefe ideologische Krise, da sein ganzes ideologisches Gebäude der Vereinbarkeit von Deutsch- und Judentum zusammengebrochen war. Er wirkte trotzdem bis zu seinem Verbot nach dem Novemberpogrom insbesondere im Rahmen der RV weiter für die verfolgte jüdische Gemeinschaft.

Chaluz [Pl. Chaluzim]: Pionier.

Chaluziuth: Pioniertum.

Charedi [Pl. Charedim]: streng orthodoxer Jude.

Cheruth: „Freiheit“; Die Partei entstand 1948 als politisch-parlamentarische Nachfolgeorganisation des *Etzel*. Unter der Führung von Menachem Begin verfocht sie in den folgenden Jahrzehnten eine äußerst nationalistische politische Linie als Oppositionspartei. Erst in den 1970er Jahren nach einigen politischen Zusammenschlüssen mit anderen Gruppierungen, dann unter dem Namen Likud, konnte sie nachhaltig die Machtverhältnisse in Israel ändern.

Council: Siehe *Council for German Jewry*.

Council for German Jewry: Der *Council* war eine britisch-jüdische Organisation, die im Jahre 1936 zur Unterstützung der deutschen Juden und hier insbesondere zur Hilfe für ihre Auswanderung begründet wurde. In ihm wirkten neben dem schon 1933 begründeten „Central British Fund for German Jewry“ auch die beiden US-amerikanischen jüdischen Hilfsorganisationen „United Palestine Appeal“ und *American Jewish Joint Distribution Committee* mit, letztere aber nur relativ unverbindlich; zwar konnte der *Council* seine hoch gesteckten Ziele in der Frage eines umfassenden Auswanderungsplans für das deutsche Judentum nicht verwirklichen, aber sein Wirken half trotzdem Tausenden Juden aus Deutschland und Österreich, den NS-Machtbereich noch vor Ausbruch des Krieges zu

verlassen; während des Krieges unterstützte er vor allem die jüdischen Flüchtlinge im britischen Mutterland.

*C-Zertifikat*: Diese auch *Arbeiter-Zertifikate* genannten Einwanderungszertifikate waren für (mittellose) jüdische Arbeiter/Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 35 Jahren, in seltenen Fällen bis 45 Jahren, bestimmt. Der Mandatar legte anhand der wirtschaftlichen Situation in Palästina zweimal jährlich die so genannte Arbeiter-Schedule fest, die die Zahl der jüdischen Einwanderer mittels *C-Zertifikaten* bestimmte und die *Agency* verteilte dann jene über ihre *Palästina-Ämter* in der Diaspora.

*Dawar*: Die hebräische Tageszeitung erschien von 1925 bis 1996; gegründet wurde sie auf Betreiben Berl Katznelsons, der auch der erste Editor der offiziell als Organ der *Histadruth* firmierenden Zeitung war. Sie entwickelte sich zum auflagenstärksten jüdischen Tagesblatt im britischen Mandatsgebiet.

*Deutsche Abteilung*: Siehe *Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina*.

*Displaced Persons*: Unter jenem Begriff wurden im Allgemeinen nach dem Ende des II. Weltkrieges alle Personen subsummiert, die sich durch die Kriegereignisse an Orten außerhalb ihres Herkunftslandes befanden wie beispielsweise Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und andere Arbeitskräfte. Die jüdischen *DPs* waren meist Überlebende der *NS-Konzentrationslager*; es setzte nach dem Krieg aber auch eine Fluchtbewegung von Juden aus Osteuropa in die Besatzungszonen der westlichen Alliierten in Deutschland/Österreich ein. Jene Flüchtlinge erhielten ebenso den *DP-Status* und wurden in den *DP-Lagern* bis zu ihrer Weiterwanderung untergebracht. Die meisten *DPs* wanderten bis Ende der 1940er Jahre vor allem in die USA und nach (Erez) Israel weiter.

*D-Zertifikat*: Jene Einwanderungszertifikate ermöglichten den Familiennachzug von bereits in Palästina ansässigen Juden; die Einwanderungserlaubnis war verbunden mit dem Nachweis der Unterhaltgarantie durch in Palästina ansässige Angehörige und musste direkt bei der Palästina-Regierung beantragt werden.

Erez Israel: Land Israel.

Esrachim: Hebräischer Begriff für die dem bürgerlichen (politischen) Lager zuzuordnenden Personen/Organisationen.

Flüchtlingsalijah: Terminus für die Einwanderungswelle der – meist mittellosen – Juden aus dem NS-Machtbereich Ende der 1930er bis Anfang der 1940er Jahre. Im damaligen Sprachgebrauch der deutsch-jüdischen Presseorgane subsumierte der Begriff entweder sowohl die legale als auch die illegale Einwanderung oder aber wurde synonym für die *Alijah Beth* verwandt.

Flüchtlingszertifikate: Einwanderungszertifikate für Juden aus Deutschland, die sich nicht mehr im NS-Machtbereich befanden. Jene Zertifikate wurden über das Berliner *Palästina-Amt* und die Londoner *DA* vergeben.

Galuth: Diaspora/Exil.

Gijus: Rekrutierung/Einberufung zur britischen Armee oder zur *Haganah*.

Golah: Diaspora/Exil.

Golus: Diaspora/Exil.

Grabski-Alijah: Eine eher herablassende Bezeichnung für die vierte *Alijah*, die in ihrer Mehrheit aus polnisch-jüdischen kleinbürgerlichen Einwanderern bestand; nach dem damaligen polnischen Premier- u. Finanzminister Grabski benannt, der durch seine antisemitische Wirtschaftspolitik jene *Alijah*-Welle mit auslöste.

Haapalah: Hebräischer Begriff für die illegale Einwanderung von Juden ins britische Mandatsgebiet.

Haarez: Bereits im Jahre 1918 in *Erez Israel* begründete hebräische Tageszeitung, die politisch dem bürgerlichen Spektrum zuzuordnen war.

Haawarah: Transfer.

Haboker: Seit 1935 als hebräisches Tagesblatt in Tel Aviv erscheinendes Periodikum, das politisch den *Allgemeinen Zionisten* zuzurechnen war.

Hachscharah: „Vorbereitung“; insbesondere die berufliche (landwirtschaftliche) Vorbereitung der jüdischen Jugend in der *Galuth* auf das Leben in *Erez Israel*.

Haganah [Pl. Haganoth]: Hebräisch für Verteidigung; im Sommer 1920 gegründete paramilitärische Untergrundorganisation in *Erez Israel*. Während der britische Mandatszeit fungierte sie als bewaffneter Arm der zionistischen Führung; aus ihr entstanden nach der Staatsgründung die offiziellen Verteidigungskräfte Israels, hebräisch Zahal oder englisch IDF genannt.

Hamaschkif: Ab Januar 1939 in *Erez Israel* herausgegebene hebräische Tageszeitung der revisionistischen Bewegung.

Hanhalah: Leitung/Exekutive.

Hapoel Hamisrachi: „Der *Misrachi* Arbeiter“ war eine national-religiöse zionistische (Arbeiter-)Partei, die Anfang der 1920er Jahre in Jerusalem begründet wurde. Wie ihre „Mutterpartei“, der *Misrachi*, wollte sie *Erez Israel* im Geiste der Torah gestaltet sehen. Jedoch stand sie dem (säkularen) Arbeiterzionismus wesentlich aufgeschlossener gegenüber und bejahte sozialistische Ideen. Der *Hapoel Hamisrachi* war auch die treibende Kraft bei der Begründung religiöser *Kibbuzim*. Während der Mandatszeit wuchs seine Bedeutung und er trat mit seiner Mutterpartei in immer stärkere Konkurrenz. Bei den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* im Jahre 1944 überflügelte er sie dann bei Weitem. Nach der Staatsgründung erreichte der *Hapoel Hamisrachi* bei den Wahlen zur ersten Knesseth hinter *Mapai* und Mapam das drittbeste Ergebnis.

Hapoel Hazair: „Der junge Arbeiter“, wie die deutsche Übersetzung lautet, war eine 1905 von einer Handvoll Aktivisten der zweiten *Alijah* in *Erez Israel* begründete zionistische Gruppierung. Gründungsmitglied und geistiger Vater des *Hapoel Hazair* war Aaron D. Gordon, der eine nichtmarxistische, sozialistisch-zionistische Weltsicht mit tolstoj'schen Elementen verfocht. Seine Religion war die manuelle Arbeit in der Landwirtschaft in Einklang mit der Natur, die zur individuellen und kollektiven Erlösung der Juden führen sollte. In Deutschland begründete sich die Bewegung während des I. Weltkrieges; führende Aktivisten der deutschen Sektion waren Arlosoroff\*, Weltsch\*, Landauer\*, Buber\* und Luft\*. Der *Hapoel Hazair* hatte eine eigene chaluvisch geprägte Jugendbewegung namens Gordonia. Im Jahre 1930 verschmolz der *Hapoel Hazair* mit *Achduth Haawodah* zur *Mapai*.

Haschomer: Siehe *Haschomer Hazair*.

Haschomer Hazair: „Der junge Wächter“ entstand als eine Jugend- und Pfadfinderbewegung in der unmittelbaren Vorkriegszeit des I. Weltkrieges in Galizien und Kongresspolen. *Chaluziuth* wurde zum zentralen Gedanken der Bewegung und nach dem Krieg immigrierten ihre ersten Aktivisten nach *Erez Israel*. Sie begründeten Anfang der 1920er Jahre die ersten *Kibbuzim*. Die *Haschomer Hazair*-Bewegung breitete sich weltweit aus und auch in Deutschland fasste sie Anfang der 1930er Jahre Fuß. Ab Mitte der 1920er Jahre orientierte sich der *Haschomer* zunehmend nach links. Er griff die marxistische Ideenwelt auf und kämpfte für ein binationales sozialistisches Gemeinwesen in Palästina. Mitte der 1930er Jahre begründete er die politische Gruppierung „Sozialistische Liga“ in Palästina, um auch das städtische Proletariat für seine Gedankenwelt zu gewinnen und an sich zu binden. Erst 1946 gab sich der *Haschomer* auch formal den Charakter einer politischen Partei und 1948 schloss er sich mit *Achduth Haawodah* zur linkssozialistischen, vor allem die linken *Kibbuz*-Bewegungen verkörpernden *Mapam* zusammen.

Haskalah: Hebräischer Begriff für die Ende des 18. Jahrhundert im deutschen Raum entstandene jüdische Aufklärung.

Hawlagah: Hebräisch für Selbstbeherrschung.

Hazalah: Hebräisch für Rettung.

Hechaluz: 1918 gegründeter, sozialistisch-zionistisch ausgerichteter Weltverband der *Chaluzim*, der die umfassende Vorbereitung der *Galuth*-Jugend auf ihre *Alijah* zum Ziel hatte; neben der Durchführung einer beruflichen (meist landwirtschaftlichen) Ausbildung, der Erlangung sprachlicher Fähigkeiten im Hebräischen und geschichtlicher und politischer Schulungen, die der *Hechaluz* in den jeweiligen Wohnländern durchführte, leitete er auch organisatorisch die Auswanderung der jungen *Chaluzim*.

High Commissioner: Bezeichnung für den ranghöchsten Beamten der mit dem Regieren/Verwalten des britischen Mandatsgebietes Palästina betrauten britischen Verwaltung.

Hilfsverein der Juden in Deutschland: Der ursprünglich als „Hilfsverein der deutschen Juden“ im Jahr 1901 in Berlin gegründete Verein unterstützte auf humanitärem Gebiet die jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa/Mittelosteuropa und die Aus- und Weiterwanderung von Juden vor allem in die Vereinigten Staaten. Während der *NS*-Zeit benannte sich der Verein in *Hilfsverein der Juden in Deutschland* um. Nun stand er Auswanderern aus dem *NS*-Staat hilfreich zur Seite; in einer Art Arbeitsteilung war das *Palästina-Amt* für die Auswanderung nach *Erez Israel* zuständig, der *Hilfsverein* zeigte sich für die Auswanderung in alle anderen Länder verantwortlich. 1938 musste auch er sich nach der Reichspogromnacht auflösen; seine Strukturen wurden aber in den Rahmen der neu begründeten *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* überführt.

Histadruth: Der „Allgemeine Verband der Arbeiter in Erez Israel“, hebräisch: „Hahistadruth Haklalith schel Haowdim B'erez Israel“ oder kurz: *Histadruth* wurde im Jahre 1920 begründet. Die *Histadruth* übernahm fortan die gewerkschaftliche Interessensvertretung ihres Mitgliederkreises, der von landwirtschaftlichen und städtischen Arbeitern bis hin zu Angestellten und Akademikern reichte. In der Mitte des Krieges erfasste sie inclusive der Familienmitglieder der in ihr Organisierten nahezu 40 Prozent der Gesamtbevölkerung des *Jischuw*. Dabei gingen ihre Betätigungsfelder weit über die einer Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne hinaus. Sie schuf Arbeitslosen-, Sozialversicherungs- und

Pensionsfonds, eine Krankenkasse, war im Banken- und Versicherungs- und Wohnungswesen präsent, unterhielt ein eigenes Schulnetz und war im großen Stil als Unternehmer aktiv – ein Staat im Staate, wie Kritiker monierten. Die *Histadruth* war aber auch das vielleicht bedeutendste Instrument im State- und Nation-Building Prozess und gleichzeitig das zentrale Machtmittel der linken Parteien und hier insbesondere der *Mapai*. Auch nach der Staatsgründung behielt die Gewerkschaft in den ersten Jahrzehnten ihre zentrale Bedeutung für das Gemeinwesen.

Hitachduth [Pl. Hitachdujoth] „Vereinigung“; im Kontext dieser Arbeit auch als Synonym für die *HOG/HOGOIA* genutzt.

Hitachduth Olej Austria: Die „Vereinigung der Einwanderer Österreichs“ als landsmannschaftliche Vertretung wurde schon in den 1920er Jahre in *Erez Israel* begründet, spielte aber bis zum „Anschluss“ 1938 bei der relativ kleinen Zahl an österreichischen Juden im *Jischuw* nur als gesellschaftlich-kultureller Sammelpunkt der Landsmannschaft eine gewisse Rolle. Im Sommer 1938 vereinigte sich ein Teil der *HOA* mit der *HOG* zur *HOGOIA*, der verbliebene Teil agierte weiterhin als selbstständigen Organisation. Sie konnte im Laufe des Krieges aber wesentlich mehr *Olim* österreichischer Herkunft hinter sich vereinen als die *HOGOIA*. Nach der Staatsgründung verringerte sich die Bedeutung der *HOA* und sie diente vor allem wieder als ein kulturelles Zentrum ehemaliger österreichischer Juden.

Hitachduth Olej Germania: Die *Hitachduth* wurde als landsmannschaftlicher Zusammenschluss der Juden aus Deutschland Anfang 1932 begründet. Sie entwickelte zu einem wesentlichen Instrumentarium für die ökonomische und soziokulturelle Integration der deutschen Juden nach Beginn der Masseneinwanderung aus Deutschland im Jahre 1933. Mit dem vollzogenen Zusammenschluss mit der *HOA* zur *HOGOIA* 1938 vertrat sie auch die Interessen der österreichischen *Olim* und erreichte den Status einer Massenorganisation im *Jischuw*. Ähnlich der *Histadruth*, nur in viel bescheidenerem Rahmen, weitete sie ihre Betätigungsfelder sukzessive aus. Nach der Begründung der *Alijah Chadascha* Ende 1942 übernahm der neu gegründete *Irgun* die bisherigen (unpolitischen) Arbeitsfelder der *Hitachduth*. Auch nach der Staatsgründung spielte der *Irgun* in den folgenden Jahrzehnten vor allem auf kulturell-gesellschaftlichem und sozialem Gebiet für die deutschsprachige *Alijah* noch eine Rolle.



Hitachduth Olej Germania we Olej Austria: Siehe *Hitachduth Olej Germania*.

Ichud: Siehe Ichud Schiwath Zion.

Ichud Schiwath Zion: Im Sommer 1934 gründeten deutsch-jüdische Persönlichkeiten wie Kollenscher\*, Löwe\* und Ernst Kalmus die Gemeinde „Ichud Agudah Leumith Datith“ in Tel Aviv für die *Olej Germania*. Die Gemeinde engagierte sich unter der religiösen Führung von Rabb. Emil Natan Levy auf religiösem wie auch kulturellem und sozialem Gebiet. Im Jahre 1936 entstand im Norden Tel Avivs dann eine weitere religiöse Gemeinde deutschsprachiger Einwanderer namens „Schiwath Zion“. Beide Gemeinden vereinigten sich offiziell im Frühjahr 1938 zu *Ichud Schiwath Zion*. Nach dem Zusammenschluss hatte der *Ichud* unter der Führung von David Zwi Pinkas und Leo Schocken etwa 1.200 Mitglieder und neben einer neu errichteten Synagoge in der Ben-Jehuda-Street weitere Zweigstellen. Die Synagogengemeinde betonte ihren national-religiösen Charakter und wollte für wertvoll befundene religiöse und kulturelle Elemente aus der ehemaligen Heimat im *Jischuw* erhalten. Eine wirklich bedeutende Stellung erreichten die im Zuge der Masseneinwanderung entstandenen religiösen Vereinigungen der deutschsprachigen *Alijah* allerdings nie und im Laufe der Jahre assimilierten sie sich immer mehr an das religiöse Leben in (Erez) Israel.

[Hitachduth] Ikarim Leumiim: Im Jahre 1934 wieder begründete „Vereinigung der nationalen Landwirte“, die sich von den beiden anderen Standesvertretungen privatwirtschaftlich orientierten Landwirte unter anderem in der Stellung zur *Awodah Iwrith* und zur *Histadruth* unterschied. Beides befürwortete die *Hitachduth Haikarim Haleumiim*.

Irijah: Magistrat/Stadtverwaltung.

Irgun: Siehe *Irgun Olej Merkas Europa*.

Irgun Olej Merkas Europa: Die „Organisation der Einwanderer Zentraleuropas“, kurz: *Irgun* entstand aus der *HOGOA* nach der Begründung der *Alija Chadascha* Ende 1942. Er übernahm die bisher von der *Hitachduth* getragenen (unpolitischen) Aufgabenbereiche. Sein sozial-

kulturelles Engagement führte der *Irgun* auch nach der Staatsgründung für die deutschsprachige *Alijah* weiter.

*Irgun Zvai Leumi*: Die im Jahre 1931 als Abspaltung von der *Haganah* entstandene rechtsgerichtete paramilitärische Untergrundorganisation, deren voller Name „*Hairgun Hazwai Haleuni Beerez Israel*“ (Nationale Militärorganisation in *Erez Israel*) war, entwickelte sich nach einer nochmaligen Aufspaltung im Jahre 1936, bei der einige bürgerliche Aktivisten wieder zur *Haganah* zurückkehrten, zum militärischen Arm der revisionistischen Bewegung. Zunehmend agierte die paramilitärische Untergrundorganisation aber in den folgenden Jahren unabhängig von der revisionistischen Bewegung. Die auch unter dem Akronym *Etzel* bekannte Organisation strebte nach der Errichtung des Judenstaats beiderseits des Jordans und begann ihren militärischen Kampf gegen die britische Herrschaft Ende der 1930er Jahre. Zeitweilig stand *Etzel* unter dem Oberkommando von Jabotinsky; es folgten nach seinem Tode David Raziel, Yitzchak Berman und schließlich Menachem Begin, der nach seiner *Alijah* im Jahre 1942 ab 1943 das Kommando übernahm. Er begann Anfang 1944 den nach Kriegsbeginn von *Etzel* eigestellten bewaffneten Kampf gegen die Briten von Neuem. Jenen Kampf führte *Etzel* auch mit den Mitteln des Terrors – durch Bombenanschläge, Entführungen, gezielte Tötungen und Hinrichtungen. Der bekannteste Anschlag fand im Sommer 1946 auf das King David Hotel in Jerusalem statt, bei dem 91 Menschen ihr Leben verloren. Nach der Staatsgründung zwang die Regierung um Ben-Gurion die mehrere Tausend Kämpfer zählende Gruppe zur Auflösung und integrierte sie in die offiziellen Verteidigungskräfte *Zahal*.

Jecke (Pl. Jeckes): Etymologisch nicht in Gänze geklärte Bezeichnung für einen deutschen beziehungsweise deutschsprachigen *Olim* der fünften *Alijah*; der Begriff hatte meist einen spöttischen und/oder abwertenden Unterton.

Jedioth Chadaschoth: Siehe *Blumenthal's Neuste Nachrichten*.

Jewish Agency [for Palestine]: Die im Hebräischen als „*Hasochnuth Hajehudith Le'erez Israel*“ (Jüdische Agentur für *Erez Israel*), kurz *Sochnuth* bezeichnete *Jewish Agency* wurde auf dem XVI. Zionistenkongress in Zürich im Jahre 1929 offiziell begründet. Schon im 4. Artikel des Palästina-Mandats wurde jedoch festgelegt, dass eine jüdische Vertretung geschaffen werden

sollte, die mit der Mandatsmacht kooperiert und den Aufbau des Nationalheims unterstützt. Daher wurde bereits 1921 dem Artikel 4 entsprechend eine „Palästinensische Zionistische Exekutive“ kreiert. Sowohl in London als auch in Jerusalem hatte die *JA* einen Sitz, das eigentliche Machtzentrum der Organisation rückte aber ab Mitte der 1930er Jahre unter der Führung Ben-Gurions immer mehr nach Jerusalem. Die Aufgabengebiete der *JA* waren vielfältig: Einwanderung und Absorption, Siedlungswesen bis hin zu ökonomischen und sozialen Fragen. Während die Jerusalemer *JA* vor allem den *Jischuw* bei den britischen Verwaltungsbehörden in Palästina vertrat, übernahm die Londoner *JA* die Verhandlungen mit den britischen Ministerien. Mit der Staatsgründung überführte die israelische Regierung viele Kompetenzen der *JA* in ihre Hände; sie war nun vor allem noch für die Einwanderung zuständig.

**Jischuw:** Der hebräische Begriff bezeichnete die Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung im vorstaatlichen Palästina.

**Jüdische Rundschau:** Die *JR* erschien als offizielles Organ der *ZVfD* von 1902 bis zu ihrer erzwungenen Einstellung nach dem Novemberpogrom 1938. Sie ging aus dem „Berliner Vereinsboten“ (1895-1901) und der „Israelitischen Rundschau“ (1901-1902) hervor. Unter verschiedenen Chefredakteuren erschien sie zunächst einmal wöchentlich und dann zweimal pro Woche. Nach dem I. *WK* übernahm Robert Weltsch\* den Posten des Chefredakteurs und blieb bis einige Wochen vor dem Pogrom in dieser Funktion. Die *JR* war neben der *CV*-Zeitung des *Central-Vereins* mit zeitweise bis zu 40.000 Exemplaren das auflagenstärkste jüdische Periodikum in Deutschland.

**Jüdische Volkspartei:** Nach dem Ersten Weltkrieg entstandene zionistische Gruppierung in Deutschland, die vor allem in den jüdischen Gemeinden aktiv war; ihr Hauptziel sah die Organisation in der zionistischen „Eroberung“ der jüdischen Gemeinden; sie hatte ein im Laufe der Jahre teils sehr konfliktreiches Verhältnis zur *Zionistischen Vereinigung*.

**Jüdische Welt-Rundschau:** Die *JWR* erschien erstmals am 10. März 1939 in Jerusalem. Sie war als Ersatzorgan der verbotenen *JR* konzipiert und sollte dem weltweit zerstreuten deutschen Judentum eine geistige Heimat offerieren. Nach Protesten gegen das Erscheinen einer

deutschsprachigen Zeitung in *Erez Israel* wurde der Druckort – wie zuvor eigentlich geplant – nach Paris verlegt. Das Blatt wurde von Weltsch\* dann in Jerusalem redigiert und die Druckmatern via Luftpost nach Paris gesandt. Dort wurde das Wochenblatt gedruckt und dann – nach Angabe der Redaktion – in über 60 Länder der Welt versandt. Mit Beginn des Krieges ruhte das Zeitungsprojekt und ab Dezember 1939 erschien das Blatt wieder regelmäßig einmal wöchentlich. Nur wurde es zwar in Jerusalem gedruckt, durfte aber auf Geheiß der JA nicht in *Erez Israel* vertrieben werden. Im Mai 1940 erschien die letzte Ausgabe und im folgenden August wurde das Zeitungsprojekt auch offiziell eingestellt.

Jüdisches Nachrichtenblatt: Nach dem Verbot der jüdischen Presse ab November 1938 bis Juni 1943 in Berlin herausgegebenes Periodikum. Es erschien erst zweimal wöchentlich, dann wöchentlich und schließlich vierzehntägig. In Prag und Wien wurden unter gleichem Namen ebenso Ausgaben herausgebracht. Das unter der Federführung des NS-Propagandaministeriums stehende Blatt war nur für die jüdische Bevölkerung verfügbar und fungierte vor allem als Mittel für den NS-Staat, Verlautbarungen und Anweisungen zu kommunizieren.

Jugend-Alijah: Im Jahre 1932-1933 von Recha Freier ins Leben gerufene Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Auswanderung von Kindern und Jugendlichen aus Deutschland zu organisieren. Die zionistischen Instanzen unterstützten schließlich die Unternehmung und die *Jugend-Alijah*, die dann auch auf andere Länder ausgedehnt wurde, errettete Tausende jüdische Kinder und Jugendliche.

Kapitalisten-Zertifikate: Siehe *AI-Zertifikate*.

Kartell: Siehe *Kartell Jüdischer Verbindungen*.

Kartell Jüdischer Verbindungen: Das *Kartell* war der Dachverband jüdischer Studentenverbindungen in Deutschland, die zionistisch geprägt waren. Es ging 1914 aus der Fusion des „Kartells Zionistischer Verbindungen“ und des „Bundes Jüdischer Corporationen“ hervor und kann als die Kaderschmiede der *ZVfD* bezeichnet werden. Wohl fast ihre gesamte zionistische Führungsriege gehörte ihm an und auch in *Erez Israel* bildeten die *KJVer* den Kern

der Führung der *Hitachduth*. Nach dem Verbot des *KJV* im *NS*-Staat existierte der bereits 1924 gegründete Landesverband in *Erez Israel* noch über Jahrzehnte weiter.

Kehillah [Pl. Kehilloth]: Hebräischer Terminus für Gemeinde; die *Kehillah* im vorstaatlichen *Erez Israel* agierte als Instrument der jüdischen Selbstverwaltung. Zwar lagen die religiösen Belange vor allem in den Händen des Rabbinats, aber die *Kehillah* übernahm kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Aufgabengebiete. Außerdem besaß sie das Recht auf Steuererhebung und war somit der Hebel zum Ausbau der jüdischen Autonomie im kommunalen Kontext.

Keren Hajessod: (Palästina-)Grundfonds; Ende 1920 gegründetes, zweites zentrales Finanzinstrument der *WZO* zur Finanzierung des Palästinaaufbaus; in enger Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit dem *KKL* lag der Fokus seiner Arbeit aber auf der Finanzierung der Ansiedlung neuer Siedler.

Keren Kajemeth Leisrael: Jüdischer Nationalfonds; 1901 auf dem V. Zionistenkongress gegründet, führte er den Kauf und die Nationalisierung des Bodens in *Erez Israel* durch.

Kibbuz [Pl. Kibbuzim]: Genossenschaftlich organisierte landwirtschaftliche Arbeitersiedlung, die stark von sozialistisch-zionistischen Prinzipien geprägt war: basisdemokratisch, egalitär, kollektivistisch und antikapitalistisch. Privateigentum wurde im *Kibbuz* untersagt. Der erste *Kibbuz* respektive die erste *Kwuzah* namens Degania Alef entstand in *Erez Israel* im Jahre 1909. In den 1930er und 1940er Jahren wuchs die *Kibbuz*-Bewegung stark an. Im Allgemeinen wurden damals die Begriffe *Kibbuz* und *Kwuzah* synonym verwandt; meist hatten aber die *Kibbuzim* höhere Mitgliederzahlen als die *Kwuzoth* – ideologisch unterschieden sie sich dagegen nicht.

Kidmah: Offiziell im Herbst 1934 vor allem von deutschen Zionisten unter der Führung von Blumenfeld\* begründete zionistische Partei namens „Fortschritt“. Sie gehörte dem progressiv-bürgerlichen Milieu des *Jischuw* an. Nur gut zwei Jahre nach ihrer Begründung zerfiel die Gruppierung wieder.

Knesseth Israel: Gesamtorganisation des jüdischen *Jischuw*; mit der vom Mandatar erlassenen „Religious Communities Organization Ordinance“ aus dem Jahre 1926 erhielt der *Jischuw* den Status einer öffentlich-rechtlich anerkannten Gemeinschaft; alle Juden Palästinas wurden (auf freiwilliger Basis) in der *Knesseth Israel* zusammengefasst.

Kofer Hajischuw: Sicherheitsfonds.

Kupath Eser: Hilfskasse.

Kupath Milweh: Siehe *Kupath Milweh Leolej Germania*.

Kupath Milweh Leolej Germania: Die „Darlehnskasse für deutsche Einwanderer“ wurde auf genossenschaftlicher Basis von der *HOG* mit finanzieller Unterstützung der *DA* im Jahre 1934 gegründet. Sie vermittelte Kleinkredite an deutsche *Olim* zum Aufbau bescheidener Existenzen. Im Laufe der Jahre konsolidierte sich die Kasse und öffnete sich für alle Landsmannschaften, dem auch mit der Namensänderung in „Kupath Milweh Haoleh“ Rechnung getragen wurde.

Kwuzah [Pl. Kwuzoth]: Siehe *Kibbuz*.

Lechi: Akronym für „Lochamej Cheruth Israel“ (Kämpfer für die Freiheit Israels); auch nach ihrem Gründer Abraham Stern als *Stern-Gang* bekannt. *Lechi* war eine radikal nationalistische, ideologisch totalitäre Züge tragende paramilitärische Untergrundbewegung. Sie entstand als eine Abspaltung von *Etzel* Mitte 1940. Entgegen der Politik von *Etzel*, der den militanten Kampf gegen die Briten nach Kriegsbeginn einstellte, wollten die *Lechi*-Aktivsten den Kampf weiterführen. Für sie war Großbritannien der Hauptfeind und sie bemühten sich daher sogar um ein – nicht zustande gekommenes – Bündnis mit den Achsenmächten. Nach einer Reihe terroristischer Aktionen wurde *Lechi* im Frühjahr 1942 von den britischen Sicherheitsbehörden in Palästina nahezu zerschlagen; nach einem organisatorischen Neuaufbau begann die *Stern-Gang* Anfang 1944 ihren terroristischen Kampf gegen die Briten von Neuem. Deren wohl bekanntesten terroristischen Aktionen waren das Massaker von Deir Yassin im April 1948 und die Ermordung von Folke Bernadotte im September 1948. Nach der

Ermordung von Bernadotte erklärte die junge israelische Regierung *Lechi* zur terroristischen Organisation und zerschlug sie.

Maapil [Pl. Maapilim] Hebräische Bezeichnung für Juden, die während der britischen Mandatszeit auf den verschiedensten Wegen illegal in Palästina eingewandert waren.

*Makkabi*: Am Ende des 19. Jahrhundert entstanden die ersten jüdischen Sportvereine in Europa. In Deutschland vereinigten sich die nationaljüdisch ausgerichteten Turnvereine im Dachverband „Deutscher Makkabi Kreis“. Im Jahre 1921 gründeten jüdische Vertreter aus neun Ländern in Karlsbad den „Makkabi-Weltverband“. Die *Makkabi*-Sportbewegung in Deutschland gewann nach der NS-Machtübernahme weiter an Bedeutung, da Juden aus dem deutschen Sportvereinen ausgeschlossen wurden. Viele deutsch-jüdische *Makkabi*-Aktivisten wanderten nach *Erez Israel* aus und begründeten dort den *Brith Hamakkabim Atid*. Eigentlich als politisch neutraler Sportverband entstanden, politisierte sich auch der *Makkabi* in Palästina und trat zu den Wahlen zur *Assefath Haniwcharim* im Jahre 1944 an. Die weltweit organisierte *Makkabi*-Bewegung besteht bis zum heutigen Tage.

Mapai: Die „Miflegeth Poalej Erez Israel“ (Partei der Arbeiter aus *Erez Israel*), kurz *Mapai* entstand im Jahre 1930 durch die Fusion von *Achduth Haawodah* und *Hapoel Hazair*. Sie war die größte jüdische Arbeiterpartei *Erez Israels* und ab den 1930er Jahren dominierte sie die nationalen Institutionen in *Erez Israel*, die *WZO* und die *Histadruth*. Politisch folgte die *Mapai* ihrem unangefochtenen Führer Ben-Gurion, der ideologisch eine Synthese aus nationalen und sozialistischen Versatzstücken mit eindeutigem Schwerpunkt auf erstere anstrebte. Die hegemoniale Stellung im Parteiensystem erhielt die *Mapai* auch nach der Staatsgründung bis in die 1970er Jahre aufrecht.

Mass Cherum: Notstandssteuer.

Meineckestraße: Der Begriff Meineckestraße wurde zum Synonym für den deutschen Zionismus. Das 1923 von der *Zionistischen Vereinigung* erworbene Objekt Meineckestraße 10 in Berlin fungierte bis zum Verbot der *ZVfD* 1938 als das Zentralbüro der zionistischen Bewegung in Deutschland.

Merkas: Hebräisch für Zentrale, hier in der Bedeutung Landesvorstand.

Midkadmim: Fortschrittliche/Progressive.

Miflagah Progresivith: Die „Progressive Partei“ wurde im Herbst 1948 durch einen Zusammenschluss von Teilen der *Alija Chadascha*, der *Allgemeinen A* und des *Owed Zioni* begründet. Sie war in den ersten vier Legislaturperioden in der Knesseth vertreten und beteiligte sich unter Rosenblüths\* Führung mehrfach an Regierungskoalitionen. 1961 fusionierte sie mit den Allgemeinen Zionisten.

Mischtar Zioni: Zionistische Herrschaft/zionistisches Regime.

Misrachi: 1902 in Wilna gegründet nationalreligiöse Organisation/Partei; die den Standpunkt der religiösen beziehungsweise orthodoxen Kreise innerhalb der zionistischen Bewegung vertrat.

Misrachim: Bezeichnung für jüdischen Gemeinschaften aus Asien und Afrika und hier insbesondere aus der arabischen Welt.

Misrachist/Misrachisten: Anhänger des *Misrachi/Hapoel Hamisrachi*.

Misug Galujoth: „Fusion der Exile“; zionistisches Ideologem von der kulturellen und nationalen Homogenisierung der jüdischen Landsmannschaften in *Erez Israel*; dem Melting Pot Ansatz gleich sollten die weltweit zerstreuten (religiös-)kulturell, sozial, ökonomisch und politisch äußerst heterogenen jüdischen Gemeinschaften sich nach ihrer *Alijah* an die vorgefundene Kultur assimilieren und ein national und kulturell einheitliches neues jüdisches Volk bilden.

Mitteilungsblatt: Im Jahre 1932 erstmals erschienenenes internes Bulletin der *HOG*. Nachdem das Blatt in den ersten beiden Jahren in unregelmäßiger Folge erschien, etablierte sich in den folgenden Jahren die Herausgabe von monatlich zwei Ausgaben. Während der Kriegszeit erschien das Blatt dann wöchentlich und mit Begründung der *Alija Chadascha* wurde das *MB* zu ihrem offiziellen Parteiorgan; einzig eine Ausgabe per Monat war dem *Irgun* vorbehalten.



Nach der Auflösung der AC wurde das Blatt dann vom *Irgun Olej Merkas Europa* herausgegeben.

Moschawah [Pl. *Moschawoth*]: Landwirtschaftliche Siedlungen mit ungleichen privaten Siedlungspartzen.

Mossad: Siehe *Mossad Lealijah Beth*.

Mossad Lealijah Beth: „Institut für die B-Einwanderung“; Ende der 1930er Jahre durch die *Haganah* und die *Kibbuz*-Bewegung begründete Organisation zur Organisierung/Durchführung der *Alijah Beth*.

Oleh [Pl. *Olim*]: Einwanderer.

Orient: Von Wolfgang Yourgrau mit Unterstützung von Arnold Zweig herausgegebene deutschsprachige Wochenschrift; sie erschien in maschinenhandschriftlich vervielfältigter Form in den Jahren 1942 bis 1943 in Haifa. Die Auflage lag wohl unter 1.000 Exemplaren. Yourgrau gehörte in Deutschland der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ an und musste nach der NS-Machtübernahme fliehen. Die politisch vertretenen Ansichten des Wochenblattes riefen im *Jischuw* einige Proteste hervor und nach mehrmaligen militanten Angriffen auf das Blatt musste es eingestellt werden.

[Ha-]Owed [Ha-]Zioni: „Der zionistische Arbeiter“; jene chaluzisch eingestellte Bewegung ging Mitte der 1930er Jahre aus der osteuropäischen Jugendbewegung „Noar Zioni“ hervor. Politisch stand der *Owed Zioni* im Lager der *Allgemeinen Zionisten*. Er gründete in den 1930er und 1940er Jahren mehre *Kibbuzim* und war in der *Histadruth* als selbstständige Gruppierung präsent. Im Jahre 1948 vereinigte sich der *Owed Zioni* mit den bürgerlichen Teilen der *Alija Chadascha* zur Progressiven Partei.

Palästina-Amt: Palästina-Ämter fungierten als offizielle Vertretungen der *Jewish Agency* in den jeweiligen *Galuth*-Ländern; neben Beratungstätigkeiten für potenzielle *Olim* übernahmen die

Ämter auch die Zertifikatsverteilung, informierten die Öffentlichkeit über Palästina und unterstützten die Auswanderer bei ihrer Übersiedlung nach *Erez Israel*.

Palmach: Akronym für „Plugoth Machaz“ (Kampf/Einsatz-Einheiten); 1941 im Rahmen der *Haganah* begründete Militäreinheiten. Die *Palmach* entwickelte sich faktisch zur Eliteeinheit der *Haganah*; ihre Aktivisten stammten vor allem aus der *Kibbuz*-Bewegung und standen meist politisch weit links. Nach der Staatsgründung wurden die Einheiten in die regulären israelischen Verteidigungskräfte integriert.

Paltreu: „Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH“; im Zuge des *Haawarah*-Abkommens 1933 gegründete Gesellschaft, die in Deutschland den Transfer organisierte und durchführte; ihr Gegenstück in Palästina war die Trust and Transfer Office Haavara Ltd., die dort den Transfer abwickelte.

Pidjon: Siehe *Pidjon Schwujej Austria*.

*Pidjon Schwujej Austria*: „Auslösung/Erlösung österreichischer Gefangene“; im Sommer 1938 von der *HOG* initiierte Geldsammelungsaktion in *Erez Israel* zugunsten jüdischer Kinder und Jugendlicher aus Österreich; jene Aktion wurde dann nach dem Novemberpogrom auch auf Kinder und Jugendliche aus Deutschland ausgeweitet und der *Waad Leumi* übernahm dann die Aufsicht über den Drive.

Poale Zion: „Arbeiter Zions“; die *Poale Zion* war zugleich eine Anfang des 20. Jahrhundert entstandene, weltweit ausgerichtete sozialistisch-zionistische Bewegung unter ihrem ideologischen Mentor Ber Borochow und politische Partei. In *Erez Israel* gründete sich jene im Jahre 1906 unter der Führung von Ben-Gurion und Jizchak Ben-Zwi.

Porschim [Sg. Poresch] „Dissidenten“; Angehörige der Untergrundorganisationen *Etzel* oder *Lechi*.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten: Der Reichsbund war eine Vereinigung der im I. Weltkrieg kämpfenden jüdischer Soldaten aus Deutschland; gegründet wurde der Bund im Jahre 1919. Er kämpfte gegen Antisemitismus und die Herabsetzung jüdischer Soldaten in der deutschen

Öffentlichkeit und war neben dem *CV* und der *Zionistischen Vereinigung* die dritte große politische Organisation deutscher Juden. Nach der *NS*-Machtübernahme betätigte sich auch der *RjF* im Rahmen der *Reichsvertretung* und war in diesem Gremium der schärfste Kontrahent der *ZVfD*; der Reichsbund wurde 1938 von den *NS*-Instanzen aufgelöst.

Reichsvereinigung: Siehe *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland: De jure wurde die *Reichsvereinigung* mit der 10. Verordnung des Reichsbürgergesetzes im Juli 1939 errichtet. Faktisch begann sie jedoch schon gut ein halbes Jahr zuvor unter direktem Befehl der *Gestapo* ihre Tätigkeit aufzunehmen; ihre Aufgabenfelder lagen auf dem Gebiet der Erziehung und Wohlfahrtspflege sowie der Auswanderung. Während der im Herbst 1941 beginnenden Deportation der Juden in die Vernichtungslager im Osten verweigerte sich die *Reichsvereinigung* und die Berliner Jüdische Gemeinde nicht den Befehlen der *NS*-Instanzen; wohl auch, um helfend für die betroffenen Juden wirken zu können – ein Unterfangen, das sich allerdings schnell als völlig illusorisch herausstellte. Im Sommer 1943 wurde die *Reichsvereinigung* nach der Deportation ihrer letzten nicht in so genannter „Mischehe“ lebenden Angestellten nach Theresienstadt von den *NS*-Behörden aufgelöst.

Reichsvertretung der deutschen Juden: Die nach der Veröffentlichung der „Nürnberger Gesetze“ 1935 in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ umbenannte Organisation wurde im Sommer 1933 unter der Führung von Leo Baeck als autoritative Gesamtvertretung der deutschen Juden begründet. Getragen wurde die *RV* von den größten jüdischen Organisationen, der *ZVfD*, dem *CV*, der *RjF* und den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden. Die von der Spitzenorganisation übernommenen Aufgaben umfassten wesentliche Teile des jüdischen Lebens: den Erziehungs- und Bildungssektor, die Wohlfahrtspflege, das ökonomische Feld und nicht zuletzt die Auswanderung. Nach dem Novemberpogrom wurde die Organisation umstrukturiert und in *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* umbenannt.

Revisionismus: Der Revisionismus war eine zionistisch-politische Bewegung, die auf einer Konferenz in Paris im April 1925 mit der Begründung des „Brith Hazionim Harevisionistim“

(Bund/Weltunion der Zionististen-Revisionisten) ihren organisatorischen Rahmen schuf. Die in der Vorkriegszeit eng mit ihrem unangefochtenen Führer Wladimir Jabotinsky verbundene Bewegung entstand aus der Unzufriedenheit mit der Politik der WZO und deren Präsidenten Weizmann. Jabotinsky verließ Anfang 1923 die JA aus Protest gegen ihre Politik und gründete im gleichen Jahr die revisionistische Jugendorganisation Betar. Den mit der Person Weizmann verbundenen praktischen (evolutionäre) Zionismus sah er als minimalistischen Miniaturzionismus an, der den politischen Intentionen Theodor Herzls und Max Nordaus zuwiderlief. Jabotinsky betrachtete sich und die revisionistische Bewegung als wahre Träger von Herzls Erbe. Der Revisionismus war bürgerlich, (radikal) nationalistisch, teils militaristisch und antisozialistisch ausgerichtet; seine zentrale Zielsetzung war mittels eines engen britisch-zionistischen Bündnisses die Errichtung eines Kolonisationsregimes, das eine jüdische Majorität und einen jüdischen Staat beiderseits des Jordans schaffen sollte. Wesentlich dabei war noch die Forderung nach der Wiedererrichtung der im I. WK an der Seite Großbritanniens begründeten und nach dem Krieg demobilisierten „Jüdische Legion“. Schon zu diesem Zeitpunkt verlangte die revisionistische Bewegung die offene Verkündung des zionistischen Endziels – einen Judenstaat – und stellte Überlegungen an, ob sie innerhalb der WZO oder aber außerhalb von ihr den Kampf für dieses Endziel bestreiten sollte. Auf dem XVII. Zionistenkongress in Basel 1931 forderte die revisionistische Bewegung dann das offene Bekenntnis des Kongresses zum Judenstaat. Nachdem sich der Kongress nicht der revisionistischen Forderung beugte, drängte Jabotinsky resoluter auf eine Abspaltung von der WZO. Kritiker dieser Politik wie Meir Grossmann, Lichtheim\* und Robert Sticker überwarfen sich darauf mit ihm und gründeten 1933 die „Jewish State Party“. Nach einem Referendum unter ihren Mitgliedern begründete die revisionistische Bewegung Mitte 1935 eine Konkurrenzorganisation zur WZO – die „Neue Zionistische Organisation“. Erst 1946 kehrte die Bewegung wieder in den Schoß der WZO zurück, nachdem jene im *Biltmore-Programm* ebenso offen die Staatsforderung erhob. Schon vor dem Tod Jabotinskys 1940 war die revisionistische Bewegung kein monolithischer Block; danach übernahm *Etzel* die führende Stellung und die Untergrundorganisation sah sich zwar in der Erbschaft Jabotinskys, ihre politische Weltsicht unterschied sich aber beträchtlich von seiner. Nach der Staatsgründung Israels begründete *Etzel* die Partei *Cheruth*, die in den Wahlen zur ersten Knesseth 14 Sitze eroberte.

Revisionist/Revisionisten: Anhänger der revisionistischen Bewegung.

Rundschau: Siehe *Jüdische Rundschau*.

Rural and Suburban Settlement Company: Die Organisation wurde mit Kapitalien der DA 1934 begründet und hatte zur Aufgabe, mittelständische landwirtschaftliche und vorstädtische Siedlungen für deutsch-jüdische *Olim* zu begründen und zu entwickeln. Ende der 1930er Jahre wurde ihre Tätigkeit auf alle Landsmannschaften ausgeweitet und im Laufe der Jahre verbreiterte sich das Tätigkeitsfeld und die *RASSCO* entwickelte sich zu einem großen Unternehmen.

Sabre: „Kaktus“; ein in *Erez Israel*/Israel geborener Jude.

Siah B[eth]: „Fraktion B“; eine Mitte der 1930er Jahre entstandene Gruppierung innerhalb der *Mapai*, die ihre Machbasis im „Kibbuz Hameuchad“ hatte. Unter der Führung von Tabenkin verkörperte die *Siah Beth* die äußerst linke Strömung innerhalb der Partei, die eine maximalistische Position um die zukünftige territoriale Verfasstheit des Judenstaates einnahm und außenpolitisch eine Orientierung auf die so genannten Kräfte von morgen, sprich auf die *UdSSR* vertrat. Nach der Abspaltung von der *Mapai* im Jahre 1944 gründeten die Kräfte der *Siah Beth* die Partei *Achduth Haawodah* von Neuem und 1948 schloss jene Partei sich dann mit dem *Haschomer Hazair* zur *Mapam* zusammen.

Schekel: Der Schekel wurde vom ersten Zionistenkongress 1897 eingeführt und war die zionistische Jahressteuer für die Mitglieder der *Zionistischen Organisation*; sein Erwerb legitimierte gleichzeitig zur Teilnahme an den Kongresswahlen zu den Zionistenkongressen.

Schlichim [Sg. Schaliach]: „Emissär/Sendbote“; aus *Erez Israel* von dortigen Parteien oder Organisationen in die *Galuth* entsandte Aktivisten zur Unterstützung/Anleitung der dortigen zionistischen Arbeit.

Schlilath Hagolah: Negation der *Galuth*.

Sijua: (Sozial-)Hilfe/Unterstützung.

Snif [Pl. Snifim]: Filiale/Zweigstelle.

Sochnuth: Siehe *Jewish Agency for Palestine*.

Staatszionistische Organisation: Die revisionistische Organisation wurde nach der NS-Machtübernahme in Deutschland unter der Führung von Georg Kareski gegründet; offiziell war die Organisation von der revisionistischen Weltbewegung getrennt, da letztere in der Boykottbewegung gegen NS-Deutschland eine tragende Rolle spielte. Sofort nach ihrer Gründung entwickelte sich ein äußerst konfliktreiches Verhältnis zwischen ihr und der ZVfD; Mitte 1938 wurde die *Staatszionistische Organisation* vom NS-Staat wegen angeblichen Kontakten zu Jabotinskys „Neuer Zionistische Organisation“ verboten.

Stern-Gang: Siehe *Lechi*.

Tnuat Hameri Haiwri: Hebräische Widerstandsbewegung; auch Vereinigte oder Jüdische Widerstandsbewegung genannt.

Tozereth Haarez: „Erzeugnis des Landes“; die *Tozereth Haarez* Bewegung in *Erez Israel* forderte die Konsumenten zum Kauf von in Palästina produzierten Produkten auf. Dadurch sollte die einheimische jüdische Wirtschaft gestärkt werden; der Kauf von durch arabische Palästinenser hergestellten Produkten wurde aber ebenso abgelehnt.

Waad Hakehillah: Gemeinderat.

Waad Leumi: Jüdischer Nationalrat in Palästina (1920-1948), der als provisorische jüdische Regierung fungierte und von der parlamentarischen Vertretung des *Jischuw*, der *Assefath Haniwcharim*, gewählt wurde.

Waad Meuchad Lejischuw Jehudej Germania Beerez Jisrael: „Vereinigtes Komitee zur Ansiedlung deutscher Juden in *Erez Israel*“ – kurz: *Waad Meuchad*. Im Mai 1933 gegründete Institution unter der Führung von Henriette Szold, die durch Spendensammlung und Verteilung der Gelder erste Hilfemaßnahmen des *Jischuw* für die aus Deutschland

eintreffenden Einwanderer ermöglichte. Ihre Aufgaben wurden dann nach Gründung der *Deutschen Abteilung* von jener sukzessive übernommen.

Waad Haziburi Lehaganath Halaschon Haiwrith: Öffentliche Kommission zum Schutz der hebräischen Sprache.

Watikim [Sg. Watik]: Veteran/altverdienter Zionist.

Women's International Zionist Organization: Die kurz *WIZO* genannte Organisation wurde im Jahre 1920 als Dachverband der zionistisch orientierten Frauen begründet und hatte in vielen Ländern eigene Landesverbände. Die *WIZO* wurde vor allem im sozialen und karitativen Bereich in *Erez Israel* und später Israel aktiv.

World Zionist Organization: Die zionistische Weltorganisation wurde auf Betreiben Theodor Herzls auf dem ersten Zionistenkongress in Basel 1897 gegründet. Auf dieser Konferenz wurde auch das *Basler Programm* beschlossen. Die Organisation diente als Dachverband der weltweit organisierten zionistischen Bewegung; im zweijährigen Turnus versammelten sich die gewählten Delegierten zum Zionistenkongress, dem obersten Organ der *WZO*. Es wählte die Führung der Organisation und bestimmte die grundlegende politische Ausrichtung bis zum nächsten Kongress. Nach der Begründung Israels übernahm die *WZO* und die *JA* vor allem auf dem Gebiet der *Alijah* weiterhin Verantwortung.

Yedioth Hayom: Das deutschsprachige Tagesblatt wurde Ende 1936 von Friedrich Reichenstein in Tel Aviv begründet. Bis Ende 1940 erschien es sechsmal wöchentlich; danach ging das Blatt mit dem Nachrichtenblatt *BNN* eine Kooperation ein, da kriegsbedingt die Papierzuteilung immer geringer wurde. Während der Kooperation erschien ein Tagblatt unter dem Titel *Blumenthal's Neuste Nachrichten*, die *YH* hatte darin aber jeweils einige Seiten zur Verfügung. Ab 1944 erschien die *YH* dann wieder selbstständig. Mitte der 1960er Jahre wurde das Blatt dann aus ökonomischen Gründen eingestellt.

Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau: Im Mai 1933 von den wichtigsten (politischen) jüdischen Organisationen in Deutschland begründete Organisation, die die gesamte sozial-

und wirtschaftspolitische Arbeit unter den Juden in Deutschland bündelte. Im Jahre 1935 wurde sie dann offiziell in den organisatorischen Rahmen der *Reichsvertretung* integriert. Finanziert wurde sie vor allem in den Anfangsjahren fast ausschließlich durch ausländische Spenden und hier insbesondere durch die vom „Central British Fund for German Jewry“.

Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina: Jene auch kurz *Deutsche Abteilung* genannte Institution wurde Ende 1933 auf Beschluss des 18. Zionistenkongresses in Prag begründet. Sie war offiziell bei der *JA* angesiedelt und hatte in Jerusalem und London Zweigstellen. Unter der Schirmherrschaft von Weizmann hatte die *DA* die Aufgabe, die Ansiedlung und Integration der jüdischen Neueinwanderer aus Deutschland in *Erez Israel* zu organisieren. Im Laufe der Jahre übernahm sie diese Aufgabe auch für andere verfolgte jüdische Gemeinschaften. In der Jerusalemer Zweigstelle wirkten neben Ruppin\* noch Landauer\* und Senator\* an verantwortlicher Stelle.

[Ha]Zionim [Ha]Klaliim: Siehe *Allgemeine Zionisten*.

Zionistische Akademische Gesellschaft: Unter der Führung von Felix Danziger\* Ende 1933 gegründete Organisation, die als Sammelbecken für die in Palästina eingewanderten (rechts-)bürgerlichen zionistischen Akademiker aus Deutschland dienen sollte. Die Gesellschaft entwickelte sich zu einem direkten Konkurrenzunternehmen für das palästinensische *Kartell Jüdischer Verbindungen* und hatte Ende der 1930er Jahre einige Hundert Mitglieder.

Zionistische Organisation: Siehe *World Zionist Organization*.

Zionistische Vereinigung: Siehe *Zionistische Vereinigung für Deutschland*.

Zionistische Vereinigung für Deutschland: Die *ZVfD* wurde kurz nach dem ersten Zionistenkongress in Basel im Jahre 1897 begründet. Sie fungierte als Dachverband der zionistischen Bewegung in Deutschland; Im Rahmen der *WZO* entwickelte sie sich unter langjähriger Führung von Max Bodenheimer zu einer der einflussreichen Landesorganisationen. Nach dem I. *WK* musste die *ZVfD* allerdings einen erheblichen Bedeutungsverlust in der Bewegung hinnehmen. Zu diesem Zeitpunkt fand auch der erste Generationswechsel in der Führung



ihren Abschluss und die so genannte zweite Generation um Blumenfeld\*, den Rosenblüth\*-Brüdern und Lichtheim\* steuerte die zionistische Bewegung in Deutschland bis zur Zäsur 1933. Dann nahm die dritte Generation um Franz Meyer\*, Siegfried Moses\* und Benno Cohn\* die Geschicke der *ZVfD* in ihre Hände und der bisherige eher elitäre Charakter der *Zionistische Vereinigung* wich nun einem pragmatischen, auf Zionisierung und Führung der gesamten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ausgerichteten Kurs. Wenn ihr dies in Gänze auch nicht gelang, so hatte sie doch bis zu ihrem Verbot durch die *NS*-Instanzen im November 1938 segensreich für die Juden in Deutschland gewirkt und gerade in der Auswanderungshilfe viel geleistet.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

---

### Archive

Zionistisches Zentralarchiv, Jerusalem.

Leo-Beack-Institut, New York.

Leo-Beack-Institut, Jerusalem.

Jabotinsky Institut, Israel.

Haus der Wannseekonferenz, Berlin.

### Periodika

Achduth Haam. Veröffentlichungen der Partei Achduth Haam.

Amudim.

Aufbau.

Blumenthal's Neuste Nachrichten.

C.V.-Zeitung.

Daily Telegraph.

Dawar.

Der Jude.

Der Jüdische Student.

Der Jüdische Wille.

Der Israelit.

Der Schild.

Der Staatszionist.

Die Neue Welt.

Die Welt.

Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden.

Haarez.

Hajarden.

Hayoman.

Hazofeh.

Informationsblatt der Alijah Chadascha.

Informationsblatt der Alija Chadascha Owedet.

ISRAEL21c [Online] Magazine.

Itonuth Awodah.

Jedioth Chadaschoth.

Jüdisches Gemeindeblatt für die Israelitische Gemeinde zu Frankfurt am Main.

Jüdische Rundschau.

Jüdische Welt-Rundschau.

Manchester Guardian.

Mitteilungsblatt.

Nachalath Zwi. Eine Montasschrift für Judentum in Lehre und Tat.

Nachrichten der Hitachduth Olej Austria.

Orient. Independent Weekly.

Palestine Post.

Tamzit Itonejnu.

Telegramot Achronot.

Tirgumim.

Yedioth Hayom.

Zion. Monatsblätter für Lehre, Volk und Land.

ZVfD-Blätter. Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

### **Literaturverzeichnis**

S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974 [KT: Adler-Rudel, Selbsthilfe].

S. Adler-Rudel, A Chronicle of Rescue Efforts, in: LBI Year-Book, Vol. XI (1966), S.213-241.

Evelyn Adunka, Exil in der Heimat. Über die Österreicher in Israel, Wien u.a. 2002 [KT: Adunka, Exil].

Thomas Albrich, Zionisten wider Willen. Hintergründe und Ablauf des Exodus als Osteuropa, in: ders. (Hg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der Exodus durch Österreich nach 1945, Innsbruck/Wien 1998, S.13-48 [KT: Albrich, Zionisten wider Willen].

[Alija Chadascha Hg.], Gegen „Biltmorismus“ und „Aktivismus“. Kampfschrift der Alija Chadascha gegen die Politik der Exekutive der Jewish Agency, Jerusalem 1946 [KT: AC, Gegen „Biltmorismus“]

Alija Chadascha Owedeth (Hg.), Die Histadruth. Wirtschaftliche und soziale Probleme in der Kriegszeit, Tel Aviv 1944 [KT: ACO, Die Histadruth].

Gur Alroey, The Jewish Emigration from Palestine in early Twentieth Century, in: Journal of Jewish Studies, Vol. 2, H 2 (2003), S.111-131 [KT: Alroey, Emigration].

Gur Alroey, Zionism without Zion. The Jewish Territorial Organisation and its Conflict with the Zionist Organisation, Detroit 2016.

Brian Amkraut, Zionist Attitude towards Youth Alijah from Germany 1932-1939, in: The Journal of Israeli History, Vol. 20, No. 1 (2001), S.67-86 [KT: Amkraut, Zionist Attitude].

Gabriele Anderl, Emigration und Vertreibung, in: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien u.a. 1992, S.167-337 [KT: Anderl, Emigration].

Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt a.M./New York 1988.

Viktor Ch. Arlosoroff, Der jüdische Volkssozialismus, Berlin 1919.

Elias Auerbach, Pionier der Verwirklichung, Stuttgart 1969.

Shlomo Avineri, Profile des Zionismus. Die geistigen Ursprünge des Staates Israel. 17 Portraits, Gütersloh 1998 [KT: Avineri, Profile]

Haim Avni, The War and the Possibilities of Rescue, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), The Shoah and the War, New York u.a. 1992, S.373-392.

R. Bachi, A statistical Analysis of the Revival of Hebrew in Israel, in: Scripta Hierosolymitana. Publications of the Hebrew University, Jerusalem, Vol. 3 (1956), S.179-247.

Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg <sup>2</sup>1998.

Kurt J. Ball-Kaduri, Illegale Judenauswanderung aus Deutschland nach Palästina 1939/40 – Planung, Durchführung und internationale Zusammenhänge, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte IV (1975), S.386-421 [KT: Ball-Kaduri, Judenauswanderung].

Kurt Jakob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933, Frankfurt a.M. 1963.

Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt a.M. 1988.

Avraham Barkai, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893 – 1938, München 2002.

Avraham Barkai, Der Sonderweg des Zionismus in Deutschland, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.65-71.

Neima Barzel, The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945-1952, in: *LBI Year-Book XXXIX (1994)*, S.271-301.

Michael Bar-Zohar, David Ben Gurion. 40 Jahre Israel. Die Biographie des Staatsgründers, Bergisch Gladbach 1988.

Yehuda Bauer, From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine 1939-1945, Philadelphia 1970 [KT: Bauer, Resistance].

Yehuda Bauer, From Cooperation to Resistance. The Haganah 1938-1946, in: *Middle Eastern Studies*, Vol. 2, No. 2 (1966), S.182-210 [KT: Bauer, Haganah].

Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a.M. 1996 [KT: Bauer, Freikauf].

Yehuda Bauer, The Brichah, in: Yisrael Gutman/Avital Saf (Hg.), *She'erit Hapletah 1944-1948. Rehabilitation and political Struggle*, Jerusalem 1990, S.51-59.

Yehuda Bauer, Jüdische Reaktionen auf den Holocaust, Berlin 2012 [KT: Bauer, Reaktionen].

Leo Beack, In Memory of Two of our Dead, in: *LBI Year-Book I (1956)*, S.51-56.

Morris Beckman, The Jewish Brigade. An Army with two Masters 1944-45, Cheltenham/Gloucestershire 2009.

Menachem Begin, The Revolt. Story of the Irgun, Tel Aviv 1964.

Alex Bein, Theodor Herzl. Biographie mit einem Vorwort von Golda Meir, Wien 1974<sup>2</sup>.

Alex Bein, Arthur Ruppin: The Man and his Work, in: *LBI Year-Book*, Vol. XVII (1972), S.117-141.

Eva Beling, Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel. Eine soziologische Untersuchung der Einwanderung aus Deutschland zwischen 1933 und 1945, Frankfurt a.M. 1967 [KT: Beling, Eingliederung].

Yossi Ben-Artzi, Technion, in: Dan Diner (Hg.), *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, Stuttgart 2011–2017, unter: [http://dx-doi-1org-100004ea00039.erf.sbb.spk-berlin.de/10.1163/2468-2845\\_ejgk\\_COM\\_0910](http://dx-doi-1org-100004ea00039.erf.sbb.spk-berlin.de/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0910) [aufgerufen am 10.9.2019].

Schalom Ben-Chorin, Fremd im eigenen Land?, in: ders., *Germania Hebraica*, Gerlingen 1982, S.55-71.

Schalom Ben-Chorin, Sprache als Heimat, in: ders., Germania Hebraica, Gerlingen 1982, S.33-49 [KT: Ben-Chorin, Sprache als Heimat].

Uri Ben-Eliezer, „In Uniform“/Without a Uniform“: Militarism as an Ideology in the Decade preceding Statehood, in: Studies in Zionism, Vol. 9, No. 2 (1988), S. 173-196 [KT: Ben-Eliezer, „In Uniform“].

David Ben-Gurion, Peel Bericht und Judenstaat, Tel Aviv 1938.

David Ben Gurion, Wir und die Nachbarn. Gespräche mit arabischen Führern, Tübingen <sup>2</sup>1968 [KT: Ben Gurion, Wir und die Nachbarn].

[David] Ben-Gurion, Grundzüge eines Verfassungsvorschlags für Erez Israel, in: Hechaluz, Deutscher Landesverband (Hg.), Zum jüdisch-arabischen Problem, Berlin 1933, S.60-72.

Wolfgang Benz u.a. (Hg.), Die Kindertransporte 1938/1939. Rettung und Integration, Frankfurt a.M. 2003.

Wolfgang Benz, Emigration als Rettung und Trauma, in: ders. u.a. (Hg.), Die Kindertransporte 1938/1939. Rettung und Integration, Frankfurt a.M. 2003, S.9-16.

Schmuel Hugo Bergman, Tagebücher & Briefe. 1. Band 1901-1948, Königstein/Ts. 1985 [KT: Bergman, Tagebücher].

Nicholas Bethell, Das Palästina-Dreieck. Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat 1935 – 1948, Berlin u.a. 1979 [KT: Bethell, Palästina-Dreieck].

Anne Betten, „Vielleicht sind wir wirklich die einzigen Erben der Weimarer Kultur“. Einleitende Bemerkungen zur Forschungshypothese „Bildungsbürgerdeutsch in Israel“ und zu den Beiträgen in diesem Band, in: dies./Miryan Du-nour (Hg.), Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel, Tübingen 2000, S.157-181.

Anne Betten/Miryan Du-nour (Hg.), Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel, Tübingen 2000.

[Bialik-Loge (Hg.)], 20 Jahre Bialik-Loge 1936-1956, Tel Aviv 1956.

[William H. Beveridge], Full Employment in a free Society. A Report by William H. Beveridge, London 1944.

Kurt Blumenfeld, Auf dem Jenaer Delegiertentag, in: Hans Tramer/Kurt Loewenstein (Hg.), Robert Weltsch zum 70. Geburtstag von seinen Freunden, Tel Aviv 1961, S.121-123.

Kurt Blumenfeld, Im Kampf und den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten, Stuttgart 1976.

Kurt Blumenfeld, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, Stuttgart 1962 [KT: Blumenfeld, Judenfrage].

Adolf Böhm, Die zionistische Bewegung. Bd. I: Die Zionistische Bewegung bis zum Ende des Weltkrieges, Tel Aviv <sup>2</sup>1935 [KT: Böhm, Bewegung].

Adolf Böhm, Die zionistische Bewegung. Bd. II: Die zionistische Bewegung 1918 bis 1925, Jerusalem 1937.

Richard Bolchover, British Jewry and the Holocaust, Cambridge u.a. <sup>2</sup>2003 [KT: Bolchover, British Jewry].

Ruth Bondy, Der Dornenweg deutscher Zionisten in die Politik. Felix Rosenblüth in Tel Aviv, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte VIII (1998), S.297-314 [KT: Bondy, Dornenweg].

Michael Brenner, The Jüdische Volkspartei. National-Jewish Communal Politics during the Weimar Republic, in: LBI Year-Book XXXV (1990), S.219-242.

Michael Brenner, Zurück ins Ghetto? Jüdische Autonomievorstellungen in der Weimarer Republik, in: Trumah, Vol. 3 (1992), S.101-127.

Michael Brown, The Israeli-American Connection. Its Roots in the Yishuv, 1914-1945, Detroit 1996.

M. Buber u.a. [Hg.], Towards Union in Palestine. Assays on Zionism and Jewish-Arab Cooperation, Jerusalem 1947.

Martin Buber, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, Band I: 1897-1918, Heidelberg 1972.

Martin Buber, Zion und die Jugend. Eine Ansprache (Mai 1918), in: ders., Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.700-710.

Martin Buber, Hebräischer Nationalismus (1941), in: ders., Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.732-744.

Hans G. Burger, Die Auseinandersetzung um die „Jüdische Welt-Rundschau“ – Robert Weltsch zum 80. Geburtstag gewidmet, in: Emuna – Horizonte, Jg. 6, H.5 (1971), S.317-334 [KT: Burger, Auseinandersetzung].

Michael Burgess, The British Tradition of Federation, Madison/London 1995.

Michael J. Cohen, Britain's Moment in Palestine. Retrospect and Perspectives 1917 – 48, London/New York 2014 [KT: Cohen, Britain's Moment].

Michael J. Cohen, Churchill and Bevin. Thesis and Anti-Thesis?, in: ders. (Hg.), The British Mandate in Palestine. A Centenary Volume, 1920-2020, London/New York 2020, S.45-61.

Michael J. Cohen, Palestine and the Great Powers 1945-1948, Princeton 1982 [KT: Cohen, Palestine].

Michael J. Cohen, *Churchill and the Jews*, London/New York 2013.

Raya Cohen, *Confronting the Reality of the Holocaust: Richard Lichtheim 1939-1942*, in: *Yad Vashem Studies XXIII* (1993), S.335-368 [KT: Cohen, Lichtheim].

Benno Cohn, *Einige Bemerkungen über den deutschen Zionismus nach 1933*, in: Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S.48-54 [KT: Cohn, Bemerkungen].

Yitzhak Conforti, 'The New Jew' in the Zionist Movement. Ideology and Historiography, in: *The Australian Journal of Jewish Studies*, Vol. 25 (2011), S.87-118.

Gisela Dachs, *Zu dieser Almanach*, in: dies. (Hg.) *Die Jeckes. Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts*, Frankfurt a.M. 2005, S.7-11.

Gisela Dachs (Hg.) *Die Jeckes. Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts*, Frankfurt a.M. 2005.

Michael Dak, *Israelis aus Not: Über die unsanfte Landung im Lande der Verheißung*, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.125-131.

Katrin Diehl, *Die jüdische Presse im Dritten Reich. Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung*, Tübingen 1997 [KT: Diehl, Presse].

Dan Diner, *Jeckes – Ursprung und Wandel einer Zuschreibung*, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.100-103.

Alfred Döblin, *Grundsätze und Methoden eines Neuterritorialismus*, in: ders., *Schriften zur Politik und Gesellschaft*, Otten/Freiburg im Breisgau 1972, S.309-338.

Simon Dubnow, *Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart*. Band X, Berlin 1929.

Miryam Du-Nour, *Sprachbewahrung und Sprachwandel unter den deutschsprachigen Palästina-Emigranten der 30er Jahre*, in: dies./ Anne Betten (Hg.), *Sprachbewahrung nach der Emigration – Das Deutsch der 20er Jahre in Israel*, Tübingen 2000, S.182-216 [KH: Du-Nour, Sprachbewahrung].

Klaus D. Eberlein, *Die Arabische Liga I. Politische Geschichte der Staaten der Arabischen Liga bis 1952*, Frankfurt a.M. 1995.

Abraham J. Edelheit, *The Yishuv in the Shadow of the Holocaust. Zionist Politics and Rescue Aliya, 1933-1939*, Boulder/Oxford 1996 [KT: Edelheit, Yishuv].



Eva Edelmann-Ohler/Andreas Kilcher, Deutsche Sprachkultur in Palästina/Israel. Geschichte und Bibliographie, Berlin/Boston 2017 [KT: Edelmann-Ohler/Kilcher, Deutsche Sprachkultur].

Shmuel N. Eisenstadt, Die israelische Gesellschaft, Stuttgart 1973 [KT: Eisenstadt, Gesellschaft].

Yehuda Eloni, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987 [KT: Eloni, Zionismus in Deutschland].

David Engel, Palestine in the Mind of the Remnants of Polish Jewry, in: The Journal of Israeli History, Vol. 16, No. 3 (1995), S.221-234.

Schlomo Erel, Neue Wurzeln. 50 Jahre Immigration deutsch-sprachiger Juden in Israel, Gerlingen 1983 [KT: Erel, Wurzeln].

Itamar Even-Zohar, Language Conflict and national Identity: a semiotic Approach, in: Joseph Alpher (Hg.), Nationalism and Modernity. A Mediterranean Perspective, New York u.a. 1986, 126-135.

Itamar Even-Zohar, The Emergence of a native Hebrew Culture in Palestine: 1882-1948, in: Studies in Zionism, Vol. 4, No. 1 (1981), S.167-184 [KT: Even-Zohar, Emergence Hebrew Culture].

Yigal Eyal, The Arab Revolt, 1936-1939: A turning Point in the Struggle over Palestine, in: Mordechai Bar-On (Hg.), A never-ending Conflict. A Guide to Israeli Military History, London/Westport 2004, S.17-42.

Sabine Falch/Moshe Zimmermann (Hg.), Israel - Österreich. Von den Anfängen bis zum Eichmann-Prozess 1961, Wien u.a. 2005.

Werner Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972 [KT: Feilchenfeld, Haavara-Transfer].

John P. Fox, The British Attitudes to Rescue: Definition and Perspectives, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), The Shoah and the War, New York u.a. 1992, S.355-372.

Daniel Fraenkel, Die Reaktion des deutschen Zionismus auf die nationalsozialistische Verfolgungspolitik, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.303-314 [KT: Fraenkel, Reaktion].

Herbert Freeden, Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987 [KT: Freeden, jüdische Presse].

Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933-1945. II Bde.; Bd. I: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, Bd. II: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945, Bonn 2006.

Tuvia Frieling, Ben-Gurion and the Holocaust of European Jewry 1939-1945: A Stereotype re-examined, in: Yad Vashem Studies XVIII (1987), S.199-232 [KT: Frieling, Ben-Gurion].

Evyatar Friesel, Zur „Janus-Lage“ des deutschen Judentums und zu seinem fehlenden Einfluss auf die innere Entwicklung Israels, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.315-329.

Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Über religiöse universalistische Traditionen im Zionismus am Beispiel Ernst Simons, in: Eveline Goodman-Thau/Fania Oz-Salzberger (Hg.), Das jüdische Erbe Europas. Krise der Kultur im Spannungsfeld von Tradition, Geschichte und Identität, Berlin/Wien 2005, S.351-365.

Ziva Galili, The Soviet Experience of Zionism: Importing Soviet political Culture to Palestine, in: The Journal of Israeli History, Vol. 24, No. 1 (2005), S.1-33.

Itzhak Galnoor, The Partition of Palestine. Decision Crossroads in the Zionist Movement, New York 1995 [KT: Galnoor, Partition].

Ruth Gay, Danke schön, Herr Doktor: German Jews in Palestine, in: The American Scholar, Vol. 58, No. 4 (1989), S.567-577 [KT: Gay, German Jews].

Yoav Gelber, Neue Heimat. Die jüdische Einwanderung Zentraleuropas und ihre Integration 1933-1948 [Hebr.], Jerusalem 1990 [KT: Gelber, Neue Heimat].

Yoav Gelber, The Historical Role of the Central European Immigrants to Israel, in: LBI Year-Book XXXVIII (1993), S. 323-339 [KT: Gelber, Historical Role].

Yoav Gelber, Zionist Policy and the Fate of European Jewry (1939-1942), in: Yad Vashem Studies XIII (1979), S.169-210 [KT: Gelber, Policy].

Yoav Gelber, Palestine 1948. War, Escape and the Emergence of the Palestinian Refugee Problem, Brighton u.a. 2012 [KT: Gelber, Palestine].

Yoav Gelber, The Defense of Palestine in World War II, in: Studies in Zionism, Vol. 8, No. 1 (1987), S.51-81 [KT: Gelber, Defense].

Yoav Gelber, Central European Jews from Palestine in the British Forces, in: LBI Year-Book XXXV (1990), S.321-332 [KT: Gelber, British Forces].

Yoav Gelber, The Reactions of the Zionist Movement and the Yishuv to the Nazi's Rise to Power, in: Yad Vashem Studies XVIII (1987), S.41-101 [KT: Gelber, Reaction].

Yoav Gelber, Partners and Adversaries: Jewish Survivors of World War II, the Jewish Agency, and Britain, in: Richard I. Cohen (Hg.), Vision and Conflict in the Holy Land, Jerusalem/New York 1985, S.274-308 [KT: Gelber, Jewish Survivors].

Yoav Gelber, The Shaping of the “New Jew” in Eretz Israel, in: Yisrael Gutmann (Hg.), Major Changes within the Jewish People in the Wake of the Holocaust. Proceedings of the Ninth Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1996, S. 443-461 [KT: Gelber, The Shaping of the “New Jew”].

Yoav Gelber, Deutsch-jüdische Identität in der “Heimstätte”. Deutsche Zionisten in Palästina zwischen Distanz, Eigensinn und Integration, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.263-276 [KT: Gelber, Deutsch-jüdische Identität].

Yoav Gelber, Die Geschichtsschreibung des Zionismus: Von Apologetik zu Verleugnung, in: Barbara Schäfer (Hg.), Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 2000, S.15-44.

Yoav Gelber, The Problematics of the Historiography of the Reaction of the Yishuv and the Jews in the free World to the Holocaust, in: Yisrael Gutman/Gideon Greif, The Historiography of the Holocaust Period. Proceedings of the Fifth Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1988, S.571-584.

Yoav Gelber, The Hebrew Press in Palestine on the Annihilation of the Jews of Europe (1941-1942), in: Asher Cohen u.a. (Hg.), Dapim. Studies on the Shoah, New York u.a. 1991, S.165-202 [KT: Gelber, Hebrew Press].

Yoav Gelber, Some Reflections on the Yishuv during the Shoah, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), The Shoah and the War, New York u.a. 1992, S.337-354 [KT: Gelber, Reflections].

Yoav Gelber, Deutsche Juden im politischen Leben des jüdischen Palästina 1933-1948. Siegfried Moses – Gedenkrede, Jerusalem, 4.5.1986, in: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts 76 (1987), S.51-72.

Miriam Getter, Die separate politische Organisation der deutsch-jüdischen Einwanderer [Hebr.], in: HaZiyonut 7 (1981), S.240–291 [KT: Getter, Organisation].

Martin Gilbert, British Government Policy towards Jewish Refugees (November 1937–September 1939), in: Yad Vashem Studies XIII (1979), S.127-167 [KT: Gilbert, British Government Policy].

Sander L. Gilman, Jüdisches Selbsthass. Antisemitismus und die verdorbene Sprache der Juden, Frankfurt a.M. 1993.

Leo Goldhammer-Sahavi, Die österreichische Alijah und ihre Eingliederung, in: Alija Chadascha (Hg.), 10 Jahre neue Alijah, Tel Aviv [1943], S.58.

Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt a.M. u.a. 1983.

Moritz Goldstein, Deutsch-jüdischer Parnaß, in: Der Kunstwart XXV, H.11 (1912), S.281-294.

Yaacov N. Goldstein, From Fighters to Soldiers. How the Israeli Defense Forces began, Brighton/Portland 1998.

Yosef Gorny, Zionism and the Arabs 1882-1948. A Study of Ideology, Oxford u.a. 1987 [KT: Gorny, Zionism].

Yosef Gorny, The Jewish Press and the Holocaust, 1939-1945. Palestine, Britain, the United States, and the Soviet Union, New York u.a. 2012 [KT: Gorny, Jewish Press].

Lev Luis Grinberg, Mo(ve)ments of Resistance. Politics, Economy and Society in Israel/Palestine 1931-2013, Boston 2014.

Sammy Gronemann, Erinnerungen, Berlin/Wien 2002.

Nachum Gross, Entrepreneure: Einwanderer aus Mitteleuropa in der Wirtschaft Palästinas, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.132-136.

D. Gurewich/A. Gertz (Hg.), Statistical Handbook of Jewish Palestine 1947, Jerusalem 1947 [KT: Gurevich/Gertz, Handbook].

Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977.

G.H., Der deutsche Hechaluz. Eine Darstellung 1 ½jähriger Arbeit in Zahlen, in: [Hechaluz Deutschland Hg.], Werk und Werden. Eine chaluzische Sammelschrift, Berlin 1934. S.28-34.

Jörg Hackeschmidt, Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation, Hamburg 1997 [KT: Hackeschmidt, Blumenfeld].

Dvorah Hacoen, Ben-Gurion and the Second World War: Plans for Mass Immigration to Palestine, in: Jonathan Frankel (Hg.), Jews and Messianism in the modern Era: Metaphor and Meaning, Oxford u.a. 1991, S. 247-268 [KT: Hacoen, Ben-Gurion].

Dvora Hacoen, Mass Immigration and the Israeli political System 1948-1953, in: Studies in Zionism, Vol. 8, No. 1 (1987), S.99-113 [KT: Hacoen, Mass Immigration].

Dvora Hacohen, The Law of Return as an Embodiment of the Link between Israel and the Jews of the Diaspora, in: The Journal of Israeli History, Vol. 19, No. 1 (1998), S.61-89.

Aviva Halamish, Meir Yaari's Attitude toward Rescue and Alijah during the Holocaust, in: Moreshet. Journal for the Study of the Holocaust and Antisemitism 7 (2009), S.83-120 [KT: Halamish, Yaari].

Aviva Halamish, Jewish Immigration. The Base of the Palestine Triangle, in: Michael J. Cohen (Hg.), The British Mandate in Palestine. A Centenary Volume, 1920-2020, London/New York 2020, S.172-188 [KT: Halamish, Jewish Immigration].

Aviva Halamish, Illegal Immigration: Values, Myth and Reality, in: Studies in Zionism, Vol. 9, No. 1 (1988), S.47-62 [KT: Halamish, Illegal Immigration].

Aviva Halamish, Book Review, in: The Journal of Israeli History, Vol. 24, No. 1 (2005), S.165-169.

Aviva Halamish, A new Look at Immigration of Jews from Yemen to Mandatory Palestine, in: Israel Studies, Vol. 11, No. 1 (2006), S.59-78 [KT: Halamish, A new Look].

Annette Haller, Germania Judaica. Die Geschichte einer Erwerbung, in: Jeanette Krymalowski (Hg.) Hier und Jetzt. Bilder und Texte vom jüdischen Leben in Köln, Köln 1999, unpaginiert.

Susan Lee Hattis, The bi-national Idea in Palestine during Mandatory Times, Haifa 1970. [KT: Hattis, bi-national Idea].

Heiko Haumann (Hg.), Der Erste Zionistenkongress von 1897 – Ursachen, Bedeutung, Aktualität, Basel u.a. 1997.

[Hechaluz Deutschland Hg.], Werk und Werden. Eine chaluzische Sammelschrift, Berlin 1934.

[Hechaluz Deutschland Hg.], Über die Arbeit des Hechaluz im Halbjahr Mai-November 1933. Der Merkas Hechaluz an alle Chawerim und Chaweroth!, Berlin 1933 [KT: Hechaluz, Über die Arbeit].

Dieter J. Hecht, Juden aus Österreich in Israel – Die Hitachdut Olej Austria, in: Sabine Falch/Moshe Zimmermann (Hg.), Israel - Österreich. Von den Anfängen bis zum Eichmann-Prozess 1961, Wien u.a. 2005, S.15-45 [KT: Hecht, Hitachdut].

Joseph Heller, The Stern Gang. Ideology, Politics and Terror, 1940-1949, London/Portland 1995 [KT: Heller, Stern Gang].

Joseph Heller, The Birth of Israel 1945-1949. Ben-Gurion and his Critics, Gainesville u.a. 2000 [KT: Heller, Birth of Israel].

Anat Helman, East or West? Tel Aviv in the 1920s and 1930s, in: Ezra Mendelsohn (Hg.), People of the City. Jews and the urban Challenge, New York u.a. 1999, S. 68-79 [KT: Helman, East or West].

Anat Helman, Hues of Adjustment: „Landsmanschaftn“ in Inter-War New York and Tel Aviv, in: Jewish History, Vol. 20, No. 1 (2006), S.41-67.

Arthur Hertzberg (Hg.), The Zionist Idea. A historical Analysis and Reader, New York <sup>10</sup>1976.

Theodor Herzl, Der Judenstaat. (Sonderausgabe aus den „Zionistischen Schriften“ Theodor Herzls), Wien <sup>9</sup>1933 [KT: Herzl, Judenstaat].

Jutta Hetkamp, Die jüdische Jugendbewegung in Deutschland von 1913-1933, Münster/Hamburg 1994.

Peter Heumos, Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938-1945, München 1989.

Esriel Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994 [KT: Hildesheimer, Selbstverwaltung].

Hitachduth Olej Germania (Hg.), Unruhen in Palästina, Tel Aviv (1936).

Hitachduth Olej Germania u.a. (Hg.), Chinuch. Führer durch das hebräische Schul- und Erziehungswesen in Palästina, Tel Aviv 1937.

Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M./Wien 1992 [KT: Hobsbawm, Nationen].

Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg, Hamburg <sup>2</sup>2010.

Gerhard Holdheim, Die deutsche Alijah. Ihre Physiognomie – ihre Reaktionen – ihr Zionismus, unveröffentlicht 1938, in: LBI Jerusalem, JER 628 [KT: Holdheim, deutsche Alijah].

D. Horowitz, Der wirtschaftliche Aufbau Palästinas 1919-1936. Bilanz einer nationalen Kolonisation, Tel Aviv 1936.

Dan Horowitz/Moshe Lissak, Origins of the Israeli Polity. Palestine under the Mandate, Chicago/London 1978 [KH: Horowitz/Lissak, Israeli Polity].

Yotam Hotam, Emigrierte Erinnerung. Zu Sprache, Identität und Konversion deutsch-jüdischer Emigranten, in: ders./Joachim Jacob (Hg.), Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004, S.173-195.

J. C. Hurewitz, The Struggle for Palestine, New York 1968 [KT: Hurewitz, Struggle].

Angela Huß-Michel, Literarische und politische Zeitschriften des Exils 1933-1945, Stuttgart 1987.

Vladimir Jabotinsky, Ich klage an!, in: ders., Der Judenstaat, Wien 1938, S.62-109 [KT: Jabotinsky, Ich klage an!].

Vladimir Jabotinsky, Weshalb wir die Diaspora nicht wollen, in: ders., Der Judenstaat, Wien 1938, S.7-12.

Vladimir Jabotinsky, Die Idee des Betar. Ein Umriss betarischer Weltanschauung, Lyck 1935.

Vladimir Jabotinsky, Der Zehnjahrplan, in: ders., Der Judenstaat, Wien 1938, S.52-61.

David Jünger, Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933-1938, Göttingen/Bristol 2016 [KT: Jünger, Jahre der Ungewissheit].

Omar Kamil, Arabische Juden in Israel. Geschichte und Ideologie von Ben Gurion bis Ovadia Yosef, Würzburg 2008 [KT: Kamil, Arabische Juden].

Jacob Katz, Tradition und Krise. Der Weg der jüdischen Gesellschaft in die Moderne, München 2002.

Nathaniel Katzburg, British Policy on Immigration to Palestine during World War II, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977, S.183-203 [KT: Katzburg, British Policy].

Siegmond Kaznelson, Deutsche Juden im Palästina-Aufbau, in: ders. (Hg.), Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, Berlin 1959, S.989-1002.

Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016.

Fritz Kieffer, Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002 [KT: Kieffer, Judenverfolgung].

Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 6, Nr. 1 (März 1965), S.20-41.

Joseph Klausner, Menahem Ussishkin. His Life and Work, London (1944).

Judith Klein, Der deutsche Zionismus und die Araber Palästinas, Frankfurt a.M./New York 1982.

Christian Kraft, Aschkenas in Jerusalem. Die religiösen Institutionen der Einwanderer aus Deutschland im Jerusalemer Stadtviertel Rechavia (1933-2004) – Transfer und Transformation, Göttingen/Bristol 2014 [KH: Kraft, Aschkenas].

Gustav Krojanker, Haawarah. Ein Prüfstein für die zionistische Bewegung [Hebr.], Tel Aviv 1936.

Gustav Krojanker, Die Beziehungen zwischen den deutschen Juden und dem Jischuw, unveröffentlicht 1944, in: LBI Jerusalem, JER 722.

Victoria Kumar, Land der Verheißung – Ort der Zuflucht. Jüdische Emigration und nationalsozialistische Vertreibung aus Österreich nach Palästina 1920 bis 1945, Wien u.a. 2016 [KT: Kumar, Land].

Arieh Joseph Kochavi, The Executive of the Jewish Agency and the Distress of German and Austrian Jewry (1938-1939), in: Asher Cohen u.a. (Hg.), Dapim. Studies on the Shoah, New York u.a. 1991, S.131-163 [KT: Kochavi, The Executive].

Arieh J. Kochavi, Post-Holocaust Politics. Britain, The United States, & Jewish Refugees, 1945-1948, Chapel Hill/London 2001 [KT: Kochavi, Post-Holocaust Politics].

Arieh J. Kochavi, Britain and the illegal Immigration to Palestine from France following World War II, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 6, No. 4 (1991), S.383-396.

Arieh J. Kochavi, The Displaced Persons' Problem and the Formulation of British Policy in Palestine, in: Studies in Zionism, Vol. 10, No. 1 (1989), S.31-48 [KT: Kochavi, The Displaced Persons' Problem].

Max Kollenscher, Jüdische Gemeindepolitik, Berlin 1909.

Georg Landauer, Jischuw, Weltjudentum und Zionismus. Referat, gehalten auf dem Landestag der HOGOA in Kfar Schmarjahu am 31.10.1942, Tel Aviv 1942.

Romy Langeheine, Von Prag nach New York. Hans Kohn. Eine intellektuelle Biographie, Göttingen 2014 [KT: Langeheine, Hans Kohn].

Eleonore Lappin, Liebe zum Volk, Liebe zum Land, in: Eveline Goodman-Thau/Fania Oz-Salzberger (Hg.), Das jüdische Erbe Europas. Krise der Kultur im Spannungsfeld von Tradition, Geschichte und Identität, Berlin/Wien 2005, S.183-202.

Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1975.

Hagit Lavsky, Before Catastrophe. The distinctive Path of German Zionism, Detroit/Jerusalem 1998 [KT: Lavsky, Before Catastrophe].

Hagit Lavsky, The Creation of the German-Jewish Diaspora. Interwar German-Jewish Immigration to Palestine, the USA, and England, Berlin u.a. 2018 [KT: Lavsky, Creation].



Hagit Lavsky, Realpolitik und gemäßigter Zionismus, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.253-261.

Hagit Lavsky, Die Besonderheit des deutschen Zionismus, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.72-76.

Stephan Lehnstaedt, Der vergessene Sieg. Der polnisch-sowjetische Krieg 1919-1921 und die Entstehung des modernen Osteuropa, München 2020.

Herbert S. Levine, A Jewish Collaborator in Nazi Germania: The strange Career of Georg Kareski, 1933-37, in: Central European History, Vol. 8, No. 3 (1975), S.251-281.

Richard Lichtheim, Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus, Stuttgart 1970.

Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998 [KT: Longerich, Politik].

E.G. Lowenthal (Hg.), Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1965.

Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 2002.

Karl Heinz Maag, Militärische und paramilitärische Konzeptionen im politischen Zionismus 1936 bis 1948 und ihre Verwirklichung, Bonn 1974 [KT: Maag, Konzeptionen].

Clemens Maier, Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938-1943 – Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung, in: Michael Nagel/Eleonore Lappin (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Band II, Bremen 2008, S.163-178.

Gudrun Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933-1943, Frankfurt a.M. 2002.

Malgorzata Maksymiak-Fugmann, „Man muss sich zwingen [...].“ Die Sprachpolitik als Gegenstand einer Pressedebatte im Palästina der dreißiger Jahre, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Band I, Bremen 2008, S.73-84 [KT: Maksymiak-Fugmann, Sprachpolitik].

Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2011<sup>3</sup> [KT: Mallmann/Cüppers, Halbmond].

Abraham Margalio, The Problem of Rescue of German Jewry during the Years 1933-1939; the Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.), Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Yashem International Historical Conference, Jerusalem 1977, S.247-265 [KT: Margalio, Problem of Rescue].

Abraham Margalio, Emigration – Planung und Wirklichkeit, in: Arnold Paucker (Hg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S.303-316.

Susanne Marten-Finnis, Die jüdische Presse in der osteuropäischen Diaspora: Eine Typologie, in: dies./Markus Bauer (Hg.), Die jüdische Presse. Forschungsmethoden – Erfahrungen – Ergebnisse, Bremen 2007, S.75-86.

Manuela Maschke, Die israelische Arbeiterorganisation Histadrut. Vom Staat im Staate zur unabhängigen Gewerkschaft, Frankfurt a.M. 2003.

[James G. McDonald], Letter of Resignation of James G. McDonald, High Commissioner for Refugees (Jewish and Other) coming from Germany addressed to the Secretary General of the League of Nations. With an Annex containing an Analysis of the Measures in Germany against „Non-Aryans“, and of their Effects in creating Refugees, London 1935.

Rafael Medoff, Zionism and the Arabs. An American Jewish Dilemma, 1898 – 1948, London u.a. 1997.

Esther Meir-Glitzenstein, From Eastern Europe to the Middle East: The Reversal in Zionist Policy vis-à-vis the Jews of Islamic Countries, in: The Journal of Israeli History, Vol. 20, No. 1 (2001), S.24-66.

Hemut Mejcher, Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika 1918-1948, in: ders. (Hg.), Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn u.a. <sup>2</sup>1993, S. 189-242.

Ezra Mendelsohn, Jewish Politics in Interwar Poland: an Overview, in: Yisrael Gutman u.a. (Hg.), The Jews of Poland between two World Wars, Hanover u.a. 1989, S.9-19.

Jacob Metzer, Economic Structure and national Goals – The Jewish National Home in Interwar Palestine, in: Anita Shapira/Jehuda Reinharz (Hg.), Essential Papers on Zionism, New York u.a. 1996, S.567-584.

Jakob Metzer, Jewish Immigration to Palestine in the long 1920s: An exploratory Examination, in: The Journal of Israeli History, Vol. 27, No. 2 (2008), S.221-251.

Franz Meyer, Bemerkungen zu den „Zwei Denkschriften“, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962, S.114-127.

Dan Michman, Die Forschung über „Zionismus und Shoa“: Probleme, Kontroversen, Grundbegriffe, in: Barbara Schäfer (Hg.), Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 2000, S.94-128 [KT: Michman, Forschung].

Mifleget Poale Erez-Jisrael. Abteilung für die Olim aus Mitteleuropa (Hg.), Alija Chadascha – Wohin? Ein Artikel im „Mitteilungsblatt“ und die Antwort der hebräischen Presse, Tel Aviv [1944].

Angelika Montel, Herzls Maitresse. Zur Gründung der „Welt“, in: Joanna Nittenberg (Hg.), Wandlungen und Brüche. Von Herzls „Welt“ zur „Illustrierten Neuen Welt“ 1897-1997, Wien 1997, S.19-66.

Benny Morris, Response of the Jewish Daily Press in Palestine to the Accession of Hitler, 1933. Yad Vashem Studies 27 (1999), S.363-407 [KT: Morris, Response].

Benny Morris, Anmerkungen zur zionistischen Geschichtsschreibung und dem Transfergedanken in den Jahren 1937-1944, in: Barbara Schäfer (Hg.), Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt a.M./New York 2000, S.45-62.

G. Muenzner, Jewish Labour Economy in Palestine. The economic Activities of the General Federation of Jewish Labour (Histadruth Ha'owdim), Jerusalem/Tel Aviv 1943.

Klaus Müller-Salget, Alfred Döblin und das Judentum, in: Hans O. Horch/Itta Shedletzky (Hg.) Deutsch-jüdische Exil- und Emigrationsliteratur im 20. Jahrhundert, Tübingen 1993, S.153-163.

Henry Near, The Kibbutz Movement – a History. Origins and Growth 1909-1939, Volume I, Oxford 1992.

Henry Near, The Kibbutz Movement – a History. Crisis and Achievement 1939-1995, Volume II, London/Portland 1997.

Uwe Neumärker u.a. (Hg.), „Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, Berlin 2008.

Francis R. Nicosia, Revisionist Zionism in Germany (I). Richard Lichtheim and the Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland 1926-1933, in: LBI Year-Book XXXI (1986), S.209-240.

Francis R. Nicosia, Revisionist Zionism in Germany (II). Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation 1933-1938, in: LBI Year-Book XXXII (1987), S.231-267.

Doron Niederland, Die Immigration, in: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien u.a. 1992, S.339-444 [KT: Niederland, Immigration].

Max Nordau, III. Kongressrede (Basel 15. August 1899), in: Zionistisches Aktionskomitee (Hg.), Max Nordau's zionistische Schriften, Köln/Leipzig 1909, S.77-92.

Ilana Nowatzky-Bendet, Nazi Germany's War Threat as depicted by the Hebrew Press in Palestine 1933-1939, in: Michael Nagel/Eleonore Lappin (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Bd. II, Bremen 2008, S.179-189.

Dalia Ofer, Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944, New York u.a. 1990 [KT: Ofer, Illegal Immigration].

Dalia Ofer, Illegal Immigration during the Second World War: Its Suspension and subsequent Resumption, in: Jonathan Frankel (Hg.), Jews and Messianism in the modern Era: Metaphor and Meaning, Oxford u.a. 1991, S.220-246 [KT: Ofer, Immigration].

Thomas von der Osten-Sacken, Aufstieg und Fall einer zionistischen Zeitung: Die Jüdische Weltrundschau, unter:

<http://www.jewish-life.de/keshet/weltrundschau.htm> (aufgerufen am 24.01.2012) [KT: Osten-Sacken, Aufstieg].

Franz Urban Pappi, Konfliktlinien, in: Dieter Nohlen/Florian Groetz (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, Bonn 2008, S.279-281.

Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a.M. 1988.

Monty Noam Penkower, Palestine in Turmoil. The Struggle for Sovereignty, 1933 – 1939. Volume II: Retreat from the Mandate, 1937-1939, New York/Brighten 2014 [KT: Penkower, Palestine in Turmoil].

Monty Noam Penkower, Decision on Palestine deferred. America, Britain and Wartime Diplomacy 1939 – 1945, London/Portland 2002 [KT: Penkower, Decision].

Arie Perliger/Leonard Weinberg, Jewish Self-Defence and Terrorist Groups prior to the Establishment of the State of Israel. Roots and Traditions, in: Totalitarian Movements and Political Religions, Vol. 4, No. 3 (2003), S. 91–118.

[Leon Pinsker], „Autoemanzipation!“ Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden. Mit einer Vorbemerkung von Achad Haam, Berlin 1935 [KT: Pinsker, Autoemanzipation].

Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany 1897-1933. The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1977 [KT: Poppel, Zionism].

Dina Porat, *The blue and the yellow Stars of David. Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, London (u.a.) 1990 [KT: Porat, Stars of David].

Dina Porat, Al-domi: Palestinian Intellectuals and the Holocaust 1943-1945, in: *Studies in Zionism*, Vol. 5, No. 2 (1984), S.97-124.

Dina Porat, The Allies, Herzl's Testament, The Holocaust and Limitations of Jewish Politics, July 1944, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Vol. 6, No. 3 (1991), S.269-282 [KT: Porat, The Allies].

Yehoshua Porath, *The Palestinian Arab National Movement. From Riots to Rebellion, Volume Two 1929 – 1939*, London/Totowa 1977 [KT: Porath, Movement].

Yehoshua Porath, Weizmann, Churchill and the „Philby Plan,“ 1937-1943, in: *Studies in Zionism*, Vol. 5, No. 2 (1984), S.239-272.

Ari Rath, Die Jeckes in Politik und Medien, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005, S.306-310.

Shalom Ratzabi, *Between Zionism and Judaism. The radical Circle in Brith Shalom 1925-1933*, Boston u.a. 2002.

Shalom Ratzaby, The Polemic about the „Negation of the Diaspora“ in the 1930s and its Roots, in: *The Journal of Israeli History*, Vol. 16, No. 1 (1995), S.19-38 [KT: Ratzaby, Polemic].

Tammy Razi, Subversive Youth Cultures in Mandate Tel Aviv, in: Maoz Azaryahu/S. Ilan Troen (Hg.), *Tel-Aviv, the First Century. Visions, Designs, Actualities*, Bloomington 2012, S.77-93.

Jehuda Reinharz, Hashomer Hazair in Germany (II). Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938, in: *LBI Year-Book*, Vol. XXXII (1987), S.183-229. [KT: Reinharz, Hashomer Hazair].

Jehuda Reinharz, Jewish Nationalism and Jewish Identity in Central Europe, in: *LBI Year-Book XXXVII* (1992), S. 147-167.

Jehuda Reinharz/Yaakov Shavit, *The Road to September 1939. Polish Jews, Zionists, and the Yishuv on the Eve of World War II*, Waltham (Massachusetts) 2018 [KT: Reinharz/Shavit, Road to September].

Jehuda Reinharz, Der Aufbau einer jüdischen Selbstverwaltung und das Parteienspektrum im Palästina der Mandatszeit, in: Ludger Heid/Joachim H. Knoll (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart/Bonn 1992, S.489-511.

Enrico Richter, Das letzte Kapitel des deutschen Zionismus. Ideologie, Programmatik und Selbstverständnis anhand seines Publikationsorgans Jüdische Welt-Rundschau (1939-1940), Potsdam 2013 (unveröffentlichte Magisterarbeit, Philosophische Fakultät d. Universität Potsdam) [KT: Richter, Das letzte Kapitel].

Jehuda Riemer, Fritz Perez Naphtali. Sozialdemokrat und Zionist, Gerlingen 1991 [KT: Riemer, Naphtali].

Eugene L. Rogan/Avi Shaim (Hg.), The War for Palestine. Rewriting the History of 1948, Cambridge u.a. 2001.

Jürgen Rohwer, Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944, in: Ursula Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S.197-248.

Norman Rose, Chaim Weizmann. A Biography, London 1986.

Pinhas F. Rosen, Aus Erinnerungen an die Jahre 1939-1948, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel-Aviv 1962, S.271-279.

Felix Rosenblüth, Die „Alija Chadascha“ im öffentlichen Leben, in: Alija Chadascha (Hg.), 10 Jahre neue Alijah, Tel Aviv [1943], S.73-74.

Livia Rothkirchen, The Protectorate Government and the “Jewish Question”, 1939-1941, in: Yad Vashem Studies XXVII (1999), S.331-362.

Eli Rothschild (Hg.), Meilensteine. Vom Wege des Kartells Jüdischer Verbindungen (K.J.V.) in der Zionistischen Bewegung. Eine Sammelschrift, Tel Aviv 1972.

Adam Rubin, „Turning Goyim into Jews“: Alijah and the Politics of cultural Anxiety in the Zionist Movement, 1933-1939, in: Jewish Quarterly Review, Vol. 101, No. 1 (2011), S.71-96 [KT: Rubin, Alijah and the Politics].

Amnon Rubinstein, Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute, München 2000 [KT: Rubinstein, Geschichte].

Arthur Ruppin, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen. Herausgegeben von Schlomo Krolik. Mit einem Nachwort von Alex Bein, Königstein/Ts. 1985 [KT: Ruppin, Tagebücher].

Arthur Ruppin, Die Auslese des Menschenmaterials für Palästina, Der Jude, Vol. 3, No. 8-9 (1918-1919), S.373-383.

Anne-Christin Saß, Vom Mizrekh-Yid zur Jüdischen Welt. Die Publikationsorgane des „Verbandes der Ostjuden“ als Dokumente ostjüdischen Selbstverständnisses im Berlin der Weimarer Republik, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Band I, Bremen 2008, S.273-290 [KT: Saß, Mizrekh-Yid].

Barbara Schäfer, Berliner Zionistenkreise. Eine vereinsgeschichtliche Studie, Berlin 2003.

Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006; Yotam Hotam/Joachim Jacob (Hg.), Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004.

Gary S. Schiff, Tradition and Politics. The religious Parties of Israel, Detroit 1977 [KT: Schiff, Tradition].

Joachim Schlör, Endlich im Gelobten Land. Deutsche Juden unterwegs in eine neue Heimat, Berlin 2003 [KT: Schlör, Land].

Joachim Schlör, „Alija Chadascha und öffentliche Meinung“. Das Mitteilungsblatt des Irgun Olei Merkas Europa (Tel Aviv) als historische Quelle, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte VIII (1997), S.70-97.

Justus Schloss, Die jüdische Wirtschaft nach dem Kriege, Tel Aviv 1944.

Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002.

Eliezer Schweid, The Rejection of the Diaspora in Zionist Thought: two Approaches, in: Jehuda Reinharz/Anita Shapira (Hg.), Essential Papers on Zionism, New York/London 1996, S.133-160.

Tom Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbeck bei Hamburg 1995 [KT: Segev, siebte Million].

Tom Segev, Es war einmal Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München 2005 [KT: Segev, Palästina].

Tom Segev, David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis, München 2018 [KT: Segev, Ben Gurion].

Tom Segev, Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2010 [KT: Segev, Israelis].

Tom Segev, It was in the Papers: The Hebrew Press in Palestine and the Holocaust, in: Robert M. Shapiro (Hg.), Why didn't the Press shout? American & international Journalism during the Holocaust, New York u.a. 2003, S.607-616 [KT: Segev, Hebrew Press].

Rakefet Sela-Sheffy, Integration through Distinction: German-Jewish Immigrants, the legal Profession and Patterns of bourgeois Culture in British-ruled Jewish Palestine, in: Journal of Historical Sociology, Vol. 19, No. 1 (2006), S.34-59 [KT: Sela-Sheffy, Integration].

Rakefet Sela-Sheffy, High Status Immigration Group and Culture Retention: German Jewish Immigrants in British-Ruled Palestine, in: dies./Gideon Toury (Hg.), Culture Contacts and the Making of Culture, Tel Aviv 2011, S.79-100 [KT: Sela-Sheffy, High Status Immigration Group].

Anita Shapira, „Black Night – White Snow“: Attitudes of the Palestinian Labor Movement to the Russian Revolution, 1917-1929, in: Anita Shapira/Jehuda Reinharz (Hg.), Essential Papers on Zionism, New York u.a. 1996, S.509-543.

Anita Shapira, Tel Aviv, a White City on the Sands, in: PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien e.V. (2009), H15, S.11-21.

Anita Shapira, The Concept of Time in the Partition Controversy of 1937, in: Studies in Zionism, Vol. 6, No. 2 (1985), S.211-228.

Anita Shapira, Land and Power. The Zionist Resort to Force 1881-1948, Stanford <sup>2</sup>1999 [KT: Shapira, Land].

Anita Shapira, The Debate in Mapai on the Use of Violence, 1932-1935, in: Zionism. An international Journal of social, political and intellectual History, Vol. 2, No. 1 (1981), S.99-124.

Anita Shapira, Berl Katznelson. Ein sozialistischer Zionist, Frankfurt a.M. 1988 [KT: Shapira, Katznelson].

Daphna Sharfman, Palestine in the Second World War. Strategic Plans and political Dilemmas, Chicago u.a. 2015 [KT: Sharfman, Palestine].

Zohar Shavit, “Can it be that our dormant Language has been wholly revived?”: Vision, Propaganda, and linguistic Reality in the Yishuv under the British Mandate, in: Israel Studies, Vol. 22, No. 1 (2017), S. 101-138 [KT: Shavit, Vision].

Yaacov Shavit, Jabotinsky and the Revisionist Movement 1925-1948, London/Totowa 1988.

Zohar Shavit, Tel-Aviv Language Police, in: Maoz Azaryahu/S. Ilan Troen (Hg.), Tel-Aviv, the First Century. Visions, Designs, Actualities, Bloomington 2012, S.191-211 [KT: Shavit, Language Police].

Gabriel Sheffer, Bilanz der strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens in Palästina und im Nahen Osten, in: Linda Schatkowski Schilcher/Claus Scharf (Hg.), Der Nahe Osten in der Zwischenkriegszeit. Die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Ideologie, Stuttgart 1989, S.29-51.



Gabriel Sheffer, Moshe Sharett. *Biography of a political Moderate*, Oxford u.a. 1996.

Na'ama Sheffi, *Rejecting the Other's Culture – Hebrew and German in Israel 1933-1965*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXVII* (1998), S.301-319 [KT: Sheffi, *Rejecting*].

Na'ama Sheffi, *Vom Deutschen ins Hebräische. Übersetzungen aus dem Deutschen im jüdischen Palästina 1882-1948*, Göttingen/Oakville 2011.

Naomi Shepherd, Wilfrid Israel, Berlin 1985.

Moshe Sicron, *Population and Politics – The Role of demographic Data in the History of Palestine/Israel*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXV* (2007), S.204-220.

Ulrich Sieg, *Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Entwürfe*, Berlin 2001.

Anja Siegemund, *Verständigung in Palästina. Deutsche und Prager Zionisten und die „Araberfrage“ 1918-1933. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München*, Haifa 2009 (unveröffentlicht) [KT: Siegemund, *Verständigung*].

Marcos Silber, „Immigrants from Poland want to go back“: *The Politics of Return Migration and Nation Building in 1950s Israel*, in: *Journal of Israeli History*, Vol. 27, No. 2 (2008), S.201-219.

Ernst A. Simon, *Sechzig Jahre gegen den Strom. Briefe von 1917-1984*. Herausgegeben vom Leo-Baeck-Institut Jerusalem, Tübingen 1998 [KT: Simon, *Sechzig Jahre*].

Fred Skolnik u.a. (Hg.), *Encyclopaedia Judaica. Second Edition*, XXII Bde., New York u.a. 2007. [KT: EJ, Vol.].

Avi Shlaim, *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, London u.a. 2000.

Sasson Sofer, *Zionism and the Foundation of Israeli Diplomacy*, Cambridge 1998 [KT: Sofer, *Diplomacy*].

Katrin Steffen, *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939*, Göttingen 2004 [KT: Steffen, *Jüdische Polonität*].

Eliyahu Stern, *The Jews of Danzig under Nazi Rule – Struggle, Rescue and Destruction*, in: Asher Cohen u.a. (Hg.), *Dapim. Studies on the Shoah*, New York u.a. 1991, S.89-129.

Lilo Stone, *German Zionists in Palestine before 1933*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 32, No. 2 (1997), S. 171-186.

Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses (II)*, in: *LBI Year-Book XXVI* (1981), S.343-409 [KT: Strauss, *Emigration*].

Christopher Sykes, Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates, München 1967 [KT: Sykes, Kreuzwege].

Carsten Teichert, Chasak! Chasak! Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, Köln 2000 [KT: Teichert, Chasak].

Shabtai Teveth, Ben-Gurion and the Palestinian Arabs. From Peace to War, New York u.a. 1985 [KT: Teveth, Ben-Gurion].

Gideon Toury/Jacob Toury, Namensänderungen deutschsprachiger Einwanderer in Palästina bis 1942, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1991), S.185-212.

Hans Tramer, Kurt Blumenfeld. Seine Lehre und seine Leistung, in: Kurt Blumenfeld, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, Stuttgart 1962, S.9-23.

Hans Tramer, Ein tragisches Fehlurteil. Zur Haltung der Juden in der Nazizeit, in: Council of Jews from Germany (Hg.), Nach dem Eichmann Prozess. Zu einer Kontroverse über die Haltung der Juden, Tel Aviv 1963, S.31-49.

Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel-Aviv 1962.

Kurt Tuchler, Ordnung in der Auflösung, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962, S.128-132.

Margarete Turnowsky-Pinner, Die zweite Generation mitteleuropäischer Siedler in Israel, Tübingen 1962 [KT: Turnowsky-Pinner, Die zweite Generation].

Scott Ury, The Generation of 1905 and the Politics of Despair: Alienation, Friendship, Community, in: Stefani Hoffman/Ezra Mendelsohn (Hg.), The Revolution of 1905 and Russia's Jews, Philadelphia 2008, S.96-110.

Agnes Viest, Identität und Integration. Dargestellt am Beispiel mitteleuropäischer Einwanderer in Israel, Frankfurt a.M. u.a. 1977.

Deborah Vietor-Engländer, Arnold Zweig in Palästina, in: Études Germaniques, Vol. 63, No. 4 (2008), S.909-921.

Manfred Voigts, Die „Kunswart-Debatte“ – Kontroversen um Assimilation und Kulturzionismus, in: Hans Otto Horch (Hg.), Handbuch der deutsch-jüdischen Literatur, Berlin 2016, S.122-134.

Michael Volkmann, Neuorientierung in Palästina. Erwachsenenbildung deutschsprachiger jüdischer Einwanderer 1933 bis 1948, Köln u.a. 1994 [KT: Volkmann, Neuorientierung].

Shulamit Volkov, The „Kristallnacht“ in Context. A View from Palestine, in: in LBI Year-Book XXXV (1990), S.279-295 [KT: Volkov, „Kristallnacht“].

Armin A. Wallas, Mythos Osten. Die Suche nach den orientalischen Grundlagen jüdischer Identität zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Eva Behring u.a. (Hg.), Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas, Stuttgart 1999, S.117-137.

Hava Wagman Eshkoli, Three Attitudes toward the Holocaust within Mapai, 1933-1945, in: Studies in Zionism, Vol. 14, No. 1 (1993), S.73-94 [KT: Eshkoli, Three Attitudes].

Hava (Wagman) Eshkoli, Religious Zionist Responses in Mandatory Palestine to the Warsaw Ghetto Uprising, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 11, No. 2 (1997), S.213-238.

Joseph Walk, The Torah va-Avodah Movement, in: LBI Year-Book, Vol. VI (1961), S.236-256.

Simon J. Walter, Kein Sonderweg des deutschen Zionismus. Die arabische Frage in der ‚Jüdischen Rundschau‘ [Dissertation an der Universität Düsseldorf], Düsseldorf 2019 [KT: Walter, Sonderweg].

Bernard Wasserstein, Britain and the Jews of Europa 1939-1945, New York u.a. 1979 [KT: Wasserstein, Britain].

Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das „Intergovernmental Committee on Political Refugees“ (IGC) 1938-1939, Bern u.a. 1981 [KT: Weingarten, IGC].

Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien u.a. 1992.

Yfaat Weiss, Zweierlei Mass. Die Emigration deutscher und polnischer Juden nach 1933, in: Jüdische Almanach des Leo Baeck Instituts (1998), S.100-112.

Yfaat Weiss, Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933-1940, München 2000 [KT: Weiss, Deutsche und polnische Juden].

Yfaat Weiss, „Ostjudentum“ als Konzept und „Ostjuden“ als Präsenz im deutschen Zionismus, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hg.), Janusfiguren, „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus, Berlin 2006, S.149-165 [KT: Weiss, „Ostjudentum“].

Yechiam Weitz, The Yishuv's Response to the Destruction of European Jewry, 1942-1943, in: Studies in Zionism, Vol. 8, No. 2 (1987), S.211-222 [KT: Weitz, Response].

Yehiam Weitz, The Positions of David Ben-Gurion and Yitzhak Tabenkin vis-à-vis the Holocaust of European Jewry, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 5, No. 2 (1990), S.191-204 [KT: Weitz, Positions].

Yehiam Weitz, Revisionist Criticism of the Yishuv Leadership during the Holocaust, in: Yad Vashem Studies XXIII (1993), S.369-395.

Chaim Weizmann, Palestine's Role in the Solution of the Jewish Problem, in: Foreign Affairs, Vol. 20, No. 2 (1942), S.324-338 [KT: Weizmann, Solution].

Robert Weltsch, Vorwort, in: S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S.VII-XV.

Robert Weltsch, Zionistische Probleme, in: ders./Hans Kohn, Zionistische Politik. Eine Aufsatzreihe, Mährisch-Ostrau 1927, S.209-218.

Robert Weltsch, Wandlungen, in: ders./Hans Kohn, Zionistische Politik. Eine Aufsatzreihe, Mährisch-Ostrau 1927, S.201-208.

Robert Weltsch, Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick, Königstein/Ts. 1981.

Robert Weltsch, Einleitung, in: Martin Buber, Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S.XIII-XL.

Juliane Wetzel, Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München <sup>4</sup>1996, S.412-498.

Dietmar Wiechmann, Der Traum vom Frieden. Das bi-nationale Konzept des Brith-Schalom zur Lösung des jüdisch-arabischen Konfliktes in der Zeit von 1925-1933 [KT: Wiechmann, Brith-Schalom].

Daniel Wildmann, Der veränderbare Körper. Jüdische Turner, Männlichkeit und das Wiedergewinnen von Geschichte in Deutschland um 1900, London/Tübingen 2009.

Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939, Hamburg 2007.

Markus Winkler, Jüdische Identitäten im kommunikativen Raum. Presse, Sprache und Theater in Czernowitz bis 1923, Bremen 2007.

David Witzthum, Deutsche Presse in hebräischer Sprache: Drei Wenden und ihre Bedeutung, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005, S.287-294.

Ruth Wodak u.a., Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt a.M. 1998.

Michael Wolffsohn, Politik in Israel. Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Opladen 1983 [KT: Wolffsohn, Politik in Israel].

World Jewish Congress (Hg.), Der wirtschaftliche Vernichtungskampf gegen die Juden im Dritten Reich, Paris u.a. 1937.

Curt Wormann, Kulturelle Probleme und Aufgaben der Juden aus Deutschland in Israel seit 1933, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962, S.280-329 [KT: Wormann, Kulturelle Probleme].

Idith Zertal, From Catastrophe to Power. Holocaust Survivors and the Emergence of Israel, London u.a. 1998 [KT: Zertal, From Catastrophe to Power].

Moshe Zimmermann, Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion, Berlin <sup>4</sup>1996.

Mosche Zuckermann, Der Staat Israel und seine Nachbarn, in: Alte Synagoge (Hg.), Status: Quo? 50 Jahre Staat Israel, S.35-47.

Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hg.), Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost, Frankfurt a.M. 2005.

Ronald W. Zweig, Britain and Palestine during the Second World War, Woodbridge u.a. 1986 [KT: Zweig, Britain].

### **Gedruckte Quellen**

Götz Aly u.a. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. II: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München 2009.

Israel Gutman u.a. (Hg.), Documents of the Holocaust. Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union. Eighth Edition, Jerusalem u.a. 1999.

Susanne Heim u.a. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München 2009.

Hitachduth Olej Germania we Olej Austria (Hg.), Der Weg der deutschen Alijah. Rechenschaft. Leistung. Verantwortung, Tel Aviv 1939. [KT: HOG, Rechenschaft 1939].

[Hitachduth Olej Germania (Hg.)], Die deutsche Alijah in Palästina. Bericht der Hitachduth Olej Germania für die Jahre 1936/1937, Tel Aviv 1937 [KT: HOG, deutsche Alijah].

Eran Kaplan/Derek J. Penslar (Hg.), *The Origins of Israel 1882-1948. A documentary History*, Madison/London 2011 [KT: Kaplan/Penslar, Origins].

Otto Dov Kulka (Hg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. Band 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939*, Tübingen 1997 [KT: Kulka, Dokumente].

Walter Laqueur (Hg.), *The Israel-Arab Reader. A documentary History of the Middle East Conflict*, London 1969 [KT: Laqueur, Israel-Arab Reader].

Jürgen Matthäus u.a. (Hg.), *Documenting Life and Destruction. Holocaust Sources in Context, Volume III: Jewish Responses to Persecution, 1941-1942*, Lanham/Plymouth 2013.

Jürgen Matthäus u.a. (Hg.), *Documenting Life and Destruction. Holocaust Sources in Context, Volume IV: Jewish Responses to Persecution, 1942-1943*, Lanham/London 2015.

Francis R. Nicosia (Hg.), *Archives of the Holocaust. An international Collection of selected Documents. Vol. 3, Central Zionist Archives, Jerusalem, 1933-1939*, New York/London 1990 [KT: Nicosia, Archives of the Holocaust].

Francis R. Nicosia (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des Zionismus 1933 – 1941*, Tübingen 2018 [KT: Nicosia, Dokumente].

[Palestine Royal Commission (Hg.)], *Bericht über Palästina. Erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Majestät von Staatssekretär für die Kolonien dem britischen Parlament vorgelegt im Juli 1937*, Berlin 1937 [KT: Bericht über Palästina].

Jehuda Reinharz (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933*, Tübingen 1981 [KT: Reinharz, Dokumente].

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 17: Arab-Jewish Relations, 1921-1937*, New York/London 1987.

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 28: Implementing the White Paper 1939-1941*, New York/London 1987.

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 29: The Jewish Military Effort 1939-1944*, New York/London 1987 [KT: TROI, Vol. 29].

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 31: The Zionist Political Program 1940-1947*, New York/London 1987 [KT: TROI, Vol. 31].

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 32: Palestine and the Arab Federation*, New York/London 1987.

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 33: The British Return to Partition 1943-1945*, New York/London 1987 [KT: TROI, Vol. 33].

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 34: Jewish Resistance to British Rule in Palestine 1944-1947*, New York/London 1987.

Howard M. Sachar u.a. (Hg.), *The Rise of Israel. A Documentary Record from the Nineteenth Century to 1948. A Facsimile Series reproducing over 1.900 Documents in 39 Volumes. Volume 35: The Anglo-American Committee on Palestine 1945-1946*, New York/London 1987 [KT: TROI, Vol. 35].

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des VII. Zionisten-Kongresses und des ausserordentlichen Kongresses in Basel. 27., 28., 29., 30., 31. Juli, 1. und 2. August 1905, Berlin 1905.

Stenografisches Protokoll der Verhandlungen des XII. Zionisten-Kongresses in Karlsbad vom 1. bis 14. September 1921, Berlin 1922.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVII. Zionistenkongresses und der zweiten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Basel, 30. Juni bis 17. Juli 1931, London 1931 [KT: Protokoll XVII. Zionistenkongress].

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVIII. Zionistenkongresses und der dritten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Prag 21. August bis 4. September 1933. Herausgegeben vom Zentralbureau der Zionistischen Organisation London, Wien 1934 [KT: Protokoll XVIII. Zionistenkongress].

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XIX. Zionistenkongresses und der vierten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina. Luzern 20. August bis 6. September 1935, Wien 1937 [KT: Protokoll XIX. Zionistenkongress].

The Jewish Agency for Palestine (Hg.), Political Report of the Executive of the Jewish Agency, submitted to the Twenty-First Zionist Congress and the sixth Session of the Council of the Jewish Agency at Geneva August, 1939, Jerusalem 1939 [KT: Political Report of the Executive 1939].

The Jewish Agency for Palestine. Central Bureau for the Settlement of German Jews (Hg.), Report to the XXth Zionist Congress and to the Council of the Jewish Agency in Zurich, Jerusalem 1937 [KT: Report to the XXth Zionist Congress].

The Jewish Agency for Palestine. Central Bureau for the Settlement of German Jews (Hg.), Report to the XXIIInd Zionist Congress in Basel, Jerusalem December 1946.

Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.

[Zionistische Vereinigung für Deutschland (Hg.)], Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an den XXV. Delegiertentag in Berlin 2-4. Februar 1936, Berlin 1936 [KT: Bericht, XXV. Delegiertentag].

Zionisten-Congress in Basel (29. 30. und 31. August 1897). Officielles Protocoll, Wien 1898 [KT: Protocoll Zionisten-Congress 1897].



## Namensregister

---

Adler-Rudel, Salomon: 258, 350  
al-Husseini, Mohammed Amin: 148  
Arlosoroff, Chaim: 245, 350, 364, 390  
Attlee, Clement: 271  
Auerbach, Elias: 89, 96, 189, 202, 205 f., 219, 227, 238, 310, 316, 325, 350 f., 380  
Barth, Aron: 65, 243, 351  
Barth, Lazarus: 86, 351  
Begin, Menachem: 386, 394  
Ben-Chorin, Schalom: 178  
Ben-Gurion, David: 54, 76, 97, 120, 133, 137, 139, 144, 157, 160 f., 171, 197, 200, 203 f., 206, 208 f., 213 f., 220, 226, 228, 231 f., 234, 238, 250, 260, 263, 265, 270, 272, 278 f., 281, 285, 290, 299 f., 306, 320, 329, 331, 339, 342, 344, 358, 361, 367 f., 380, 394 f., 399, 402  
Ben-Zwi, Jizchak: 402  
Bergmann, Hugo: 184, 204, 352, 385  
Berman, Jitzchak: 394  
Bevin, Ernest: 226, 234 f., 271, 274, 281  
Bileski, Moritz: 65, 89, 200, 206, 243, 352, 380  
Blumenfeld, Kurt: 19, 50 f., 54, 56 f., 66, 68, 70 f., 73 f., 76, 84 f., 89, 164, 175, 188, 196, 198, 203 f., 243, 257, 352 f., 356, 366, 369, 397, 409  
Borchardt, Friedrich: 258  
Borocho, Ber: 402  
Brodetski, Selig: 333  
Buber, Martin: 184, 204, 210, 219, 348, 353, 375, 390  
Chelouche, Mosche: 83  
Churchill, Winston: 135 f., 224 f., 271  
Cohn, Benno: 158, 241, 353 f., 409  
Cohn, Erich: 41, 354  
Cohn, Lotte: 364  
Danziger, Felix: 17, 64, 354, 408

Dizengoff, Meir: 67 f., 83  
Dobkin, Eliahu: 263  
Eisenberg, Franz: 107  
Epstein, Harry: 84, 355  
Epstein, Irving: 320  
Fichte, [Johann G.]: 303  
Foerder, Herbert: 35, 68, 71, 124, 216, 316, 355, 361  
Friedenthal, Hans: 222, 263, 354, 355  
Ginsburg, Siegmund: 71, 89, 356  
Glückson, Mosche: 51, 54  
Goldmann, Nachum: 48, 133, 231 f., 235, 243, 251, 281, 330, 356  
Gordon, Aaron D.: 210, 390  
Gromyko, Andrei A.: 237  
Grünbaum, Jitzchak: 47, 55 f., 290, 300, 333  
Haam, Achad: 210  
Hantke, Arthur: 245, 357  
Hegel, [Georg W. F.]: 303  
Hermann, Leo: 385  
Herzl, Theodor: 194, 213, 216, 218, 260, 341, 365, 369, 404, 407  
Hess, Moses: 376  
Hirsch, Otto: 292  
Hirsch, Salli: 86, 184, 200, 205, 219, 239, 284, 327, 331, 357  
Hitler, [Adolf]: 75, 83, 138 f., 149, 173, 178, 208 f., 279, 327  
Hoffmann, Chaim: 375  
Holdheim, Gerhard: 6, 58 f., 69, 88, 357  
Hoofien, Siegmund: 258  
Husseini, Jamal: 278  
Jabotinsky, Vladimir: 54, 62, 133, 195, 242, 252, 263, 394, 404, 406  
Josephthal, Georg: 153, 358, 373  
Kagan, Helene: 52  
Kaplan, Elieser: 160, 258, 263  
Katznelson, Berl: 208, 387

Kaufmann, Hans: 17, 30, 56, 217, 222, 229, 319, 358, 361, 374  
Kaufmann, Fritz M.: 351  
Kohn, Hans: 243, 385  
Kreutzberger, Max: 35, 69 f., 75, 151, 210, 217, 264, 277, 316, 327, 359  
Krojanker, Gustav: 52, 63, 68, 89, 93 f., 96, 105, 182, 191 f., 221, 360, 380  
Lamm, Josef: 217, 298, 360  
Landauer, Georg: 22, 41, 43, 60 f., 69 f., 76, 105, 108, 123 f., 127, 132, 138, 145, 148 f., 151, 153 f., 156, 204, 210 f., 217 f., 221 f., 226 f., 229, 236 f., 240, 257 f., 263, 268 f., 275 f., 284, 298 f., 301 f., 307, 311 f., 315 f., 330 f., 335, 341 f., 353, 359 f., 363 f., 366, 369, 372 f., 390, 408  
Landsberg, [Alfred] Abraham: 29, 56, 66, 361  
Leander, Tristan: 168  
Lelewer, Hermann: 222, 361  
Lewinsohn, Fritz: 222  
Lewy, Ernst: 17 f., 34 f., 37, 61, 70 f., 73 f., 129, 155, 206, 362  
Lichtheim, Richard: 38, 72, 199, 202 f., 205, 214, 239, 243, 265, 289, 303, 362, 404, 409  
Löwenstein, Fritz: 30, 69, 84 f., 363  
Löwenstein, Kurt: 98, 204, 363  
Lubianiker, Pinchas: 160  
Lubinski, Georg: 153, 364  
Lufban, Jizchak: 154, 160  
Luft, Gerda: 69, 204, 210, 217, 319, 364, 390  
Luft, Zwi: 364  
Macdonald, Malcolm: 95  
Magnes, Jehuda L.: 204, 219, 243, 276, 352, 357, 372, 376  
Mahrer, Josef: 153, 364 f.  
McDonald, James G.: 253  
Medzini, Mosche: 90, 94  
Meyer, Franz: 158 f., 264, 354, 365, 409  
Mills, Eric: 49  
Molotow, [Wjatscheslaw M.]: 288  
Moses, Julius: 86, 365

Moses, Siegfried: 46, 77, 89, 91, 96, 206, 250 f., 258, 366, 409

Mossinson, Benzion: 51

Moyne, Lord [Walter E. Guinness]: 220, 225, 345

Müller-Cohen, Anitta: 107 f.

Naphtali, Fritz: 41, 69, 86, 115, 129, 153 f., 306 f., 366

Nordau, Max: 404

Nussbaum, Meinhold: 35, 66, 102, 367

Pape, Georg: 153, 367

Peel, William R. W. [1. Earl Peel]: 56

Perlson, Elieser: 131

Persitz, Schoschana: 172

Pinkas, David Zwi: 107, 131, 393

Pinner, Ludwig: 17, 23, 41, 48, 52, 71, 89, 216, 228, 258, 368

Pinsker, Leon: 260

Preuss, Walter: 27, 69, 71, 153, 298, 368

Raziel, David: 394

Remes, David: 154

Rieger, Elieser: 317, 329

Rokach, Israel: 66 f., 83, 107, 120, 131, 330

Rommel, Erwin: 149

Roosevelt, Franklin D.: 224, 256, 271

Rosenblüth, Felix: 17, 44, 52, 63 f., 66 f., 71 f., 83 f., 87, 89, 96, 124, 131 f., 146, 148, 156, 171, 186, 191 f., 210, 213, 215 f., 221, 226 f., 231, 233, 235, 237 f., 241, 243, 245, 263, 265, 268, 273 f., 279 f., 283 f., 302 f., 307, 311, 315, 318 f., 321, 323 f., 330 f., 334, 341 f., 351, 353 f., 357, 359 f., 366, 368 f., 380, 400, 409

Rosenblüth, Martin: 22, 48 f., 245, 252, 258, 369, 409

Rosenfeld, Julius: 86, 370

Rothschild, Eli: 91, 370

Ruppin, Arthur: 22, 60 f., 244 f., 370 f., 385, 408

Rutenberg, Pinchas: 121 f.

Samuel, Herbert: 252

Samunow, Jizchak: 85

Schachtel, Hugo [Hillel]: 65, 91, 371  
Schertok, Mosche: 144, 228, 264  
Schmorek, Emil: 263  
Schocken, Leo: 393  
Schocken, Salman: 55, 89, 371 f.  
Schocken, Simon: 371  
Scholem, Gershom: 385  
Seligsohn, Julius L.: 292  
Senator, Werner: 41, 48, 60 f., 76, 124, 210, 245, 253, 259, 265, 277, 326 f., 331, 372, 385, 408  
Silver, Abba Hillel: 234, 329  
Simon, Ernst: 13, 178, 181, 184, 204, 210, 219, 243, 250, 311, 319, 326, 335, 372  
Sprinzak, Josef: 154, 160  
Stahl, Heinrich: 293  
Supraski, Jehoschua: 51  
Szold, Henrietta: 25, 52, 84 f., 100, 121, 219, 405  
Tabenkin, Jitzchak: 221, 288, 406  
Tanne, David: 65, 153, 373  
Truman, Harry S.: 230, 232, 234, 271  
Tschertok, David S.: 153, 373 f.  
Tuchler, Kurt: 89, 217, 374  
Ussischkin, Menahem: 50  
Warburg, Max: 245, 250, 258  
Weizmann, Chaim: 22, 48, 51 f., 54 f., 133, 136, 194, 196 f., 200 f., 209, 211, 214, 223 f., 228, 231 f., 234, 238, 258, 260, 263, 282, 329 f., 362, 404, 408  
Weizmann, Chilik: 52  
Weltsch, Robert: 114, 145, 148, 158, 174, 188, 196, 203 f., 210, 217, 221, 243, 246, 262, 264, 266, 268, 273, 275 f., 280, 292, 326, 344, 375, 390, 395 f.  
Westphal, Leni: 153, 307, 375  
Wilhelm, Kurt: 326, 376  
Woodhead, Charles: 95  
Yourgrau, Wolfgang: 184, 401

Zangwill, Israel: 260

Zlocisti, Theodor: 17, 40, 61, 373 f.

Zweig, Arnold: 184 f., 401

Zweig, Egon M.: 103

## **Selbstständigkeitserklärung**

Ich versichere, dass die von mir vorgelegte Arbeit selbstständig verfasst wurde und bei der Abfassung nur die in der Dissertation angegebenen Hilfsmittel benutzt sowie alle wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche gekennzeichnet wurden.

Potsdam, den 24.09.2021

Unterschrift Doktorand